

Lukas Rehm

# Politische Gewalt in Kolumbien

## Die Violencia in Tolima, 1946–1964



Lukas Rehm

## Politische Gewalt in Kolumbien

# HISTORAMERICANA

Herausgegeben von  
Debora Gerstenberger, Michael Goebel,  
Hans-Joachim König und Stefan Rinke  
Band 32

## Wissenschaftlicher Beirat

- Pilar González Bernaldo de Quiros (Université de Paris)  
Sandra Kuntz Ficker (El Colegio de México)  
Federico Navarrete Linares (Universidad Nacional Autónoma de México)  
Thiago Nicodemo (Universidade Estadual de Campinas)  
Scarlett O'Phelan (Pontificia Universidad Católica del Perú)  
Ricardo Pérez Montfort (Centro de Investigaciones y Estudios Superiores  
en Antropología Social, México)  
Eduardo Posada-Carbó (University of Oxford)  
Hilda Sabato (Universidad de Buenos Aires)  
Rafael Sagredo Baeza (Universidad Católica de Chile)  
Lilia Moritz Schwarcz (Universidade de São Paulo)

Lukas Rehm

# **Politische Gewalt in Kolumbien**

Die *Violencia* in Tolima, 1946–1964

**wbg** Academic

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation  
in der Deutschen Nationalbibliographie; detaillierte bibliographische  
Daten sind im Internet über [www.dnb.de](http://www.dnb.de) abrufbar

wbg Academic ist ein Imprint der wbg  
© 2022 by wbg (Wissenschaftliche Buchgesellschaft), Darmstadt  
Die Erstausgabe erschien 2014 im Verlag Hans-Dieter Heinz, Akademischer Verlag Stuttgart.  
Die Herausgabe des Werkes wurde durch die Vereinsmitglieder der wbg ermöglicht.  
Umschlag und Titelseit: Satzweiss.com Print, Web, Software GmbH  
Die Umschlagsabbildung zeigt eine zeitgenössische cédula de ciudadanía, die als offizielles Ausweis-  
papier unter anderem für die Teilnahme an Wahlen notwendig war. Sie ist als Beweismittel in unsor-  
tierten Prozessunterlagen im Palacio de Justicia in Ibagué archiviert.  
Gedruckt auf säurefreiem und alterungsbeständigem Papier  
Printed in Germany

Besuchen Sie uns im Internet: [www.wbg-wissenverbindet.de](http://www.wbg-wissenverbindet.de)

ISBN 978-3-534-27575-5

Elektronisch ist folgende Ausgabe erhältlich:  
eBook (PDF): 978-3-534-27576-2

Parallele Veröffentlichung auf dem Refubium der Freien Universität Berlin:  
<http://dx.doi.org/10.17169/refubium-34565>

Dieses Werk ist mit Ausnahme der Abbildungen (Buchinhalt und Umschlag) als Open-Access-Publi-  
kation im Sinne der Creative-Commons-Lizenz CC BY International 4.0 (»Attribution 4.0 Internatio-  
nal«) veröffentlicht. Um eine Kopie dieser Lizenz zu sehen, besuchen Sie [https://creativecommons.org/  
licenses/by/4.0/](https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/). Jede Verwertung in anderen als den durch diese Lizenz zugelassenen Fällen bedarf  
der vorherigen schriftlichen Einwilligung des Verlages.

*Mientras subsista entre nosotros esta tremenda intolerancia, esta falta de fe en los sistemas democráticos, esta cotidiana sustitución de las leyes por la fuerza, por el grito, por el disparo, por el choque, y esta absoluta inconformidad con las decisiones que resulten libremente de las votaciones Colombia dará el espectáculo bárbaro de prepararse cada cuatro o cada dos años para una guerra civil.*

(Alberto Lleras Camargo am 30. April 1946)



## Inhaltsverzeichnis

<b>Vorwort</b> .....	13
<i>I Einordnung der Violencia in den historiographischen und historischen Kontext</i> .....	17
<b>1 Einleitung</b> .....	17
1.1 Zentrale Fragestellungen .....	17
1.2 Anmerkungen zum Forschungsstand .....	21
1.3 Die Gewalt und das Politische: Gewalt als gesellschaftswissenschaftlicher Untersuchungsgegenstand .....	26
1.4 Aufbau der Arbeit .....	36
1.5 Anmerkungen zum Diskursbegriff sowie zu Quellenbeständen und deren Auswertung .....	40
<b>2 Historische Kontextualisierung des Untersuchungszeitraums</b> .....	47
2.1 Die Regierung Ospina Pérez: Zwischen Koalition und Konfrontation (1946–1949) .....	47
2.2 Die Eskalation der Gewalt unter der Regierung Laureano Gómez ..	60
2.3 Die Militärregierung nach dem <i>golpe de opinión</i> von Gustavo Rojas Pinilla (1953–1957) .....	66
2.4 Die von der <i>Junta Militar</i> geleitete Transition .....	79
2.5 Die ersten Regierungsjahre des <i>Frente Nacional</i> (1958–1964) .....	81
<i>II Das umkämpfte Monopol auf politische Betätigung</i> .....	93
<b>1 Die kolumbianischen Traditionsparteien als vorgestellte Gemeinschaften</b> .....	93
1.1 Die <i>partidos tradicionales</i> : Zentrale Akteure im politischen Feld ..	93
1.2 Die Herausbildung kollektiver Identitäten in <i>framing</i> -Prozessen ..	98

<b>2 Die Selbstdarstellung der <i>partidos tradicionales</i> und ihre Wahrnehmung des politischen Gegners . . . . .</b>	107
2.1 Die Konservative Partei als disziplinierter politischer Zusammenschluss . . . . .	107
2.2 Die Liberale Partei als zeitgemäße Verteidigerin des Fortschritts . . . . .	122
2.3 Die Liberalen als <i>criptocomunistas</i> . . . . .	129
2.4 Die Mitglieder der Konservativen Partei als Faschisten . . . . .	147
<b>3 Schutz der Zivilisation vor der um sich greifenden Barbarei . . . . .</b>	155
3.1 Die liberalen Barbaren bedrohen die Konservative Partei . . . . .	159
3.2 Die konservative Barbarei: Gefahr für die kolumbianische Zivilisation . . . . .	163
<b>4 Die Wahrnehmung des politischen Widersachers außerhalb der menschlichen Gemeinschaft . . . . .</b>	171
<b>5 Die Abhängigkeit der <i>patria</i> von den <i>partidos tradicionales</i> . . . . .</b>	177
<b>6 Die Gewalt als Möglichkeit zur Lösung politischer Probleme . . . . .</b>	183
<b>7 Die Traditionsparteien als Antipoden im politischen Feld . . . . .</b>	191
 <i>III Die Gewalt im Raum des Politischen. Die Violencia in Tolima . . . . .</i>	197
<b>1 Die <i>Violencia</i> in regionaler Perspektive . . . . .</b>	197
<b>2 Die ersten Jahre nach dem Regierungswechsel in Tolima: Versuche zur Begrenzung der Gewalt . . . . .</b>	201
2.1 Der <i>Bogotazo</i> in der Provinz . . . . .	204
2.1.1 Der radikalierte Flügel der <i>nuevabrileños</i> . . . . .	206
2.1.2 Die Reaktionen gemäßigter Liberaler auf den Mord an Gaitán . . . . .	212
2.2 Die polarisierenden Tendenzen im Raum des Politischen nach dem <i>nueve de abril</i> . . . . .	224

<b>3 Die Verteidigung der institutionellen Ordnung mit der Waffe in der Hand .....</b>	237
3.1 Die <i>chulavitas</i> als Akteure der sich steigernden Gewaltintensität ..	237
3.2 Die konservativen Parteimilizen: Bewaffnete Zivilisten als <i>contrachusmas</i> .....	242
3.3 Die Streitkräfte als Akteure der <i>Violencia</i> .....	252
<b>4 Der Griff zu den Waffen als Reaktion auf die Wahl der Regierung Gómez 1949 .....</b>	257
4.1 Die Formierung von bewaffneten Widerstandsgruppen .....	257
4.2 Die Bildung liberaler <i>guerrillas</i> .....	260
4.3 Das Entstehen kommunistischer <i>autodefensas</i> .....	272
<b>5 Das Verhältnis zwischen den bewaffneten Widerstandsgruppen, den Parteien und der Zivilbevölkerung .....</b>	277
5.1 Die liberalen <i>guerrillas</i> und ihr soziales Umfeld .....	277
5.2 Die kommunistischen <i>autodefensas</i> , der <i>Partido Comunista</i> und die lokale Bevölkerung .....	285
5.3 Die Zusammenarbeit von kommunistischen und liberalen Widerstandsgruppen in Südtolima .....	289
<b>6 Die Regierung der <i>Fuerzas Armadas</i> (1953–1957) .....</b>	301
6.1 Das Amnestieangebot der Militärregierung Rojas Pinilla .....	301
6.1.1 Die Amnestierung und Demobilisierung liberaler <i>guerrillas</i> ..	302
6.1.2 Die <i>entregas simbólicas</i> der kommunistischen <i>autodefensas</i> ..	306
6.2 Der Gewaltrückgang nach dem Machtantritt von Rojas Pinilla ..	312
6.2.1 Die begrenzte Reichweite der staatlichen Wiederaufbau- maßnahmen .....	314
6.2.2 Die Kontinuität von politischen Beamten aus der Vorgänger- regierung .....	318
6.2.3 Die Persistenz von Gewaltakteuren unter der Militär- regierung .....	320
6.3 Die erneute Formierung von bewaffneten Widerstandsgruppen ..	324
6.4 Krieg dem Kommunismus: Die <i>Guerra de Villarrica</i> .....	328

<b>7 Die fragile Waffenruhe nach der Einrichtung der Militärjunta im Mai 1957 . . . . .</b>	343
<b>8 Die Regierungen des <i>Frente Nacional</i> (1958–1964) . . . . .</b>	357
8.1 Die Aussetzung der Strafverfolgung als Gegenleistung für das Niederlegen der Waffen . . . . .	357
8.2 Die Fortführung gewaltsamer Praktiken im politischen Raum . . . . .	363
8.2.1 Die Amnestie als Instrument, die Grenzen des Politischen zu definieren . . . . .	370
8.2.2 Der Schutz angestammter Einflussbereiche durch die <i>bandoleros políticos</i> . . . . .	381
8.2.3 Auf der Suche nach neuer Legitimierung: Die <i>bandoleros sociales</i> . . . . .	389
<b>9 Der Kampf gegen die <i>bandoleros</i> im Schwellenzustand . . . . .</b>	409
 <i>IV Schlussbetrachtung</i> . . . . .	427
<b>1 Zusammenfassung der zentralen Ergebnisse . . . . .</b>	427
<b>2 Überlegungen zum zeitgenössischen Begriff des Politischen . . . . .</b>	435
<b>3 Politische Gewalt im Kolumbien des 20. Jahrhunderts . . . . .</b>	441

<i>V Quellen- und Literaturverzeichnis</i> . . . . .	449
<b>1 Quellen</b> . . . . .	449
1.1 Periodika . . . . .	449
1.2 Archive . . . . .	449
1.3 Zeitzeugeninterviews . . . . .	450
1.4 Publizierte Quellen . . . . .	450
<b>2 Literaturverzeichnis</b> . . . . .	453
2.1 Publizierte Literatur . . . . .	453
2.2 Unveröffentlichte Literatur . . . . .	468
2.3 Online-Publikationen . . . . .	469



## Vorwort

Die vorliegende Arbeit ist die leicht überarbeitete Fassung meiner 2014 an der Universität Bielefeld abgeschlossenen Dissertation. Sie wäre ohne die intellektuelle und materielle Unterstützung einer Vielzahl von Personen und Institutionen nicht möglich gewesen. Zuallererst möchte ich Prof. Dr. Christian Büschges danken, der die Studie als Erstgutachter während ihres Entstehungsprozesses begleitet hat. Durch unzählige Ratschläge und in vielen Gesprächen hat er gewährleistet, dass das zentrale Erkenntnisinteresse während der intensiven Forschungsarbeit nicht aus dem Blick geriet und dass die Arbeit zu jedem Zeitpunkt operationalisierbar blieb. Prof. Dr. Thomas Fischer danke ich zum einen für seine Bereitschaft, als ausgewiesener Kolumbianexperte die Zweitbegutachtung der Promotionsschrift zu übernehmen, zum anderen für seine Hinweise bezüglich der Einordnung der Ergebnisse und Thesen der Arbeit in den Gesamtkontext der kolumbianischen Geschichte des 20. Jahrhunderts.

Während des einjährigen Forschungsaufenthaltes in Kolumbien habe ich viele Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler kennengelernt, die mich während der oftmals mühseligen Recherchen begleitet und unterstützt haben. Bei Prof. Dr. Medófilo Medina bedanke ich mich für die unzähligen Gespräche, in denen er Licht in das Dunkel von Widerstandskämpfern, deren Aliasnamen, lokalen Machtstrukturen sowie Schauplätzen der *Violencia* wie Dörfern und kleinen, Außenstehenden unbekannten Weilern gebracht hat. Auch war er mir behilflich bei der Kontaktaufnahme mit Zeitzeugen der *Violencia* – ohne ihn wäre ich nicht in den Genuss gekommen, mit diesen sprechen zu können. Weiterhin stellte er mir die Aufnahmen von Interviews mit inzwischen verstorbenen kommunistischen Kämpfertypen zur Verfügung, die er Anfang der 1980er Jahre im Rahmen seiner Forschungen zur Geschichte der Kommunistischen Partei Kolumbiens geführt hatte. Medófilo Medina und seiner Ehefrau Vera Weiler bin ich aber auch jenseits jedweder akademischer Angelegenheiten zu tiefstem Dank verpflichtet. Zu einer Zeit, die der Agonie nahekam, standen sie meiner langjährigen Lebenspartnerin Kirsten Epler und mir bei. Aus demselben Grund danke ich auch Alberto und Amanda González von ganzem Herzen.

Prof. Dr. Gonzalo Sánchez, Prof. Dr. María Victoria Uribe, Prof. Dr. Armando Moreno Sandoval, Prof. Dr. José del Carmen Buitrago und Prof. Dr. Gerardo Muñoz waren trotz ihrer mannigfaltigen Verpflichtungen bereit, Gespräche mit mir über die bewaffneten Auseinandersetzungen in Tolima zu führen und mir wertvolle Hinweise zur Konzeption der Arbeit sowie Quellenbeständen zu geben. Prof. Hernán Clavijo sei für seine Bereitschaft gedankt, mir den Weg in das *Archivo Histórico Judicial del Tolima* zu weisen, das er mit Studierenden der Uni-

versidad del Tolima aufgebaut hat. Weiterhin stellte er den Kontakt zum *Palacio de Justicia* in Ibagué her, wo ich bislang nicht ausgewertete Quellen studieren konnte. Dr. Robert Karl und Dr. Rocío Londoño sei dafür gedankt, ihre Dissertationen bereits vor ihrer Veröffentlichung lesen und in der vorliegenden Arbeit verwenden zu dürfen.

Dr. Otto Morales Benítez erklärte sich zu einer Serie von Gesprächen mit mir bereit, in denen er mir als ehemaliges Mitglied der *Comisión Investigadora* viele Details zu den Verhandlungen über die Demobilisierung von Kombattanten preisgab, über die keine schriftlichen Zeugnisse vorliegen. Aus einer stärker regional, auf den *departamento* Tolima bezogenen Perspektive berichtete mir Simón de la Pava Salazar von den Verhandlungen über das Niederlegen der Waffen nach dem Abkommen über die Einrichtung des *Frente Nacional* – Verhandlungen, im Verlaufe derer sein Bruder unter bis heute nicht gänzlich geklärten Umständen getötet wurde. Dr. Pablo Isaza gewährte mir als Zeitzeuge in zahlreichen Gesprächen Einblicke die regionalen politischen Machtverhältnisse in Tolima des Untersuchungszeitraums und gab mir wertvolle Informationen über zeitgenössische Akteure, die in keinerlei schriftlichen Quellen vorliegen. Den ehemaligen Kombattanten liberaler Widerstandsgruppen in Südtolima Guillermo Vásquez, Gilberto Bravo Loaiza und Ricardo Castañeda danke ich für die Einblicke in die Bilder des Konflikts, die sie sich als zeitgenössische Akteure machten. Victor Eduardo Prado Delgado begleitete als Reporter der Regionalzeitung *El Cronista* die Streitkräfte in ihrem Kampf gegen *bandoleros* und die kommunistischen Kombattanten, die wenige Jahre später die *Fuerzas Armadas Revolucionarias de Colombia* gründen sollten. Er gewährte mir spannende Einblicke eines Zeitzeugen in die *guerra contra el bandolerismo*.

Nelly Flórez, Leiterin des *Archivo Histórico Judicial del Tolima*, war mir zu jeder Zeit behilflich, die informativen und zahlreichen Quellenbestände des Archivs zu sichten und erlaubte mir ein ums andere Mal, auch während der Mittagspausen meinen Wissensdurst zu stillen und so meine Tage effizient zu gestalten. Im *Palacio de Justicia* gewährte mir César Augusto Molina Suárez Zugang zu den Archivbeständen der *Dirección Seccional de Administración Judicial*, wofür ich ihm zu Dank verpflichtet bin. Mauricio Tovar und seinem Team im *Archivo General de la Nación* in Bogotá danke ich für die unkomplizierte Zusammenarbeit bei der Sichtung der Quellen. Adriana Martínez war mir bei der Reproduktion von Dokumenten in diesem Archiv behilflich. In Ibagué war mir Andrés Eduardo Devia Patiño bei der Quellsichtung behilflich. Dafür sei ihm gedankt. Dem Personal der *Biblioteca Luis Angel Arango* und der *Biblioteca Nacional* in Bogotá sowie der *Biblioteca Darío Echandía* in Ibagué danke ich für ihre Bemühungen, mir alle angeforderten Presseerzeugnisse zur Verfügung zu stellen. Aus demsel-

ben Grund danke ich dem Team des *Centro de Investigación y Educación Popular* in Bogotá.

An der Universität Bielefeld unterstützten mich ebenfalls eine Vielzahl von Kolleginnen und Kollegen. Dr. Jochen Kemner, Juniorprofessor Dr. Olaf Kaltmeier, Dr. Marc-André Grebe, Dr. Anne Tittor, Apl. Prof. Dr. Klaus Weinhauer, Prof. Dr. Willibald Steinmetz, Julia Engelschalt, Felipe van der Huck und Joseph Büker danke ich für ihre Kommentare, Hinweise und das Korrekturlesen der Arbeit. Ebenso gebührt Dr. Gerhard Rehm mein Dank aus demselben Grund. Die noch verbliebenen Fehler verantworte selbstverständlich ich. Eric Javier Bejarano, Brenda Escobar und Diana González danke ich dafür, dass sie mir den Kontakt zu Bekannten und Verwandten in Bogotá ermöglichte, die mir bei der ersten Orientierung in der Hauptstadt Kolumbiens behilflich waren.

Im Laufe der Erstellung der vorliegenden Arbeit war es mir möglich, diese in ihren verschiedenen Arbeitsfortschritten auf einer Vielzahl von Tagungen und Kolloquien in Eichstätt, Bern, Berlin, Bremen, Kassel, Bochum und Leipzig vorzustellen und kommentieren zu lassen. Den Teilnehmerinnen und Teilnehmern an diesen Veranstaltungen danke ich für ihre wertvollen Kommentare.

Keine Forschungsarbeit kann erfolgreich durchgeführt werden, ohne dass ein Mindestmaß an finanzieller Infrastruktur bereitstehen würde. Neben dem konzeptionellen und theoretischen Feinschliff der Promotionsschrift gewährte mit der Sonderforschungsbereich „Das Politische als Kommunikationsraum in der Geschichte“ an der Universität Bielefeld einen vergleichsweise sorgenfreien finanziellen Rahmen, um die extensive Forschungsarbeit voranzutreiben. Der Deutschen Forschungsgemeinschaft danke ich weiterhin für die finanzielle Unterstützung, nachdem aufgrund widriger Umstände die Arbeit nicht in dem vorgesehenen Zeitrahmen abgeschlossen werden konnte.

Den Herausgebern von *Historamericana*, Prof. Dr. Stefan Rinke und Prof. Dr. em. Hans-Joachim König, sei gedankt für die Publikation der Arbeit in ihrer Reihe.

Zum Schluss aber nicht letztens danke ich meinem persönlichen, privaten Umfeld, das mir während der nicht immer einfachen Phase der Forschungsarbeit und schriftlichen Niederlegung der Ergebnisse zur Seite stand. Meine Familie unterstützte mich zu jeder Zeit und bekräftigte mich immer, den oftmals schwierigen Weg der historischen Forschung weiterzugehen. Ganz besonderer Dank gebührt ihr sowie Kirsten Epler und ihrer Familie, die mir zu jeder Zeit, in noch so schwierigen Umständen, Unterstützung gewährte. Kirsten Epler, die nach unserem schweren Unfall in Kolumbien über sich selbst hinauswuchs, sei die Arbeit gewidmet.



# *I Einordnung der Violencia in den historiographischen und historischen Kontext*

## **1 Einleitung**

### **1.1 Zentrale Fragestellungen**

Kolumbien blickt auf eine lange Gewaltgeschichte zurück. Seit dem frühen 19. Jahrhundert gilt es als Land, in dem physische Gewalt omnipräsent ist und in dem sich nahezu kein gesellschaftlicher Bereich der Gewalt entziehen kann. Als Wegmarken der gewaltamen Vergangenheit gelten drei „Gewalteruptionen“: die Bürgerkriege des 19. Jahrhunderts, die bewaffneten Auseinandersetzungen zwischen den verschiedenen politischen Fraktionen des Landes Mitte des 20. Jahrhunderts – die *Violencia*<sup>1</sup> – sowie die Eskalation des Gewaltgeschehens um Drogenkartelle, paramilitärische Gruppierungen und sozialistische *guerrillas* seit den 1980er Jahren.<sup>2</sup>

Über eine dieser Gewaltphasen, den Gegenstand der vorliegenden Arbeit, schrieb Mitte 1960 der kommunistische Politiker Alvaro Mosquera. Er dachte über die beendet geglaubte *Violencia* und die Opfer nach, welche die Mitglieder der Kommunistischen Partei für die Rechte der Arbeiterklasse gebracht hatten. Im Detail wollte er sich aber nicht mit den vorangegangenen blutigen Auseinandersetzungen zwischen den verschiedenen politischen Fraktionen des Landes beschäftigen: „Überlassen wir die Erforschung dieser Periode den Historikern“.<sup>3</sup> Bereits sieben Jahre zuvor, nach der Absetzung des konservativen Präsidenten Laureano Gómez durch die Streitkräfte, hatte der Kommentator der liberalen Tageszeitung *El Tiempo* seine Hoffnung ausgedrückt, dass „es eine besser geeignete Epoche geben wird, aus einer angemessenen zeitlichen Distanz die Gesamtheit der Gründe für die *Violencia* zu untersuchen“.<sup>4</sup>

Nun ist es nicht so, dass die *Violencia* bislang nicht untersucht worden wäre, wie die zeitgenössischen Zitate nahelegen könnten. Ungeachtet der Tatsache, dass seit den Plädoyers für die historischen Untersuchungen des als *Violencia* bekann-

---

<sup>1</sup> *Violencia* heißt wörtlich übersetzt Gewalt. In der kolumbianischen Historiographie werden mit dem Begriff die bewaffneten Auseinandersetzungen in Kolumbien Mitte des 20. Jahrhunderts bezeichnet, die Untersuchungsgegenstand der vorliegenden Arbeit sind.

<sup>2</sup> Vgl. Peter Waldmann: Veralltäglichung von Gewalt: Das Beispiel Kolumbien. In: Trutz von Trotha (Hrsg.): Soziologie der Gewalt (Sonderheft 37 der Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie). Wiesbaden 1997, S. 141-161.

<sup>3</sup> „En Memoria de Nuestro Martires!“, in: Documentos Políticos N° 19 (Mayo, Junio de 1960), S. 45-51, hier: S. 46. Diese und alle folgenden Übersetzungen aus dem Englischen und dem Spanischen stammen, wenn nicht anders vermerkt, von mir.

<sup>4</sup> *El Tiempo*, 11.10.1953, „La Pacificación, obra de todos“.

ten Bürgerkriegs mehr als ein halbes Jahrhundert vergangen ist, sind allerdings zentrale Fragen nach den Gründen und den Modalitäten der Gewalthandlungen unbeantwortet geblieben. Aus diesem Grund untersucht die vorliegende Arbeit die jahrelangen bewaffneten Auseinandersetzungen zwischen den staatlichen Sicherheitskräften sowie den Anhängern der Konservativen, Liberalen und Kommunistischen Partei in Kolumbien Mitte des 20. Jahrhunderts akteurszentriert aus einer regionalhistorischen Perspektive auf Basis eines breiten Quellenkorpus. Sie konzentriert sich auf die *Violencia* in dem in Zentralkolumbien gelegenen *departamento* Tolima, der zu einer der am stärksten von der Gewalt betroffenen Regionen zählte. Durch die Eingrenzung des Untersuchungsraums sollen tiefergehende Erkenntnisse über die den Bürgerkrieg auslösenden Faktoren, seine Modalitäten und Interdependenzen vor dem Hintergrund oftmals komplexer Handlungsallianzen gewonnen werden.<sup>5</sup> Um diese aber in ihrer vollständigen Breite und ihrer Genese zu verstehen, wird der Untersuchungszeitraum weiter gefasst, was die Arbeit von der Mehrzahl der bereits vorgelegten Studien zu *Violencia* unterscheidet.

Nicht der Mord an dem liberalen Präsidentschaftskandidaten Jorge Eliécer Gaitán am 9. April 1948, sondern der Regierungswechsel 1946 markiert den Beginn der *Violencia*.<sup>6</sup> Bereits kurz nach den Wahlen, aus denen Ospina Pérez als Sieger hervorging, setzten die bewaffneten Auseinandersetzungen ein.<sup>7</sup> Weiterhin sind die Gewaltakte, die sich in der Tat nach den unruhigen Apriltagen 1948 intensivierten, nicht zu verstehen, wenn man nicht die polarisierenden politischen Debatten einbezieht, die ihnen vorausgingen oder sie begleiteten. Diese waren ebenfalls lange vor dem gewaltsamen Tod von Gaitán zu beobachten und müssen daher explizit in der Untersuchung berücksichtigt werden. Im Sinne eines

<sup>5</sup> Vgl. Mary Roldán: Guerrillas, Contrachusmas and Caudillos. Local Challenges to Elite Control during La Violencia in Antioquia, Colombia: 1949-1953. Paper Prepared for the Meeting of the Latin American Studies Association, New Orleans, Louisiana, 16-20 March 1988. Biblioteca Luis Angel Arango, S. 3f.

<sup>6</sup> Vgl. Darío Fajardo: La violencia 1946-1964. Su desarrollo y su impacto. In: Jesús Antonio Bejarano (Hrsg.): Once ensayos sobre La Violencia. Bogotá 1985, S. 259-295, hier: S. 263; David Bushnell: The Making of Modern Colombia. Berkeley u.a. 1993, S. 204; Donny Meertens: Ensayos sobre tierra, violencia y género. Hombres y mujeres en la historia rural de Colombia, 1930-1990. Bogotá 2000, S. 137. Gloria Gaitán wiederum datiert den Beginn der *Violencia* noch früher. Die Gewalt gegen populare Zusammenschlüsse wie Gewerkschaften fokussierend macht sie ihn bereits während der Interimspräsidentschaft von Lleras Camargo 1945/46 aus (s. Orígenes, S. 334).

<sup>7</sup> Pécaut streicht heraus, dass bereits 1947 landesweit ungefähr 14.000 Tote zu beklagen waren. Des Weiteren betont er, dass der Beginn der *Violencia* ein kontrovers diskutiertes Thema ist, das von der Situation des Sprechers abhängig ist (vgl. Daniel Pécaut: Orden y Violencia. Evolución socio-política de Colombia entre 1930 y 1953. Bogotá 2001, S. 549-553).

akteurszentrierten Ansatzes verlängert die Studie den Untersuchungszeitraum bis 1964, also bis in die zweite Legislaturperiode des *Frente Nacional*.<sup>8</sup> Diese Ausweitung des Untersuchungszeitraums ist das Ergebnis einer Abkehr von der traditionellen Politikgeschichte, die den Fokus lediglich auf Entwicklungen, Prozesse und Zäsuren auf der nationalstaatlichen Untersuchungsebene gelegt bzw. oftmals unkritisch die Sichtweise zeitgenössischer Politiker übernommen hat.<sup>9</sup> Sicherlich, in einigen Regionen des Landes war die Übernahme der geteilten politischen Verantwortung von liberalen und konservativen Politikern gleichbedeutend mit dem Ende der bewaffneten Auseinandersetzungen. In anderen Landesteilen hingegen waren die politischen Akteure weit davon entfernt, zu einem friedlichen Miteinander zurückzukehren – und Tolima gehörte zu den letzteren. Rachegeläste wegen der vorangegangenen Gewalttaten, Rivalitäten um politische Einflussbereiche, die Aktivität krimineller Banden vor dem Hintergrund einer desaströsen wirtschaftlichen Lage und weitreichender Zerstörungen sowie die Omnipräsenz von Vertriebenen bildeten den Nährboden dafür, dass sich die Auseinandersetzungen, wenn auch unter geänderten Rahmenbedingungen, über den August 1958 hinaus fortsetzen. Die Untersuchung schließt 1964 mit der Niederschlagung der als *bandoleros* kriminalisierten Gewaltkollektive, die sich aus ehemaligen liberalen Widerstandskämpfern rekrutierten, durch die staatlichen Sicherheitskräfte.<sup>10</sup>

Eine der zentralen erkenntnisleitenden Fragestellungen der vorliegenden Arbeit besteht darin zu untersuchen, wie die Gewalt im Untersuchungszeitraum zu einer Handlungressource wurde, auf die derart extensiv in den politischen Auseinandersetzungen zurückgegriffen wurde – einen Menschen zu verletzen, ist

---

<sup>8</sup> Für weitergehende Informationen zum Untersuchungszeitraum vgl. Kapitel 1.4 und 2 des Teils I der Arbeit.

<sup>9</sup> Ähnlich argumentiert: María Victoria Uribe Alarcón: *El Conflicto Armado en Colombia. Una Guerra sin reglas de juego*. In: Klaus Bodemer, Sabine Kurtenbach und Klaus Meschkat (Hrsg.): *Violencia y regulación de conflictos en América Latina*. Caracas 2001, S. 159-170, hier: S. 162.

<sup>10</sup> Der vermeintliche Sieg der staatlichen Sicherheitskräfte in der *guerra contra el bandolerismo* bedeutete allerdings mitnichten, dass die Gewalt in der kolumbianischen Gesellschaft und den politischen Auseinandersetzungen obsolet geworden wäre. Es endete lediglich ein Kapitel in der langen Gewaltgeschichte des südamerikanischen Landes – und ein neues wurde aufgeschlagen. Die folgende Phase der Gewalt unterschied sich allerdings von dem vorangegangenen Konflikt: Ziel der Kämpfe war nicht mehr die Inklusion in das bestehende politische System, sondern vielmehr dessen revolutionäre Umgestaltung. Das Vorgehen der staatlichen Sicherheitskräfte gegen die kommunistische Opposition ist daher konzeptionell treffender als gewaltsame Form der *state formation* zu fassen (vgl. Reinhard Stockmann: *Die neue Violencia. Kolumbien in der Tradition der Gewalt*. In: Ibero-Amerikanisches Archiv XX:3 (1989), S. 351-369, hier: S. 356f.; Fernán E. González; Ingrid J. Bolívar; Teófilo Vázquez: *De la nación fragmentada a la construcción del Estado*. Bogotá 2002, S. 23).

immer auch ein Tabubruch; einen Menschen zu töten, heißt immer auch, sich über gesellschaftliche und ethische Konventionen hinwegzusetzen. Um zu verstehen, warum sich Menschen über soziale Regeln hinwegsetzen, müssen die Umstände, unter denen das gewaltsame Agieren zu einer der akzeptierten Handlungsoptionen wird, untersucht werden. Baberowski betont die Notwendigkeit, neben der Legitimation, die für das Gewalthandeln angeführt wird, auch „die kulturellen Muster der Gewaltakteure und ihrer Widersacher [...] sowie] die kulturellen Handlungskontexte“, welche die Gewaltakte begleiten, in historischen Studien zu berücksichtigen.<sup>11</sup>

In Kolumbien wurden die von Baberowski evozierten kulturellen Muster des Gewalthandelns stark durch die *partidos tradicionales* geprägt. Die eigene Partei und den politischen Widersacher nahmen exponierte Vertreter der Traditionsparteien zunehmend als antagonistische, sich gegenseitig ausschließende Gemeinschaften wahr, die den politischen Gegner und die Zukunft der *patria* existenziell bedrohten. Die Deutungen der sozialen und politischen Realitäten sowie die Wahrnehmung des politischen Widersachers, die ich als *Dichotomisierung der sozialen Welt* beschreiben werde und die *dirigentes políticos* der Traditionsparteien proklamierten, machten die physische Gewalt, so meine These, zu einer der bevorzugten Handlungsoptionen im Umgang mit dem Konkurrenten um politische Macht. Erst die von den Repräsentanten der Traditionsparteien (*partidos tradicionales*) gezeichneten Bilder des Widersachers und die Interpretation der politischen Realitäten ermöglichen die blutigen, jahrelangen bewaffneten Auseinandersetzungen zwischen den politischen Fraktionen des Landes.

Anhand umfangreicher schriftlicher Quellen sowie *testimonios* von Zeitzeugen soll gezeigt werden, in welchem Maße die von den auf der nationalstaatlichen Ebene angesiedelten Repräsentanten der Parteien diskursiv bereitgestellte Handlungsressource Gewalt in Tolima genutzt wurde. Dass es während der *Violencia* zu massiven und umfassenden Gewaltakten kam, steht unzweifelhaft fest. Viele politikhistorische Untersuchungen der *Violencia* haben jedoch das Verhältnis zwischen dem Politischen und der Handlungsressource, welche Gewalt darstellt, bislang nicht ausreichend berücksichtigt. In der vorliegenden Arbeit wird gezeigt, dass die umfassenden Gewalthandlungen politisch moti-

<sup>11</sup> Jörg Baberowski: Gewalt verstehen. In: Zeithistorische Forschungen/Studies in Contemporary History, Online-Ausgabe, 5 (2008) H. 1., Textabschnitt 1-9. Unter: <http://www.zeithistorische-forschungen.de/16126041-Baberowski-1-2008> (Zugriff: 16.2.2012), hier: Textabschnitt 7. Ähnlich argumentiert auch: Christoph Liell: Der Doppelcharakter von Gewalt. Diskursive Konstruktion und soziale Praxis. In: Sighard Neckel und Michael Schwab-Trapp (Hrsg.): Ordnungen der Gewalt. Beiträge zu einer politischen Soziologie der Gewalt und des Krieges. Opladen 1999, S. 33-54, hier: S. 44f., 50.

viert waren und die Kriminalisierung vieler Kombattanten<sup>12</sup> in der Forschungsliteratur oftmals vorschnell vorgenommen wurde – obwohl es nicht an Beispielen mangelt, in denen auch kriminelle und ökonomische Motive der Gewalt zugrundelagen.

Gewaltsam versuchten Mitglieder der kolumbianischen Parteien in den traditionellen Strukturen des politischen Feldes verfestigte Widerstände gegen die Vorhaben der eigenen Partei, gleich ob in der Opposition oder mit Regierungsverantwortung, zu überwinden. Die konservative Regierungspartei versuchte, den Widerstand der liberalen Mehrheiten in den legislativen Körperschaften des Staates gewaltsam zu brechen und die Anhänger der Oppositionsparteien von der Teilhabe an politischen Abstimmungen sowie Entscheidungsprozessen auszuschließen. Kommunisten und Liberale wiederum zielten darauf ab, auf dem Wege der Gewalt die Durchsetzung der von ihnen kritisierten Regierungspolitik zu verhindern und sich gegen die gewaltsamen Versuche der Konservativen Partei, die strukturellen politischen Gegebenheiten nachhaltig zu ändern, zur Wehr zu setzen. Trotz aller politischen Umbrüche während des Untersuchungszeitraums blieb der Einsatz von Gewalt gegen den politischen Gegner stets das bevorzugte Mittel, um „Politik zu betreiben“, das heißt seine politische Agenda durchzusetzen und den Widerstand politisch Andersdenkender zu brechen.

## 1.2 Anmerkungen zum Forschungsstand

In der Erforschung der *Violencia*, die das Land Mitte des 20. Jahrhunderst erschütterte, lassen sich drei überlappende Phasen unterscheiden. In einer ersten Periode, die bereits in den frühen 1960er Jahren einsetzte, veröffentlichten vor allem kolumbianische Sozialwissenschaftler Studien zu den bewaffneten Auseinandersetzungen zwischen den Anhängern der politischen Parteien des Landes. Auch weil sie selber Zeitzeugen der *Violencia* waren, zeichneten sich ihre Arbeiten oftmals durch eine narrativ-deskriptive Konzeption aus und übernahmen vergleichsweise unkritisch das im politischen Denken bis weit in das 20. Jahrhundert verfestigte Konzept der Liberalen und Konservativen Partei als zwei antagonistische politische Gemeinschaften, als *politische Subkulturen*.<sup>13</sup> Die Gewalt zwischen den als historische Gemeinschaften (*comunidades históricas*) konzipierten Traditionsparteien sahen Vertreter dieser Forschungsrichtung begründet in den *odios heredados* – dem vererbten Hass, den die Parteimitglieder für den Wider-

<sup>12</sup> Der besseren Lesbarkeit halber verzichte ich darauf, jeweils die Maskulina und Feminina der verwendeten Substantive zu nennen. Generell, wenn nicht anders vermerkt, beziehen sich die maskulinen Nennungen sowohl auf männliche als auch weibliche Akteure.

<sup>13</sup> Pécaut: Orden y Violencia, S. 597ff.; ders.: Violencia de los años cincuenta, S. 39.

sacher empfanden.<sup>14</sup> Oftmals ging die betonte Grausamkeit der Gewalthandlungen vor dem Hintergrund der gleichzeitigen Betonung der fanatisch-emotionalen Bindung der Akteure an die politischen Parteien einher mit einer Pathologisierung der Kombattanten. Insbesondere die Akteure, die auch nach der Etablierung der Koalitionsregierung aus Konservativer und Liberaler Partei zu den Waffen griffen, wurden nicht selten als blutrünstige, von niederen Instinkten getriebene Mörder beschrieben, für die keine Besserung in Sicht war.<sup>15</sup>

Die Existenz der kolumbianischen Traditionsparteien als zwei antagonistische politische Gemeinschaften, die eine Grenze und Differenz markierten, die teilweise tödliche Gewalt gegen seinesgleichen zu rechtfertigen schienen, wurde nahezu in jeder Arbeit, die sich der *Violencia* widmet, konstatiert. Auf Basis welcher Argumentationsmuster, anhand welcher rhetorischen Logiken diese Differenz zwischen den Parteien konstruiert wurde, die sich hinsichtlich ihrer sozialen Stratifikation und ihrer politischen Grundsätze de facto sehr ähnlich waren, blieb in der Regel jedoch unbeantwortet bzw. wurde axiomatisch vorausgesetzt.

Die Untersuchung der diskursiv-kulturellen Rahmung der Gewalt im Rahmen der vorliegenden Arbeit skizziert entlang systematisch konzipierter Selbst- und Fremdwahrnehmungen von zunehmend radikalisierten Vertretern der Traditionsparteien den diskursiven Konstruktionsprozess der *partidos tradicionales* als zwei sich ausschließende und gegenseitig in ihrer Existenz bedrohende Entitäten. Je schmäler die Grundlage für eine friedliche gemeinsame politische Betätigung der Protagonisten des zeitgenössischen politischen Feldes wurde, desto notwendiger und unausweichlicher, so meine These, erschien der Griff zu den Waffen, um nicht nur die eigene Partei, sondern die Zukunft der *patria* zu verteidigen. Die Untersuchung des diskursiv-kulturellen Rahmens des Gewalthandelns soll auf Basis eines breiten Quellenfundus eine auch mehr als fünf Jahrzehnte nach den Ereignissen bestehende Forschungslücke schließen, die bislang mit lapidaren, nicht weiter belegten Bekundungen, dass nationalstaatliche Vertreter der Traditionsparteien durch ihre politischen Brandreden nicht unschuldig an der *Violencia* gewesen seien, überdeckt werden sollte. Aufgrund der zentralen Bedeutung der

<sup>14</sup> Ungeachtet dessen kommt den frühen Forschern der *Violencia* das Verdienst zu, eine umfangreiche Dokumentation und Sammlung der Bürgerkriegsergebnisse erstellt zu haben. Trotz des fehlenden systematischen Zugriffs auf den Untersuchungsgegenstand stellen die frühen Studien zum Binnenkonflikt daher eine historische Quelle von hohem wissenschaftlichem Wert dar. Stellvertretend seien genannt: Germán Guzmán Campos: *La Violencia en Colombia. Parte Descriptiva*. Cali 1968; Germán Guzmán Campos; Orlando Fals Borda; Eduardo Umaña Luna: *La Violencia en Colombia. Estudio de un Proceso Social*. Tomo II. Bogotá 1964; David Gómez Rojas: *El General Mariachi*. Jesús María Oviedo. Bogotá 2008; José Gutiérrez: *La Rebeldía Colombiana. Observaciones Psicológicas sobre Actualidad Política*. Bogotá 1962.

<sup>15</sup> Vgl. stellvertretend Guzmán Campos: *Violencia*, S. 207-213, 325ff.

Wahrnehmungs- und Deutungsrahmen, welche exponierte Repräsentanten der Traditionsparteien propagierten, müssen diese aber explizit in eine Studie der *Violencia* Eingang finden.<sup>16</sup>

In einer zweiten Phase der Erforschung der *Violencia*, ausgehend von den späten 1970er und den frühen 1980er Jahren, beschäftigten sich Historiker und Sozialwissenschaftler verstärkt mit dem Phänomen der *Violencia* – mit dem Begriff der *violentología* bzw. den *violentólogos* hat sich gar eine eigene Terminologie für diese Forschungsrichtung und ihre Vertreter etabliert. Von marxistischen Theorien inspiriert betonten sie das sich im Verlaufe der Kämpfe zwischen den *campesinos* herausbildende Klassenbewusstsein und versuchten die blutigen Auseinandersetzungen als eine Form des (noch in den Kinderschuhen steckenden) Klassenkampfes zu deuten.<sup>17</sup> Hobsbawm sah in den Kombattanten, die den bewaffneten Kampf nach der Einrichtung des *Frente Nacional* 1958 weiterführten, ein weiteres Beispiel der von ihm konzipierten *social bandits* – Akteure, die der britische Historiker auch in Griechenland, der Türkei und Russland identifiziert hatte. Während sie für die politischen Machthaber und die Vertreter des Staates einfach kriminelle Akteure waren, sahen ihr soziales Umfeld und weite Teile der Bevölkerung ihrer Operationsgebiete in ihnen legitime Kämpfer für die Wiedererlangung verlorener sozialer Rechte.<sup>18</sup> Blok kritisiert allerdings das Konzept der *social bandits* von

<sup>16</sup> Dieser Aspekt der *Violencia* hat bislang wenig Beachtung in den bisherigen Studien zum kolumbianischen Bürgerkrieg gefunden. Daher betrifft die vorliegende Arbeit mit der Untersuchung der Wahrnehmungen und Deutungen politischer Realitäten anhand des vorliegenden Quellenmaterials gewissermaßen „akademisches Neuland“. Vereinzelt kann sie jedoch auf folgende Arbeiten zurückgreifen, die vor allem die ersten Jahre des Untersuchungszeitraums abdecken: Carlos Mario Perea: Porque la Sangre es Espíritu. Imaginario y discurso político en las élites capitalinas (1942-1949). Bogotá 1996; Dario Acevedo Carmona: La Mentalidad de las Élites sobre la Violencia en Colombia (1936-1949). Bogotá 1995.

<sup>17</sup> Der bekannteste Vertreter der *violentólogos* ist mit Sicherheit Gonzalo Sánchez, Gründungsmitglied des *Instituto de Estudios Políticos y Relaciones Internacionales* (IEPRI) der *Universidad Nacional* (vgl. Semana, 15.9.2007, „Los violentólogos“). Sánchez hat auch einen Beitrag zu dem Bildband mit dem vielsagenden Titel *Violentology* von Stephen Ferry geschrieben (vgl. Gonzalo Sánchez: La Violencia. Roots of the Conflict. In: Stephen Ferry: *Violentology. A Manual of the Colombian Conflict*. New York 2012, S. 17-26). Neben ihm sind weiterhin Dario Fajardo, Pierre Gilhodés, Donny Meertens und Eduardo Pizarro Leongómez als Vertreter dieser Forschungsrichtung zu nennen. Auch Medófilo Medina gehört zu den von marxistischen Theorien geleiteten Historikern, die sich ausführlich mit der *Violencia*, insbesondere Tolima, beschäftigt haben. Zu den frühesten Forschern, die das sich herausbildende Klassenbewusstsein gleichzeitig als Grund und als Motivation für die Gewalt Mitte des 20. Jahrhunderts in Kolumbien werteten, war Torres Restrepo (vgl. Camilo Torres Restrepo: Social Change and Rural Violence in Colombia. In: *Studies in Comparative International Development* 6:1 (1968/69), S. 263-283).

<sup>18</sup> Vgl. Eric J. Hobsbawm: Bandits. London 1969; ders.: Social Bandits and Primitive Rebels. Studies in Archaic Forms of Social Movement in the 19th and 20th Centuries. Glencoe 1959.

Hobsbawm als nicht der historischen Realität entsprechend und weist darauf hin, dass viele Banditen nicht für Gerechtigkeit und Gleichheit stritten. Nicht wenige der von ihm beschriebenen Kombattanten waren Politikern sowie Großgrundbesitzern zu Diensten und trugen zu der Aufrechterhaltung von Ungleichheitsstrukturen bei.<sup>19</sup>

Parallel zu den Arbeiten der *violentología* der 1980er Jahre trugen Historiker und Sozialwissenschaftler wie Molano, Arango Z., Behar und Aprile-Gniset in der Tradition der *oral history* Berichte von Zeitzeugen der *Violencia* zusammen. Weiterhin wurde eine hohe Zahl von autobiographischen Zeugnissen der *Violencia* veröffentlicht.<sup>20</sup>

In einer dritten Phase rückte zwar der an Schärfe gewinnende Binnenkonflikt zwischen den paramilitärischen Gruppierungen, den linksgerichteten *guerrillas*, den staatlichen Sicherheitskräften und den Banden von Auftragsmördern im Dienst der Drogenkartelle der ausgehenden 1980er Jahren in den Fokus akademischer, gesellschaftswissenschaftlicher Forschungsinstitute. Jedoch ist das Interesse an den bewaffneten Auseinandersetzungen zwischen den Anhängern der verschiedenen politischen Fraktionen Mitte des 20. Jahrhunderts in Kolumbien immer noch ungebrochen. Kolumbianische und ausländische Wissenschaftler versuchen weiterhin, aus verschiedenen disziplinären Blickwinkeln Licht in das Dunkel der *Violencia* zu bringen.<sup>21</sup>

<sup>19</sup> Blok, Anton: The Peasant and the Brigand: Social Banditry Reconsidered. In: Comparative Studies in Society and History 14:4 (September 1972), S. 494-503. Für eine Kritik an den binären und dichotomen Darstellungen von Hobsbawm und Blok vgl. Paul Sant Cassia: „Better Occasional Murders than Frequent Adulteries“. Discourses on Banditry, Violence, and Sacrifice in the Mediterranean. In: Fernando Coronil und Julie Skurki (Hrsg.): States of Violence. Ann Arbor 2006, S. 219-268.

<sup>20</sup> Vgl. Manuel Marulanda Vélez: Cuadernos de Campaña. Bogotá 1973; Eusebio Prada: La vida que vivimos. Historia campesina. Bogotá 2008; Ciro Trujillo Castaño: Ciro. Páginas de su Vida. Bogotá 1974; Jacobo Arenas: Diario de la Resistencia de Marquetalia. Bogotá 2000; Evelio Buitrago Salazar: Zarpazo. Otra Cara de la Violencia. Bogotá 1967; Alejandro Galvis Galvis: Memorias de un político centenarista. Bucaramanga 1976.

<sup>21</sup> Einer der renommiertesten Experten der kolumbianische Gewaltgeschichte, sowohl der *Violencia* als auch des späten 20. Jahrhunderts, ist der französische Soziologe Daniel Pécaut. Angesichts der Fülle an Studien zur *Violencia* seien, neben den Schriften von Pécaut, nur folgende Publikationen als Auswahl genannt: James D. Henderson: When Colombia Bled. A History of the Violencia in Tolima. Tuscaloosa 1985; Carlos Miguel Ortiz Sarmiento: Estado y Subversión en Colombia. La violencia en el Quindío, años 50. Bogotá 1985; Paul Oquist: Violencia, Conflicto y Política en Colombia. Bogotá 1978; Robert Karl: State Formation, Violence, and Cold War in Colombia, 1957-1966. Dissertation Harvard University. Cambridge, Massachusetts 2009; Rocío Londoño Botero: Juan de la Cruz Varela y la República Campesina de Sumapaz. Dissertation Universidad Nacional. Bogotá 2009; José del Carmen Buitrago Parra: Guerrilleros, campesinos y política en el Sumapaz. El Frente Democrático de Liberación Nacional 1953-1956. Ibagué 2006; José Jairo González Arias; Ely Marulanda Alvarez: His-

Auf die zahlreichen bislang erschienenen Studien zum kolumbianischen Bürgerkrieg wird in der vorliegenden Arbeit zurückgegriffen. Auf Basis teilweise minutiöser Archivstudien zeichnen sie das Gewalthandeln der involvierten Akteursgruppen nach und bereichern jede Arbeit, die sich zum Ziel gesetzt hat, die Bedingungen und Umstände der *Violencia* zu ergründen. Ohne ihren wissenschaftlichen Mehrwert in Abrede stellen zu wollen, erscheinen die bislang erschienenen Forschungsarbeiten zur *Violencia* in einigen Aspekten allerdings unzureichend bzw. unbefriedigend. Vielen Studien fehlt eine elaborierte und erkenntnisleitende Fragestellung, was oftmals zu unsystematischen sowie deskriptiven „Erzählungen“ der *Violencia* führt.

Ein Grund für das Fehlen einer systematischen Annäherung an den Untersuchungsgegenstand mag an der Gewalt selber und dem wissenschaftlichen Verständnis von Gewalt liegen. Die de facto zu beobachtende ostentativ grausame Gewalt verleitete sowohl Zeitzeugen als auch Wissenschaftler, die mit einer gewissen zeitlichen oder kulturellen Distanz in Gesellschaften aufgewachsen waren, die sich der alltäglichen Gewalt als barbarisches Relikt vergangener Epochen entledigt glaubte, dazu, sie pathologischen oder kriminellen Sadisten zuzuschreiben. Marxistisch inspirierte *violentólogos* wiederum sahen in der Gewalt die Ansätze eines sich herausbildenden Klassenbewusstseins der Kombattanten. Und standen das Handeln und die Gewalt der untersuchten Akteure im Widerspruch zu der Theorie des Kampfes Unterdrückter gegen die gesellschaftlichen und ökonomischen Eliten, waren sie mahnende Beispiele für die möglichen Folgen, wenn die Ausgebeuteten ohne politische Anleitung oder ausreichend ausgeprägtes Klassenbewusstsein zu den Waffen griffen.

Sicherlich ist es verlockend, die *Violencia* als eine Phase zu betrachten, in der unterdrückte und marginalisierte Akteure sich ihrer untergeordneten Position in dem gesellschaftlichen Gefüge bewusst wurden. Nicht nur konnte so der unermesslichen Gewalt ein Sinn gegeben werden. Auch die Betrachtungsweise ex post legte diese Schlussfolgerung nahe, denn aus den bewaffneten kommunistischen Widerstandsgruppen der 1950er Jahre entstanden die *Fuerzas Armadas Revolucionarias de Colombia* (FARC), die bis in das 21. Jahrhundert den Klassenkampf zur Überwindung von Ungleichheitsstrukturen propagieren. Und nicht wenige Kombattanten der Liberalen Partei forderten, alleingelassen von der Führung der Partei, für die sie in den Kampf gezogen waren, zunehmend soziale Gerechtigkeit qua Umverteilung ein.

---

torias sin Fronteras. Colonización y guerras en el Sumapaz. Bogotá 1990; Laura Varela Mora; Yuri Romero Picón: Surcando Amaneceres. Historia de los Agrarios de Sumapaz y Oriente del Tolima. Bogotá 2007; Ramona Majka: Die Moderne und die Violencia. Zur Gesellschafts-, Konflikt- und Ideologiegeschichte Kolumbiens. Frankfurt (Main) 2001.

Die Analyse der *Violencia* als eine Untersuchung des Klassenkampfes ist zwar häufig propagiert worden und viele *violentólogos* haben auch überzeugend auf die Bedeutung sozioökonomischer Ungleichheiten im Sinne von Klassenunterschieden für das Verständnis des Bürgerkrieges und den Verlauf desselben hingewiesen. Allerdings stellt dieser Ansatz allein kein ausreichendes Erklärungsmoment dar, denn die Mehrheit von Opfern und Tätern stammte aus einer und derselben Klasse. Weiterhin einten sich die bewaffneten Widerstandsgruppen mit verschiedenen politischen Hintergründen nicht auf Basis des Klassendiskurses – ungeachtet der vielfachen Versuche vonseiten kommunistischer Akteure, dies zu erreichen. Vielmehr wehrten sich liberale *guerrillas* erbittert gegen die Vereinnahmung durch ihre kommunistischen Pendants, mit denen sie sich in blutige Kämpfe verwickelten.<sup>22</sup> So wie es Beispiele der Hobsbawm'schen *social bandits* gab, mangelte es nicht an Akteuren, die den regionalen, politischen Eliten und Großgrundbesitzern zu Diensten waren und sie vor den Forderungen von *movimientos campesinos* und kommunistischen Akteursgruppen zu schützen glaubten – und somit die Einwände von Blok gegen die Thesen von Hobsbawm unterfütterten.<sup>23</sup> Im Sinne des von Koselleck formulierten *Vetorechts der Quellen* gilt es, historische Prozesse jenseits ideologischer Präferenzen und Wünsche quellenbasiert zu untersuchen.<sup>24</sup> Und im Falle der kolumbianischen *Violencia* ist sowohl die Existenz von Klassengegensätzen motivierter *bandoleros sociales* als auch von *bandoleros políticos* im Dienste von Repräsentanten der Traditionsparteien zu konstatieren.

### 1.3 Die Gewalt und das Politische: Gewalt als gesellschaftswissenschaftlicher Untersuchungsgegenstand

In Kolumbien war es in erster Linie der Kampf um das Politische, der den Gewalthandlungen des Bürgerkriegs zugrunde lag. Somit liegt der Schlüssel zum Verständnis des kolumbianischen Bürgerkriegs weniger in den „Abgründen der menschlichen Existenz“, das heißt krankhaften, sadistischen Verhaltensweisen größtenteils ungebildeter, analphabetischer Personen, die von den *odios heredados* geleitet wurden. Auch waren sozioökonomische Ungleichheiten nicht der einzige Grund für die bewaffneten Auseinandersetzungen. Vielmehr ist das wechselseitige Verhältnis von politischen Realitäten und Machtverhältnissen auf der

---

<sup>22</sup> Alexander Wilde: *La Quiebra de la Democracia en Colombia*. Bogotá 1982, S. 120.

<sup>23</sup> Für eine Kritik an den Debatten von Hobsbawm und Blok vgl. Sant Cassia: *Discourses*, S. 232f.

<sup>24</sup> Reinhart Koselleck: Standortbindung und Zeitlichkeit. Ein Beitrag zur historiographischen Erschließung der geschichtlichen Welt. In: Reinhart Koselleck, Wolfgang J. Mommsen und Jörn Rüsen (Hrsg.): *Objektivität und Parteilichkeit in der Geschichtswissenschaft* (Beiträge zur Historik Bd. 1). München 1977, S. 17–46, hier: S. 45f.

einen Seite und dem Einsatz physischer Gewalt zu ihrer Veränderung bzw. Festschreibung auf der anderen zentral für das Verständnis der Gewalthandlungen der *Violencia* Mitte des 20. Jahrhunderts.

Neuere politikhistorische Ansätze grenzen sich von der traditionellen Politikgeschichte ab, die sich auf Staaten, Regierungen und Institutionen konzentriert hat, um das Politische – verstanden als die Gesamtheit der als politisch betrachteten Akteure und Themenkomplexe – zu bestimmen und zu untersuchen. Unter dem Einfluss kultur- und gesellschaftshistorischer Ansätze wehren sich Vertreter aktueller politikhistorischer Ansätze gegen eine starre, ahistorische und a priori festgelegte Definition des Politischen, die den Status, politisch zu sein, Vertretern des Staates, staatlichen Institutionen und den von ihnen geführten Diskursen vorbehält.

In Anlehnung an die jüngeren Debatten in den Geschichtswissenschaften werden in der vorliegenden Arbeit Akteure, Diskurse und Themen als politisch definiert, wenn sie auf das Gemeinwesen Bezug nehmen. Das Gemeinwesen wird als eine Gemeinschaft verstanden, die sich dadurch charakterisiert, dass die Mitglieder dieser Gruppe sich ähnlich der *imagined community* im Sinne von Benedict Anderson nicht lediglich durch *face-to-face*-Beziehungen als Gemeinschaft erfahren. Weiterhin müssen die Akteure, Handlungen und Debatten eine strukturbildende und verbindliche Dimension für den überindividuell konzipierten Adressaten beanspruchen.<sup>25</sup> Beanspruchen ist in diesem Zusammenhang von zentraler Bedeutung, denn die in der Arbeit verwendete Definition des Politischen setzt nicht voraus, dass Akteure und deren Handlungen oder Diskurse auch reale, historisch beleg- und nachweisbare Auswirkungen zeitigen, um als politisch zu gelten.

Wird das Politische derart definiert, dann wird deutlich, dass es nur historisch variabel und als Resultat sozialer Praktiken zu konzipieren ist. Und dieses *Resultat*, das Politische, reduziert sich mitnichten nur auf das Handeln und Agieren staatlicher Amtsträger und wird nicht allein in den traditionellen Institutionen sowie Strukturen des politischen Feldes geschaffen.<sup>26</sup>

---

<sup>25</sup> Diese Definition des Politischen ist angelehnt an: Achim Landwehr: Diskurs – Macht – Wissen. Perspektiven einer Kulturgeschichte des Politischen. In: Archiv für Kulturgeschichte 85 (2003), S. 71-117, hier: S. 100-117.

<sup>26</sup> Vgl. paradigmatisch Ute Frevert: Neue Politikgeschichte: Konzepte und Herausforderungen. In: Ute Frevert et al. (Hrsg.): Politikgeschichte. Perspektiven einer historischen Politikforschung. Frankfurt (Main) 2005, S. 7-26; Landwehr: Diskurs; Willibald Steinmetz: Neue Wege einer historischen Semantik des Politischen. In: Willibald Steinmetz (Hrsg.): Politik. Situationen eines Wortgebrauchs im Europa der Neuzeit. Frankfurt (Main) 2007, S. 9-40. Vgl. für die Anwendung dieses Verständnisses des Politischen Christian Büschges: Demokratie und Völkermord. Ethnizität im politischen Raum (Das Politische als Kommunikation 5). Göttingen

Das Politische ist demnach nicht als gegebene Einheit, sondern als prozessuale Ergebnis von Handeln und Interagieren verschiedener Akteursgruppen zu konzipieren. Wenn sich das Politische in kontinuierlichen Aus- und Verhandlungen zwischen unterschiedlichen gesellschaftlichen Gruppen mit spezifischen, mitunter konträren Interessenlagen konstituiert, heißt dies auch, dass die Genese politischer Themen und Akteure nicht immer konfliktfrei verläuft. Mouffe folgend sind Antagonismen und Konflikte konstitutiv für das Politische, sie stellt eine „Untilgbarkeit der Konfliktdimension im gesellschaftlichen Leben“ fest, in deren Rahmen das Politische geschaffen wird.<sup>27</sup> Um in diesen mitunter konfliktiven Praktiken, die dem Politischen inhärent sind, zu bestehen, kommt Gewalt als Handlungsressource und als Form sozialer Interaktion eine zentrale Bedeutung zu.

Sicherlich, politische Realitäten können durch Gesetzgebung, durch friedliche Abkommen zwischen politischen Parteien und Vertretern der Zivilgesellschaft, durch die Bestrebungen sozialer Bewegungen und durch Wahlen geschaffen sowie aufrechterhalten werden. Aber auch Gewalt ist eine Möglichkeit, Konflikte für sich zu entscheiden, gesellschaftliche Verhältnisse zu verändern – und Gewalt ist auch eine Möglichkeit, diesen Wandel zu unterbinden. Mitte des 20. Jahrhunderts, das heißt zur Zeit der *Violencia*, wurde den niederländischen Soziologen Kruijt und Koonings zufolge in Lateinamerika auf physische Gewalt zurückgegriffen, um die Ansprüche breiter Bevölkerungsschichten auf politische Partizipation gegen traditionelle Eliten durchzusetzen und oligarchische Strukturen aufzubrechen, in anderen Worten, qua Gewalt sollten politische Realitäten geändert werden.<sup>28</sup>

---

2012. Den in der Reihe *Historische Politikforschung* veröffentlichten Forschungsarbeiten ist gemeinsam, dass sie trotz ihrer thematischen Mannigfaltigkeit den Konstruktionsprozess des Politischen selbst in die Untersuchung mit aufnehmen. Sie wird federführend von Willibald Steinmetz herausgegeben und erscheint in Frankfurt (Main).

<sup>27</sup> Chantal Mouffe: Über das Politische. Wider die kosmopolitische Illusion. Frankfurt (Main) 2007, S. 10; s. auch S. 7-47.

<sup>28</sup> Die beiden Wissenschaftler identifizieren drei Gewaltzyklen in der Geschichte Lateinamerikas seit dem frühen 19. Jahrhundert. Als ersten Gewaltzyklus bezeichnen die Autoren die Gewalt, die den nach der Unabhängigkeit etablierten politischen und sozialen Strukturen innewohnte. Die auf Kontrolle und Exklusion ziellenden gesellschaftlichen Formationen, gegen die sich in dem zweiten Gewaltzyklus zur Wehr gesetzt wurde, dauerten bis (weit) in das 20. Jahrhundert an. Den dritten Gewaltzyklus machen Kruijt und Koonings in der Demokratisierungswelle Ende des 20. Jahrhunderts in Lateinamerika aus, die aber nicht zu einem Ende der Gewalt führte. Vielmehr wurde auch die Gewalt demokratisiert, das heißt zu einer jederzeit verfügbaren Handlungsoption (Dirk Kruijt; Kees Koonings: Introduction. Violence and Fear in Latin America. In: Kees Koonings und Dirk Kruijt (Hrsg.): Societies of Fear. The Legacy of Civil War, Violence and Terror in Latin America. London/New York 1999, S. 1-30, hier: S. 6-12). Kolumbien ist eines der Paradebeispiele eines Landes, in dem Gewalt eine oftmals genutzte Handlungsressource zur Regulierung sozialer Beziehungen ist (vgl. Waldmann: Veralltäglichung).

Die These von Kruijt und Koonings, dass körperliche Gewalt eingesetzt wurde, um soziale und politische Gegebenheiten zu ändern, verweist auf die fundamental gewandelte Aufmerksamkeit, die Gewalt in ihren verschiedenen Erscheinungsformen als konstitutives Elemente moderner Gesellschaften in den letzten Jahrzehnten zuteil geworden ist. Viele der Theorien, welche die Soziologie des frühen 20. Jahrhunderts in entscheidendem Maße beeinflussten, zeichneten sich dadurch aus, dass sie dem Phänomen der Gewalt keine systematische Aufmerksamkeit schenkten. In der Regel betrachteten sie die Gewalt nur in ihrer institutionalisierten und in Sozialstrukturen eingefassten Bedeutung für soziale Vergemeinschaftung sowie die Konstituierung von Gesellschaften.<sup>29</sup> In der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts erfuhr Gewalt allerdings als gesellschaftliches Phänomen, und damit auch als Untersuchungsgegenstand mannigfaltiger wissenschaftlicher Disziplinen, eine bis dahin ungekannte Aufmerksamkeit. Inzwischen besteht weitgehender Konsens darüber, dass Gewalt – was auch immer im konkreten Fall unter Gewalt verstanden wird – ein elementarer Bestandteil sozialer Gemeinschaften ist und ihr eine konstitutive Bedeutung sowohl für den Staat als auch andere gesellschaftliche Formationen zukommt.<sup>30</sup>

Friedliches Zusammenleben meint nicht die Abwesenheit jeglicher Form von Gewalt und Zwang, sondern beschreibt vielmehr das Nichtvorhandensein illegitimer, unautorisierte, das heißt dem staatlichen Gewaltmonopol zuwiderlaufender Violenz. Denn Herrschaft, die Teil aller menschlichen Gemeinschaften ist, solange

<sup>29</sup> Für eine Zusammenfassung der Bedeutung, die soziologische Theorien der Gewalt beimessen, vgl. Trutz von Trotha: Zur Soziologie der Gewalt. In: Trutz von Trotha (Hrsg.): Soziologie der Gewalt (Sonderheft 37 der Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie). Wiesbaden 1997, S. 9-56, hier: S. 10-16. Die Einleitung des von Trutz von Trotha herausgegebenen Bandes der *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* kann als Grundmanifest der Forschungsrichtung gesehen werden, die physische Gewalt, und nicht deren Rahmenbedingungen, in den Fokus ihrer Untersuchungen stellen will und zu deren exponierten Vertretern er, neben Wolfgang Sofsky, zählt.

<sup>30</sup> Jon Abbink: Preface. Violation and Violence as Cultural Phenomena. In: Göran Aijmer und Jon Abbink (Hrsg.): Meanings of Violence. A Cross Cultural Perspective. Oxford/New York 2000, S. XI-XVII, hier: S. XII.; Julie Skurski; Fernando Coronil: Introduction. States of Violence and the Violence of States. In: Fernando Coronil und Julie Skurski (Hrsg.): States of Violence. Ann Arbor 2006, S. 1-31, hier: S. 2. Noch 1978 wiesen Duncan Baretta und Markoff darauf hin, dass Gewalt als Hintergrundbedingung für soziale Ordnungen oftmals nicht ausreichend berücksichtigt wird (Silvio R. Duncan Baretta; John Markoff: Civilization and Barbarism: Cattle Frontiers in Latin America. In: Comparative Studies in Society and History 20:4 (October 1978), S. 587-620, hier: S. 587). Vgl. auch die auf Zygmunt Bauman zurückgreifenden Ausführungen in: Peter Imbusch: Moderne und Postmoderne Perspektiven der Gewalt. In: Sighard Neckel und Michael Schwab-Trapp (Hrsg.): Ordnungen der Gewalt. Beiträge zu einer politischen Soziologie der Gewalt und des Krieges. Opladen 1999, S. 147-160, hier: S. 154-157.

egalitäre, machtfreie Gesellschaften nur eine – wenn auch verlockende – Utopie sind, ist unweigerlich mit der Ausübung oder Androhung von Gewalt verbunden.<sup>31</sup> Knöbl und Schmidt folgend ist ohne das Wissen vom Krieg als Extrem kollektiver Gewaltausübung die Moderne nicht zu verstehen.<sup>32</sup>

Über die Frage, was Gewalt genau ist, besteht auch nach vielen Jahren teilweise harscher Debatten kein Konsens – die Definitionen sind manigfaltig.<sup>33</sup> Der norwegische Soziologe und Friedensforscher Johan Galtung wendete sich gegen einen negativen Gewaltbegriff, der Frieden lediglich als Abwesenheit physischer Gewalt definierte. Seinem Verständnis nach „liegt Gewalt dann vor, wenn Menschen so beeinflußt werden, daß ihre aktuelle somatische und geistige Verwirklichung geringer ist als ihre potentielle Verwirklichung“.<sup>34</sup> Aus dieser Perspektive betrachtet wäre es bereits ein Akt der Gewalt, sollte ein Mensch seine geistigen oder körperlichen Eigenschaften nicht entsprechend seines Potenzials entwickeln können.

Die weite Definition von Gewalt, die sich nicht nur auf direkte, physische Gewalt beschränkte, rief allerdings auch deutliche Kritik hervor. Galtung wurde vorgeworfen, mit dem Konzept der *Strukturellen Gewalt* eine wenig trennscharfe Definition geliefert zu haben. Als *catch-all*-Begriff erlaube die Galtung'sche Gewaltdefinition, jedwede Situation als gewalttätig zu deklarieren, während der Gegenbeweis, dass es sich bei einer bestimmten Situation nicht um Gewalt handle, extrem schwer zu führen sei.<sup>35</sup> Zudem können strukturelle Ungleichheiten

<sup>31</sup> Alf Lüdtke: Einleitung. Herrschaft als soziale Praxis. In: Alf Lüdtke (Hrsg.): Herrschaft als soziale Praxis. Historische und sozial-anthropologische Studien. Göttingen 1991, S. 9-63, hier: S. 17ff.; Zygmunt Bauman: Alte und neue Gewalt. In: Journal für Konflikt- und Gewaltforschung Bd. 2, H. 1 (2000), S. 28-42, S. 31; Skurski; Coronil: Introduction, S. 5f. Vgl. auch Robert Bates; Avner Greif; Smita Singh: Organizing Violence. In: The Journal of Conflict Resolution Bd. 46, H. 5 (Oktober 2002), S. 599-628.

<sup>32</sup> Wolfgang Knöbl; Gunnar Schmidt: Einleitung: Warum brauchen wir eine Soziologie des Krieges? In: Wolfgang Knöbl und Gunnar Schmidt (Hrsg.): Die Gegenwart des Krieges. Staatliche Gewalt in der Moderne. Frankfurt (Main) 2000, S. 7-22, S. 8. Vgl. auch Alf Lüdtke: Thesen zur Wiederholbarkeit. „Normalität“ und Massenhaftigkeit von Tötungsgewalt im 20. Jahrhundert. In: Rolf Peter Sieferle und Helga Breuninger (Hrsg.): Kulturen der Gewalt. Ritualisierung und Symbolisierung von Gewalt in der Geschichte. Frankfurt (Main)/New York 1998, S. 280-289.

<sup>33</sup> Ronald Hitzler: Gewalt als Tätigkeit. Vorschläge zu einer handlungstypologischen Begriffsklärung. In: Sighard Neckel und Michael Schwab-Trapp (Hrsg.): Ordnungen der Gewalt. Beiträge zu einer politischen Soziologie der Gewalt und des Krieges. Opladen 1999, S. 9-19, hier: S. 9-14.

<sup>34</sup> Johan Galtung: Strukturelle Gewalt. Beiträge zur Friedens- und Konfliktforschung. Reinbek bei Hamburg 1982, S. 9.

<sup>35</sup> Arno Waschkuhn: Gewalt als Thema der Politikwissenschaft. In: Michael Klein (Hrsg.): Gewalt – interdisziplinär. Münster 2002, S. 111-132, hier: S. 114, 117.

nicht nur gegen den Willen der benachteiligten Akteure zustande kommen, sondern auch auf Konsensesentscheidungen beruhen und durchaus Handlungsräume eröffnen, wie es Michael Riekenberg mit Rückgriff auf Giddens verdeutlicht.<sup>36</sup>

Genau an der Frage, was unter Gewalt zu verstehen sei, wie sie genau zu definieren und wie sie demzufolge zu untersuchen sei, entzündete sich in den 1990er Jahren eine Debatte zwischen Vertretern verschiedener gewaltsoziologischer Schulen. Obgleich sie nicht den Galtung'schen Begriff der *Strukturellen Gewalt* ihren Arbeiten zugrunde legen, konzentrieren sich Gewaltforscher wie Wilhelm Heitmeyer auf die sozialen und politischen, mithin strukturellen Rahmenbedingungen violenten Handelns. Diese Bedingungen sollen erklären, warum Menschen das gesellschaftliche Tabu, Gewalt gegen Mitmenschen anzuwenden, brechen. Prädestinierte Untersuchungsräume dieser Gewaltforschung sind rechtsradikale Milieus, gewaltbereite Jugendsubkulturen oder, vor allem in den letzten Jahren, islamisch geprägte Kulturregionen.<sup>37</sup>

Kritiker wie Trutz von Trotha oder Wolfgang Sofsky werfen den Vertretern dieser Forschungsrichtung vor, das eigentliche Untersuchungsobjekt, die Gewalt, aus dem Fokus verloren zu haben und sich stattdessen „nur“ auf die Ursachen des gewalttätigen Agierens zu konzentrieren. Von Trotha hält den Vertretern der von ihm mit einem abwertenden Unterton bezeichneten „Soziologie der Ursachen der Gewalt“ vor, keine neuen Erkenntnisse erbringen zu können: „nichts, was nicht schon gesagt ist, schon einmal vorgebracht wurde“.<sup>38</sup> Er will den Blick vielmehr auf den eigentlichen Untersuchungsgegenstand Gewalt gerichtet wissen und zieht die Definition von Gewalt heran, die Popitz bereits in den 1980er Jahren geliefert hat. Popitz zufolge ist eine intentionale Handlung, welche die physische Verletzung eines Menschen verursacht, als Gewalt zu definieren. Er weist explizit darauf hin, dass die Zielsetzungen, die der Akteur mit der Handlung verfolgt, unerheblich für ihre Kategorisierung als gewalttätig oder nicht gewalttätig sind.<sup>39</sup>

<sup>36</sup> Michael Riekenberg: Auf dem Holzweg? Über Johan Galtungs Begriff der „strukturellen Gewalt“. In: Zeithistorische Forschungen/Studies in Contemporary History, Online-Ausgabe, 5 (2008) H. 1. Unter: <http://www.zeithistorische-forschungen.de/site/40208823/default.aspx> (Zugriff: 6.3.2013).

<sup>37</sup> Vgl. stellvertretend Wilhelm Heitmeyer (Hrsg.): Das Gewalt-Dilemma. Gesellschaftliche Reaktionen auf fremdenfeindliche Gewalt und Rechtsextremismus. Frankfurt (Main) 1994; ders. (Hrsg.): Die Bielefelder Rechtsextremismus-Studie. Erste Langzeituntersuchung zur politischen Sozialisation männlicher Jugendlicher. Weinheim 1993; ders. (Hrsg.): Die bedrängte Toleranz. Ethnisch-kulturelle Konflikte, religiöse Differenzen und die Gefahren politisierter Gewalt. Frankfurt (Main) 1998.

<sup>38</sup> Von Trotha: Soziologie, S. 18.

<sup>39</sup> Heinrich Popitz: Phänomene der Macht. Autorität – Herrschaft – Gewalt – Technik. Tübingen 1986, S. 73f.; s. auch S. 68.

In Abgrenzung zu der *Soziologie der Ursachen der Gewalt* konzipieren von Trotha und die Vertreter der von ihm propagierten Gewaltforschung, die sich dem Untersuchungsobjekt Gewalt und nicht deren Rahmenbedingungen widmet, eine „genuine Soziologie der Gewalt“.<sup>40</sup> Sie sehen Gewalt als eine anthropologische Konstante menschlichen Handelns sowie sozialer Gemeinschaften und fragen daher weniger, warum und unter welchen (Rahmen-)Bedingungen Menschen sich gewaltsam begegnen.<sup>41</sup> Ihrer Meinung nach liegt der Schlüssel zum Verständnis der Gewalt in ihrer Performanz, denn „will man Praxis und Verlauf des Massakers verstehen [und das gilt in den Augen von Sofsky auch für andere Gewaltakte, L. R.], muß man daher das Augenmerk darauf richten, wie es verübt wird, und nicht, wozu es verübt wird“.<sup>42</sup> Auf Basis dieser Überlegungen plädiert von Trotha dafür, in Anlehnung an die von Clifford Geertz vorgeschlagene *thick description* zur Untersuchung ethnischer Gemeinschaften nach „den Modalitäten der Gewalt, nach einer Phänomenologie der Gewalt“ zu fragen.<sup>43</sup>

Die Debatten zwischen den Vertretern der *Soziologie der Gewalt* und denen der *Soziologie der Ursachen der Gewalt* wurden, insbesondere von ersteren, oftmals polemisch geführt und erweckten den Anschein, dass eine grundlegende und unvereinbare Differenz zwischen beiden Forschungspositionen bestand. Hüttermann dekonstruiert gewissermaßen den von den selbsternannten Innovateuren aufgebauten „Popanz“.<sup>44</sup> Er zeigt auf, dass auch sie ungeachtet ihres Anspruchs und ihrer Selbstdarstellung implizit die Frage nach dem Warum von Gewalthandeln stellen und mitnichten nur nach dem Wie und dem Was fragen. Die Forschungsansätze der *Soziologie der Gewalt* und der *Soziologie der Ursachen der Gewalt* sind, Hüttermann folgend, vielmehr miteinander kompatibel und ergänzen sich zu einer ganzheitlichen Untersuchung von Gewalthandeln.<sup>45</sup> Andere wie-

<sup>40</sup> Von Trotha: *Soziologie*, S. 20.

<sup>41</sup> Imbusch: *Perspektiven*, S. 153.

<sup>42</sup> Wolfgang Sofsky: *Traktat über die Gewalt*. Frankfurt (Main) 1996, S. 178.

<sup>43</sup> Von Trotha: *Soziologie*, S. 20. Für die *thick description* vgl. Clifford Geertz: *Dichte Beschreibung. Beiträge zum Verstehen kultureller Systeme*. Frankfurt (Main) 2006.

<sup>44</sup> Jörg Hüttermann: „Dichte Beschreibung“ oder Ursachenforschung der Gewalt? Anmerkungen zu einer falschen Alternative im Lichte der Problematik funktionaler Erklärungen. In: Wilhelm Heitmeyer und Hans-Georg Soeffner (Hrsg.): *Gewalt. Entwicklungen, Strukturen, Analyseprobleme*. Frankfurt (Main) 2004, S. 107-124, hier: S. 110.

<sup>45</sup> Ebenda, S. 111-120. Vgl. auch Wolfgang Höpken; Michael Riekenberg: *Gewalt in Südosteuropa und Lateinamerika. Einleitende Bemerkungen zu einem Vergleich und seinen Tücken*. In: Wolfgang Höpken und Michael Riekenberg (Hrsg.): *Politische und ethnische Gewalt in Südosteuropa und Lateinamerika*. Köln 2001, S. VII-XX, hier: S. VIII; Peter Imbusch: „Mainstreamer“ versus „Innovateure“ der Gewaltforschung. Eine kuriose Debatte. In: Wilhelm Heitmeyer und Hans-Georg Soeffner (Hrsg.): *Gewalt. Entwicklungen, Strukturen,*

derum machen deutlich, dass die eingeforderte anthropologische Perspektive auf Gewalt keineswegs ein Novum in geisteswissenschaftlichen Untersuchungen ist, wie es von Trotha darstellt. Den Vertretern der *Soziologie der Gewalt* halten sie vor, die Gewalt zu isolieren und jenseits ihres kulturellen, politischen und sozialen Kontextes, in dem sie stattfindet, zu betrachten.<sup>46</sup>

Imbusch hält einige Einwände der *Innovateure der Gewaltforschung* für berechtigt, wehrt sich aber gegen die Vehemenz ihrer Vorwürfe gegen etablierte Gewaltforscher, so beispielsweise die Betonung, dass der Grund für Gewalt und ihr Sinn in erster Linie in dem Gewalthandeln selber liegen. Die Gewaltausübung kann erfolgen, ohne dass ein funktionales Ziel verfolgt würde, ohne dass ein Sinn erkennbar wäre oder ohne dass Gründe, welche die Gewalt erklären, auszumachen seien. Allerdings ist diese Feststellung keineswegs auf alle Handlungskonfigurationen übertragbar, gewisse Ziele können durchaus gewaltsam verfolgt werden, weshalb die Einschränkung eine heuristische Selbstbeschneidung darstellt. Er verweist mit Blick auf die eingeforderte dichte Beschreibung des Gewalthandelns auf den traditionellen Methodenpluralismus und die interdisziplinäre Ausrichtung der historischen und soziologischen Gewaltforschung und betont einmal mehr den komplementären, sich gegenseitig ergänzenden Charakter der von den Schulen präferierten Forschungsdesigns.<sup>47</sup>

In der vorliegenden Arbeit soll dem von verschiedenen Autoren betonten komplementären Charakter der unterschiedlichen Perspektiven auf historisches Gewalthandeln Rechnung getragen werden. Eine historische Arbeit, die teilweise extreme Gewaltphänomene zum Untersuchungsgegenstand hat, muss erklären, warum und unter welchen Gegebenheiten es zu diesen kam. Popitz selber, der von den Vertretern der *genuineen Soziologie der Gewalt* herangezogen wird, um die Fokussierung auf physische Gewalt zu rechtfertigen, gibt Folgendes zu bedenken:

Der Mensch muß nie, kann aber immer gewaltsam handeln, er muß nie, kann aber immer töten – einzeln oder kollektiv – gemeinsam oder arbeitsteilig – in allen Situationen, kämpfend oder Feste feiernd – in verschiedenen Gemütszuständen, im Zorn, ohne Zorn, mit Lust, ohne Lust, schreiend oder schweigend (in Todesstille) – für alle denkbaren Zwecke – jedermann.<sup>48</sup>

Wie in dem Zitat anklingt, ist Gewalt „eine ‚Jedermanns-Ressource‘ und eine ‚normale‘ Machtaktion und Konfliktstrategie“, das heißt jeder Mensch kann auf

---

Analyseprobleme. Frankfurt (Main) 2004, S. 125-148, hier: S. 129, 145; ders.: Perspektiven, S. 155.

<sup>46</sup> Höpken; Riekenberg: Gewalt, S. VIII, XII.

<sup>47</sup> Imbusch: „Mainstreamer“ versus „Innovateure“, S. 129, 143ff.

<sup>48</sup> Popitz: Phänomene, S. 76.

Gewalt zurückgreifen.<sup>49</sup> Allerdings, und manchmal hat es den Anschein, dass von Trotha dies bei Popitz überlesen hat, liegt keine Zwangsläufigkeit vor: Jeder Mensch kann jederzeit auf Gewalt als Handlungsressource zurückgreifen; er muss es aber beileibe nicht tun. Die Frage nach dem Warum der Gewalt und der sie ermöglichen, bedingenden und möglicherweise erzwingenden Umständen muss daher nicht nur erlaubt sein, sondern ist zentral für eine historische Arbeit. Um zu verstehen, warum es zu einer derart exzessiven und grausamen Gewalt während der *Violencia* kam, die, ungeachtet ihrer Eigendynamiken und -logiken, entlang der subjektiv wahrgenommenen Differenzen zwischen der Liberalen und Konservativen Partei entsprang, reicht es nicht aus, diese in einer „dichten Beschreibung“ darzustellen, wie die Vertreter der *Soziologie der Gewalt* für Studien der Gewalt einfordern.<sup>50</sup> Eine an anthropologische Herangehensweisen angelehnte *thick description* – sofern die Quellenlage sie in historischen Arbeiten überhaupt erlaubt – verspricht nicht, Antworten auf besagte Fragen zu leisten, sondern lediglich das „Totschlagargument“ der anthropologischen Erklärungen zu liefern, im Sinne der tautologischen Argumentation, die Gewalt liege in der menschlichen Existenz begründet.<sup>51</sup>

Historische Studien, die sich mit Gewaltphänomenen beschäftigen, müssen das Gewalthandeln historisieren und kontextualisieren. Die Allgegenwärtigkeit von gewaltsamen Konflikten in nahezu allen Gesellschaften darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass Gewalt immer auch kontextabhängig und situativ in dem Sinne ist, dass Handlungsräume, in denen auf sie zurückgegriffen werden kann, voneinander sind.<sup>52</sup> LeGrand unterstreicht die Defizite von Untersuchungen, die eine ahistorische Perspektive auf bäuerliche Rebellionen einnehmen und statistisches Material zu generalisieren versuchen, ohne spezifische Handlungskontexte herauszuarbeiten, die gewaltsames Handeln – oder dessen Ausbleiben – zu erklären helfen.<sup>53</sup>

Krennerich versucht in diesem Zusammenhang den Brückenschlag zwischen Galtung und seiner Definition von Gewalt auf der einen Seite, der bloßen Fokussierung auf körperliche Gewalt à la Sofsky auf der anderen. Er plädiert dafür, *Explanandum*, das heißt die Gewalt selber, und *Explanans*, die strukturellen, kulturellen sozialen oder politischen Rahmenbedingungen des Gewalthandelns, analytisch

<sup>49</sup> Von Trotha: *Soziologie*, S. 25 (Hervorhebung im Original).

<sup>50</sup> Vgl. stellvertretend Sofsky: Traktat; Von Trotha: *Soziologie*.

<sup>51</sup> Hüttermann: Dichte Beschreibung, S. 121.

<sup>52</sup> Vgl. Abbink: Preface, S. XII, XIV.

<sup>53</sup> Catherine C. LeGrand: Perspectives for the Historical Study of Rural Politics and the Colombian Case: An Overview. In: Latin American Research Review 12:1 (1977), S. 7-36, hier: S. 7f.

zu trennen.<sup>54</sup> Daher werden, Krennerich folgend, die vielfachen (strukturellen) Rahmenbedingungen der Gewalt auf der regionalen Handlungsebene – nicht mit der *Strukturellen Gewalt* im Sinne Galtungs zu verwechseln – bei der folgenden Untersuchung des bewaffneten Konflikts zwischen Anhängern der Liberalen, der Konservativen und der Kommunistischen Partei berücksichtigt. Auf diese Weise soll erreicht werden, dass das zu untersuchende „Objekt“ Gewalt nicht isoliert und aus seinem Handlungskontext herausgelöst betrachtet wird.<sup>55</sup> Gleichzeitig soll aber sichergestellt werden, dass das Untersuchungsobjekt Gewalt nicht aus dem Blick der Untersuchung gerät. Als Gewalt wird daher in Anlehnung an Popitz die Ausnutzung der „Verletzungsoffenheit“ des Menschen, das heißt das beabsichtigte Einwirken auf seine körperliche Unversehrtheit, verstanden.<sup>56</sup> Obgleich der Fokus der vorliegenden Arbeit auf ausgeübten physischen Gewalthandlungen liegt, wird die Definition von Gewalt dahingehend erweitert, als dass auch die konkrete und glaubhafte Androhung von physischen Zwangsmaßnahmen als Gewalt betrachtet wird, da diese mit Blick auf das Handeln von Akteuren wirkmächtig sein kann.<sup>57</sup>

Die vorliegende Arbeit nimmt *Gewalttaten* im Sinne Krennerichs, das heißt direkte, physische Gewalt und plausible Gewaltandrohungen, in den Blick und betrachtet sie dabei weniger aus einer definitions-, sondern vielmehr aus einer handlungstheoretischen Perspektive. In diesem Sinne wird der Fokus auf physische Gewalt als Tätigkeit und als Handlungsressource in politischen Auseinandersetzungen gelegt. Zentrale Frage ist, wie und unter welchen Umständen auf physische Gewalt zurückgegriffen wurde, um den politischen Widersacher von der politischen Aktivität und Teilhabe abzuhalten bzw. wie sich dieser gegen diese Unternehmungen zur Wehr setzte. Diese Fragestellung impliziert, dass die Gewalt in erster Linie aus der Täter- und weniger der definitionstheoretischen Opferperspektive in den Blick genommen wird.<sup>58</sup> Um Antworten auf die aufgeworfenen Fragen zu finden, berücksichtigt die Arbeit die sozialen, politischen und ökonomi-

<sup>54</sup> Michael Krennerich: Politische Gewalt in Lateinamerika. In: Thomas Fischer und Michael Krennerich (Hrsg.): Politische Gewalt in Lateinamerika. Frankfurt (Main) 2000, S. 17-34, hier: S. 18.

<sup>55</sup> Dieses Vorgehen ist, neben Krennerich, angelehnt an: Höpken; Riekenberg: Gewalt, S. VIII, XIV.

<sup>56</sup> Popitz: Phänomene, S. 69.

<sup>57</sup> Thomas Lindenberger; Alf Lüdtke: Physische Gewalt im Alltag. In: WerkstattGeschichte 4 (1993), S. 3-7, hier: S. 3. Riekenberg verweist weiterhin auf die Wirkmächtigkeit von Gerüchten, die Ängste und Befürchtungen hervorrufen, sowie die strukturbildende Dimension der durch sie veranlassten Handlungen (Michael Riekenberg: Gewaltsegmente. Über einen Ausschnitt der Gewalt in Lateinamerika. Leipzig 2003, S. 14, 20ff.).

<sup>58</sup> Hitzler: Gewalt, S. 9, 12f.

schen Rahmenbedingungen, unter denen auf Gewalt zurückgegriffen wurde. Dem Plädoyer Krennerichs folgend werden so das Erklärende und das zu Erklärende analytisch voneinander getrennt.<sup>59</sup>

#### 1.4 Aufbau der Arbeit

Kurz nachdem die Konservative Partei mit Mariano Ospina Pérez 1946 nach 16 Jahren, in denen die Liberale Partei den Präsidenten des südamerikanischen Landes gestellt hatte, angetreten war, um die politische Führung zu übernehmen, begegneten sich die Anhänger der Traditionsparteien zunehmend gewaltsam. Nicht das gesamte Land war in gleichem Maße von den an Heftigkeit und Intensität gewinnenden blutigen Auseinandersetzungen betroffen. Einige Regionen Kolumbiens blieben von der massiven Gewalt weitgehend ausgespart, in anderen hingegen wurde die Gewalt omnipräsent und prägte immer weitere Teile des politischen Feldes.<sup>60</sup> Nahezu kein Bereich des gesellschaftlichen Gefüges konnte sich der Gewalt, die einer ganzen Epoche ihren Namen gab, entziehen. Eine dieser Regionen war der *departamento* Tolima. Obwohl er sich während der ersten Jahre nach dem Regierungswechsel der um sich greifenden Gewalt noch vergleichsweise lange erwehren konnte, war er später einer der Hauptschauplätze der *Violencia*.<sup>61</sup>

Auch wenn sich die bewaffneten Kämpfe „nur“ an den Differenzen zwischen konservativen und liberalen Politikern entzündeten, beschränkten sich diese bei leibe nicht auf die Anhänger der Traditionsparteien. Die *Violencia* zeichnet sich durch eine ausgesprochene Heterogenität der involvierten Akteursgruppen sowie deren Interessenlagen und temporären Allianzen in Zeit und Raum aus. Ein Jahrzehnt vor der Kubanischen Revolution waren neben Liberalen und Konservativen auch kommunistische Kombattanten maßgeblich an den politischen und sozialen Entwicklungen des Landes beteiligt.<sup>62</sup> Anfangs arbeiteten sie zeitweise mit liberalen Widerstandsguppen zusammen, später begaben sie sich in blutige Kämpfe mit ihnen, während andernorts Kommunisten und Liberale nach wie vor gegen den

<sup>59</sup> Krennerich: Politische Gewalt, S. 17f.

<sup>60</sup> Der Begriff des politischen Feldes orientiert sich in der vorliegenden Arbeit nicht strikt an Bourdieu. Er wird vielmehr als Synonym zum politischen Raum, verstanden als die Gesamtheit politisch betrachteter Themen und Akteure, verwendet, der bei aktuellen politikgeschichtlichen Ansätzen gebraucht wird.

<sup>61</sup> Marco Palacios: Entre la Legitimidad y la Violencia. Colombia, 1875-1994. Bogotá 2003, S. 222.

<sup>62</sup> Vgl. stellvertretend Eduardo Pizarro Leongómez: Los orígenes del movimiento armado comunista en Colombia, 1949-1966, In: Análisis Político, N° 7 (Mayo/ Agosto 1989), o. S. Unter: <http://www.iepri.org/portales/anpol/07.pdf> (Zugriff: 19.6.2013).

gemeinsamen Feind kämpften. Kriminell motivierte Akteure wiederum verwiesen auf die ideologischen Gräben in der politischen Landschaft, um ihre Gewaltakte zu legitimieren.<sup>63</sup> Einige Repräsentanten des Staates auf der lokalen Ebene und katholische Geistliche propagierten Gewalt gegen den politischen Widersacher, in anderen Gegenden des Landes waren wiederum sie es, die für einen friedlichen Umgang mit dem politisch Andersdenkenden plädierten.<sup>64</sup>

Die Undurchsichtigkeit des Gewaltgeschehens und der oftmals nicht zu überblickenden Allianzen der Akteure während der *Violencia* bezeugte auch der in Osttolima stationierte und mit der Wahrung der öffentlichen Ordnung beauftragte Heeresoffizier Cabrera. Das Gewaltgeschehen in den Dörfern Villarrica und Cunday sowie der Gemeinde Rovira, allesamt nur wenige Kilometer auseinander liegend, gehörte ungeachtet ihrer geografischen Nähe unterschiedlichen Parametern. Während in Cunday radikalierte Gefolgsleute des *dirigente conservador* Leyva gewaltsam um politischen Einfluss kämpften, verteidigte der ehemalige liberale *guerrillero* Marcos Jiménez (alias Resortes) die traditionellen Einflussbereiche der Liberalen Partei notfalls auch gewaltsam.<sup>65</sup> Wenige Kilometer entfernt wiederum bemühten sich bewaffnete kommunistische *autodefensas* und *movimientos campesinos* darum, Gehör für ihre politischen Forderungen zu finden, und wehrten sich gegen die Aggressionen ihrer Feinde.<sup>66</sup>

Der Rückgriff auf physische Gewalt, um politische Realitäten in die eine oder andere Richtung zu verändern, muss historisch und quellenbasiert untersucht werden. Angesichts der hier nur angedeuteten Komplexität der *Violencia* kann eine solche Analyse nur in einem regional begrenzten Raum mit der notwendigen Tiefenschärfe erfolgen. Dabei dürfen aber keinesfalls die Geschehnisse und Prozesse auf der nationalstaatlichen Ebene übersehen und ihre Bedeutung für die regionale

<sup>63</sup> Das Standardwerk zum kolumbianischen *bandolerismo* der Spätphase des Untersuchungszeitraums ist Gonzalo Sánchez; Donny Meertens: Bandits Peasants, and Politics. The Case of „La Violencia“ in Colombia. Austin 2001 (span. Original 1983).

<sup>64</sup> Der katholische Bischof Miguel Ángel Builes aus Santa Rosa de Osos in Antioquia gehörte zu den Vertretern der Katholischen Kirche, die auch Gewalt gegen die als atheistisch diffamierten Liberalen befürworteten (vgl. Acevedo Carmona: Mentalidad, S. 170ff.). Die Bischöfe von Manizales, Bogotá und Ibagué wiederum schlossen sich nach dem Ausbrechen der massiven Gewalt einer Friedenskampagne an, die von liberalen Vertretern der Wirtschaftselite initiiert wurde (Alvaro Echeverri Uruburu: Elites y Proceso Político en Colombia 1950-1978. Bogotá 1986, S.105f.).

<sup>65</sup> In der vorliegenden Arbeit verwende ich die Begriffe *guerrilla* und *guerrilleros* nicht im Sinne der Benennung von sozialistischen, revolutionären Widerstandsgruppen, wie sie in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts das politische Geschehen vieler Länder Lateinamerikas bestimmten. Sie bezeichnen politisch wertfrei zeitgenössische gegenstaatliche Kombattanten gleich welcher politischen Orientierung.

<sup>66</sup> Tribuna, 25.7.1959, „El Comandante de la Brigada Acusa“.

Handlungsebene vernachlässigt werden. So unterschiedlich sich die *Violencia* je nach Untersuchungsregion auch gestaltete, so groß der Einfluss der politischen, sozialen und kulturellen Spezifika bestimmter Räume auf das konkrete Gewaltgeschehen vor Ort war und so notwendig ein regionalhistorischer Zugriff auch ist, so wenig erklären sich die Gewalthandlungen alleine durch dem regionalen Untersuchungsraum spezifische Prozesse und Entwicklungen.<sup>67</sup>

Aus diesem Grund werden in einem einführenden Kontextualisierungskapitel die politischen und sozialen Entwicklungen auf der nationalstaatlichen Ebene während des Untersuchungszeitraums beschrieben, wobei der Blick weniger auf das Gewalthandeln im Konkreten gelegt wird. Vielmehr geht es darum, die nationalstaatlichen Ereignisse zu umschreiben, denn die nationalen und die regionalen Handlungsebenen sind nicht separat voneinander zu konzipieren, sondern sie sind, wenn auch in ungleichen Machtverhältnissen, miteinander verbunden.<sup>68</sup> Durch die Beschreibung der politischen Entwicklungen auf der nationalstaatlichen Handlungsebene wird der historische Rahmen gegeben, um in der weiteren Arbeit die Auswirkungen der „nationalstaatlichen“ Ereignisse auf das politische Gewaltgeschehen auf der regionalen Ebene in Tolima zu untersuchen und mögliche regionale Eigenlogiken der *Violencia* in Tolima aufzuspüren.<sup>69</sup>

Zu diesem Zweck wird der Untersuchungszeitraum der Arbeit von 1946 bis 1964 in fünf Subphasen eingeteilt, die sich an den (Um-)Brüchen und Prozessen auf der nationalstaatlichen Ebene orientieren. Die erste umfasst die Zeitspanne vom Regierungsantritt Ospina Pérez' bis zur zweiten Jahreshälfte 1949, als landesweit der Ausnahmezustand verhängt wurde und im November 1949 Laureano Gómez zum Präsidenten Kolumbiens gewählt wurde.<sup>70</sup> Die zweite Phase endet mit dem Putsch der Streitkräfte gegen die Regierung Gómez. Die Machtübernahme durch General Rojas Pinilla im Juni 1953 stellt den Auftakt der dritten Periode der Untersuchung dar, die mit der Einrichtung der Militärjunta im Mai 1957 endet. Die von der Militärjunta geleitete Übergangsphase zwischen der Regierung unter

<sup>67</sup> Darío Fajardo: *Violencia y Desarrollo. Transformaciones sociales en tres regiones cafetaleras del Tolima 1936-1970.* Bogotá 1979, S. 89.

<sup>68</sup> Das, Veena; Poole, Deborah: State and Its Margins. Comparative Ethnographies. In: Veena Das und Deborah Poole (Hrsg.): *Anthropology in the Margins of the State.* Santa Fe 2004, S. 3-33, hier: S.19-22. S. auch Gilbert M.Joseph; David Nugent: Popular Culture and State Formation in Revolutionary Mexico. In: Gilbert M. Joseph und David Nugent (Hrsg.): *Everyday Forms of State Formations. Revolution and the Negotiation of Rule in Modern Mexico.* Durham/London 1994, S. 3-23, hier: S. 11.

<sup>69</sup> Vgl. Henderson: *History*, S. 142.

<sup>70</sup> Da das Attentat auf Gaitán, den Parteivorsitzenden der Liberalen Partei, am 9.4.1948 und die folgenden Aufstände seiner Anhänger einen Bruch in der Genese der *Violencia* darstellten, werden die Ereignisse im April 1948 in Tolima ausführlich analysiert.

Vorsitz von Rojas Pinilla und dem *Frente Nacional* stellte eine eigene, vierte Phase des Untersuchungszeitraums dar, da in ihr zentrale Entscheidungen getroffen wurden, welche die politische Geschichte Kolumbiens in den Folgejahren prägten. Die fünfte und letzte Phase des Untersuchungszeitraums umfasst die ersten sechs Jahre der liberal-konservativen Koalitionsregierung.

Der zweite Hauptteil der Arbeit widmet sich der Untersuchung der Deutungen sozialer sowie politischer Realitäten und der Wahrnehmung des politischen Widersachers, die sowohl exponierte als auch nachgeordnete Vertreter der Traditionsparteien auf der regionalen Handlungsebene diskursiv verbreiteten. Diese waren die Grundlage, auf welcher der Einsatz von Gewalt gegen den Konkurrenten um politischen Einfluss nicht nur möglich, sondern für viele radikalierte Parteimitglieder – in ihrer Sicht – verpflichtend wurde. Die Untersuchung konzentriert sich auf die Frühphase der *Violencia*, in der von vielen politischen Meinungsmachern die Gewalt gegen den politischen Gegner als der zu wählende Weg proklamiert wurde. In dieser Zeit wurde die Gewalt gegen den Konkurrenten im Kampf um die politische Macht diskursiv zur Verfügung gestellt. Die Studie der kulturell-diskursiven Rahmung des Gewalthandelns zeigt, dass die Wahrnehmungs- und Deutungsmuster auf der nationalstaatlichen Ebene auch auf der regionalen Handlungsebene wiederzufinden waren. Die *frames* waren von zentraler Bedeutung für die in den folgenden Kapiteln untersuchte Gewalt in regionalen Kontexten.

Da der Binnenkonflikt entlang der subjektiv wahrgenommenen Unterschiede zwischen den Traditionsparteien entsprang, werden die Wahrnehmungen und Deutungen sozialer Realitäten anhand der Diskurse von Vertretern der Liberalen und Konservativen Partei untersucht. Kommunistische Politiker selber waren im Vergleich zu Repräsentanten der *partidos tradicionales* zurückhaltend in der Proklamation des bewaffneten Kampfes im Ringen um politischen Einfluss. Vielmehr wurde hinsichtlich der Frage, wie Gewalt als Handlungsoption in politischen Machtkämpfen diskursiv zur Verfügung gestellt wurde, über Kommunisten gesprochen. Daher beschränkt sich die Untersuchung auf die Wahrnehmungs- und Deutungsrahmen konservativer und liberaler Meinungsmacher.

In dem dritten Hauptteil der vorliegenden Studie wird auf Basis umfangreichen Quellenmaterials untersucht, wie und warum die Akteursgruppen vor dem spezifischen regionalpolitischen Hintergrund auf die prinzipiell jederzeit verfügbare Handlungsressource Gewalt zurückgriffen. Die Grundstruktur dieses Teils der Studie ist chronologisch konzipiert und orientiert sich an den fünf Subuntersuchungszeiträumen, die bereits in der historischen Kontextualisierung vorgezeichnet werden. Dieses zeitliche Ordnungssystem wird allerdings mit einer systematischen Strukturierung kombiniert, die sich an den verschiedenen involvierten Akteursgruppen orientiert, wie beispielsweise den liberalen und den kommunistischen

Widerstandsgruppen, den Streitkräften und der Polizei, deren zivilen Unterstützergruppen sowie den wechselnden Allianzen zwischen diesen oder ihrem sozialen Umfeld. Auf diese Weise wird gewährleistet, dass nicht eine weitere deskriptive Erzählung der *Violencia* vorgelegt wird. Während die Entwicklungen und Zäsuren auf der nationalstaatlichen Ebene jederzeit im Blick behalten werden und auf sie verwiesen wird, untersucht die Arbeit aus einer handlungstheoretischen Perspektive, wie Gewalt in den Kämpfen um politischen Einfluss und Macht bzw. bei den Versuchen, diese dem politischen Widersacher vorzuenthalten, in Tolima eingesetzt wurde. In dem *departamento* wurde das gewaltsame Vorgehen gegen den politischen Widersacher vielerorts zu der bevorzugten Handlungsoption, um diesem die Teilhabe am Politischen zu verwehren bzw. sich gegen diese Exklusionsversuche zu verteidigen.

Die Untersuchung schließt mit einer Zusammenfassung der zentralen Ergebnisse der historischen Untersuchung der *Violencia*. In einem weiteren Schritt wird die zeitgenössische Definition des Politischen beleuchtet und exemplarisch aufgezeigt, dass die *partidos tradicionales* das Politische de facto – nicht de jure – auf sich reduzierten und politische Oppositionsgruppen jenseits der Traditionsparteien kriminalisierten. Ausgehend von den im regionalen Kontext gewonnenen Erkenntnissen wird die Frage nach den Kontinuitäten politischer Gewalt im Kolumbien des 20. Jahrhunderts diskutiert und kritisch beleuchtet.

### **1.5 Anmerkungen zum Diskursbegriff sowie zu Quellenbeständen und deren Auswertung**

Entlang der Interpretations- und Deutungsschemata sozialer und politischer Realitäten soll aufgezeigt werden, wie physische Gewalt *diskursiv* als Handlungsmöglichkeit in politischen Aushandlungsprozessen zur Verfügung gestellt wurde. Die vorliegende Studie arbeitet nicht mit einem linguistischen Diskursbegriff, der Diskurse auf Sprache und Aussagen reduziert. Diskurs wird hier vielmehr in Anlehnung an Foucault als sprachliche Seite einer diskursiven Praxis konzeptionalisiert, da „die Diskurse die Zeichen benutzen, um Ordnung zu stiften, um Grenzen des Sagbaren zu errichten und Objekte des Wissens [...] hervorzubringen“.<sup>71</sup> Diskurse teilen die theoretisch unendlich vielen Aussagen und Meinungen in wahr und falsch, gut und schlecht, sagbar und unsagbar ein, schaffen im Sinne

<sup>71</sup> Philipp Sarasin: Foucault zur Einführung. Hamburg 2005, S. 98. S. auch Landwehr: Diskurs, S. 105. Grundlegend für den Foucault'schen Diskursbegriff ist: Michel Foucault: Archäologie des Wissens. Frankfurt (Main) 2003; ders.: Die Ordnung des Diskurses (Inauguralvortrag a. Collège de France, 2. Dezember 1970). Frankfurt (Main) 1977. Für eine treffende Einführung vgl. Achim Landwehr: Geschichte des Sagbaren. Einführung in die Historische Diskursanalyse. Tübingen 2001, S. 7-102.

Bourdies Sicht- und Teilungsprinzipien der sozialen Welt und kreieren soziale sowie politische Realitäten, die sich in Gesetzestexten, Konventionen, (politischen) Autoritäten und sozialen Institutionen manifestieren bzw. materialisieren.<sup>72</sup>

Tageszeitungen stellen eine der bedeutendsten Quellengattungen dar, um die zeitgenössischen Sicht- und Teilungsprinzipien nachzuzeichnen.<sup>73</sup> Für den Untersuchungsfall Kolumbien gilt der Umstand, dass die Presse in modernen Gesellschaften ein entscheidender Faktor im Prozess der öffentlichen Meinungsbildung ist, in besonderem Maße. Tageszeitungen sowohl mit regionaler als auch nationaler Reichweite befanden sich häufig im Besitz von Politikern.<sup>74</sup> Um Wahrnehmungen und Deutungen politischer Realitäten, welche die Gewalt diskursiv als die zu wählende Handlungsoption bereitstellten, zu dokumentieren, greift die vorliegende Arbeit auf eine Vielzahl von Periodika zurück. Der Fokus liegt dabei zum einen auf der nationalen Presse, der sogenannten *prensa capitalina* (unter anderem *El Tiempo*, *El Espectador*, *El Siglo* und *Diario de Colombia*), zum anderen auf regionalen Periodika aus Tolima wie *El Derecho*, *El Mundo*, *Panorama*, *La Opinión* und *Tribuna*. Die Auswertung der regionalen Presse zeigt sehr deutlich, wie sich die zentralisierte Hierarchie des politischen Felds Kolumbiens auch in der Presselandschaft widerspiegeln, das heißt Wahrnehmungs- und Deutungsmuster sowie die Grundlagen der Sicht- und Teilungsprinzipien vergleichsweise ungebrochen von der nationalen auf die regionale Diskusebene weiter- bzw. wiedergegeben wurden.<sup>75</sup>

<sup>72</sup> Für das Konzept der legitimen Sicht- und Teilungsprinzipien im politischen Feld vgl. Pierre Bourdieu: Das politische Feld. Zur Kritik der politischen Vernunft. Konstanz 2001. S. auch Michael Maset: Diskurs, Macht und Geschichte. Foucaults Analysetechniken und die historische Forschung. Frankfurt (Main) 2002, S. 133ff.

<sup>73</sup> Perea: Sangre, S. 13.

<sup>74</sup> Die liberale Zeitung *El Tiempo* gehörte der Familie Santos, Laureano Gómez nutzte *El Siglo*, um seine politischen Meinungen kundzutun und der konservative Politiker Alzate Avendaño gründete *Eco Nacional* und *Diario de Colombia*. Die Regionalzeitung *Tribuna* gehörte wiederum dem linksliberalen Journalisten Echeverry Cárdenas, der sich nicht davor scheute, in politischen Angelegenheiten zu intervenieren und die Zeitung aktiv zur Meinungsbildung in seinem Sinne zu nutzen. Die Regionalzeitung *El Derecho* sympathisierte offen mit dem Flügel der *laureanistas* innerhalb der Konservativen Partei.

<sup>75</sup> Die zu beobachtende Homogenität in den Diskursen politischen Meinungsmachern auf der nationalstaatlichen, regionalen und lokalen Handlungsebene erklärt sich unter anderem durch die Hierarchie im politischen Feld des südamerikanischen Landes im Untersuchungszeitraum. Gouverneure wurden durch den Staatspräsidenten ernannt und nicht direkt gewählt. Diese wiederum bestimmten den Vorsitz der Exekutive auf der lokalen Ebene. Daher war eine gewisse Uniformität für den politischen Erfolg, die Erlangung von politischen Posten, vonnöten, sodass von der regionalen bzw. lokalen Handlungsebene recht wenig Gegenstimmen zu erwarten waren, welche die Diskurse nationalstaatlicher Politiker und Wortführer infragestellten. Dank der Berichterstattung, die stärker auf regionale Ereignisse fokussierte, hat die Einbeziehung der

Brubaker betont mit Blick auf die Resonanz von Bildern und Deutungsrahmen, auf denen ethnische Kollektividentitäten beruhen, die Bedeutung der Untersuchung ihrer Distributionsprozesse<sup>76</sup> – ein Befund, der sich mitnichten nur auf ethnisch begründete Gemeinschaften beschränkt. In diesem Zusammenhang sind die genannten Periodika als Quelle, um Auskunft über die zeitgenössischen Sicht- und Teilungsprinzipien zu erhalten, zu unterscheiden von Tageszeitungen als Medium zur Verbreitung dieser Wahrnehmungs- und Deutungsrahmen. Die *Violencia* war ein vornehmlich rurales Phänomen und ihre Protagonisten in der Mehrzahl *campesinos*, *colonos* und *arrieros*, die in der Regel nur über eine rudimentäre Schulbildung verfügten, wenn sie denn überhaupt in den Genuss eines Schulbesuchs gekommen waren. Die Mehrzahl der untersuchten Akteure konnte nicht lesen und schreiben. Daher ist nicht davon auszugehen, dass die Akteure auf der regionalen oder lokalen Handlungsebene, deren Verhalten und Handeln im dritten Hauptteil der Arbeit untersucht wird, besagte Tageszeitungen lasen und sich auf diesem Wege über das politische Tagesgeschehen informierten. Obgleich die bloße Auswertung der Tageszeitungen wenig Auskunft über den Verbreitungsgrad der Inhalte, das heißt der Sicht- und Teilungsprinzipien, gibt, stellen die Periodika eine hervorragende Quelle dar, um die zeitgenössischen Wahrnehmungs- und Deutungsrahmen zu erhellen. Diese – und es geht nicht um eine Dokumentation von Einzelstimmen im Sinne eines linguistischen Diskursbegriffes – wurden über viele Wege in den untersuchten ländlichen Gebieten Tolimas verbreitet. Neben den Tageszeitungen wurden die in den Periodika formulierten Sichtweisen auf die soziale Welt mündlich – in Gesprächen zwischen *campesinos* auf dem Markt, in der Konversation zwischen *mayordomo* und seinen untergebenen Arbeitern oder bei dem sonntäglichen Treffen von *campesinos* in der *cantina* – weitergegeben.

Ein weiteres hervorragendes Medium, das von vielen *campesinos* genutzt wurde, um sich über das Tagesgeschehen zu informieren, war das Radio. Radiosender, die sich ähnlich wie die zeitgenössische gedruckte Presse der Konservativen oder der Liberalen Partei verbunden fühlten, ermöglichen auch analphabetischen Bürgern, Interpretationen sozialer Realitäten aufzunehmen.<sup>77</sup>

---

Regional- und Lokalpresse in die Untersuchung einen immensen Mehrwert bei der Analyse der Handlungsebene, obwohl keine nennenswerten Brüche und Rupturen in den Diskursen festzustellen sind.

<sup>76</sup> Rogers Brubaker: Ethnicity, Race, and Nationalism. In: Annual Review of Sociology 35 (2009), S. 21-42, hier: S. 34.

<sup>77</sup> Dem Radio kommt in modernen Staaten eine zentrale Rolle für die Sichtbarmachung und Präsenz politischer Autorität zu (vgl. Stuart Hall: Popular Culture and the State. In: Aradhana Sharma und Akhil Gupta (Hrsg.): The Anthropology of the State. A Reader. Malden 2006, S. 360-380). In Kolumbien wurde es Ende der 1920er Jahre als Kommunikationsmedium eingeführt und auch für Wahlkampfzwecke genutzt (Eduardo Posada-Carbó: Limits of Power:

Hinsichtlich der Frage, wie die von der nationalstaatlichen Ebene ausgehenden Wahrnehmungs- und Deutungsrahmen das Handeln der Akteure in dem *departamento Tolima* beeinflussten oder konditionierten, stellt sich ein weiteres Mal das Problem des weit verbreiteten Analphabetismus, denn handlungstheoretisch ist Gewalt nur aus der Täterperspektive zu verstehen.<sup>78</sup> Die Akteure der *Violencia* hinterließen aber ausgesprochen wenige selbst verfasste schriftliche Dokumente, die über ihre Motivationen Auskunft geben oder Versuche der Rechtfertigung der Gewalt darstellen würden. Auch Riekenberg verweist auf das grundsätzliche Problem, Argumentationsmuster, Handlungslogiken und Legitimationsschemata von Gewaltkollektiven aus deren Innenperspektive nachzuzeichnen. Oftmals liegen für historische Studien lediglich staatliche Quellen vor, die gewissermaßen die „Außenperspektive“ auf die gewalttätigen Akteursgruppen erkennen lassen.<sup>79</sup> Die zahlreichen erhaltenen Prozessunterlagen (*expedientes judiciales*) des Untersuchungszeitraums stellen allerdings eine hervorragende Quellengattung dar, deren Auswertung dieses potentielle Quellenproblem lösen kann. In den Protokollen von Zeugenaussagen, Vernehmungen von Tatverdächtigen und Gutachten, die in den Gerichtsakten enthalten sind, wurden die Verlautbarungen von Tätern und Opfern wortwörtlich festgehalten – gleich ob sie des Lesens und Schreibens mächtig waren oder nicht.

Der Kontext, in dem diese Quellen entstanden sind, war allerdings hochgradig von staatlicher Sanktionsmacht und potentieller Gewalt durchdrungen. Es ist davon auszugehen, dass Aussagende ihre Worte wohl wählten und nicht immer ihr ganzes Wissen über den jeweiligen Sachverhalt preisgaben, um nicht selber in den Fokus der Ermittlungen zu kommen oder Freunde und Verwandte zu belasten. War jemand einer Straftat verdächtig, so leugnete er eher seine Beteiligung an dem Verbrechen oder versuchte zumindest, seine Verantwortung zu schmälern. Auch ist davon auszugehen, dass viele Aussagen weniger auf die Aufklärung des jeweiligen Verbrechens zielten, sondern vielmehr dazu dienten, unliebsame Nach-

---

Elections Under the Conservative Hegemony in Colombia, 1886-1930. In: The Hispanic American Historical Review 77:2 (1997), S. 245-273, S. 255). Das Radio verringerte oftmals die Distanz zwischen den Zentren politischer Aktivitäten – im traditionellen Sinne bezogen auf das Handeln politischer Amtsträger – und den entlegenen, ländlichen Handlungsräumen (Luis Carlos Restrepo: Más allá del terror. Abordaje Cultural de la violencia en Colombia. Bogotá 2002, S. 52ff.; Pécaut: Orden y Violencia, S. 429f.), wie sich unter anderem nach der Ermordung Gaitáns zeigte (vgl. stellvertretend La República, 9.4.1961, „Emocionada improvisación del presidente Ospina Pérez el once de abril de 1948“; Arturo Alape: Las Vidas de Pedro Antonio Marín Manuel Marulanda Vélez Tirofijo. Bogotá 1989, S. 63f.).

<sup>78</sup> Hitzler: Gewalt, S. 12.

<sup>79</sup> Riekenberg: Gewaltsegmente, S. 16.

barn, Marktkonkurrenten oder politische Gegner vor der Justiz zu diffamieren und sich ihrer so zu entledigen.

Den einzelnen Aussagen für sich genommen kann der Historiker daher nur bedingten Glauben schenken. Die Nutzbarmachung dieser Quellen erfordert vor dem Hintergrund der vorangegangenen quellenkritischen Überlegungen vielmehr ein hohes Maß an Engagement, Akribie und Hartnäckigkeit vonseiten des Forschers. Es kommt darauf an, alle verfügbaren Informationsquellen und Quellengattungen zur Klärung der Sachverhalte heranzuziehen. Denn setzt man die verschiedenen, in unterschiedlichen Zusammenhängen und von verschiedenen Personen getätigten Aussagen miteinander in Bezug, gleicht sie untereinander ab und ergänzt sie mit Informationen aus Geheimdienstberichten, der zeitgenössischen Presse sowie der zahlreichen Sekundärliteratur, dann ergeben sich mosaikähnliche Gesamtbilder über das historische (Gewalt-)Geschehen. Neben den im *Archivo Histórico Judicial del Tolima*<sup>80</sup> erhaltenen und fachgerecht verzeichneten *expedientes judiciales* greift die vorliegende Arbeit auf bislang nicht ausgewertete Prozessakten zurück, die im Keller des *Palacio de Justicia*<sup>81</sup> in Ibagué, euphemistisch Archiv genannt, unter widrigen Umständen gesichtet wurden.

Die Informationen aus den Gerichtsunterlagen werden mit Polizei- und Geheimdienstberichten sowie Eingaben von Bürgern an das Staatsoberhaupt und seine Regierung aus dem *Archivo General de la Nación*<sup>82</sup> in Bezug gesetzt und die enthaltenen Informationen untereinander abgeglichen. Im Nationalarchiv bzw. in den Berichten des Inlandsgeheimdiensts konnten einige der wenigen zeitgenössischen schriftlichen Dokumente der Kombattantengruppen, als *propaganda subversiva* klassifiziert, ermittelt werden, die Auskunft über die Sichtweise der Kombattanten selber vor Ort geben. Weitere Informationen, mit denen die individuellen, quellenkritisch nicht vorbehaltlos zu übernehmenden Aussagen aus den *expedientes judiciales* abgeglichen werden, stellen Unterlagen und Dossiers aus

---

<sup>80</sup> Zum einen werden die ermittelnde Instanz, sofern vorhanden die zeitgenössische Prozessnummer, die Personen, gegen die sich die Ermittlungen richteten, und die untersuchten Verbrechen genannt. Weiterhin werden, durch Schrägstriche getrennt, der *Estante*, die *Balda*, die *Caja* und der *Legajo*, wo der jeweilige *expediente judicial* im *Archivo Histórico Judicial del Tolima* archiviert ist, in dieser Reihenfolge, angegeben. Die zuletzt genannten Ziffern benennen die jeweiligen *folios* des *expediente judicial*.

<sup>81</sup> Da die *expedientes judiciales* im *Palacio de Justicia* nicht verzeichnet sind, können neben den zeitgenössischen Angaben (das ermittelnde Gericht, wenn vorhanden die Prozessnummer, die Verdächtigen, die zur Last gelegten Verbrechen) lediglich die Nummern der entsprechenden *folios* genannt werden.

<sup>82</sup> Für die aus dem *Archivo General de la Nación* stammenden Dokumente werden, ebenfalls durch Schrägstriche getrennt, der *Fondo*, die *Serie*, die *Caja* und die *Carpeta*, in dieser Reihenfolge, angegeben, während sich die letzten Ziffern auf die *folios* beziehen.

der US-amerikanischen Botschaft in Bogotá sowie Geheimdienstberichte derselben Provenienz dar. Vor dem Hintergrund des an Schärfe gewinnenden Kalten Krieges war das *State Department* an Informationen über die bewaffneten Auseinandersetzungen in Kolumbien interessiert. Der US-amerikanische Anwalt Paul Wolf hat verschiedene, inzwischen freigegebene Dokumente in US-amerikanischen Archiven gesichtet und diese dem interessierten Publikum auf seiner persönlichen Homepage zugänglich gemacht.<sup>83</sup>

Diese Vielzahl von Informationsquellen erlaubt es, detailreiche und quellenbasierte Aussagen über die *Violencia* in Tolima zu machen. Das minutiöse Quellenstudium gibt Auskunft über die Allianzen zwischen den verschiedenen Akteursgruppen, die teilweise auf Basis parallel gelagerter Wahrnehmungen politischer Realitäten erfolgten, teilweise aber auch militärische Notwendigkeiten darstellten, ohne dass die politischen Agenden der jeweiligen Gewaltkollektive eine große Schnittmenge aufgewiesen hätte. Dies gab häufig Anlass zu Differenzen zwischen den Handlungspartnern und führten nicht selten zu heftigen bewaffneten Auseinandersetzungen zwischen ihnen. Derart präzise und detailreiche Aussagen über das historische Geschehen und die involvierten Akteure sind lediglich in einer Regionalstudie der *Violencia* möglich. Obgleich sie als Regionalstudie „nur“ einen Teil des Landes untersucht, leistet die vorliegenden Arbeit einen Beitrag zu der Antwort auf die Frage nach dem Warum und den Modalitäten des blutigen Konflikts, der die Geschichte Kolumbiens so tief geprägt hat.

<sup>83</sup> Die Homepage unter: <http://www.icdc.com/~paulwolf/colombia/colombiawar.htm>. Nach der Kommunikation mit Paul Wolf und dem Austausch mit renommierten Forschern der kolumbianischen *Violencia* im April 2011 habe ich die von Wolf zur Verfügung gestellten Reproduktionen der Dokumente als vertrauenswürdig eingestuft. Daher finden sie Verwendung in der vorliegenden Arbeit, um Detailinformationen in den Gesamtkontext einzuordnen bzw. die Informationen abzugleichen. Von besagter Homepage wurden die Dokumente im April 2011 heruntergeladen und gesichert. Angegeben werden die Daten (Titel, Überschrift, Datum), die das jeweilige Dokument eindeutig identifizieren.



## 2 Historische Kontextualisierung des Untersuchungszeitraums

Da die nationalstaatliche und die regionale Handlungsebene, wenn auch in unterschiedlichen Machtverhältnissen, miteinander verwoben sind, ist die *Violencia* in Tolima nicht losgelöst von der nationalen Politik zu verstehen. Auf den folgenden Seiten werden die während des Untersuchungszeitraums bedeutsamen Entwicklungen im politischen Feld Kolumbiens beschrieben. Dabei geht es weniger um das Gewaltgeschehen selber als vielmehr darum, den historischen Kontext darzustellen, um in den weiteren Kapiteln zu untersuchen, welche Auswirkungen die „nationalen“ Ereignisse auf die Genese des Bürgerkrieges in dem in Zentralkolumbien gelegenen *departamento* Tolima hatten und wie diese das Handeln auf der regionalen Ebene beeinflussten.

### 2.1 Die Regierung Ospina Pérez: Zwischen Koalition und Konfrontation (1946–1949)

1946 endete die *República Liberal*, wie die vier Legislaturperioden andauernde Phase liberaler Regierungen in die Historiographie eingegangen ist. Der Wahlsieg der Konservativen Partei resultierte aus der Spaltung der Liberalen Partei, die in der Aufstellung von zwei Kandidaten mündete: Gabriel Turbay und José Eliécer Gaitán. Für die Präsidentschaftswahlen hatte die Konservative Partei bewusst den als moderat geltenden Ospina Pérez als Kandidaten aufgestellt, um einen Zusammenschluss der beiden Flügel der Liberalen Partei zu verhindern, wie es bei der Kandidatur eines konservativen Hardliners wie Laureano Gómez der Fall gewesen wäre.<sup>84</sup> Auch verliefen die Präsidentschaftswahlen 1946 vergleichsweise friedlich und wurden nur von einem geringen Maß an Gewalt begleitet. Mit dem weitgehenden Verzicht auf Gewalt wollten die Konservativen verhindern, dass die internen Spannungen der Liberalen Partei in den Hintergrund traten.<sup>85</sup> Die Wahlkampfstrategie der Konservativen Partei war insofern erfolgreich, als dass Mariano Ospina Pérez als neuer Präsidenten Kolumbiens vereidigt wurde, obwohl

---

<sup>84</sup> Henderson: History, S. 101; Bushnell: Making, S. 199. Die moderaten Flügel der *partidos tradicionales* besaßen durchaus eine Tradition der gemeinsamen friedlichen politischen Betätigung in Form von Koalitionsregierungen. Der sogenannte *convivialismo* war nicht zuletzt das Ergebnis geteilter ökonomischer und sozialpolitischer Interessen der Führungsebenen der Traditionsparteien. Ospina Pérez gehörte zu einem der Vertreter dieser moderaten Parteiflügel, den *convivialistas* (vgl. Mary Roldán: Blood and Fire. La Violencia en Antioquia, Colombia, 1946-1953. Durham/London 2002, S. 19f., 31).

<sup>85</sup> Gloria Gaitán: Orígenes de la violencia de los años 40. In: Jesús Antonio Bejarano (Hrsg.): Once ensayos sobre La Violencia. Bogotá 1985, S. 325-360, hier: S. 342.

der absolute Stimmenanteil der Liberalen Partei höher war als derjenige der Konservativen Partei.<sup>86</sup>

Der aus einer Unternehmerfamilie Antioquias stammende Ospina Pérez bediente sich der als *Unión Nacional* bekannten Koalitionsregierung, um den Übergang zwischen der *República Liberal* und der Legislaturperiode unter einem konservativem Präsidenten möglichst friedlich zu gestalten.<sup>87</sup> Allerdings waren sich sowohl *ospinistas* als auch *laureanistas* ihrer nur relativen Machtbasis, das heißt der absoluten Stimmenmehrheit der Liberalen Partei sowie der liberalen Dominanz in der Legislative und der Judikative, bewusst.<sup>88</sup> Daher bemühte sich die Konservative Partei darum, ihre Ausgangsposition für die 1947 anstehenden Legislativwahlen zu verbessern.<sup>89</sup> Eine Möglichkeit, um die eigene Wählerbasis auszuweiten, stellte in dem ausgeprägt klientelistischen politischen System Kolumbiens Mitte des 20. Jahrhunderts die Besetzung öffentlicher Posten in der Regional- und Lokalverwaltung mit getreuen Gefolgsleuten der eigenen Partei dar. Öffentliche Amtsträger hatten durch die Gewährung – oder Verweigerung – von öffentlichen Dienstleistungen, die Bereitstellung finanzieller Ressourcen und andere politische Gefälligkeiten einen nicht unerheblichen Einfluss auf das Wahlverhalten der zur Stimmabgabe aufgerufenen Bürger. So konnten sie die Möglichkeiten der Bürgerschaft, die politische Zukunft des Landes mitzugestalten, gegebenenfalls einschränken.<sup>90</sup>

<sup>86</sup> Die Konservative Partei erzielte 566.000 Stimmen, während die Liberale Partei insgesamt 800.000 gültige Stimmen auf sich vereinen konnte, die sich aber auf die Kandidaten Gaitán (359.000 Stimmen) und Turbay (441.000 Stimmen) verteilten (vgl. Henderson: History, S. 101).

<sup>87</sup> Bushnell: Making, S. 201. Ospina Pérez stieß allerdings in der eigenen Partei auf Vorbehalte gegen die *Unión Nacional*. Sowohl Laureano Gómez als auch Gilberto Alzate Avendaño wehrten sich gegen die Zusammenarbeit mit der Liberalen Partei. Der Widerstand gegen die *Unión Nacional* aus beiden Parteien sowie die wachsende Gewaltintensität zwischen den Anhängern der Traditionsparteien führten dazu, dass die Koalitionsregierung mehrfach aufgelöst wurde, das erste Mal bereits im November 1946, um dann erneut als Instrument gegen die Gewalt zwischen den Parteien wiederaufgelegt zu werden (vgl. Adolfo León Atehortúa; Humberto Vélez: *Estado y Fuerzas Armadas en Colombia (1886-1953)*. Bogotá 1994, S. 165).

<sup>88</sup> Palacios: Legitimidad, S. 195.

<sup>89</sup> Der kolumbianische Präsident wird traditionell, so auch im Untersuchungszeitraum, durch die Direktwahl bestimmt, das heißt die Präsidentschafts- und Legislativwahlen finden getrennt voneinander statt.

<sup>90</sup> Holden streicht heraus, dass das Funktionieren klientelistischer Praktiken ein erhebliches Maß an sozialer Ungleichheit und Abhängigkeitsverhältnissen voraussetzt (Robert H. Holden: *Armies without Nations. Public Violence and State Formation in Central America 1821-1960*. Cambridge/New York 2004, S. 39f.). Vgl. für das klientelistische politische System Kolumbiens des Untersuchungszeitraums Leal Buitrago, Francisco: *El Sistema Político del Clientelismo*. In: *Ánalisis Político* No. 8 (Septiembre/ Diciembre 1989), o. S. Unter: <http://www.iepri.org/portales/anpol/08.pdf> (Zugriff: 15.6.2012).

Die Bedeutung lokaler politischer Autoritäten hob der *Directorio Nacional Conservador* noch vor dem Regierungswechsel im Mai 1946 hervor, als er sich gegenüber dem Interimspräsidenten Alberto Lleras Camargo über die zunehmende Gewalt gegen Anhänger der Konservativen Partei in einer Vielzahl von Gemeinden im *departamento* Boyacá beschwerte. Die konservative Parteiführung klagte die Befangenheit liberaler Bürgermeister und Beamter an, die darauf zielten, die Konservativen einzuschüchtern und von der Stimmabgabe bei den bevorstehenden Wahlen abzuhalten. Um die konservative Bevölkerung wieder in den Genuss staatlicher Sicherheitsgarantien zu bringen, forderte das Führungsgremium der Konservativen Partei die Einsetzung unparteiischer Offiziere der *Policía Nacional* bzw. der Streitkräfte als *alcaldes militares*.<sup>91</sup>

Konservative Politiker wiederum bemühten sich bereits kurz nach dem Regierungswechsel darum, den Amtsantritt eines konservativen Präsidenten dazu zu nutzen, (Patronage-)Posten mit Mitgliedern der eigenen Partei zu besetzen. Angeichts der Bedeutung, welche diesen Machtbrokern mit Blick auf den Wahlerfolg der Partei zukam, fiel die Wahl bei der Besetzung von öffentlichen Posten selten auf moderate Vertreter, die als Mittler zwischen den divergierenden (partei-)politischen Interessen agierten. Vielmehr wurden oftmals die als *sectarios* bezeichneten Mitglieder des radikalen Flügels der Konservativen Partei, die sich scharf von dem politischen Konkurrenten abzugrenzen wussten, zu Bürgermeistern ernannt oder fanden Zugang zu öffentlichen Posten in der Lokalverwaltung.<sup>92</sup>

So friedlich die Präsidentschaftswahlen 1946 auch verlaufen waren, so schnell ließ sich nach dem Amtsantritt von Ospina Pérez ein deutliches Anwachsen der Gewalt im September 1946 gegen Anhänger der Liberalen Partei verzeichnen, deren Ursprung nicht selten in der lokalen, politischen Verwaltung lag.<sup>93</sup> So leitete der liberale Abgeordnete für den *departamento* Bolívar, Esteban de Vargas, eine Klage liberaler Politiker aus der Gemeinde Cereté an Ospina Pérez mit der

<sup>91</sup> „Carta del Directorio Nacional Conservador al Excelentísimo señor Presidente de la República, Bogotá 2.5.1946“ (AGN/PR/DSM/79/14/8-9).

<sup>92</sup> Vgl. für den Fall Antioquia: Roldán: Violencia, S. 72f. Das Wahrnehmungsschema, in dem nur noch die eigene Parteizugehörigkeit und die des Gegenübers über die Definition von Freund und Feind entschieden, war während des Untersuchungszeitraums als *sectarismo* bekannt. Eine Person wurde zum Feind, weil sie der Konservativen bzw. Liberalen Partei angehörte, während individuelle Eigenschaften, die diese Person charakterisierten, außer Acht gelassen wurden. Als *sectarios* wurden während des Untersuchungszeitraums allerdings nicht nur radikalierte Mitglieder der Konservativen Partei bezeichnet. Auch anderen politischen Fraktionen zuzuordnende Akteure, die starke Vorbehalte (oder Vorurteile) gegen den politischen Widersacher hegten, wurden *sectarios* genannt bzw. als vom *sectarismo* geprägt betrachtet.

<sup>93</sup> Gaitán: Origenes, S. 346; Roldán: Violencia, S. 20f.; W. John Green: Gaitanismo, Left Liberalism, and Popular Mobilization in Colombia. Gainesville 2003, S. 257.

Bitte um Abhilfe weiter. Diese verurteilten die Ernennung und das Handeln des *sectario* Joaquín Burgos als Bürgermeister in besagter Gemeinde, weil er trotz der Mehrheit der Liberalen Partei im Gemeinderat alle liberalen Angestellten der Bürgermeisterei sowie den Polizeikommandeur entlassen hatte. Die Partei sei, so die Klage der Lokalpolitiker, bei der Vergabe öffentlicher Posten in keiner Weise berücksichtigt worden. Weiterhin beklagten sie die von konservativer Seite angekündigten Repressalien gegen die liberale Bevölkerung und warnten vor den Folgen einer derart aggressiven Politik. Vargas wies Ospina Pérez darauf hin, dass die Regierungspolitik der *Unión Nacional* offenbar nicht von allen konservativen *dirigentes* unterstützt wurde.<sup>94</sup> Auch *El Tiempo* beklagte, dass die *Unión Nacional* in Boyacá als Maxime der Regierungspolitik nicht existiere.<sup>95</sup>

Wie nach dem Wahlsieg des Liberalen Olaya Herrera 1930 so wurde auch Mitte der 1940er Jahre die Neubesetzung öffentlicher Posten, wenn auch nicht systematisch, so doch sporadisch von physischer Gewalt begleitet.<sup>96</sup> Insbesondere die *departamentos* Boyacá und Norte de Santander waren in der Frühphase des Untersuchungszeitraums von Gewaltausbrüchen zwischen Konservativen und Liberalen betroffen. Die gewalttätigen Auseinandersetzungen weiteten sich allerdings zunehmend geographisch aus, sodass bereits 1947 nahezu alle *departamentos* in der einen oder anderen Weise von der um sich greifenden Gewalt betroffen waren.<sup>97</sup>

Einen ersten, wenn auch nur vorläufigen Höhepunkt der steigenden Gewaltintensität im politischen Raum stellten die für das Jahr 1947 anberaumten Wahlen zur Legislative dar. Die Liberale Partei sah in der politischen Abstimmung den geeigneten Zeitpunkt, dem politischen Konkurrenten seinen Minderheitenstatus aufzuzeigen und seinen Zuwachs an politischem Einfluss zu unterbinden.<sup>98</sup> Die Konservative Partei wiederum wollte den Prozess ihres Machtgewinns weiter vorantreiben und griff in diesem Unterfangen verstärkt auf gewaltsame Mittel

---

<sup>94</sup> „Carta de Esteban de Vargas al Señor Doctor Ospina Pérez, Bogotá 26.9.1946“ (AGN/PR/DSM/74/4-1-2).

<sup>95</sup> *El Tiempo*, 3.1.1947, „La Violencia y el Caso de Boyacá“.

<sup>96</sup> Green: Gaitanismo, S. 255; James D. Henderson: Modernization in Colombia. The Laureano Gómez Years, 1889-1965. Gainesville 2001, S.286.

<sup>97</sup> Medófilo Medina: Bases Urbanas de la Violencia en Colombia. In: Historia Crítica No. 1, S. 20-32, hier: S. 22. S. auch Henderson: Modernization, S. 307; ders.: History, S. 141, 248.

<sup>98</sup> Vgl. Rafael Pardo Rueda: La Historia de las Guerras. Desde la conquista hasta nuestros días, una crónica completa de las guerras en Colombia. La búsqueda de la paz desde el conocimiento de la guerra. Bogotá 2008, S. 470f.; Pécaut: Orden y Violencia, S. 528ff. Die Liberale Partei zog die Legitimität der Regierung Ospina Pérez in Zweifel, da sie in den Wahlen 1946 nur die relative Mehrheit der abgegebenen Stimmen erzielt hatte (vgl. Henderson: Modernization, S. 300).

zurück. Eine häufig genutzte Maßnahme bestand darin, die für die Stimmabgabe notwendigen Ausweispapiere (*cédulas de ciudadanía*) bei den Anhängern der Liberalen Partei mitunter gewaltsam zu konfiszieren, sodass diese an den bevorstehenden Wahlen nicht teilnehmen konnten.<sup>99</sup>

Ungeachtet der Einschüchterungsversuche vonseiten der Anhänger der Konservativen Partei gewann die Liberale Partei, die im Gegensatz zu den Präsidentschaftswahlen 1946 jetzt nur eine Wahlliste aufstellte, einen Stimmenvorsprung im Vergleich zu der Regierungspartei. Dieser Wahlerfolg schien die liberalen Politiker ihrem Ziel der Rückeroberung politischer Machtpositionen näherzubringen, allerdings schrumpfte ihr Vorsprung vor der Konservativen Partei, das heißt die von Konservativen ausgehende Gewalt gegen Wähler der Oppositionspartei schien erste Früchte zu tragen.<sup>100</sup>

Nachdem sich nicht wenige Gefolgsleute des Parteivorsitzenden Eduardo Santos den *gaitanistas*, die das Gros der Stimmen für die Liberale Partei auf sich vereinigen konnten, geschlagen geben mussten, übernahm Gaitán im Juli 1947 den Vorsitz der Liberalen Partei.<sup>101</sup> Mit der Wiedereingliederung der politischen Bewegung um Gaitán in die Liberale Partei schrieben sich die *gaitanistas* in die bereits existente, das politische Feld Kolumbiens charakterisierende Dichotomie zwischen den Traditionsparteien ein. Der antioligarchische Diskurs Gaitáns, der zwischen dem *país nacional* und dem *país político* unterschied, verlor in der Folge an Bedeutung und Wirkmächtigkeit, wenn er auch mitnichten obsolet wurde.<sup>102</sup> Die Wiedereingliederung Gaitáns in die Liberale Partei wiederum ging nicht spurlos an ihr vorbei. Mit dem neuen Parteivorsitzenden erfuhr der links-

---

<sup>99</sup> Guzmán Campos berichtet beispielsweise, dass der Bürgermeister der Gemeinde Anzoátegui in Nordtolima Liberale ihrer *cédulas* im September 1947, weniger als eine Woche vor den Gemeindewahlen, entledigte. Der Wegnahme der Ausweispapiere folgten oftmals, wie auch in diesem Fall, blutige Auseinandersetzungen zwischen den Konfliktparteien (Guzmán Campos: *Violencia*, S. 91f.).

<sup>100</sup> Palacios: Legitimidad, S. 198. Die liberale Mehrheit im Kongress reduzierte sich um 18 Sitze (Eduardo Pizarro Leongómez: La Profesionalización Militar en Colombia (II): El periodo de la Violencia. In: Análisis Político N° 2 (Septiembre/ Diciembre 1987), o. S. Unter: <http://www.iepri.org/portales/anpol/02.pdf> [Zugriff: 19.6.2013]). Roldán verweist darauf, dass die Wahlen 1947 für den rechten Flügel der Konservativen Partei dessen ungeachtet eine Enttäuschung darstellten bzw. nicht die von den *laureanistas* anvisierten Ziele erreicht werden konnten (*Violencia*, S. 58). Der Stimmenanteil der Kommunistischen Partei ging bei den Wahlen 1947, im Vergleich zu den Wahlergebnissen von 1945, stark zurück (vgl. Pécaut: *Orden y Violencia*, S. 482f.).

<sup>101</sup> Gaitán: *Orígenes*, S. 351ff.; Pécaut: *Orden y Violencia*, S. 448.

<sup>102</sup> Pécaut: *Orden y Violencia*, S. 497ff., 514ff., 539ff. Vgl. auch: Perea: *Sangre*, S. 194-198.

liberale Parteiflügel, der sich dezidiert für die Belange unterer sozialer Schichten einsetzte, eine Stärkung.<sup>103</sup>

Da die Liberale Partei ungeachtet der verlorenen Präsidentschaftswahl von 1946 und der relativen Stimmenverluste in den Wahlen des Folgejahres die Mehrheit in der Legislative stellte, versuchte sie, aus dieser Position heraus Einfluss auf die Regierungspolitik zu nehmen. Die als *Resistencia Civil* bekannt gewordenen Maßnahmen bestanden darin, die Exekutive in ihrem Handlungsspielraum zu beschneiden, wenn sie nicht mit den Vertretern der Liberalen Partei in der Legislative kooperieren wollte. So entschied die *Asamblea del departamento Norte de Santander*, die Zahl der Beamten in der *Policía Departamental* von 500 auf 60 zu reduzieren, mehrere Posten, die in dem Einflussbereich des Gouverneurs lagen, abzuschaffen und den Fuhrpark der Regionalregierung drastisch zu reduzieren, als Ospina Pérez einen konservativen Gouverneur für Norte de Santander ernannte.<sup>104</sup>

Nach den Gemeinderatswahlen im Oktober 1947, die bereits von einem hohen Maß an Gewalt begleitet worden waren, formulierte die liberale Fraktion im Kongress eine Gesetzesinitiative, welche die Polizei aus dem Machtbereich der Exekutive lösen und der Kontrolle der – mehrheitlich liberalen – Legislative unterstellen sollte. Qua Gesetz sollten die verschiedenen Polizeiorgane (*Policía Municipal*, *Policía Departamental*, *Policía Nacional*) in der *Policía Nacional* zusammengefasst und zukünftig von dem Kongress kontrolliert werden. Indem die Polizei der Verfügungsgewalt der Exekutive entzogen würde, sollte dem zunehmend parteipolitisch motivierten Einsatz der staatlichen Sicherheitskräfte vorgebeugt werden. Des Weiteren zielte die Gesetzesreform auf die Wahl von Gouverneuren und Bürgermeistern, die bisher durch die Vertreter der Exekutive ernannt wurden. Die Regierung Ospina Pérez verurteilte diese Maßnahme im Rahmen der *Resistencia Civil* als Verfassungsbruch – sie wertete ihn als Angriff auf die verfassungsmäßigen Kompetenzen des Präsidenten. Der Innenminister José Antonio Montalvo ließ sich zu der Aussage hinreißen, dass die Regierung bereit sei, die institutionelle Ordnung Kolumbiens *a sangre y fuego* zu verteidigen. Diese Äußerung von Montalvo verstand die Mehrheit der Liberalen Partei als De-facto-Kriegserklärung der konservativen Regierung an die liberale Opposition.<sup>105</sup>

Ungeachtet mehrfacher Versuche, der Gewalt durch Neuauflagen der liberal-konservativen Koalitionsregierungen Einhalt zu gebieten, erhöhte sich die Gewal-

---

<sup>103</sup> Gonzalo Sánchez: Los días de la revolución. Gaitanismo y 9 de abril en provincia. Bogotá 1983, S. 12ff.

<sup>104</sup> Henderson: Modernization, S. 304.

<sup>105</sup> Russell W. Ramsey: The Modern Violence in Colombia, 1946-1965. Dissertation University of Florida 1970, S. 145; Henderson: Modernization, S. 304.

tintensität in der zweiten Hälfte der 1940er Jahre stetig.<sup>106</sup> Aus den Wahlen 1947 gingen Vertreter der Flügel der Traditionsparteien als Sieger hervor, die starke Vorbehalte gegen eine Koalition mit dem politischen Konkurrenten äußerten und dementsprechend die friedliche Zusammenarbeit der Traditionsparteien in der Regierung behinderten. Auf Seiten der Konservativen Partei waren dies *dirigentes políticos* wie Laureano Gómez, Silvio Villegas oder Gilberto Alzate Avendaño, die sich gegen eine Regierungsbeteiligung der Liberalen Partei aussprachen.<sup>107</sup> Der Machtgewinn des radikalen Flügels innerhalb der Konservativen Partei verdeutlichte sich in der Gründung von Spezialabteilungen innerhalb der Polizei, die zur Überwachung gewerkschaftlicher und kommunistischer Aktivitäten aufgebaut wurden. Der *ministro de gobierno* Urdaneta Arbeláez sah sich gezwungen, den Oberkommandierenden der Polizei anzuweisen, diese Abteilungen abzuschaffen, da diese Form der Überwachung nicht legal war.<sup>108</sup>

Trotz der erstarkten radikalen Flügel der Traditionsparteien versuchten Liberale und Konservative ums andere Mal, der zunehmenden Gewalt durch Koalitionsregierungen Einhalt zu gebieten. Pécaut verweist auf das ambivalente Verhalten Gaitáns und der von ihm entsandten Minister bezüglich der politischen Zusammenarbeit mit der Regierung Ospina Pérez.<sup>109</sup> Vor der Übernahme des Parteivorsitzes stand Gaitán einer liberalen Regierungsbeteiligung an der *Unión Nacional* kritisch gegenüber. Er sah die seiner Meinung nach nur auf dem Papier existente Koalitionsregierung als Instrument der Konservativen Partei, die eigene politische Machtposition zu festigen. Nach den Wahlerfolgen der *gaitanistas* 1947 und der

<sup>106</sup> Nola Reinhardt: Our Daily Bread. The Peasant Question and Family Farming in the Colombian Andes. Berkeley u.a. 1988, S. 133. Die zunehmende Gewalt zwischen den Anhängern der Traditionsparteien war der Grund steter Proteste von Mitgliedern der Liberalen Partei, die sich durch Konservative und lokale politische Autoritäten verfolgt sahen. Bereits im April 1947 klagte Gaitán gegenüber Ospina Pérez in dem *Memorial de Agravios* die systematische Gewalt gegen Liberales an. Zehn Monate später, im Februar 1948, organisierte er die sogenannte *Manifestación del Silencio* im Zentrum Bogotás: Mehr als 100.000 seiner Gefolgsleute protestierten mit demonstrativem Schweigen gegen die von Konservativen ausgehende Gewalt gegen die liberale Gesellschaft. In der als *Oración por la Paz* bekannten Abschlussrede forderte Gaitán von Ospina Pérez die Wahrung der Rechte aller Bürger Kolumbiens ein. Er warnte den Präsidenten indirekt, als er beteuerte, dass die Reaktion einer Partei, die es vermag, mehrere Tausend Demonstranten in Stille durch die Straßen Bogotás zu führen, schwer zu kalkulieren sei, wenn sie von ihrem Recht auf Selbstverteidigung („*legítima defensa*“) Gebrauch mache. (Pécaut: Orden y Violencia, S. 534ff. Die *Oración por la Paz* ist abgedruckt in: Milton Puentes: Historia del Partido Liberal Colombiano. Bogotá 1967, S. 609f.).

<sup>107</sup> Henderson: Modernization, S. 302.

<sup>108</sup> Perea: Sangre, S. 57; Pizarro Leongómez: Profesionalización Militar II.

<sup>109</sup> Pécaut: Orden y Violencia, S. 508–513. S. auch Henderson: Modernization, S. 302; Ramsey: Modern Violence, S. 129.

Übernahme des Parteivorsitzes musste er jedoch dafür sorgen, dass die Liberale Partei, die sich als Mehrheitspartei verstand, die von ihr eingeforderten und im Rahmen der *Unión Nacional* angebotenen Machtpositionen auch einnahm.<sup>110</sup> Er erlaubte die Annahme von Ministerposten durch liberale Politiker auf individueller Ebene, die programmatische Abkommen mit den konservativen Koalitionären jedoch ausschloss.<sup>111</sup> Gaitán musste als Vorsitzender einer Partei der Regierungs-koalition weiterhin unpopuläre Beschlüsse mittragen, die sich gegen seine politische Basis richteten, wie Maßnahmen der Regierung Ospina Pérez gegen gewerkschaftliche Organisationen und die von diesen ausgerufenen Streiks.<sup>112</sup>

Angesichts der Tatsache, dass es bereits kurz nach dem Regierungswechsel im August 1946 zu teilweise massiven, blutigen Zusammenstößen zwischen Mitgliedern der Traditionsparteien gekommen war, ist der Beginn der *Violencia*, ergo des Untersuchungszeitraums, nicht auf den 9. April 1948 zu datieren, wie die Historiographie oftmals behauptet.<sup>113</sup> Als Gaitán am Mittag dieses Tages im Zentrum Bogotás von Juan Roa Sierra erschossen wurde, erhob sich seine Gefolgschaft landesweit, um gegen den Mord, den sie der Konservativen Partei und der Regierung Ospina Pérez anlastete, zu protestieren.<sup>114</sup> Der Protest entwickelte sich in Bogotá angesichts einer fehlenden politischen Führung schnell zu ziellosen Plünderungen und Brandschatzungen durch die RebELLierenden. Die sich *ad hoc* formierende *Junta Revolucionaria*, welche die politische Stoßrichtung des Aufstandes wahren wollte, erlangte keinen bestimmenden Einfluss auf die Aufständischen, auch wenn Politiker mit einem gewissen politischen Prestige der Junta angehörten.<sup>115</sup> Während sich die der Regierung loyal verbleibenden Streitkräfte den aufständischen Anhängern Gaitáns entgegenstellten, trat eine Kommission der Liberalen Partei unter Führung von Darío Echandía mit Ospina Pérez in Ver-

---

<sup>110</sup> Pécaut: Orden y Violencia, S. 517.

<sup>111</sup> Vgl. Perea: Sangre, S. 195f.; Pécaut: Orden y Violencia, S. 516ff.

<sup>112</sup> Perea: Sangre, S. 196ff.

<sup>113</sup> Vgl. Bushnell: Making, S. 204; Meertens: Ensayos, S. 137.

<sup>114</sup> Der Mord an Gaitán wurde bis heute nicht aufgeklärt bzw. konnte die Frage nicht beantwortet werden, ob es sich bei Roa Sierra um einen Einzeltäter handelte oder ob er im Auftrag handelte. Der Regierung Ospina Pérez zufolge handelte es sich um eine Verschwörung internationaler kommunistischer Kreise, um die IX. *Conferencia Panamericana* zu sabotieren – eine These, die nie belegt werden konnte (vgl. Gustavo E. Rosales Ariza: Para no olvidar...Forjadores de Violencia. Bogotá 2007, S. 42). Gleichzeitig ist es unwahrscheinlich, dass konservative Politiker den Mord an Gaitán in Auftrag gaben, während in Bogotá eine bedeutende Konferenz mit breiter internationaler Beteiligung abgehalten wurde (vgl. Bushnell: Making, S. 204).

<sup>115</sup> Der *Junta Revolucionaria* gehörten beispielsweise Adán Arriaga Andrade, Arbeitsminister der Regierung Lleras Camargo, sowie Carlos H. Pareja und Gerardo Molina an (vgl. Pécaut: Orden y Violencia, S. 537).

handlungen.<sup>116</sup> Obwohl sich die *dirigente liberales* zum Ziel gesetzt hatten, Ospina Pérez zum Rücktritt zugunsten von Darío Echandía zu bewegen, war die Bildung einer erneuten Koalitionsregierung – die vorherige war erst zwei Monate zuvor gescheitert – das Ergebnis der Verhandlungen.<sup>117</sup>

Sánchez hebt hervor, dass sich die Aufstände jenseits Bogotás durch eine vergleichsweise höhere Komplexität auszeichneten – in der Hauptstadt brach der Protest der Anhängerschaft Gaitáns schnell zusammen und büßte seinen politischen Gehalt ein. Die Stoßrichtung der Rebellion in der Provinz wiederum verlor schnell ihren rein antikonservativen Charakter und entwickelte eine soziale, antioligarchische Dimension, die zunehmend auch den Interessen der liberalen Parteiführung zuwiderlief. Dies war nicht zuletzt der Grund, warum die Delegation unter Echandía in der *Casa de Nariño* der *Unión Nacional* zustimmte, ohne ihre eigentlichen Ziele erreicht zu haben, und sich dem von der *Confederación de Trabajadores de Colombia* (CTC) ausgerufenen Generalstreik widersetzte.<sup>118</sup> Diese Verhandlungen und die erneute Etablierung einer Koalitionsregierung legitimierten, entgegen den ursprünglichen Intentionen der liberalen Delegation, die Regierung Ospina Pérez und sprachen den liberalen Aufstand gegen die konservative Regierung ihre Rechtmäßigkeit ab.<sup>119</sup>

Die wiederholte Bildung einer Koalitionsregierung aus Konservativer und Liberaler Partei konnte allerdings die Ausweitung der Gewalt zwischen ihren Anhängern nicht dauerhaft beenden. Die Bemühungen der Vertreter beider Parteien, die Gewalt einzuhegen und zu friedfertigen Formen der politischen Betä-

---

<sup>116</sup> Dass die Liberale Partei noch über viele Sympathien in der *Policía Nacional* verfügte, wurde im April 1948 deutlich, als sich viele Polizisten den liberalen Aufständischen anschlossen und sogar Waffen an sie verteilt. Eine exponierte Rolle nahm die V. Polizeidivision Bogotás ein, die geschlossen zu den Protestierenden überließ (vgl. Pécaut: Orden y Violencia, S. 536). Die Teilnahme von Polizeieinheiten an den Aufständen nach dem Mord an Gaitán beschleunigte den Prozess der Reformierung der Polizei nach parteipolitischen Maßgaben, der bereits kurz nach dem Regierungswechsel wegen der Sympathien einiger Polizeieinheiten für die Liberale Partei eingesetzt hatte. Für die neuen, hochgradig politisierten Polizeikräfte bürgerte sich der Terminus *chulavitas* ein, da viele Polizeirekruten aus traditionell konservativen Regionen, wie der Region Chulavito in Boyacá stammten (vgl. Oquist: Violencia, S. 234ff., 258ff.; Henderson: Modernization, S. 305ff.). Im Oktober 1949 wurde das gesamte, zivile und militärische, Personal der *Policía Nacional* entlassen, um in der Folge eine politisch homogene Truppe zu schaffen. Im Januar 1950 wurden die *Policía Departamental* und die *Policía Municipal* in die *Policía Nacional* integriert (Medófilo Medina: La Resistencia Campesina en el Sur del Tolima. In: Gonzalo Sánchez und Ricardo Peñaranda (Hrsg.): Pasado y Presente de la Violencia. Bogota 1986, S. 233–265, hier: S. 248).

<sup>117</sup> Sánchez: Revolución, S. 22; Pécaut: Orden y Violencia, S. 540.

<sup>118</sup> Sánchez: Revolución, S. 32.

<sup>119</sup> Varela Mora; Romero Picón: Amaneceres, S. 174ff.

tigung zurückzufinden, verließen weitgehend ergebnislos.<sup>120</sup> Bereits im Mai 1949 zog sich die Liberale Partei wegen der fortschreitenden Gewalt gegen ihre Mitglieder endgültig aus der Regierung zurück. Die Aufkündigung der Koalition durch die Liberale Partei führte zu einer Intensivierung der gegen sie gerichteten Repression.<sup>121</sup>

Liberale Politiker versuchten anschließend, die Politik aus der Legislative, in der sie nach wie vor über eine Mehrheit verfügten, weiterhin mitzubestimmen. Nachdem die Liberale Partei auch in den Kongresswahlen im Juni 1949 ihre – wenn auch weiter schrumpfende – Mehrheit behaupten konnte, brachte die liberale Fraktion eine Reihe von Gesetzesvorschlägen ein. Diese zielten darauf, die Kompetenzen des Präsidenten zugunsten der Legislative zu beschneiden, da liberale Politiker nicht zu Unrecht fürchteten, dass die nach dem Bruch der *Unión Nacional* homogen konservative Regierung ihre Machtpositionen dazu nutzen würde, sich Vorteile bei den anstehenden Präsidentschaftswahlen zu sichern.<sup>122</sup>

Das zentrale politische Vorhaben der Liberalen Partei war eine Wahlrechtsreform, die jedoch auf den erbitterten Widerstand der Konservativen Partei und der Regierung Ospina Pérez stieß. Die Liberale Partei hatte in den Verhandlungen im April 1948, die dem *Bogotazo* folgten, einer Überprüfung bzw. Neuausstellung der für die Teilhabe an Wahlen notwendigen *cédulas* zugestimmt, um den Vorwurf Gómez' zu entkräften, die liberale Mehrheit in der Legislative beruhe lediglich auf gefälschten Ausweispapieren. Im Rahmen der *Resistencia Civil* weigerte sie sich allerdings, dieser Verpflichtung nachzukommen. Angesichts der stetig zunehmenden Gewalt und der Verfolgung von Mitgliedern ihrer Partei drängte die liberale Kongressmehrheit jetzt darauf, die Präsidentschaftswahlen auf den 27. November 1949 vorzuziehen und die Revision der *cédulas* auf einen späteren Zeitpunkt zu verschieben. Auf diese Weise erhofften sich die liberalen Parlamentarier, noch in den Genuss eines Mindestmaßes an Sicherheit und Wahrung rechtstaatlicher Prinzipien bei der Stimmabgabe zu kommen, ehe die aus ihrer Sicht von der Kon-

<sup>120</sup> So unterschrieben Repräsentanten beider Parteien im März 1949 ein Manifest gegen die um sich greifende Gewalt und im August 1949 wurde eine *Comisión de Paz* mit Mitgliedern beider Parteien eingerichtet. Beide Versuche, zu friedlichen Formen der politischen Zusammenarbeit zurückzukehren, blieben ohne realpolitische Folgen (vgl. Restrepo: Abordaje, S. 64; Wilde: Quiebra, S. 92).

<sup>121</sup> Pécaut: Orden y Violencia, S. 568. Olmos berichtet beispielsweise, dass in der Gemeinde Junín (Tolima), wohin viele Liberale aus mehrheitlich konservativen Gemeinden, wie Anzoátegui und Santa Isabel, geflohen waren, im Juli 1949 ein halbes Dutzend liberaler Personen unter Beteiligung des Bürgermeisters getötet wurden (Mario Ávila Olmos: Introducción al Estudio de la Violencia en Venadillo, Tolima. Trabajo de Grado para optar al Título de Filósofo, Universidad Social Católica de la Salle, Facultad de Filosofía y Letras 1987, S. 45).

<sup>122</sup> Wilde: Quiebra, S. 90f.

servativen Partei ausgehende Gewalt weiter zunehmen und freie Wahlen gänzlich unmöglich machen würde.<sup>123</sup> Carlos Lleras Restrepo klagte am 28.10.1949 in einer Rede vor dem Senat an, dass die Mitglieder der Liberalen Partei nicht „Opfer isolierter Individuen, sondern Opfer einer Partei und eines Systems“ seien.<sup>124</sup> Konservative Politiker sahen in den Initiativen der liberalen Parlamentsmehrheit wiederum eine „wahrhafte Kriegserklärung“ an die Regierungspartei.<sup>125</sup>

Der Umstand, dass die Liberale Partei bei den Kongresswahlen im Juni 1949 ihre Mehrheit gegenüber der Konservativen Partei behaupten konnte und somit ihren konservativen Konkurrenten bewusst wurde, dass ein liberaler Wahlsieg bei den anstehenden Präsidentschaftswahlen nicht auszuschließen war, führte zu einer Zunahme gewalttätiger Praktiken im politischen Raum. Die Wahlerfolge Mitte 1949 nährten wiederum die Hoffnungen in der Liberalen Partei auf einen erfolgreichen Urnengang im November. Und die Erwartung eines anstehenden Wahlerfolges verringerte ihre Bereitschaft, große Konzessionen an die konservativen Verhandlungspartner in den Bemühungen für eine Ende der politischen Gewalt zu machen – zumal sich die Regierung Ospina Pérez genötigt sah, in der zweiten Jahreshälfte 1949 Zugeständnisse an den nach der Rückkehr von Gómez aus dem spanischen Exil erstarkten Flügel der *laureanistas* zu machen. Mit Luis Ignacio Andrade wurde ein bedingungsloser Anhänger Gómez' zum *ministro de gobierno* ernannt und aus seiner Entourage stammten auch viele neu ernannte Gouverneure.<sup>126</sup>

Die zweite Jahreshälfte 1949 wird zu Recht als Schlüsselmoment der *Violencia* betrachtet.<sup>127</sup> So lösten die *partidos tradicionales* im Mai 1949 erneut – und dieses Mal endgültig – die Koalitionsregierung auf. Die Tatsache, dass die liberale Mehrheit in der Legislative entschied, die für April 1950 vorgesehenen Präsidentschaftswahlen vorzuziehen, um so eine weitere Schwächung der Position der Liberalen Partei durch die von konservativen Parteianhängern und den staatlichen Sicherheitskräften ausgeübte Gewalt zu vermeiden, deuteten konservative Politiker als Verfassungsbruch und De-facto-Staatsstreich der Liberalen Partei. Liberalen wiederum verdeutlichte die Aufstellung von Laureano Gómez als Präsident-

<sup>123</sup> Perea: Sangre, S. 125ff.

<sup>124</sup> „La Violencia Conservadora y la Abstención del Liberalismo“, in: Carlos Lleras Restrepo: De la Dictadura a la República. Testimonios sobre la Política Colombiana. Bogotá 1997 (Original 1955), S. 207-224, hier: S. 222.

<sup>125</sup> Perea: Sangre, S. 127.

<sup>126</sup> Wilde: Quiebra, S. 93f. S. auch Guzmán Campos: Violencia, S. 74f.

<sup>127</sup> Oquist: Violencia, S. 236. Den Entwicklungen 1949 maßen auch Zeitzeugen die Bedeutung einer entscheidenden Wegmarke bei (vgl. Alfonso Molano: Los Años del Tropel. Crónicas de la Violencia. Bogotá 2006, S. 105).

schaftskandidaten die Unnachgiebigkeit, mit welcher der radikalisierte Flügel der Konservativen Partei seine politischen Ziele verfolgte.<sup>128</sup>

Die gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen beiden Parteien machten nicht einmal Halt vor dem Inbegriff friedlicher politischer Aushandlungen, dem Kongress. Im September 1949 schoss der konservative Abgeordnete Carlos del Castillo nach einem Wortgefecht auf die liberalen Volksvertreter Gustavo Jiménez und Jorge Soto del Corral – Jiménez starb noch vor Ort, Soto de Corral erlag später den Folgen seiner Verletzungen.<sup>129</sup> Im selben Monat griffen Polizisten eine Demonstration an, die von hochrangigen liberalen Politikern begleitet wurde. Darío Echandía entkam zwar unverletzt, sein Bruder Vicente wurde jedoch getötet. Und am 22. Oktober ermordeten *chulavitas* und bewaffnete konservative Zivilisten 26 Liberale und verletzten 60 weitere in der *Casa Liberal* in Cali, was die Bemühungen von Ospina Pérez und dem Präsidentschaftskandidaten der Liberalen Partei Darío Echandía um ein *Comité de Paz* zunichtemachte.<sup>130</sup> Die gewalttätigen Vorfälle im Spätjahr 1949 bewogen viele Anhänger der Liberalen Partei sich auf umfassendere Formen der gewaltsamen Auseinandersetzungen vorzubereiten und den bewaffneten Widerstand zu organisieren.<sup>131</sup>

Im Namen der Liberalen Partei erklärte Lleras Restrepo am 28. Oktober 1949, dass sie die Kandidatur von Echandía zurückzog und sie nicht zu den Wahlen antreten würde. Er klagte die Gewalt als Instrument der *laureanistas* an, den Minderheitenstatus der Konservativen Partei zu kompensieren und den Wahlsieg im November 1949 zu sichern – einen absehbaren Wahlsieg qua Gewalt, den die Liberale Partei nicht durch die Aufstellung eines eigenen Kandidaten legitimieren wollte.<sup>132</sup> Die Liberale Partei würde, wie Lleras Restrepo erklärte, die aus den Wahlen hervorgehende Regierung nicht anerkennen und sprach ihr bereits vor dem Wahlgang jegliche Legitimität ab.<sup>133</sup> Diese Haltung wertete die Regie-

<sup>128</sup> Pécaut: Orden y Violencia, S. 550.

<sup>129</sup> El Tiempo, 15.4.1992, „Clave 1949 Disparos en la Cámara: Muerto el Representante Jiménez“.

<sup>130</sup> Vgl. Guzmán Campos: Violencia, S. 354, 361. Die Massaker an liberalen Zivilisten in Betania und Ceylan (Valle del Cauca), die im November 1949 von konservativen Parteimilizen zusammen mit Polizisten verübt wurden, waren weitere exponierte Beispiele für die von Konservativen ausgehende Gewalt gegen liberale Parteimitglieder.

<sup>131</sup> Medina: Resistencia Campesina, S. 253.

<sup>132</sup> Pizarro Leongómez: Profesionalización Militar II.

<sup>133</sup> „La Violencia Conservadora y la Abstención del Liberalismo“, in: Lleras Restrepo: Dictadura, S. 207-224. Weiterhin erklärte Lleras Restrepo die Beziehungen zwischen den Mitgliedern der Traditionsparteien, im politisch-öffentlichen wie auch im privaten Bereich, als abgebrochen (Wilde: Quiebra, S. 96). Nach der Wahl erklärten liberale Politiker: „Die Wahl war illegitim und ihre Ergebnisse ungewöhnlich (*insólitos*). Das erklären wir seit dem 28.10.1949,

rungspartei als einen weiteren Beweis für das von ihr gezeichnete Bild der Liberalen Partei. Aus der Warte konservativer Politiker achtete die Liberale Partei Recht und Gesetz nur in dem Maße, wie es ihren politischen Machtspielen zuträglich war.<sup>134</sup> Als die liberale Fraktion im Kongress ein Amtsenthebungsverfahren gegen den Präsidenten Ospina Pérez anstrengte, erklärte dieser die öffentliche Ordnung für gestört und verhängte den landesweiten Ausnahmezustand, schloss den Kongress, die *Asambleas Departamentales* sowie die Gemeinderäte und verhängte die Pressezensur.<sup>135</sup>

Ungeachtet der Störung des *orden público* fand die Wahl, aus der Laureano Gómez als Präsident für die Legislaturperiode 1950-1954 hervorging, am 27. November 1949 ohne liberalen Gegenkandidaten statt.<sup>136</sup> Die für den Wahltag geplante Erhebung mit der Liberalen Partei sympathisierender hoher Offiziere in Villavicencio, die letzten Endes fehlschlug, sowie der für den 25.11.1949 anvisierte Generalstreik waren die letzten Versuche, die Wahl Gómez zu verhindern.<sup>137</sup> Von den liberalen Aufständen im April 1948 abgesehen, begleiteten erstmals größere gewaltsame und in Maßen konzertierte Aktionen gegen die konservative Regierung die Wahl Gómez'.<sup>138</sup> So stürmte Rafael Rangel, der einer der Protagonisten des liberalen Aufstandes im Zuge der Ermordung Gaitáns in Barrancabermeja gewesen war, am Tag der Wahlen mit annähernd 700 Kombattanten die Stadt San Vicente de Chucurí (Santander). Ziel der bewaffneten Aktion war es, die Wahl, aus der Gómez zwangsläufig als Sieger herausgehen würde, zu sabotieren sowie

und diese Meinung, die historisch ist, kann nicht mehr von uns geändert werden, so wie wir nicht die Ereignisse ändern können, die sie hervorgerufen haben. Gestern, heute und morgen, ist es wahr gewesen, ist es wahr und wird es wahr sein, dass die politische Macht (*autoridad*), die von Laureano Gómez über das Land ausgeübt wird, nicht auf einem juristischen Fundament, sondern auf einem Gewaltakt (*imposición de fuerza*) beruht.“ (zit. in: Ulises Casas: De la Guerrilla Liberal a la Guerrilla Comunista. Bogotá 1987, S. 107).

<sup>134</sup> Gutiérrez: Rebeldia, S. 80. Auf die Selbstwahrnehmung der Traditionsparteien und die Sichtweise, die der politische Widersacher auf sie einnahm, gehe ich in Teil II der Arbeit detailliert ein.

<sup>135</sup> Pécaut: Orden y Violencia, S. 548ff., 590f.

<sup>136</sup> Die Wahlgewalt der Liberalen war nahezu total. In Bogotá wurden nur 27 Stimmzettel für die Liberale Partei abgegeben, während in den Parlamentswahlen wenige Monate zuvor noch 63.000 Stimmen für die Wahlliste der Liberalen Partei gezählt worden waren (Richard Gott: Guerrilla Movements in Latin America. London 1970, S. 174).

<sup>137</sup> Varela Mora; Romero Picón: Amaneceres, S. 188; Pécaut: Orden y Violencia, S. 632; Palacios: Legitimidad, S. 204.

<sup>138</sup> Gilhodés, Pierre: La violencia en Colombia; bandolerismo y guerra social. In: Jesús Antonio Bejarano (Hrsg.): Once ensayos sobre La Violencia. Bogotá 1985, S. 189-207, hier: S. 194.

Rache für die kurz zuvor von Polizeikräften verübten Massaker zu üben – mehr als 200 Personen starben bei dem von Rangel angeführten Angriff.<sup>139</sup>

## 2.2 Die Eskalation der Gewalt unter der Regierung Laureano Gómez

Die Präsidentschaftswahl im November 1949 markiert den Beginn der zweiten Phase des Untersuchungszeitraums, obgleich Gómez sein neues Amt erst im August 1950 antrat. Nachdem sich die Liberale Partei der politischen Abstimmung enthalten und ihr die Rechtsgültigkeit abgesprochen hatte, stellte seine Wahl den Beginn des generalisierten Widerstands mit höherem Organisierungsgrad liberaler, aber auch kommunistischer Gruppierungen dar. Hatte die Konservative Partei sich 1946 noch mit Mariano Ospina Pérez auf einen Repräsentanten des gemäßigten Flügels einigen können, wurde mit Laureano Gómez ein Vertreter des rechten Flügels zum Präsidenten des südamerikanischen Landes bestimmt.<sup>140</sup>

Gómez zeichnete sich durch ein stark autoritär geprägtes Politikverständnis aus, das sich in dem von ihm verteidigten, in den 1930er Jahren geschaffenen Konzept der *hispanidad* kondensierte.<sup>141</sup> Neben einer Überhöhung und der politischen Instrumentalisierung des Katholizismus ließen sich in ihm Elemente europäischer Diktaturen wie dem spanischen *franquismo*, dem portugiesischen *salazarismo* sowie Vorstellungen eines korporatistischen Gesellschaftsmodells finden.<sup>142</sup> Um sein politisches Projekt zu realisieren, verkündete Gómez 1950 bei seinem Amtsantritt die *Revolución del Orden*, die darauf zielte, die politischen Reformen

---

<sup>139</sup> Alejo Vargas Velásquez: Tres Momentos de la Violencia Política en San Vicente de Chucurí (De los bolcheviques del año 29 a la fundación del ELN). In: Análisis Político No. 8 (Septiembre/Diciembre 1989), o. S. Unter: <http://www.iepri.org/portales/anpol/08.pdf> (Zugriff: 15.6.2012); Ramsey: Modern Violence, S. 223f.

<sup>140</sup> Gilhodés: Violencia, S. 193f.

<sup>141</sup> Zeitzeugeninterview Dr. Otto Morales Benítez, 14.8.2009.

<sup>142</sup> Pécaut: Orden y Violencia, S. 493. S. auch Puentes: Historia, S. 641. Die unterschiedlichen politischen Programme der einzelnen Flügel in der Konservativen Partei führten mitunter zu Konflikten. Die moderate politische Agenda von Ospina Pérez brachte ihm des Öfteren die Vorwürfe von Anhängern Gómez' ein, ein Berufspolitiker zu sein und die zentralen Anliegen der Konservativen Partei nicht ausreichend zu verteidigen (Henderson: Modernization, S. 359. S. auch Jorge P. Osterling: Democracy in Colombia. Clientelist Politics and Guerrilla Warfare. New Brunswick/Oxford 1989, S. 92). In einem anonymisierten Schreiben, das mit „der betrogene Konservatismus Kolumbiens“ unterzeichnet wurde, warfen die Autoren Ospina Pérez bereits 1947 vor, die Verfolgung der Mitglieder der Konservativen Partei zu dulden („Carta al Excelentísimo Señor Presidente de la República“ [AGN/PR/DSM/80/14/9-10]). Nach der Wahl von Gómez zum nächsten Präsidenten wies Arturo Salazar Herrero, Mitarbeiter des *ministerio de higiene* in Valle del Cauca, gegenüber dem noch amtierenden Präsidenten Ospina Pérez auf die Gefahr einer Spaltung der Konservativen Partei hin. Wie er herausstrich, führten die Differenzen zwischen *ospinistas* und *laureanistas* mitunter zu blutigen Zusammenstößen zwischen diesen („Carta al Excelentísimo Señor Doctor Mariano Ospina Pérez“ [AGN/PR/DSM/82/9/1-2]).

der liberalen Regierungen, insbesondere der *Revolución en Marcha* unter López Pumarejo, rückgängig zu machen.<sup>143</sup> Neben der Begrenzung der politischen Partizipation, die unter den liberalen Vorgängerregierungen ausgeweitet worden war, zielte seine Regierung darauf, Säkularisierungsprozesse umzukehren und den Einfluss der Katholischen Kirche in gesellschaftlichen sowie politischen Belangen zu stärken. Weiterhin war vorgesehen, dem Klerus weitreichende Autonomien einzuräumen und ihn durch das Verbot der Missionierung für andere Glaubensgemeinschaften zu stärken.<sup>144</sup> Die *laureanistas* zielten mit der *Revolución del Orden* darauf, die Basis der Konservativen Partei in ländlichen Regionen zu festigen, wobei deren Mobilisierung von steigenden Gewaltakten begleitet wurde.<sup>145</sup>

Die von den *laureanistas* angestrebte Verfassungsreform, die sich an dem politischen Wirken des spanischen Militärdiktators Primo de Rivera orientierte, sollte den Grundstein für eine nach ihren Vorstellungen verfasste Gesellschaft legen.<sup>146</sup> Das Verfassungsprojekt Gómez' zielte auf die Zentralisierung der politischen Exekutive, welche nach seinen Vorstellungen die *élite moral* des Landes darstellen sollte.<sup>147</sup> In einem ersten Schritt wurden regionale und lokale Autonomierechte eingeschränkt sowie die Kompetenzbereiche der Legislative beschnitten. Der Legislative sollte nach den Vorstellungen der *laureanistas* das Recht entzogen werden, die staatlichen Sicherheitskräfte betreffende Gesetze zu verabschieden. Gómez plante, die Regierungszeit des Präsidenten von vier auf sechs Jahre zu verlängern, und der Präsident sollte im Gegensatz zu der bisherigen Möglichkeit nicht mehr parlamentarischen Untersuchungen unterworfen sein. Einhergehend mit diesen Bestimmungen waren Einschränkungen der Meinungsfreiheit verbunden, die de facto einem Verbot der Kritik an der Regierung gleichkamen. Basierend auf Ideen des Katholizismus des 19. Jahrhunderts wurde, in Ablehnung liberaler Theorien, die Familie und nicht das Individuum als zentrale Kerneinheit der Gesellschaft gesehen.<sup>148</sup> Um diesen Vorstellungen in der politischen Praxis Geltung zu ver-

---

<sup>143</sup> Henderson: Modernization, S. 354.

<sup>144</sup> Ebenda, S. 356.

<sup>145</sup> Palacios: Legitimidad, S. 206f.

<sup>146</sup> Ramsey: Modern Violence, S. 280. Auch wenn die von Gómez geplante Reform der kolumbianischen Verfassung immer nur ein Projekt blieb und nicht in die politische Realität überführt wurde, verdeutlichte es doch das politische Imaginarium, in dem sich die Anhänger des konservativen Präsidenten bewegten (Palacios: Legitimidad, S. 208).

<sup>147</sup> Henderson verweist darauf, dass die Texte, welche die *laureanistas* als Verfassungsvorschläge vorlegten, einen stark moralisierenden Unterton aufwiesen (Modernization, S. 354).

<sup>148</sup> Antonio M. Cardozo, Kommentator in *El Derecho*, verdeutlichte diese Sichtweise auf die Gesellschaft. Er betonte, dass jedwede Gesellschaft auf der christlich gebildeten Familie beruhe und der Staat nicht das Recht habe, in die Familienorganisation einzugreifen (vgl. El Derecho, 25.8.1951, „Recordemos los Principios“).

schaffen, sollten verheiratete Männer ein doppeltes Stimmrecht haben.<sup>149</sup> Das von Gómez und seinen Anhängern idealisierte korporatistische Gesellschaftsmodell, das seinen Ausdruck in der von ihm angestrebten Verfassung fand, wurde allerdings nicht unisono von allen Fraktionen der Konservativen Partei unterstützt. Die *ospinistas* begegneten dem Verfassungsprojekt, wie die Führungsriege der Liberalen Partei, mit ernsthaften Bedenken.<sup>150</sup>

Die unbegrenzte Verlängerung des Ausnahmezustandes, unter dem Gómez gewählt worden war und unter dem er sein Amt als Staatsoberhaupt für den Zeitraum 1950 bis 1954 antrat, kam einer diktatorischen Regierung gleich.<sup>151</sup> Atehortúa und Vélez beschreiben die Maßnahmen der Regierung Gómez zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung als Mischung aus staatsterroristischen Praktiken und einer Politik der verbrannten Erde.<sup>152</sup> Gegen die von weiten Teilen der Bevölkerung als diktatorisch wahrgenommene Regierung Gómez bildeten sich in den meisten zentralkolumbianischen *departamentos* liberale und kommunistische bewaffnete Verteidigungsgruppen, die sich gegen die gewalttätige Repression durch *chulavitas* und bewaffnete konservative Freiwilligenverbände zur Wehr setzten.<sup>153</sup>

Während die Kommunistische Partei im Rahmen ihrer Möglichkeiten versuchte, die in ihrem Namen kämpfenden politisch zu bilden sowie ihnen logistische und organisatorische Hilfe zukommen zu lassen, bildeten sich die liberalen

<sup>149</sup> Henderson: Modernization, S. 352ff.; Palacios: Legitimidad, S. 207ff.

<sup>150</sup> Ebenda, S. 209; Bushnell: Making, S. 214. Die Herausbildung von Flügeln innerhalb der Konservativen Partei, die sich in einigen zentralen politischen (Grundsatz-)Fragen nicht auf ein gemeinsames Vorgehen einigen konnten, war für den weiteren Verlauf der *Violencia* von entscheidender Bedeutung (Ramsey: Modern Violence, S. 281).

<sup>151</sup> Palacios: Legitimidad, S. 205f. Gesundheitliche Probleme zwangen Gómez 1951 dazu, sein Präsidentenamt ruhen zu lassen. Durch eine Gesetzesänderung wurde sichergestellt, dass nicht der vom Kongress vor seiner Schließung bestimmte liberale Ex-Präsident Santos als *designado* interimweise die Präsidentschaft ausübte, sondern der konservative Minister Roberto Urdaneta Arbeláez – eine Maßnahme, die liberale Politiker als weiteres Indiz nahmen, die konservative Regierung als De-facto-Diktatur zu qualifizieren. Um ausreichende Möglichkeiten zu behalten, aus dem Hintergrund die politischen Geschicke des Landes zu bestimmen, ernannte Gómez vor seinem temporären Rückzug aus dem Präsidentenamt Politiker des rechten Flügels der Konservativen Partei wie Andrade oder Leyva für zentrale politische Positionen (vgl. Henderson: Modernization, S. 351ff.; Palacios: Legitimidad, S. 208).

<sup>152</sup> Atehortúa; Vélez: Estado, S. 189.

<sup>153</sup> Für eine herausragende Studie des bewaffneten Widerstands in Antioquia vgl. Roldán: *Violencia*. Für Tolima: Londoño Botero; Varela; Medina: Resistencia Campesina, Sánchez; Meertens: Bandits. Für Valle: Darío Betancourt; Martha L. García: Matones y Cuadrilleros. Origen y evolución de la violencia en el occidente colombiano 1946-1965. Bogotá 1990. Einen guten Überblick über die bewaffneten Auseinandersetzungen während der *Violencia* bieten: Oquist: *Violencia*; Ortiz Sarmiento: *Estado*.

Gewaltkollektive ohne direkte Anweisungen durch die Parteispitze um weit gefächerte Familiennetze. In einigen Fällen gewährten lokale Vertreter der Liberalen Partei, zeitgenössisch als *jefes naturales*, *caciques* oder *gamonales* bezeichnet, den bewaffneten dezidiert liberalen Widerstandsgruppen materielle und logistische Hilfe – auch, um ihre wirtschaftlichen Interessen geschützt zu wissen.<sup>154</sup>

Der zahlenmäßig bedeutendste bewaffnete Widerstand im Namen der Liberalen Partei bildete sich in den *llanos orientales* um Eliseo Velásquez heraus, der den liberalen Aufstand am 9.4.1948 in Puerto López angeführt hatte. Der Widerstand in den *llanos* wurde, zumindest in der Anfangsphase, von liberalen *ganaderos* und *dirigentes políticos* unterstützt.<sup>155</sup> Einige Vertreter der liberalen Parteiführung, wie etwa Lleras Restrepo, nutzten die Präsenz von bis zu 20.000 in der *guerrilla llanera* unter Waffen Stehenden, um ihre Position nach Möglichkeit gegenüber der Regierung Gómez zu stärken.<sup>156</sup> Die Verbindungen zwischen der *guerrilla* auf der einen Seite und den liberalen *haciendados* und *ganaderos* sowie den Repräsentanten der Liberalen Partei auf der anderen schwächen sich allerdings mit der Zeit ab.

Parallel zu der schwindenden und ohnehin schon vergleichsweise geringen Unterstützung der Widerstandsgruppen durch exponierte Vertreter der Liberalen Partei unternahmen die *bottom up* organisierten Widerstandsgruppen Versuche, ihre Kräfte zu bündeln, das heißt sich regionenübergreifend zu koordinieren. Das im August 1952 in der kommunistischen Hochburg Viotá abgehaltene Zusammentreffen kommunistischer und liberaler Guerillakräfte aus weiten Teilen Kolumbiens, das als *Conferencia de Boyacá* bekannt wurde, zielt auf die Einrichtung einer gemeinsamen Führung und auf das konzertierte Vorgehen der verschiedenen Widerstandsgruppen.<sup>157</sup>

---

<sup>154</sup> Betancourt Echeverry, Darío: Las Cuadrillas Bandoleras del Norte del Valle en la Violencia de los Años Cincuenta. In: Historia Crítica 4 (1990), S. 57-68, hier: S. 60ff.

<sup>155</sup> Gonzalo Sánchez: La violencia y sus efectos en el sistema político colombiano. In: Jesús Antonio Bejarano (Hrsg.): Once ensayos sobre La Violencia. Bogotá 1985, S. 209-257, hier: S. 229.

<sup>156</sup> Ortiz Sarmiento: Estado, S. 266; Gonzalo Sánchez: Ensayos de historia social y política del siglo XX. Bogotá 1984, S. 232.

<sup>157</sup> Pizarro Leongómez streicht allerdings heraus, dass die realpolitischen Konsequenzen der *Conferencia de Boyacá* auf die Kombattantengruppen als gering zu bewerten sind (Orígenes. Vgl. auch: Fajardo: Violencia, S. 279). Juan de Cruz Varela wiederum berichtet sogar von den Vorhaben, die Guerillakräfte aus den *llanos*, Süd- und Osttolima sowie Antioquia zu koordinieren, auch um die Versorgungslage für die Widerstandsgruppen durch einen Zugang zum Meer zu verbessern (Varela Mora; Romero Picón: Amaneceres, S. 217). Angesichts der geographischen Distanz zwischen den genannten Gewaltkollektiven war dieses Unterfangen durchaus ambitioniert.

In der politischen Agenda der *guerrillas* fanden Forderungen stärkere Beachtung, die auf die Verbesserung der sozioökonomischen Position weiter Teile der Bevölkerung zielten – und weniger die Liberale Partei als historische Gemeinschaft, wie von ihren bedeutendsten Repräsentanten proklamiert, und als politischen Selbstzweck betrachteten. Auf der *Conferencia de Boyacá* wurde ein politisches Programm verabschiedet, das die steigenden sozialen Forderungen der *guerrillas* widerspiegelte und Widerhall in autonom formulierten Gesetzen fand, für die Geltung in den von den *guerrillas* kontrollierten Regionen beansprucht wurde.<sup>158</sup> Die Forderung nach einer Agrarreform, im Rahmen derer das Land an diejenigen, die es bearbeiteten, verteilt würde, verwies auf das zunehmende Klassenbewusstsein, das auch die im Namen der Liberalen Partei kämpfenden herausbildeten.<sup>159</sup>

Die steigenden Forderungen der *guerrilla llanera* nach finanzieller Unterstützung an *ganaderos* und *hacendados* sowie sozialer Umverteilung stießen auf die Ablehnung von Repräsentanten der Liberalen Partei, die ihre wirtschaftlichen Interessen in zunehmenden Maße durch die Kombattanten beeinträchtigt sahen.<sup>160</sup> In der Erklärung von Sogamoso distanzierten sich lokale Vertreter der Liberalen Partei in den *llanos* 1952 von dem bewaffneten Widerstand, den sie qua Kriminalisierung als *bandoleros* delegitimierten, um ihre ökonomischen Interessen zu wahren.<sup>161</sup> Und auch die Parteiführung wendete sich von den im Namen der Liberalen Partei kämpfenden ab, deren zunehmende militärische Schlagkraft ihnen verstärkt Offensivaktionen erlaubte. Lleras Restrepo wollte den bewaffneten Widerstand zwar nicht verurteilen, versuchte aber auch nicht, ihn zu rechtfertigen. Und Eduardo Santos glaubte, dass sich der Weg, die Ziele der Liberalen Partei zu erreichen, in den Worten Glaube und Würde (*fe y dignidad*) zusammenfassen lasse – der bewaffnete Kampf also nicht der zu wählende Weg sei.<sup>162</sup> Der ehemalige Präsident sah in den liberalen bewaffneten Widerstandsgruppen ein Hindernis für die Rückkehr zu einem friedlichen Zusammenleben in Kolumbien.<sup>163</sup>

Die Autonomisierung der liberalen Widerstandsgruppen von der Parteiführung wurde dadurch begünstigt, dass hochrangige liberale Politiker in das ausländische

<sup>158</sup> Palacios: Legitimidad, S. 227f.

<sup>159</sup> Die wachsende Bedeutung klassenbasierter Positionen bei der *guerrilla llanera* wird in der sogenannten, im Juni 1953 beschlossenen *Segunda Ley del Llano* deutlich (vgl. Guzmán Campos; Fals Borda; Umaña Luna: *Violencia*, S. 79-151. Vgl. auch Guzmán Campos: *Violencia*, 142-155).

<sup>160</sup> Pécaut: *Orden y Violencia*, S. 629.

<sup>161</sup> Sánchez; Meertens: *Bandits*, S. 19; Meertens: *Ensayos*, S. 140f.

<sup>162</sup> Vgl. Sánchez: *Ensayos*, S. 235ff.

<sup>163</sup> Pécaut: *Orden y Violencia*, S. 632.

Exil gingen, als die bewaffneten Auseinandersetzungen zwischen Liberalen, Konservativen und Kommunisten ihren Höhepunkt erreichten. Der Beisetzung von Polizeibeamten, die im September 1952 in Tolima getötet worden waren, folgten in Bogotá Demonstrationen gegen die Liberale Partei, die beschuldigt wurde, den bewaffneten Kampf gegen die konservative Regierung sowie die staatlichen Sicherheitskräfte zu fördern. Neben den Gebäuden, in denen die Tageszeitungen *El Tiempo* und *El Espectador* untergebracht waren, griffen die gegen das Attentat protestierenden konservativen Parteigänger die privaten Wohnhäuser von López Pumarejo und Lleras Restrepo an, die daraufhin ins Exil gingen.<sup>164</sup>

Angesichts der in den frühen 1950er Jahren eskalierenden Gewalt kam es zu Annäherungen zwischen den moderaten Flügeln der *partidos tradicionales*, um einen Ausweg aus dem blutigen Parteienstreit zu finden.<sup>165</sup> Mitte 1951 reiste José Gnecco Mozo zu Gesprächen mit den liberalen Widerstandsgruppen in die *llanos*. Die konservative Regierung erkannte den offiziellen und verbindlichen Charakter der Gespräche allerdings nicht an und setzte Gnecco Mozo fest.<sup>166</sup> Auch vonseiten der Liberalen Partei gab es Versuche, der um sich greifenden Gewalt durch Verhandlungen ein Ende zu setzen. Bevor er ins ausländische Exil ging, begab sich López Pumarejo, kurz nachdem die Bemühungen von Gnecco Mozo gescheitert waren, zu der größten liberalen Widerstandsgruppe, um die Möglichkeiten einer Befriedung auszuloten.<sup>167</sup> Angesichts der Differenzen zwischen den Flügeln der Regierungspartei sowie der nur bedingt ausgeprägten Bereitschaft der liberalen *guerrillas*, der konservativen Regierung einen Vertrauensvorschuss einzuräumen, scheiterten die Bemühungen, auf dem Verhandlungsweg eine Lösung für den bewaffneten Konflikt zu finden.<sup>168</sup>

Auch wenn die Versuche von liberalen und konservativen Politikern scheiterten, durch Verhandlungen den bewaffneten Auseinandersetzungen zwischen den verschiedenen Gewaltkollektiven ein Ende zu setzen, kommunizierten die im Lande verbliebenen Vertreter der Liberalen Partei mit dem gemäßigten Flügel der

<sup>164</sup> Palacios: Legitimidad, S. 226f.; Echeverri Uruburu: Elites, S. 55. S. auch Henderson: History, S. 151.

<sup>165</sup> Hernando Calvo Ospina: Colombia, Laboratorio de Embrujo. Democracia y Terrorismo de Estado. Madrid 2008, S. 68f.

<sup>166</sup> Sánchez: Ensayos, S. 238. Ramsey erklärt die kompromisslose Haltung der Regierung Gómez damit, dass sie sich angesichts der geplanten Verfassungsreform zu keinerlei Zugeständnissen gegenüber den widerständischen liberalen Parteianhängern imstande sah (Modern Violence, S. 258).

<sup>167</sup> Echeverri Uruburu: Elites, S. 105f.

<sup>168</sup> Gutiérrez: Rebeldía, S. 97ff.; Palacios: Legitimidad, S. 226f. Der Interimspräsident Urquiza kriminalisierte die Anführer des liberalen Widerstandes und warf ihnen vor, persönliche – und nicht altruistisch-politische – Ziele zu verfolgen (vgl. Guzmán Campos: Violencia, S. 84).

Regierungspartei, insbesondere den *ospinistas*. Beide Fraktionen im politischen Feld teilten die Bedenken hinsichtlich der angestrebten Neustrukturierung von Staat und Gesellschaft unter korporatistischen Vorzeichen im Rahmen des Verfassungsprojektes der Regierung Gómez.<sup>169</sup> Die Furcht der *partidos tradicionales*, die Kontrolle über die in ihrem Namen kämpfenden Gewaltkollektive zu verlieren, war ein weiterer, nicht zu vernachlässigender Aspekt, der die Kontakte zwischen ihren moderaten Flügeln begünstigte.<sup>170</sup> Die *chulavitas* und ihre paramilitärischen Unterstützergruppen agierten zunehmend autonomer und waren für Gewaltexzesse vor allem unter der Zivilbevölkerung verantwortlich, die auch unter den Streitkräften für verstärkten Unmut sorgten. Und der Liberalen Partei hatten die Beschlüsse der *Conferencia de Boyacá* verdeutlicht, dass die liberalen Widerstandsgruppen nicht gewillt waren, bedingungslos für eine Partei zu kämpfen, welche die Belange und Sorgen von Parteimitgliedern aus einfachen Verhältnissen in ländlichen Regionen abseits der Hauptstadt nicht ausreichend berücksichtigte.<sup>171</sup> Gleichzeitig hatten die bewaffneten Widerstandsgruppen in den *llanos orientales* an militärischer Schlagkraft gewonnen, sodass sie in zunehmendem Maße gegen die staatlichen Sicherheitskräfte in die Offensive gehen konnten.<sup>172</sup>

### 2.3 Die Militärregierung nach dem *golpe de opinión* von Gustavo Rojas Pinilla (1953–1957)

Ungeachtet der Annäherungen zwischen den moderaten Flügeln der Konservativen Partei und der unter dem *Estado de Sitio* von der politischen Teilhabe ausgeschlossenen Liberalen Partei machten die bereits seit mehreren Jahren andauernden blutigen Auseinandersetzungen zwischen den Anhängern der beiden Traditionsparteien ein direktes, bilaterales Abkommen zwischen ihnen unmöglich. Angesichts der teilweise massiven Gewalterfahrungen war die Rückkehr zu einer

<sup>169</sup> Karl: State Formation, S. 40; Jorge Iván Marín Tobardo: Historia y Violencia en la Colombia Contemporánea. In: Cecilia Castro Lee (Hrsg.): En Torno a la Violencia en Colombia. Una Propuesta Interdisciplinaria. Cali 2005, S. 33–64, hier: S. 45. Die Spannungen zwischen *lauranistas* und Anhängern von Ospina Pérez steigerten sich zusätzlich, als dieser seine Absicht bekundete, sich erneut als Präsidentschaftskandidat zu präsentieren, Gómez aber sein Veto gegen dieses Vorhaben einlegte (Palacios: Legitimidad, S. 209).

<sup>170</sup> Liberale Politiker näherten sich allerdings nicht nur dem moderaten Flügel der *ospinistas* an, sondern auch den parteiinternen Widersachern von Laureano Gómez wie Gilberto Alzate Avendaño (Echeverri Uruburu: Elites, S. 106).

<sup>171</sup> González Arias; Marulanda Alvarez: Historias, S. 60ff. S. auch Karl: State Formation, S. 40ff.

<sup>172</sup> Neben der Tötung von 96 Soldaten in einem Hinterhalt der *guerrilla llanera* im Juli 1952 (Palacios: Legitimidad, S. 226) verdeutlichte der Angriff auf die Luftwaffenbasis Palanquero in der Nähe von Bogotá im Frühjahr 1953 die gestiegene militärische Offensivkraft der liberalen Widerstandsgruppen (Henderson: Modernization, S. 358).

gemeinsamen Betätigung der politischen Gemeinschaften insbesondere nachgeordneten Parteimitglieder in ruralen Regionen des Landes fernab der Hauptstadt nicht zu vermitteln.<sup>173</sup> Ähnlich wie in anderen Bürgerkriegssituationen, in denen die Kontrahenten über ein annäherndes Machtgleichgewicht verfügen, sahen die politischen Fraktionen, die der Regierung Gómez ein Ende setzen wollten, auch hier in den Streitkräften den dritten politischen Akteur, der übergangsweise eine parteiübergreifende Mittlerposition einnehmen konnte.<sup>174</sup> Ihr Hauptaugenmerk legten sie auf den Oberbefehlshaber der Streitkräfte Gustavo Rojas Pinilla, der seit dem Regierungswechsel 1946 an Prestige im politischen Establishment gewonnen, unter der Regierung Ospina Pérez zeitweise einen Ministerposten eingenommen und Kolumbien mehrfach im Ausland repräsentiert hatte.<sup>175</sup>

Auslöser für die Absetzung von Gómez war dessen Versuch, sich des als Konkurrenten um die politische Macht wahrgenommenen Rojas Pinilla zu entledigen.<sup>176</sup> Mit der Begründung, Mitglieder der Streitkräfte hätten den Industriellen Felipe Echavarría festgenommen und gefoltert, um ihm ein Geständnis über einen Attentatsversuch auf den Oberbefehlshaber der Streitkräfte zu entlocken, befahl Gómez seinem Vertreter im Präsidentenamt, Rojas Pinilla zu entlassen und durch den *laureanista* Rémulo Gaitán zu ersetzen.<sup>177</sup> Obgleich Urdaneta Arbeláez und der Verteidigungsminister Lucio Pabón Núñez enge Kontakte zu Gómez pflegten, weigerten sich beide, den Befehl auszuführen.<sup>178</sup> Angesichts der Weigerung seiner Untergebenen, den Anweisungen Folge zu leisten, übernahm Gómez wieder das Präsidentenamt und besetzte sein Kabinett um. Er hatte sich allerdings innerhalb des Führungsziels der Konservativen Partei ins Abseits manövriert und auch vonseiten der Streitkräfte regte sich wegen der bevorstehenden Absetzung

<sup>173</sup> Meertens: *Ensayos*, S. 141.

<sup>174</sup> Leonard Wantchekon: The Paradox of „Warlord“ Democracy: A Theoretical Investigation. In: *The American Political Science Review* 98:1 (February 2004), S. 17-33, hier: S. 19; Gonzalo Sánchez; Donny Meertens: Political Banditry and the Colombian Violencia. In: Richard W. Slatta (Hrsg.): *Bandidos. The Varieties of Latin American Banditry (Contributions in Criminology and Penology 14)*. New York 1987, S. 151-170, hier: S. 154.

<sup>175</sup> Henderson: *Modernization*, S. 360.

<sup>176</sup> Laureano Gómez war sich des gewonnenen politischen Einflusses des Generals bewusst und sah ihn zunehmend als Gefahr für seine Präsidentschaft, die aufgrund seines Gesundheitszustandes übergangsweise Urdaneta Arbeláez übernommen hatte (Pardo Rueda: *Historia*, S. 484).

<sup>177</sup> Die Vorwürfe gegen die Streitkräfte schienen nicht gänzlich hältlos zu sein. Der Anwalt von Echavarría klagte in einem Brief an Rojas Pinilla im September 1953 über die Folterung, seines Mandanten. Auch sei er bereits seit mehr als drei Monaten inhaftiert, ohne dass unabhängige Ermittlungen erfolgt seien („Carta al Excelentísimo Señor Presidente de la República“ [AGN/PR/DSM/87/23/439-441]).

<sup>178</sup> Henderson: *Modernization*, S. 360.

des beliebten Generals Widerstand gegen den Präsidenten. In Gesprächen drängte Rojas Pinilla Ospina Pérez und Urdaneta Arbeláez, Gómez im Präsidentenamt abzulösen, was beide wegen rechtlicher Bedenken ablehnten.<sup>179</sup>

Das Offizierscorps argumentierte, dass die Handlungsunfähigkeit der Regierung gegenüber dem an Stärke gewinnenden bewaffneten Widerstand die Streitkräfte zwang, politische Verantwortung zu übernehmen. Valencia Tovar bekundete, dass, „angesichts des wegen des Parteienkonflikts im Land herrschenden Chaos, die politischen Auswege verschlossen, das militärische Eingreifen als die einzige Möglichkeit erschien“, um die politische Pattsituation vor dem Hintergrund der sich intensivierenden Gewaltsituation zu lösen.<sup>180</sup> Dieser Argumentation folgend übernahm Gustavo Rojas Pinilla am 13. Juni 1953 das Präsidentenamt, nachdem es von der *Asamblea Nacional Constituyente* (ANAC), die für das Verfassungsreformprojekt von Gómez eingerichtet worden war, für vakant erklärt worden war und sie als letztes konstituiertes politisches Kollektiv den General für den Rest der Legislaturperiode bis 1954 zum Präsidenten erklärt hatte.<sup>181</sup>

Der Putsch der kolumbianischen Streitkräfte wurde von allen Fraktionen des politischen Feldes Kolumbiens begrüßt – lediglich die Kommunistische Partei und die *laureanistas* missbilligten das Eingreifen der Militärs in das politische Geschehen.<sup>182</sup> Lleras Restrepo hingegen betonte, dass der Putsch von Rojas Pinilla keinesfalls mit anderen Erhebungen der Militärs in Lateinamerika zu vergleichen sei. Und Darío Echandía, der seine Präsidentschaftskandidatur 1949 aufgrund der um sich greifenden politischen Gewalt hatte zurückziehen müssen, rechtfertigte ihn als einen „Meinungsstreich (*golpe de opinión*)“.<sup>183</sup> Die Worte, mit denen Rojas Pinilla das Präsidentenamt antrat, entsprachen denn auch den Bedürfnissen weiter Teile der Bevölkerung: „Kein Blutvergießen mehr, keine Plünderungen mehr im

<sup>179</sup> Die Ausführungen zur Absetzung von Laureano Gómez orientieren sich an: ebenda, S. 360-363. S. auch Pardo Rueda: Historia, S. 483ff.

<sup>180</sup> Álvaro Valencia Tovar: Testimonio de una Época. Años signados por el conflicto en el que han vivido inmersos el Estado y la sociedad colombianos bajo el rótulo de de violencia. Bogotá 1992, S. 198.

<sup>181</sup> Palacios: Legitimidad, S. 210; Osterling: Democracy, S. 93; Ramsey: Modern Violence, S. 289. Während der Amtszeit von Gómez wurden vor dem Hintergrund der weitgehenden Exklusion der Liberalen Partei nahezu alle staatlichen Institutionen hochgradig politisiert. Selbst der oberste Gerichtshof (*Corte Suprema*) wurde nach dem Ausscheiden liberaler Richter zu einem Instrument der Regierungspartei (Pécaut: Orden y Violencia, S. 591). Zwar war die Verfassungsgebende Versammlung ebenfalls ein Mittel zum politischen Zweck, aber immerhin tagte sie und ihr gehörten auch einige wenige Vertreter der Liberalen Partei an (Palacios: Legitimidad, S. 209).

<sup>182</sup> Bushnell: Making, S. 215; Palacios: Legitimidad, S. 210.

<sup>183</sup> Oquist: Violencia, S. 264.

Namen einer politischen Partei... Frieden, Gerechtigkeit und Freiheit für alle Kinder des unsterblichen Kolumbiens!“<sup>184</sup>

Auch aufgrund der Geschicklichkeit des Generals, sich im politischen Feld zu bewegen, akzeptierten die *dirigentes* der Traditionsparteien, dass der General das Amt des Staatspräsidenten auch für die folgende Legislaturperiode von 1954 bis 1958 bekleidete. Obwohl Rojas Pinilla lediglich für das verbleibende Jahr der Regierungszeit von Gómez vorgesehen war, unterstützten die ehemaligen Präsidenten Santos und Ospina Pérez eine weitere Amtszeit von Rojas Pinilla.<sup>185</sup> Ein halbes Jahr nach der Absetzung von Gómez schien es die politische Lage nicht zu erlauben, eine Parteien- oder Koalitionsregierung einzurichten – zu tief waren die Wunden, welche die bewaffneten Auseinandersetzungen der vergangenen Jahre hinterlassen hatten.<sup>186</sup> Zur Legitimierung der Militärregierung „wählte“ die umbesetzte, handverlesene *Asamblea Constituyente* Rojas Pinilla bis 1958 zum Präsidenten.<sup>187</sup>

Um diesem, Rojas Pinilla paraphrasierend, unsterblichen Kolumbien Frieden, Gerechtigkeit und Freiheit zu verschaffen, initiierte die Militärregierung eine Serie von sozialen und infrastrukturellen Aus- bzw. Aufbaumaßnahmen. So gründete sie den *Secretariado de Acción Social y de Protección de los Niños* (SENDAS) und die *Oficina de Rehabilitación y Socorro*, die den Bürgern, die zu Opfern der bewaffneten Auseinandersetzungen geworden waren, Entschädigungsleistungen zukommen lassen sollte.<sup>188</sup> Unterstützt wurden die Maßnahmen dieser Einrichtungen durch ein Kolonisationsprogramm, für das die Regierung den *Instituto de Colonización e Inmigración* (ICI) ins Leben rief. Der Bau des Stahlwerks Paz del Río in Boyacá, das die Hoffnungen auf eine weitreichende Autarkie des Landes nährte, war ein weiteres Beispiel für die Versuche der Regierung Rojas Pinilla, das Land nach den blutigen Auseinandersetzungen der vergangenen Jahre wieder-aufzubauen und zu modernisieren.<sup>189</sup>

<sup>184</sup> Zit. in: Valencia Tovar, Testimonio, S. 199.

<sup>185</sup> Echeverri Uruburu: Elites, S. 118.

<sup>186</sup> Meertens: Ensayos, S. 141.

<sup>187</sup> Bushnell: Making, S. 216; Henderson: Modernization, S. 369. López Pumarejo gehörte zu den wenigen Politikern, welche die Ersetzung der legislativen Körperschaften durch die nicht demokratisch konstituierte Verfassungsgebende Versammlung kritisierten (Echeverri Uruburu: Elites, S. 126, 134f.).

<sup>188</sup> Die Regierung Rojas Pinilla setzte sich durchaus zum Ziel, die sozialen Belange der Opfer der *Violencia* zu berücksichtigen, konnte aber nur mäßige Erfolge erzielen (vgl. Henderson: Modernization, S. 363).

<sup>189</sup> Londoño Botero: Varela, S. 561ff.; Henderson: Modernization, S. 341f.

Die skizzierten Maßnahmen waren allerdings nicht nur das Ergebnis humanitärer Überlegungen des Generals, sondern verfolgten ebenso handfeste politisch-militärische Ziele. In Anlehnung an Erfahrungen der *counterinsurgency* in anderen Weltregionen wie den Philippinen sollten sie die militärische Aufstandsbekämpfung begleiten und die Niederschlagung noch verbliebener Gewaltkollektive sicherstellen, indem diesen die soziale Unterstützung aus der Bevölkerung genommen würde.<sup>190</sup> Grundlegende Strukturreformen, die es den staatlichen Institutionen erlaubt hätten, ihre Einnahmen zu erhöhen und ihre Wiederaufbau- und Modernisierungsprogramme zu finanzieren, ging die Regierung Rojas Pinilla allerdings nicht an.<sup>191</sup> Nur der in den ersten Jahren der Militärregierung gestiegene Weltmarktpreis für das Hauptexportprodukt Kolumbiens – Kaffee – erlaubte es ihr, die kostspieligen Sozial- und Infrastrukturprogramme zu finanzieren.<sup>192</sup>

Wie Sánchez darlegt, war die Regierungszeit von Rojas Pinilla aber keineswegs gleichbedeutend mit einem Ende der bewaffneten Auseinandersetzungen zwischen den verschiedenen Fraktionen des politischen Feldes, sondern sie stellte eine weitere Etappe der *Violencia* dar.<sup>193</sup> Zwar verkündete Rojas Pinilla nach dem Putsch, der ihn in die *Casa de Nariño* führte, eine Generalamnestie, um die bewaffneten liberalen und kommunistischen Gewaltkollektive vom Niederlegen der Waffen zu überzeugen.<sup>194</sup> Viele Kombattanten, die gegen die konservative Regierung gekämpft hatten, machten auch von dem Angebot Gebrauch, was zu einem spürbaren Rückgang der Gewaltintensität führte.<sup>195</sup> Dieser Rückgang war allerdings nur temporär, denn so umfassend die Kapitulationen der bewaffneten Widerstandsgruppen auch waren, gelang es der Militärregierung nicht, das Land dauerhaft zu befrieden.<sup>196</sup> Die extralegalen Tötungen von amnestierten *guerrilleros* durch ihre „alten“ Feinde – sowohl Mitglieder der Konservativen Partei, die unter den Vorgängerregierungen versucht hatten, sich gewaltsam Vorteile im politischen Wettstreit zu verschaffen, als auch Angehörige der staatlichen Sicher-

<sup>190</sup> Ramsey: Modern Violence, S. 291ff.

<sup>191</sup> Bushnell: Making, S. 219.

<sup>192</sup> Osterling: Democracy, S. 94.

<sup>193</sup> Gonzalo Sánchez: La Violencia: de Rojas al Frente Nacional. In: Alvaro Tirado Mejía (Hrsg.): Nueva Historia de Colombia. Tomo II. Bogotá 1989, S. 153–178, hier: S. 166.

<sup>194</sup> Henderson: History, S. 185. Deserteure der Streitkräfte waren allerdings von dem Straferlass ausgenommen (Oquist: Violencia, S. 264ff.).

<sup>195</sup> Gott berichtet, dass innerhalb von nur fünf Tagen 6.500 Kombattanten kapitulierten, um im Gegenzug die Amnestie annehmen zu können (Guerrilla Movements, S. 180. S. auch Palacios: Legitimidad, S. 228).

<sup>196</sup> Gilhodés: Violencia, S. 195; Linda Helfrich-Bernal: Kolumbien. Wahlen und Parteien im Gewaltkonflikt. Frankfurt (Main) 2002, S. 95.

heitskräfte – führten dazu, dass das Amnestieangebot und die freiwillige Entwaffnung an Reiz verloren. Viele ehemalige, demobilisierte Kombattanten begaben sich erneut in den bewaffneten Widerstand.<sup>197</sup>

Die Fortführung von Gewaltpraktiken in den Auseinandersetzungen im politischen Feld lag allerdings nicht allein darin begründet, dass viele ehemalige Gewaltakteure nicht „von heute auf morgen“ die subjektiv wahrgenommenen Feindschaften vergessen konnten. Auch die Streitkräfte, die sich als einzige Armee eines lateinamerikanischen Landes am Koreakrieg beteiligt hatten, zeichneten sich durch eine zunehmend aggressive Haltung gegenüber den verbliebenen kommunistischen Widerstandsgruppen aus.<sup>198</sup> Zwar waren diese in eine weitgehende Passivität getreten, aber sie verweigerten eine vollständige Entwaffnung, da sie den Versprechen der Militärregierung misstrauten. Vor dem Hintergrund des an Schärfe gewinnenden Kalten Krieges in der ersten Hälfte der 1950er Jahre nahm das Offizierscorps die Präsenz kommunistischer Kombattanten, gleich ob sie sich aktiv oder passiv verhielten, als existentielle Bedrohung für die nationale Souveränität wahr.<sup>199</sup>

Weiterhin stand der neue Staatspräsident selber der ehemaligen konservativen Regierungspartei nicht fern, was das Misstrauen der kommunistischen Gruppierungen nährte. Die Spannungen zwischen den verschiedenen Flügeln der Partei hatten Rojas Pinilla in das höchste Amt im Staat befördert. Dass er im Präsidentenamt akzeptiert wurde, lag nicht daran, dass er einem moderaten Flügel der Konservativen Partei angehörte, der die politische Gewalt abgelehnt hätte. Vielmehr machte der Ruf der parteipolitischen Neutralität, den die Streitkräfte Anfang der 1950er Jahre besaßen, als nahezu alle anderen politischen und sozialen Gremien hochgradig (partei-)politisiert waren, ihn als Staatspräsidenten akzeptabel.<sup>200</sup>

---

<sup>197</sup> Oquist: *Violencia*, S. 263ff.

<sup>198</sup> Für die Teilhabe der kolumbianischen Streitkräfte an dem Koreakrieg vgl. Bradley Lynn Coleman: *The Colombian Army in Korea, 1950-1954*. In: *Journal of Military History* 69:4 (Oktober 2004), S. 1137-1177.

<sup>199</sup> Die zeitliche Koinzidenz zwischen den Entwicklungen in Kolumbien und der an Brisanz gewinnenden geopolitischen Lage verdeutlicht der sogenannte Aufstand des 17. Juni 1953. Nur vier Tage nach dem Putsch von Rojas Pinilla schlug die Rote Armee der Sowjetunion den Aufstand unzufriedener Bürger der Deutschen Demokratischen Republik in Berlin nied. Für den Einfluss eines radikalen Antikommunismus à la McCarthy auf das Handeln der Regierung Rojas Pinilla und der kolumbianischen Streitkräfte vgl. Malcolm Deas: *Cambios Violentos: Reflexiones sobre la violencia política en Colombia*. In: Malcolm Deas und Fernando Gaitán Daza (Hrsg.): *Dos ensayos especulativos sobre la violencia en Colombia*. Bogotá 1995, S. 1-86, hier: S. 77f. S. auch Casas: *Guerrilla*, S. 144.

<sup>200</sup> Bushnell: *Making*, S. 216; María Victoria Uribe Alarcón: *Matar, rematar, contramaratar. Las Masacres de la Violencia en el Tolima 1948-1964*. Bogotá 1990, S. 62. Die Wirtschaftszusammenschlüsse, die *gremios*, gehörten zu den wenigen Einrichtungen, in denen Mitglieder der

Die Streitkräfte waren allerdings in von Anhängern der Konservativen Partei ausgehende Gewaltkontakte verwickelt. So zeigten sich die Streitkräfte in einigen Regionen des Landes passiv gegenüber dem Agieren der *chulavitas* oder zogen sich aus Regionen, in denen konservative Gewaltkollektive aktiv waren, zurück und vergrößerten so deren Handlungsspielraum. Und Rojas Pinilla selber war immerhin als Befehlshaber der in Valle del Cauca stationierten Armeebrigade verantwortlich für die Niederschlagung des Aufstands der Anhänger Gaitáns in Cali nach dessen Ermordung. Den Posten als Brigadegeneral hatte er auch noch inne, als *chulavitas* und bewaffnete Mitglieder der Konservativen Partei im Oktober 1949 ein Massaker an Liberalen verübten. Anhänger der Liberalen Partei warfen dem General vor, dieses nicht verhindert und die Mitglieder der Oppositionspartei nicht geschützt zu haben.<sup>201</sup> Außerdem pflegte Rojas Pinilla persönliche Kontakte zu Anführern konservativer Gewaltkollektive wie dem berühmt-berüchtigten León María Lozano (alias El Cónedor).<sup>202</sup>

Die Nähe des Generals zur Konservativen Partei erklärt denn auch, warum er entgegen der allgemeinen Erwartungen keine Regierung aus Mitgliedern der beiden Traditionsparteien einrichtete. Zwar blieb die Spitze des Staatsapparates mit Zivilisten besetzt, obgleich er einige Offiziere aus seinem Umfeld beförderte. Seine Kabinettsmitglieder stammten allerdings aus der Konservativen Partei, während Mitglieder der Liberalen Partei lediglich diplomatische Posten erhielten und keine Regierungsverantwortung übernehmen konnten bzw. durften.<sup>203</sup>

Obgleich Rojas Pinilla zum Zeitpunkt seiner Wiederwahl noch in weiten Teilen des politischen Establishments und der Zivilbevölkerung über große Sympathien verfügte, wuchs die Kritik an der Militärregierung und ihrer Amtsführung. Die Tatsache, dass sich Rojas Pinilla der Konservativen Partei verbunden fühlte, gehörte zu einem der Umstände, welche die Glaubwürdigkeit der Militärregierung beschädigten. Weiterhin attestiert Henderson der Regierung Rojas Pinilla ein Fehlen an ideologischer Kohärenz, die ihrem Ansehen abträglich war.<sup>204</sup> Missfallen

---

Liberalen und der Konservativen Partei gewaltfrei zusammenarbeiteten (Echeverri Uruburu: *Elites*, S. 21ff.; s. auch Perea: *Sangre*, S. 62, 69; Henderson: *Modernization*, S. 363).

<sup>201</sup> Betancourt; García: *Matones*, S. 82f.; Henderson: *Modernization*, S. 360; Pizarro Leongómez: *Profesionalización Militar II*.

<sup>202</sup> Varela Mora; Romero Picón: *Amaneceres*, S. 236; Henderson: *Modernization*, S. 375.

<sup>203</sup> Bushnell: *Making*, S. 216f.; Palacios: *Legitimidad*, S. 211; Echeverri Uruburu: *Elites*, S. 121. Auch Gallón Giraldo verweist darauf, dass die Regierung Rojas Pinilla, zumindest in ihrer Frühphase, ideologisch von der Konservativen Partei gespeist wurde (Gustavo Gallón Giraldo: *La República de las Armas. Relaciones entre Fuerzas Armadas y Estado en Colombia 1960-1980*. Bogotá 1983, S. 21).

<sup>204</sup> Henderson: *Modernization*, S. 365. Die Annahme, dass Rojas Pinilla nicht in der Lage gewesen sei, die Regierungsgeschäfte zu führen, ist allerdings falsch. Als Oberbefehlshaber

rief bei weiten Teilen der politischen Klasse des Landes die Entscheidung hervor, den bereits 1949 verhängten Ausnahmezustand nicht aufzuheben. Die Exekutive sah sich nicht in der Lage, auf die ihr im Rahmen des *Estado de Sitio* eingeräumten Sondervollmachten zu verzichten.<sup>205</sup> Zwar sank die Gewaltintensität nach dem 13. Juni 1953 spürbar und zehntausende von Widerstandskämpfern kapitulierten vor der Militärregierung. Von einer umfassenden Befriedung des Landes konnte aber nicht die Rede sein – und auf dieser beruhte die fragile politische Legitimität des Generals, der nicht in einer demokratischen Entscheidungsfindung zum Staatsoberhaupt bestimmt worden war.<sup>206</sup> Zwar demobilisierte sich die Mehrzahl der liberalen Widerstandsgruppen, aber die unter der Ägide des *Partido Comunista* stehenden Kombattantengruppen misstrauten einerseits den Ankündigungen von Rojas Pinilla und hatten andererseits zu keinem Zeitpunkt derart umfassende Zusagen wie ihre liberalen Pendants erhalten, weshalb sie nicht – oder nur formal – kapitulierten.<sup>207</sup>

Zwar verhielten sich die kommunistischen Gruppierungen passiv und begaben sich nicht in gegen die Regierung gerichtete, militärische Offensivaktionen, aber sie stellten gerade in den Augen der streng antikommunistisch ausgerichteten Streitkräften ein nicht zu unterschätzendes Gewaltpotenzial dar. Die staatliche, militärische Repression der im Namen der Kommunistischen Partei Widerstand leistenden gestaltete sich zunehmend harscher und traf vermehrt auch unbeteiligte Zivilisten, was wiederum die öffentliche Meinung beunruhigte.<sup>208</sup> Die sogenannte *Guerra de Villarrica* im Osten des *departamento Tolima* verdeutlichte, in welchem Maße die Militärregierung bereit war, zivile Opfer im Kampf gegen kommunistische Gruppierungen in Kauf zu nehmen.<sup>209</sup> Neben der Fortexistenz von Gewaltkollektiven bzw. deren Neuformierung angesichts der extralegalen Tötungen von amnestierten *guerrilleros* beschädigten die Begnadigungen von konservativen Gewaltakteuren wie El Cónedor den Ruf von Rojas Pinilla, einer Regie-

---

der kolumbianischen Streitkräfte und dank seiner repräsentativen Aufgaben im Ausland war er daran gewöhnt, mit anderen Generälen und Politikern Verhandlungen zu führen und politische Aufgaben wahrzunehmen (Palacios: Legitimidad, S. 211).

<sup>205</sup> Liberale Politiker missbilligten insbesondere die Fortführung der Pressezensur und die Schließung der Tageszeitungen *El Tiempo* und *El Espectador*. Beide Tageszeitungen erschienen allerdings unter anderem Namen, *Intermedio* und *El Independiente*, erneut (vgl. Varela Mora; Romero Picón: Amaneceres, S. 236; Bushnell: Makings, S. 218).

<sup>206</sup> Palacios: Legitimidad, S. 211.

<sup>207</sup> Bushnell: Makings, S. 222.

<sup>208</sup> Ebenda.

<sup>209</sup> Auf die *Guerra de Villarrica* gehe ich in Kapitel 6.4 des Teils III der vorliegenden Arbeit detailliert ein.

rung vorzustehen, die imstande war, das Land zu befrieden und die verfeindeten Parteimitglieder zu versöhnen. Auch die Benennung von Zu- und Mitarbeitern der Regierung Gómez, die der General selber abgelöst hatte, waren seinem Ansehen nicht zuträglich.<sup>210</sup>

Allerdings rief nicht nur das Versagen von Rojas Pinilla in sicherheitspolitischen Belangen und das Ausbleiben einer umfassenden und vollständigen Befriedung des Landes steigenden Unmut unter den Politikern hervor, die ihm den Weg in die *Casa de Nariño* geebnet hatten.<sup>211</sup> Die kostspieligen Wiederaufbau- und Hilfsmaßnahmen, welche die Befriedungsbemühungen flankieren sollten, finanzierte die Militärregierung durch die auf dem Weltmarktpreise stark gestiegenen Preise für das Hauptexportprodukt Kolumbiens. Allerdings fielen die Kaffee Preise Mitte der 1950er Jahre, ohne dass die Militärregierung ihre Ausgabenpolitik an die gewandelten makroökonomischen Bedingungen anpasste.<sup>212</sup> Aber nicht allein die Wiederaufbaumaßnahmen brachten die staatlichen Finanzen ins Ungleichgewicht: Insbesondere die Etats der Streitkräfte und der dem Verteidigungsministerium unterstellten *Policía Nacional* wuchsen unverhältnismäßig stark an. Ange-sichts der angespannten Haushaltslage erwogen internationale Finanzgeber sogar, Kolumbien die Kreditwürdigkeit abzuerkennen. Ungeachtet dessen beschaffte die Regierung Rojas Pinilla neue Kampfflugzeuge für die Luftwaffe,stattete die Marine mit neuen Geräten aus und trieb die Modernisierung von Kasernen voran. Mit diesen Maßnahmen wollte sich der Staatspräsident die Unterstützung der Institution, der er angehörte, sichern.<sup>213</sup>

Parallel zu der ökonomischen Fehlbilanz alarmierte das Ausmaß an Korruption und Nepotismus die Führungsriegen der Traditionsparteien. Neben der Bestechlichkeit der nachgeordneten Beamtenchaft wog besonders schwer, dass Rojas Pinilla verdächtigt wurde, seine politische Position zu nutzen, um sich und seiner Familie soziale und ökonomische Vorteile zu verschaffen. Die Benennung seiner 21-jährigen Tochter zur Vorsitzenden des SENDAS versinnbildlichte die zunehmend als korrupt wahrgenommenen Praktiken der Militärregierung. Auch

<sup>210</sup> Osterling: Democracy, S. 94; Varela Mora; Romero Picón: Amaneceres, S. 236. Rodríguez Rojas, ein bekennender Anhänger des Generals aus Bogotá, verwies auf die Kontinuität von Beamten der Vorgängerregierung, als er versuchte, ihn in Schutz zu nehmen. Er informierte den Präsidenten im Oktober 1956, dass die nach wie vor im Amt befindlichen *lauréanistas*, die bereits unter der Vorgängerregierung Dienst getan hatten, maßgeblich dazu beitragen würden, das Prestige der Militärregierung zu beschädigen („Carta al Excelentísimo Señor Presidente de la República“ [AGN/PR/DSP/98/64/59-62]).

<sup>211</sup> Bushnell: Making, S. 221.

<sup>212</sup> Henderson: Modernization, S. 376ff.; Echeverri Uruburu: Elites, S. 118, 136f.

<sup>213</sup> Henderson: Modernization, S. 376.

der während seiner Amtszeit stark wachsende Landbesitz von Rojas Pinilla und seinen nächsten Familienangehörigen, vor allem in Osttolima, wurden angeführt, um den Präsidenten der unstatthaften Vorteilnahme zu verdächtigen.<sup>214</sup>

Die Eliten der beiden Traditionsparteien, welche die Machtübernahme von Rojas Pinilla gutgeheißen und unterstützt hatten, hatten eine Militärregierung unter seinem Vorsitz nur als Übergangslösung betrachtet. Bis es die politischen Rahmenbedingungen wieder zulassen würden, in den althergebrachten Strukturen des politischen Feldes eine Regierung der Liberalen oder Konservativen Partei einzurichten, sollten die als parteipolitisch neutral geltenden Streitkräfte die Geschicke des Landes lenken.<sup>215</sup> In der Legislaturperiode von 1954 bis 1958 mehrten sich allerdings die Anzeichen, dass der Oberbefehlshaber der Streitkräfte Gefallen an der politischen Macht gefunden hatte. Der Führung der *partidos tradicionales* entging nicht, dass Rojas Pinilla Vorbereitungen traf, den Regierungsvorsitz nicht wieder abzugeben, wie es ursprünglich angedacht war.<sup>216</sup> Diese Bestrebungen verdeutlichten sich in einer immer deutlicheren Abgrenzung von dem traditionellen (Zwei-)Parteiensystem: Das Verhältnis zwischen der Militärregierung und der Bevölkerung des Landes deutete Rojas Pinilla zunehmend als ein direktes, als ein „Binom [zwischen] Volk und Streitkräften“<sup>217</sup>, ohne die Traditionsparteien als Mittlerinnen zwischen beiden Einheiten zu berücksichtigen.<sup>218</sup>

Um sich eine Basis für die Ausübung politischer Macht jenseits der Traditionsparteien zu schaffen, strebte der General die Gründung einer Partei an, des *Movimiento de Acción Nacional*, die er als Ergänzung zu den *partidos tradicionales* als *tercera fuerza* apostrophierte.<sup>219</sup> Parallel zu diesem politischen Zusammenschluss suchte Rojas Pinilla, den Rückhalt für seine Regierung durch die Schaffung einer Gewerkschaft, der *Confederación Nacional de Trabajadores* (CNT), zu erweitern. Die nach peronistischem Vorbild gegründete und ausgerichtete Gewerkschaft sollte als Gegengewicht zu der *Confederacion de Trabajadores de Colombia*

---

<sup>214</sup> Ebenda, S. 365f., 375.

<sup>215</sup> Eduardo Pizarro Leongómez: La Profesionalización Militar en Colombia (III): Los régimes militares (1953-1958). In: Análisis Político N° 3 (Enero/ Abril 1988), o. S. Unter: <http://www.iepri.org/portales/anpol/03.pdf> (Zugriff: 19.6.2013).

<sup>216</sup> Bushnell: Making, S. 218; Henderson: History, S. 186.

<sup>217</sup> Karl: State Formation, S. 654.

<sup>218</sup> Echeverri Uruburu: Elites, S. 125. Auch einige (sozialpolitische) Aspekte der von der Militärregierung angestrengten Steuerreform ließen Rückschlüsse darauf zu, dass Rojas Pinilla sich länger an der Spitze der Exekutive halten wollte (ebenda, S. 119).

<sup>219</sup> Ebenda, S. 127.

*bia* (CTC), die der Liberalen Partei nahestand, und der katholisch-konservativen *Unión de Trabajadores Colombianos* (UTC) dienen.<sup>220</sup>

Die Ambitionen von Rojas Pinilla, sich über den ihm von den Eliten der Traditionsparteien zugestanden Zeitraum an der Macht zu halten, verstärkten deren Widerstand gegen seine Regierung.<sup>221</sup> Wegen der Gefahr, ihre Vormachtstellung im politischen Feld Kolumbiens einzubüßen, näherten sich Vertreter beider Parteien an, um sich über das weitere Vorgehen abzustimmen.<sup>222</sup> Vor dem Hintergrund der finanziell und ökonomisch schwierigen Lage sowie der wachsenden Kritik der Vertreter der Traditionsparteien an der Militärregierung waren es zwei Ereignisse, welche den Widerstand gegen Rojas Pinilla intensivierten. Anfang 1956 starben acht Personen und wurden mehrere Hundert verletzt, als in Bogotá zivil gekleidete Polizisten gegen Zuschauer eines Stierkampfes vorgingen, die sich Hochrufen auf den Präsidenten und seiner Familie verweigerten.<sup>223</sup> Und knapp ein halbes Jahr später explodierten in Cali mit Sprengstoffen und Munition beladene Armeelastwagen in einem dicht besiedelten Stadtteil – etwa 1000 Menschen starben und ein ganzer Häuserblock wurde vollständig zerstört. Rojas Pinilla beschuldigte *dirigentes* der Liberalen und der Konservativen Partei, für die Zerstörungen in Cali im Rahmen eines Komplotts gegen seine Regierung schuldig zu sein. Der Umstand, dass die Route des Militärkonvois bewusst in das Wohngebiet umgelenkt worden war, um die sozial besser gestellten Bürger eines anderen Stadtteils vor der potentiellen Gefahr zu schützen, sowie die leichtfertig geäußerten Vorwürfe von Rojas Pinilla gegen Vertreter der Traditionsparteien lösten einen Sturm der Empörung aus.<sup>224</sup> Auch innerhalb der Streitkräfte, die wegen der um sich greifenden unstatthaften Bereicherungen der Familie Rojas Pinilla um ihren Ruf fürchteten, wuchs die Opposition gegen den General.<sup>225</sup>

Die Verhandlungen zwischen den *partidos tradicionales*, wie die Absetzung der Regierung Rojas Pinilla und eine Rückkehr zu den traditionellen Strukturen im politischen Feld zu bewerkstelligen waren, führten Alberto Lleras Camargo

---

<sup>220</sup> Die CNT schloss sich auch dem peronistischen Gewerkschaftsbund ATLAS an. Vgl. Bushnell: Making, S. 219ff. S. auch Osterling: Democracy, S. 94; Echeverri Uruburu: Elites, S. 119, 125; Oquist: Violencia, S. 266.

<sup>221</sup> Bushnell: Making, S. 222.

<sup>222</sup> Echeverri Uruburu: Elites, S. 127.

<sup>223</sup> Palacios: Legitimidad, S. 214. Für zeitgenössische, der Zensur zum Opfer gefallene Zeitungsartikel über die Vorfälle vgl. Luis E. Agudelo Ramírez; Rafael Montoya y Montoya: Los Guerrilleros Intelectuales, Cartas, Documentos e Informaciones que Prohibió la Censura. Bogota 1957, S. 45-48.

<sup>224</sup> Henderson: Modernization, S. 373.

<sup>225</sup> Echeverri Uruburu: Elites, S. 141.

als Vertreter der Liberalen Partei und Laureano Gómez der Konservativen. Lleras Camargo war für die Gespräche mit Vertretern der Konservativen Partei geradezu prädestiniert. Er war nach seiner Interimspräsidentschaft mit dem Wahlsieg der Konservativen Partei 1946 als erster Generalsekretär der Organisation Amerikanischer Staaten in die USA gegangen und während der *Violencia* nicht vor Ort in Kolumbien, ergo nicht derart involviert in die blutigen Auseinandersetzungen, gewesen.

Die Tatsache, dass Rojas Pinilla gegen die Regierung Gómez geputscht hatte, führte wiederum dazu, dass letzterer einer Zusammenarbeit mit der Liberalen Partei, die er wenige Jahre zuvor noch kategorisch abgelehnt hatte, vergleichsweise offen gegenüberstand, um die traditionellen Strukturen des politischen Feldes Kolumbiens zu wahren.<sup>226</sup> Die liberale Opposition gegen Rojas Pinilla bemühte sich, insbesondere Ospina Pérez, der seinerzeit einer der engsten Unterstützer des Generals gewesen war, von einem Umdenken bezüglich des Nutzens der Militäregierung für die weiteren politischen Entwicklungen Kolumbiens zu überzeugen.<sup>227</sup> Die Kreise der Konservativen Partei, welche den Putsch der Streitkräfte unterstützten, gingen in dem Maße, wie sie erkannten, dass Rojas Pinilla eigene Interessen – und weniger die der Konservativen Partei – verfolgte, auf Distanz zu ihm.<sup>228</sup> Selbst der ehemalige Präsident Ospina Pérez formulierte letzten Endes gegenüber Rojas Pinilla Forderungen, die eine stärkere Beteiligung der Konservativen Partei an den Regierungsgeschäften sowie die Rücknahme der Einschränkungen der bürgerlichen Freiheiten anmahnten.<sup>229</sup>

Lleras Camargo reiste 1956 und 1957 mehrfach nach Spanien, wo sich Gómez seit dem Putsch gegen seine Regierung im Exil befand, um mit dem konservativen Politiker über die Modalitäten der Einrichtung einer Regierung der Traditionsparteien zu beraten.<sup>230</sup> Die Vertreter der beiden Parteien waren sich darüber einig, dass die unmittelbare Rückkehr zu zivilen Regierungen, die aus freien Wahlen zur Bestimmung der politischen Machtverhältnisse und dem damit verbundenen Wahlkampf zwischen Liberaler und Konservativer Partei hervorgehen würden, nach den jahrelangen erbitterten Auseinandersetzungen nicht gangbar war.<sup>231</sup> Als Alternative zu der kompetitiven Bestimmung des Präsidenten vereinbarten die Vertreter der *partidos tradicionales*, sich über drei Legislaturperioden, später

<sup>226</sup> Henderson: Modernization, S. 298, 372. S. auch Green: Gaitanismo, S. 267.

<sup>227</sup> Henderson: History, S. 186; Oquist: Violencia, S. 266.

<sup>228</sup> Bushnell: Making, S. 218.

<sup>229</sup> Echeverri Uruburu: Elites, S. 126, 135.

<sup>230</sup> Gott: Guerrilla Movements, S. 181.

<sup>231</sup> Echeverri Uruburu: Elites, S. 140.

auf vier ausgeweitet, im Präsidentenamt abzuwechseln und die Mandate in den legislativen Körperschaften, von der nationalen bis auf die lokale Ebene, paritätisch zu verteilen. Der sogenannte *Frente Civil*, später in *Frente Nacional* umgetauft, stellte aus ihrer Sicht das einzige mögliche Instrument dar, um die Regierung Rojas Pinilla abzusetzen und die gewaltsamen Auseinandersetzungen zu beenden bzw. bewaffnete Auseinandersetzungen um politischen Einfluss zu verhindern.<sup>232</sup>

Die Entscheidung der Rojas Pinilla nahestehenden Offiziere, ihn als Staatspräsident für die Legislaturperiode von 1958 bis 1962 durch die ANAC legitimieren zu lassen, löste im Mai 1957 unter den zivilen politischen Eliten des Landes eine Welle des Widerstandes aus.<sup>233</sup> Vor dem Hintergrund der bereits im spanischen Benidorm schriftlich fixierten Vereinbarungen der Traditionsparteien über die Rückkehr zu zivilen Regierungen bei gleichzeitiger Alternation im Präsidentenamt und paritätischer Postenverteilung riefen Lleras Camargo für die Liberale Partei und Valencia, der bereits von den Traditionsparteien zum Präsidentschaftskandidaten für die Wahlen 1958 gekürt worden war, zu einem Generalstreik auf. Gleichzeitig wurde den Streitkräften glaubhaft versichert, dass sich die Aktionen gegen den Präsidenten und nicht gegen die Streitkräfte als staatliche Institution in ihrer Gesamtheit richteten. Auf diese Weise neutralisierten die Vertreter des *Frente Civil* die letzte Unterstützergruppe von Rojas Pinilla. Bereits zuvor hatten sich Studentenverbände gegen die Fortsetzung der Militärregierung ausgesprochen und auch der Unternehmerverband *Asociación Nacional de Empresarios de Colombia* (ANDI) hatte sich von Rojas Pinilla abgewendet. Die Arbeitgeber zahlten denn auch den streikenden Angestellten ihre Löhne fort, um Rojas Pinilla durch die Paralyseierung des Landes zum Rücktritt zu bewegen.<sup>234</sup>

Auf Drängen des Offizierscorps vereinbarten die Vertreter des *Frente Civil* mit ihm, dass eine Militärjunta die Amtsgeschäfte von Rojas Pinilla bis zum Ende der Legislaturperiode am 7. August 1958 übernehmen sollte. Dem scheidenden Präsidenten wurde zugestanden, die Mitglieder der Junta eigenständig auszuwählen, um derart sowohl das Ansehen der Streitkräfte als auch das Prestige ihres Oberbefehlshabers zu wahren.<sup>235</sup> Am 10. Mai 1957 trat Rojas Pinilla zurück und übergab die politische Macht an die nach seinen Vorgaben konstituierte *Junta Militar*.

---

<sup>232</sup> Helfrich-Bernal: Kolumbien, S. 95ff.

<sup>233</sup> Oquist: *Violencia*, S. 266f.; Guzmán Campos: *Violencia*, S. 195f.

<sup>234</sup> Henderson: *Modernization*, S. 377ff.

<sup>235</sup> Echeverri Uruburu: *Elites*, S. 151.

## 2.4 Die von der *Junta Militar* geleitete Transition

Angesichts der Gefahr, ihre Vormachtstellung durch eine von Rojas Pinilla initiierte politische Bewegung jenseits der Traditionsparteien zu verlieren, hatten sich die Führungsebenen beider Parteien, ungeachtet der blutigen, bewaffneten Auseinandersetzungen in den Vorjahren, zum *Frente Nacional* zusammen geschlossen.<sup>236</sup> Die anvisierte Alternation im Präsidentenamt und die paritätische Aufteilung der politischen Repräsentation in der Legislative zwischen der Konservativen und der Liberalen Partei unter Nichtbeachtung anderer politischer Zusammenschlüsse erforderten eine Verfassungsänderung, über die am 1. Dezember 1957 plebisztär abgestimmt wurde und dem *Frente Nacional* ein hohes Maß an Legitimität sicherte.<sup>237</sup> 94.8% der abgegebenen Stimmen votierten für die vorgeschlagenen Verfassungsänderungen, welche die Einrichtung der Koalitionsregierung ermöglichten.<sup>238</sup>

Innerhalb der Konservativen Partei sprachen sich allerdings nicht wenige Parteimitglieder gegen den *Frente Nacional* aus, die sich in den politischen Abkommen zwischen den Traditionsparteien nicht ausreichend berücksichtigt sahen. Dieser Widerstand gegen den *Frente Nacional* vonseiten Konservativer rekrutierte sich aus den Anhängern des gerade zuvor abgesetzten Rojas Pinilla wie José María Nieto Rojas, der sich bereits durch die Verteidigung der These über die Verantwortung der Liberalen und der Kommunistischen Partei für die *Violencia* her vorgetan hatte.<sup>239</sup> Weiterer konservativer Widerstand gegen den *Frente Nacional* kam aus den Reihen der Gefolgschaft von Alzate Avendaño (*alzatistas*) und Jorge Leyva (*leyvistas*).<sup>240</sup> Den *dirigentes conservadores* zufolge bedrohte die Verwässerung der ideologischen Grundfesten, welche die politische Kooperation mit den

---

<sup>236</sup> Luis Alberto Restrepo: La Guerra como Sustitución de la Política. In: Análisis Político No. 3 (Enero/ Abril 1988), o. S., Unter: <http://www.iepri.org/portales/anpol/03.pdf> (Zugriff: 19.6.2013).

<sup>237</sup> Daniel Pécaut: Colombia: Violencia y Democracia. In: Análisis Político N°13 (Mayo/ Agosto 1991), o. S. Unter: <http://www.iepri.org/portales/anpol/13.pdf> (Zugriff: 19.6.2013).

<sup>238</sup> Londoño Botero: Varela, S. 635.

<sup>239</sup> Vgl. José María Nieto Rojas: La Batalla contra el Comunismo en Colombia. Capítulos de Historia Patria, que deben ser Faro y Brújula para las Futuras Generaciones de Colombia. Bogotá 1956.

<sup>240</sup> Konservative Politiker, die sich um die Absetzung von Rojas Pinilla bemühten, waren Alzate Avendaño vor, den General in die *Casa de Nariño* gebracht zu haben (Henderson: Modernization, S. 379). Jorge Leyva, der sich als unabhängiger Kandidat der Konservativen Partei zur Wahl stellte, erhielt bei den Präsidentschaftswahlen 1958 über 600.000 Stimmen, während für den Kandidaten des *Frente Nacional* Lleras Camargo 2.482.948 Bürger stimmten (Puentes: Historia, S. 654-A. S. auch Pardo Rueda: Historia, S. 491).

Liberalen ihrer Ansicht nach zwangsläufig implizieren würde, die Konservative Partei in ihrer Gesamtheit.<sup>241</sup>

Aber auch innerhalb der Liberalen Partei bildeten sich parteiinterne Oppositionsgruppen heraus, die sich gegen die Zusammenarbeit mit der Konservativen Partei wehrten. Der *Frente Nacional* speiste sich aus den etablierten Parteieliten, während die jüngere Generation liberaler Parteianhänger, die sich in den Protesten gegen die Militärregierung hervorgetan hatte, die sogenannte Mai-Generation, bei der Übernahme politischer Verantwortung weitgehend unberücksichtigt blieb. Sie kritisierte, dass die liberal-konservative Koalitionsregierung ihr politisches Handeln auf die Zukunft richte, die Lösung aktueller politischer Probleme aber ausblende. Auch über die Vergangenheit und die blutigen Auseinandersetzungen zwischen Anhängern der *partidos tradicionales* würde geschwiegen, um die jüngst getroffenen politischen Abmachungen nicht zu gefährden, wie Vertreter der Mai-Generation kritisierten.<sup>242</sup>

Der bedeutendste liberale Widerstand gegen die offizielle Parteilinie, welche die Koalition mit der Konservativen Partei befürwortete, gruppierte sich um López Michelsen, den Sohn des ehemaligen Präsidenten Kolumbiens. Wie die Bezeichnung der von ihm angeführten Gruppierung, *Movimiento de Recuperación Liberal* (MRL), andeutete, forderten die Mitglieder des MRL eine Rückbesinnung auf bzw. Wahrung der liberalen politischen Werte, die sie durch die Zusammenarbeit mit dem ehemaligen Erzfeind in Gefahr sahen – zumal der polarisierende Laureano Gómez die Einrichtung des *Frente Nacional* federführend für die Konservative Partei geleitet hatte.<sup>243</sup>

In den Legislativwahlen im März 1958, noch unter der Herrschaft der von Rojas Pinilla eingesetzten Militärjunta, offenbarten sich die Machtrelationen zwischen den verschiedenen Fraktionen innerhalb der Traditionsparteien. Bei der Abstimmung konnten sich die *laureanistas* gegen die Anhänger des ehemaligen Präsidenten Ospina Pérez mit einem Stimmenplus innerhalb der Konservativen Partei durchsetzen.<sup>244</sup> Gómez legte sein Veto gegen den vorgesehenen Präsident-

<sup>241</sup> Zentral für den Widerstand gegen den *Frente Nacional* aus den Reihen der Konservativen Partei sind: César Ayala Diago, Resistencia y oposición al Establecimiento del Frente Nacional. Los orígenes de la Alianza Nacional Popular, ANAPO. Colombia 1953-1964. Bogotá 1996; ders.: La Reconquista Conservadora. Colombia 1957-1958. In: Historia Crítica Bd. 11 (1995), S. 21-35. Vgl. auch Palacios: Legitimidad, S. 218ff.; Henderson: Modernization, S. 394ff.

<sup>242</sup> Palacios: Legitimidad, S. 192f.

<sup>243</sup> Anfang der 1960er Jahre führten die Spannungen zwischen dem gemäßigten und dem radikalen Flügel innerhalb des MRL zu einer Umbenennung der Bewegung in *Movimiento Revolucionario Liberal* (Marco Palacios: Violencia pública en Colombia, 1958-2010. Bogotá 2012, S. 69).

<sup>244</sup> Henderson: Modernization, S. 384.

schaftskandidaten des *Frente Nacional* Valencia ein. Sollten die *ospinistas*, zu denen Valencia gehörte und denen Gómez die Nähe zu sowie die Unterstützung von Rojas Pinilla vorwarf, den ersten Präsidenten des *Frente Nacional* stellen, drohte er mit dem Entzug seiner Unterstützung für die sich anbahnende liberal-konservative Zusammenarbeit.<sup>245</sup> Gómez plädierte angesichts der Tatsache, dass in der eigenen Partei kein von den verschiedenen Fraktionen unterstützter Kandidat durchzusetzen war, für die Kandidatur des Liberalen Lleras Camargo – unter der Maßgabe, dass der anfangs auf 12 Jahre angesetzte *Frente Nacional* auf vier Legislaturperioden bis 1974 ausgeweitet würde.<sup>246</sup> Am 7. August 1958 zog Alberto Lleras Camargo als Präsident Kolumbiens in die *Casa de Nariño* ein.

## 2.5 Die ersten Regierungsjahre des *Frente Nacional* (1958–1964)

Im Unterschied zu den vorherigen Koalitionsregierungen wie der *Unión Nacional* in den ersten Jahren des Untersuchungszeitraums war der *Frente Nacional* langfristig, über vier Legislaturperioden angelegt. Auch hinsichtlich der Machtrelationen zwischen den Koalitionspartnern unterschied er sich von den früheren Versuchen einer gemeinsamen politischen Führung des Landes. So gab es wegen der paritätischen Verteilung der Mandate in den legislativen Körperschaften und der festgeschriebenen Abwechslung im Präsidentenamt keinen „kleinen“ politischen Partner in der Koalition.<sup>247</sup>

Die konstitutionell festgeschriebene Koalition aus Konservativer und Liberaler Partei, die naturgemäß dritte Parteien von einer politischen Mitwirkung ausschloss, führte allerdings zu einer begrenzten sozialen Repräsentativität des *Frente Nacional*.<sup>248</sup> Die vergleichsweise starre und restriktive Koalitionsregierung konnte nur bedingt oder verspätet auf neue soziale Forderungen reagieren.<sup>249</sup>

---

<sup>245</sup> Ramsey: Modern Violence, S. 362; Gott: Guerrilla Movements, S. 181; Osterling: Democracy, S. 95.

<sup>246</sup> Palacios: Legitimidad, S. 218; Londoño Botero: Varela. S. 638; Henderson: Modernization, S. 385.

<sup>247</sup> Oquist: Violencia, S. 268.

<sup>248</sup> William Ramírez Tobón: Estado, Violencia y Democracia. Ensayos. Bogotá 1990, S. 10. Kurtenbach zufolge führte die Koalitionsregierung zu einer Reaktivierung des traditionellen klientelistischen politischen Systems Kolumbiens. Häufig waren die Zugehörigkeit zu einer der beiden *partidos tradicionales* und gute Kontakte zu deren Vertretern Voraussetzung, um in den Genuss staatlicher Dienstleistungen zu kommen (Sabine Kurtenbach: Kolumbien. Politische Gewaltkultur, der Staat und die Suche nach Frieden. In: Ibero-Amerikanisches Archiv 25:3-4 (1999) (Themenschwerpunkt: Gewaltkulturen in Lateinamerika), S. 375-396, hier: S. 386).

<sup>249</sup> Daniel Pécaut: Presente, pasado y futuro de la Violencia. In: Desarrollo Económico 36:144 (Enero/Marzo 1997), S. 891-930.

Dies war einer der zentralen Gründe, warum der *Frente Nacional* an Legitimität einbüßte, was sich in einer stetig sinkenden Wahlbeteiligung widerspiegelte.<sup>250</sup> In der Hoffnung, mit der Einrichtung der liberal-konservativen Koalitionsregierung würde der *Violencia* ein Ende gesetzt werden, beteiligten sich 72.31% der Wahlberechtigten an der Abstimmung über die für das Zustandekommen des *Frente Nacional* notwendigen Verfassungsänderungen. Dies war der höchste Prozentsatz bei politischen Abstimmungen im 20. Jahrhundert.<sup>251</sup> Bei den im März 1958, noch unter der *Junta Militar*, stattfindenden Legislativwahlen ging die Wahlbeteiligung allerdings schon stark zurück – ein Trend, der sich in den folgenden Abstimmungen fortsetzen sollte.<sup>252</sup>

Dritte politische Kräfte waren nicht nur de facto, sondern sogar de jure von der politischen Teilhabe ausgeschlossen.<sup>253</sup> Zwar war die Koalitionsregierung nicht so exklusiv, wie es auf den ersten Blick erschien. Dritte politische Kräfte konnten an der politischen Macht teilhaben, wenn es ihnen gelang, ihre Kandidaten auf den Listen der Traditionsparteien zu platzieren – wie es zum Beispiel bei der Kommunistischen Partei auf den Listen der Liberalen der Fall war.<sup>254</sup> Ungeachtet dieser Möglichkeiten der politischen Teilhabe stellte die konstitutionell festgeschriebene Koalitionsregierung jedoch eine bedeutende Einschränkung der demokratischen Gepflogenheiten dar: erstens mussten sich dritte politische Akteure den Agenden der jeweiligen Partei anpassen, um auf derer Liste kandidieren zu können. Zweitens waren in den legislativen Körperschaften Zweidrittelmehrheiten vorgesehen, um Gesetzesänderungen zu beschließen, was die Gestaltungskraft alternativer politischer Gruppierungen stark einschränkte. Die Vorstellungen dieser politischen Oppositionsgruppen über notwendige Reformen in Wirtschaft und Gesellschaft unterschieden sich in der Mehrzahl der Fälle von den Prioritäten des

<sup>250</sup> Ders.: Colombia; Ramírez Tobón: Estado, S. 10. Obgleich der Stimmenanteil der Liberalen Partei im Schnitt 10% höher als der ihrer konservativen Koalitionspartner war, stand bereits vor den Wahlgängen die Präsidentschaft und die Sitzverteilung in den Volksvertretungen fest. Nicht zuletzt dieser Umstand führte dazu, dass der den Abstimmungen subjektiv zugeschriebene Sinn von vielen Wahlberechtigten angezweifelt wurde und die Beteiligung an den Urnen-gängen zurückging (Helfrich-Bernal: Kolumbien, S. 98).

<sup>251</sup> Pizarro Leongómez: Profesionalización Militar III.

<sup>252</sup> Echeverri Uruburu: Elites, S. 179, Londoño Botero: Varela, 635. Während in der ersten Präsidentschaftswahl nach der Militärregierung 1958 über drei Millionen Stimmen abgegeben wurden, waren es bei den Wahlen vier Jahre später nur noch weniger als zwei Millionen (Puentes: Historia, S. 654-A). Die Wahlenthaltung summierte sich 1962 auf fast 50% (Osterling: Democracy, S. 98). Die Mehrheit der Bürger, die sich in den kommenden Wahlen der Stimmabgabe enthielten, waren Mitglieder der Konservativen Partei (Ayala Diago: Resistencia, S. 108).

<sup>253</sup> Oquist: Violencia, S. 268.

<sup>254</sup> Pécaut merkt allerdings an, dass die politische Linke unter dem *Frente Nacional* konstant schwache Wahlergebnisse erzielte (Orden y Violencia, S. 637).

*Frente Nacional*. Diese Allianz zweier ehemals verfeindeter politischer Zusammenschlüsse wollte der Gewalt abschwören und gemeinsam politische Verantwortung übernehmen. Die sozialen und politischen Bedingungen, welche die vorherigen Ausbrüche der Gewalt begünstigten, blieben jedoch in den meisten Fällen intakt oder wurden nur abgemildert, nicht aber grundlegend geändert – der *Frente Nacional* zielte auf die Beendigung des Parteienkonflikts und die Restauration des traditionellen politischen Feldes, nicht auf seine fundamentale Umstrukturierung. Die Belange subalterner sozialer Klassen blieben in den politischen Agenden des *Frente Nacional* somit oftmals unberücksichtigt.<sup>255</sup>

Der MRL war sich als parteiinterne Oppositionsgruppe den Grenzen seiner politischen Partizipationsmöglichkeiten bewusst, die der offizielle Flügel der Liberalen Partei, im zeitgenössischen Sprachgebrauch als *officialistas* oder der *oficialismo* bezeichnet, absteckte. Diese Einschränkungen seiner politischen Möglichkeiten kritisierte er als undemokratisch.<sup>256</sup> Die politischen Gruppierungen jenseits der *partidos tradicionales* verurteilten die Restriktionen des *Frente Nacional* scharf. Obgleich sie mit einem angepassten Diskurs unter Umständen ihre Kandidaten auf den Wahllisten der Traditionsparteien unterbringen konnten, waren die ihnen unerlässlich erscheinenden Reformen und Änderungen mit den Eliten der Liberalen und der Konservativen Partei nicht durchzuführen.<sup>257</sup>

Gegen die Exklusionsmechanismen des *Frente Nacional* formierte sich bereits in den beginnenden 1960er Jahren bewaffneter Widerstand. Vor dem Hintergrund der Kubanischen Revolution schien von der politischen Teilhabe ausgeschlossenen Akteursgruppen der bewaffnete Kampf ein gangbarer Weg, an der Gestaltung der politischen Zukunft des Landes mitzuwirken. Diese rekrutierten sich, im Gegensatz zu den vorangegangen bewaffneten Auseinandersetzungen, insbesondere aus den Mittelschichten und radikalierten Studierenden.<sup>258</sup> Der Student Antonio Larotta gründete bereits 1960, inspiriert von Fidel Castro und Ernesto Guevara,

---

<sup>255</sup> Marín Tobardo: Historia, S. 47.

<sup>256</sup> Echeverri Uruburu: Elites, S. 189. In den ersten Jahren des *Frente Nacional* arbeitete der MRL mit anderen politischen Fraktionen wie den kommunistischen Gruppierungen zusammen, die sich der politischen Exklusion unter der Koalitionsregierung ausgesetzt sahen. Nach der Spaltung des MRL in einen gemäßigten (*línea blanda*) und einen radikalen (*línea dura*) Flügel 1962 verlor der MRL zunehmend an politischem Einfluss (Henderson: Modernization, S. 393). Bei den Präsidentschaftswahlen 1962 konnte der MRL allerdings noch beachtliche 20% der abgegebenen Stimmen auf sich vereinen (Echeverri Uruburu: Elites, S. 195).

<sup>257</sup> Green merkt an, dass das politische System unter dem *Frente Nacional* stark elitenkontrolliert war – ihm zufolge sogar noch stärker als vor der *Violencia* (Gaitanismo, S. 268).

<sup>258</sup> Guzmán Campos: Violencia, S. 452; Richard E. Kießler: Guerilla und Revolution (Schriftenreihe des Forschungsinstituts der Friedrich-Ebert-Stiftung 115). Bonn-Bad Godesberg 1975, S. 267ff. S. auch Gilhodés: Violencia, S. 195; Osterling: Democracy, S. 97.

die kurz zuvor auf Kuba Fulgencio Batista im bewaffneten Kampf abgesetzt hatten, den *Movimiento Obrero Estudiantil Campesino – 7 de Enero* (MOEC).<sup>259</sup>

Zwar war die Einrichtung der Koalitionsregierung der *partidos tradicionales* in der offiziellen Regierungspropaganda mit der Beendigung der vorangegangenen *Violencia* gleichzusetzen. De facto setzten sich die gewalttamen Auseinandersetzungen im politischen Feld allerdings fort.<sup>260</sup> Zum einen entstanden neue bewaffnete Gruppierungen, die sich gewaltsam gegen die Exklusionsmechanismen des von den Traditionsparteien dominierten politischen Systems (*Frente Nacional*) zur Wehr setzten. Die bedeutendste Guerillagruppe, die sich in den frühen 1960er Jahren bildete, war der MOEC.<sup>261</sup> Zum anderen griffen Lokal- und Regionalpolitiker entgegen der Darstellung der Regierung, weiterhin auf Gewaltkollektive zurück, um sich gegen die politische, auch parteiinterne Opposition zur Wehr zu setzen, die einen grundlegenden Wandel im politischen System herbeiführen wollte.

Die Gewalt der unter dem *Frente Nacional* entstehenden bewaffneten Gruppierungen unterschied sich zu den liberalen Kombattantengruppen, die in den Jahren zuvor zu den Waffen gegriffen hatten oder die von *gamonales* der Traditionsparteien unter den *Frente Nacional* gegen politische Widersacher eingesetzt wurden. Letztere zielten auf die Teilhabe an dem bestehenden politischen System, während die neu entstandenen Gewaltkollektive einen umfassenden Systemwechsel anstrebten, ähnlich wie die zahlenmäßig vergleichsweise kleinen kommunistischen Gruppen der 1940er Jahre.<sup>262</sup> Angesicht der Präsenz der verschiedenen Gewaltkollektive blieb der Ausnahmezustand trotz der Absetzung des Militärpräsidenten und der Rückkehr zu einer zivilen Regierung in fünf *departamentos* bestehen. Die politische Exekutive glaubte, in Tolima, Huila, Cauca, Valle del Cauca und Caldas nicht auf ihre im Rahmen des *Estado de Sitio* gewährten Sondervollmachten verzichten zu können.<sup>263</sup>

---

<sup>259</sup> Daniel Castro: Introduction – The Interminable War: Guerrillas in Latin American History. In: Daniel Castro (Hrsg.): Revolution and Revolutionaries. Guerrilla Movements in Latin America. Wilmington 1999, S. XV –XXXVII, hier: S. XX; Gott: Guerrilla Movements, S. 183f. Larotta wurde im Mai 1961 von einem ehemaligen liberalen Widerstandskämpfer getötet (vgl. „Informe de la Compañía Orden Público“ [AGN/FMI/SDM/21/185/30-31]).

<sup>260</sup> Meertens: Ensayos, S. 142f.; Torres Restrepo: Social Change, S. 280; Londoño Botero: Varela, S. 670.

<sup>261</sup> Die bis in die Gegenwart existierenden *Fuerzas Armadas Revolucionarias de Colombia* (FARC) haben ihren Ursprung im Untersuchungszeitraum. Und zwischen dem MOEC und dem *Ejército de Liberación Nacional* (ELN) bestehen Parallelen hinsichtlich der sozialen Herkunft ihrer Mitglieder (vgl. Green: Gaitanismo, S. 268; Uribe Alarcón: Conflicto, S. 162; Stockmann: Die neue *Violencia*, S. 356f.; Pécaut: Presente, pasado y futuro de la *Violencia*, S. 15f.).

<sup>262</sup> González; Bolívar; Vázquez: Nación Fragmentada, S. 23; Ramírez Tobón: Estado, S. 10.

<sup>263</sup> Karl: State Formation, S. 85; Ramsey: Modern Violence, S. 377.

Die Koalitionsregierung war sich der Gefahren einer erneuten Intensivierung der Gewalt, die in einigen Regionen zu keinem Zeitpunkt zum Erliegen gekommen war, bewusst. Um den Gründen der vorangegangenen Gewalttaten nachzuforschen und ein erneutes Aufbrechen der Feindseligkeiten zu vermeiden, wurde die *Comisión Investigadora de las Causas de la Violencia* bereits im Mai 1958 nach Absprachen zwischen der Militärjunta und den Vertretern des *Frente Civil* eingerichtet. Neben der Untersuchung der Gründe für die vorangegangenen gewaltsauslösenden Auseinandersetzungen oblag es der *Comisión Investigadora* in Verhandlungen mit den bewaffneten Widerstandsgruppen zu treten, um durch deren Demobilisierung die Befriedung des Landes zu erreichen.<sup>264</sup> Dieser gehörten neben Vertretern der Traditionsparteien – Otto Morales Benítez für die Liberale Partei und der *laureanista* Augusto Ramírez Moreno als Vertreter der Konservativen – zwei Kleriker, unter anderem der Autor des frühen Standardwerks zur *Violencia* Germán Guzmán Campos, sowie zwei Offiziere an.<sup>265</sup>

Als aktiven Beitrag zu einer umfassenden Befriedung des Landes und als weitere Maßnahme zur Abmilderung der Folgen der *Violencia* initiierte die erste Regierung des *Frente Nacional* bereits einen Monat nach Regierungsantritt ein Wiederaufbauprogramm, die sogenannte *Rehabilitación*.<sup>266</sup> Der Vorsitzende der

<sup>264</sup> „La Situación Nacional“, in: Alberto Lleras Camargo: El Primer Gobierno del Frente Nacional 4 Tomos. Bogotá 1960-1962, Tomo 1, S. 113-136.

<sup>265</sup> Guzmán Campos: *Violencia. Die Arbeit der Untersuchungskommission endete im Januar 1959* (Karl: State Formation, S. 123ff., 140). Bürger aus der Gemeinde Calarcá in Quindío, äußerten gegenüber der *Junta Militar* Kritik an der Besetzung der Untersuchungskommission. Valencia Echeverry, Autor des Schreibens, kritisierte, dass keines der Mitglieder der *Comisión Investigadora* aus von der Gewalt betroffenen Regionen stamme („Señores Miembros de la Honorable Junta Militar de Gobierno“ [AGN/PR/JMG/9/61/129-130]). Opfer der *Violencia* aus Sumapaz verurteilten ebenfalls die Besetzung der Kommission mit Personen, die den Lebenswirklichkeiten der von den gewaltsauslösenden Auseinandersetzungen betroffenen Personen fern stünden („Urgente. Señores Generales Excelentísimos Presidente de la República [AGN/PR/JMG/11/73/5-5v]“). Waldmann weist darauf hin, dass die Folgen von Bürgerkriegen sich nach sozialem Status differenzieren (Peter Waldman: *Gesellschaften im Bürgerkrieg. Zur Eigen-dynamik entfesselter Gewalt*. In: Zeitschrift für Politik 42:4 (1995), S. 343-368, hier: 262ff.). Vor diesem Hintergrund ist die zeitgenössische Kritik an der Besetzung der Untersuchungskommission zu verstehen, der Personen angehörten, welche die *Violencia* nicht *erlebt* hatten.

<sup>266</sup> Gonzalo Sánchez: *Rehabilitación y Violencia Bajo el Frente Nacional*. In: Análisis Político No. 4 (Mayo/ Agosto 1988), o. S. Unter: <http://www.ipepri.org/portales/anpol/04.pdf> (Zugriff: 19.6.2013). Ähnlich wie bei Karl wird der Begriff *Rehabilitación* im Folgenden verwendet, um das staatliche Wiederaufbau- und Rehabilitationsprogramm zu bezeichnen (vgl. Karl: State Formation, S. 164). Die *Rehabilitación* wird in der Arbeit von Karl auf Basis eines umfangreichen Quellenmaterials als Form der *state formation* hervorragend untersucht (State Formation). Parallel zu den Bemühungen, die Folgen der *Violencia* durch die Maßnahmen der *Rehabilitación* abzumildern, initiierte der *Frente Nacional* Projekte des sozialen Wohnungsbaus. In neu gebauten Stadtteilen wie der Ciudad Kennedy in Bogotá sollten die in die urbanen

mit ihr beauftragten Kommission (*Comisión Especial de Rehabilitación*), José Gómez Pinzón, war dem Präsidenten unmittelbar unterstellt, was die Bedeutung unterstreicht, die der Arbeit der Kommission beigemessen wurde.<sup>267</sup> Wie Lleras Camargo betonte, war nicht nur der materielle Wiederaufbau zentrale Aufgabe der *Rehabilitación*, sondern sie sollte vielmehr auch den Opfern und Tätern der vorangegangenen bewaffneten Auseinandersetzungen eine möglichst vollständige und umfassende Wiedereingliederung in das zivile, friedliche Leben ermöglichen.<sup>268</sup> Um diesen Prozess zu unterstützen, verfügte die erste Regierung des *Frente Nacional* vor, dass die Strafverfolgung für in den vorangegangenen Jahren begangene politische Verbrechen unter gewissen Bedingungen ausgesetzt werden könne.<sup>269</sup>

Der Fokus der Kommission lag allerdings auf der Beseitigung der Bürgerkriegssituationen in ruralen Konfliktzonen, die trotz der liberal-konservativen Koalitionsregierung fortbestanden. Da Rojas Pinilla seiner Nachfolgeregierung letzten Endes eine desolate wirtschaftliche Situation hinterlassen hatte, die Lleras Camargo durch eine entschiedene Sparpolitik zu stabilisieren versuchte, war der Handlungsspielraum der Regierung bezüglich der *Rehabilitación* eingeschränkt. Die Regierung Lleras Camargo konnte notwendige Reformen in Wirtschaft und Gesellschaft aufgrund der angespannten Haushaltslage oftmals nur zögerlich angehen.<sup>270</sup> Aufgaben, die als weniger dringend im Vergleich zu den Befriedungsmaßnahmen angesehen wurden, wie zum Beispiel die öffentlichen Investitionen in den Infrastrukturausbau, wurden aufgrund fehlender finanzieller Ressourcen verschoben, was wiederum neue Unzufriedenheiten und Konflikte hervorrief.<sup>271</sup>

---

Zentren geflohenen Opfer der gewalttamen Auseinandersetzungen, die mehrheitlich in ruralen Regionen des Landes stattfanden, Unterkunft finden (Osterling: Democracy, S. 97).

<sup>267</sup> Karl: State Formation, S. 160. Die Mehrheit der Mitglieder der Kommission waren gleichzeitig Kabinettsmitglieder der Regierung Lleras Camargo (Sánchez: Rehabilitación).

<sup>268</sup> „La Situación Nacional“, in: Lleras Camargo, Gobierno, Tomo 1, S. 113-136.

<sup>269</sup> Sánchez: Rehabilitación; Oquist: Violencia, S. 268. Auf die oftmals, formaljuristisch fälschlicherweise, als Amnestie bezeichnete Maßnahme der Regierung wird in Kapitel 8.2 des Teils III der Arbeit detailliert eingegangen.

<sup>270</sup> Ramsey: Modern Violence, S. 359f.; Sánchez: Rehabilitación; Osterling: Democracy, S. 97. Obgleich der *Frente Nacional* klientelistische Praktiken verurteilte, spannte Gómez Pinzón als Hauptverantwortlicher für die *Rehabilitación* über die Vergabe von Aufträgen und Geldzuweisungen im Rahmen der Wiederaufbaumaßnahmen klientelistische Netzwerke, was die Effektivität der *Rehabilitación* über die schwachen finanziellen staatlichen Ressourcen hinaus zusätzlich einschränkte (Karl: State Formation, S. 161; s. auch 222). Diese Verfahrensweisen trugen zu der von Kurtenbach konstatierten Revitalisierung von Klientelismus und *gamonalismo* unter dem *Frente Nacional* bei (Kolumbien [1999], S. 386).

<sup>271</sup> Sánchez: Rehabilitación. S. auch Pizarro Leongómez: Orígenes.

Eine dieser drängenden, aber nur zögerlich durchgeführten Reformen war eine Umverteilung des Landbesitzes, einerseits um den zahlreichen ehemaligen Kombattanten eine Erwerbsmöglichkeit für die Reintegration in das zivile Leben zu geben, andererseits um den Ansprüchen der Opfer der *Violencia*, die ihres Landes beraubt worden waren, gerecht zu werden.<sup>272</sup> Der Justizminister der Regierung Lleras Camargo, Zea Hernández, drückte allerdings seine Befürchtung aus, dass die geplanten Landverteilungen auf den Widerstand der Personen treffen würden, die während der vorangegangenen Auseinandersetzungen zu Landbesitz gekommen waren:

Man muss an die Möglichkeit denken, dass diejenigen, die das Land unrechtmäßig an sich gerissen haben, (*usurpadores de tierras*) bereit sind, einen neuen Krieg loszubrechen, die Gewalt in all ihrer Brutalität zu entfesseln, um diese Güter in ihrem Besitz zu behalten.<sup>273</sup>

Die Landzuteilungen blieben wegen der befürchteten Intensivierung der Gewalt und wegen des Widerstandes von Landbesitzern weit hinter den Planungen zurück. Bis 1959 kamen in Ariari lediglich 251 und in Caquetá 146 Familien in den Genuss von Land, obwohl bis zu diesem Zeitpunkt 2447 Zuweisungen vorgesehen waren.<sup>274</sup> Und Anfang der 1960er Jahre waren 91% der in der Region Sumapaz in Osttolima lebenden Familien nach wie vor ohne jeglichen Landbesitz bzw. besaßen nur kleine Parzellen. Sie mussten sich auf umliegenden *haciendas* als Landarbeiter verdingen, um ihren Lebensunterhalt zu bestreiten.<sup>275</sup>

Die Verteilung von Land im Rahmen der Agrarreform des *Frente Nacional* wurde von verschiedenen Seiten scharf kritisiert. Den gemäßigten Flügel beider Traditionsparteien erschienen die Umverteilungsbemühungen zu radikal.<sup>276</sup> Da die Einrichtung der liberal-konservativen Koalitionsregierung mit der siegreichen Kubanischen Revolution zusammenfiel, deren Protagonisten sich zunehmend dem Ostblock zuwenden, schürten die Bestrebungen zur Landumverteilung antikommunistische Ressentiments, die oftmals einer gegen die Staaten des Ostblocks

<sup>272</sup> Die Agrarreform sollte aber auch die Mobilisierungsversuche kommunistisch inspirierter *movimientos campesinos* unterminieren bzw. als Schutzwall gegen die stets gefürchtete kommunistische Unterwanderung dienen (Sánchez: Rehabilitación; Karl: State Formation, S. 181).

<sup>273</sup> La Calle, 15.1.1960, „Una Batalla por la Pacificación o Una Campaña Electoral“.

<sup>274</sup> Sánchez: Rehabilitación.

<sup>275</sup> Gonzalo Sánchez; Donny Meertens,: Tierra y Violencia. El desarrollo desigual de las regiones. In: Análisis Político No. 6 (Enero/ Abril 1989), o. S. Unter: <http://www.iepri.org/portales/anpol/06.pdf> (Zugriff: 19.6.2013).

<sup>276</sup> Osterling: Democracy, S. 97.

gerichteten Hysterie à la McCarthy glichen.<sup>277</sup> Von politisch links orientierten Gruppierungen und *movimientos campesinos* wiederum wurden die schleppend verlaufenden Reformbemühungen des *Frente Nacional* als unzureichend verurteilt.<sup>278</sup> Die mit der Etablierung der Koalitionsregierung einhergehende, wenn auch begrenzte Öffnung des politischen Systems wurde von zahlreichen Protesten gegen die Strukturen sozioökonomischer Ungleichheit begleitet. Auch kam es zu einer Reihe von teilweise gewaltsmäßen Landbesetzungen, mit denen landlose *campesinos* und *colonos*, die sich auf die *Ley de Reforma Social Agraria* beriefen, Druck auf die Regierung ausüben wollten, damit diese ihren Forderungen nach Landtiteln nachkommen würde.<sup>279</sup>

Angesichts der Tatsache, dass auch unter der Regierung Lleras Camargo in vielen Landesteilen die öffentliche Ordnung – durch die Präsenz radikalisierter *movimientos campesinos*, kommunistischer *autodefensas*, bewaffneter Anhänger der Regierungsparteien oder sich neu formierender Gewaltkollektive – noch gestört war, waren die politische Elite und die Streitkräfte des Landes aufeinander angewiesen. Die Regierung brauchte die staatlichen Sicherheitskräfte, um sich gegen die bewaffnete Opposition zu verteidigen, die Streitkräfte wiederum waren auf die Vertreter der Parteien angewiesen, da die Störung des *Orden Público* in der Regel ein politisches und kein rein militärisches Problem war.<sup>280</sup> Um dieser Notwendigkeit nachzukommen, bemühte sich Lleras Camargo, die potentiellen Differenzen zwischen seiner Regierung und den Streitkräften aufzulösen, die im Zuge der Absetzung der Militärregierung sichtbar geworden waren. Zwar waren

---

<sup>277</sup> Deas: Cambios Violentos, S. 77; Echeverri Uruburu: Elites, S. 202.

<sup>278</sup> Osterling: Democracy, S. 97; Torres Restrepo: Social Change, S. 280. Die Landreform wurde weiterhin durch eine hohe Bürokratisierung der mit ihrer Umsetzung beauftragten Institutionen verlangsamt. Gerade die *Caja Agraria* schien sich oftmals der sozialen und politischen Bedeutung der Reform nicht bewusst zu sein, wenn sie nach strikt marktwirtschaftlich-ökonomischen Gesichtspunkten handelte. Die effektive Reichweite der Agrarreform war daher begrenzt (Sánchez: Rehabilitación, S. auch Meertens: Ensayos, S. 199). Für Großgrundbesitzer konnte die Agrarreform des Weiteren ein durchaus einträgliches Geschäft sein, wenn es ihnen gelang, das zu verteilende Land den staatlichen Einrichtungen zu Preisen über dem Marktwert zu verkaufen (Sánchez; Meertens: Tierra y Violencia).

<sup>279</sup> Die *campesinos*, welche im November 1958 die *hacienda La Florida* besetzt hatten, weigerten sich, die Besetzung zu beenden, wenn ihnen nicht unmittelbar Land zugeteilt würde („Boletín Informativo Nr. 229“ [AGN/PR/SIC/4/5/163-164]). Vgl. auch Karl: State Formation, S. 178, 240, 308; Sánchez; Meertens: Tierra y Violencia. Henderson betont allerdings, dass die von der liberal-konservativen Regierung angestrebte Agrarreform zwar nicht die Erwartungen erfüllte, dessen ungeachtet aber auch nicht als gänzlich unbedeutend betrachtet werden darf (Modernization, S. 390-393).

<sup>280</sup> Wilde: Quiebra, S. 111. Ähnlich sah es ein ehemaliger Offizier der Streitkräfte als Zeuge (vgl. Gonzalo Canal Ramírez: Estampas y Testimonios de la Violencia. Bogotá 1966, S. 60).

die Versuche des ehemaligen Oberbefehlshabers der Streitkräfte, eine eigene Partei zu gründen, gescheitert, aber die Streitkräfte waren sich bewusst geworden, dass sie einen nicht zu unterschätzenden politischen Einfluss hatten und dass dieser auch wahrgenommen wurde.<sup>281</sup> Im Zuge der Bemühungen, mögliche Konflikte zwischen der politischen Führung mit Lleras Camargo an der Spitze und den staatlichen Sicherheitskräften im Ansatz zu ersticken, steckten beide Seiten gegenseitig Kompetenzbereiche ab. Während die Streitkräfte nicht in politische Entscheidungsprozesse intervenierten, überließ die Regierung den Streitkräften weitreichende Autonomien hinsichtlich der inneren Führung und strategisch-taktischer Fragen.<sup>282</sup>

Zur Harmonisierung der Beziehungen zwischen der Regierung Lleras Camargo und den Streitkräften trug der Prozess gegen den ehemaligen Militärmachthaber bei. Ende der 1950er Jahre lud die politische Exekutive Rojas Pinilla vor den Kongress, um über die Amtsführung während seiner Regierungszeit zu urteilen. Obgleich ihm in dem Prozess Korruption und unstatthaftaue Bereicherungen nachgewiesen werden konnten, war die Untersuchung der Machenschaften der Militärregierung vor allem politisch, weniger strafrechtlich von großer Bedeutung. Im Zuge des Prozesses wurde die Schuld an den vorangegangenen blutigen Kämpfen zwischen den verschiedenen politischen Fraktionen individualisiert und auf die Person Rojas Pinilla verlagert. In dem Maße wie die Verantwortung von Repräsentanten der Traditionsparteien, *terratenientes*, *chulavitas*, bewaffneten Widerstandsgruppen und paramilitärischen Parteimilizen an der *Violencia* auf den General verlagert wurde, sprachen sich die *partidos tradicionales* selbst von jeglicher Schuld frei.<sup>283</sup> Und auch die Gewaltexzesse, zu denen es in den Reihen der Streitkräfte de facto gekommen war, wurden im Rahmen der Individualisierung der Kollektivschuld als persönliche Verfehlungen von Rojas Pinilla gewertet – und nicht etwa der Institution in ihrer Gesamtheit angelastet.<sup>284</sup>

Das Abstecken von Zuständigkeiten von ziviler Politik und den Streitkräften durch die Regierung Lleras Camargo verfolgte das Ziel, potentielle Konfliktherde

<sup>281</sup> Gallón Giraldo: *República*, S. 21. In den ersten Jahren der Koalitionsregierung kam es zu mehrfachen, letzten Endes erfolglosen Putschversuchen von Anhängern des ehemaligen Militärpräsidenten (Henderson: *Modernization*, S. 395).

<sup>282</sup> Pardo Rueda: *Historia*, S. 491. Vgl. auch „Reunión de Orden Público Febrero 7 de 1961 Acta“ (AGN/FMI/SDM/22/205/30-44, hier: 42ff.).

<sup>283</sup> Die Ermittlungen gegen Rojas Pinilla wurden vorzeitig abgebrochen, als dieser damit drohte, die Umstände der Ermordung Gaitáns zu enthüllen. Aus Furcht, dass alte Feindschaften zwischen Konservativen und Liberalen wieder auflieben könnten, verzichteten die Traditionsparteien auf eine Weiterführung des Prozesses (Sánchez: *Violencia y sus efectos*, S. 240ff.).

<sup>284</sup> Wilde: *Quiebra*, S. 111.

zu eliminieren – die Regierung war um eine umfassende Versöhnung und Befriedung des Landes bemüht. Die Präsidentschaft des konservativen Politikers Valencia für die Legislaturperiode von 1962 bis 1966<sup>285</sup> hingegen stellte die Abkehr von der auf Wiederaufbau und Aussöhnung ausgerichteten Amtszeit von Lleras Camargo dar, indem Valencia stärker auf eine militärische Lösung für die nach wie vor existente Gewaltproblematik setzte.<sup>286</sup>

Bereits vor dem Regierungswechsel hatte Álvaro Gómez Hurtado, der Sohn von Laureano Gómez, die Regierung Lleras Camargo, zu der die *laureanistas* seit den Märzwahlen 1960 ein gespaltenes Verhältnis hatten, scharf kritisiert. Der Senator hatte Lleras Camargo 1961 beschuldigt, er würde tolerieren, dass Teile des Staatsgebietes nicht von der Regierung, sondern von kommunistischen Gruppierungen kontrolliert würden. Gómez Hurtado prägte in seiner Rede vor dem Senat den Begriff der *repúblicas independientes*, mit dem er die seit den 1950er Jahren bestehenden kommunistischen Enklaven bezeichnete und der Eingang in den zeitgenössischen Sprachgebrauch fand.<sup>287</sup> Gómez Hurtado zufolge:

Ist man sich noch nicht gewahr geworden, dass es in diesem Land eine Reihe von *repúblicas independientes* gibt, welche die Souveränität des kolumbianischen Staates nicht anerkennen, die das Heer nicht betreten kann, wo man ihm [dem Heer, L. R.] sagt, dass seine Präsenz schändlich (*nefanda*) ist, wo man das Volk oder die Bewohner vertreibt. Es gibt eine Reihe von *repúblicas independientes*, die de facto existieren, obwohl die Regierung ihre Existenz verneint. Regelmäßig gibt sie [die Regierung, L. R.] falsche und verlogene Kommuniques heraus, die besagen, dass das gesamte Staatsgebiet unter der Souveränität [des Staates, L. R.] steht.<sup>288</sup>

<sup>285</sup> Eine Machtverschiebung innerhalb der Konservativen Partei, die sich schon bei den im März 1960 stattfindenden Legislativwahlen gezeigt hatte, ermöglichte die Präsidentschaft von Valencia. Hatten die *laureanistas* 1957/58 noch die Kandidatur des Gefolgsmanns von Ospina Pérez verhindert, gewannen die *ospinistas* im März 1960 deutlich gegenüber den parteiinternen Konkurrenten um Gómez. Der Machtwuchs, der sich auch in einer Kabinettsbildung nach den Wahlen widerspiegelte, ermöglichte die Kandidatur – unter den Vorzeichen des *Frente Nacional* gleichbedeutend mit der Präsidentschaft – von León Valencia (vgl. Karl: State Formation, S. 352ff.).

<sup>286</sup> Karl: State Formation, S. 614. Die makroökonomischen Rahmenbedingungen für den neuen Präsidenten Kolumbiens waren durchaus schwierig. Valencia sah sich hohen Inflationsraten und gleichzeitig fallenden Kaffee Preisen auf dem Weltmarkt ausgesetzt (Osterling: Democracy, S. 97f.).

<sup>287</sup> In der Folgezeit wurden verschiedenste Regionen, in denen der kolumbianische Staat nur eine begrenzte Präsenz hatte, als *repúblicas independientes* bezeichnet. Das politische Hauptaugenmerk lag auf den Enklaven, in denen die kommunistischen Protagonisten der vorangegangenen Jahre eine Form der lokalen Macht ausübten, das heißt Marquetalia, Riochiquito, El Pato und Guayabero (Karl: State Formation, S. 468f. S. auch Henderson: History, S. 221).

<sup>288</sup> El Siglo, 26.10.1961, „El Frente Nacional Recobrará el 7 de Agosto de 1962 la Energía

Nachdem es bereits im Oktober 1961 zu bewaffneten Auseinandersetzungen zwischen den staatlichen Sicherheitskräften und Kombattanten des MOEC gekommen war, begannen militärische Operationen gegen die kommunistischen Enklaven in Südtolima. Im Zuge einer nationalen Protestkampagne, die von der Kommunistischen Partei aber auch dem MRL getragen wurde, und internationalen Solidaritätsbekundungen mit den Angegriffenen wurden die Unternehmungen des Heeres jedoch kommentarlos abgebrochen.<sup>289</sup>

Während Polizei und Heer von dem Vorgehen gegen die dezidiert kommunistischen Gruppierungen absahen, richteten sie ihren Blick auf andere verbliebene Gewaltkollektive, die in den 1950er Jahren entstanden waren, sich aber mit der Etablierung des *Frente Nacional* nicht ergeben und entwaffnet hatten. Zu diesen zählen neben den rein kriminell motivierten Gruppen die als *bandoleros sociales* und *bandoleros políticos* zu bezeichnenden ehemaligen Kombattanten, die im Namen der Traditionsparteien zu den Waffen gegriffen hatten.<sup>290</sup> Die militärischen Erfolge gegen die *bandoleros sociales* und *políticos* in den letzten Monaten des Jahres 1963 und dem Frühjahr 1964 markieren das Ende des Untersuchungszeitraums der vorliegenden Arbeit.<sup>291</sup>

---

que Perdió con el Actual Gobierno Dijo Anoche Ante el Senado el Doctor Alvaro Gómez“.  
1961 waren, vor dem Hintergrund der Kubanischen Revolution, die innenpolitischen Debatten in Kolumbien von Diskussionen über die von kommunistischen Gruppen ausgehende Gefahr für das Land geprägt. Kurz vor der durch Gómez Hurtado geäußerten Klage wurde erneut der Ausnahmezustand verhängt (Karl: State Formation, S. 468).

<sup>289</sup> Henderson: Modernization, S. 400ff.; Karl: State Formation, S. 475; Fajardo: Violencia, S. 292. Für einen Zeitzeugenbericht vgl. Luis Alberto Matta Aldana: Colombia y las FARC-EP. Origen de la lucha guerrillera. Testimonio del Comandante Jaime Guaraca. Tafalla 1999, S. 130.

<sup>290</sup> Auf die *bandoleros sociales* und *bandoleros políticos* gehe ich in Kapitel 8.2 des Teils III der Arbeit detailliert ein.

<sup>291</sup> Der Kampf staatlicher Sicherheitskräfte gegen die *bandoleros políticos* und *sociales* wird beschrieben in: Sánchez; Meertens: Bandits. Für die Erzählungen eines Augenzeugen vgl. Victor Eduardo Prado Delgado: Bandoleros. Historias no contadas. Ibagué 2009.



## *II Das umkämpfte Monopol auf politische Betätigung*

### **1 Die kolumbianischen Traditionsparteien als vorgestellte Gemeinschaften**

In diesem Teil der vorliegenden Arbeit werden die Konstruktionsprozesse kollektiver Identitäten auf Basis der Zugehörigkeit zu der Liberalen und Konservativen Partei untersucht. Parallel zu dieser Analyse werden Deutungsprozesse sozialer Realitäten beleuchtet, welche die Identitätskonstruktionen in entscheidendem Maße beeinflussten. Diese Identitätsbildungen und *framing*-Prozesse stellen ein weiteres Erklärungsmoment für die im Untersuchungszeitraum zu beobachtende Gewalt dar. Die diskursiven Konstruktionsprozesse kollektiver (Partei-)Identitäten wurden in erster Linie von den gesellschaftlichen Eliten vorangetrieben, das heißt Vertretern der Oberschichten, der Führungsebene der Traditionsparteien sowie des Klerus. Wie auf den folgenden Seiten gezeigt wird, charakterisierten sich die diskursiven Wahrnehmungs- und Deutungsmuster auf der regionalen Ebene angesiedelter Akteure durch deutliche Parallelen zu den „nationalstaatlichen“ Deutungen sozialer und politischer Realitäten. Bei der häufig in ländlichen Regionen beheimateten Parteibasis kamen die Diskurse oftmals undifferenziert, in Form von Schlagworten an, die ungeachtet dessen aber nicht minder wirkmächtig waren.<sup>292</sup>

Die in den folgenden Kapiteln beschriebene Homogenisierung der Bilder von den Traditionsparteien, die sich de facto durch eine Vielzahl verschiedener Flügel und Fraktionen auszeichneten, die damit einhergehende Tilgung von parteiinternen Differenzierungen sowie die absolute Trennung der beiden *vorgestellten Gemeinschaften* beschreibe ich als *diskursive Dichotomisierung der sozialen Realität*. Diese führte zu einer Sichtweise auf soziale und politische Realitäten, in der nur noch Freund *oder* Feind, gut *oder* böse, richtig *oder* falsch bekannt waren und neutrale bzw. vermittelnde Positionen nicht mehr geduldet wurden. Diese *Dichotomisierung der sozialen Realität* machte den Einsatz von Gewalt zu einer Handlungsoption in den politischen Auseinandersetzungen des Untersuchungszeitraums.

#### **1.1 Die *partidos tradicionales*: Zentrale Akteure im politischen Feld**

Die im zeitgenössischen Sprachgebrauch als Traditionsparteien bezeichneten Konservative und Liberale Partei trennten keine grundlegenden ideologischen

---

<sup>292</sup> Acevedo Carmona: Mentalidad, S. 23, 96; Thomas J. Williford: Armando los Espíritus: Political Rhetoric in Colombia in the Eve of La Violencia, 1930-1945. Ann Arbor 2008, S. 148.

Differenzen.<sup>293</sup> Die den politischen Diskurs bestimmenden Eliten der Traditionsparteien zeichneten sich durch einen beachtlich großen Konsens in politischen Grundsatzfragen aus, zumal sie klassenübergreifende Zusammenschlüsse ohne einheitliches, fest definiertes politisches Programm waren.<sup>294</sup> Perea zufolge gehorchten die Diskurse der beiden politischen Einheiten einer „identischen diskursiven Grammatik“.<sup>295</sup> Auf Basis dieses Konsenses konnten die Liberale und Konservative Partei des Öfteren ungeachtet aller gegenseitigen Anfeindungen gemeinsam politische Verantwortung in Koalitionsregierungen übernehmen. So bildete Mariano Ospina Pérez eine als *Unión Nacional* bezeichnete Koalitionsregierung mit der Liberalen Partei, als die Konservative Partei nach sechzehn Jahren liberaler Regierungen 1946 wieder die Regierung übernahm. Zwar zerbrachen die Koalitionsregierungen in der Frühphase des Untersuchungszeitraums regelmäßig wegen politischer Detailfragen und der steigenden Gewalt zwischen den Parteien. Dessen ungeachtet fanden die Traditionsparteien immer wieder bis zu dem endgültigen Scheitern der *Unión Nacional* im Mai 1949 zu einer gemeinsamen politischen Arbeit zusammen. Auch nach den Aufständen von liberalen Parteimitgliedern und *gaitanistas* im Zuge der Ermordung von Jorge Eliécer Gaitán am 9.4.1948 richteten die beiden Traditionsparteien erneut eine Koalitionsregierung ein.

Ein nicht zu unterschätzender Grund für die Wiederauflage der *Unión Nacional* nach dem Tod von Gaitán war der Umstand, dass die Erhebung seiner Anhänger als eine Gefahr für den sozioökonomischen Status quo wahrgenommen wurde.<sup>296</sup> Denn insbesondere im ökonomischen Feld verfolgten die Führungsriege von Liberaler und Konservativer Partei gemeinsame Interessen.<sup>297</sup> Diese spiegelten sich auch in dem Ziel wider, die grundlegende Ordnung des politischen Feldes und damit die soziale und ökonomische Struktur der kolumbianischen Gesellschaft beizubehalten. Die aus diesen geteilten Zielsetzungen resultierende *identische diskursive Grammatik* der *partidos tradicionales* verdeutlichte sich in den, ungeachtet eines anderslautenden formalen Anspruchs, politisch einflussreichen

---

<sup>293</sup> Helfrich-Bernal: Kolumbien, S. 87; Marisol Dennis: National Identity and Violence. The Case of Colombia. In: Will Fowler und Peter Lambert (Hrsg.): Political Violence and the Construction of National Identity in Latin America. New York 2006, S. 91-109, hier: S. 96f. Für das 19. Jahrhundert vgl. David Bushnell: Política y partidos en el siglo XIX. Algunos antecedentes históricos. In: Gonzalo Sánchez und Ricardo Peñaranda (Hrsg.): Pasado y presente de la violencia en Colombia. Medellín 2007, S. 73-79..

<sup>294</sup> Fajardo: Violencia, S. 274.

<sup>295</sup> Perea: Sangre, S. 22. S. auch Gilhodés: Violencia, S. 200.

<sup>296</sup> Sánchez: Revolución, S. 146.

<sup>297</sup> Atehortúa; Vélez: Estado, S. 163.

Unternehmerverbänden: Den *gremios* gehörten während des Untersuchungszeitraums trotz der sich wegen der parteipolitischen Differenzen intensivierenden gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen Anhängern beider Parteien sowohl konservative als auch liberale Vertreter an, die gemeinsam auf die Regierung Einfluss zu nehmen versuchten.<sup>298</sup>

Über die *gremios* war eine überparteiliche Zusammenarbeit von ökonomisch potenteren Vertretern der Traditionsparteien möglich, während sich liberale und konservative *campesinos* in blutige Kämpfe verstrickten.<sup>299</sup> Obwohl Politiker beider Traditionsparteien auf der nationalstaatlichen Ebene durch zentrale Sicht- und Teilungsprinzipien geeint waren, das heißt die ideologischen Prämissen und die politischen Agenden beider Parteien bedeutende Schnittmengen aufwiesen, stellten die Traditionsparteien den bedeutendsten Differenzmarker im politischen Feld Kolumbiens dar.

Trotz der Versuche in den 1930er und 1940er Jahren, die Nation als Identitätsstifterin jenseits der Traditionsparteien zu etablieren, behielten diese bis in das ausgehende 20. Jahrhundert ihre exponierte Bedeutung für die Identität ihrer Mitglieder in Kolumbien bei.<sup>300</sup> Aufgrund der zentralen Bedeutung der Traditionsparteien im politischen Feld einerseits, ihrer identitären Kraft andererseits beschreibt Pécaut sie als „politische Subkulturen“ – ein Konzept, das die politischen und kulturell-identitären Aspekte der *partidos tradicionales* zusammenführt. Die *politischen Subkulturen* spalteten die Gesellschaft in zwei Kollektive entlang der Grenze zwischen Liberaler und Konservativer Partei.<sup>301</sup> Ungeachtet dieser Spaltung wirkten die *partidos tradicionales* bis in das späte 20. Jahrhundert anders gearteten politischen Zentrifugalkräften entgegen, integrierten diese in das politische System des Landes und hatten ergo somit eine stabilisierende Wirkung.<sup>302</sup>

Die Traditionsparteien waren allerdings weniger Ausdruck einer fortgeschrittenen Säkularisierung oder ein Ersatz für religiöse Glaubenssysteme, sondern schrieben sich vielmehr in diese ein und erhielten eine kulturelle Bedeutungs-

<sup>298</sup> Echeverri Uruburu: Elites, S. 21ff. S. auch Henderson: Modernization, S. 363; Perea: Sangre, S. 62, 69.

<sup>299</sup> Henderson: Modernization, S. 338f.

<sup>300</sup> Perea: Sangre, S. 157.

<sup>301</sup> Pécaut: Orden y Violencia, S. 597ff. Dass die beiden Traditionsparteien subjektiv als antagonistische Kollektive wahrgenommen wurden, verdeutlich die Tatsache, dass in juristischen Debatten im ausgehenden 19. Jahrhundert dafür plädiert wurde, die bewaffneten Auseinandersetzungen zwischen den *politischen Subkulturen* verfassungsrechtlich wie zwischenstaatliche Kriege zu behandeln (Riekenberg: Gewaltsegmente, S. 32f.).

<sup>302</sup> González; Bolívar; Vázquez: Nación Fragmentada, S. 11.

dimension.<sup>303</sup> Gerade in ländlichen Regionen, die im Zentrum der vorliegenden Untersuchung stehen, war die in Form von Legenden und Folklore kulturell und affektiv-emotional chiffrierte Anbindung an eine der Traditionsparteien besonders stark ausgeprägt und bildete oftmals einen zentralen Teil der persönlichen Identität der Parteimitglieder.<sup>304</sup> Dieses Charakteristikum aufnehmend wurde die Zugehörigkeit zu einer der beiden kolumbianischen Traditionsparteien anderorts als „sozial vermittelte Alltagsreligion“ beschrieben, die von Generation zu Generation weitergegeben wurde<sup>305</sup> – ähnlich der von Geertz ethnischen Gruppen attestierten *angestammten Loyalitäten*.<sup>306</sup> Der Essayist Eduardo Santa drückte den Umstand, dass sich die Mehrheit der Kolumbianer mit einer der beiden Traditionsparteien zutiefst verbunden fühlte, in einem Aufsatz, der in der liberalen Regionalzeitung *Panorama* abgedruckt wurde, wie folgt aus:

In Kolumbien wird man entweder liberal oder konservativ. Man ist eins von beidem aus Tradition. Dies ist eher eine gefühlsmäßige als intellektuelle Ansicht, eher eine Empfindung als ein Wissen von den Problemen der politischen Parteien. Fast könnte man sagen, dass der Mensch in Kolumbien mit dem Parteiausweis an die Nabelschnur gebunden geboren wird.<sup>307</sup>

Majka weist darauf hin, dass sich die Parteimitglieder allerdings keineswegs nur als instrumentalisierte Akteure der aus den sozialen Eliten stammenden Parteiführung sahen. Vielmehr verwiesen sie darauf, dass sich – subjektiv wahrgenommen – ihre ureigenen Interessen und Anliegen in der politischen Arbeit der jeweiligen Partei widerspiegeln. Über die Zugehörigkeit zu einer der beiden Traditionsparteien und deren politischer Aktivität wurde dem Handeln kolum-

---

<sup>303</sup> Acevedo Carmona: Mentalidad, S. 14.

<sup>304</sup> Deas: Cambios Violentos, S. 32; Acevedo Carmona: Mentalidad, S. 41, 60. S. auch María Victoria Uribe Alarcón: Antropología de la Inhumanidad. Un Ensayo Interpretativo sobre el Terror en Colombia. Bogotá 2006, S. 55; Daniel Pécaut: Acerca de La Violencia de los años cincuenta. In: Boletín Socioeconómico No. 17 (Marzo 1987), S. 33-48, hier: S. 43.

<sup>305</sup> Majka: Moderne, S. 28, s. auch 29ff. Vgl. auch Helfrich-Bernal: Kolumbien, S. 90f.; Uribe Alarcón: Antropología, S. 58f.; Gary Hoskin; Gerald Swanson: Inter-Party Competition in Colombia: A Return to La Violencia? In: American Journal of Political Science Vol. 17, No. 2 (Mai 1973), S. 316-350, hier: S. 323; LeGrand: Perspectives, S. 26.

<sup>306</sup> Clifford Geertz: Angestammte Loyalitäten, bestehende Einheiten. Anthropologische Reflexionen zur Identitätspolitik. In: Merkur. Deutsche Zeitschrift für europäisches Denken 48:5 (1994), S. 392-403; ders.: The interpretation of cultures. Selected Essays. New York 1973, insbesondere: S. 255-310.

<sup>307</sup> Panorama, 5.12.1960, „La Crisis de los Partidos“.

bianischer Staatsbürger, die von aktiver politischer Teilhabe weitgehend ausgeschlossen waren, Sinn gegeben.<sup>308</sup>

Die zentrale identitäre Bedeutung der Traditionsparteien wird oftmals mit dem Fehlen einer inklusiven kolumbianischen Nationalidentität erklärt bzw. behinderten die starken Parteiidentitäten die Vergemeinschaftung jenseits der *partidos tradicionales*.<sup>309</sup> In dem topographisch und kulturell fragmentierten Kolumbien stellten die sich im Zuge der Unabhängigkeit von Spanien herausbildenden Konservative und Liberale Partei seit dem frühen 19. Jahrhundert den Referenzpunkt kollektiver Identität.<sup>310</sup> Auf diese Weise waren sie die Basis für eine inklusive Kollektividentität jenseits regionaler, sozialer und ökonomischer Unterschiede, während in anderen lateinamerikanischen Ländern die Nation den Referenzpunkt für die Kollektividentität darstellte.<sup>311</sup> Abgesehen von der Katholischen Kirche waren die Liberale und die Konservative Partei für die Mitglieder der politischen Gemeinschaften in ländlichen Regionen Kolumbiens der einzige Raum sozialer Vergemeinschaftung.<sup>312</sup>

Für das ländliche Kolumbien, dessen Bevölkerung während des Untersuchungszeitraums zu einem hohen Maß analphabetisch war, ist die Selbstsicht der Parteimitglieder, dass ihre Zugehörigkeit zu einer der beiden Traditionsparteien politischen Prämissen gehorchte, kritisch zu hinterfragen. Für große Teile der ländlichen Bevölkerung materialisierte sich die Gemeinschaft *Partei* nicht in ideologischen Grundsatzdebatte und -fragen, sondern in gemeinsamen Handlungsräumen, die es den Akteuren erlaubten, sich mit der Gemeinschaft Partei zu

---

<sup>308</sup> Majka: Moderne, S. 28f. Für subjektive Sinnkonstruktionen vgl. auch Brubaker: Ethnicity, S. 32, 34.

<sup>309</sup> Dennis: National Identity, S. 93.

<sup>310</sup> Fischer bezieht sich vor dem Hintergrund geographischer und regionaler Fragmentierung auf das defizitäre *state building* in Kolumbien (vgl. Thomas Fischer: Colombia: Estado débil sin territorialidad entera. Una visión histórica. In: Jaime Arocha et al. (Hrsg.): Dimensiones territoriales de la guerra y la paz. Bogotá 2002, S. 183-195, hier: S. 191ff.). Für erfolgreiche Staatsbildungsprozesse ist, ähnlich wie bei *nation building*, eine inklusive Kollektividentität von zentraler Bedeutung. Vgl. auch: Leal Buitrago: Sistema Político.

<sup>311</sup> Pécaut: Violencia de los años cincuenta, S. 40; ders.: Presente, pasado y futuro de la Violencia, S. 904ff.; ders.: Reflexiones sobre el fenómeno de la violencia. In: Jesús Antonio Bejarano (Hrsg.): Once ensayos sobre La Violencia. Bogotá 1985, S. 171-188, hier: S. 181. Vgl. auch Dennis: National Identity, S. 97ff.; Fischer: Colombia, S. 186; Sabine Kurtenbach: Kolumbien. Krise von Politik, Staat und Gesellschaft. In: Sabine Kurtenbach, Mechthild Minkner-Bünjer und Andreas Steinhauft (Hrsg.): Die Andenregion. Neuer Krisenbogen in Lateinamerika. Frankfurt (Main) 2004, S. 209-224, hier: S. 211; Bushnell: Política, S. 77ff.

<sup>312</sup> Perea: Sangre, S. 174; Daniel Pécaut: Violencia y Política en Colombia. Elementos de Reflexión. Medellín 2003, S. 22, 97.

identifizieren.<sup>313</sup> Die Zugehörigkeit zu einer der beiden Traditionsparteien konkretisierte sich in politischen Ereignissen wie den regelmäßig stattfindenden Wahlen, der Vergabe öffentlicher Posten nach den Abstimmungen – vor dem Hintergrund des klientelistischen politischen Systems Kolumbiens in der Regel nach parteipolitischen Überlegungen<sup>314</sup> – bzw. in der Erinnerung an politische Auseinandersetzungen wie die zahlreichen *guerras civiles* des 19. Jahrhunderts zwischen Liberalen und Konservativen.<sup>315</sup>

## 1.2 Die Herausbildung kollektiver Identitäten in *framing*-Prozessen

Aufgrund der ausgeprägten identität-kulturellen Bedeutung der Traditionsparteien mit einer quasi-religiösen Komponente werden die Liberale und die Konservative Partei in der vorliegenden Arbeit als *imagined communities* im Sinne von Anderson behandelt.<sup>316</sup> Kollektive Identitäten gründen auf der Annahme einer identitären Homogenität der Individuen, aus denen die jeweilige *vorgestellte Gemeinschaft*, in diesem Fall die Traditionsparteien, erwachsen. Im Folgenden soll der Konstruktionsprozess der *liberalen* und *konservativen* Kollektividentitäten aus einer diskursanalytischen Blickwarte betrachtet werden.

Zwar betont Uribe vor dem Hintergrund der Distanz zwischen Liberalen und Konservativen auf der lokalen Ebene, dass nicht die Beziehung zwischen beiden politischen Gruppen für die Genese des politischen Akteurs *Partei* ausschlaggebend war, sondern vielmehr die Abwesenheit einer Beziehung zwischen ihnen.<sup>317</sup> Die fehlenden sozialen Beziehungen zwischen vielen liberalen und konservativen Kolumbianern sind allerdings „nur“ bedeutsam für die Antwort auf die Frage, warum sich die Mitglieder der *partidos tradicionales* im Laufe der *Violencia* derart

<sup>313</sup> Dies drückte der bereits zitierte Santa aus, als er schrieb, dass die Entscheidung, zu einer der beiden Traditionsparteien zu gehören, weniger auf den Kenntnissen der politischen und ideologischen *Probleme der politischen Parteien* als auf affektiven Bindungen beruhte. Vgl. auch Uribe Alarcón: Matar, rematar, contramar, S. 91, 95; Majka: Moderne, S. 30.

<sup>314</sup> Vgl. für den Klientelismus im politischen System Kolumbiens: Leal Buitrago: Sistema Político. Mit einer Fokussierung auf die Zeit ab 1958: John D. Martz: The Politics of Clientelism. Democracy and the State in Colombia. New Brunswick/ London 1997.

<sup>315</sup> Uribe Alarcón: Antropología, S. 55. Holden beschreibt Urnengänge als potentiell gewaltaffine Zeitpunkte, welche die Bühne für martialisches und gewaltloses Auftreten bieten, auf der Loyalitäten zu politischen Parteien zur Schau gestellt werden (Armies, S. 20). Auch in Kolumbien lösten diese politischen Ereignisse, an denen sich die Parteizugehörigkeit materialisierte, im Untersuchungszeitraum oftmals gewaltsame Auseinandersetzungen zwischen Anhängern der beiden Traditionsparteien aus (LeGrand: Perspectives, S. 26).

<sup>316</sup> Benedict Anderson: Die Erfinbung der Nation. Zur Karriere eines folgenreichen Konzepts. Frankfurt (Main) 2005. Auch Acevedo Carmona konzipiert die Traditionsparteien als *vorgestellte Gemeinschaften* (Mentalidad).

<sup>317</sup> Uribe Alarcón: Antropología, S. 55.

gewaltsam und exzessiv brutal begegneten. Für die Konstruktion der Parteiidentitäten hingegen lässt sich festhalten, dass diese wie alle anderen Gruppenidentitäten relational geschaffen wurden. In diesem Sinne lässt sich Barths Feststellung zu ethnischen Kollektividentitäten auf andere soziale Gemeinschaften wie die Traditionsparteien und deren Identitätskonstruktionen übertragen.<sup>318</sup> Die kollektive Identität, auf der die jeweiligen *politischen Subkulturen* basierten, wurde parallel zu ethnischen Identitäten relational, gewissermaßen von der Barth'schen Grenze aus, geschaffen.

Gruppenidentitäten und die ihnen zugrundeliegende, angenommene Homogenität der jeweiligen Gruppe beruhen auf sogenannten *social cleavages*, das sind Differenzmarker, die in der Wahrnehmung der historischen Akteure als konstitutiv für den Zusammenschluss, respektive den Abschluss gegenüber dritten sozialen Akteursgruppen, betrachtet werden.<sup>319</sup> Max Weber folgend gibt es keine „objektiven“ Differenzen zwischen sozialen Gemeinschaften, welche die Herausbildung einer Kollektividentität der sozialen Gruppen erzwingen bzw. unausweichlich machen würde.<sup>320</sup> Der als Identität stiftende *Spalt*, der *cleavage*, steht neben einer Reihe von konstitutiven Differenzen gegenüber außenstehenden Kollektiven bzw. von auf die potentielle *peer group* gerichteten Gemeinsamkeiten, die zu einer identitären Abschließung des Kollektivs führen könnten.

Es war jedoch die diskursiv konstruierte, subjektiv wahrgenommene Differenz zwischen den Traditionsparteien, die als zentraler *cleavage* von exponierter Bedeutung für die sozialen Kollektividentitäten der *masas liberales* bzw. *conservadoras* war. Die Parteiidentitäten wurden in einem reziproken, sich gegenseitig bedingenden Prozess aus Selbstdarstellung und Wahrnehmung des politischen Gegners geschaffen, das heißt die Wahrnehmung des politischen Anderen war aufs Engste mit der Konstruktion der eigenen kollektiven Parteiidentität relational verknüpft.

Die vorangegangenen Überlegungen zu *social cleavages* aufnehmend zielt die Untersuchung der Identitätskonstruktionen der *vorgestellten Gemeinschaft* Liberale und Konservative Partei einerseits darauf, die Charakteristika aufzuspüren, auf Basis derer eine liberale bzw. konservative Gruppenidentität postuliert wurde. Andererseits werden die subjektiv wahrgenommenen Charakteristika des politischen Gegenübers beleuchtet, von denen sich die eigene Identität abgrenzte,

<sup>318</sup> Fredrik Barth: Ethnic groups and boundaries. The social organization of culture difference. Bergen 1969.

<sup>319</sup> Vgl. für *social cleavages*: Yonhyok Choe: Social Cleavage and Party Support. A Comparison of Japan, South Korea and the United Kingdom. Huddinge 2003.

<sup>320</sup> Max Weber: Wirtschaft und Gesellschaft. Grundriss der verstehenden Soziologie. Tübingen 1976, S. 234ff.

ergo die Identitätsmerkmale des eigenen Kollektivs verstärkten. Der *cleavage* zwischen den beiden Traditionsparteien war konstitutiv für die Beschaffenheit des Akteurs Liberale bzw. Konservative Partei. Und dieser Spalt schien für viele Anhänger der Parteien sogar gewaltsames Handeln und den Einsatz tödlicher Gewalt gegen den politischen Widersacher zu rechtfertigen.

Handeln, das heißt die Nutzung sich ergebender Handlungsräume, setzt ein Mindestmaß an Intentionalität auf der Akteursebene voraus in dem Sinne, dass Akteure mit ihrem Handeln ein wie auch immer geartetes Ziel verfolgen.<sup>321</sup> Zielsetzungen, die intentional verfolgt werden, werden in der Soziologie seit den 1980er Jahren verstärkt über die Analyse von *framing*-Prozessen kollektiver, politischer Mobilisierungen wie sozialen Bewegungen untersucht.<sup>322</sup> Die Untersuchung des Konstruktionsprozesses der *vorgestellten Gemeinschaften* der Liberalen und der Konservativen Partei wird daher verbunden mit der Untersuchung von *framing*-Prozessen. Die Deutungsprozesse sozialer Realitäten waren eng verbunden mit der Kreation einer liberalen bzw. konservativen Parteiidentität, welche partiinterne Differenzen zwischen verschiedenen politischen Flügeln innerhalb der *partidos tradicionales* zu tilgen versuchte. Wie gezeigt wird, verliefen die Konstruktionen der Parteiidentitäten, die sich aus der Selbstbeschreibung, der Wahrnehmung des politischen Gegenübers und der Abgrenzung von diesem speisten, parallel zu der Identifizierung politisch-sozialer Missstände und den Versuchen, deren Gründe zu eruieren.

Der Ansatz zur Untersuchung von *collective action* kann auf die Akteursgruppen des Untersuchungszeitraums angewendet werden – die Widerstandsbewegungen verschiedener politischer Ausrichtung einerseits, die staatlichen Sicherheitskräfte und ihre paramilitärischen Unterstützergruppen, welche die Regierung zur Niederschlagung des bewaffneten Widerstandes einsetzte, andererseits. Zwar handelte es sich bei den Kombattantengruppen nicht um soziale Bewegungen im eigentlichen Sinne. Dessen ungeachtet teilten sie aber einige zentrale Charakteristika mit diesen. Die Widerstandsgruppen nahmen, wie auch die Regierung und die ihr unterstellten staatlichen Sicherheitskräfte, aus ihrer subjektiven Blickwarte gravierende Missstände in Politik und Gesellschaft wahr, so wie dies auch für soziale Bewegungen zutrifft. Um diese zu beseitigen, formulierten sie Handlungsvorschläge und zielten auf die Mobilisierung der größtmöglichen Zahl von Unter-

<sup>321</sup> Skurski; Coronil: Introduction, S. 7f.

<sup>322</sup> Vgl. für eine Zusammenfassung bedeutender *framing*-Ansätze Robert D. Benford; David A. Snow: *Framing Processes and Social Movements. An Overview and Assessment*. In: *Annual Review of Sociology* 26 (2000), S. 611-639. Für die Anwendung auf einen empirischen Untersuchungsgegenstand vgl. Helen Schwenken: *Rechtlos, aber nicht ohne Stimme. Politische Mobilisierungen um irreguläre Migration in die Europäische Union*. Bielefeld 2006.

stützern. Ein weiteres Charakteristikum, das die in der vorliegenden Studie untersuchten Akteursgruppen mit sozialen Bewegungen teilten, war der Umstand, dass die oppositionellen, bewaffneten Widerstandsgruppen nicht zentral koordiniert wurden – weder von der Liberalen noch der Kommunistischen Partei.<sup>323</sup> Zwar gab es mehrfache Versuche, dem bewaffneten Widerstand mit politischem Anspruch eine zentralisierte Führung zu geben – dieses Ziel verfolgte beispielsweise die sogenannte *Conferencia de Boyacá* im August 1952. Diese Bemühungen scheiterten aber letzten Endes – ungeachtet der konservativen Propaganda, welche die Führungsriege der Liberalen Partei beschuldigte, ihre Gefolgschaft aufzurufen, im Widerstand gegen die Regierung zu den Waffen zu greifen.

Ähnliches bezüglich der Koordinierungsstruktur ist auch – so überraschend dies erscheinen mag – für die staatlichen Sicherheitskräfte festzustellen, obwohl die Streitkräfte und die *Policía Nacional* formal einer auf der nationalen Ebene angesiedelten zentralen Führung unterworfen waren.<sup>324</sup> Forschungen zur *Violencia* zeigen jedoch, in welchem Maße der blutige Konflikt von regionalen und lokalen Handlungskontexten konditioniert wurde. Ungeachtet der Tatsache, dass die staatlichen Sicherheitskräfte formal in eine nationale Befehlsstruktur eingebunden waren, lässt sich feststellen, dass die in der Theorie zugrundeliegende von der nationalen Ebene ausgehende *top-down*-Koordinierung ihr Handeln in den seltensten Fällen ausschließlich bestimmte. Oftmals verfolgten Offiziere, die den entsendeten Militär- oder Polizeieinheiten vorstanden, eigene Ziele wie ökonomische, persönliche Bereicherungen qua Aneignung von Viehherden oder Agrarprodukten. Des Weiteren gerieten die staatlichen Sicherheitskräfte, die oftmals aus anderen Landesteilen stammten und keine detaillierte Kenntnisse über die (informellen) Machtstrukturen in den jeweiligen Operationsgebieten besaßen, unter den Einfluss lokaler *caciques* oder *gamonales*. Diese Verkörperungen des von personalistisch-klientelistischen Praktiken geprägten politischen Systems Kolumbiens des Untersuchungszeitraums instrumentalisierten die häufig unerfahrenen Befehlsl-

---

<sup>323</sup> Guzmán Campos: *Violencia*, S. 225. S. auch Henderson: *History*, S. 141.

<sup>324</sup> Die liberale Mehrheit in der Legislative wollte die parteipolitische Instrumentalisierung der *Policía Departamental* und der *Policía Municipal* durch konservative Bürgermeister und Gouverneure verhindern, indem sie diese in die *Policía Nacional* einzugliedern und sie so unter eine zentral koordinierte, nationale Führung zu stellen versuchte. Die konservative Exekutive zielte ebenso – wenn auch aus anderen Überlegungen – auf die Nationalisierung (*nacionalización*) der Polizeieinheiten. Nach 16 Jahren liberaler Präsidenten sah sie in der Polizei ein Instrument der Liberalen Partei und kritisierte ihre Illoyalität gegenüber der Exekutive. Nachdem sich nicht wenige Polizisten während des *Bogotazo* den Aufständischen angeschlossen hatten, bemühte sich die konservative Regierung gleichfalls um eine geeinte, zentralisierte Befehlsstruktur der Polizei, auf welche die Regierung größeren und direkten Einfluss nehmen könnte (Atehortúa; Vélez: *Estado*, S. 182-188).

haber der Streitkräfte bzw. der Polizei, um eigene (macht-)politische Interessen zu verfolgen bzw. ökonomische oder persönliche Kontrahenten auszuschalten.<sup>325</sup>

Bei der Analyse kollektiver Handlungsprozesse werden grundsätzlich drei *frames* unterschieden, die für eine erfolgreiche Mobilisierung zu kollektivem Handeln zu größtmöglicher Übereinstimmung gebracht werden müssen.<sup>326</sup> In dem *diagnostic frame* werden soziale, politische oder ökonomische Missstände identifiziert sowie die Ursachen dieser Probleme benannt, respektive die Akteure ausgemacht, die für diese Probleme verantwortlich zeichnen. Dabei ist der Konsens über die Problemursache beileibe keine Zwangsläufigkeit, sondern oftmals Anlass für Konflikte innerhalb der Trägergruppe des sozialen Protests. Im Zuge der Auseinandersetzungen über die Identifizierung von sozialen Missständen und deren Ursachen durchlaufen die Deutungsrahmen durchaus einen Wandlungsprozess. Als *frame bridging* wird die Zusammenführung von zwei (oder mehr) *frames* bezeichnet, während die Rahmen auch eine Ausweitung erfahren können, um ein breiteres Problemspektrum abzudecken (*frame extension*).<sup>327</sup>

Der *prognostic frame* artikuliert Lösungen in Form von Handlungsstrategien und -plänen zur Beseitigung der zuvor wahrgenommenen Probleme. Wie sich bereits andeutet, besteht eine enge Verbindung zwischen dem *diagnostic* und dem *prognostic frame*. So ist eine Übereinstimmung bezüglich der Identifizierung des Problems und seiner Ursachen für kollektives Handeln erforderlich. Weiterhin hat die notwendige Übereinstimmung mit Blick auf die Problemursachen Auswirkungen auf die Handlungsoptionen: bestimmte, identifizierte Probleme (*diagnostic frame*) lassen nur gewisse Handlungen sinnvoll und gangbar erscheinen (*prognostic frame*). Zentrale Aufgabe des *motivational frame*, der sich aus den ersten beiden *frames* speist, ist die Mobilisierung von potentiellen Unterstützern zur Beseitigung des zuvor identifizierten Problems durch die propagierten Handlungsvorschläge.<sup>328</sup>

---

<sup>325</sup> Henderson: History, S. 115. Riekenberg verweist im Zusammenhang mit der Erklärung des vergleichsweise hohen Gewaltniveaus in Lateinamerika auf die Verschiebung von Loyalitäten und Bindungen von Institutionen auf einzelne Personen, die *caudillos*, im Zuge der Unabhängigkeitskriege (Michael Riekenberg: Kriegerische Gewaltakteure in Lateinamerika im frühen 19. Jahrhundert. In: Rolf Peter Sieferle und Helga Breuninger (Hrsg.): Kulturen der Gewalt. Ritualisierung und Symbolisierung von Gewalt in der Geschichte. Frankfurt (Main)/New York 1998, S. 195–214, hier: S. 209f.). Auch im Untersuchungszeitraum der vorliegenden Arbeit ist zu konstatieren, dass die häufig zu beobachtende personalistische Ausrichtung des politischen Feldes Kolumbiens der Intensivierung der Gewalt zuträglich war.

<sup>326</sup> Die folgenden Ausführungen orientieren sich an: Benford; Snow: Framing Processes, S. 615–621; Schwenken: Politische Mobilisierungen, S. 76ff.

<sup>327</sup> Ebenda, S. 77.

<sup>328</sup> Zu beachten ist allerdings, dass keine Zwangsläufigkeiten zwischen dem *diagnostic* und

Kollektives Handeln wird neben den drei erwähnten *frames* von verschiedenen Parametern konditioniert. Je größer die Bandbreite eines *frames* ist, das heißt je größer das Spektrum von Problemlagen ist, das er abzudecken vermag, desto größer ist seine zu erwartende Mobilisierungskraft. Die Elastizität und Flexibilität eines *frames* beschreibt seine Permeabilität, das heißt inwieweit ein *frame* dazu geeignet ist, anders gelagerte und begründete Probleme aufzunehmen und zu erklären. Diese Charaktereigenschaften entscheiden zu einem großen Maße über die kulturelle Resonanz, welche der Deutungs- und der sich an diesen anschließende Handlungsrahmen erhalten werden. Mit Resonanz wird die Glaubwürdigkeit beschrieben, die der Problemidentifikation und den Handlungsvorschlägen zugeschrieben wird. Negativ beeinflusst werden kann sie durch Widersprüche und Inkongruenzen zwischen dem *diagnostic frame*, der Problemidentifikation, und dem *prognostic frame*, den Handlungsvorschlägen. Die Frage nach der „empirischen Glaubwürdigkeit“ überprüft, ob sich die skizzierten *frames* mit „handfesten“, empirischen Beobachtungen in Einklang bringen lassen.<sup>329</sup>

Zwischen der Konstruktion kollektiver Identitäten und *framing*-Prozessen lassen sich parallele Vorgehensweisen ausmachen, die sich miteinander in Bezug setzen lassen. Exponierte Vertreter des *framing*-Ansatzes betonen, dass soziale Bewegungen nicht Träger präexistenter Ideologien sind, die „mechanisch“ aus strukturellen Gegebenheiten erwachsen und aus denen sich kollektives Handeln ableiten lässt.<sup>330</sup> Erst die Wahrnehmung und Interpretation von Strukturen durch soziale Akteure macht ihre Handlungen verständlich im Sinne von erklärbar. Lüdtke beschreibt dies als *Aneignung*, worunter er „Wahrnehmungs-, Deutungs- und Verhaltenweisen [...], die sich der Denkfigur eindimensionaler Zweipoligkeit verweigern“, versteht.<sup>331</sup> Strukturen konditionieren das Handeln sozialer Akteure erst nach deren subjektiver Wahrnehmung.<sup>332</sup> Krennerich unterstreicht ebenfalls die Bedeutung der Wahrnehmung struktureller Missstände durch die Akteure mit Blick auf das Aufkommen (oder Ausbleiben) von Gewalthandeln.<sup>333</sup>

Der *framing*-Ansatz betont, dass die Wahrnehmung und Identifizierung von Problemen und Missständen ein subjektiver Prozess ist, das heißt *framing* stellt

---

dem *prognostic frame* auszumachen sind. Die Personen, welche die Bewegung unterstützen sollen, müssen *mobilisiert* werden.

<sup>329</sup> Benford; Snow: Framing Processes, S. 619.

<sup>330</sup> Ebenda, S. 613.

<sup>331</sup> Lüdtke: Alltagsgeschichte, S. 84.

<sup>332</sup> Vgl. Thomas Nipperdey: Die anthropologische Dimension der Geschichtswissenschaft. In: Gerhard Schulz (Hrsg.): Geschichte heute. Positionen, Tendenzen und Probleme. Göttingen 1973, S. 225-255.

<sup>333</sup> Krennerich: Politische Gewalt, S. 18.

eine Bedeutungskonstruktion, eine aktive Sinngebung, durch die sozialen Akteure dar. Benford und Snow heben hervor, dass auch die politische Gelegenheitsstruktur von einer subjektiven Wahrnehmungsebene, dem *framing*, abhängig ist, das heißt politische Gelegenheiten müssen erst wahrgenommen und erkannt werden, bevor sie genutzt werden können. *Vorgestellte Gemeinschaften* im Sinne Andersons wiederum sind, wie Brubaker herausstreich, nicht nur soziale Zusammenschlüsse von Personen, sondern besitzen auch eine Deutungs- und Wahrnehmungsdimension. Sie sind „Modi, die Welt zu verstehen. Sie sind Formen, sich selbst zu verstehen und zu identifizieren, die eigenen Probleme und Dilemmata zu erkennen und die eigenen Interessen herauszufinden“.<sup>334</sup>

So ging auch die Herausbildung der kollektiven Identitäten auf Basis der Mitgliedschaft in einer der beiden Traditionsparteien sowie die gleichzeitige Wahrnehmung und Abgrenzung von dem politischen Gegenüber einher mit der Identifizierung konkreter sozialer und politischer Missstände. Die Identitätskonstruktion war ein elementarer Bestandteil des Deutungsrahmens sozialer Realität und wird daher als *diagnostic frame* beschrieben. Somit bereichert die *frame*-Analyse die Erforschung kollektiven Handelns, indem sie die subjektiven Aspekte kollektiven Handelns herausstreich, ohne strukturelle, „objektive“ Rahmenbedingungen außer Acht zu lassen. Der *framing*-Ansatz verspricht daher einen heuristischen Mehrwert für die Untersuchung der bewaffneten Auseinandersetzungen in Tolima.<sup>335</sup>

So wie sich Kollektividentitäten von der Barth'schen Grenze aus konstituieren, das heißt gegenüber und in Abgrenzung zu einer anderen identitären Gemeinschaft, ist auch bei Deutungsprozessen oftmals eine Grenzziehung zwischen den Protagonisten der sozialen Bewegung bzw. der Trägergruppe von Protest und Widerstand einerseits und deren Gegnern andererseits zu beobachten. Dieses *boundary framing* war auch im Untersuchungsfall zu beobachten, denn es wurde versucht, die Trennmarke zwischen den politischen Gemeinschaften klar und deutlich zu definieren. Das *boundary framing* entwickelt sich oftmals zu der Konstruktion eines Feindbildes (*adversarial framing*), der Identifizierung der Gegner

<sup>334</sup> Brubaker: Ethnicity, S. 34. Brubaker erklärt die Essentialisierung kollektiver Identitäten durch die Mitglieder der *vorgestellten Gemeinschaften*, die oftmals ungeachtet ihres konstruktivistischen Charakters zu beobachten ist, mit dem kognitiven Bedeutung der (Zugehörigkeit zu den) Gemeinschaften für das Individuum. Der US-amerikanische Soziologe plädiert dafür, die von ihm als Selbstidentifikation in *substantialist terms* bezeichnete Vorgehensweise der Akteure im Rahmen der *cognitive perspectives* von der wissenschaftlichen Untersuchung der *imagined communities* und ihres Konstruktionsprozesses abzugrenzen.

<sup>335</sup> Benford; Snow: Framing Processes, insbesondere S. 613f., 631f. S. auch Barbara Gray: Strong Opposition. Frame-based Resistance to Collaboration. In: Journal of Community & Applied Social Psychology 14 (2004), S. 166-176, hier: S. 167.

der Bewegung bzw. des Widerstandskollektivs, die häufig in einer dichotomen Weise erfolgt, die nur noch zwischen *gut* und *böse* unterscheidet.<sup>336</sup>

Wie in den folgenden Kapiteln gezeigt werden wird, spitzten sich die Deutung sozialer Realitäten und die Wahrnehmung des politischen Widersachers durch die radikalen Flügel der Traditionsparteien bis 1949 derart zu, dass sie als absolut gesetztes *adversarial framing* bezeichnet werden kann. In den Augen von Vertretern der Liberalen Partei wurden die Konservativen, die *godos*, zu nichts anderem als den Repräsentanten faschistischer und falangistischer Ideologien in Lateinamerika.<sup>337</sup> Wortführende Politiker der Konservativen Partei wiederum sahen die Liberale Partei bis in ihre Führungsebene hinein von Kommunisten unterwandert, respektive als das Trojanische Pferd, das – aus dem Ausland gesteuerte – Kommunisten in ihren Expansionsbestrebungen nutzten, um in Kolumbien Fuß zu fassen.

Die in der Folge analysierte Konstruktion der kollektiven Parteiidentitäten war aufs Engste mit der Wahrnehmung des politischen Widersachers sowie der Deutung sozialer Realitäten verbunden. Die Identifizierung von politischen Problemen und die Benennung ihrer Ursachen sind nicht von der Konstruktion der „eigenen“ Kollektividität zu lösen und werden daher in den folgenden Kapiteln eng mit einander verflochten analysiert. Sie stellen einen Aspekt des diskursiv-kulturellen Kontextes dar, der für Untersuchungen der Gewalt eingefordert wird.<sup>338</sup>

Die Untersuchung konzentriert sich auf die Frühphase der kolumbianischen *Violencia*, da in dieser Zeit gewaltsames Handeln als eine der präferierten Handlungsoption angeboten wurde und die späteren massiven Gewalthandlungen entscheidend geprägt wurden. Die Referenzen auf den späteren Untersuchungszeitraum wiederum verweisen einerseits auf die Glaubwürdigkeit der Diskurse, respektive Bilder und Wahrnehmungsrahmen, die aufgrund ihrer Resonanz eine

---

<sup>336</sup> Benford; Snow: Framing Processes, S. 616.

<sup>337</sup> Mit dem Begriff *godo* wurden im Untersuchungszeitraum Konservative bezeichnet, die sich scharf von Mitgliedern der Liberalen Partei abgrenzten, die (vorgestellte) Differenz zwischen den Traditionsparteien betonten und daher eine politische Zusammenarbeit mit diesen ablehnten. Des Weiteren zeichneten sie sich durch eine zumindest latente Gewaltbereitschaft aus. Der Zeuge der *Violencia* mit dem Aliasnamen Cantinero unterschied ebenfalls zwischen Konservativen und *godos*. Letztere charakterisierte er mit den Adjektiven „fanatisch, *sectarios*, gewalttätig und kriminell“ (vgl. Jacques Aprile-Gniset: La Crónica de Villarica. Bogotá 1991, S. 143). Ursprünglich eine Fremdbezeichnung nutzten konservative Politiker wie Alzate Avendaño, die sich gegen die Zusammenarbeit mit der Liberalen Partei im *Frente Nacional* wehrten, später den Begriff des *godo (raso)*, um ihrer Meinung nach wahre und authentische Konservative frei jeder liberaler ideologischer Versatzstücke zu bezeichnen (vgl. Ayala Diago: Reconquista, S. 21-35).

<sup>338</sup> Vgl. Gerard Martin: The ‘Tradition of Violence’ in Colombia. Material and Symbolic Aspects. In: Göran Aijmer und Jon Abbink (Hrsg.): Meanings of Violence. A Cross Cultural Perspective. Oxford/New York 2000, S. 161-191, hier: S. 170.

beachtliche Beständigkeit und Konstanz aufwiesen. Andererseits sind sie dem Umstand geschuldet, dass sich die Bilder des politischen Gegners und die Wahrnehmung der sozialen Realität auf der einen Seite und die Gewalthandlungen auf der anderen gegenseitig beeinflussten. Die Gewalt, die von den als politische Feinde wahrgenommenen Akteuren ausging, verstärkte den *cleavage*, welcher der Feinddefinition zugrunde lag. Aus dieser wechselseitigen Beeinflussung zwischen der Gewalt, die auf dem wahrgenommenen *cleavage* beruhte, und dem *cleavage*, der sich durch die ausgeübte Gewalt noch vertieft, speiste sich die oftmals zu konstatierende Eigendynamik der Gewalt.<sup>339</sup>

Bei der Untersuchung des Deutungsrahmens mit einer diskursanalytischen Herangehensweise geht es nicht um die chronologische Auswertung von Einzelstimmen. Vielmehr sollen thematisch geordnete, strukturelle Rahmenbedingungen der Wahrnehmung sozialer Realitäten durch radikalierte Vertreter der beiden Parteien aufgezeigt werden, die von kurzzeitigen Konjunkturen im politischen Feld vergleichsweise unabhängig sind. Daher erfolgt keine streng chronologische Abhandlung, sondern eine thematisch-inhaltlich gegliederte Rekonstruktion der das Gewalthandeln konditionierenden Subjektivitäten als Wahrnehmungsstruktur jenseits von (kürzeren) Abschnitten und Phasen des Untersuchungszeitraums.<sup>340</sup>

---

<sup>339</sup> Waldmann: Gesellschaften, S. 344; Liell: Doppelcharakter, S. 38. Parallel zu dieser These stellt Pécaut fest, dass die gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen den Anhängern der *partidos tradicionales* das Zugehörigkeitsgefühl zu diesen noch verstärkte (Daniel Pécaut: From the Banality of Violence to Real Terror. The Case of Colombia. In: Kees Koonings und Dirk Kruijt (Hrsg.): Societies of Fear. The Legacy of Civil War, Violence and Terror in Latin America. London/New York 1999, S. 141-167, hier: S. 146).

<sup>340</sup> Die Vorgehensweise ist angelehnt an: Reiner Keller: Wissenssoziologische Diskursanalyse. In: Reiner Keller, Andreas Hirsland, Werner Schneider und Willy Viehöver (Hrsg.): Handbuch Sozialwissenschaftliche Diskursanalyse (Band I: Theorien und Methoden). Opladen 2001, S. 113-143.

## 2 Die Selbstdarstellung der *partidos tradicionales* und ihre Wahrnehmung des politischen Gegners

### 2.1 Die Konservative Partei als disziplinierter politischer Zusammenschluss

Teile der Konservativen Partei nahmen für sich in Anspruch, eine Partei der Ordnung und Disziplin zu sein, deren zentrale Aufgabe und Verdienst der Schutz der Demokratie seien. Das Fundament ihres politischen Programms ließ sich in ihrer Sichtweise auf „Religion, Vaterland, Familie und [Privat-]Besitz“ kondensieren.<sup>341</sup> Verpflichtet fühlten sie sich dem Gedanken der Freiheit, des Rechts, der Demokratie und dem Fortschritt; sie sahen sich als Mitglieder einer Partei, die der verfassungsmäßigen Ordnung verpflichtet war. Ideologisch würde die Konservative Partei neben katholischen Grundsätzen von den Idealen Simón Bolívars geleitet.<sup>342</sup>

Die Wahrung der verfassungsmäßigen Ordnung des Landes sei aus konservativer Blickwarte eine Frage der „Sicherheit des Staates und des Schutzes (*salvaguardia*) der Zivilisation“ und um diese sicherzustellen, „gibt es keine Maßnahme, die sich nicht zu unternehmen lohnen würde“.<sup>343</sup> Die Konservative Partei hob hervor, seit der Unabhängigkeit von Spanien Beschützerin des Vaterlandes vor Gefahren der politischen Instabilität durch *caudillos* sowie des institutionellen Chaos und Bewahrerin sowohl demokratischer Freiheiten als auch der juristischen Ordnung gewesen zu sein.<sup>344</sup>

Zur Wahrung der verfassungsmäßigen Ordnung verteidigte die Konservative Partei das Prinzip der Autorität und den Respekt vor den staatlichen, in der Verfassung festgeschriebenen Institutionen. Vor dem Hintergrund der sich nach der Wahl von Laureano Gómez zum Präsidenten im November 1949 intensivierenden Gewalt hob *El Siglo* die Notwendigkeit hervor, den Respekt vor den gewählten politischen Autoritäten wiederherzustellen, der als notwendige Bedingung angesehen wurde, um die um sich greifende Gewalt einzudämmen. Gleichzeitig wurde von konservativer Seite beklagt, dass die politischen Abkommen zwischen der

---

<sup>341</sup> El Derecho, 28.1.1950, „Conservatismo y Democracia“.

<sup>342</sup> Ebenda; s. auch *El Siglo*, 26.3.1946, „Ninguna sociedad civilizada podría presentar un candidato de más excelsa alcurnia intelectual y moral, dijo el Dr. Laureano Gómez“. Vgl. ebenfalls Dennis: National Identity, S. 96.

<sup>343</sup> *Eco Nacional*, 16.11.1947, „Contra la Subversión, el País mantendrá el Orden“.

<sup>344</sup> *El Siglo*, 30.12.1949, „El Renacimiento Conservador“. Einführend für das Phänomen des *caudillismo* im Zuge der Unabhängigkeitskämpfe vgl. Michael Riekenberg: Caudillismus. Zu einem Grundbegriff der spanischen und hispanoamerikanischen Geschichte. In: Neue Politische Literatur 40 (1995), S. 237-253.

Liberalen und der Konservativen Partei zur Beilegung der Unruhen nach dem Mord an Gaitán das Fundament der politischen Ordnung unterminieren würden. Sie seien nicht auf Basis geordneter „administrativer Pläne für das zukünftige politische Handeln, sondern auf dem Fundament des Verzichts auf Gerechtigkeit, Straferlassen, Begnadigungen und Amnestien“ geschlossen worden: „Einmal mehr wurde der Frieden, nicht aber die Ordnung gerettet“.<sup>345</sup>

Das Vorhaben der liberalen Kongressmehrheit im Spätjahr 1949, die Polizei unter die Kontrolle der Legislative zu stellen und so dem zunehmend parteipolitisch motivierten Einsatz der Ordnungskräfte durch die Exekutive zu entziehen, verurteilten die konservativen Abgeordneten als verfassungswidrig, da diese Reform die Kompetenzen des Präsidenten beschneiden würde. Des Weiteren verstieße die Unterstellung der verschiedenen Polizeiorgane unter ein zentrales Kommando gegen die in der Konstitution festgeschriebene Hierarchie der staatlichen Sicherheitskräfte, deren Schutz sich die Konservative Partei auf die Fahnen geschrieben hatte.<sup>346</sup> Der Innenminister (*ministro de gobierno*) Andrade forderte Respekt für Polizeikräfte ein, denen vorgeworfen wurde, in einigen *departamentos* für die gewaltsamen Auseinandersetzungen verantwortlich zu zeichnen. Zu ihrer Entschuldigung betonte er, dass sie das Gesetz verkörpern und den Bürgern Rechtsstaatlichkeit und die Gültigkeit der verfassungsmäßigen Ordnung demonstrieren würden. Daher bezeichnete Andrade, ungeachtet einiger zugegebener Verfehlungen vonseiten der Polizei, die Angriffe und Morde an Polizisten als die schwerwiegendsten Vorfälle der rezenten politischen Entwicklungen.<sup>347</sup>

Das Streben nach der Wahrung der verfassungsmäßigen und öffentlichen Ordnung erklärte die Konservative Partei mit der von ihr beanspruchten gefestigten moralischen Verfassung. Laureano Gómez lobte die Kandidatur von Ospina Pérez für die Präsidentschaftswahlen 1946 als das adäquate Mittel zur Bewältigung der dringenden nationalen Probleme. Diesem traute er wegen seiner „felsenfesten Prinzipien [...] und seiner moralischen Struktur“ zu, das Amt des Staatspräsidenten jenseits parteipolitischer Überlegungen auszuüben – „nach langen Jahren des grausamen Kampfes, die ewig wie der Sturz in die Hölle schienen“, womit Gómez auf die *República Liberal* Bezug anspielte.<sup>348</sup>

*El Siglo* begrüßte die Kandidatur von Ospina Pérez, da seine Präsidentschaft, im Falle eines konservativen Wahlsieges, einer „moralischen Wiederherstellung

<sup>345</sup> El Siglo, 6.12.1949, „La Restauración de la Justicia“.

<sup>346</sup> El Siglo, 1.10.1949; „Nuevo atropello liberal con el proyecto sobre policía“.

<sup>347</sup> El Siglo, 1.10.1949; „El Gobierno sabe cuál es su deber y lo cumplirá sin ninguna vacilación: Andrade“.

<sup>348</sup> El Siglo, 26.3.1946, „Ninguna sociedad civilizada podría presentar un candidato de más excelsa alcurnia intelectual y moral, dijo el Dr. Laureano Gómez“.

[...] der Republik“ gleichkomme.<sup>349</sup> Diese grenzte die konservative Tageszeitung allerdings scharf von der von Gaitán propagierten *restauración moral* ab, mit der dieser die Verfestigung demokratischer Strukturen und Nivellierung sozialer Ungleichheiten beschrieb. Der *movimiento gaitanista* beeinträchtige aus Sicht der konservativen Redakteure durch seinen „ochlokратischen Charakter [...] der Reinheit der politischen Ziele“ von Gaitán.<sup>350</sup> Die Schädigung der gesellschaftlichen Wertvorstellungen und der moralischen Grundlage der politischen Betätigung, welche die Ausschreitungen im Zuge der Ermordung Gaitáns im April 1948 nach sich zogen, würden denn auch aus konservativer Sicht die gegen Ende des Jahres 1949 zunehmenden gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen Liberalen und Konservativen bedingen. Die sich offenbarenden Brüche in der gesellschaftlichen Moral rechtfertigten im konservativen Diskurs den *Estado de Sitio*, der, wie betont wurde, ein Rechtszustand und unabdingbar für die Wiederherstellung der inneren Ordnung sei.<sup>351</sup>

Konservative Politiker begründeten das moralisch gefestigte Fundament, auf dem die Partei ihrer politischen Betätigung nachgehe, mit der politischen Orientierung an christlich-katholischen Grundsätzen. Sie werteten die Katholische Religion als das Kernelement der sozialen Ordnung – eine Sichtweise, die mit den Forderungen von Papst Pius XI. im Einklang stand. Daher dienten ihnen die Lehren der Katholischen Kirche als Leitfaden der politischen Programme.<sup>352</sup> Die Rückbindung der Konservativen Partei an die Katholische Kirche zur Begründung ihres im Vergleich zu den liberalen Politikern angeblich höherwertigen moralischen Fundaments stellte zumindest für das konservative Publikum ein glaubwürdiges Argument dar. Die Katholische Kirche hatte bis weit in den Untersuchungszeitraum einen erheblichen Einfluss auf die gesamtgesellschaftlichen Vorstellungen von Moral bzw. Unmoral. Keine laizistischen Instanzen oder unabhängigen sozialen Sektoren äußerten sich zu diesem Thema, sodass „das, was ‚schlecht‘ für das religiöse Dogma war, es auch für die Sozialordnung war“.<sup>353</sup>

<sup>349</sup> El Siglo, 25.3.1946, „La República de Colombia“.

<sup>350</sup> El Siglo, 29.3.1946, „Reflexiones sobre la violencia“.

<sup>351</sup> El Siglo, 3.12.1949, „Justificación del Estado de Sitio“; El Siglo, 6.12.1949, „La Restauración de la Justicia“; El Siglo, 22.11.1949, „Bajo el signo de la mentira“.

<sup>352</sup> El Derecho, 11.2.1950, „Ubicación doctrinaria del conservatismo“; El Siglo, 26.3.1946, „Postulados para un gobierno de unión nacional“.

<sup>353</sup> Acevedo Carmona: Mentalidad, S. 191. Vgl. für die soziokulturelle Bedeutung der Katholischen Kirche in lateinamerikanischen Staaten am Beispiel Mexikos in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts Alan Knight: Weapons and Arches in the Mexican Revolutionary Landscape. In: Gilbert M. Joseph und David Nugent (Hrsg.): Everyday Forms of State Formation. Revolution and the Negotiation of Rule in Modern Mexico. Durham/London 1994, S. 24-66.

Die Konservative Partei wertete die geopolitischen Entwicklungen in der Nachkriegszeit als „einen großen Kampf zwischen dem Osten und dem Westen, dem Totalitarismus und der Demokratie, dem Kommunismus und dem Christentum“.<sup>354</sup> Da die Konservative Partei sowohl gegen individualistische als auch gegen kommunistische Ideologien ankämpfte, sah sie sich, vor dem Hintergrund „solch überwältigender Desorientierung“, als politische Kraft der Mitte, die dank ihres katholischen Fundaments Gleichgewicht und Halt geben könne.<sup>355</sup> Sie war in der Selbstsicht aus Tradition demokratischen Prinzipien verpflichtet, da „diese Lebensform [die Demokratie, L. R.] die einzige ist, die mit der menschlichen Würde und den Normen der christlichen Zivilisation vereinbar ist“.<sup>356</sup> Laureano Gómez sah die Konservative Partei, wegen ihres christlichen Fundaments, als prädestiniert für den Widerstand gegen despotische und totalitäre Regierungen an, wobei er sich im Oktober 1949 auf die als „parlamentarische Diktatur“ bezeichnete Oppositionspolitik der Liberalen Partei bezog.<sup>357</sup> Zur Lösung sozialer Probleme wurde die katholische Soziallehre als das einzig angemessene Instrument und Alternative zu kommunistisch inspirierten Handlungsvorschlägen gesehen.<sup>358</sup> So kündigte die Konservative Partei an, dass ihre Regierung in die Wirtschaft nur gemäß den päpstlichen Enzykliken eingreifen würde.<sup>359</sup>

Silvio Villegas, der in den 1930er Jahren zusammen mit Gilberto Alzate Avedaño die letzten Endes kurzlebige, vom italienischen Faschismus inspirierte *Acción Nacionalista Popular* gegründet hatte, sah die kolumbianischen Konservativen von den „ewigen, von Christus gelehrteten Wahrheiten“ angeleitet und erkannte an, dass es „eine Reihe von Grundsätzen gibt, die dem menschlichen Willen vorrangig“ seien.<sup>360</sup> Die Regionalzeitung *El Derecho* aus Tolima hob den göttlichen Ursprung von Autorität und politischer Macht hervor, womit die politische Orientierung der Konservativen Partei an traditionellen katholischen Prämissen deutlich wurde.<sup>361</sup>

---

<sup>354</sup> *El Derecho*, 11.2.1950, „Ubicación doctrinaria del conservatismo“.

<sup>355</sup> Ebenda.

<sup>356</sup> *El Derecho*, 28.1.1950, „Conservatismo y Democracia“.

<sup>357</sup> *El Tiempo*, 7.10.1949, „Laureano Gómez Repitió Anoche Sus Viejos Cargos Contra los Liberales“.

<sup>358</sup> *El Siglo*, 3.3.1947, „El triunfo conservador es necesario para salvar de la ruina a la nacion“. Vgl. auch Perea: Sangre, S. 55ff.

<sup>359</sup> *El Siglo*, 26.3.1946, „Postulados para un gobierno de unión nacional“.

<sup>360</sup> *El Siglo*, 30.12.1949, „Renacimiento Conservador“. S. auch Williford: Armando los Espíritus, S. 124ff., 189f.

<sup>361</sup> *El Derecho*, 29.4.1950, „Recta administración, programa conservador“.

Für sich nahm die Konservative Partei in Anspruch, mit diesen philosophisch-religiösen Prinzipien das Instrument gegen „die Anarchie der [politischen] Ideen und Gefühle“ zur Hand zu haben.<sup>362</sup> Laureano Gómez sah in der christlichen Lehre die Waffe der Konservativen Partei gegen den, in seiner Deutung, um sich greifenden Mangel an Moral, der nicht zuletzt mit der Verbreitung materialistischer Ideen im Bildungsbereich nach 16 Jahren liberaler Regierungen von 1930 bis 1946 begründet wurde.<sup>363</sup> Damit nahm der spätere Präsident Kolumbiens Bezug auf die erhöhte Aktivität des Staates im Bildungsbereich während der *República Liberal*, in dem die Katholische Kirche bis dato eine privilegierte Stellung, fixiert in Form eines Konkordats, innegehabt hatte.<sup>364</sup>

Der Erziehungsminister Mosquera Garcés sprach mit Bezug auf die liberalen Bildungsreformen, insbesondere während der Präsidentschaft von Alfonso López Pumarejo, von einer „kommunistischen Lehre“, die Einzug in Kolumbien gehalten habe. Er beklagte die Ausrichtung des Lehrplans, die Ausdruck der „unchristlichen materialistischen Auffassung des Lebens“ sei, welche die liberalen Politiker charakterisieren würde.<sup>365</sup> Aus diesem Grund sprach sich Miguel Ángel Builes, Bischof aus Santa Rosa de Osos (Antioquia), 1949 gegenüber dem Präsidenten vehement gegen den liberalen Erziehungsminister Fabio Lozano y Lozano aus. Builes teilte Ospina Pérez mit, dass „dessen Ideologie ausreichend bekannt ist [..., sodass] wir keinerlei Vertrauen in ihn haben können“.<sup>366</sup>

Die Notwendigkeit der Orientierung des Schulwesens an christlichen Grundsätzen sahen konservative Politiker auch dem verpflichtenden Schutz der „Familie als Grundeinheit der Zivilgesellschaft, die auf der katholischen Eheschließung gründet“, geschuldet. Den Eltern sprach die Konservative Partei daher, das „unveräußerliche Recht zu, ihre Kinder christlich zu erziehen“.<sup>367</sup> Die *kommunistische Lehre*, die in den kolumbianischen Schulen Einzug gehalten habe, unterminiere dieses angestammte Recht und schädige die gesellschaftliche Moral.<sup>368</sup> Folgerich-

<sup>362</sup> El Siglo, 30.12.1949, „El Renacimiento Conservador“.

<sup>363</sup> El Siglo, 7.10.1949, „Texto del discurso del Dr. Laureano Gómez“.

<sup>364</sup> Vgl. Alexander Hollerbach: Die neuere Entwicklung des Konkordatsrechts (Sonderdrucke aus der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg). Unter: [http://www.freidok.uni-freiburg.de/volltexte/5456/pdf/Hollerbach\\_Die\\_Neuere\\_Entwicklung.pdf](http://www.freidok.uni-freiburg.de/volltexte/5456/pdf/Hollerbach_Die_Neuere_Entwicklung.pdf) (Zugriff: 4.1.2013), S. 133f.

<sup>365</sup> El Derecho, 25.3.1950, „'La enseñanza Comunista le quitó el sentido apostólico al Magisterio Colombiano'“.

<sup>366</sup> „Carta al Excelentísimo Señor Presidente“ (AGN/PR/DSM/82/2/1-2, hier: 1)

<sup>367</sup> El Derecho, 4.3.1950, „Defensa de la familia“. Für die Bedeutung des Bildungssystems für die Akzeptanz einer sozialen und auch symbolischen Ordnung vgl. Anthony Giddens: The Nation-State and Violence. Cambridge 1985, S. 16.

<sup>368</sup> El Derecho, 20.1.1951, „Dolorosa realidad“.

tig lancierte Gómez, nachdem er 1950 das Präsidentenamt angetreten hatte, eine Christianisierungskampagne im Bildungsbereich, um die Reformen der vorherigen liberalen Regierungen rückgängig zu machen.<sup>369</sup>

Dem Schutz der Familie vor staatlichen Ein- und Zugriffen maßen Konservative eine besondere Bedeutung bei, da kommunistische Gruppierungen in ihren Augen die Familie in eine „Einheit ohne Rechte und ohne Bedeutung“ verwandeln wollen würden, weil die katholische Familie eine „Widerstandszelle gegen den marxistischen Materialismus“ darstelle.<sup>370</sup> Kommunistische Gruppierungen seien sich der Widerstandskraft intakter, christlicher Familien bewusst, wie der konservative *dirigente* Villarreal warnte. Zur Unterminierung der Grundfesten der kolumbianischen Gesellschaft würden linksgerichtete politische Kreise anstreben, das christliche Traditionsbewusstsein der Schüler durch kommunistische Ideologien zu ersetzen, um die Basis der gesellschaftlichen Verfassung, die Familie, zu zerstören.<sup>371</sup> Das Mitglied der Konservativen Partei Eduardo Pineda Sierra aus Medellín drückte vor dem Hintergrund der in der zweiten Hälfte der 1950er Jahre erneut aufflammenden Gewalt seine Sorge um „die gegenwärtige Situation Kolumbiens, die Katholische Religion, die Familie und unsere Partei“ aus.<sup>372</sup> In seinen Äußerungen kondensierten sich die ideologischen Grundfesten der Konservativen Partei, die ihre *jefes naturales* in der Frühphase des Untersuchungszeitraums vorgezeichnet hatten: der Katholizismus und die Familie als natürliche Bollwerke gegen die kommunistischen Ideologien.

Dieser Argumentationslogik folgend stellten auch die von den vorangegangenen liberalen Regierungen eingeführten Zivilehe und Ehescheidung das Einfallstor für die gefürchtete, von Russland und seinen sowjetischen Alliierten ausgehende kommunistische Invasion dar.<sup>373</sup> Dabei wurde liberalen Politikern vorgeworfen, die „perversen Doktrinen“, mit denen der „Charakter korrumpt und gegenüber der Religion gleichgültige Menschen ohne nationalistische Gewissen geformt werden“, intentional umzusetzen.<sup>374</sup> Die unter dem landesweiten Ausnahmezustand stattfindenden Legislativwahlen im Juni 1951 mussten daher von der Konservativen Partei gewonnen werden, „um die christliche Familie vor der Schei-

<sup>369</sup> Henderson: Modernization, S. 352f.

<sup>370</sup> El Derecho, 4.3.1950, „Defensa de la familia“.

<sup>371</sup> El Siglo, 13.10.1949, „Si el partido conservador ha de perecer, debe perecer combatiendo: J. M. Villarreal“.

<sup>372</sup> „Carta al Excelentísimo Señor Presidente de la República Teniente General Jefe Supremo“ (AGN/PR/DSP/107/32/32-33, hier: 32)

<sup>373</sup> El Derecho, 4.3.1950, „Defensa de la familia“.

<sup>374</sup> Ebenda.

dung, der Zivilehe, dem laizistischen Bildungssystem und der Zügellosigkeit, die das Prinzip der Autorität abschafft und die Bräuche korrumptiert, zu verteidigen“.<sup>375</sup>

Ihren liberalen Widersachern im politischen Feld Kolumbiens unterstellte die Konservative Partei wiederum pauschal einen Mangel an moralischen Prinzipien. Der Führungsriege der Liberalen Partei wurde attestiert, dass sie „von der politischen Moral eine sehr merkwürdige Vorstellung (*el más extraño concepto*)“ habe.<sup>376</sup> Ein exponiertes Ziel der konservativen Vorwürfe gegen Liberale waren Gaitán und seine Anhänger. Die nicht erfolgende Einhaltung des politischen Abkommens über die Revision der *cédulas*, die nach dem Machtantritt der Konservativen Partei beschlossen worden war, würde aus Sicht von Silvio Villegas das „moralische Verantwortungsbewusstsein“ von Gaitán beeinträchtigen.<sup>377</sup> Ihm wurde vorgeworfen, nicht moralisch zu handeln, sondern „einen Weg des Wahnsinns (*locura*) und der Gewalt zu beschreiten“.<sup>378</sup>

Für die Gewalt, die im Januar 1948 die Verhängung des Ausnahmezustandes in dem *departamento* Norte de Santander nach sich zog, machte *El Siglo* die dort ansässigen *gaitanistas* verantwortlich.<sup>379</sup> Zwar dienten die Reisen Gaitáns in die in der Frühphase der *Violencia* in hohem Maße von der Gewalt betroffenen *departamentos* Norte de Santander und Bolívar offiziell dem Ziel, „die Gemüter zu beruhigen“ und der zwischenparteilichen Gewalt Einhalt zu gebieten. Aus Sicht konservativer Politiker befriedigte Gaitán mit seinen Besuchen in Nordkolumbien aber in erster Linie sein Verlangen, die Resultate der von ihm propagierten Verfolgung und Vertreibung von Konservativen zu begutachten.<sup>380</sup> *El Siglo* setzte das Treffen von Gaitán mit liberalen Regionalpolitikern in Cucutá (Norte de Santander) in einen kausalen Zusammenhang mit den gewaltsauslösenden Auseinandersetzungen zwischen Konservativen und Liberalen in den Folgetagen, bei denen mehrere Personen verletzt wurden.<sup>381</sup> Angesichts der Gewalt, die von Liberalen nach einem Zusammentreffen von Gaitán mit mehreren *dirigentes liberales* ausgegangen sei, bezeichnete das Sprachrohr der *laureanistas* Gaitán als den „Urhe-

---

<sup>375</sup> El Derecho, 23.9.1950, „Consigna de victoria“. Da besagte Wahlen ohne Beteiligung der Liberalen Partei stattfanden, stand das Stimmenplus für die Konservative Partei bereits vor dem Urnengang fest.

<sup>376</sup> El Siglo, 26.2.1948: „El Enemigo de la Paz“.

<sup>377</sup> El Siglo, 1.2.1948; „El Arponazo“.

<sup>378</sup> El Siglo, 26.2.1948: „El Enemigo de la Paz“.

<sup>379</sup> El Siglo, 18.1.1948, „Estado de Sitio en Norte de Santander. La violencia lanzada por el gaitanismo, la causa“.

<sup>380</sup> El Siglo, 26.2.1948: „El Enemigo de la Paz“.

<sup>381</sup> El Siglo, 18.1.1948, „Capítulos que olvidará Gaitán“.

ber (*restaurador*) der liberalen Gewalt“.<sup>382</sup> Lázaro Espinosa argumentierte, dass Gaitán „die permanente Agitation, Unruhe und den zugespitzten Nervenkrieg“ brauche, um den Vorsitz in der Liberalen Partei zu rechtfertigen.<sup>383</sup> Während er die Gewalt staatlicher Sicherheitskräfte gegen die liberalen Zivilisten anklage, rufe er gleichzeitig zu Gewalt gegen Repräsentanten des Staates auf und versuche immerzu, die *Unión Nacional* zu torpedieren.<sup>384</sup> Inocencio Franco warf Gaitán vor, die sozialen Konflikte erst von der Straße in den Kongress getragen zu haben, um in der Folge dafür zu plädieren, die politischen Auseinandersetzungen wieder auf der Straße auszutragen.<sup>385</sup> Und Duarte French sah die von den *gaitanistas* ausgehende Gewalt darin begründet, dass der als Populist verunglimpfte Gaitán keine politischen Lösungen für die Probleme bieten könne, mit denen sich das Land konfrontiert sah. Daher sei „die Gewalt nichts anderes als der *gaitanismo* in Aktion“.<sup>386</sup>

Der Vorwurf der moralischen Defizite bezog sich allerdings mitnichten nur auf die Person Gaitáns. Der *Bogotazo*, als pars pro toto für die sich intensivierende politische Gewalt, einerseits und soziale politische Moral, bzw. ihr Mangel und Verfall, andererseits standen in der Wahrnehmung konservativer Meinungsmacher in einem sich gegenseitig bedingenden Verhältnis: Die Ausschreitungen nach der Ermordung Gaitáns und die als Straflosigkeit (*impunidad*) wahrgenommene Amnestie würden auf der einen Seite die „moralischen Grundfeste (*resortes morales*)“ der kolumbianischen Gesellschaft<sup>387</sup> zerstören bzw. habe die moralische Krise mit der *impunidad* Einzug in „die öffentliche Verwaltung, Politik und die Gesellschaft“ gehalten.<sup>388</sup> Auf der anderen Seite seien die zunehmende Gewalt zwischen den Parteien und die sich in der Straffreiheit manifestierende Passivität der Justiz gleichzeitig die Folge der „fünfzehnjährigen durch die liberalen Regie-

---

<sup>382</sup> El Siglo, 1.2.1948, „La Violencia en el departamento de Santander del Norte. Gaitanistas y extranjeros la desataron después de conferencia con el Dr. Gaitán“. Verwiesen sei an dieser Stelle auf die historische Dimension politischer Gewalt, die konservative Politiker herauszustellen suchten: *Restaurador* meint wörtlich übersetzt Restaurator, bezieht sich somit auf die Wiederherstellung eines bereits existenten Gegen- bzw. Umstands, der sich im konservativen Diskurs auf die von Liberalen ausgehende Gewalt gegen Konservative nach dem Regierungswechsel 1930 bezog.

<sup>383</sup> El Siglo, 26.2.1948: „El Enemigo de la Paz“.

<sup>384</sup> El Siglo, 19.1.1948, „Trabajar para vencer es la orden dada al conservatismo“.

<sup>385</sup> El Siglo, 7.2.1948, „Memorial de Agravios“.

<sup>386</sup> El Siglo, 26.1.1948, „Génesis de la Violencia“.

<sup>387</sup> El Derecho, 28.1.1950, „Conservatismo y Democracia“.

<sup>388</sup> El Derecho, 21.4.1951, „La Impunidad generó esta crisis moral“.

rungen hervorgerufenen moralischen Zersetzung“.<sup>389</sup> Fehlende moralische Standfestig- und Ehrlichkeit waren in dem Diskurs konservativer politischer Kreise sowohl Bedingung für als auch Folge der um sich greifenden Gewalt zwischen den Parteien.

Die moralischen Defizite liberaler Politiker würden sich weiterhin in der Nichtheinhaltung des „Ehrenwortes“ manifestieren, mit dem die Reform der Wahlgesetzgebung und die Überprüfung der ausgestellten *cédulas* nach dem Regierungsantritt der Konservativen Partei beschlossen worden war.<sup>390</sup> Der konservative *dirigente* Ramírez Moreno forderte Lleras Restrepo und Echandía in einem offenen Brief auf, „den Ehrenpakt, der Ihre Geschichte und Ihrem Ruhm in die Pflicht nimmt (*comprometer*)“ – die Überprüfung der *cédulas* – zu erfüllen und von dem impliziten Bruch der Verfassung Abstand zu nehmen.<sup>391</sup>

Diese Forderung der Konservativen Partei beruhte auf der Annahme, dass die liberalen Regierungen, während der vorherigen vier Amtszeiten, umfassenden systematischen Wahlbetrug begangen hätten. Der Vorwurf des *fraude* an die Liberale Partei, als Symptom ihrer moralischen Defizite, kann als Konstante der Frühphase der *Violencia* bezeichnet werden. Diese Klage beruhte auf der nicht möglichen Zuordnung von *cédulas*, die für die Stimmabgabe bei politischen Wahlen obligatorisch waren, zu kolumbianischen Staatsbürgern, auf der Ausstellung von Ausweispapieren an nicht wahlberechtigte Minderjährige und auf der mehrfachen Ausgabe von *cédulas* an Wahlberechtigte.<sup>392</sup> Bei der Formulierung dieser Klage stützte sich die Konservative Partei auf die Ergebnisse, zu denen eine mit der Überprüfung der *cédulas* beauftragte kanadische Kommission gekommen war. Der Untersuchung zufolge wiesen 1.8 Millionen *cédulas* schwerwiegende Unregelmäßigkeiten auf und 1.37 Millionen *cédulas* waren ohne den obligatorischen eindeutigen Identitätsnachweis ausgegeben worden.<sup>393</sup> Den Liberalen wurde vorgeworfen, die gefälschten Ausweispapiere intentional zur Fälschung der Wahlergebnisse einzusetzen<sup>394</sup> – die Konservative Partei, insbesondere die *laureanistas*, setzten nicht eindeutig zuzuordnende *cédulas* mit gefälschten *cédulas* gleich.

<sup>389</sup> El Derecho, 7.4.1951, „El 9 de Abril de 1948“.

<sup>390</sup> El Siglo, 26.2.1948: „El Enemigo de la Paz“; s. auch El Siglo, 9.11.1949, „La actuación subversiva del Congreso es la causa de la inquietud en la República“.

<sup>391</sup> Der Brief wurde Mitte 1949 in *El Siglo* abgedruckt. Zitiert in: Acevedo Carmona: Mentalidad, S. 109. Dem Autoren hat sich allerdings ein orthographischer Fehler eingeschlichen, so dass das genaue Datum nicht erkennbar ist. Genannt ist der „junio 9 de 1949“.

<sup>392</sup> El Siglo, 5.1.1948, „Festín de Cadáveres“.

<sup>393</sup> El Siglo, 3.11.1949, „El Gobierno garantiza comicios puros y tranquilos; dice Ospina“.

<sup>394</sup> Eco Nacional, 16.11.1947, „Conspira Contra la Dignidad de la Patria, Dijo Laureáno Gómez“.

Den Ursprung dieser betrügerischen Praktik verortete die Konservative Partei in der Phase der liberalen Regierungen von 1930 bis 1946. Enrique Olaya Herrera war 1930 nur zum Präsidenten Kolumbiens gewählt worden, weil sich der konservative Stimmenanteil auf zwei konservative Präsidentschaftskandidaten verteilt hatte – so wie es der Liberalen Partei 1946 ergehen sollte. Wegen dieses De-facto-Minderheitenstatus habe die Liberale Partei auf das Mittel der Wahlfälschung und der Ausstellung gefälschter Ausweispapiere zurückgegriffen, um sich trotzdem an der Macht halten zu können. Konservative Politiker stellten die gewaltsamen Auseinandersetzungen, zu denen es im Zuge des Machtwechsels 1930 und den folgenden Wahlen zu den legislativen Körperschaften kam, in einen kausalen Zusammenhang mit dem beklagten *fraude*.<sup>395</sup>

Laureano Gómez, der in den 1940er Jahren einflussreichste konservative Politiker Kolumbiens, betonte, dass der *fraude* unabdingbar verknüpft mit der zunehmenden Gewalt zwischen den Parteien sei<sup>396</sup>: „Die Gewalt ist untrennbare Gefährtin des Betruges“.<sup>397</sup> Die Gewalt sei aus Sicht der Konservativen das notwendige Mittel, um den betrügerischen Praktiken nachzugehen, denn der Wahlbetrug, ausgehend von den liberalen Regierungen ab 1930, habe in den Folgejahren von einer „maßlosen Gewalt gestützt werden“ müssen.<sup>398</sup> Die Gewalttaktiken führten aus Sicht konservativer Politiker dazu, dass das „Prinzip der politischen Legitimität zerstört wurde“.<sup>399</sup> Die zeitgenössische Gewalt in der zweiten Hälfte der 1940er Jahre lag demnach begründet in den 1930er Jahren, als Liberale versucht hätten, gewaltsam, „durch das Mittel der Barbarei die Konservative Partei auszulöschen“.<sup>400</sup> Auch mehr als eine Dekade später hielt Gómez an seiner These fest, dass der Wahlbetrug und die Gewalt unauflöslich miteinander verbunden seien.<sup>401</sup>

Die Konservative Partei hingegen nahm für sich in Anspruch, die seit der Unabhängigkeit florierende politische Gewalt bis 1930 aus dem politischen Feld Kolumbiens verbannt zu haben. Die liberalen Regierungen der *República Liberal* würden diese Entwicklung aber aus der Sicht konservativer Politiker mit der Etablierung des „Kults der Gewalt und der Geringschätzung des Lebens“ wie-

---

<sup>395</sup> El Siglo, 20.1.1948, „El presidente de Colombia“.

<sup>396</sup> El Siglo, 15.11.1949, „Restablecer el respeto a la vida es interés del partido“.

<sup>397</sup> Eco Nacional, 16.11.1947, „Conspira Contra la Dignidad de la Patria, Dijo Laureáno Gómez“.

<sup>398</sup> El Siglo, 22.3.1946, „La amenaza del fraude“. S. auch El Siglo, 21.12.1947, „El Gran Responsable“; El Siglo, 19.1.1948, „Tratamiento de Morfina“.

<sup>399</sup> El Siglo, 15.11.1949, „Restablecer el respeto a la vida es interés del partido“.

<sup>400</sup> El Siglo, 5.1.1948, „Festín de Cadáveres“.

<sup>401</sup> El Siglo, 2.2.1961, „Entrevista concedida por el expresidente Gómez con motivo de las bodas de plata de EL SIGLO“.

der rückgängig machen.<sup>402</sup> Politisch motivierte Morde seien ausgehend von den 1930er Jahren, seit der Regierung von Olaya Herrera, zu einem Instrument der politischen Einflussnahme geworden. Die Gewalt als Instrument in politischen Auseinandersetzungen habe somit in der konservativen Wahrnehmung eine historische Dimension und würde sich mitnichten auf den Zeitraum ab 1946 beschränken, als die Konservative Partei die Geschicke des Landes übernommen hatte.<sup>403</sup>

Die sich vor den Legislativwahlen 1947 intensivierende Gewalt zwischen den *partidos tradicionales* diene aus Sicht des rechten Flügels der Regierungspartei dazu, eine Revision der Ausweispapiere zu verhindern sowie die Praktiken des Wahlbetruges und damit die Parlamentsmehrheiten aufrechtzuerhalten.<sup>404</sup> Aus dieser Perspektive betrachtet nahm die Konservative Partei die zunehmende Gewalt zwischen den Parteien weniger als das eigentliche Problem wahr, sondern sie war vielmehr das Symptom eines politischen Missstandes, nämlich des von der Liberalen Partei praktizierten Wahlbetruges<sup>405</sup>: „Solange der Wahlbetrug nicht beseitigt wird, werden jedwede Maßnahmen (*cuanto se haga*) unnütz sein.“<sup>406</sup>

Auch das Vorhaben der Liberalen Partei, die für 1950 geplanten Präsidentschaftswahlen vorzuziehen, diente laut konservativen Politikern dem Ziel, die von der Konservativen Partei geforderte Überprüfung der *cédulas* zu verhindern.<sup>407</sup> Angesichts der „bevorstehenden Niederlage bei den nächsten Wahlen, hat sich [die Liberale Partei, L. R.] entschieden, auf ihren alten Alliierten, den Wahlbetrug, zurückzugreifen“, um den Verlust der politischen Einflussmöglichkeiten durch den Einsatz massiver Gewalt gegen konservative Wähler abzuwenden.<sup>408</sup> Da in der Perspektive von Teilen der Konservativen Partei Betrug und Gewalt in einem ursächlichen Zusammenhang standen, sei die um sich greifende *impunidad* eine nahezu zwangsläufige Folge des *fraude*. Die mit dem Wahlbetrug kausal verbundene Gewalt habe zu einer zwangsläufigen Korrumperung und parteipolitischen Instrumentalisierung der Judikativen durch die liberalen Regierungen während der *República Liberal* geführt.<sup>409</sup> Daher würden *gaitanistas* aus Sicht konservati-

<sup>402</sup> El Siglo, 19.1.1948, „Tratamiento de Morfina“.

<sup>403</sup> El Siglo, 4.10.1949, „Aspectos históricos de la violencia“.

<sup>404</sup> El Siglo, 1.2.1948; „El Arponazo“.

<sup>405</sup> El Siglo, 27.2.1948, „La Base de un Entendimiento“.

<sup>406</sup> Das Zitat ist in den Titel der Zeitung auf der ersten Seite integriert, vgl. El Siglo, 19.1.1948.

<sup>407</sup> El Siglo, 3.10.1949, „El Precio de una Candidatura“.

<sup>408</sup> El Siglo, 24.10.1949, „Un monstruoso fraude prepara el liberalismo en todo el país“.

<sup>409</sup> El Siglo, 16.5.1952, „La puerta de la impunidad“.

ver Politiker aus Norte de Santander davon ausgehen können, dass die von ihnen begangenen Gewalttaten in der Regel straflos bleiben würden.<sup>410</sup>

Eine weitere Konsequenz der defizitären politischen Moral, die konservative Politiker in der Liberalen Partei ausmachten, sei ihre unaufrechte Beteiligung an der *Unión Nacional*, die von Ospina Pérez im Zuge des Regierungswechsels 1946 eingerichtet worden war. Laureano Gómez attestierte der Liberalen Partei, keine Ernsthaftigkeit in ihrer politischen Betätigung erkennen zu lassen.<sup>411</sup> Während die Koalitionsregierung mit der Liberalen Partei ein Ausdruck der Aufrichtigkeit und Überzeugung von Ospina Pérez sei, würden die liberalen Koalitionäre, so urteilten einige konservative Politiker, die ihnen anvertrauten Machtpositionen lediglich aus taktischen Überlegungen nutzen. Die Liberale Partei beteilige sich aus Sicht konservativer Kreise an der *Unión Nacional*, ohne nennenswerte populare Unterstützung für die geteilte politische Verantwortung zu mobilisieren, und beschränke sich auf die Entsendung von Personal zur Besetzung der ihr anvertrauten Posten. Die dem rechten Flügel der Konservativen Partei zuzuordnende Zeitung *Eco Nacional* warf der Liberalen Partei vor, aus den Machtpositionen heraus gegen die Regierung zu konspirieren und sie zu sabotieren.<sup>412</sup> Silvio Villegas beschuldigte die liberalen Politiker, die Regierungsbeteiligung lediglich dazu zu nutzen, sich für die Wahlen aussichtsreiche Positionen zu verschaffen – wie die Kongresswahlen im März 1947 gezeigt hätten.<sup>413</sup> Die konservativen Journalisten bezeichneten das liberale Personal in der Verwaltung als „*quinta columna*“, womit der Liberalen Partei de facto vorgeworfen wurde, nicht nur gegen die Konservative Partei und die Regierung zu arbeiten, sondern auch die Interesse der Nation – der *patria* – zu verraten.<sup>414</sup>

So hatte die Liberale Partei mit der Konservativen nach dem *Bogotazo* erneut eine Wahlgesetzreform und die Revision der für die Stimmabgabe bei Wahlen erforderlichen *cédulas* vereinbart, um im Gegenzug eine Amnestie für die liberalen Aufständischen gegen konservative Vorbehalte durchsetzen zu können. Gómez klagte vor den Präsidentschaftswahlen 1949 die Liberale Partei an, die Verfassung aus opportunistischen Überlegungen heraus verletzt zu haben. Die liberalen Vertreter in der Koalitionsregierung unter Ospina Pérez hätten keinerlei Anstrengungen unternommen, diese Abmachung einzuhalten – obwohl der Liberale Dario

---

<sup>410</sup> El Siglo, 6.2.1948, „La impunidad y el sectarismo liberal causas de la violencia en el Norte“.

<sup>411</sup> El Siglo, 3.11.1949; „El 27 Salvaremos La Democracia“.

<sup>412</sup> Eco Nacional, 19.10.1947, „La Emboscada“.

<sup>413</sup> Eco Nacional, 27.10.1947, „La Unión Nacional y la Beligerancia Política“.

<sup>414</sup> Eco Nacional, 19.10.1947, „La Emboscada“.

Echandía dem *ministerio de gobierno*, der für diese innenpolitischen Maßnahmen verantwortlich war, vorstand.<sup>415</sup> Stattdessen sollten durch die Verabschiebung „ummoralerischer und subversiver Gesetze“, welche die Verfassung verletzen würden, die Präsidentschaftswahlen vorgezogen werden, um die Überprüfung der *cédulas* zu verhindern und „sich die Früchte des Betruges zu sichern“, wie der Vorsitzende der Konservativen Partei José María Villarreal gegenüber den Delegierten der *Convención Conservadora* erklärte.<sup>416</sup> So sei auch der Erfolg bei den Legislativwahlen 1949, den die Liberale Partei verzeichnen konnte, lediglich auf die Existenz der gefälschten Identifikationspapiere zurückzuführen.<sup>417</sup>

Da das politische System Kolumbiens die Direktwahl des Präsidenten vorsah und die Legislativwahlen von den Wahlen zur Exekutive getrennt durchgeführt wurden, behielt die Liberale Partei in den legislativen Körperschaften die Mehrheit inne. Diese konnte sie ungeachtet der Wahl eines konservativen Präsidenten 1946 bei den Wahlen im Folgejahr behaupten. Anfangs versuchte die Liberale Partei über die Regierungsbeteiligung im Rahmen der *Unión Nacional*, die politische Führung des Landes mit zu gestalten. Als zunehmend deutlich wurde, dass diese Strategie nicht die gewünschten Ergebnisse brachte, wie sich an dem mehrfachen Rückzug der liberalen Koalitionäre aus der Regierung verdeutlichte, zielte die Liberale Partei darauf, über ihr politisches Gewicht in der Legislative Einfluss auf die politische Führung des Landes zu nehmen. Als *Resistencia Civil* bezeichnete der *Directorio Nacional Liberal* die Politik, aus der Opposition heraus die Geschicke des Landes bestimmen bzw. entscheidend beeinflussen zu wollen.<sup>418</sup> Die von Konservativen dominierte Exekutive akzeptierte diese Form der aktiven Opposition nicht, da die liberalen Mehrheiten, aus konservativer Sicht, lediglich durch falsche *cédulas* und die systematische Fälschung von Wahlergebnissen erlangt worden seien.<sup>419</sup>

Konservative Politiker bezeichneten die Oppositionspolitik der Liberalen Partei, die *Resistencia Civil*, als „Attentat auf die öffentliche Ordnung“, da sie dem Anspruch der konservativen Regierung, die verfassungsmäßige Ordnung zu wahren, diametral gegenüberstünde. Sie beschuldigten die Liberale Partei, vor dem Hintergrund ihrer defizitären politischen Moral die Verfassung zu verletzen, indem

---

<sup>415</sup> El Siglo, 3.11.1949; „El 27 Salvaremos La Democracia“.

<sup>416</sup> El Siglo, 13.10.1949, „Si el partido conservador ha de perecer, debe perecer combatiendo: J. M. Villarreal“.

<sup>417</sup> El Siglo, 22.11.1949, „Un Orden Nuevo“.

<sup>418</sup> In Kapitel 2 des Teils III der vorliegenden Arbeit gehe ich näher auf die sogenannte *Resistencia Civil* ein.

<sup>419</sup> Gutiérrez: Rebeldía, S. 79; Henderson: Modernization, S. 317ff..

sie die Kompetenzen der Exekutive einzuschränken versuchte.<sup>420</sup> Uribe Cualla, Kommentator von *El Siglo*, zufolge zielen die liberalen Kongressabgeordneten darauf, „die präsidiale Autorität zu vernichten und die Machtkompetenzen des Staatsoberhauptes zur Wahrung der öffentlichen Ordnung bis zur Abschaffung zu beschneiden“.<sup>421</sup> *Eco Nacional* wertete die Reformvorhaben der liberalen Fraktion im Kongress, die vor allem eine stärkere Kontrolle der staatlichen Sicherheitskräfte durch die Legislative zum Ziel hatten, als eine „Tyrannei der Legislative“ und klagte die Liberale Partei, die „Subversion in den Kongress getragen zu haben“, nachdem der Einfluss der Liberalen Partei in der Gewerkschaft CTC und die Instrumentalisierung der Arbeiter für politische Zwecke nicht die gewünschten Ergebnisse gebracht hätten.<sup>422</sup> Die parlamentarische Arbeit der Liberalen wurde als generalisierte subversive Tätigkeit gegen die staatlichen Autoritäten auf allen Ebenen des Staates (*Congreso*, *Asambleas Departamentales* und *Concejos Municipales*) wahrgenommen.<sup>423</sup> Der konservative Journalist Arturo Estrada bezeichnete die von der liberalen Kongressmehrheit angestrengte Reformpolitik als „einen dem unheilvollen 9. April gleichenden Überfall auf den Präsidenten und die nationale juristische Ordnung [und] als den klassischen kommunistischen Anschlag (*golpe*)“.<sup>424</sup>

Mit den politischen Projekten der liberalen Fraktion, wie dem geplanten Vorziehen der Präsidentschaftswahlen auf den November 1949, werde dem „Parlament die noch verbleibende Reputation genommen, die schon durch die Übergriffe der Mehrheitsdiktatur (*dictadura de mayorías*) geschmälert worden war“.<sup>425</sup> Derart stelle die Liberale Partei ihr mangelndes Pflichtbewusstsein gegenüber demokratischen Verfahrensweisen unter Beweis<sup>426</sup>: „Wenn der Liberalismus sich der Überprüfung der *cédulas* widersetzt, beweist er damit nicht nur die Illegitimität seiner angeblichen Mehrheiten (*pretendidas mayorías*), sondern ist auch der einzige Verantwortliche für die verdammte Plage von politischen Morden.“<sup>427</sup>

---

<sup>420</sup> *El Siglo*, 6.1.1948, „Resistencia Civil“.

<sup>421</sup> *El Siglo*, 1.10.1949, „El Poder para qué?“.

<sup>422</sup> *Eco Nacional*, 16.11.1947, „Contra la Subversión, el País mantendrá el Orden“; s. auch *El Siglo*, 13.10.1949, „Si el partido conservador ha de perecer, debe perecer combatiendo: J. M. Villarreal“.

<sup>423</sup> *El Siglo*, 8.10.1949, „El Gobierno conservará el orden por todos los medios, declaró ante la Cámara el ministro de gobierno, ayer“.

<sup>424</sup> *El Siglo*, 6.10.1949, „Paralelismo“.

<sup>425</sup> *El Siglo*, 3.10.1949, „El Precio de una Candidatura“; s. auch *El Siglo*, 7.10.1949, „Texto del discurso del Dr. Laureano Gómez“.

<sup>426</sup> *El Siglo*, 3.11.1949; „El 27 Salvaremos La Democracia“.

<sup>427</sup> Die Aussage befindet sich an prominenter Stelle auf der ersten Seite der Ausgabe von *El Siglo* vom 4.12.1947.

Das mangelnde Bekenntnis zu demokratischen Grundsätzen, das konservative Politiker ihren liberalen Konterparts vorwarfen, verdeutlichte sich ebenfalls in der Doppelmoral, welche die Liberale Partei aus Sicht von *Eco Nacional* offensbare. Während sie sich in den öffentlichen Verlautbarungen für „den Frieden und die öffentliche Ruhe“ ausspreche, unterstütze sie gleichzeitig die „barbarischen Parolen der *bandoleros* in Sumapaz und den Llanos“.<sup>428</sup> Gefordert wurde von den Liberalen, von ihrer politischen Strategie – „dem Tragen des Schafsfalls, um nachher mit Waghalsigkeit und Feigheit die verräterische Kralle des Schakals herauszuholen“ – abzurücken.<sup>429</sup>

Das subversive Vorgehen und der fehlende Respekt gegenüber Beamten sowie staatlichen Einrichtungen würden sich, wie *El Siglo* beklagte, in physische, gewaltsame Auseinandersetzungen auf dem Land, jenseits der legislativen Körperschaften, übersetzen.<sup>430</sup> Mit den verbalen Debatten und Anfeindungen in der Legislative würden die „latenten barbarischen und brutalen Instinkte“ der liberalen Gefolgschaft stimuliert, die sich in der Gewalt gegen staatliche Sicherheitskräfte und Konservative manifestierten.<sup>431</sup> So sei die Taktik der *Resistencia Civil*, die „organisierte Subversion“, der Grund für die Tötung von über 200 Polizisten gewesen.<sup>432</sup> Bereits 1946 war Gaitán der Vorwurf gemacht worden, als Demagog e die „animalischen Instinkte“ seiner Gefolgschaft zu stimulieren und „die verabscheuenswürdigen Passionen“ des *pueblo* zu instrumentalisieren.<sup>433</sup>

Die konservativen Abgeordneten und Senatoren erklärten, dass die Situation, die zur Verhängung des Ausnahmezustands am 9.11.1949 führte, allein der „subversiven Handlung der Parlamentsmehrheit“ geschuldet sei, mit denen die Verfassung verletzt würde. So habe sie die Streitkräfte mehrfach zur Missachtung der Verfassung aufgerufen, das Abkommen zwischen den *partidos tradicionales* gebrochen und das Vorziehen der Wahlen kraft ihrer Mehrheit in der Legislative durchgesetzt, um die ihnen nach der Überprüfung der *cédulas* drohende Wahlniederlage zu verhindern.<sup>434</sup>

---

<sup>428</sup> *Eco Nacional*, 8.5.1952, „El Conservatismo Rechaza la Violencia“.

<sup>429</sup> *Eco Nacional*, 6.8.1952, „Hechos y No Palabras“.

<sup>430</sup> *El Siglo*, 8.10.1949, „El Gobierno conservará el orden por todos los medios, declaró ante la Cámara el ministro de gobierno, ayer“.

<sup>431</sup> *El Siglo*, 3.11.1949; „El 27 Salvaremos La Democracia“.

<sup>432</sup> *El Siglo*, 3.11.1949, „El Gobierno garantiza comicios puros y tranquilos; dice Ospina“; s. auch *El Siglo*, 9.11.1949, „La Retirada al Aventino“.

<sup>433</sup> Zitiert in: Green: Gaitanismo, S. 219.

<sup>434</sup> *El Siglo*, 9.11.1949, „La actuación subversiva del Congreso es la causa de la inquietud en la República“.

Antonio M. Cardozo zufolge bedinge die Politik der Liberalen Partei im Rahmen der *Unión Nacional* die Gewalt, welche die Verhängung des landesweiten Ausnahmezustandes zur Wahrung der öffentlichen Ordnung notwendig mache.<sup>435</sup> Die *laureanistas*, die in *El Siglo* ihre Plattform hatten, sahen in der Verhängung des Ausnahmezustands die einzige Lösung, das Land vor dem Chaos und den zunehmenden Unruhen zu retten.<sup>436</sup> Aus konservativer Sicht war die Enthaltung von den Präsidentschaftswahlen 1949 logische Folge der politischen Unternehmungen der Liberalen Partei.<sup>437</sup> Mit dem Dekret 03520 vom 9.11.1949 wurden der Kongress und die *Asambleas Departamentales* geschlossen. Da „das Zusammentreten der *concejos municipales* in der Mehrheit der Gemeinden Anlässe zur Unruhe darstellt“, suspendierte das Dekret auch die Sitzungen der Gemeinderäte.<sup>438</sup>

## 2.2 Die Liberale Partei als zeitgemäße Verteidigerin des Fortschritts

Die Liberale Partei wiederum stellte sich in Abgrenzung zur Konservativen als moderner und dynamischer Zusammenschluss dar, der den Anforderungen der Moderne gewachsen sei, da ihre politische Aktivität auf den Idealen der europäischen Aufklärung fuße. Dem liberalen Abgeordneten Jorge Osorio aus Tolima folgend sei die Liberale Partei von „den Prinzipien, die seit der Erstürmung der Bastille bis in die Gegenwart die Standarte und Leuchtturm der freien Menschen ist“, geleitet.<sup>439</sup> Die Dynamik der Liberalen Partei unterstreichend betonten ihre Vertreter, dass der Staat unter den liberalen Regierungen von 1930 bis 1946 einen fundamentalen Wandlungsprozess durchgemacht habe. Während der *República Liberal* habe die Partei aus der Sicht liberaler Politiker durch die von der Regierung López Pumarejo angestrengten, der *New Deal* Roosevelts ähnlichen Reformpolitik einen Charakter erlangt, der insbesondere populäre Schichten schütze und ihnen zugute komme.<sup>440</sup> Derart habe die Liberale Partei die Antwort auf die steigenden Anforderungen einer sich modernisierenden Wirtschaft und Gesellschaft gegeben.<sup>441</sup>

Der angesehene liberale Politiker López de Mesa betonte, in Anspielung auf das ausgeprägte Traditionsbewusstsein der Konservativen Partei, dass eine politische

<sup>435</sup> El Derecho, 27.5.1951, „La oposición y el gobierno“.

<sup>436</sup> Acevedo Carmona: Mentalidad, S. 130.

<sup>437</sup> El Siglo, 9.11.1949, „La Retirada al Aventino“.

<sup>438</sup> Das Dekret ist abgedruckt in: El Tiempo, 10.11.1949.

<sup>439</sup> El Mundo, 14.4.1949, „Hagamos de Colombia un País integralmente libre“. S. auch Dennis: National Identity, S. 97; Green: Gaitanismo, S. 226ff.

<sup>440</sup> Calvo Ospina: Colombia, S. 43ff.

<sup>441</sup> Vgl. Acevedo Carmona: Mentalidad, S. 50.

Partei Mitte des 20. Jahrhunderts nicht an „statischen Programmen anderer Epochen“ festhalten dürfe, sondern zeitgemäß und flexibel auf „die drängenden Probleme, welche die Gegenwart uns aufzwingt“, reagieren müsse. Die den Umständen der Zeit angepassten Handlungswege zur Lösung politischer Missstände wollte er aber von programmatischen Grundsätzen geleitet wissen, die nicht der Beliebigkeit unterworfen seien. Für die Liberale Partei seien diese Ordnung und soziale Gerechtigkeit, wirtschaftlicher Fortschritt und Prosperität sowie die Sorge um das öffentliche Bildungswesen.<sup>442</sup> Die Liberale Partei definierte sich daher als „Partei der Ordnung und der Gerechtigkeit, des Friedens und des Rechts, die lediglich damit beschäftigt ist, die Freiheit zu verteidigen“.<sup>443</sup> Auch um sich vor dem Hintergrund der angekündigten Unterstützung der Kommunistischen Partei für Gaitán bei den Parlamentswahlen 1947 präventiv vor den zu erwartenden Anfeindungen zu verteidigen, betonte *El Tiempo*, dass der Kampf für die Freiheit und ihre Verteidigung vor den drohenden Einschränkungen durch die politische Rechte und Linke zu den Grundpfeilern der Liberalen Partei gehöre.<sup>444</sup>

Aus ihrem Selbstverständnis heraus, mit einem politikphilosophischen Fundament der Aufklärung und linksliberalen Traditionen, sprachen liberale Politiker der Konservativen Partei den in der Selbstdarstellung postulierten demokratischen und die Verfassung schützenden Charakter ab.<sup>445</sup> In ihren Augen sei die Konservative Partei eine „Partei der Reaktion und der Barbarei, ein politischer Zusammenschluss des Massakers und des Hasses“.<sup>446</sup> Für Lleras Restrepo war Laureano Gómez „nichts anderes als das Chaos, die Gesetzlosigkeit (*anarquía*), das Symbol des Hasses“.<sup>447</sup> Während ihrer 45jährigen Regierungszeit von 1886 bis 1930 habe die Konservative Partei „dem *pueblo* nichts gegeben außer der Missachtung seiner Intelligenz, seiner Gesundheit [und] seiner Würde“.<sup>448</sup> Aus Sicht der Liberalen Partei stelle die Konservative „die stagnierte Tradition, die tote Vergangenheit“ dar.<sup>449</sup> In der Einschätzung ihrer konservativen Pendants sahen sich liberale Politiker auch im Nachhinein bestätigt: Vier Monate nach dem Putsch von Rojas Pinilla blickte *El Tiempo* zurück auf die Regierung Gómez und befand, dass „der

<sup>442</sup> *El Tiempo*, 21.1.1947, „Sobre la Fuerza Creadora de las Ideas Liberales Disertó López de Mesa“.

<sup>443</sup> *La Opinión*, 3.6.1949, „En Plena Batalla“.

<sup>444</sup> *El Tiempo*, 25.1.1947, „Entre dos Extremismos“.

<sup>445</sup> Vgl. Green: Gaitanismo, S. 10.

<sup>446</sup> *La Opinión*, 3.6.1949, „En Plena Batalla“.

<sup>447</sup> *El Siglo*, 29.10.1949, „Lleras rompió las conversaciones de paz“.

<sup>448</sup> *El Tiempo*, 30.1.1947, „El Partido y los Trabajadores“.

<sup>449</sup> *El Tiempo*, 1.7.1949, „La Gran Paradoja“.

Hass die einzige Norm offizieller Handlungen [gewesen] war“. Die Regierung Gómez sei aus Sicht der liberalen Journalisten „eines der unheilvollsten Regimes der kolumbianischen Geschichte“ gewesen.<sup>450</sup>

Die Zeit vor dem Antritt der liberalen Regierungen 1930 sahen liberale Politiker als kulturlose Epoche Kolumbiens an. Die *hegemonia conservadora* habe, aus liberaler Blickwarte betrachtet, sozialen und wirtschaftlichen Rückschritt, diktatorische Anwendungen und Stagnation bedeutet.<sup>451</sup> Bei den Parlamentswahlen von 1947 drohe, sollte die Konservative Partei eine Stimmenmehrheit in den legislativen Körperschaften erreichen, dass „das Land in die finsternen Epochen der Vorherrschaft der Konservativen zurückkehrt“.<sup>452</sup> Lleras Restrepo beschwore zu Beginn des wichtigen Wahljahres 1949 die Einheit der Liberalen Partei und rief in Erinnerung, was die konservativen Regierungen vor 1930, „die abscheulichen Jahre“, bedeuteten:<sup>453</sup> Die Rechte der Arbeiterschaft seien, ihm zufolge, in keiner Weise geachtet worden, auf Streiks sei mit *Consejos de Guerra* reagiert worden, öffentliche Gelder seien nicht für die „primordialen Notwendigkeiten des *pueblo*“ verwendet worden, der keinerlei Leistungen im Gesundheitswesen in Anspruch hätte nehmen können, und „nicht einmal ein Zehntel der Jugend des *pueblo*“ sei in Schulen unterrichtet worden.<sup>454</sup> Die Konservative Partei sei, wie Lleras Restrepo betonte, um die Notwendigkeit des Wahlsieges zu unterstreichen, 1946 mit „derselben Mentalität, denselben Lastern, demselben demokratischen Geist [und] demselben Gerechtigkeitssinn, den er in den vorherigen vierzig Jahren unter Beweis gestellt hatte“, an die Macht gekommen.<sup>455</sup>

Sich selbst sahen liberale Politiker dem Fortschritt und der Modernisierung des Landes verpflichtet. Arriaga Andrade, Mitglied der *Dirección Nacional Liberal*, verwies auf den Zustand, in dem seine Partei das Land 1930 übernommen habe: „gelähmt (*paralítica*), arm, schutzlos (*inerme*) [und] von Lastern geprägt (*ensimismada en sus vicios*)“.<sup>456</sup> In der vier Amtszeiten umfassenden *República Liberal* habe die Liberale Partei es vermocht, Kolumbien in ein „grandioses (*altanera*), kräftiges, reiches, von Straßen und Eisenbahnlinien durchkreuztes Land mit echten Städten und Universitäten sowie Schulen [und] in ein Spiegelbild der

<sup>450</sup> El Tiempo, 14.10.1953, „Después de cuatro meses“.

<sup>451</sup> Vgl. Acevedo Carmona: Mentalidad, S. 45, 50.

<sup>452</sup> El Tiempo, 28.1.1947, „Una Victoria Total“.

<sup>453</sup> El Tiempo, 24.1.1949, „Lleras Restrepo Pide la Unión del Liberalismo para Lograr el Triunfo“.

<sup>454</sup> Ebenda.

<sup>455</sup> Ebenda.

<sup>456</sup> El Tiempo, 23.1.1947, „Defensa de la Obra Liberal“.

Demokratie“ zu verwandeln.<sup>457</sup> Bei dem Aufzeigen des Fortschritts, den Kolumbien unter liberaler Präsidentschaft erlebt habe, verwiesen liberale Politiker auf materielle Errungenschaften einerseits, auf die Herausbildung einer demokratischen, politischen Kultur, die sozialer Gerechtigkeit und Inklusion verpflichtet sei, andererseits.

Mit Blick auf die materiellen Verbesserungen haben Vertreter der Liberalen Partei insbesondere die bereits von Arriaga Andrade erwähnte Erweiterung des Straßennetzes und den unter liberaler Schirmherrschaft angestoßenen Ausbau der Eisenbahnlinien hervor. Mit den staatlichen Investitionen in die Infrastruktur seien *departamentos* wie Boyacá, Huila und Nariño aus ihrer Isolation befreit und sowohl die dort ansässige landwirtschaftliche Produktion als auch die in ihren Anfängen steckende (häusliche) Industrie gefördert worden.<sup>458</sup> Der liberale Senator Julio Roberto Salazar Ferro verwies ebenfalls auf die infrastrukturelle Anbindung und Kommunalentwicklung vieler Gemeinden des *departamento* Boyacá als Erbe der *República Liberal*.<sup>459</sup> Besonderes Augenmerk lege die Liberale Partei, wie ihrer exponierten Vertreter unterstrichen, auf die sozial und wirtschaftlich marginalisierten Schichten. Der Bau von Wohnungen für die wachsende Zahl von urbanen Arbeitern und die von den liberalen Regierungen angestrengten Kampagnen zur Schaffung von Unterkünften für verarmte *campesinos* hätten darauf gezielt, „viele der größten nationalen Probleme zu lösen“: mit den staatlich initiierten Bauvorhaben „verfolgen wir [die Liberalen, L. R.] keine luxuriösen Unternehmungen, sondern suchen nach Möglichkeiten, der Gemeinschaft mit den besten Absichten zu dienen“.<sup>460</sup> Die Sorge um soziale Schichten, die unter den konservativen Regierungen weitgehend marginalisiert geblieben seien, habe sich ebenso in den von liberalen Regierungen angestrengten Reformen in der Sozial- und Arbeitsgesetzgebung geäußert.

Der *dirigente liberal* Arriaga Andrade forderte seine Zuhörer auf, einen Vergleich zwischen der Zeit vor 1930 und der *República Liberal* sowie ihrem Erbe zu ziehen. Er unterstrich die Fortschritte zum Wohl von Arbeitnehmern, die unter den liberalen Präsidenten erreicht worden seien, wie die Festlegung einer Höchstzahl von Arbeitsstunden pro Tag, dem Streikrecht, rechtlich fixierten Vorgaben zur Bezahlung von Arbeitnehmern und zu bezahlten Urlaubstagen sowie Rentenzahlungen. Weiterhin hob er die staatlichen Interventionen zugunsten der Arbeiter in die betriebsinternen Vorschriften und die Beschränkung der Verfügungsgewalt

---

<sup>457</sup> Ebenda.

<sup>458</sup> El Tiempo, 24.1.1947, „Lo que va a defender el liberalismo“.

<sup>459</sup> El Tiempo, 10.1.1947, „Salazar Ferro Habla Sobre Boyacá“.

<sup>460</sup> El Tiempo, 29.1.1947, „Discurso del Doctor Eduardo Santos“.

ausländischer Unternehmen über die Angestellten hervor. Diese Ausführungen veranlassten Andrade dazu, die Liberale Partei als „die Partei der Arbeiter“ zu bezeichnen, womit er, vor dem Hintergrund der sich anbahnenden Unterstützung von kommunistischer Seite für Gaitán, den Anspruch des *Partido Comunista de Colombia* (PCC) schmälern wollte, die Arbeiter und ihre Bedürfnisse zu repräsentieren. Der Konservativen Partei hingegen sprach er die Sorge um die unteren sozialen Schichten, welche die Liberale Partei auszeichne, für alle Zeiten ab.<sup>461</sup>

Wie liberale *dirigentes políticos* betonten, habe die arbeitende Bevölkerung nur unter liberalen Regierungen erlebt, dass rechtliche Vorgaben auch in die Praxis überführt worden seien und Gültigkeit besitzen würden.<sup>462</sup> Echandía betonte, dass es die Liberale Partei sei, die gegen die unproportionale Anhäufung ökonomischen Reichtums in den Händen weniger kämpfe, mit der eine neue Form der Sklaverei geschaffen würde. Vielmehr wolle sie die Wirtschaft in den Dienst der Allgemeinheit stellen und sie als Medium nutzen, den Lebensstandard der Bevölkerung zu heben und ihr die industriell produzierten Waren zur Verfügung zu stellen.<sup>463</sup> Die während der *República Liberal* vorgenommene Steuerreform habe breite Teile der Bevölkerung durch die Senkung indirekter Steuern entlastet. Die erhöhte Besteuerung von Kapital und Besitz wiederum habe es erlaubt, das Staatsbudget zum Wohle der Bevölkerung zu erhöhen.<sup>464</sup>

Ihr Selbstbild als Verkörperung des sozialen Fortschritts machte die Liberale Partei, neben der Vertretung der Interessen von Arbeitern und *campesinos*, an ihren Bemühungen um die jungen Bevölkerungssteile fest. Sei das Land während der *hegemonía conservadora* durch das Fehlen von Bildungseinrichtungen gekennzeichnet gewesen, „wurden Schulen im ganzen Land eröffnet und die Universität verlor ihren traditionellen, überholten Charakter (*vieja condición de reducto de la rutina*), um sich in eine hohe Institution der Kultur zu verwandeln“, als die Liberale Partei ab 1930 die Regierung stellte. Dies habe den jüngeren Generationen den Zugang zum sozialen und politischen Leben des Landes ermöglicht.

---

<sup>461</sup> El Tiempo, 23.1.1947, „Defensa de la Obra Liberal“.

<sup>462</sup> El Tiempo, 12.4.1942, „12 Años de Régimen Liberal han Dado al Pueblo Conciencia de sus Deberes y Ejemplares Garantías de sus Derechos.“

<sup>463</sup> La Opinión, 16.6.1949, „Partes del discurso del doctor Echandía“. Echandía versäumte es aber nicht, sich deutlich von kommunistischen Gruppierungen zu distanzieren, als er herausstrich, dass die Liberale Partei für die ökonomische Gleichheit im Rahmen politischer Freiheit kämpfte und keineswegs den Privatbesitz unterdrücken wollte, sondern vielmehr viele Privatbesitzer schaffen wolle.

<sup>464</sup> El Tiempo, 28.1.1947, „La Abstención Liberal Equivale a Abrirle el Paso al Conservatismo“.

licht.<sup>465</sup> *Gaitanistas* forderten, der Schulbildung in den staatlichen Budgets die höchste Priorität einzuräumen.<sup>466</sup> Der Vorsitzende der Liberalen Partei in Boyacá José Joaquín Castro Martínez verwies neben dem landesweiten Ausbau des Netzes von urbanen sowie ruralen Schulen und Universitäten auf die Modernisierung des Curriculums, der unter liberaler Anleitung einen höheren Praxisbezug erhalten habe und den neuesten Stand der Wissenschaft widerspiegеле.<sup>467</sup> Ismael Santofimio war ebenfalls der Überzeugung, dass die Liberale Partei ein Synonym für Bildung und Alphabetisierung einerseits, für rationale Politik andererseits sei. Er war der Meinung, dass „es keine Konservativen mehr geben wird, wenn der ganze *pueblo* Lesen und Schreiben lernen wird (*cuando el pueblo se desanalafabetize*)“.<sup>468</sup>

Neben der Betonung des inklusiven Charakters ihrer Politik war die Verpflichtung zu demokratischen Grundsätzen eine Konstante in der Selbstdefinition der Liberalen Partei. Die Modernisierung des Staates und die Festigung demokratischer Strukturen sahen liberale Politiker als Leitmotiv der politischen Geschichte ihrer Partei an. Eduardo Santos lobte die Absicht Gaitáns, seine Bewegung auf demokratischen, gewaltfreien Wegen auch nach der Wahl von Ospina Pérez zum Präsidenten führen zu wollen. Er sah Gaitán damit dem Vorbild seiner Person und López Pumarejo folgen, die seit über dreißig Jahren demokratische und friedliche Politik betreiben würden.<sup>469</sup>

Die auf der von Gaitán initiierten *Convención Popular* verabschiedete *Plataforma Ideológica del Liberalismo* bekannte sich zu bürgerlichen Freiheiten wie der Meinungs- und Pressefreiheit. Die *gaitanistas* wollten das Konzept der Demokratie nicht alleine auf den politischen Aufbau des Staates bezogen wissen, sondern zielten darauf, das Demokratieverständnis auch auf das ökonomische Feld zu übertragen.<sup>470</sup> Forderungen nach einer Direktwahl von Gouverneuren und Bürgermeistern verwiesen auf die demokratische Grundausrichtung des *gaitanismo*, der eine Dezentralisierung der politischen Macht in einem politischen System anstrebte, in dem die Exekutive in der Person des Präsidenten eine hohe Machtfülle innehatte.<sup>471</sup> *El Tiempo* sorgte sich angesichts der fortschreitenden Gewalt zwischen Liberalen und Konservativen, vor dem Hintergrund der Gefahr

<sup>465</sup> El Tiempo, 1.7.1949, „La Gran Paradoja“.

<sup>466</sup> Jornada, 30.1.1947, „Plataforma Ideológica del Liberalismo“.

<sup>467</sup> El Tiempo, 28.1.1947, „La Abstención Liberal Equivale a Abrirle el Paso al Conservatismo“.

<sup>468</sup> El Mundo, 21.4.1949, „Una Voz Liberal“.

<sup>469</sup> El Tiempo, 24.7.1946, „Los Doctores Santos y López Hablaron Ayer a las Mayorías“.

<sup>470</sup> Vgl. Jornada, 30.1.1947, „Plataforma Ideológica del Liberalismo“.

<sup>471</sup> Vgl. ebenda.

für demokratische Regierungen in ganz Lateinamerika in der Nachkriegszeit, um die demokratische Verfasstheit des Landes. Zwar sei ein diktatorisches, undemokratisches Regime keine Zwangsläufigkeit, aber der liberale Kommentator plädierte eindringlich dafür, das demokratische Erbe Kolumbiens, das heißt das demokratische Erbe, das die *República Liberal* der Regierung Ospina Pérez hinterlassen habe, zu wahren und gegenläufigen, antidemokratischen Entwicklungen entgegenzuwirken.<sup>472</sup>

*El Tiempo* wertete die Legislativwahlen im März 1947 als „Ausgangspunkt für eine neue politische Ära“. Die Wahlen würden der Zeitung zufolge über die Frage entscheiden, ob Kolumbien, bei einem liberalen Wahlsieg, weiterhin von demokratischen Prinzipien regiert würde. Andernfalls, bei einer konservativen Stimmenmehrheit, würde das Land mit „religiöser Voreingenommenheit und in seinem Streben nach Wohlstand durch den Minderwertigkeitskomplex, der die konservativen Regierungen immer prägte“, regiert werden.<sup>473</sup>

Im Vorfeld der Präsidentschaftswahlen 1949 verkündete der liberale Kandidat Echandía, dass er mit dem von ihm angestrebten Wahlsieg dem „übergeordneten Interesse gehorcht, die Demokratie und die Freiheit zu retten“.<sup>474</sup> Auch die vorbehaltlose Übergabe der politischen Macht an die Konservative Partei, nachdem die Liberale Partei die Präsidentschaftswahlen 1946 verloren hatte, habe von dem Demokratiebekenntnis der Liberalen Partei gezeugt, wie Echandía hervorhob. Der Rettung demokratischer Freiheiten wolle er „taktischen oder Parteiinteressen“ unterordnen, denn „damit eine Partei das Recht hat, populare Unterstützung einzufordern, [...] darf sie niemals ihre fundamentalen Forderungen aufgeben“.<sup>475</sup>

Eine dieser fundamentalen Forderungen und Grundpfeiler der politischen Agenda der Liberalen Partei war die „Freiheit über allen anderen Angelegenheiten (cosas)“.<sup>476</sup> Santos verstand unter dieser auch die Unabhängigkeit, welche die Bürger durch einen verbesserten Lebensstandard erlangten, wobei er sich nicht nur auf die materiellen Lebensumstände, sondern auch die politischen Rechte und soziale Inklusion bezog. Diese Forderungen entsprachen dem Demokratieverständnis der Liberalen Partei, die auf die Bekämpfung ökonomischer Ungleichheiten und die Ausweitung der staatlichen Sozialleistungen auf die schwächsten Mitglieder der Gesellschaft ziele.<sup>477</sup>

<sup>472</sup> El Tiempo, 14.3.1948; „Y nosotros...?“.

<sup>473</sup> El Tiempo, 30.1.1947, „Renacimiento del Fervor Liberal“.

<sup>474</sup> La Opinión, 16.6.1949, „Partes del discurso del doctor Echandía“.

<sup>475</sup> Ebenda.

<sup>476</sup> El Tiempo, 29.1.1947, „Discurso del Doctor Eduardo Santos“.

<sup>477</sup> Ebenda.

Die Zeitung *El Tiempo*, im Besitz der Familie Santos, verstand sich, nicht zu Unrecht, als das Sprachrohr der Liberalen Partei, das „sich dem Dienst der demokratischen Grundsätze, welche die Menschenrechtscharta definiert und verkündet“, verpflichtet sah.<sup>478</sup> Im Dezember 1957 argumentierte Lleras Camargo, vor dem Hintergrund des positiven Plebiszits, mit dem die für die Einrichtung des *Frente Nacional* notwendigen Verfassungsänderungen angenommen wurden, ganz ähnlich. In Kenntnis des Leides, welches die *Violencia* über das Land gebracht hatte, verkündete er im Dezember 1957 in Cali: „Für uns [die Liberalen, L. R.] ist das Erste der Frieden, nicht der Sieg [...] das Wichtige, das Erste, das Essentielle ist für uns, die Demokratie herauszubilden“.<sup>479</sup>

### 2.3 Die Liberalen als *criptocomunistas*

Konservative Politiker kritisierten die materialistisch-individualistische Konzeption des Menschen, auf der die Politik der Liberalen Partei ihrer Meinung nach fuße. Dieser stellten sie die eigene für sich in Anspruch genommene christlich-katholisch-spirituelle Konzeption der Welt entgegen, welche die Basis für die eigene, als gefestigt propagierte moralische Basis politischer Betätigung sei. Aus diesem Umstand leiteten konservative Politiker, wie bereits beschrieben, die zwangsläufige defizitäre politische Moral der Vertreter der Liberalen Partei ab. Das fehlende moralische Fundament führe denn auch aus konservativer Sicht zu dem Wankelmut der Liberalen Partei: Erst breche sie mit der Koalitionsregierung der *Unión Nacional* und halte das Abkommen über die Überprüfung der *cédulas* nicht ein, sondern zöge nach einer Parlamentsdebatte, die „als die am stärksten bewegte und tragischste unserer parlamentarischen Geschichte bezeichnet werden kann“, die Wahlen auf den 27. November 1949 vor, um sich dann von diesen zurückzuziehen. Als „einzigsten Ausweg aus dem Labyrinth, in dem sich die liberale Parteiführung befand“, sehe sie eine paritätisch besetzte Übergangsregierung an, die eine erneute Verfassungsänderung erfordert hätte.<sup>480</sup>

Wegen der mangelhaften politischen Moral sprach die Konservative Partei ihrem liberalen Konterpart eine mit der ihren vergleichbare Festigkeit in Grund-

---

<sup>478</sup> Das Zitat ist integriert in den Titelkopf der Zeitung auf der ersten Seite, vgl. *El Tiempo*, 15.6.1953.

<sup>479</sup> *Tribuna*, 8.12.1957, „Ya no les debemos temer a los delincuentes“.

<sup>480</sup> *El Siglo*, 2.11.1949, „Caso y Ocaso de la Dirección Liberal“. Schon vor dem Hintergrund des an Schärfe gewinnenden Konflikts zwischen liberaler Oppositions- und konservativer Regierungspartei kam die Idee einer paritätisch besetzten Regierung der Traditionsparteien auf. Diese wurde aber in den 1940er Jahren nicht in die Tat umgesetzt. Der Vorschlag, den Vertreter der *partidos tradicionales* schon Ende der 1940er Jahre formuliert hatten, kam erst mit der Einrichtung des *Frente Nacional* 1957/58 zum Tragen.

satzfragen ab. Dieser Mangel erkläre aus der Blickwarte konservativer Politiker nicht nur, warum der von der Liberalen Partei propagierte Individualismus derart schnell in sozialistische Ideen umschlug, wie sie von Gaitán und dem *tolimense* Carlos H. Pareja verteidigt wurden. Die aufklärerischen Ideale, auf denen das politische Programm der Liberalen Partei fuße, würden aus ihrer Sicht auch bedingen, dass sie „den Menschen in ein fleischfressendes Tier, so wie es Rousseau wollte“, verwandelten.<sup>481</sup> *El Derecho* sah in den politischen Prämissen der Liberalen Partei „ein Amalgam aus individualistischen und kommunistischen Thesen, das durch das Vorgehen der Liberalen Partei gegen die Familie“ bestätigt würde.<sup>482</sup>

Aus konservativer Blickwarte betrachtet seien die Anhänger der Liberalen Partei maskierte Kommunisten (*criptocomunistas*) bzw. sei die Liberale Partei bis in ihre Führungsebene von kommunistischen Verschwörern unterwandert worden. Ungeachtet der Tatsache, dass sich auch die Liberale Partei in der Blockkonfrontation zu den Westmächten bekannte, wies die von der Konservativen Partei vorgenommene Gleichsetzung von Liberalen und Kommunisten eine bemerkenswerte Kontinuität während des Untersuchungszeitraums auf.

Die zeitgenössische konservative Wahrnehmung des Kommunismus als „essentiell subversiv“, der gewaltsam seine politischen Ziele zu erreichen suche und per Definition gegen die staatlichen Institutionen sowie juristische Ordnung gerichtet sei, erleichterte die diskursive Gleichsetzung von Liberalen und Kommunisten.<sup>483</sup> Bereits seit den 1930er Jahren beschuldigte der rechte Flügel der Konservativen Partei liberale Politiker, wegen ihres materialistischen, unchristlichen Politikverständnisses gemeinsam mit kommunistischen Gruppierungen für die soziale Unrast verantwortlich zu sein.<sup>484</sup> Konservative Politiker machten mit den parallelen Vorgehensweisen in der politischen Betätigung Gemeinsamkeiten zwischen Liberalen und Kommunisten auf der Handlungsebene aus. Die unter dem Stichwort *Resistencia Civil* bekannte Oppositionspolitik der Liberalen Partei werteten konservative Politiker als gegen die Regierung gerichtet und subversiv, besaß also Attribute, die ihnen zufolge kommunistische Politik ausmache. Dieses Charakteristikum bildete eine erste Schnittmenge zwischen liberaler und kommunistischer Betätigung. Einen zweiten Punkt der Übereinstimmung zwischen Liberalen und Kommunisten machten konservative Meinungsmacher in der materialistischen Weltsicht aus, die beide politische Strömungen teilen würden.<sup>485</sup>

<sup>481</sup> El Siglo, 30.12.1949, „El Renacimiento Conservador“.

<sup>482</sup> El Derecho, 4.3.1950, „Defensa de la familia“.

<sup>483</sup> Vgl. El Derecho, 4.9.1954, „El comunismo, partido ateo y subversivo“.

<sup>484</sup> Betancourt; García: Matones, S. 59f.

<sup>485</sup> Henderson: History, S. 133.

Diese Übereinstimmung äußere sich im Falle der Liberalen Partei in einem laizistischen Politik- und Staatsverständnis, dem staatlichen Interventionismus in die Wirtschaft und Gesellschaft sowie einem relativistischen, daher für Konervative minderwertigen, Konzept von Moral. Aussagen wie die von Lleras Restrepo, dass die Liberale Partei „mit der neuen revolutionären Strömung“ das Ziel der Beseitigung ökonomischer Ungleichheiten, respektive Unterdrückung teile, verliehen der Gleichsetzung von Kommunisten und Liberalen in der konservativen Propaganda Nachdruck.<sup>486</sup>

Auch Eduardo Ospina, der 1954 eine Monographie über die „angebliche religiöse Verfolgung“ von Protestanten in Kolumbien veröffentlichte, so der Untertitel seines Werkes, sah die Liberale und Kommunistische Partei in dem Kampf gegen die konservative Regierung geeint – ein geteiltes Ziel, das eine gemeinsame politische Aktivität, ungeachtet ihrer unterschiedlichen politischen Agenden, ermögliche.<sup>487</sup> Angesichts der mangelhaften Umsetzung der liberal-konservativen Koalitionsregierung auf der regionalen Ebene in Tolima, bezeichnete *Eco Nacional* die Liberale Partei als die „Partei, die gegen die Regierung der *Unión Nacional* konspiriert“.<sup>488</sup> Die Liberale Partei sei aus Sicht konservativer Gruppen mit den kommunistischen politischen Kreisen alliiert und stelle das Einfalltor der kommunistischen Unterwanderung dar.<sup>489</sup> Die Allianz zwischen Liberalen und Kommunisten bestünde laut konservativen Kommentaren schon seit vielen Jahren<sup>490</sup>, wie die Propagierung von Idealen der Aufklärung einerseits, die „Inthronisierung des Kommunismus [...] insbesondere zwischen 1930 und 1946“<sup>491</sup> andererseits zeigen würden. Dabei stelle die Gefahr, die von kommunistischen Akteursgruppen ausging, nicht nur eine Gefahr für die Verfasstheit des politischen Systems Kolumbiens dar. Mit der Intensivierung des Ost-West-Konflikts, in dem „keine Gleichgültigen oder Neutralen erlaubt werden“, wurden kommunistische Ideologien für konservative Politiker zu dem „größten und schlimmsten Feind der okzidentalen Welt und der christlichen Zivilisation“.<sup>492</sup> Kolumbien beteiligte sich an dem Koreakrieg nicht nur, um sich das Wohlwollen der USA zu sichern, sondern

<sup>486</sup> Zitiert in: Henderson: History, S. 133.

<sup>487</sup> Ospina: Sectas Protestantes en Colombia, S. 65f.

<sup>488</sup> Eco Nacional, 21.11.1947, „Proscritos los Conservadores del Tolima, de los Cargos Pùblicos“.

<sup>489</sup> El Derecho, 5.6.1954, „Liberalismo y comunismo“.

<sup>490</sup> El Derecho, 3.4.1950, „Liberalismo y comunismo en asociación“.

<sup>491</sup> El Derecho, 20.1.1951, „Dolorosa Realidad“.

<sup>492</sup> El Derecho, 5.6.1954, „Liberalismo y comunismo“.

auch um die „christliche Zivilisation zu verteidigen“.<sup>493</sup> Dem *dirigente conservador* José Luis Trujillo folgend

ist für Kolumbien, wie für alle Völker und Nationen der Erde, der entscheidende Moment gekommen, zwischen zwei Extremen zu wählen. Entweder wird das Land der revolutionären Linken übergeben, die dem kolumbianischen Volk jedwedes religiöse Empfinden herausreißen will, die Familienstruktur, den Privatbesitz, die Demokratie, die Ordnung [...] abschaffen will oder die Schätze der Nation, für die unsere Vorfahren litten, kämpften und in die Schlacht zogen, werden im Namen des kolumbianischen Volkes mutig verteidigt.<sup>494</sup>

Der Kommunismus richte sich, in der konservativen Wahrnehmung,

gegen den Privatbesitz, [...] propagiert den Klassenkampf, [...] strebt die Diktatur des Proletariats an, [...] missachtet das ewige Recht als Quelle von Gesetzen und der menschlichen Ethik, [...] stellt die Entwicklung der Gemeinschaft als einfaches Ergebnis eines widersprüchlichen Spiels von Materie dar [...] zieht die monistische Darstellung des Menschen einer spiritualistischen vor.<sup>495</sup>

Trujillo betonte die Bedeutung eines konservativen Wahlsieges bei den Parlamentswahlen im März 1947. Er warnte vor einem Erfolg der „revolutionären Linken [...denn] es ist der Moment gekommen zu entscheiden, ob wir Moskau oder Rom folgen wollen“.<sup>496</sup> Noch im März 1957, als sich die *partidos tradicionales* bereits auf ein gemeinsames Vorgehen gegen die Militärregierung geeinigt hatten, verteidigten einige Mitglieder der Konservativen Partei die These, dass Liberale und Kommunisten eine intrinsische Handlungsallianz eingegangen seien, und zeigten, dass sie die These der kommunistisch unterwanderten Liberalen Partei tief verinnerlicht hatten. Piñeda Sierra, ein Lehrer aus Medellín, drückte Rojas Pinilla die Unterstützung für dessen Regierung aus, denn – so interpretierte er die politischen Entwicklungen, kurz bevor der *Frente Civil* Rojas Pinilla mit vereinten Kräften aus dem Präsidentenpalast vertrieb – die liberalen und kommunistischen Akteursgruppen „wollen [gemeinsam] den kolumbianischen Konservatismus und der Regierung Ihrer Exzellenz vernichten“. Die Allianz von Kommunisten und Liberalen bezeichnete der Lehrer als „das Böse“, womit er zeigte, wie tief er die

---

<sup>493</sup> Zitiert in: Atehortúa; Vélez: Estado, S. 194.

<sup>494</sup> El Siglo, 3.3.1947, „El triunfo conservador es necesario para salvar de la ruina a la nación“.

<sup>495</sup> El Derecho, 4.9.1954, „El comunismo, partido ateo y subversivo“.

<sup>496</sup> El Siglo, 3.3.1947, „El triunfo conservador es necesario para salvar de la ruina a la nación“.

Darstellung der Liberalen Partei als kommunistisch unterwandert und die *patria* gefährdend verinnerlicht hatte und auch noch 1957 teilte.<sup>497</sup>

Die diskursive Konstruktion einer Handlungsallianz zwischen liberalen Politikern und sowohl inländischen als auch ausländischen kommunistischen Akteursgruppen kann als Konstante in der Wahrnehmung des politischen Gegners bezeichnet werden. Vor dem Hintergrund der von kommunistischen Kreisen während des 1930er und 1940er Jahre propagierten Strategie der Volksfront, um den Gefahren faschistischer Bewegungen zu begegnen, wurde im konservativen Diskurs vor den Gefahren einer kommunistischen Infiltration gewarnt.<sup>498</sup> Die Beteiligung kommunistischer Politiker an der Regierung von López Pumarejo stellte einen Teil der konservativen Argumentationslogik dar, die Liberale und Kommunisten zunehmend jenseits einer Differenzierung der unterschiedlichen Strömungen und Fraktionen der Liberalen Partei gleichsetzten.<sup>499</sup>

Die wenig differenzierte Diffamierung von Gaitán als Kommunist, ungeachtet des alles andere als konfliktfreien Verhältnisses zwischen dem PCC und dem *movimiento gaitanista*, stellte ein Element des konservativen Diskurses dar, in dem liberale und kommunistische Akteursgruppen kongruent gesetzt wurden. Gaitán wurde vorgeworfen, zum „Klassenkampf und Hass auf die Mächtigen“ aufzurufen.<sup>500</sup> Dabei schreckte er nicht vor der Zusammenarbeit mit Kommunisten und der CTC zurück. *El Siglo* warf den Anhängern Gaitáns vor, in den Gemeinden Südtolimas Coyaima und Ortega zusammen mit Kommunisten und Gewerkschaftsmitgliedern Indigene zur Besetzung von *haciendas* aufzurufen und dabei auf „alle Mittel, sogar die schändlichsten,“ zurückzugreifen.<sup>501</sup> Auch in Santander del Norte würden, nach Informationen von *El Siglo*, *gaitanistas* mit kommunistischen Gruppierungen, sowohl inländischen als auch venezolanischen, zusammenarbeiten. Mit der Betonung der Beteiligung ausländischer subversiver Gruppen unterstrichen die Redakteure der konservativen Tageszeitung die Gefahr, die von dieser Allianz für die Souveränität Kolumbiens ausgehe.<sup>502</sup>

Konservative Politiker unterstellten Gaitán, das Präsidentenamt um jeden Preis anzustreben, „auch wenn er nur durch Leute unterstützt und getragen wird, die

---

<sup>497</sup> „Carta al Excelentísimo Señor Presidente de la República“ (AGN/PR/DSP/107/32/32-33, hier: 32).

<sup>498</sup> Henderson: History, S. 135.

<sup>499</sup> Vgl. Eco Nacional, 24.10.1947, „El Comunismo en Colombia“.

<sup>500</sup> El Siglo, 28.3.1946, „La Unión Nacional“.

<sup>501</sup> El Siglo, 30.1.1948, „Comunistas y gaitanistas ordenaron la invasión a fincas de Coyaima y Ortega“.

<sup>502</sup> El Siglo, 27.1.1948, „Gaitanismo y comunismo contra Colombia“.

nichts wert und eine Gefahr für die Stabilität der Demokratie sind“.<sup>503</sup> Diese *wertlosen Menschen* konnten aus Blickwarte von *El Siglo* niemand anderes sein als die Kommunisten, die sich als Liberale tarnten, um politische Mandate und Ämter zu erhalten.

Bezog sich die diskursive Gleichsetzung mit kommunistischen Kreisen in der Frühphase des Untersuchungszeitraums vornehmlich auf die *gaitanistas*, war eine zunehmende Ausweitung des Vorwurfs auf die gesamte Liberale Partei und all ihre Fraktionen zu beobachten. Exemplarisch verdeutlichen lässt sich diese Entwicklung am Beispiel der Regionalzeitung *El Derecho*. Diese identifizierte die Feinde Kolumbiens im September 1950 in den kommunistischen Sektoren, die sich nicht als solche zu erkennen gäben (*cripto-comunistas*) und „einen großen Teil der Liberalen Partei“ ausmachten.<sup>504</sup> Zwei Monate später hingegen wurde die Differenzierung zwischen den verschiedenen Flügeln der Liberalen Partei getilgt: „Es ist nicht zu vergessen, dass alle Flügel der Liberalen Partei – das Zentrum, die *gaitanistas* und der oligarchische Flügel – zusammenlaufen in dem Kryptokommunismus“.<sup>505</sup> Laureano Gómez betonte bereits vor seiner Wahl zum Präsidenten, dass die Liberale Partei de facto von der politischen Bildfläche verschwunden sei, denn die liberale Führungsriege folge dem Vorbild kommunistischer Revolutionen.<sup>506</sup>

Bei der Gleichsetzung von Liberaler Partei und Kommunismus wurden die Vertreter des rechten Flügels der Konservativen Partei unterstützt von den anti-liberal eingestellten Fraktionen der Katholischen Kirche um den Bischof Miguel Angel Builes. Gewisse katholische Bischöfe, die einen nicht zu unterschätzenden Einfluss auf die Bevölkerung ländlicher Regionen hatte, teilten die Sichtweise konservativer Politiker, der zufolge die Liberale Partei von Kommunisten unterwandert worden sei. Nicht nur der offen mit der Konservativen Partei sympathisierende Builes warnte die Wählerschaft vor der Stimmabgabe für die Liberale Partei. Auch die Bischöfe anderer Städte, unter anderem Ibagué, Popayán, Tunja und Medellín, zeigten die potentiellen Gefahren auf, die von den Legislativ- und Präsidentschaftswahlen 1949 ausgehen würden. Die Wahlalternative zwischen Liberaler und Konservativer Partei spitzten sie, in den Worten von Builes, auf „Rom gegen Moskau“ als Metaphern für christlich-katholische Tradition und

---

<sup>503</sup> *El Siglo*, 26.2.1948, „Consignas subversivas“.

<sup>504</sup> *El Derecho*, 23.9.1950, „Consigna de victoria“.

<sup>505</sup> *El Derecho*, 18.11.1950, „El Comunismo en Acción“.

<sup>506</sup> *El Tiempo*, 7.10.1949, „Laureano Gómez Repitió Anoche Sus Viejos Cargos Contra los Liberales“.

Kommunismus zu.<sup>507</sup> Vor den Wahlen von 1949, die als über die Zukunft des Landes entscheidend wahrgenommen wurden, verboten sie Katholiken, ihre Stimmen für liberale Kandidaten abzugeben.<sup>508</sup>

Vielen konservativen Politikern und katholischen Geistlichen war gemein, dass sie nicht stringent zwischen der staatsphilosophischen Strömung des Liberalismus und der Liberalen Partei unterscheiden konnten – oder wollten. Builes griff auf die antiliberalen Enzykliken von Pius IX., insbesondere den *Syllabus Errorum*, zurück, welche die von der Liberalen Partei verteidigten Prinzipien wie die Glaubensfreiheit, das laizistische Staatsverständnis oder das rationale Fundament moderner Politik als nicht vereinbar mit dem katholischen Glauben angriffen. Er hob die Beschlüsse der kolumbianischen Bischofskonferenz von 1924 hervor, die besagten, dass „der Liberalismus, dessen Doktrinen und Praktiken in offenem Widerspruch zur Kirche stehen, [...] und ihn] zur unchristlichen Sekte“ erklärt hatte.<sup>509</sup> Builes zufolge habe sich die Liberale Partei, wie die Ereignisse nach dem Mord an Gaitán bewiesen hätten, de facto in eine Kommunistische gewandelt. Die Positionen von Pius IX. aufnehmend definierte er die Liberale Partei über die Gleichsetzung von Liberalen und Kommunisten als offene Feindin der katholischen Religion. Damit umging er das Verbot für den Klerus, in politische Debatten einzutreten, denn dieser durfte nur in politische Angelegenheiten intervenieren, wenn die Religion offen angegriffen wurde.<sup>510</sup> García und Betancourt zitieren Pfarrer Nicolás Nieto, der bereits 1944, während der zweiten Präsidentschaft von López Pumarejo, die These verteidigte, dass die Liberale Partei de facto von kommunistischen Politikern angeführt würde. Er rief die Mitglieder der Konservativen Partei, die sich als Beschützer der Katholischen Religion verstanden, recht unverhohlen zu Gewalt gegen die *criptocomunistas* auf, denn „das Land braucht Blut, um sich zu reinigen, und ich bin bereit, das meine zu geben“.<sup>511</sup>

Zwar gab es, wie ein politischer Kommentator in *El Derecho* eingestand, in der Liberalen Partei Fraktionen, die sich gegen die Zusammenarbeit mit kommunistischen Gruppen wahrten. Allerdings würden diese die Allianz mit Kommunisten nicht vehement genug verurteilen und eine scharfe Abgrenzung zwischen Liberalen und Kommunisten, beispielsweise in der *Confederación de Trabajadores de Colombia*, verweigern.<sup>512</sup> Die streng antikommunistische Ausrichtung der Kon-

<sup>507</sup> Zitiert in: Acevedo Carmona: Mentalidad, S. 171.

<sup>508</sup> Perea: Sangre, S. 45.

<sup>509</sup> Zitiert in: Acevedo Carmona: Mentalidad, S. 178; s. auch S. 163.

<sup>510</sup> Vgl. ebenda, S. 177ff.

<sup>511</sup> Zitiert in: Betancourt; García: Matones, S. 62.

<sup>512</sup> El Derecho, 3.4.1950, „Liberalismo y comunismo en asociación“.

servativen Partei verbot eine Zusammenarbeit mit Akteuren im politischen Feld, die kommunistisches Gedankengut nicht ebenso scharf und nachdrücklich wie konservative Politiker verurteilten. Gleichermaßen musste auch für Akteure gelten, die auch nur den Anschein erweckten, getarnte Kommunisten (*criptocomunistas*) zu sein oder mit diesen zusammenzuarbeiten.

Sich ihres moralischen Fundaments gewiss hielten konservative Politiker ihren liberalen Widersachern politische Doppelmoral im Umgang mit den kommunistischen Gruppierungen in Kolumbien vor. Die *Entourage* des liberalen Präsidentschaftskandidaten für die Wahlen 1949 Echandía klagten sie an, „den Klassenkampf und die Revolution der unteren Schichten (*de los de abajo*) zu rühmen“, während Echandía selber heuchlerisch für die Vermeidung sozialer Konflikte zwischen Arbeitnehmern und -gebern plädiere. Unter dem Deckmantel seiner scheinbaren Verpflichtung zu demokratischen Grundsätzen betreibe Echandía den Wahlkampf, um die „politische Linke“ wieder an die Macht zu bringen.<sup>513</sup> In der öffentlichen Selbstdarstellung präsentiere sich die Liberale Partei als antikommunistisch ausgerichtet, in der politischen Realität arbeite sie aber immer wieder mit diesen zusammen, so während der *Revolución en Marcha* und im Zuge des tödlichen Attentats auf Gaitán 1948 (*Bogotazo*).<sup>514</sup>

Der konservative Senator Nieto Rojas, ehemaliger Kongressabgeordneter der Konservativen Partei, sah die dem Mord an Gaitán folgenden Unruhen als Beweis für die geheime Zusammenarbeit von Liberaler Partei und *Partido Comunista de Colombia* sowie internationalen Verschwörern und der CTC an, in der beide politischen Gruppierungen über nennenswerten Einfluss verfügten.<sup>515</sup> Daher „ist die bolschewistische Unterwanderung (*penetración*) eine Tatsache, die jedwede Prognose übertroffen hat“.<sup>516</sup> Uribe Cualla warnte ebenfalls vor einem liberalen Präsidenten, da sich die Liberale Partei durch „fürchterliche kommunistische Verunreinigungen (*contaminaciones*)“ auszeichne.<sup>517</sup> Die Ermordung von Gaitán und die folgenden Aufstände seien José María Villarreal zufolge „eine Probe [gewesen], die durchgeführt werden sollte, um festzustellen, bis zu welchen Punkt die Unterminierung der Gesellschaft vorangeschritten war“.<sup>518</sup>

<sup>513</sup> El Siglo, 1.10.1949, „El Poder para qué?“.

<sup>514</sup> Eco Nacional, 4.4.1952, „Coaligados“.

<sup>515</sup> Vgl. Nieto Rojas, Batalla, S. 191-209.

<sup>516</sup> El Derecho, 3.4.1950, „Liberalismo y comunismo en asociación“, s. auch El Derecho, 25.3.1950, „Por la consolidación de la paz“.

<sup>517</sup> El Siglo, 8.11.1949, „Vamos a librar la batalla definitiva por la libertad y el orden, dijo Uribe Cualla“.

<sup>518</sup> El Siglo, 13.10.1949, „Si el partido conservador ha de perecer, debe perecer combatiendo: J. M. Villarreal“.

Das Bündnis zwischen großen Teilen der Liberalen Partei und kommunistischen Gruppen manifestiere sich, wie der konservative *Comité Municipal* der Gemeinde Purificación im südlichen Tolima beklagte, in Landkonflikten, die von dem „*Liberalismo comunistaide*“ angestoßen würden.<sup>519</sup> Auch die gegen die Regierung und ihre Repräsentanten gerichtete Gewalt in Osttolima sei ein Ergebnis des aus konservativer Blickwarte unheilvollen Bündnisses zwischen Liberaler und Kommunistischer Partei.<sup>520</sup> *El Derecho* forderte den Gouverneur Tolimas auf, „die Dörfer, die heute Opfer des rot-kommunistischen Terrorismus sind“ zu befrieden und verwies auf die Allianz von kommunistischen und liberalen Gewaltakteuren.<sup>521</sup> Auch wenn die Unterstützung von kommunistischen Gewaltakteuren durch *dirigentes liberales* teilweise unbewusst erfolge, „ist es zwingend notwendig, die gesamte Liberale Partei zu verurteilen“, denn durch den Einfluss der „materialistischen Thesen von Lenin und Stalin hat sie [die Liberale Partei, L. R.] ihren demokratischen und christlichen Charakter verloren“.<sup>522</sup> Wegen der angenommenen organischen Verbindungen liberaler Gruppierungen zum *Partido Comunista de Colombia* hatte *El Siglo* denn auch das Verbot der Liberalen Partei bereits vier Jahre zuvor, 1950, gefordert.<sup>523</sup>

Der *ministro de guerra* José María Bernal gab 1952 in einem Interview mit *El Tiempo* zu, dass er auch nicht wisse, gegen wen die seinem Ministerium zugeordneten Streitkräfte kämpften, ob gegen liberale, kommunistische oder rein kriminelle Kombattanten.<sup>524</sup> Den Kommentator von *El Tiempo* veranlasste die Aussage des Verteidigungsministers zu der kritischen Bemerkung, dass Bernal vor US-amerikanischen Institutionen immerzu von einer kommunistischen Bedrohung des Landes spreche, um seinen Forderungen nach Waffenlieferungen und -käufen Nachdruck zu verleihen, und liberale bzw. kriminelle Akteursgruppen unerwähnt lasse, während er innenpolitisch die Allianz zwischen Liberalen und Kommunisten betone.<sup>525</sup> Vertreter der Liberalen Partei fürchteten, dass Gelder

<sup>519</sup> Dies berichteten die konservativen Lokalpolitiker per Telegramm aus Saldaña am 12.11.1947 an Ospina Pérez. Das Telegramm ist abgedruckt in: Eco Nacional, 16.11.1947, „Los comunistas consuman varios atropellos contra la propiedad“.

<sup>520</sup> *El Derecho*, 3.4.1950, „Liberalismo y comunismo en asociación“; s. auch *El Derecho*, 25.3.1950, „Por la consolidación de la paz“.

<sup>521</sup> Eco Nacional, 4.3.1950, „Asesinados varios conservadores“. Zu beachten ist an dieser Stelle, dass im Untersuchungszeitraum „Rot“ die Farbe war, mit der die Liberale Partei, und weniger kommunistische Sektoren, identifiziert wurden.

<sup>522</sup> *El Derecho*, 13.2.1954, „Contagio comunista“.

<sup>523</sup> La Opinión, 20.5.1950, „Que se coloque fuera de la ley al liberalismo pide El Siglo“.

<sup>524</sup> *El Tiempo*, 14.8.1952; „El M. de Guerra y el Orden Público“.

<sup>525</sup> *El Tiempo*, 14.8.1952; „Insistencia sobre un viejo tema“.

und Ausrüstung aus den USA zur Verfolgung von Mitgliedern der Liberalen Partei eingesetzt würden.<sup>526</sup>

Anlässlich des dritten Jahrestages des *Bogotazo* wurde daran erinnert, dass der Aufstand im Namen der Liberalen Partei, der „*viernes rojo*“, auch von linken politischen Kräften und Kommunisten geplant und durchgeführt worden sei.<sup>527</sup> Die Erhebung nach der Ermordung von Gaitán sei „ein rasender kommunistischer Ausbruch [gewesen], der von fernen, marxistischen Hauptstädten aus geplant worden war“<sup>528</sup> und in den spanischen und venezolanischen Kommunisten verwickelt gewesen seien.<sup>529</sup> Die These, dass der *Bogotazo* von (internationalen) kommunistischen Kräften, zusammen mit Liberalen, von langer Hand geplant worden war, um die *Conferencia Panamericana* zu sabotieren, auf der eine antikommunistische Erklärung verabschiedet werden sollte, stützte sich auf Nachrichten, die bereits im Frühjahr 1948 über kommunistisch inspirierte Verschwörungen und Vorbereitungen des Aufstandes im benachbarten Venezuela berichteten.<sup>530</sup>

Der liberale Präsidentschaftskandidat Echandía wehrte sich gegen den Vorwurf seiner konservativen Mitbewerber, eine quasi-kommunistische Vereinigung an die politische Macht führen zu wollen:

Alle Tyrannen, die heutzutage die politische Freiheit zerstören und die Völker unter das totalitäre Joch (*sérula*) bringen wollen, begannen immer damit, die populären Massen davon zu überzeugen, dass der Liberalismus, die Doktrin der Freiheit, in der undemokratischen Konzeption des moskowitischen Staates aufgeht oder unweigerlich auf diesen hinausläuft.<sup>531</sup>

Er hielt fest, dass die Liberale Partei aus „Liberalen und nicht Kommunisten“ bestehe.<sup>532</sup> Aus seiner Sicht entbehre die Behauptung, die Liberale Partei sei von Kommunisten unterwandert worden bzw. sei ein getarnter kommunistischer Zusammenschluss, jeglicher Grundlage. Vielmehr stelle diese Unterstellung eine Mobilisierungsressource konservativer Politiker vor den Wahlen im November 1949 dar. Auch *El Tiempo* äußerte sich zum Thema: die Anhänger der Konser-

<sup>526</sup> Henderson: Modernization, S. 319.

<sup>527</sup> El Derecho, 7.4.1951, „El 9 de abril de 1948“.

<sup>528</sup> El Siglo, 3.11.1949; „El 27 Salvaremos La Democracia“.

<sup>529</sup> El Siglo, 8.11.1949, „Nacionales y extranjeros en los sucesos de abril“.

<sup>530</sup> El Siglo, 7.2.1948, „Memorial de Agravios“.

<sup>531</sup> La Opinión, 16.6.1949, „Partes del discurso del doctor Echandía“.

<sup>532</sup> Ebenda. Bushnell verweist ebenfalls darauf, dass – auch um das Wohlwollen der US-Regierung zu gewinnen – Kommunisten in den 1940er Jahren aus der Liberalen Partei ausgeschlossen wurden (vgl. Bushnell: Making, S. 211).

vativen Partei würden, wie das Sprachrohr der Liberalen Partei festhielt, „dem stumpfsinnigen Glauben (*estípida creencia*) [anhängen], mit dem Kampf gegen den kommunistischen Liberalismus, erster Vertreter des Teufels auf Erden, eine übernatürliche Mission zu erfüllen“.<sup>533</sup> Eine ähnliche Sichtweise auf die Unterstellung, die Liberale Partei sei von kommunistischen Akteuren infiltriert worden, äußerte Lleras Restrepo. Er bezeichnete den Vorwurf als „derbe Lüge“. Der Kommunismusvorwurf war aus seiner Perspektive ein „Kunstgriff (*truco*) des spanischen Faschismus, um einen Kreuzzug im Stile des Mittelalters zu rechtfertigen“ und Anhänger der Konservativen Partei gegen die Liberale zu mobilisieren.<sup>534</sup> Die in Nordtolima ansässige liberale Regionalzeitung *Diario del Tolima* beklagte noch unter der Regierung Gómez’, dass diejenigen, die sozialen Missständen auf den Grund gingen und die historische Dimension sozialer Ungleichheit aufzeigten, als Kommunisten diffamiert und, was unter den gegebenen Umständen gleichbedeutend war, das Ziel staatlicher Repression würden.<sup>535</sup>

*El Derecho* berichtete, dass die kommunistischen Kombattanten in Chaparral von zwei russischen Militärberatern unterstützt würden.<sup>536</sup> Auch vor dem Hintergrund der sich anbahnenden *Guerra de Villarrica* verwies *Diario de Colombia* auf die Verwicklung ausländischer, diesmal europäischer, Kommunisten in den Bürgerkrieg. Eine „offenbar in Wien herausgegebene Zeitung“, die im Osten des *departamento* beschlagnahmt worden war, diente als „Beweis“ für die Teilhabe ausländischer subversiver Kräfte an den bewaffneten Konflikten in Osttolima.<sup>537</sup> Als Indiz für die These, dass (internationale) kommunistische Verschwörer die politische Instabilität in Kolumbien zu ihren Zwecken nutzen wollten, wurde der „bekannte *dirigente* des internationalen Kommunismus Mister Lister“ genannt.<sup>538</sup> Dieser habe nach Informationen der Streitkräfte bereits auf republikanischer Seite im Spanischen Bürgerkrieg gekämpft und auch in anderen Ländern an der Aufstellung von irregulären Kombattanten mitgewirkt.<sup>539</sup> Bei „Lister“ handelte es sich allerdings um keinen Vertreter einer internationalen kommunistischen Verschwörung, sondern um Isauro Yosa, der seinen die persönliche Identität verdeckenden Kampfnamen „Lister“ als Hom-

<sup>533</sup> *El Tiempo*, 4.11.1949, „Dentro de la Catástrofe“.

<sup>534</sup> *El Siglo*, 29.10.1949, „Lleras rompió las conversaciones de paz“.

<sup>535</sup> *Diario del Tolima*, 27.3.1953, „Comunistas, Nosotros?“.

<sup>536</sup> *El Derecho*, 16.12.1950, „Los Bandoleros Comunistas Preparan Asalto a Chaparral“.

<sup>537</sup> *Diario de Colombia*, 7.4.1955, „Violencia Comunista Está Azotando al País“.

<sup>538</sup> *Diario de Colombia*, 22.4.1955, „8 Bandoleros Cayeron Ayer en Combate con el Ejército“.

<sup>539</sup> *Diario de Colombia*, 8.5.1955, „El ‘Coronel Lister’, Jefe de los Bandoleros Tolimenses, Muerto“.

mage an Enrique Lister Forján, den Kombattanten im Spanischen Bürgerkrieg, gewählt hatte. Yosa war als Mitglied des *Partido Comunista de Colombia* seit den frühen 1930er Jahren an der gewerkschaftlichen Organisierung des *campesinado* in Südtolima beteiligt und formierte ab 1949, der vom PCC ausgegebenen Strategie folgend, *autodefensas campesinas* im südlichen Tolima.<sup>540</sup>

Zwar waren, unter anderem in Südtolima, genuin kommunistische Widerstandsgruppen während der *Violencia* aktiv, die zeitweise mit den im Namen der Liberalen Partei kämpfenden zusammenarbeiteten.<sup>541</sup> Es kann aber mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit gesagt werden, dass die Berichte über ausländische kommunistische Kombattanten oder Berater<sup>542</sup> der Furcht vor deren etwaiger Beteiligung an dem Gewaltgeschehen oder der Sorge um eine vom Ausland ausgehende Verschwörung entsprungen war – und weniger fundierten geheimdienstlichen Erkenntnissen. Es liegen in den zahlreichen konsultierten Archiven keine aussagekräftigen Dokumente vor, die eine Involvierung sowjetischer und europäischer Akteure in den sich zunehmend intensivierenden Binnenkonflikt nahelegen würden. Verschwörungstheorien sind, wie wohl auch im hier untersuchten Fall der *Violencia*, vielmehr ein beliebtes und häufig genutztes Mittel des Staates, sich der Unterstützung in der Bevölkerung und deren Wohlwollen zu sichern. Werden die Gerüchte und Halbwahrheiten über eine Unterminierung der staatlichen Ordnung mit ausländischen Kräften in eine ursächlichen Zusammenhang gebracht, erhöht sich noch deren Wirkmächtigkeit.<sup>543</sup> Unabhängig vom Wahrheitsgehalt der Nachrichten, die eine Beteiligung ausländischer kommunistischer Kräfte propagierten, kann davon ausgegangen werden, dass solche Verlautbarungen eine nicht zu unterschätzende mobilisierende Propagandawirkung auf konservative Parteianhänger hatten, die sich zu Beschützern des christlichen Abendlandes und der katholischen Religion aufgeschwungen hatten.

Die Zusammenarbeit zwischen Liberalen und Kommunisten stelle aus Sicht konservativer Politiker eine Notwendigkeit dar, da sich die Liberale Partei Mitte des 20. Jahrhunderts ihrer Doktrinen und Ideologie beraubt sehe und ihre programma-

---

<sup>540</sup> Henderson: History, S. 201, 314. S. für einen Nachruf auf Isauro Yosa: Voz, 5.8.1998, „Forjado en la resistencia CAMPESINA“. S. auch Medina: Resistencia Campesina; Isauro Yosa: Zeitzeugeninterview, 19.4.1984 (APMM).

<sup>541</sup> Auf die Zusammenarbeit von kommunistischen und liberalen Widerstandskämpfern gehe ich in den Kapiteln 5.3, 6.3 und 6.4 des Teils III der Arbeit detailliert ein.

<sup>542</sup> Die *Policía Nacional* berichtete etwa im Mai 1951, dass russische und tschechische Staatsbürger liberale und kommunistische Kombattanten ausbildeten und im Waffenbau schulten („Orden Público: Departamento del Tolima“ [AGN/PR/DSM/85/28/2-3]).

<sup>543</sup> Philip Schlesinger: Media, State and Nation. Political Violence and Collective Identities. London u.a. 1991, S. 99.

tische Daseinsberechtigung durch kommunistisches Gedankengut ersetzen müsse.<sup>544</sup> Die von der Liberalen Partei befürwortete, erhöhte staatliche Aktivität hinsichtlich der Regulierung der Sozialbeziehungen sowie die laizistische Ausrichtung der Verfassung würden ungeachtet der „offiziellen“ Selbstdarstellung von der Nähe des liberalen politischen Programms mit „marxistischen Allüren (*veleidades marxistas*) und sowjetischen Thesen“ zeugen.<sup>545</sup> Laureano Gómez wertete die zeitgenössischen Entwicklungen dahingehend, dass die Liberale Partei flächendeckend von kommunistischen Gruppen unterwandert worden sei und nur „noch ihren Namen beibehält“.<sup>546</sup> „Professionelle Agitatoren, Vertreter des sowjetischen Imperialismus“ müssten sich nicht mehr nur als einfache Liberale tarnen, sondern auch die Führungsriege der Liberalen Partei sei von Kommunisten unterwandert worden.<sup>547</sup>

Neben Gómez war José María Nieto Rojas einer der exponierten Vertreter der Konservativen Partei, die Kolumbien als Opfer einer von Moskau ausgehenden, internationalen kommunistischen Verschwörung sahen.<sup>548</sup> Diese Unterwanderung erklärte, aus Sicht vieler Konservativer, dass exponierte Vertreter der Liberalen Partei wie Carlos Lleras Restrepo zum Widerstand gegen die Regierung aufrufen würden. Als ein solches Plädoyer werteten konservative Politiker die Forderung von Lleras Restrepo, angesichts der steigenden Gewalt gegen Liberale und der Enthaltung der Liberalen Partei von den Wahlen sowohl die öffentlich-politischen als auch die privaten Beziehungen von Liberalen zu Konservativen abzubrechen.<sup>549</sup> Die Enthaltung von den Präsidentschaftswahlen 1949 interpretierten konservative Politiker als subversiven und den demokratischen Gepflogenheiten widersprechenden Akt.<sup>550</sup> Die Liberalen, die sich gewaltsam gegen die Verfolgung von (partei-)politisch instrumentalisierten Polizeikräften und bewaffneten konservativen Zivilisten wehrten, stünden „unter der Führung und der Befehlsgewalt von internationalen Vertretern des SOWJETS“.<sup>551</sup>

---

<sup>544</sup> Eco Nacional, 2.9.1952, „La Violencia“.

<sup>545</sup> El Siglo, 1.10.1949, „El Poder para qué?“.

<sup>546</sup> El Siglo, 7.10.1949, „Texto del discurso del Dr. Laureano Gómez“. Carlos Arango hingegen relativierte die Aussage von Gómez, indem er die Liberale Partei nicht mit der Kommunistischen gleichsetzte, auch wenn er betonte, dass bedeutende Sektoren der Liberalen Partei mit diesen zusammenarbeiteten (vgl. El Siglo, 3.11.1949, „El comunismo se ha infiltrado en el liberalismo colombiano“).

<sup>547</sup> El Siglo, 19.2.1948, „El fracaso de una estrategia“.

<sup>548</sup> Vgl.: Nieto Rojas, Batalla; s. auch Acevedo Carmona: Mentalidad, S. 206.

<sup>549</sup> El Siglo, 29.10.1949, „Lleras rompió las conversaciones de paz“; s. auch El Siglo, 29.10.1949, „Vientos de Locura“.

<sup>550</sup> El Siglo, 8.11.1949, „Abstención Subversiva“.

<sup>551</sup> El Siglo, 4.10.1949, „Aspectos históricos de la violencia“ (Hervorhebung im Original).

Die materialistische Ideologie, von der sich die Konservative Partei vehement abgrenzte und auf der aus konservativer Sicht die liberal-kommunistische Zusammenarbeit basiere, stellte die Grundlage für die Definition eines weiteren Feindbildstereotyps dar. In der konservativen Wahrnehmung sozialer Realitäten wurden Mitglieder der Liberalen Partei und protestantische Gläubige gleichgesetzt. Diese undifferenzierte Angleichung von Liberalen und Protestanten fußte parallel zur Gleichsetzung von Liberalen und Kommunisten auf den materiellen Interessen und der unterstellten materialistischen, als Gegensatz zu einer spirituellen, Konzeption des menschlichen Lebens, die Kommunisten und Protestant, aus Sicht der Konservativen, teilen würden.

Vor dem Hintergrund der Betonung der katholischen Religion als Fundament der Politik der Konservativen Partei äußerten ihre *dirigentes* deutliche Vorbehalte gegenüber protestantischen Kreisen. Die protestantischen Lehren wurden als Gefahr für die katholisch fundamentierte politische Moral der Konservativen Partei gesehen – ungeachtet der Tatsache, dass protestantische Kirchen seit dem 19. Jahrhundert nur sehr geringe Missionserfolge in Kolumbien hatten. Weniger als ein Prozent der kolumbianischen Bevölkerung gehörten während des Untersuchungszeitraums protestantischen Glaubengemeinschaften an.<sup>552</sup>

Exemplarisch kann die Kolumne *La Religión Protestante, Peligro Moral* herangezogen werden, die in den Jahren 1950 und 1951 in der konservativen Regionalzeitung *El Derecho* veröffentlicht wurde. In dieser sollte der Leserschaft die von den protestantischen Kirchen ausgehenden Gefahren für die katholische Verfasstheit der kolumbianischen Gesellschaft vor Augen geführt werden. Angesichts der Gefahren, die von Protestant ausgingen, wurde die Bevölkerung denn auch vor den „Legionen protestantischer Missionare aus den USA“ gewarnt.<sup>553</sup>

In besagter Kolumne über den Protestantismus und die von ihm ausgehende Gefahr für die Moral wurde einem „katholischen“ Gebet, das um Segen und Schutz durch Christus ersuchte, ein angeblich lutherisches Gebet gegenübergestellt, das in erster Linie materielle Gegenstände wie Kleidungsstücke und um gutes Essen erbat.<sup>554</sup> Während die Konservative Partei für sich in Anspruch nahm, dass ihr politisches Handeln von katholischer Spiritualität geleitet würde, warfen sie Protestant vor, in erster Linie an materiellem Wohlergehen interessiert zu sein.

Eduardo Ospina bemühte, dieser Sichtweise verpflichtet, das Bild der Protestanten, die an materiellen Gewinnen interessiert seien, und verglich protestan-

---

<sup>552</sup> Bushnell: Making, 206f.

<sup>553</sup> El Derecho, 25.3.1950; „Religión Protestante, Peligro Moral“; s. auch El Derecho, 29.4.1950, „Religión Protestante, Peligro Moral“; El Derecho, 23.11.1950, „Religión Protestante, Peligro Moral“.

<sup>554</sup> El Derecho, 29.4.1950, „Religión Protestante, Peligro Moral“.

tische Missionare mit „reisenden Handelsvertretern“.<sup>555</sup> Der Prälat der Katholischen Kirche stellte in seiner Ansprache vor *campesinos* in Tolima „die traurige gegenwärtige Situation“ der Erinnerung an die „Nation in besseren, schon lang vergangenen Zeiten“ gegenüber. Während sich die Vergangenheit durch Einfachheit, Ehrbarkeit und Einheit der Bürger auszeichne, weil „die katholische Religion und der Glaube noch einen Großteil der Sozialbeziehungen austarierten“, habe das stete Streben nach „Fortschritt, mehr Reichtum, [...] mehr Industrie und Handel“ zu der gegenwärtigen Gewaltsituation geführt. Gleichzeitig warnte er die *campesinos* vor dem „perversen, atheistischen, russischen Kommunismus“, dem „häretischen Protestantismus“ und der „diabolischen Freimaurerei“, welche sämtlichen Umsturzversuchen und Revolutionen zugrunde lägen, „um Krieg gegen Christus und seine Kirche zu führen“.<sup>556</sup>

Diese Sichtweise entsprach der Theorie Gómez', der zufolge Kommunismus, Protestantismus, Freimaurerei und Judentum in einem engen organischen Verhältnis stünden. Bereits 1942 hatte er in einer Rede vor dem Parlament seine antisemitisch geprägte Theorie dargelegt. Gemäß dieser seien die Vordenker marxistisch-kommunistischer Ideologien Juden, die sich dieser Ideologie bedienten, um ihre Kondition als Juden zu verdecken und sich gegen die vielfältige antisemitische Verfolgung zu wehren.<sup>557</sup> Während Juden über kommunistische Organisationen die breite Masse der Bevölkerung ansprächen, würden sie sich der Freimaurerei bedienen, um die Eliten der Gesellschaft für „den jüdischen Versuch der Weltbeherrschung“ zu gewinnen.<sup>558</sup>

Auf Basis der von Protestanten, Freimaurern, Kommunisten sowie jüdischen Glaubensgemeinschaften angeblich geteilten materiellen (Glaubens-)Grundsätzen konstruierten konservative Politiker eine amorphe Akteursallianz aus den benannten Gruppen. *El Siglo* sah in der Freimaurerei „jene apokalyptische Bestie, die durch den Teufel geschaffen worden war, um Krieg gegen Gott und die Menschheit zu führen“.<sup>559</sup> Die zunehmende liberale Widerstandsgewalt Ende der 1940er Jahre, der Mitglieder der Konservativen Partei und des Klerus zum Opfer fielen, verstärkte die Wahrnehmung der Liberalen Partei durch ihre konservativen Pendants als ununterscheidbar von freimaurerischen und kommunistischen Gruppierungen.<sup>560</sup>

<sup>555</sup> Ospina: Sectas Protestantes en Colombia, S. 30.

<sup>556</sup> El Derecho, 6.5.1950, „El Comunismo y la masonería originan todas las revoluciones“.

<sup>557</sup> Vgl. Williford: Armando los Espíritus, S. 178-185, 193-201.

<sup>558</sup> Zitiert in: Perea: Sangre, S. 36.

<sup>559</sup> Zitiert in: ebenda, S. 35f.

<sup>560</sup> Betancourt; García: Matones, S. 82.

Mit dem bereits erwähnten, angeblich lutherischen Gebet vermittelte der konservative Autor, dass Protestantenten Gott, neben materiellen Gegenständen, um viele Frauen und wenige Kinder bitten würden.<sup>561</sup> Die Unterstellung, dass Protestantenten nicht monogam leben, mit möglichst wenig Nachkommenschaft auch nur ein möglichst geringes Maß an sozial-familiärer Verantwortung übernehmen sowie in erster Linie materielle Interessen verfolgen würden, stellte sie diametral zu den Grundsätzen der katholischen Soziallehre, der sich die Konservative Partei verpflichtet sah.

Silvio Villegas verteidigte Laureano Gómez gegen die Vorwürfe seiner politischen Gegner, die den zukünftigen Präsidenten Kolumbiens beschuldigten, totalitaristischen Ideologien anzuhängen und ein diktatorisches Regime errichten zu wollen. Villegas warf den Widersachern Gómez' vor, die Verteidigung der hispanischen Tradition und der katholischen Religion mit faschistischen und falangistischen Ideologien zu verwechseln. Gómez schützte, aus Sicht von Villegas, lediglich das spanische Erbe Kolumbiens vor den „sächsisch-protestantischen Deformationen, vor dem dunstigen (*hiperbóreas*) Nebeln der germanischen Philosophie und vor dem jüdischen Totalitarismus, der jegliche marxistische Ideologie speist“.<sup>562</sup>

Was genau Villegas mit den *Nebeln der germanischen Philosophie* meinte, lag im Auge des Betrachters, er führte diesen Punkt nicht weiter aus, aber eine naheliegende Vermutung ist doch, dass er sich mit diesem Bild auf die Aufklärung bezog, deren Anfänge in Nordeuropa auszumachen waren. Somit wurden aufklärerisch-liberale Ideale, die ihren Ursprung in dem mehrheitlich protestantischen, angelsächsischen Raum hatten und zu denen sich die Liberale Partei bekannte, und der protestantische Glaube organisch miteinander verbunden.

Alberto Rambao, Berater des *Comité Latinoamericano* des *National Council of the Churches of Christ in the USA*, erklärte, dass die Verfolgung von Protestantenten in Kolumbien während der Amtszeit von Laureano Gómez „schlimmer als in Spanien“ sei. Die unerbittliche Jagd auf protestantische Gläubige erklärte er unter anderen mit dem Umstand, dass „ein Protestant in Kolumbien automatisch ein Liberaler ist“.<sup>563</sup> Auch unter seinem Nachfolger im Präsidentenamt, Rojas Pinilla, beklagten US-amerikanische Vereinigungen wie die *National Association of Evangelicals* 1956 eine systematische Verfolgung von protestantischen Gläu-

---

<sup>561</sup> El Derecho, 29.4.1950, „Religión Protestante, Peligro Moral“.

<sup>562</sup> El Siglo, 19.11.1949, „Laureano Gómez y la Democracia“. Der Zeitzeuge und liberale Politiker Otto Morales Benítez gehörte zu den Kritikern des spanistischen Kulturkonzepts Gómez', das Kolumbianer, mit gewissen rassistischen Untertönen, als weiß, katholisch und konservativ stereotypisierte (Dr. Otto Morales Benítez: Zeitzeugeninterview, 14.8.2009).

<sup>563</sup> El Tiempo, 16.3.1952, „Los Protestantes de Colombia se Quejan de Persecuciones“.

bigen in Kolumbien. Die Einschüchterungsversuche würden, so ihre Klage, von politischen Amtsträgern und der Presse geduldet oder sogar gefördert.<sup>564</sup>

Eduardo Ospina verneinte zwar, dass Protestanten und Liberale in Kolumbien gleichgesetzt würden und erklärte die *angeblich religiöse Verfolgung von Protestanten* in Kolumbien mit deren politischer Aktivität und der Einmischung von ausländischen Protestanten in innerkolumbianische Angelegenheiten. Diese politische Betätigung sei seiner Ansicht nach der Grund, warum auch Protestanten Opfer in den bewaffneten Auseinandersetzungen zu beklagen hatten – nicht weil sie als Protestanten verfolgt würden. Die politische Einflussnahme bestünde, wie Ospina darstellte, in den Versuchen, auf der internationalen Ebene politischen Druck auf die kolumbianische Regierung zu erzeugen, um ihren Sturz zu erreichen oder zumindest einen grundlegenden Richtungswechsel in der Regierungspolitik zu veranlassen.<sup>565</sup>

Die Anstrengungen, auf die innenpolitischen Entwicklungen Einfluss zu nehmen, teilten sie mit exponierten Vertretern der Liberalen Partei wie Alberto Lleras Camargo. Dieser versuchte über die Organisation Amerikanischer Staaten, deren Generalsekretär er 1948 wurde, die zunehmende Gewalt in Kolumbien vor der Weltöffentlichkeit anzuklagen, was die konservative Regierung als unstatthaft Einmischung in innere Angelegenheiten verurteilte.<sup>566</sup> In dieser Argumentationslogik näherten sich Protestanten und Liberale auf einer phänomenologischen Ebene, den Versuchen der Einflussnahme über supranationale Organisationen auf innenpolitische Entwicklungen und Geschehnisse, ein weiteres Mal an – ungetachtet des Versuchs von Ospina, genau den Vorwurf der diskursiven Gleichsetzung zu entkräften.

Da viele konservative Politiker Liberale und Kommunisten nur schwerlich zu unterscheiden vermochten, entstand ein amorphes Gemenge, in dem liberale, kommunistische oder protestantische Akteure nahezu undifferenzierbar waren. Dieses spiegelte sich auf semantischer Ebene in den Klagen von Uribe Cualla gegen die politischen Aussagen der „*evangelistas del desborde proletario*“ wider.<sup>567</sup> Mit diesen Worten beschrieb Uribe Cualla die politischen Weggefährten von Echandía in der Liberalen Partei. Während „*proletario*“ auf kommunistische Gruppen und liberale *criptocomunistas* anspielte, konnte sich „*evangelistas*“, abgesehen von den biblischen Evangelisten, auch auf die seit der *República Liberal* verstärkt in

---

<sup>564</sup> „Repressive Measures by Government“ (APW/2)

<sup>565</sup> Ospina: Sectas Protestantes en Colombia, S. 78ff.

<sup>566</sup> El Siglo, 4.11.1949, „La actitud de Lleras Camargo es insólita, dice el gobierno“.

<sup>567</sup> El Siglo, 1.10.1949, „El Poder para qué?“.

Kolumbien aktiven protestantischen Missionare sowie Ämter in protestantischen Kirchen beziehen.

Dass Vertreter der Konservativen Partei das Bild einer undifferenzierten Gemengelage von Liberalen, Kommunisten, Protestanten, Juden und Freimaurern zeichneten, das auch zahlreiche Kleriker teilten, wurde in der Aussage des *Administrador Apóstolico* der Diözese Ibagué deutlich. Dieser erklärte im Mai 1952, dass er das Dorf Riomanso in der mehrheitlich liberalen Gemeinde Rovira (Tolima) verlassen habe, weil dort Regierungsanhänger und Konservative von Protestanten verfolgt würden. Protestantische Gläubige seien seiner Darstellung zufolge nach der Ermordung von Gaitán gegen die konservative Bevölkerung der Ortschaft vorgegangen, während sie sich gegen den katholischen Glauben ausgesprochen hätten und den Protestantismus und Kommunismus hätten hochleben lassen.<sup>568</sup>

Auch in der Berichterstattung von *El Derecho* spiegelte sich die Gleichsetzung von Protestanten und Kommunisten wider, die aus Sicht konservativer Politiker wiederum eins mit Anhängern der Liberalen Partei waren. Die Regionalzeitung berichtete im März 1950 über verdächtige, nächtliche Versammlungen von bewaffneten Kommunisten in Cajamarca und über die Furcht in der Gemeinde wegen der unbekannten Zielsetzungen dieser Treffen. Die Leserschaft sollte aber mit der Nachricht beruhigt werden, dass „der Katholizismus aus Cajamarca gegen den Protestantismus [als Synonym für Kommunismus, L. R.] kämpft, der die Gemeinde mit seiner häretischen Propaganda invadiert hat und die popularen Gefühle mit seinen konstanten Verletzungen und Vulgaritäten gegen die katholische Religion verletzt“. Unter Führung des örtlichen Pfarrers waren die Katholiken mit der Identifizierung von Protestanten beschäftigt und „dank der Einheit der Katholiken und ihres felsenfesten Entschlusses, den Glauben um jeden Preis zu verteidigen, haben bereits drei protestantische Familien die Gemeinde verlassen“.<sup>569</sup>

Die Vorbehalte von konservativer Seite gegenüber protestantischen Gruppierungen verdeutlichte sich an dem Umstand, dass der Terminus „Protestant“ in dem konservativen Diskurs einen diffamierend-delegitimierenden Charakter bekam. So erklärte *El Siglo* die Wahlenthaltung der Konservativen Partei während der liberalen Regierungen in der vorangegangenen Dekade der 1930er Jahre mit einem hohen Maß an moralischer Standhaftigkeit und dem aus dieser resultierenden politisch konsequenten Handeln. Der Verzicht auf die Beteiligung an den Präsidentschaftswahlen am 27.11.1949 vonseiten der Liberalen hingegen zeuge,

---

<sup>568</sup> Die Erklärung ist abgedruckt in: Ospina: Sectas Protestantes en Colombia, S. 135f.

<sup>569</sup> El Derecho, 18.3.1950, „Qué preparan los comunistas en Cajamarca?“.

laut *El Siglo*, von dem ideologisch-doktrinärem Winkelmut einer Partei, zu deren Führung „sicherlich auch protestantische Kardinäle [sic!]“ gehören würden.<sup>570</sup>

Die Darstellung der Liberalen Partei als kommunistisch unterwandert, protestantisch, bzw. atheistisch, und freimaurerisch unterschied sich zwar en détail. Aber ungeachtet der unterschiedlichen Argumentationen, mit denen die Gleichsetzung von Liberalen mit Kommunisten, Protestanten und Freimaurern begründet wurde, sprachen sie allesamt das religiöse Empfinden der Gefolgschaft der Konservativen Partei an, welche die von ihr verteidigte katholische Religion durch die Liberale Partei bedroht sah.<sup>571</sup> Die Religiosität besaß insbesondere in ruralen Räumen, dem Zentrum der vorliegenden Arbeit, ein hohes Mobilisierungspotenzial, zumal die Frage nach der Bedeutung und Stellung der Kirche in der Gesellschaft die zentrale Differenz zwischen den Traditionsparteien markierte. Die Wirkkraft dieser Mobilisierungsressource darf daher nicht in ihrer Bedeutung unterschätzt werden.<sup>572</sup>

## 2.4 Die Mitglieder der Konservativen Partei als Faschisten

Zwar bekannten sich führende Vertreter der Konservativen Partei vor dem Hintergrund der an Schärfe gewinnenden Differenzen zwischen den Vereinigten Staaten von Amerika und der Sowjetunion in der zweiten Hälfte der 1940er Jahre, ungeachtet ihrer vorherigen Sympathien für faschistische Regimes und der anhaltenden Bewunderung für das franquistische Spanien, zu den Westmächten.<sup>573</sup> Trotz der Tatsache, dass sowohl liberale als auch konservative Politiker das südamerikanische Land als Alliierten der USA sahen und sich in der Blockkonfrontation zu den Westmächten zählten, wurden die Mitglieder der Konservativen Partei in einem reziproken diskursiven Konstruktionsprozess von liberalen Politikern als Anhänger totalitärer, faschistischer Ideologien wahrgenommen. So wie die Darstellung die Mitglieder der Liberalen Partei als *criptocomunistas* durch konservative Politiker eine hohe Persistenz während des Untersuchungszeitraums aufwies, lässt sich auch die Wahrnehmung konservativer Parteimitglieder als Verfechter faschistischer Theorien bis weit in den Untersuchungszeitraum nachzeichnen.

Die *Plataforma Ideológica del Liberalismo* erklärte in Anspielung auf ihre konservativen Widersacher, dass „der Liberalismus gegen die rückständigen Kräfte (*fuerzas de regresión*) kämpft, die versuchen, eine faschistische oder falangis-

---

<sup>570</sup> El Siglo, 24.11.1949; „La Abstención Liberal“

<sup>571</sup> Vgl. Betancourt; García: Matones, S. 102.

<sup>572</sup> Vgl. Bushnell: Making, S. 182; Kurtenbach: Kolumbien [1999], S. 378; Martin: Tradition of Violence, S. 166.

<sup>573</sup> Das Bekenntnis beider Traditionsparteien zu den Westmächten manifestierte sich deutlich an der Entsendung kolumbianischer Soldaten nach Korea, die sowohl von liberalen als auch konservativen Politikern unterstützt wurde (Pizarro Leongómez: Profesionalización Militar II).

tische Politik in unserem Land durchzusetzen“.<sup>574</sup> Eduardo Santos erklärte vor den Parlamentswahlen im März 1947, dass die Liberale Partei „ohne Unterlass die Samen des Nazismus, des Faschismus [und] des *falangismo* bekämpfen wird, die in Kolumbien unter dem seltsamsten Deckmantel (*ropaje*) fortduern“, womit er auf die Konservative Partei anspielte.<sup>575</sup> Salazar Ferro beklagte, dass der konservative Gouverneur von Boyacá den gewerkschaftlichen Zusammenschluss „Utrabo“, eine reaktionäre Organisation falangistischen Vorbilds“ unterstütze.<sup>576</sup>

*El Espectador* relativierte die Schuld einfacher *campesinos* an der sich intensivierenden Gewalt und nahm die Presse sowie die Führungsriege der *partidos tradicionales* in die Pflicht, sich mit Blick auf die politischen Anfeindungen zu mäßigen. Die rezenten Gewaltergebnisse „bringen uns gegen unseren Willen, aber unausweichlich, dazu zu glauben, dass es Personen gibt, die wie der Autor von ‚Mein Kampf‘ glauben, dass der konstante und regelmäßige Einsatz von Gewalt für den Erfolg wahrlich von größter Bedeutung ist“.<sup>577</sup> Román González Varela zog ebenfalls den nationalsozialistischen Diktator für einen Vergleich heran. Er setzte in einem Schreiben an das Präsidentenamt die konservativen Politiker Ospina Pérez, Laureano Gómez und José María Villarreal mit Adolf Hitler gleich.<sup>578</sup> Und *La Opinión* fragte, „ob das Monster zurückkehren wird“, und warnte vor einer möglichen Rückkehr von Laureano Gómez aus seinem selbst gewählten spanischen Exil. „Der erste Vertreter des spanischen Diktators Francisco Franco“, Gómez, würde, so war die Einschätzung des Autors, die von ihm verteidigten faschistischen Praktiken umsetzen wollen, um die politische Macht im Land an sich zu reißen.<sup>579</sup>

In einem Flugblatt, das vor dem Amtsantritt Gómez' beschlagnahmt wurde und an den liberalen Lokalpolitiker Ernesto Lucena Bonilla und Rafael Parga Cortés adressiert war, wurde der neue Präsident Kolumbiens als „falangistisches Monster

---

<sup>574</sup> Jornada, 30.1.1947, „Plataforma Ideológica del Liberalismo“. S. auch Henderson: History, S. 106.

<sup>575</sup> El Tiempo, 29.1.1947, „Discurso del Doctor Eduardo Santos“.

<sup>576</sup> El Tiempo, 10.1.1947, „Salazar Ferro Habla Sobre Boyacá“.

<sup>577</sup> El Espectador, 9.1.1948, „El Nuevo Estadio de la Violencia“.

<sup>578</sup> „Carta al Secretario General de la Presidencia“ (AGN/PR/DSM/86/9/67-70).

<sup>579</sup> La Opinión, 16.6.1949, „Regresará el Monstruo?“. Als *El Monstruo* wurde Gómez von vielen Mitgliedern der Liberalen Partei bezeichnet. Der linksliberale Politiker Carlos H. Pareja veröffentlichte 1955 in Buenos Aires – eine Publikation des Werkes war ihm in Kolumbien zu diesem Zeitpunkt nicht möglich – einen gleichnamigen Roman, der auf Laureano Gómez anspielte (vgl. Carlos H. Pareja: *El Monstruo*. Buenos Aires 1955; s. auch Laura Restrepo: Niveles de realidad en la literatura de la „violencia“ colombiana. In: Jesús Antonio Bejarano (Hrsg.): *Once ensayos sobre La Violencia*. Bogotá 1985, S. 117-169, hier: S. 136ff.; Bushnell: Making, S. 192).

[und] Représant Francos“ bezeichnet. Die Autoren des Schriftstücks beschrieben die politischen Auseinandersetzungen als „Endschlacht“ und verdeutlichten auf diese Weise, dass die *Dichotomisierung der sozialen Realität*, die von der nationalstaatlichen Ebene ausging, ihren Niederschlag auch auf der lokalen Handlungsebene gefunden hatte.<sup>580</sup>

Die Wahrnehmung des politischen Gegenübers als faschistisch inspirierte Gruppierung bezog sich auf den Umstand, dass sich in den 1930er Jahren innerhalb der Konservativen Partei politisch rechte Fraktionen als Reaktion auf die Reformprogramme der *Revolución en Marcha* – und die damit gestiegene populare Mobilisierung – herausgebildet hatten.<sup>581</sup> Diese hatten, zusammen mit dem exponierten Vertreter der Konservativen Partei in den 1940er Jahren, Laureano Gómez, während des Zweiten Weltkrieges mit den Achsenmächten sympathisiert.<sup>582</sup> *La Opinión* nannte Gómez den „zweiten Franco“ bzw. den „Emissär des Diktators Spaniens“.<sup>583</sup> Die liberale Regionalzeitung sah Gilberto Alzate Avendaño, den rechtskonservativen *dirigente conservador* aus Caldas, als Kandidaten, der sich an die Spitze einer nach spanischen Vorbild organisierten *falange* stellen würde, sollten sich die bewaffneten Auseinandersetzungen zwischen Liberalen und Konservativen weiter intensivieren.<sup>584</sup> Wenige Tage zuvor hatte *La Opinión* bereits konstatiert, dass Tolima, das sich lange Zeit „im Rahmen der Vernunft (*cordura*) und einer gesunden sozialen Ordnung“ bewegt habe, unter „die Herrschaft der falangistischen Barbarei“ gefallen sei.<sup>585</sup>

Juan de Jesús Franco, der ab 1949 den liberalen, bewaffneten Widerstand in Urrao (Antioquia) anführte, sah sich gegen die „Falange“ kämpfend, wie er im Juli 1953 an den Militärgouverneur von Antioquia schrieb.<sup>586</sup> Beunruhigung hatten die „ungeschickten (*torpe*) und unverantwortlichen“ Aussagen des Herausgebers der Tageszeitung *Eco Nacional*, die von Alzate Avendaño gegründet wor-

<sup>580</sup> Das Flugblatt befindet sich in den Akten der juristischen Ermittlungen wegen verfassungsfeindlicher Verbrechen („Tribunal Superior de Ibagué [TSI], Sumario Número [SN] 3227 contra Ernesto Lucena Bonilla et al. por Delito contra el Régimen Constitucional y la Seguridad Interior del Estado“ [AHJT/2/2/11/8]).

<sup>581</sup> Bushnell: Making, S. 191, Williford: Armando los Espíritus, S. 124ff. In dem gleichen Zeitraum entstanden auch auf der politischen Linke neue Parteien wie der *Partido Comunista de Colombia* oder die *Unión Nacional Izquierdista Revolucionaria* unter dem Einfluss von Gaitán (vgl. Marín Tobardo: Historia, S. 41).

<sup>582</sup> Dennis: National Identity, S. 99.

<sup>583</sup> *La Opinión*, 2.7.1949, „Nos cobran la derrota“; s. auch *La Opinión*, 2.7.1949, „Otra vez don Laureano“.

<sup>584</sup> *La Opinión*, 12.8.1949, „Los conservadores proclaman la guerra civil“.

<sup>585</sup> *La Opinión*, 28.7.1949, „En Plena Barbarie“.

<sup>586</sup> Zitiert in: Guzmán Campos: Violencia, S. 133.

den war, hervorgerufen, denen zufolge der offene Bürgerkrieg eine Lösung für den politischen Machtkampf zwischen Liberaler und Konservativer Partei darstelle.<sup>587</sup> Und Echandía erinnerte warnend an die „Zustimmung des Herrn Gómez zu den Idealen der antidemokratischen Nationen in der jüngeren Vergangenheit“, das heißt an seine Sympathien für die faschistischen Regimes während des II. Weltkrieges.<sup>588</sup>

Das Wohlwollen, das Gómez den faschistisch-totalitären Kräften in Europa entgegengebracht hatte, diente als Fundament, auf dem liberale Politiker in der Folge eine diskursive Gleichsetzung von Konservativen und faschistischen Gruppierungen vornahmen. Auch über *El Siglo*, dem Sprachrohr der *laureanistas*, hatte der rechte Flügel der Konservativen Partei seine Sympathien für die faschistisch-falangistischen Bewegungen in Europa bekundet.<sup>589</sup> Als „diskursiver Höhepunkt“ der Verlautbarungen, welche die Differenzen zwischen Konservativen, Faschisten und *falangistas* tilgten, muss das Spätjahr 1949 bezeichnet werden, als die Regierung Ospina Pérez den Ausnahmezustand verhängte, die legislativen Vertretungen schloss und eine landesweite Preszensur etablierte. Ungeachtet dessen ließ die Regierung Ospina Pérez wenige Wochen später die Präsidentschaftswahlen unter dem *Estado de Sitio* durchführen, aus denen Laureano Gómez als Sieger hervorging.

Im Oktober 1949 warf Lleras Restrepo dem Flügel der *laureanistas* vor, de facto eine faschistische Bewegung begründet zu haben:

Die Methoden, die angewendet werden, gleichen zweifelsfrei denen von totalitären Regimes: eine politische Minderheitenpartei entscheidet sich, die Macht, die sie an sich gerissen hat, gewaltsam gegen seinen Gegner einzusetzen und sät Schrecken zusammen mit der Polizei.<sup>590</sup>

Der liberale Präsidentschaftskandidat Echandía bezeichnete, nachdem die Entscheidung über die Wahlenthaltung getroffen war, Gómez als „den Kopf einer fünften Nazi-Kolonne“, der Mehrheitsentscheidungen erst dann akzeptiere, wenn qua Gewalt sichergestellt sei, dass sich die Mehrheiten nicht frei hatten konstituieren können. Er warf dem zukünftigen Präsidenten Kolumbiens vor, Gewalt als legitimes Instrument in politischen Auseinandersetzungen zu verteidigen. Seine rhetorischen Rechtfertigungen politisch motivierter Gewalt hätten sogar im Kon-

<sup>587</sup> La Opinión, 12.8.1949, „Los conservadores proclaman la guerra civil“.

<sup>588</sup> El Tiempo, 8.11.1949, „El Liberalismo No Irá a Elecciones“. Zu den undemokratischen Ansätzen Gómez' vgl. Dennis: National Identity, S. 99.

<sup>589</sup> Osterling: Democracy, S. 88.

<sup>590</sup> El Tiempo, 21.10.1949, „La Democracia Colombiana en Peligro“.

gress zu physischer Gewalt geführt, der die liberalen Abgeordneten Jorge Soto del Corral und Gustavo Jiménez zum Opfer gefallen waren.<sup>591</sup>

Um die Mehrheiten vor ihrer Konstituierung sicherzustellen, greife die konservative Regierung, wie *El Tiempo* klagte, auf die Einschränkung bürgerlicher Freiheitsrechte wie der Presse- und Versammlungsfreiheit zurück und widerspreche anderslautenden Erklärungen des Kanzlers Arango. In unmissverständlicher Anspielung auf die politische Polizei des Dritten Reiches beklagte die liberale Tageszeitung, dass „eine finstere Gestapo (*siniestras gestapos*)“, die mit dem Vorsatz der Repression liberaler politischer Aktivität organisiert worden sei, im ganzen Land die Mitglieder der Liberalen Partei verfolge.<sup>592</sup> Die liberalen Abgeordneten verurteilten „vor dem demokratischen Gewissen der freien Menschen, die in Amerika und der Welt die grundlegenden Freiheiten verteidigen“, die zunehmende Gewalt gegen Liberale, womit sie einmal mehr ihr Bekenntnis zu demokratischen Grundprinzipien unterstrichen. Sie erklärten, dass die Regierung Ospina Pérez einen Unterdrückungsapparat aufgebaut habe, der charakteristisch für „Gewaltregimes (*gobiernos de fuerza*), die sich an den Praktiken des Faschismus und dem internationalen *falangismo* orientieren“, sei.<sup>593</sup>

Laureano Gómez hatte liberalen Politikern und ihrem Vorwurf an die *laureanistas*, dass sie sich demokratischen Prinzipien nur bedingt verpflichtet fühlten, gewissermaßen eine Argumentationshilfe gegeben. Des Öfteren hatte er parlamentarische Mehrheitsentscheidungen als die „Diktatur der Hälfte plus eine [Stimme, L. R.]“ verurteilt.<sup>594</sup> Gómez hielt mehrheitsdemokratische politische Systeme für nicht ausreichend gefestigt, um radikalen politischen, kommunistischen Projekten Einhalt zu gebieten. Er tendierte zu korporatistisch verfassten Politiksystemen nach franquistischem Vorbild, die er während seiner Präsidentschaft auch in Kolumbien zu etablieren versuchte.<sup>595</sup> Des Weiteren verteidigte er physische Gewalt in politischen Auseinandersetzungen als „unerschrockene Aktion (*acción intrépida*)“.<sup>596</sup> Insbesondere als sich die zweite Amtszeit von López Pumarejo anbahnte, rechtfertigte er sogar Attentate als Akt der Notwehr (*defensa legítima*).<sup>597</sup> Und Silvio Villegas plädierte schon in den 1930er Jahren dafür, die Liberale Par-

---

<sup>591</sup> El Tiempo, 8.11.1949, „El Liberalismo No Irá a Elecciones“.

<sup>592</sup> El Tiempo, 6.11.1949, „E Hicieron Invibile la República“.

<sup>593</sup> El Tiempo, 9.11.1949, „Gran Sensación Causó la Oración del Doctor Echandía“.

<sup>594</sup> Zitiert in: Acevedo Carmona: Mentalidad, S. 120.

<sup>595</sup> Henderson: Modernization, S. 353.

<sup>596</sup> Ebenda, S. 268, 282

<sup>597</sup> Perea: Sangre, S. 120.

tei mit „ihren eigenen Mitteln“<sup>598</sup>, der physischen Gewalt, zu schlagen, da der massive Wahlbetrug keine anderen Handlungsweise, aus seiner Sicht, zulasse. In seinem Werk – mit dem vielsagenden Titel *No hay enemigo a la derecha* – rief Villegas dazu auf,

den Angriffstruppen der Konservativen Partei einen Schub zu geben, um den starken und mächtigen Syllogismus der Linke zu brechen: den Terror auf den Straßen, in den Werkstätten, in den Sälen, wo die Treffen stattfinden. Nur durch diesen Gegenterror – dies hat Hitler so meisterhaft ausgedrückt und bewiesen – wird die ewige Bedrohung der Fäuste des Proletariats zum Schweigen gebracht werden.<sup>599</sup>

Bezüglich der Entscheidung der liberalen Mehrheit in den legislativen Körperschaften, die Wahlen auf den 27. November 1949 vorzuziehen, befand Gómez, dass das „Dogma der Hälfte plus eine [Stimme, L. R.]“ nicht jedweder politischen Vorgang Legitimität verschaffen könne. Ungeachtet des legalen Anstrichs der Entscheidung – immerhin hatte die *Corte Suprema* die Entscheidung gebilligt – habe sie „einen die soziale Ethik auflösenden Charakter [...] und sei] eine moralische Unmöglichkeit“. <sup>600</sup>

Nicht nur die Person Laureano Gómez hatte offenkundige Vorbehalte gegen die Legislative. Der Innenminister Andrade wandte sich am 30. September 1949 an die Vorsitzenden der *Asambleas Departamentales*, um sie zu gemäßigter politischer Aktivität aufzurufen, damit die öffentliche Ordnung nicht gestört würde. Sein Anliegen begründete er mit dem „ausschließlich administrativen Charakter“, den die legislativen Vertretungen seiner Ansicht nach hätten.<sup>601</sup> Wie das Zitat zeigt, wurde die Legislative von ihm nicht als konstitutives Element okzidental geprägter Demokratieverstellungen, sondern als eine der politischen Exekutive untergeordnete Verwaltungseinrichtung gesehen.

Ungeachtet der Sympathien für faschistische Ideologien, die Teile der Konservativen Partei geäußert hatten, verteidigten sich ihre Repräsentanten gegen den Vorwurf, totalitären Politikvorstellungen anzuhängen. Der *Directorio Nacional Conservador* erklärte wegen der „tendenziösen Kampagne, die anlässlich der gegenwärtigen Präsidentschaftswahlen im Inland und im Ausland geführt wird“, dass sie seit ihrer Gründung Mitte des 19. Jahrhunderts die Demokratie und die

---

<sup>598</sup> Zitiert in: Betancourt; García: Matones, S. 59.

<sup>599</sup> Zitiert in: ebenda, S. 59.

<sup>600</sup> El Siglo, 3.11.1949; „El 27 Salvaremos La Democracia“.

<sup>601</sup> Erklärung abgedruckt in: El Siglo, 1.10.1949, „Paz, se pide a todas las asambleas“ (meine Hervorhebung).

bürgerlichen Freiheiten verteidige.<sup>602</sup> Explizit nahm die konservative Parteiführung Laureano Gómez gegen die Vorwürfe in Schutz, da dieser im Laufe seines politischen Werdegangs zur Genüge sein Bekenntnis zu demokratischen Prinzipien unter Beweis gestellt habe.<sup>603</sup> Weil Kolumbien ein Rechtsstaat sei, in dem die Rechte der politischen Opposition gewahrt würden, war es aus Sicht der konservativen Abgeordneten „unmöglich zu behaupten, dass es sich [bei der konservativen Regierung, L. R.] um ein faschistisches oder falangistisches Regime handele“.<sup>604</sup>

Mariano Ospina Hernández, ein Journalist, der in *El Derecho* aus Ibagué veröffentlichte, gestand zumindest ein, dass es in der Konservativen Partei Gruppierungen gab, die faschistischen Ideologien anhingen. Er bedauerte, dass sich einige Mitglieder besagter Partei noch immer nicht des „unendlichen Unterschiedes, der die faschistische Ideologie von der konservativen Ideologie trennt“, gewahr geworden seien. Der offiziellen Selbstdarstellung der Konservativen Partei folgend „ist ein wahrer Konservativer gleichzeitig ein wahrer Christ“ und somit könne er keinen faschistisch inspirierten Staat, der sich selber über den Menschen, das Ebenbild Gottes, stellt, gutheißen.<sup>605</sup>

Silvio Villegas verteidigte Gómez gegen die Darstellung seiner Person „als Schüler von Hitler, Mussolini und Franco“. Villegas’ Meinung zufolge bedürfe die Konservative Partei keinerlei ideologischer Anleihen bei den „Helden der Falange (*próceres de la falange*)“.<sup>606</sup> *El Siglo* erinnerte daran, dass es Laureano Gómez gewesen sei, der in den 1930er Jahren gegen faschistische Tendenzen in den Jugendorganisationen der Konservativen Partei gekämpft habe, als sich in Europa faschistische Regimes etablierten und es Bemühungen gab, ähnlich gelagerte Gruppierungen auch in Kolumbien zu gründen.<sup>607</sup> Den Vorwurf, dass die Konservative Partei eine faschistisch inspirierte politische Gruppierung sei, versuchten ihre Anhänger zu entkräften, indem sie auf ihr christliches Fundament verwiesen. Dieses war für sie unvereinbar mit totalitären Ideologien. *El Derecho* sah in dem politischen Fundament der Konservativen Partei, das auf der christlichen Lehre – der *Directorio Nacional Conservador* sprach von der „Moral des Christentums und seinen zivilisierenden Doktrinen“<sup>608</sup> – basiere, nicht nur einen

---

<sup>602</sup> *El Siglo*, 21.11.1949, „Son falsas las imputaciones totalitarismo al conservatismo“.

<sup>603</sup> Ebenda.

<sup>604</sup> *El Siglo*, 9.11.1949, „La actuación subversiva del Congreso es la causa de la inquietud en la República“.

<sup>605</sup> *El Derecho*, 28.8.1954, „Fascismo y Conservatismo“.

<sup>606</sup> *El Siglo*, 19.11.1949, „Laureano Gómez y la Democracia“.

<sup>607</sup> *El Siglo*, 22.11.1949, „Bajo el signo de la mentira“.

<sup>608</sup> *El Siglo*, 21.11.1949, „Son falsas las imputaciones totalitarismo al conservatismo“.

quasi-natürlichen Widerspruch zu kommunistischen, sondern auch zu faschistischen und nationalsozialistischen Ideologien.<sup>609</sup>

Mitte der 1950er Jahre, als die Regierung Gómez bereits abgesetzt worden war, wehrten sich konservative Periodika weiterhin gegen die Gleichsetzung mit faschistisch inspirierten Gruppierungen. Dieser Umstand macht deutlich, dass die Darstellung der Konservativen Partei als Apologeten faschistischer Ideologien eine gewisse „Tiefe“ und Beständigkeit hatte. Die Tageszeitung *Diario de Colombia* – wie *Eco Nacional* von Alzate Avendaño gegründet – plädierte vor dem Hintergrund des erneut steigenden Gewaltpegels für eine genaue und ergebnisoffene Untersuchung der Ursachen der Gewalt. Der Journalist der Tageszeitung, Dario Vera Jiménez, verteidigte die Notwendigkeit, „den wahren Grund des Übels“ herauszufinden.<sup>610</sup> So sollte von „verkürzten Interpretationen (*interpretaciones caseras*) unglaublicher Einfältigkeit wie jener, nach der der spanische *falangismo* die Schuld an der Gewalt in Kolumbien trägt“, Abstand genommen werden.<sup>611</sup>

---

<sup>609</sup> El Derecho, 11.2.1950, „Ubicación doctrinaria del conservatismo“. Für die christliche Lehre als Antipode zu totalitären, sowohl kommunistischen als auch faschistischen Ideologien vgl. auch El Derecho, 28.1.1950, „Conservatismo y Democracia“.

<sup>610</sup> Diario de Colombia, 26.3.1955, „La Violencia“.

<sup>611</sup> Diario de Colombia, 27.3.1955, „Una Indagación Necesaria“.

### 3 Schutz der Zivilisation vor der um sich greifenden Barbarei

Die *Dichotomisierung der sozialen Welt* zwischen den beiden *partidos tradicionales* beschränkte sich allerdings mitnichten lediglich auf den ideologisch-programmatischen Bereich, das heißt die Gegenüberstellung von Liberalen und Konservativen sowie die Gleichsetzung von Liberalen und Kommunisten auf der einen Seite, von Konservativen und Faschisten auf der anderen. Neben der Herausbildung von politischen Antipoden, Faschismus versus Kommunismus, wurde in den Diskursen der Traditionsparteien der Gegensatz zwischen Zivilisation und Barbarei wiederbelebt. Diese Kontrastierung bildete sich in Lateinamerika im Zuge der europäischen Eroberung entlang ethnischer Unterschiede zwischen der indigenen Bevölkerung des „entdeckten“ Kontinents und den europäischen Eroberern aus: „Die Dichotomie von ‚Zivilisation und Barbarei‘ repräsentiert ein Denkprinzip, das seit den Anfängen der spanischen Eroberung als grundlegendes Element der Kolonisation bezeichnet werden kann“.<sup>612</sup>

Mary Roldán hat für Antioquia herausgearbeitet, wie auch die *Violencia* in diesem *departamento* von Zeitgenossen aus einer ethnisierten Perspektive verstanden wurde bzw. inwiefern die Ethnisierung des politischen Gegners die Gewalt gegen diesen konditionierte. Die europäischstämmige, mehrheitlich weiße Bevölkerung Zentralantioquias sah sich als zivilisiert, modern und Trägerin des wirtschaftlichen Wachstums sowie Fortschritts. Der negriden und indigenen Bevölkerung der rezent besiedelten Regionen in der Peripherie Antioquias wurden hingegen Eigenschaften der Unzivilisiertheit, Unmoral und Lüsternheit zugeschrieben, die eine Gefahr für die (konstruierte) Regionalidentität (*antioqueñidad*) darstellen würden.<sup>613</sup> Roldán zeigt auf, dass die *Violencia* nicht nur durch Faktoren wie die gegensätzlichen Parteiidentitäten bedingt wurde, sondern auch die „weiße“ Regionalidentität Zentralantioquias mit ihren Attributen der Moderne, des Fortschritts, Zivilisiertheit gegen Indigene und (afrokolumbianische) *costeños*, die sich der Sozialordnung Antioquias nicht unterordnen wollten und sich nicht in das identitäre Schema einordnen ließen, verteidigt werden sollte.<sup>614</sup>

Ein ähnlicher Befund bezüglich der Opposition Zivilisation-Barbarei oder ethnisierter Diskurse wurde Regionen übergreifend bzw. für andere, ebenfalls massiv von der Gewalt betroffene *departamentos* wie Tolima noch nicht sys-

<sup>612</sup> Astrid Windus: Afroargentinier und Nation. Konstruktionsweisen afroargentinischer Identität im Buenos Aires des 19. Jahrhunderts. Leipzig 2005, S. 31.

<sup>613</sup> Mary Roldán: The Local Limitations to a National Political Movement. Gaitán and Gaitanismo in Antioquia. In: Nils Jacobsen und Cristóbal Aljovín de Losada (Hrsg.): Political Cultures in the Andes, 1750-1950. Durham/London 2005, S. 301-323, hier: S. 308-311.

<sup>614</sup> Vgl. Roldán: *Violencia*.

matisch herausgestellt. Vereinzelt wurden jedoch der Phänotyp und der ethnische Hintergrund von Politikern genutzt, um deren politische Ambitionen zu desavouieren.<sup>615</sup> So waren im Präsidentschaftswahlkampf 1946 ethnisierte Diffamierungen der um das höchste politische Amt im Lande konkurrierenden Politiker zu beobachten. Der offizielle Kandidat der Liberalen Partei Gabriel Turbay wurde ob seiner libanesischen Herkunft als „Türke (*turco*)“ diffamiert, während die Widersacher Gaitáns versuchten, ihm durch die despektierliche Bezeichnung als „der Schwarze“ oder als Mulatte politische Unterstützung zu nehmen.<sup>616</sup>

Die Politik der Liberalen Partei in Norte de Santander zeugte aus Sicht konservativer Politiker davon, dass die mehrheitlich liberale Bevölkerung des *departamento* aus „Kaffern, ignoranten Mulatten und Leuten ohne zivilisierte Prinzipien“ bestehe.<sup>617</sup> Auch Lázaro Espinosa versuchte, das politische Gewicht Gaitáns durch einen pejorativen Vergleich mit der indianischen Bevölkerung des Landes zu schmälern, der rationale Eigenschaften und Reflexivität abgesprochen wurden:

Seine Statur eines Indigenen, die mit jedem der *descamisados*, die ihm zuhören, leicht verwechselt werden kann, seine vibrierende Kehle und seine unter Beweis gestellte physische Widerstandskraft sind exzellente Qualitäten, um an das einfache Herz (*corazón ligero*) der friedlosen liberalen Massen (*levanticas masas liberales*) zu kommen und sie aufzuweigeln.<sup>618</sup>

Juan Lozano sah das passive Verhalten Gaitáns während eines Streiks 1947 als Beweis für seine „*malicia indígena*“.<sup>619</sup> Und Pedro Luis Ramírez sah sich bemüht, in *El Siglo* Aspekte zu veröffentlichen, die Gaitán, der „Reden schwingende Indigene (*indígena conferenciente*)“, in seiner Ansprache in Cucutá nicht erwähnen würde.<sup>620</sup>

---

<sup>615</sup> Bislang wurden Verweise auf einen ethnisierten Deutungsrahmen nur sporadisch dokumentiert. Restrepo führt an, dass die liberale Wochenzeitung *Semana* 1948 die frühen gewaltsamen Auseinandersetzungen in der indigenen Abstammung der Bevölkerung einerseits, in denen übermäßigen Alkoholkonsum andererseits begründet sah (Restrepo: Abordaje, S. 30).

<sup>616</sup> Pécaut: Orden y Violencia, S. 441ff., 453. Vgl. auch: Bushnell: Making, S. 197; Dennis: National Identity, S. 99.

<sup>617</sup> Zitiert in: Henderson: Modernization, S. 304.

<sup>618</sup> El Siglo, 26.2.1948, „El Enemigo de la Paz“.

<sup>619</sup> Zitiert in: Henderson: Modernization, S. 302. *Malicia indígena* heißt wörtlich übersetzt *indigene Bösartigkeit*, wird im kolumbianischen Sprachgebrauch des Spanischen allerdings in dem Bedeutungsumfeld von List, Cleverness oder Geschicktheit verwendet.

<sup>620</sup> El Siglo, 18.1.1948, „Capítulos que olvidará Gaitán“.

Die Wahrnehmung bzw. die zeitgenössische Diffamierung von Gaitán als „schwarz“, „mulattisch“ oder „indigen“ wurde dadurch begünstigt, dass auch Gaitán nicht frei von einer ethnischen Dimension in seiner Deutung politischer Realitäten war. In seiner Sichtweise bildeten mestizische Kolumbianer mit einem dunklen Phänotyp den *pueblo*, als dessen Vertreter sich Gaitán sah und den er der „weißen“ Oligarchie oder dem *país político* gegenüberstellte.<sup>621</sup> Nicht wenige Kreise der Liberalen Partei teilten mit der Konservativen Partei die „ethnischen Vorbehalte“ gegen Gaitán und seine Gefolgschaft.<sup>622</sup>

Ungeachtet des sporadischen Charakters und des nicht systematischen Gebrauchs dieser ethnisierten politischen Semantiken lässt sich zeigen, dass evolutionistische Auffassungen von Gesellschaft und Entwicklung deutlichen Einfluss auf die Definition des politischen Gegners und das Verständnis sowie die Ausübung von Gewalt hatten. Im ausgehenden 19. und frühen 20. Jahrhundert hatten evolutionistische Theorien großen Einfluss auf nahezu alle Wissenschaftsdisziplinen ausgeübt – nicht nur auf die Ethnologie und Anthropologie.<sup>623</sup> Auch das Prisma führender Politiker der *partidos tradicionales* und parteinaher Meinungsmacher wie Journalisten und Kommentatoren, durch das sie die soziale und politische Realität betrachteten, war stark geprägt von evolutionistischen Theorien der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts. Diese verteidigten die These, dass alle Kulturen, unabhängig ihrer geographischen Verortung und ihrer kulturellen, sozialen und politischen Spezifika, die gleichen Entwicklungsstufen im Lauf ihrer *Evolution* durchlaufen würden. Dabei wurden *eine Logik* und *eine Vernunft* in allen menschlichen Gemeinschaften als gültig erachtet. Oder wie es Lewis H. Morgan 1878 formulierte:

Jetzt kann auf Basis überzeugender Beweise festgehalten werden, dass die Wildheit (*savagery*) der Barbarei in allen Stämmen der Menschheit vorgängig war, so wie bekannt ist, dass die Barbarei der Zivilisation voranging. Die Geschichte der menschlichen Rasse ist eins in der Quelle, eins in der Erfahrung und eins in dem Fortschritt.<sup>624</sup>

<sup>621</sup> Green: Gaitanismo, S. 11f.

<sup>622</sup> Henderson: Modernization, S. 291, 293f.

<sup>623</sup> Reinhard Goll: Der Evolutionismus. Analyse eines Grundbegriffs neuzeitlichen Denkens. München 1972, S. 43.

<sup>624</sup> Zitiert in: Jörg Fisch: Zivilisation, Kultur. In: Otto Brunner, Werner Conze und Reinhart Koselleck (Hrsg.): Geschichtliche Grundbegriffe. Historisches Lexikon zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland (Bd. 7). Stuttgart 1992, S. 679-774, hier: S. 744. S. auch Goll: Evolutionismus, S. 88.

Die evolutionistischen Theorien des späten 19. Jahrhunderts gingen aber keineswegs von einer gradlinigen, stets progressiven Entwicklung menschlicher Gemeinschaften aus. Vielmehr wurde, ungeachtet der in der diachronen Perspektive beobachteten Fortschrittstendenz, eingeräumt, dass Stagnationen und sogar Rückschritte in der Entwicklung die Regel seien. Die These, dass Evolution durchaus auch temporäre Rückschläge einer allgemeinen Entwicklungstendenz implizieren konnte und Variationen in den Entwicklungsstadien menschlicher Gemeinschaften möglich waren, wurde allerdings in der anthropologischen Praxis des frühen 20. Jahrhunderts oftmals ignoriert. In der Regel wiesen die empirischen Studien der Ethnologen, die betonten, dass die Entwicklung unterschiedlicher Kulturen nicht unilinear verlaufen muss, nicht jene Differenziertheit auf bzw. widersprachen ihren eigenen theoretischen Prämissen.<sup>625</sup>

Das Gegensatzpaar Zivilisation und Barbarei, dem ursprünglich eine ethnische Differenz zugrundelag, wurde im Untersuchungszeitraum dabei von radikalen Vertretern der Traditionsparteien auf den als fundamental und absolut wahrgenommenen Unterschied zwischen Liberalen und Konservativen übertragen und im Zuge dieser Übertragung von seiner ursprünglichen ethnischen Konnotation gelöst. Mitte des 20. Jahrhunderts widersprachen die politischen Praktiken und die konstant zunehmenden Gewalthandlungen dem Selbstverständnis der Parteien einerseits, ihrer Vorstellung sozialer, kultureller und politischer Entwicklung andererseits. Die gegenseitige Wahrnehmung der Anhänger der Traditionsparteien als *Barbaren* verdeutlicht das evolutionistische Gesellschaftsmodell, das im Untersuchungszeitraum unter weiten Teilen des politischen Establishments und der Bevölkerung vorherrschte. Diesem folgend entwickeln sich menschliche Gemeinschaften von einfach strukturierten Kollektiven mit wenig stark ausgeprägter Strukturierung zu komplexen, ausdifferenzierten Gesellschaften.<sup>626</sup> Die steigende Gewaltintensität, für die in dem jeweiligen *diagnostic frame* einzig und allein der politische Gegner verantwortlich gemacht wurde, wurde als Beweis für seinen rückständigen und unzivilisierten Charakter gewertet. Die *partidos tradicionales* sahen sich selbst, jede mit ihrem distinktiven politisch-ideologischen Hintergrund, wiederum als Trägerinnen von Kultur und Zivilisation.

*Panorama* blickte 1957, kurz nachdem die Konservative und die Liberale Partei mit geeinten Kräften Rojas Pinilla abgesetzt hatten, auf die rezenten gewaltsamen Auseinandersetzungen in Kolumbien zurück. Den Ursprung der *Violencia* außer Acht lassend beschwore der liberale Kommentar, im Überschwang des *Frente*

---

<sup>625</sup> Vgl. Robert L. Carneiro: Evolutionism in Cultural Anthropology. A Critical History. Boulder 2003, S. 27ff.

<sup>626</sup> Ebenda, S. 14f.

*Civil*, die Größe und Bedeutung der beiden Traditionsparteien, welche dazu beigetragen hätten, „die Struktur der Republik zu formen, und ihren zivilisierenden Einfluss [auf den *pueblo*, L. R.] ausgeübt haben“.<sup>627</sup>

Von dem *zivilisierenden Einfluss* beider Traditionsparteien war aber wenige Jahre zuvor nicht die Rede gewesen. Bis zur Einrichtung des *Frente Nacional* in der zweiten Hälfte der 1950er Jahre beanspruchten weite Teile der Liberalen und der Konservativen Partei für sich allein, Fortschritt und Entwicklung zu repräsentieren und den bis dato erreichten Grad der Zivilisation gegen die Barbarei zu verteidigen, die der politische Widersacher in der subjektiven Wahrnehmung verkörperte.<sup>628</sup>

### 3.1 Die liberalen Barbaren bedrohen die Konservative Partei

Im Vorfeld der Präsidentschaftswahlen 1946 zeichneten sich konservative Politiker durch einen im Vergleich zum späteren Untersuchungszeitraum betont wenig aggressiven Wahlkampf aus. Indem der gespaltenen Liberalen Partei, die zwei Kandidaten für die Wahl zum Staatsoberhaupt aufstellte, nicht ein von den beiden Flügeln geteiltes aggressives Feindbild geboten wurde, sollte verhindert werden, dass sie sich im letzten Moment doch noch auf einen gemeinsamen Kandidaten einigen würden. Auch aus diesem Grund lobte *El Siglo* die Bemühungen von Lleras Camargo, (gewalt-)freie und faire Präsidentschaftswahlen 1946 zu garantieren, denn „wir dürfen nicht zurückschreiten in die Barbarei und die Zivilisation“.<sup>629</sup>

Nach dem Wahlsieg der Konservativen Partei hingegen verschärfte sich der politische Diskurs gegenüber den liberalen Konkurrenten um die politische Macht. In den verbalen Auseinandersetzungen verdeutlichte sich die evolutionistische Vorstellung konservativer Politiker, dass sich die Gesellschaft von einem primitiven (Ur-)Zustand zu einer zivilisierten, kultivierten Gemeinschaft entwickelte – und die es gegen die politischen Gegner zu verteidigen galt. Ospina Pérez mahnte – die Liberale Partei und die anstehenden Legislativwahlen im März 1947 im Blick – vor dem Hintergrund der steigenden politischen Gewalt an, dass politische Veranstaltungen nicht in „Schauplätze der Barbarei, die einer, wie der unsrigen, Demokratie unwürdig sind, degenerieren dürfen“.<sup>630</sup> Urheber der von dem Staatspräsidenten angeklagten Barbarei seien die Anhänger der Liberalen Partei.

<sup>627</sup> Panorama, 29.5.1957, „La Misión de los Partidos“.

<sup>628</sup> Perea: Sangre, S. 127.

<sup>629</sup> El Siglo, 29.3.1946, „Reflexiones sobre la violencia“.

<sup>630</sup> Das Telegramm von Ospina Pérez ist abgedruckt in: Jornada, 11.2.1947, „En Pie Contra la Violencia“. Auf semantischer Ebene weist die Verwendung des Verbes *degenerieren* auf die evolutionistisch geprägten Wahrnehmungsmuster des Politikers hin.

Denn die Konservative Partei sei, in den Augen von Laureano Gómez, der für die Mehrheit der konservativen Parteimitglieder sprach, der „Meister (*campeón*) der Sicherheit und Anführer (*adalid*) der Zivilisation gegen die Barbarei“.<sup>631</sup> Und der *Directorio Nacional Conservador* verwies auf die beanspruchten Fundamente konservativer Politik, „die Moral des Christentums und seine zivilisierenden Doktrinen gegen die Unmoral und die korrumpernden Doktrinen des Materialismus und Atheismus“.<sup>632</sup> In anderen Worten hieß dies, dass konservative Politiker der Überzeugung waren, die kolumbianische Zivilisation gegen die Fundamente liberaler Politik verteidigen zu müssen.

Nach dem Wahlsieg von Gómez in den Präsidentschaftswahlen im November 1949, von denen sich „die verwirrte Liberale Partei“ enthalten hatte, lobte *El Siglo* den demokratischen Charakter des Urnengangs und die Sicherheiten, die Ospina Pérez auch dem politischen Konkurrenten eingeräumt habe. „Die liberalen Primate“ hätten sich, wie *El Siglo* betonte, aus freien Stücken dazu entschieden, nicht zu dem politischen Kräftemessen anzutreten.<sup>633</sup> *Eco Nacional* wiederum bemühte das Bild der „unzivilisierten Wilden“ aus Nordamerika, um den politischen Gegner und die steigende Gewaltintensität zu beschreiben. Die Zeitung berichtete über den Tod eines jungen Konservativen in Norte de Santander, der „barbarisch [von] vier liberalen Apachen“ erstochen worden sei.<sup>634</sup> Und der *Directorio Departamental Conservador* Tolimas protestierte gegen das Attentat auf den Gouverneur Tolimas Francisco González Torres und den Sohn des Interimspräsidenten Roberto Urdaneta Arbeláez im Frühjahr 1952 in Nordtolima. Sie beschuldigten die liberalen Urheber des Angriffs auf die Politiker, „moderne Vandalen“ – das Sinnbild eines wilden und unzivilisierten Volkes – zu sein. Selbst aus dem entfernten Barrancabermeja bekundete der *Directorio Municipal* das Warten auf Befehle und die Bereitschaft, gegen die „liberale Barbarei“ vorzugehen.<sup>635</sup>

Die Wahrnehmung der Liberalen als Relikte aus einer, durch das evolutionistische Prisma betrachtet, längst von der Entwicklung und dem Fortschritt überholt Epoche verdeutlicht sich ebenfalls an der Beschreibung der Liberalen als chaotische Gruppierung ohne innere Struktur und Organisation. Vor den Präsidentschaftswahlen 1946 lobte *El Siglo* die Bemühungen Gaitáns um eine moralische Erneuerung des politischen Systems und der Gesellschaft. Aber der Kom-

---

<sup>631</sup> *El Siglo*, 7.10.1949, „Texto del discurso del Dr. Laureano Gómez“.

<sup>632</sup> *El Siglo*, 21.11.1949, „Son falsas las imputaciones totalitarismo al conservatismo“.

<sup>633</sup> *El Siglo*, 28.11.1949, „La Victoria“.

<sup>634</sup> *Eco Nacional*, 5.10.1949, „Joven Conservador Fue Bárbaramente Asesinado en el Departamento de Santander“.

<sup>635</sup> Die Protesttelegramme vom 8.4.1952 sind abgedruckt in: *Registro Oficial*, 6.5.1952, „Protestas Por el atentado contra el señor Gobernador y su comitiva“.

mentator erinnerte daran, dass „das Erscheinungsbild [der Bewegung Gaitáns, L. R.], dem Pöbel (*turba*) gleichend, die Reinheit der politischen Intentionen trübt“.<sup>636</sup> Aber nicht nur die einfache Gefolgschaft Gaitáns stelle die *turba* dar. Die Versuche Gaitáns, als er bereits den Vorsitz der Liberalen Partei innehatte, die Kompetenzen der Exekutive zugunsten der Legislative zu beschneiden, würden, in der Meinung konservativer Politiker, das Ziel verfolgen, dass der Präsident in Zukunft „das Gesindel“ für die Besetzung von Posten um Zustimmung fragen müsse.<sup>637</sup> Konservative Abgeordnete sahen in liberalen Parlamentariern, die zu einem großen Teil aus derselben sozialen Schicht wie sie selber stammten, allein wegen der von ihnen vertretenen politischen Prämissen *Gesindel*. Ähnlich argumentierte der Korrespondent von *Eco Nacional* in Ibagué. Die *Asamblea Departamental* hatte im Zuge der *Resistencia Civil* 300 Posten der Polizei Tolimas abgeschafft. Dem Journalisten zufolge würden die liberalen Abgeordneten mit dieser Maßnahme den „börsartigen Strauchdieben (*hampones*) dieser Partei das Feld für alle Formen von Verbrechen öffnen“ wollen.<sup>638</sup>

Die zivilisierenden Lehren der christlichen (katholischen) Religion machten in der Selbstdarstellung der Konservativen Partei den zentralen Unterschied zu ihren liberalen Pendants aus. Wie oben dargestellt wurde, räumten konservative Politiker, unter anderem wegen ihrer Treue zu katholischen Lehren und dem katholischen Fundament ihrer politischen Betätigung, der Familie eine exponierte, gesamtgesellschaftliche Bedeutung ein. Daher würden die Angriffe liberaler Kombattanten auf die Heimstätten konservativer Familien für die konservative Regionalzeitung *El Derecho* einen nicht bekannten Tabubruch und „ein deutliches Zeichen der Barbarei und Ruin (*merma*) unserer Kultur“ darstellen.<sup>639</sup> Silvio Villegas sprach sich gegen die expandierende, politische Gewalt aus und erinnerte an „die erhöhten menschlichen Gefühle, die keine christliche Gesellschaft missachten darf, ohne zum Heidentum und der Barbarei zurückzukehren“.<sup>640</sup> Praktiken der Folter und die Vergeltung qua Gewalt erklärte er unter Rückgriff auf den italienischen Rechtsphilosophen Cesare Beccaria zu „verurteilenswerten Relikten (*heces*) aus barbarischen Jahrhunderten“.<sup>641</sup>

---

<sup>636</sup> El Siglo, 29.3.1946, „Reflexiones sobre la violencia“.

<sup>637</sup> El Siglo, 6.1.1948, „Resistencia Civil“.

<sup>638</sup> Eco Nacional, 4.10.1949, „La Asamblea Subversiva de Ibagué suspendió el Personal Político“.

<sup>639</sup> El Derecho, 29.7.1950, „El respeto a los hogares“.

<sup>640</sup> El Derecho, 15.4.1950, „Ni Mártires ni Verdugos“.

<sup>641</sup> Ebenda.

Der *Comité Municipal Conservador* der Gemeinde Espinal in Tolima protestierte gegen die Gewalt von Liberalen, „die mit ihren perversen Instinkten die Stadt in einen Bereich der fehlenden Kultur und Wildheit (*salvajismo*) verlagern“.<sup>642</sup> Das Massaker, welches das „liberal-kommunistische Pack (*chusma liberal-comunista*)“ – man beachte die erneute Betonung einer liberal-kommunistischen Handlungsallianz – an wehrlosen konservativen *campesinos* in Playarrica (Tolima) verübt habe, war für *El Derecho* kein Einzelfall. Vielmehr stelle es einen Teil der „Welle der Wildheit (*salvajismo*) und Barbarei“ seiner liberal-kommunistischen Urheber dar.<sup>643</sup>

Der konservative Kongressabgeordnete Manuel J. Betancourt kritisierte die Oppositionspolitik der Liberalen Fraktion, die *Resistencia Civil*, als „teils verdeckte, teils unverfrorene Subversion gegen die rechtliche Ordnung, mit der erreicht werden soll, dass Kolumbien unter den Nationen der Erde den Ruf als zivilistisches und demokratisches Land verliert“.<sup>644</sup> Ähnlich drückte sich *El Siglo* aus: die Zeitung sah in der Welle politisch motivierter Morde, die von Liberalen an Mitgliedern der Konservativen Partei verübt wurden, eine Gefahr für das Ansehen des Landes: „Die Morde mit [...] politischem Vorwand vergiften weiterhin das nationale Ambiente und ihr progressiver, ansteigender Rhythmus zerstört unsere Reputation als kultiviertes Volk (*pueblo culto*)“.<sup>645</sup> Die in der Frühphase der *Violencia* noch regional begrenzte Verhängung des Ausnahmezustandes sah *El Siglo* als Folge der von den Anhängern der Liberalen Partei ausgehenden Gewalt und der „Barbarei der *gaitanistas* (*barbarie gaitanista*)“.<sup>646</sup>

Der *ministro de guerra* Bernal bekundete Mitte 1952, dass die Gewalt seit den Aufständen nach der Ermordung Gaitáns am 9.4.1948 und „die Zahl der Todesopfer, die haarsträubenden Verstümmelungen, die zerstörten Heimstätten, in Brand gesetzten Häuser [...] kaum in einem zivilisierten Volk zu verstehen sind, [...] das sich weiterhin christlich nennt“.<sup>647</sup> Das sich ungeachtet aller anderslautenden Appelle herausbildende „Klima der extremen Gewalt [...] umgab die politische Aktivität mit unkontrollierbaren Umständen der Barbarei, die unsere Reputation als demokratisches und friedliches Volk beflecken“.<sup>648</sup> Vier Jahre später war

<sup>642</sup> *El Derecho*, 29.7.1950, „Del Espinal“.

<sup>643</sup> *El Derecho*, 7.8.1954, „De Playarrica“.

<sup>644</sup> *Eco Nacional*, 16.11.1947, „Contra la Subversión, el País mantendrá el Orden“.

<sup>645</sup> *El Siglo*, 19.1.1948, „Tratamiento de Morfina“.

<sup>646</sup> Ebenda.

<sup>647</sup> *El Tiempo*, 30.8.1952, „El comunismo Trabaja a sus Anchas en el Incremento del Bandolerismo“.

<sup>648</sup> *El Siglo*, 12.11.1949, „Una Política Fecunda“.

jedoch nur noch zu konstatieren, dass jenen Aufrufen und Versuchen, das Ansehen Kolumbiens durch die Eindämmung der Gewalt zu retten, keine Erfolge beschieden waren. Der *Consejo Administrativo del Tolima* verurteilte die sich gegen Ende des Jahres 1954 erneut intensivierenden Gewalttätigkeiten in Tolima und dem benachbarten Caldas, „die uns vor den Unsrigen und den Ausländern als ein Land der Barbaren darstellen“.<sup>649</sup>

Der Diskurs von Fraktionen der Konservativen Partei betonte den historischen Charakter des *barbarischen und unzivilisierten* Charakters der Anhänger der Liberalen Partei. In der Sichtweise von *El Siglo* sei bereits 1930 „die Auslöschung der Konservativen Partei mittels der Barbarei dekretiert“ worden, womit sich der konservative Kommentator auf die Gewalt bezog, zu der es im Zuge des Regierungsantritts von Olaya Herrera gekommen war.<sup>650</sup> Die Gewalt stellte aus konservativem Blickwinkel immer noch ein Mittel dar, das Liberale über zwei Jahrzehnte später gegen die Konservative Partei einsetzen würden: *El Derecho* berichtete von der sich intensivierenden Gewalt in Osttolima, der in erster Linie Polizeibeamte und Beamte der lokalen Verwaltung zum Opfer fielen. Die Missachtung des von der Konservativen Partei verteidigten Autoritätsprinzips und der fehlende Respekt gegenüber den staatlichen Sicherheitskräften würden davon zeugen, dass „sich die liberale Barbarei ausbreitet“.<sup>651</sup> Die zunehmende Gewalt gegen Ende der 1940er Jahre sahen konservative Politiker den „barbarischen und brutalen Instinkten“ der Anhänger der Liberalen Partei geschuldet.<sup>652</sup> Den Verlust der Achtung vor dem menschlichen Leben anklagend begrüßte *El Siglo* den, verglichen mit den letzten Monaten des Vorjahres, Rückgang der Gewalt im Frühjahr 1950. Dessen ungeachtet müsse aber eingestanden werden, dass noch „Herde der Barbarei (*brotes de barbarie*)“ existierten.<sup>653</sup>

### 3.2 Die konservative Barbarei: Gefahr für die kolumbianische Zivilisation

Vertreter der Liberalen Partei sahen in der steigenden Gewalt gegen Anhänger der Liberalen Partei ebenfalls einen Widerspruch zu einer zivilisierten, modernen Gesellschaft, respektive als Ausdruck des vormodernen, unzivilisierten und barbarischen Charakters des politischen Gegners. Ismael Santofimio Trujillo, ein liberaler Lehrer aus der *cabecera departamental* Tolimas, verwunderte der Mord

<sup>649</sup> *El Derecho*, 20.11.1954, „Contra la violencia“.

<sup>650</sup> *El Siglo*, 5.1.1948, „Festín de Cadáveres“.

<sup>651</sup> *El Derecho*, 18.3.1950, „La barbarie liberal en marcha“.

<sup>652</sup> *El Siglo*, 3.11.1949, „El 27 Salvaremos La Democracia“.

<sup>653</sup> *El Siglo*, 5.3.1950, „Por la Vida Humana“.

an dem liberalen Parteivorsitzenden Gaitán wegen der aggressiven Politik konservativer *dirigentes* nicht, denn „die Konservativen zivilisierten sich nicht“, wie er vor Gericht zu Protokoll gab.<sup>654</sup> Seiner Meinung nach sei mit dem Regierungsantritt von Ospina Pérez „das Land um 150 Jahre zurückgeworfen worden“ und der Mord an Gaitán – er beschuldigte Anhänger der Konservativen Partei, Gaitán getötet zu haben – sei ein „Verbrechen aus der Höhle“ gewesen.<sup>655</sup> Mit dieser Metapher spielte Santofimio Trujillo auf den unzivilisierten Charakter der konservativen Parteimitglieder an, der dem steinzeitlicher, in rudimentären Unterkünften wie Höhlen lebender Menschen ähnelte.

Der am 9.4.1948 ermordete Gaitán selber hatte seine Gefolgschaft aus Boyacá und Norte de Santander in der Frühphase des Untersuchungszeitraums als Opfer der von staatlichen Stellen und Anhängern der Konservativen Partei ausgeübten Barbarei gesehen.<sup>656</sup> Wie Gaitán zu bedenken gab, „beschädigt [die um sich greifende Gewalt] die Ordnung der gesamten Nation schwer und schadet dem Prestige als organisierte Demokratie, als zivilierte und kultivierte menschliche Gemeinschaft, das wir so schwerlich vor den übrigen Ländern erlangt hatten.“<sup>657</sup> Sich um das Ansehen Kolumbiens vor der internationalen Staatengemeinschaft als zivilerisierter und moderner Staat sorgend fürchtete *El Espectador* wegen der sich intensivierenden Gewalt gegen die Liberale Partei, dass die kolumbianische Bevölkerung „erneut als primitiver Stamm angesehen wird, der sich nur der Befriedigung seiner tiefsten Instinkte und Passionen hingibt“.<sup>658</sup>

Der Bruder des ehemaligen Präsidenten Santos, der als einer der bekanntesten politischen Kommentatoren von *El Tiempo* unter dem Pseudonym Calibán veröffentlichte, deutete die von Konservativen und von unter Alkoholeinfluss stehenden Polizisten, die ihres Amtes nicht würdig waren („polizontes ebrios“), ausgehende Gewalt als „Rückschritt in die schlimmsten Epochen der Unsicherheit und Barbarei“.<sup>659</sup> Tunja, im *departamento* Boyacá gelegen und Epizentrum der politischen Gewalt in der Frühphase des Untersuchungszeitraums, habe sich ihm zufolge in „eine kleine Siedlung (*aduar*), die von Beduinen beherrscht wird, verwandelt“.<sup>660</sup> Um dieser Entwicklung entgegenzuwirken forderte Calibán die Ersetzung „der

---

<sup>654</sup> „Juzgado Noveno de Instrucción Criminal (J9IC), SN 1-I en Averiguación de Responsables por Delitos contra el Régimen Constitucional y la Seguridad Interior del Estado“ (APJI/307v).

<sup>655</sup> Ebenda, f. 307v.

<sup>656</sup> Green: Gaitanismo, S. 256.

<sup>657</sup> El Espectador, 17.1.1948, „Ataque frontal“.

<sup>658</sup> El Espectador, 20.1.1948, „La verdad necesaria“.

<sup>659</sup> El Tiempo, 9.3.1948, „Danza de las Horas“.

<sup>660</sup> Ebenda.

Horden von Barbaren, die sich Boyacás bemächtigt haben, durch unparteiische, aufrichtige und ehrenwerte Autoritäten“<sup>661</sup> Die Gewaltbereignisse, unter anderem in Boyacá, „werfen einen Schatten auf das Prestige unserer Demokratie und verlagern uns in Epochen der rohesten Wildheit (*más crudo salvajismo*)“, wie ein in *El Mundo* veröffentlichter Journalist zu bedenken gab.<sup>662</sup> Die sich generalisierende Gewalt im Spätjahr 1949, welche die Enthaltung der Liberalen Partei von den anstehenden Wahlen bedingte, „findet ihresgleichen nur in den unmenschlichen Situationen (*brotes inhumanos*), in die nur die primitivsten Stämme der [menschlichen, L. R.] Spezies geraten“ stellte *El Tiempo* fest.<sup>663</sup> Und Echandía sah in der von der Konservativen Partei ausgehenden Gewalt eine Gefahr für die „kolumbianische [...] Zivilisation“.<sup>664</sup>

*El Tiempo* verurteilte die „Manifestationen der Barbarei“ in Boyacá und rief die Regierung auf, „den zivilisierten Ablauf der demokratischen Auseinandersetzungen“ zu gewährleisten, respektive „gegen die politische Primitivität“ einzuschreiten.<sup>665</sup> *Jornada* berichtete vor dem Hintergrund der Gewaltwelle in Boyacá, dass die Liberale Partei „bereit ist, der konservativen barbarischen Aggression entgegenzuwirken.“<sup>666</sup> Die gewaltsame Einschüchterung potentieller liberaler Wähler vor den Legislativwahlen im März 1947 deuteten liberale Journalisten mit deutlichen evolutionistischen Untertönen. Ihnen zufolge widerspreche die von Konservativen ausgehende Gewalt „unserem Rang als vorangeschrittene Nation auf der Weltbühne“ und sei Ausdruck der „sozialen Primitivität und der instinktiven Uppigkeit der rohen Gewalt“, wie sie Gesellschaften ohne ausdifferenzierte Sozialstruktur zugeschrieben wurden.<sup>667</sup>

In ähnlichen Tönen verurteilte der *dirigente liberal* aus Boyacá Rafael Humberto Bernal die von konservativen Zivilisten ausgehende Gewalt gegen liberale Bürger in Nuevo Colón, ohne dass lokalpolitische Autoritäten einschreiten würden.<sup>668</sup> *El Tiempo* wertete die Gewalttaten als „einen weiteren Akt der Barbarei gegen die friedliche Bevölkerung in Boyacá“. <sup>669</sup> Und die dem Flügel der *gaitanistas* zuzu-

---

<sup>661</sup> Ebenda.

<sup>662</sup> *El Mundo*, 17.4.1949, „A cincuenta días“.

<sup>663</sup> *El Tiempo*, 8.3.1949, „Para la Historia“.

<sup>664</sup> *El Tiempo*, 8.11.1949, „El Liberalismo No Irá a Elecciones“.

<sup>665</sup> *El Tiempo*, 3.1.1947, „La Violencia y el Caso de Boyacá“.

<sup>666</sup> *Jornada*, 11.2.1947, „En Pie Contra la Violencia“.

<sup>667</sup> *El Tiempo*, 29.1.1947, „Contra la Violencia“.

<sup>668</sup> Das Protesttelegramm von Bernal ist abgedruckt in: *El Tiempo*, 21.1.1947, „Ola de Violencia en Boyacá“.

<sup>669</sup> Ebenda.

ordnende Zeitung *Jornada* sah in der Gewalt gegen Liberale in Boyacá die „barbarische Aggression der Konservativen“.<sup>670</sup> Die Gewalt, die von Konservativen ausging, wurde vonseiten der Anhänger Gaitáns als Ausdruck der „entfesselten Barbarei“ wahrgenommen.<sup>671</sup> Vor den Präsidentschaftswahlen im November 1949 bediente Emilio Rico sich ebenfalls des Bilds wilder und unzivilisierter Massen ohne Organisation oder interner Struktur bei der Beschreibung der Gefolgschaft der Konservativen Partei. Er fürchtete, dass Gómez die Rückkehr aus dem spanischen Exil, in das er nach dem Mord an Gaitán gegangen war, dazu nutzen werde, „seine Phobie des Verbitterten (*fobia de resentido*) zu inthronisieren und sich an die Spitze der konservativen Horden zu setzen“.<sup>672</sup>

Auch nach dem Sturz von Laureano Gómez durch Gustavo Rojas Pinilla 1953 setzte die Liberale Partei ihren Kampf gegen die von ihr wahrgenommene Barbarei fort. In *El Tiempo* wurde dazu aufgerufen, die Bemühungen von Rojas Pinilla um eine umfassende Befriedung des Landes zu unterstützen. Eine erneute Intensivierung der Gewalt sei aus Sicht des liberalen Journalisten nicht möglich, „ohne nicht nur die Würde und Ruhe [Kolumbiens, L. R.], sondern auch sein Prestige als kultiviertes und zivilisiertes Volk auf ewig zu beeinträchtigen“.<sup>673</sup>

Die linksliberale Regionalzeitung *Tribuna* aus Ibagué, die sich oftmals durch eine dem politischen Establishment gegenüber kritische Berichterstattung auszeichnete, blickte 1957 zurück auf die Regierungszeiten von Gómez und Rojas Pinilla. Das Leid und die Zerstörung, welche die Auseinandersetzungen zwischen Liberalen, Konservativen und kommunistischen Gruppierungen mit sich gebracht hatten, sah sie dem Einfall von „barbarischen Menschen“ geschuldet.<sup>674</sup> Bereits im Dezember 1950 hatte selbige Zeitung anlässlich eines Angriffs auf den Herausgeber Héctor Echeverry Cárdenas festgestellt, dass die ortsansässigen Mitglieder der Konservativen Partei die Gewalt gegen die Liberalen ablehnten. Diesen wurden die „mit rohem Hass von Höhlenbewohnern (*odios salvajes y cavernícolas*) erfüllten Personen [und] Menschen aus anderen Breitengraden, die in die Ebenen Tolimas ihren geerbten Hass (*odios heredados*) brachten“, gegenübergestellt.<sup>675</sup> Damit nahm der Kommentator Bezug auf den Umstand, dass sowohl die während der *Violencia* eingesetzten Polizei- und Militärkräfte als auch ein Großteil der lokalen politischen Autoritäten in der Regel aus anderen Landesteilen in die

<sup>670</sup> *Jornada*, 11.2.1947, „En Pie Contra la Violencia“.

<sup>671</sup> *Jornada*, 21.2.1947, „Una Situación de Orden Público“.

<sup>672</sup> *La Opinión*, 16.6.1949, „Regresará el Monstruo?“.

<sup>673</sup> *El Tiempo*, 11.10.1953, „La Pacificación, Obra de Todos“.

<sup>674</sup> *Tribuna*, 18.12.1957, „Hay que limpiar al Tolima de Usurpadores Profesionales Pronto“.

<sup>675</sup> *Tribuna*, 19.12.1950, „Los Importados“.

Einsatzgebiete beordert wurden, um zu vermeiden, dass ihr Handeln durch persönliche, familiäre oder freundschaftliche Beziehungen beeinflusst würde.<sup>676</sup> Die ursprünglich aus dem Valle del Cauca stammenden *pájaros* sowie die paramilitärisch organisierten, regierungstreuen, konservativen Zivilisten (*contrachusma, guerrillas de paz*) – die „Importierten“, wie sie in *Tribuna* genannt wurden – waren in der Meinung liberaler Journalisten *Barbaren* und *Höhlenbewohner*.<sup>677</sup>

Evolutionistische Theorien unterstellen vermeintlich primitiven Gesellschaften ohne komplexe Sozialstruktur gleichzeitig eine fehlende Rationalität und somit eingeschränkte Kontrolle ihres Handelns. Vielmehr würde, den Verfechtern dieser Theorien folgend, das Verhalten der Mitglieder einfacher Gesellschaften durch affektive Parameter bestimmt.<sup>678</sup> Diese (unterstellte) Eigenschaft primitiver Gesellschaften wurde während des Untersuchungszeitraums, parallel zu der Wahrnehmung als „unzivilisierte Barbaren“, auch auf den politischen Kontrahenten übertragen. *El Espectador* bediente sich dieses Bildes und warnte davor, dass die kolumbianische Gesellschaft als unterentwickelt angesehen werden würde, die mit der Gewalt lediglich ihre „tiefsten Instinkte und Passionen“ befriedigte, wie es vormodernen Gesellschaften zugeschrieben wurde.<sup>679</sup>

Guillermo Peñaranda Arenas folgend seien die Wahlen in Kolumbien, „ungeachtet unseres tiefen demokratischen Ideals“, von Feindseligkeiten zwischen den Traditionsparteien geprägt. Die irrationale Leidenschaften und Passionen für die jeweilige *politische Subkultur* würden oftmals zu gewaltsamen Zusammenstößen zwischen Liberalen und Konservativen anlässlich der regelmäßig stattfindenden Wahlen führen.<sup>680</sup> Zwar hätten die Reformen während der *República Liberal*, wie Peñaranda Arenas herausstrich, zu einer Demokratisierung und Verringerung des Gewaltniveaus bei politischen Wahlen geführt. Ihre Verdienste um die fortschreitende Zurückdrängung der zügellosen Leidenschaften aus dem politischen Raum, die leicht in physische Gewalt umschlagen konnten, und die einhergehende Rationalisierung von Politik sahen liberale Politiker mit dem Regierungsantritt von Ospina Pérez in Gefahr. López de Mesa forderte eben diese rationale Basis für

<sup>676</sup> María Victoria Uribe Alarcón: Salvo el Poder Todo es Ilusión. Mitos de origen: Tigres Tamiles de Sri Lanka, Fuerzas Armadas Revolucionarias de Colombia, Irish Republican Army. Bogotá 2007, S. 72f.

<sup>677</sup> *Tribuna*, 19.12.1950, „Los Importados“.

<sup>678</sup> Sarmiento belegte die von ihm definierten Barbaren ebenfalls mit Attributen wie gewalttätig, konfus und irrational sowie maßgeblich von Passionen in ihrem Handeln geleitet (vgl. Adriana Rodríguez Pérsico: Sarmiento y la biografía de la barbarie. In: Cuadernos Hispano-americanos (April 1989), S. 37–58, hier: S. 39ff.).

<sup>679</sup> *El Espectador*, 20.1.1948, „La verdad necesaria“.

<sup>680</sup> *El Tiempo*, 19.1.1947, „El Liberalismo ante el Sufragio“.

politische Entscheidungen und Wahlen wieder ein. Er beklagte, dass die Wahlen zu einem „ungeordneten und gewalttätigen Spiel der Leidenschaften geworden waren“, wie die sich intensivierende Gewalt in Boyacá zeige.<sup>681</sup>

Gewaltsame Auseinandersetzungen und deren Opfer wurden häufig durch die *leidenschaftlich erregte* Gemütslage der Beteiligten erklärt. Laut *El Tiempo* seien liberale Parteianhänger in Chiquinquirá (Boyacá) von „*conservadores exaltados*“ angegriffen und verletzt worden.<sup>682</sup> Und auch auf andere *departamentos* greife die Gewalt über, wie die liberale Presse beklagte. In Valle del Cauca würden die liberalen Parteimitglieder ebenfalls Opfer der Gewalt von „*conservadores exaltados*“, ohne dass die staatlichen Autoritäten die Gewalt verurteilen oder gegen sie einschreiten würden.<sup>683</sup> Die überbordenden Leidenschaften für die Konservative Partei, welche die Akteure nicht zu kontrollieren vermochten, wurden als der Grund für die Gewalt gegen Liberale gesehen. In der mehrheitlich liberalen Gemeinde San Antonio (Tolima), deren Verwaltung trotz der liberalen Mehrheiten konservative Politiker vorstanden, fand eine Versammlung von Konservativen statt. Vor deren Hintergrund, „überbordeten, der politischen Agitation geschuldet, [...] die Passionen und arteten in bedauernswerte blutige Ereignisse aus“.<sup>684</sup> Nicht einmal der katholische Klerus habe es vermocht, die konservativen Gewaltakteure, deren „*Impetus ihre Primärinstinkte*“ – wie bei Rudeltieren – seien, von ihrem Handeln abzubringen.<sup>685</sup>

Das Abkommen, das die beiden *partidos tradicionales* im Herbst 1951 (*Pacto de Octubre*) in der Hoffnung schlossen, der Gewalt zwischen ihren Anhängern Einhalt zu gebieten, nannte einige der Gründe für die bewaffneten Auseinandersetzungen, die es abzuschaffen galt. Neben niederen Beweggründen wie Habssucht und Rache oder wie der gewaltsamen Repression Andersdenkender wurden „die fanatischen Passionen“ für eine der beiden Parteien als weitere Ursache der Gewalt genannt.<sup>686</sup>

Der *Diario del Tolima* blickte anlässlich des fünften Jahrestages der Ermordung Gaitáns zurück und berichtete über die Aufstände in der Gemeinde Armero, im Verlaufe derer der ortsansässige Pfarrer ermordet worden war. Die liberale Regionalzeitung betonte, dass liberale Bewohner der Kleinstadt versucht hatten,

<sup>681</sup> *El Tiempo*, 3.1.1947, „La Violencia y el Caso de Boyacá“.

<sup>682</sup> *El Tiempo*, 2.1.1947, „Choque Político en Chiquinquirá“.

<sup>683</sup> *El Tiempo*, 11.3.1948, „Ola de Violencia en Boyacá“.

<sup>684</sup> *El Mundo*, 14.4.1949, „Sucesos de sangre en San Antonio“.

<sup>685</sup> *El Tiempo*, 4.11.1949, „Dentro de la Catástrofe“.

<sup>686</sup> Der *Pacto de Octubre* ist im Wortlaut abgedruckt in: *El Tiempo*, 7.10.1951, „La Normalidad Política Consiste en el Funcionamiento regular de las Instituciones Democráticas“.

den katholischen Geistlichen in Sicherheit zu bringen. Bei diesem Versuch seien sie von *exaltados* aufgehalten worden, die in einem Handgemenge den Geistlichen erschlugen.<sup>687</sup>

Auch in der konservativen Wahrnehmung wurde die Gewalt als Folge der zügellosen Passionen gesehen. Zwar bedauerte der *Directorio Nacional Conservador* die Angriffe auf die Wohnhäuser von Lleras Restrepo und López Pumarejo als Reaktion auf die Ermordung von Polizisten in Tolima – eine Sichtweise, der sich *Eco Nacional* anschloss.<sup>688</sup> Die Zeitung unterstrich aber, dass nach der Verurteilung der Angriffe auf die Privathäuser der liberalen Politiker erstrecht gegen den Tod von elf Konservativen wenige Tage zuvor protestiert werden müsse. Den liberalen Urhebern dieses Massakers unterstellte der Journalist,

ihre Passionen, die wiederholte Kombustion ihrer Primärinstinkte, der Vernebelung ihres Geistes und die unmoralische Fermentierung des Gewissens nicht anders kanalisieren zu können. Er [der liberale Gegner, L. R.] versteht keine andere Sprache als die des Massakers, der Plünderung, der barbarischen Ausübung seines steinzeitlichen Sadismus.<sup>689</sup>

Angesichts des erneuten Wiederaufflammens der Gewalt nach der Machtübernahme von Rojas Pinilla nahm *El Derecho* die Politiker beider Traditionsparteien in die Pflicht. Diese wurden aufgefordert, ihren Einfluss auf die Parteimitglieder auszuüben, um sie „in ihren primitiven Instinkten im Zaum zu halten“ und das erneute Ausbrechen der Gewalt zu unterbinden.<sup>690</sup>

In den politischen Diskursen des Untersuchungszeitraums wurden die als Barbaren und Unzivilisierte wahrgenommenen politischen Widersacher am Rande der Gesellschaft und am Rande der politischen Gemeinschaft verortet – oder wie *Eco Nacional* es mit Blick auf die Liberale Partei ausdrückte: die Politik der *Resistencia Civil* zeige, dass „Gaitán und seine wilden Kriegsscharen (*turbulentas huestes*) an den Ufern der Republik kampieren, ohne sich zu entscheiden, diese zu überschreiten – vielleicht, weil die Furt überflutet ist“.<sup>691</sup>

---

<sup>687</sup> Diario del Tolima, 10.4.1953, „Cómo ocurrió el 9 de Abril de 1948 en Armero“.

<sup>688</sup> Die Erklärung des *Directorio Nacional Conservador* ist abgedruckt in: Eco Nacional, 9.9.1952, „La Oposición Debe Abandonar la Violencia Como Sistema de Lucha“.

<sup>689</sup> Eco Nacional, 9.9.1952, „Once Muertos Más“.

<sup>690</sup> El Derecho, 20.11.1954, „Contra la violencia“.

<sup>691</sup> Eco Nacional, 19.10.1947, „La Emboscada“.



## 4 Die Wahrnehmung des politischen Widersachers außerhalb der menschlichen Gemeinschaft

Ungeachtet der bis hierin analysierten Diskurse wurde der politische Gegner, so *unzivilisiert* und *barbarisch* er sein mochte, noch als menschlich angesehen – wenn auch nur, evolutionistisch gedacht, auf einer rudimentären Entwicklungsstufe bzw. am Rande der Gesellschaft oder, wie *Eco Nacional* es formulierte, an den *Ufern der Republik*. Im Laufe der 1940er Jahre lassen sich allerdings Elemente im *diagnostic frame* finden, welche die letzte Hemmschwelle, tödliche Gewalt gegen den politischen Gegner einzusetzen, versuchten einzureißen. Der Dämonisierung des Widersachers kommt gerade mit Blick auf die Rekrutierung und Mobilisierung von Kombattanten aus der eigenen vorgestellten Gemeinschaft große Bedeutung zu.<sup>692</sup> Insbesondere in dem konservativen Diskurs lassen sich Diskuselemente auffinden, die den als barbarisch und unzivilisiert wahrgenommenen politischen Gegner jenseits der menschlichen Gemeinschaft verorteten. Die zu beobachtende Entmenschlichung des politischen Widersachers charakterisierte die kulturell-diskursive Rahmung des Gewalthandelns. Ein prominentes Beispiel dieses Diskuselements findet sich in der Beschreibung des politischen Gegners durch Laureano Gómez. Bei seiner Rückkehr aus dem spanischen Exil 1949 zeichnete er das sicherlich bekannteste Bild, das weite Teile der Konservativen Partei von ihren liberalen Konkurrenten um politische Macht hatten. Die Liberale Partei in ihrer Gesamtheit beschrieb der spätere Präsident Kolumbiens wie folgt:

In Kolumbien spricht man noch von der Liberalen Partei, um eine amorphe, unförmige und widersprüchliche Masse zu bezeichnen. Unser Basilisk läuft auf Füßen der Verwirrung und Unsicherheit, mit Beinen des Überfalls und der Gewalt, mit einem unermesslichen oligarchischen Magen, mit einer Brust des Hasses, mit Armen der Freimaurerei und einem kleinen, winzigen kommunistischen Kopf, der aber der Kopf ist. Das ist nicht das Ergebnis der Vorstellungskraft (*elaboración mental*).<sup>693</sup>

Die Metapher des Basilisken, die Gómez benutzte, um die Liberale Partei zu beschreiben, fasst die Mehrheit der bislang beschriebenen Charakteristika zusammen, die der Liberalen Partei im skizzierten konservativen Diskurs zu geschrieben wurden: Fehlen von interner Struktur und Organisation, Abwesenheit eines wohl-

---

<sup>692</sup> Peter H. Merkl: Approaches to the Study of Political Violence. In: Peter H. Merkl (Hrsg.): Political Violence and Terror. Motifs and Motivations. Berkeley u.a. 1986, S. 19-59, hier: S. 28f.

<sup>693</sup> Zitiert in: Uribe Alarcón: Matar, rematar, contramaratar, S. 46.

definierten politischen Programms – also ein verwirrter oder verrückter Geisteszustand – sowie die Unterwanderung durch freimaurerische und kommunistische Akteure gepaart mit einer intrinsischen Gewaltbereitschaft. Die Gefolgschaft der Liberalen Partei wurde hier aber nicht mehr, wenn auch barbarisch und auf einer vormodernen Entwicklungsstufe verharrend, als menschlich wahrgenommen, sondern war in den Augen des konservativen Politikers eine monströse, konturlose Figur der Mythologie, die kommunistischen Prämissen gehorchte und deren Blicke töteten.<sup>694</sup>

Nach der Durchsicht der Berichterstattung der Presse, die der Liberalen Partei nahestand, über die *Violencia* bzw. der Erklärungen von Vertretern derselben Partei lassen sich hingegen nur sporadische und vereinzelte Beschreibungen des politischen Gegners finden, die ihn außerhalb der menschlichen Gemeinschaft verorteten. Unter vielen Mitgliedern der Liberalen Partei wurde Gómez allerdings nicht mit einem menschlichen Wesen verglichen. Insbesondere unter den Anhängern von Gaitán war er als das Monster, *El Monstruo*, bekannt.<sup>695</sup> Auch lassen sich einige Beschreibungen, die auf das semantische Feld der Krankheiten zurückgreifen, heranziehen. *El Espectador* sprach 1948 von der Gewalt als „schwere Krankheit [...], die den nationalen Organismus mit tauber und sicherer Hartnäckigkeit unterminiert“.<sup>696</sup> Und der liberale Guerillakämpfer Silvestre Bermúdez (alias Mediavida), der sich in der Gemeinde Prado (Tolima) gewaltsam gegen die staatliche Repression gewehrt hatte, lobte 1957 in einem offenen Brief die Bemühungen der Militärjunta, die Rojas Pinilla im Zuge seiner Absetzung einrichtete, „die Endemie, an der das Volk bis zum 10. Mai [1957; Tag des Rücktritts von Rojas Pinilla, L. R.] litt, zu heilen“.<sup>697</sup>

Auf konservativer Seite hingegen zeugte der „biologistische Diskursstrang“, der dem politischen Gegner den menschlichen Charakter absprach, von einer weitaus höheren Dichte und Kontinuität. Konservative Meinungsmacher gingen über die Gegenüberstellung von Zivilisation und Barbarei hinaus und bedienten sich des semantischen Feldes der Medizin sowie der Opposition Gesundheit-(tödliche) Krankheit, um den politischen Widersacher zu beschreiben. In dem Maße, wie der Konkurrent um politische Macht als tödliche Krankheit beschrieben

<sup>694</sup> Vgl. für die mythische Figur des Basilisken Marianne Sammer: Basilisk – regulus. Eine bedeutungsgeschichtliche Skizze. In: Ulrich Müller und Werner Wunderlich (Hrsg.): Dämonen Monster Fabelwesen. St. Gallen 1999, S. 135-160. S. auch Pécaut: *Violencia de los años cincuenta*, S. 44.

<sup>695</sup> Vgl. Pareja, *Monstruo*; s. auch Bushnell: *Making*, S. 192.

<sup>696</sup> *El Espectador*, 9.1.1948, „*El Nuevo Estadio de la Violencia*“.

<sup>697</sup> Das Schreiben ist abgedruckt in: *Tribuna*, 13.12.1957, „Tenemos fe en que no Habrán más Dictaduras“.

wurde, wurde er nicht mehr als Teil der menschlichen Gemeinschaft, sondern vielmehr als essentielle Bedrohung derselben gesehen. Repräsentanten der Konservativen Partei beschrieben dabei sowohl die Gewalt als auch deren Urheber mit Terminen aus dem semantischen Feld der Krankheiten. Da aus ihrem Blickwinkel ausschließlich Liberale und Kommunisten schuldig an der Gewalt waren, verschwammen oftmals die Unterscheidungen zwischen der Gewalt als Krankheit und den Anhängern der Liberalen Partei als Urheber der Gewalt und als Krankheit.

So verglich *El Siglo* bereits 1947 die um sich greifende Gewalt in Norte de Santander mit einer Krankheit: So wie ein Arzt sich nicht auf die Bekämpfung der Krankheitssymptome beschränken dürfe, sondern sich der Eliminierung der die Krankheit verursachenden Faktoren widmen müsse, sei auch mit der Gewalt zu verfahren. Der konservative Kommentator machte die Ursache für die als Krankheit gedeutete Gewalt aus: die Gewalt stehe in „engem Zusammenhang (*dependencia íntima*) mit dem Wahlbetrug“, den die Liberale Partei zur Sicherung der politischen Macht, trotz ihres angeblichen, von konservativen Politikern betonten Minderheitenstatus nahezu strukturell verankert habe. Welche Maßnahmen seiner Ansicht nach genau unternommen werden müssten, teilte er der Leserschaft nicht mit. Er verwies aber darauf, dass „der Zustand der Anomalie nicht mit den üblichen Vorgehensweisen und Mitteln gelöst werden kann“ und plädierte für einen „festen Angriff auf sie [die Krankheit bedingenden Gründe, L. R.], um sie auszulöschen“.<sup>698</sup> Da ausschließlich Mitglieder der Liberalen Partei und Kommunisten aus Sicht der konservativen Meinungsmacher für die Gewalt verantwortlich seien, mussten diese, so lässt sich der Aufruf interpretieren, mit einem *festen Angriff* bedacht werden.

Diese vielsagende Metapher nahm *El Siglo* im Folgemonat erneut auf. Die Verhängung des Ausnahmezustandes in Norte de Santander sei durch die „Verbrechen [...] der Barbarei der *gaitanistas*“ notwendig geworden, aber die Zeitung erklärte: „Dies [der *Estado de Sitio*] ist eine Maßnahme, die nicht auf den Grund des Übels zielt. Morphium, um den Patienten zu betäuben; aber der zersetzende und auslöschende Krebs lebt weiter“.<sup>699</sup> Die *gaitanistas* und die Gewalt, für die sie verantwortlich seien, deuteten konservative Journalisten als *zersetzenden Krebs*, der nicht mit einfachen Schmerzmitteln zu bekämpfen sei.

Silvio Villegas wiederum verglich die zunehmende Gewalt mit dem Fieber. So wie die erhöhte Temperatur nur das Symptom einer Krankheit sei, die aber eine Vielzahl von zu bekämpfenden Gründen haben könne, stelle auch die Gewalt

<sup>698</sup> El Siglo, 21.12.1947, „El Gran Responsable“.

<sup>699</sup> Die Aussage steht an prominenter Stelle auf der ersten Seite der konservativen Tageszeitung *El Siglo*, direkt neben dem Titel des Periodikums (vgl. El Siglo, 19.1.1948).

zwischen Anhängern der *partidos tradicionales* nur das Symptom eines tiefer liegenden Problems dar. Dieses machte er in dem vielfach von konservativer Seite beklagten liberalen Wahlbetrug aus und versuchte die Mitglieder seiner Partei wachzurütteln: „Wir dürfen uns nicht damit beschäftigen, oberflächliche Heilmittel zu suchen, Schmerzmittel [...], die nur dazu dienen, dass das Übel ohne Schmerzen und widerstandslos weiter gedeiht“. Sollte der Grund des *Fiebers*, der *fraude electoral* der Liberalen Partei, beseitigt sein, würden die Symptome, die Gewalt, leicht und schnell abzustellen sein.<sup>700</sup>

Inocencio Franco verneinte der Anhängerschaft Gaitáns ebenfalls den Charakter einer politischen Bewegung bzw. einer sich im Bildungsprozess befindlichen politischen Partei. Auch er beschrieb den politischen Widersacher mit Terminen, die aus dem semantischen Feld der Krankheiten stammten: „Der *gaitanismo* ist eine Epidemie [...] er ist eine Krankheit, eine Art der Vergiftung, die seine Opfer [...] in die Gewalt stürzt, eine Form des Irrsinns (*enajenación mental*)“.<sup>701</sup> Die Oppositionspolitik der Liberalen Partei, die in der Enthaltung von den Präsidentschaftswahlen im November 1949 mündete, sei eine „wahnsinnige Politik (*enloquecida política*)“ und aus dem konservativen Blickwinkel betrachtet Ausdruck des „Irrsinns des *Directorio Nacional* der Liberalen Partei“.<sup>702</sup>

Eine Revolte gegen die staatlichen Autoritäten in Tierradentro, die den Tod des Bürgermeisters zur Folge hatte, sei dem Umstand geschuldet, dass die „Gruppe einfacher Menschen durch die aus der Hauptstadt kommende Propaganda vergiftet waren“.<sup>703</sup> Die Sicht- und Teilungsprinzipien des politischen Gegners wurden in dieser Sichtweise als Toxin wahrgenommen, das dem menschlichen Körper Schaden zufüge. Der Vorwurf an *dirigentes liberales*, zur Gewalt gegen die staatlichen Autoritäten aufzurufen, nahm *El Siglo* fünf Tage später erneut auf. Den liberalen Politikern wurde vorgeworfen, durch Gerüchte „dem verrückt gewordenen Verstand (*mentes enloquecidas*)“ der liberalen Gefolgschaft in ruralen Gebieten glauben zu machen, dass „es jenseits des Respekts vor den Autoritäten und des Gehorsams gegenüber dem Gesetz möglich sei, verlorene Regierungspositionen wiederzuerlangen“.<sup>704</sup>

Die Verwendung von Terminen aus dem Bereich der Medizin und dem semantischen Feld der Krankheiten war besonders stark ausgeprägt, wenn es darum ging, politische Realitäten und Entwicklungen zu beschreiben, die in einem (vermute-

<sup>700</sup> *El Siglo*, 27.2.1948, „La Base de un Entendimiento“.

<sup>701</sup> *El Siglo*, 7.2.1948, „Memorial de Agravios“.

<sup>702</sup> *El Siglo*, 9.11.1949, „La Retirada al Aventino“.

<sup>703</sup> *El Siglo*, 5.3.1950, „Por la Vida Humana“.

<sup>704</sup> *El Siglo*, 10.3.1950, „Alarmismo y Subversión“.

ten) Zusammenhang mit den kommunistischen Akteursgruppen standen. In der Wahrnehmung konservativer Politiker zeichnete sich die Liberale Partei durch eine Nähe zu politischen Positionen des *Partido Comunista de Colombia* aus, teilte mit diesem bestimmte Deutungsrahmen oder verfolgte vergleichbare Ziele. Trotz des Vorhandenseins minoritärer antikommunistischer Fraktionen in der Partei, die *El Derecho* eingestand, sei die Liberale Partei, „in ihren politischen Programmen, Handlungen und die *dirigentes liberales* von der marxistischen Infizierung (*contagio marxista*)“ befallen.<sup>705</sup>

José María Villarreal attestierte der Liberalen Partei, an „einer tödlichen Neurose, hervorgerufen durch den kommunistischen Einfluss“, zu leiden.<sup>706</sup> Die Spaltungen und Uneinigkeit der Liberalen Partei betonend, berichtete *El Derecho* von der „marxistischen Krankheit (*morbo marxista*)“ der Nachwuchsorganisationen der Liberalen Partei. Des Weiteren attestierte die Regionalzeitung, dass große Teile der Liberalen Partei „von den Doktrinen des Marxismus verseucht (*contagiado*)“ seien.<sup>707</sup> Diesen *morbo marxista* bezeichnete sie als „Lepra, die uns zerfrißt (*está devorando*)“. <sup>708</sup> Mit der Tod bringenden Krankheit bezog sich die Zeitung auf das gemeinsame Vorgehen des liberalen und kommunistischen Widerstands in den frühen 1950er Jahren gegen paramilitärische, konservative Gruppen und die staatlichen Sicherheitskräfte in Südtolima.<sup>709</sup>

*El Siglo* stellte eine in der *República Liberal* begründete moralische Krise der kolumbianischen Gesellschaft Mitte des 20. Jahrhunderts fest. Die von den liberalen Regierungen ausgehenden Reformen würden aus Sicht der konservativen Tageszeitung dazu führen, dass „das Land einen exorbitant hohen Preis für die linkspropagandistischen (*izquierdistas*) und materialistischen Allüren (*veleidades*) zahlt, die das öffentliche Bildungssystem infiziert haben“.<sup>710</sup> Auch nach dem Sturz der Regierung Gómez wurde, insbesondere in Tolima, die Zusammenarbeit von kommunistischen und liberalen Akteuren beklagt. Die verbliebenen Gewaltherde in Tolima und der Schutz von kommunistischen Akteuren durch liberale Politiker würden davon zeugen, dass „der Liberalismus schwer vom Kommunismus infiziert ist“.<sup>711</sup>

<sup>705</sup> *El Derecho*, 16.12.1950, „Comunistas? Liberales?“.

<sup>706</sup> Varela Mora; Romero Picón: Amaneceres, S. 231.

<sup>707</sup> *El Derecho*, 26.4.1951, „El Caos Liberal“.

<sup>708</sup> *El Derecho*, 21.4.1951, „Continúa la violencia“.

<sup>709</sup> Ebenda. Auf die Zusammenarbeit von kommunistischen und liberalen Widerstandsgruppen in Südtolima gehe ich in Kapitel 5.3 des Teils III der Arbeit ein.

<sup>710</sup> *El Siglo*, 11.5.1952, „Crisis de la moral pública“.

<sup>711</sup> *El Derecho*, 13.2.1954, „Contagio comunista“.



## 5 Die Abhängigkeit der *patria* von den *partidos tradicionales*

Wie gezeigt wurde, erfolgte die Herausbildung der Kollektividentität der *partidos tradicionales* in einem reziproken Prozess zwischen Selbstdefinition und Wahrnehmung des politischen Widersachers. Diese oszillierten zwischen den Bildern der Verteidiger demokratischer Traditionen sowie des Prinzips der Ordnung und Subversiven; zwischen Kommunismus und Faschismus; zwischen Zivilisation und Barbarei. Teilweise wurde der politische Gegner und sein Handeln mit tödlichen Krankheiten verglichen und jenseits der menschlichen Gemeinschaft verortet. Dabei gerierten sich die Traditionsparteien als Ausdruck höherer Wertesysteme, die gegen den politischen Gegner verteidigt werden mussten, und stellten die eigene Partei als Maxime dar, der nicht nur im politischen Feld, sondern auch im Bereich des privaten Lebens zu folgen sei. Oder wie Eduardo Santos es für die Liberale Partei ausdrückte:

Der Liberalismus ist nicht nur eine Form der politischen Handlung oder ein ephemeres politisches Banner, sondern vor allem ein Kriterium, um die kollektiven Taten zu werten, eine Norm, um unser kollektives Handeln zu leiten, ein leuchtendes Ziel unserer Anstrengungen.<sup>712</sup>

Die konstruierten Kollektividentitat n hatten nicht nur massiven Einfluss auf die individuelle Identität der einzelnen Parteimitglieder – und wurden, wie Santos es mit Blick auf die Liberale Partei verstand, eine Lebenseinstellung und ein „Temperament [und] ein Gefühl“.<sup>713</sup> Die in Abgrenzung zum politischen Gegner konstruierten Parteiidentitat n schlossen sich zunehmend aus und machten eine gemeinsame Betätigung der sich in der subjektiven Wahrnehmung diametral gegenüberstehenden politischen Kräfte im Raum des Politischen unmöglich: eine Grundlage der als Kommunisten wahrgenommenen Liberalen und der als Faschisten definierten Konservativen für eine politische Zusammenarbeit war schwerlich auszumachen.

Diese radikale *Dichotomisierung der sozialen Welt* hatte vor dem Hintergrund des einsetzenden Kalten Krieges und kurz nach der globalen Auseinandersetzung zwischen faschistischen Regimes, der kommunistischen Sowjetunion und den demokratischen Westmächten zur Folge, dass die beiden Traditionsparteien das Schicksal und die Zukunft des Landes, der *patria*, von ihrer eigenen politischen

---

<sup>712</sup> El Tiempo, 29.1.1947, „Discurso del Doctor Eduardo Santos“.

<sup>713</sup> Ebenda.

Aktivität abhängig machten.<sup>714</sup> Im Zuge dieser wechselseitigen Konstruktion kollektiver Identität wurde das Konzept der Staatsbürgerschaft, der Zugehörigkeit zur Gemeinschaft der Bürger, zunehmend auf die Parteiidentität reduziert.<sup>715</sup> In der Wahrnehmung bzw. Interpretation politischer Realitäten, das heißt im von vielen *dirigentes políticos* verteidigten *diagnostic frame*, wurde der Schutz der eigenen Partei gleichgesetzt mit dem Schutz des Heimatlandes, der hochgeschätzten *patria* und ihren politischen sowie kulturellen Errungenschaften, die der politische Widersacher in seinen Grundfesten gefährdete. Laureano Gómez glaubte, dass die Liberale Partei eine existentielle Bedrohung für Kolumbien darstelle.<sup>716</sup> Und Gaitán sah sich als Vorsitzender der Liberalen Partei in seinen Bemühungen, den Präsidenten Kolumbiens ab 1950 zu stellen, „dem Wohl der *patria* und der Partei“ verschrieben.<sup>717</sup>

Für den liberalen Politiker Castro Martínez stand bei den im Frühjahr 1947 anstehenden Legislativwahlen nicht nur „das Überleben der Liberalen Partei“ auf dem Spiel, sondern auch das, wofür die Liberale Partei – und aus seiner Blickwarte nur sie – stand: „das großartige, 1930 begonnene Werk der Befreiung (*redención*) und der Gerechtigkeit“, das heißt eine demokratisch verfasste Republik Kolumbien mit einer ausgeglichenen Sozialstruktur.<sup>718</sup> Sollte die Liberale Partei nicht ein deutliches Stimmenplus gegenüber ihren konservativen Konkurrenten erzielen, „würden wir [die Liberalen, L. R.] die Gelegenheit auslassen, den Fortschritt des Vaterlandes weiterhin zu forcieren und den drängenden Anforderungen der Zivilisation und Kultur zu dienen“.<sup>719</sup> Eine liberale Regierung sei laut *El Tiempo* „das einzige mögliche Mittel, dass die Republik geordnet und harmonisch ihren ansteigenden Rhythmus der Größe beibehält“.<sup>720</sup>

Der Diskursstrang, der die bipolare Aufteilung des politischen Feldes vorantrieb und sich gegenseitig ausschließende Bilder der *partidos tradicionales* zeichnete, verdichtete sich gegen Ende des Jahres 1949, als sich die Kandidatur von Gómez für die Konservative Partei konkretisierte und der Gewaltpegel vor den Wahlen spürbar anstieg. Gegenüber der Konservativen Partei, die, wie liberale Politiker

<sup>714</sup> Perea: Sangre, S. 160. Vgl. für die sich zusätzende Blockkonfrontation: John Lamberton Harper: The Cold War. Oxford 2011, S. 90-109.

<sup>715</sup> Vgl. auch: Pécaut: Orden y Violencia, S. 285.

<sup>716</sup> Vgl. Henderson: History, S. 132.

<sup>717</sup> Zitiert in: Londoño Botero: Varela, S. 482.

<sup>718</sup> El Tiempo, 28.1.1947, „La Abstención Liberal Equivale a Abrirle el Paso al Conservatismo“.

<sup>719</sup> El Tiempo, 24.1.1947, „Lo que va a defender el liberalismo“.

<sup>720</sup> El Tiempo, 30.1.1947, „Renacimiento del Fervor Liberal“.

fürchteten, unter der Führung von Laureano Gómez ein faschistisch inspiriertes Regime errichten würden, oblag der Liberalen Partei „eine Mission, die sie nicht zurückweisen kann [...] denn] die Rettung der Freiheit, das heißt das Schicksal selber der *patria*, ruht in den Händen der Liberalen“.<sup>721</sup> Dario Echandía erklärte in der Hauptstadt Tolimas in einer Wahlkampfrede im Oktober 1949, dass „wir [die Liberalen, L. R.] einen Kampf um das kolumbianische Vaterland führen, [...] um das Überleben des Vaterlandes [...und dass] das Banner der Liberalen Partei heute eins wird mit der Flagge der *patria*, unserer glorreichen Trikolore“.<sup>722</sup>

In der Sichtweise von *La Opinión* handelte es sich bei den bevorstehenden Präsidentschaftswahlen im November 1949 nicht mehr „einfach um die Vorherrschaft der einen oder der anderen Partei“.<sup>723</sup> Die Liberale Partei dürfe nicht weiterhin tolerieren, dass die konservative Regierung „mit ihren Fehlern und ihrer Hinterlist die Republik zerstöre“, und rief zur „nächsten Schlacht für das Vaterland und die Freiheit auf“.<sup>724</sup> In der Auseinandersetzung zwischen Liberaler und Konservativer Partei sei die Liberale „der einzige moralische Rückhalt (*reserva moral*) des Vaterlandes und ohne den wird es unmöglich sein, die Geltung von Recht und Gesetz in Kolumbien durchzusetzen“.<sup>725</sup>

Da das politische Feld derart bipolar radikalisiert aufgefasst wurde, überrascht es nicht, dass die Legislativwahlen 1949, die weniger als ein halbes Jahr vor den Präsidentschaftswahlen abgehalten wurden, als entscheidende Wegmarke für die Zukunft des Landes gesehen wurden.<sup>726</sup> *El Mundo* rief die Mitglieder der Liberalen Partei dazu auf, die Reihen zu schließen und sich die für die Stimmabgabe notwendigen *cédulas* ausstellen zu lassen, damit sie „besser dem Ruf des Vaterlandes (*llamada de la patria*) folgen können“.<sup>727</sup> Trotz der steigenden Gewalt gegen Anhänger der Liberalen Partei müsse dem *Ruf des Vaterlandes* gefolgt werden, denn „das Vaterland und die Menschen [sind] großen Gefahren“ ausgesetzt.<sup>728</sup> Angesichts der Tatsache, dass sich die Liberale Partei in den Wahlen zur Legislative trotz Verlusten die Stimmenmehrheit sichern konnte, „ist der Wahlsieg ein

<sup>721</sup> *El Tiempo*, 9.11.1949, „El Partido de los Patriotas“.

<sup>722</sup> *El Tiempo*, 11.10.1949, „Sensacional Discurso del Dr. Echandía en Ibagué“.

<sup>723</sup> *La Opinión*, 24.9.1949, „Movilización Total“.

<sup>724</sup> Ebenda.

<sup>725</sup> *La Opinión*, 7.7.1949, „En la nueva Batalla“.

<sup>726</sup> Roldán: *Violencia*, S. 79ff.

<sup>727</sup> *El Mundo*, 17.4.1949, „A cincuenta días“.

<sup>728</sup> *La Opinión*, 26.5.1949, „En la Línea de Fuego“.

Glaubensbekenntnis (*acto de fe*) zum Schicksal der Nation [...] ein Sieg der *patria*“.<sup>729</sup>

Den Bestrebungen der Liberalen Partei, durch einen Wahlsieg das kolumbianische Vaterland retten zu wollen, setzte die Konservative Partei ihre eigenen Lösungsvorschläge für die Übel entgegen, welche die *patria* gefährden würden. Die Kandidatur von Ospina Pérez veranlasste Jorge Leyva zu der Aussage, dass diese Kolumbien retten werde.<sup>730</sup> Für Azula Barrera war die Aufstellung des Präsidentschaftskandidaten Ospina Pérez „ein transzentaler politischer Akt, dessen Ausmaße nur mit dem Kongress von Angostura, den Heldentagen von 1854, welche die Diktatur von Melo zu Fall brachten [...] verglichen werden kann“.<sup>731</sup> Ospina Pérez selber sah die Auswahl seiner Person als konservativen Anwärter auf die Präsidentschaft als die Antwort der Konservativen Partei auf „eine inbrünstige Sehnsucht der Nation“.<sup>732</sup> Der *dirigente conservador* José Luis Trujillo richtete sich vor den Wahlen zur Legislative 1947 explizit an die arbeitende Bevölkerung. Er hielt ihr die Bedeutung der katholischen Soziallehre als Alternative zu sozialistisch-revolutionären Lösungsansätzen für sozioökonomische Ungleichheiten vor Augen. Der von der Konservativen Partei propagierte Problemlösungsweg schützte Kolumbien, warb er, vor „den sozialistischen und sowjetischen Imperialismen“ und bewahre damit das Land vor der Vernichtung dessen, was es ausmache wie Ordnung, Privatbesitz, Familie, Demokratie und christlicher Glaube.<sup>733</sup>

Jaime Lozano Henao forderte als Repräsentant des *Directorio Nacional Conservador* vor dem Hintergrund einer erneuten Krise der *Unión Nacional* in einer Rede in Cali, die politische Zusammenarbeit mit der Liberalen Partei endgültig zu beenden. Er plädierte dafür, dass die Konservative Partei die Regierung alleine, ohne liberale Beteiligung, stellen müsse, „um den Interessen der *patria* wirkungsvoll zu dienen und ihr zu Größe sowie Würde zu verhelfen“.<sup>734</sup> Der *dirigente conservador* Gustavo Salazar García sah „das Erbe (*heredad*) [der Konservativen Partei, L. R.] in Gefahr“.<sup>735</sup> Das von ihm evozierte Erbe würden aber

<sup>729</sup> La Opinión, 11.6.1949, „Victoria contra la Barbarie y el Fraude“.

<sup>730</sup> El Siglo, 25.3.1946, „El candidato Ospina es prenda de triunfo“.

<sup>731</sup> Ebenda. Azula Barrera nahm mit diesen Vergleichen Bezug auf die verfassunggebende Versammlung, die 1819 vor dem Hintergrund der Unabhängigkeitskriege im heutigen Venezuela einberufen wurde. Mit den „Heldentagen von 1854“ bezog sich der konservative Politiker auf die Rebellion, welche die De-facto-Präsidentenschaft von José María Melo beendete.

<sup>732</sup> El Siglo, 26.3.1946, „Prometo ante la faz de la Nación ser leal a la República, asumir riesgos y afrontar peligros con indomable voluntad de victoria“.

<sup>733</sup> El Siglo, 3.3.1947, „El triunfo conservador es necesario para salvar de la ruina a la nación“.

<sup>734</sup> El Siglo, 9.2.1948, „Grandioso éxito en la convención conservadora del Valle“.

<sup>735</sup> El Siglo, 11.2.1948, „Conservatismo no retrocede por la amenaza y la violencia“.

nicht „profane Dinge (*cosas vanas*) wie Budgets und die Bürokratie, sondern die großen Ideale unserer Mission (*causa*), die Prinzipien, welche die selbige *Raison d'Être* der Existenz Kolumbiens sind“, darstellen.<sup>736</sup> Er versicherte, dass die Regierungspartei „ihrer Mission [...] fürchterlichen Verantwortung vor der Geschichte“ gerecht werden würde.<sup>737</sup> Die Einheit der Konservativen Partei und der Gehorsam der Parteimitglieder gegenüber ihren *dirigentes* seien nicht nur notwendig, um Erfolge bei Wahlen zu erzielen, sondern auch um „das Überleben der Republik Kolumbien“ sicherzustellen.<sup>738</sup>

*El Siglo* verteidigte Ospina Pérez vor den Vorwürfen liberaler Politiker, der zunehmenden politischen Gewalt nicht oder nur unzureichend entgegenzuwirken und erinnerte an die Gewaltausbrüche zu Beginn der 1930er Jahre, als die Liberale Partei mit Olaya Herrera den Präsidenten stellte. Ospina Pérez wurde dazu aufgerufen, sich seiner „historischen Mission“ für das Land gewahr zu werden, die er mit der Übernahme des Präsidentenamtes auf sich genommen habe.<sup>739</sup> Für Villarreal war die Liberale Partei „die größte Gefahr, die das Vaterland jemals bedroht hat“. Er bezeichnete es als „die Pflicht der Konservativen Partei, koste es, was es wolle“, zu verhindern, dass die Liberale Partei die Präsidentschaftswahlen 1949 gewinne und ihre politischen Programme in die Tat umsetzen könne.<sup>740</sup>

Alzate Avendaño hatte die Mitglieder der Konservativen Partei bereits einige Monate zuvor, im Vorfeld der Legislativwahlen im Juni 1949 auf den Sieg eingeschworen, da ihm zufolge bei einem liberalen Wahlerfolg die Auslöschung der Konservativen Partei drohe.<sup>741</sup> Das Pflichtbewusstsein konservativer Politiker betonen erinnerte *Eco Nacional* daran, dass die Konservative Partei 1946 die politische Macht „in einem Land im Vorstadium der sozialen Zersetzung“ übernommen habe. Erst die konservativen Regierungen von Ospina Pérez und Laureano Gómez hätten der Verfassung erneute Geltung verschafft und „das Übel an seiner Wurzel gepackt“<sup>742</sup> und die *República Liberal* beendet. Anlässlich der bevorstehenden Amtseinführung von Laureano Gómez erinnerte Antonio Cardozo an die Versuche der Liberalen Partei, die Wahlen im November 1949 zu sabotieren. Die Führung der Liberalen Partei „nutzte alle ihr zur Verfügung stehenden Mittel, um

<sup>736</sup> Ebenda.

<sup>737</sup> Ebenda.

<sup>738</sup> El Derecho, 10.6.1950, „Defenderse, es el deber del conservatismo“.

<sup>739</sup> El Siglo, 20.1.1948, „El presidente de Colombia“.

<sup>740</sup> El Siglo, 13.10.1949, „Si el partido conservador ha de perecer, debe perecer combatiendo: J. M. Villarreal“.

<sup>741</sup> Green: Gaitanismo, S. 316.

<sup>742</sup> Eco Nacional, 24.8.1952, „La Palabra Cumplida“.

die Republik zu zerstören“, wovor sie die konservative Regierung zusammen mit den Streitkräften Kolumbiens geschützt habe.<sup>743</sup>

Mit der Verhängung des Ausnahmezustandes, der den Präsidentschaftswahlen vorausging, habe Ospina Pérez *El Siglo* zufolge das Land vor dem Chaos gerettet, in das die Liberale Partei es durch die Politik der *Resistencia Civil* zu stürzen drohe.<sup>744</sup> *El Derecho* sah sich im Juli 1950 dazu gezwungen, die Mitglieder der Konservativen Partei dazu aufzurufen, „nicht nur die eigene Selbstverteidigung, sondern auch die Rettung und Zukunft der Republik“ zu übernehmen, nachdem es zu verstärkten Angriffen liberaler Widerstandsgruppen auf konservative Zivilisten gekommen war.<sup>745</sup>

Konservative Politiker stilisierten die Novemberwahlen zu einer die Zukunft des südamerikanischen Landes entscheidenden Frage. Laureano Gómez mahnte, die Bedeutung des historischen Moments nicht zu unterschätzen, denn „unsere Arme, und nur unsere Arme, sind plötzlich die Stütze des unermesslichen Werkes“, womit sich Gómez auf das traditionsreiche und geschichtsbewusste Vaterland bezog. Dieses galt es, durch die Wahl einer Person seiner staatsmännischen Statur zum Präsidenten vor dem kommunistischen Totalitarismus zu schützen, nachdem „unsere Partei das Land aus dem institutionellen Chaos geholt und die hundertköpfige Hydra der Unordnung getötet hatte“.<sup>746</sup>

Die konservativen Abgeordneten der *Asamblea de Antioquia* erklärten anlässlich der Verkündung der Kandidatur von Laureano Gómez, dass er „die einzige Möglichkeit der historischen Rettung ist, die der *patria* vor der subversiven Bedrohung durch den Liberalismus und seinem Alliierten, dem Kommunismus, bleibt“.<sup>747</sup> Sollte die Liberale Partei den künftigen Präsidenten Kolumbiens ab 1950 stellen, „würde unmittelbar der rasende Geist des 9. April Einzug in das Vaterland halten und die Kolumbianer würden unversehens unter die schändlichste Diktatur fallen“.<sup>748</sup> So wie die Liberale Partei ihren Erfolg bei den Legislativwahlen Mitte 1949 als bedeutend für die Zukunft des ganzen Landes sah, befand Silvio Villegas die von der Konservativen Partei gewonnenen Präsidentschaftswahlen als transzentrales Ereignis: „1.2 Millionen Stimmen bestätigen unser Recht, Kolumbien zu regieren, und lichten (*despear*) die Zukunft des Vaterlandes für viele Jahre“.<sup>749</sup>

<sup>743</sup> *El Derecho*, 25.2.1950, „El Presidente Electo“.

<sup>744</sup> *El Siglo*, 22.11.1949, „Un Orden Nuevo“.

<sup>745</sup> *El Derecho*, 15.7.1950, „Trágico saldo de la subversión liberal en el Tolima“.

<sup>746</sup> *El Siglo*, 7.10.1949, „Texto del discurso del Dr. Laureano Gómez“.

<sup>747</sup> *El Siglo*, 15.10.1949, „Laureano Gómez constituye el rescate histórico del país“.

<sup>748</sup> *El Siglo*, 3.11.1949; „El 27 Salvaremos La Democracia“.

<sup>749</sup> *El Siglo*, 30.12.1949, „El Renacimiento Conservador“.

## 6 Die Gewalt als Möglichkeit zur Lösung politischer Probleme

Theoretiker des *framing*-Ansatzes betonen, dass der Deutungsrahmen (*diagnostic frame*) und der Handlungsrahmen (*prognostic frame*) aufs Engste miteinander verbunden sind. So lässt die Antwort auf die Frage, welche Probleme in der wahrgenommenen Realität vorliegen, und vor allem die Antwort auf die Frage nach deren Ursachen nur eine gewisse Spannbreite an Handlungsoptionen zu. Teilweise überlagerten sich in dem hier untersuchten Fall der kolumbianischen *Violencia* der *diagnostic* und der *prognostic frame*. Aus der Gleichsetzung der eigenen Partei mit der zu bewahrenden *patria* in ersterem *frame* folgte unvermittelt der Aufruf radikalisierte Parteimitglieder, das kulturell entwickelte, zivilierte Vaterland zu retten – und um die *patria* zu retten, musste die eigene Partei verteidigt werden. Die Wahrnehmung der politischen Widersacher als *Barbaren* und *Unzivilisierte*, welche nicht nur spezifische Errungenschaften des kulturellen und politischen Fortschritts in Frage stellten, sondern auch die *zivilisierte* Gesellschaft in ihrer Gesamtheit bedrohten, machte gewaltsame Lösungsstrategien und Handlungsoptionen für die identifizierten Probleme plausibler. Gegen *barbarische Horden* und *unzivilisierte Kriegsscharen* war der Einsatz massiver Gewalt, um mit Popitz zu sprechen, leichter *vorstellbar* und damit auch leichter in die Tat umzusetzen.<sup>750</sup>

Wie gezeigt wurde, nahmen sich die politischen Widersacher im Untersuchungszeitraum als *Kommunisten* und *Faschisten*, als *Barbaren* und *Unzivilisierte*, teilweise jenseits der menschlichen Gemeinschaft verortet und sogar als infektiöse, schwere Krankheit wahr. Zwischen politischen Antipoden wie faschistischen und kommunistischen Akteuren, zwischen rationalen, dem Fortschritt verpflichteten Gruppen einerseits und irrationalen, von niederen Passionen bewegten, dem Fortschritt feindlichen Zeitgenossen andererseits ließen sich keine politischen Abkommen schließen. Die geopolitischen Entwicklungen, wie die von Stalin vorangetriebene Einverleibung kurz zuvor befreiter Staaten in den Ostblock, zeigten, dass kommunistischen Politikern nicht zu trauen war. Und die Barbaren konnten nicht zivilisiert werden, sondern mussten, wie Sarmiento es für Argentinien vorgedacht hatte, ausgelöscht und vernichtet werden, um den Fortschritt und die Modernisierung des Landes voranzutreiben.<sup>751</sup>

---

<sup>750</sup> Popitz: Phänomene, S. 77ff.

<sup>751</sup> Das zentrale Werk, in dem Sarmiento seine Thesen zum Verhältnis von Zivilisation und Barbarei entwickelt und erläutert, wie mit letzterer zu verfahren sei, ist: Domingo Faustino Sarmiento: Facundo. Civilización y barbarie. Buenos Aires 1962. Vgl. weiterhin Noël Salomon: Realidad, Ideología y Literatura en el “Facundo“ de D. F. Sarmiento. Amsterdam 1984.

Die moderne Medizin wiederum empfahl die Eliminierung der Ursachen schwerer Erkrankungen für die Gesundung des Patienten, anstatt lediglich die Symptome zu bekämpfen oder abzumildern. Folgerichtig durften die Probleme im politischen Feld, welche die gesamten zivilisatorischen Errungenschaften zu bedrohen schien, *nicht mit den üblichen Vorgehensweisen und Mitteln* bekämpft werden, wie der bereits zitierte Kommentator von *El Siglo* bekundete. *Morphium, um den Patienten zu betäuben*, würde vielen konservativen Meinungsmachern zufolge nicht ausreichen, um der sich zunehmend gewaltsamer gestaltenden Beziehungen zwischen den *partidos tradicionales* Herr zu werden, während *der zersetzende und auslöschende Krebs* weiter gedeihen würde, das heißt der politische Widersacher ungestört sein Unwesen treibe.

Dieser sich zunehmend polarisierende *diagnostic frame* ließ mit seinem Einfluss auf den *prognostic frame* in den Augen der Akteure, welche die sozialen und politischen Realitäten so deuteten, nur noch wenige Handlungsoptionen zu. Zwar riefen Vertreter der *partidos tradicionales* nicht direkt zu gewaltsamem Vorgehen gegen den politischen Widersacher auf. Die vermehrte Formulierung politischer Nachrichten und Beschreibungen politischer Auseinandersetzungen in militärischen Semantiken trug aber dazu bei, dass der Einsatz von physischer Gewalt gegen Zugehörige der um die politische Macht konkurrierenden Partei *vorstellbar* und *plausibler* wurde.

Die Zahl der militärischen Reminiszenzen und Vergleiche in politischen Debatten und verbalen Auseinandersetzungen spiegelte wider, dass Meinungsmacher beider Parteien zunehmend die militärischen Auseinandersetzungen zwischen den Anhängern der Traditionsparteien als zentrale Handlungsoption sahen. Der militarisierte *prognostic frame* gewann gegen Ende der 1940er Jahre an Bedeutung in den Debatten im zeitgenössischen politischen Feld und ließ nur noch wenig Raum für nicht-militärische, friedliche Handlungsvorschläge, mit denen die sich verkomplizierende politische Situation hätte gelöst werden können. Moderate Vertreter der *partidos tradicionales*, die für eine friedliche Lösung der zunehmend komplizierten Beziehungen zwischen den Parteien plädierten, wurden nicht mehr wahrgenommen.<sup>752</sup>

*Eco Nacional* kritisierte das aus seiner Sicht nur halbherzige Bekenntnis der Liberalen Partei unter Führung von Gaitán zur Koalitionsregierung der *Unión Nacional*. Er warf den liberalen Politikern vor, die Taktik der asymmetrischen Kriegsführung *par excellence* anzuwenden: Mit der von der liberalen Parlamentsmehrheit verfolgten *Resistencia Civil* „legt sie der Exekutive Hinterhalte (*embos-*

<sup>752</sup> Auf den Umstand, dass in Binnenkonflikten moderate und tendenziell vermittelnd wirkende Stimmen gewöhnlich nicht mehr gehört werden, verweist Waldmann (Gesellschaften, S. 350).

cadas)“, das heißt sie greife verdeckt und lediglich in für sie opportunen Momenten die Koalitionsregierung an. Der Vorsitzende der Liberalen Partei, Gaitán, erfülle bei diesem Vorgehen die Funktion eines „Kondottieres“, das heißt eines Söldnerführers.<sup>753</sup>

Mit Blick auf das Projekt der liberalen Mehrheit im Parlament, die Polizei der Kontrolle der Exekutive zu entziehen und unter die Befehlsgewalt der Legislative zu stellen, um so den zunehmend parteipolitisch motivierten Einsatz der Polizei zu verhindern, bekundete der *ministro de gobierno* Montalvo, dass die Konservative Partei die Regierung „*a sangre y fuego*“ verteidigen würde.<sup>754</sup> Die Ankündigung, dass sich die Konservative Partei und die Exekutive ohne Rücksicht auf Verluste, auch unter Aufopferung des eigenen Lebens, gegen die liberalen politischen Projekte zur Wehr setzen würde, wurde von liberalen Politikern als Herausforderung zu bewaffneten Auseinandersetzungen aufgenommen.<sup>755</sup> Angesichts des Vergleichs politischer Betätigung mit kriegerischen Auseinandersetzungen fehle „der Grund, der liberalen Parlamentsfraktion nahezulegen, die unverschämte Herausforderung des Herrn Minister nicht als Kriegserklärung aufzufassen“.<sup>756</sup> Ordoñez Quintero, ehemaliger Vorsitzender des Kongresses, deutete das Schweigen von Ospina Pérez dahingehend, dass dieser nicht nur den Bruch der *Unión Nacional* anstrebe, sondern auch „den Bürgerkrieg sucht“.<sup>757</sup> Vor dem Hintergrund der Beschwerden der liberalen Politiker und Presse über die vieldeutigen Aussagen von Montalvo verwies *El Siglo* auf die geeigneten Mittel, eine mögliche Formierung der „Kriegsscharen der *restauración* [der politischen Bewegung um Gaitán, L. R.] aufzuhalten: Luftwaffe, Marine, Artillerie, Infanterie, Kavallerie“.<sup>758</sup>

Der *Directorio Conservador de Antioquia* bezeichnete den Wahlsieg der Konservativen Partei bei den Präsidentschaftswahlen 1946 als „ersten Sieg“ in einer Reihe von zu führenden Auseinandersetzungen. Er forderte diesen „Brückenkopf (*puesto de avanzada*) durch den Aufbau unüberwindbarer Bastionen als strategi-

<sup>753</sup> Eco Nacional, 19.10.1947, „La Emboscada“. Für eine historische Perspektive auf die asymmetrische Kriegsführung vgl. Walter Laqueur: The Origins of Guerrilla Doctrine. In: Journal of Contemporary History Vol. 10 No. 2 (Juli 1974), S. 341-382. S. auch Trutz von Trotha: Formen des Krieges. Zur Typologie kriegerischer Aktionsmacht. In: Sighard Neckel und Michael Schwab-Trapp (Hrsg.): Ordnungen der Gewalt. Beiträge zu einer politischen Soziologie der Gewalt und des Krieges. Opladen 1999, S. 71-95, hier: S. 87ff.

<sup>754</sup> El Espectador, 7.11.1947, „Gaitán Responde Hoy a Montalvo“; El Espectador, 7.11.1947, „No Queremos Romper la Unión Nacional“, Montalvo“.

<sup>755</sup> Henderson: Modernization, S. 304.

<sup>756</sup> El Espectador, 7.11.1947, „Una Ataque de Elocuencia“.

<sup>757</sup> El Espectador, 12.11.1947, „Montalvo Si Interpretó a Ospina“.

<sup>758</sup> Zitiert in: ebenda.

schen Punkt für die Planung und Durchführung zukünftiger Feldzüge (*campañas*) zu sichern“.<sup>759</sup> Die Erklärung von Gómez, dass eine *revolución* – ein Terminus, mit dem auch im Untersuchungszeitraum noch ein möglicher Bürgerkrieg zwischen Liberalen und Konservativen, wie im 19. Jahrhundert, bezeichnet wurde<sup>760</sup> – notwendig sei, die politische Pattsituation zwischen Liberaler und Konservativer Partei zu lösen, sorgte auf der liberalen Seite für böse Vorahnungen. Die Aussage stelle „eine Parole dar, die zweifellos ihre blutige Umsetzung in die Praxis in den Landstrichen finden wird, in denen den liberalen *campesinos* der Schutz der Autoritäten fehlt“.<sup>761</sup>

Der *dirigente conservador* Salazar García aus Valle del Cauca forderte die Parteiführung auf, „die [...] sowohl im Ungemach als auch im Sieg treuen Milizen der Partei durchzusehen“ und versicherte dem *Directorio Nacional*, dass „die Legionen der Partei bereit und in Formation stehen“.<sup>762</sup> Angesichts der „siegreichen Kampfbegier (*combatividad*)“ der Anhänger der Konservativen Partei zweifelte er nicht daran, dass die Konservative Partei eine erfolgreiche Regierungspolitik durchsetzen könne, obwohl „der Gegner versucht, die Positionen, die ihm der Präsident großzügigerweise einräumt, als Schützengraben zu nutzen, um die Regierung zu bekämpfen“.<sup>763</sup>

Lozano Henao beschrieb das Verhältnis zwischen den beiden Traditionsparteien ebenfalls in einer ähnlichen militärischen Semantik. Er berichtete vor dem Hintergrund der steigenden Zahl gewaltsamer Zusammenstöße zwischen Liberalen und Konservativen in Norte de Santander, dass einige Konservativen, „welche die Verfolgung durch die Liberale Partei nicht mehr ertragen konnten, liberale Schwadronen in die Flucht geschlagen haben“.<sup>764</sup> Rhetorisch fragte er, was geschähe, sollten sich die Anhänger der Konservativen Partei zur Vergeltung entschließen und wenn „ein glorreiches Heer und alle Konservativen aus Norte [de Santander] mit Ehrgefühl zur Verteidigung ihrer Leben gegen die rasenden Gefolgsleute des *restaurador* [Gaitán, L. R.] kämpfen“.<sup>765</sup>

---

<sup>759</sup> El Siglo, 19.1.1948, „Trabajar para vencer es la orden dada al conservatismo“.

<sup>760</sup> Vgl. Thomas Fischer: „Kultur der Gewalt“ im nördlichen Südamerika. Was die Reiseschriftsteller des 19. Jahrhunderts sahen. In: Ibero-Amerikanisches Archiv 25:3/4 (1999), S. 325-349, hier: S. 345; s. auch Sánchez: Ensayos, S. 218.

<sup>761</sup> El Espectador, 9.1.1948, „El Nuevo Estadio de la Violencia“.

<sup>762</sup> El Siglo, 11.2.1948, „Conservatismo no retrocede por la amenaza y la violencia“.

<sup>763</sup> Ebenda.

<sup>764</sup> El Siglo, 9.2.1948, „Grandioso éxito en la convención conservadora del Valle“.

<sup>765</sup> Ebenda.

*El Derecho* blieb dem Bild der Partei als militärisch strukturierter Zusammenschluss treu und sah es als notwendig an, Mitglieder der Konservativen Partei, „Anführer und Soldaten“, an die Loyalität gegenüber der konservativen Ideologie und der Gemeinschaft zu erinnern. In der Regionalzeitung wurden die Unterstützer der konservativen Regierung aufgerufen, sich zu verteidigen, „damit [die Konservative Partei] auf allen Feldern siegt“. Um dieses Ziel zu erreichen, „lohnt sich ein Kreuzzug [und] jeder Konservativer muss [...] ein aktiver Soldat der Partei sein“.<sup>766</sup>

Der Flügel der *laureanistas* in der Konservativen Partei interpretierte das Vorgehen gegen die Expansion kommunistischer und liberaler Akteure in Kolumbien ebenfalls als einen heiligen Kampf. Sollten „Stimmen der Zwietracht in diesem Kreuzzug“ zu hören sein, „bliebe unsere Schuld nicht auf die Gegenwart begrenzt, sondern die Schuld würde sich auch auf die Zukunft ausweiten“.<sup>767</sup> Moderate Vertreter der Konservativen Partei, wie Miguel Zapata Restrepo, stellten fest, dass die konservative Gewalt Züge eines „heiligen Krieges“ angenommen hätten.<sup>768</sup>

Radikalierte Konservative wie Alzate Avendaño machten im Oktober 1949 ausschließlich die Liberale Partei für die verfahrene politische Situation verantwortlich, da sie es sei, die ungeachtet der Schlussfolgerungen, zu der die kanadische Untersuchungskommission gekommen war, eine Überprüfung der *cédulas* verhinderte. Des Weiteren habe die *Resistencia Civil* aus den legislativen Körperschaften „einen Unterstand (*refugio*) unwürdiger Konsumenten, die nicht das produzieren, was sie konsumieren“ gemacht.<sup>769</sup> Alzate Avendaño warnte die Liberale Partei, dass „die Frage der Macht nicht an den Wahlurnen, sondern auf den Barrikaden entschieden wird“, sollte sie ihre wenig verhandlungsbereite Haltung beibehalten.<sup>770</sup> Der konservative *dirigente* Navarro Ospina drohte relativ unverhohlen mit dem Einsatz von Gewalt: „Wenn der Liberalismus darauf besteht, die Wahlen [auf den 27.11.1949, L. R.] vorzuziehen und die Ausstellung neuer *cédulas* verhindert, wird der politische Kampf unmittelbar auf ein anderes Feld als das gegenwärtige verlegt [...] sie [die Liberale Partei, L. R.] nimmt eine unübliche Haltung ein, die den Frieden der Republik gefährdet“.<sup>771</sup>

Auf Seiten der Liberalen hatten sich Eduardo Santos und die anderen Mitglieder der *Dirección Nacional Liberal* schon 1947 „mit enthusiastischer Demut“ zu

<sup>766</sup> *El Derecho*, 10.6.1950, „Defenderse, es el deber del conservatismo“.

<sup>767</sup> *El Siglo*, 21.11.1949, „Una Cruzada Nacional“.

<sup>768</sup> Henderson: Modernization, S. 322.

<sup>769</sup> *El Siglo*, 5.10.1949, „En la intimidad del Capitolio se conspira contra la República“.

<sup>770</sup> Ebenda.

<sup>771</sup> Zitiert in: Guzmán Campos: Violencia, S. 353.

den „vielen anderen Soldaten unserer Mission (*causa*)“ gezählt bzw. hatten sie angeboten, zu „einfachen Soldaten (*soldados rasos*)“ der Partei zu werden, wenn dies der Einheit der Liberalen Partei zuträglich sei.<sup>772</sup> Auch *gaitanistas* sahen sich als „Soldaten der kolumbianischen Freiheit“, die bereit seien, in jedweder Form für „das Vaterland und ihre Mission“ sowie für die Anliegen Gaitáns zu kämpfen.<sup>773</sup> Ismael Zuleta versicherte Gaitán, dass dieser „immer auf meine Unterstützung als Soldat zählen kann, der entschlossen und bereit ist, das Gewehr zu ergreifen“.<sup>774</sup> Gaitán wiederum versicherte seinen Anhängern, dass er nicht zurückbleibe, wenn „in dem Moment der Gefahr der Befehl, in die Schlacht zu ziehen (*la orden para la batalla*), gegeben werden muss“ und dass „meine Anwesenheit in den Straßen an der Spitze von euch [seiner Gefolgschaft, L. R.] das Zeichen dieser Schlacht sein wird“.<sup>775</sup> Als Gaitán ermordet worden war, bedauerten einige seiner Anhänger, nicht mit ganzer Kraft an den Aufständen, die seiner Tötung folgten, teilhaben zu können: Ein liberales Parteimitglied aus Ibagué gab den ermittelnden Beamten zu Protokoll, dass „ich eine Verwünschung aussprach, weil ich meiner Partei keinen Dienst leisten konnte, in [...] den Schützengräben der Freiheit, mit einem Gewehr, denn ich dachte in diesem Moment, dass es zu einem Bürgerkrieg kommen würde“.<sup>776</sup>

Und Castro Martínez erinnerte daran, dass die Partei daran gewöhnt sei, „die guten Liberalen an der Spitze ihrer Kriegsscharen (*huestes*) zu sehen, ohne vor den Gefahren einzuhalten“. Er forderte diese *guten* Liberalen dazu auf, die „Deserteure zu isolieren und die gesamte Frontlinie der Wahlschlacht (*batalla electoral*) abzudecken“.<sup>777</sup> Gegen Ende der 1940er Jahre bereitete sich die Liberale Partei ihrerseits verstärkt auf die anstehenden politischen Auseinandersetzungen gegen die „Konservative Partei, Partei der Reaktion und der Barbarei, politischer Zusammenschluss der Massakers und des Hasses“<sup>778</sup>, vor:

Offiziere, Soldaten, Anführer und deren Stellvertreter (*subjefes*) beeilen sich mit sehn-süchtigem Eifer, um voll und ganz in die Schlacht zu ziehen, [nachdem] das Terrain inspi-ziert worden ist, Befehle und Gegenbefehle erhalten, die Waffen überprüft, die Angriffe

<sup>772</sup> El Tiempo, 29.1.1947, „Discurso del Doctor Eduardo Santos“.

<sup>773</sup> Zitiert in: Green: Gaitanismo, S. 213.

<sup>774</sup> Zitiert in: Gaitán: Orígenes, S. 344f.

<sup>775</sup> Zitiert in: ebenda, S. 341.

<sup>776</sup> „J9IC, SN 1-I en Averiguación de Responsables por Delitos contra el Régimen Constitucional y la Seguridad Interior del Estado“ (APJI/307v).

<sup>777</sup> El Tiempo, 28.1.1947, „La Abstención Liberal Equivale a Abrirle el Paso al Conservatismo“.

<sup>778</sup> La Opinión, 3.6.1949, „En Plena Batalla“.

geplant worden sind und man nur noch auf den Marschbefehl wartet, um in das rauhe Gefecht (*rudo combate*) zu ziehen.<sup>779</sup>

Da die „kriegserprobten Kasernen (*aguerridos cuarteles*) des Liberalismus von Aktivität, Enthusiasmus, Standhaftigkeit und Vertrauen geprägt sind“, gleiche die Liberale Partei „heute eher einem mächtigen marschierenden Heer als einer politischen Partei in Wahltrance“. <sup>780</sup>

Die militärischen Semantiken im politischen Diskurs liberaler Politiker nahmen ihre konservativen Pendants zum Anlass, Carlos Lleras Restrepo vorzuwerfen, mit seinen Reminiszenzen an die Gewalt und die Bürgerkriege des 19. Jahrhunderts der Konservativen Partei de facto den Krieg erklärt zu haben. Dies beweise aus konservativer Sicht, dass „der Liberalismus in den Körperschaften einen revolutionären Plan verfolgte“<sup>781</sup> und die Gewalt somit ihren „Ursprung (foco) im Kongress“ habe, in dem die Liberale Partei die größte Fraktion stellte.<sup>782</sup>

Damit die Konservativen auf dem von ihnen angekündigten *Kreuzzug* nicht weiterhin Raum gewinnen würden, forderte Ismael Santofimio den Herausgeber der liberalen Regionalzeitung *El Mundo*, José Manuel Benítez, als pars pro toto der Liberalen Partei auf, „zum Wohl der Partei und des Vaterlandes in dem Schützengraben zu verbleiben“. <sup>783</sup> Um dieses Ziel zu erreichen, plädierte die liberale Zeitung *La Opinión* dafür, „alle Kampfeinheiten (*efectivos de la lucha*) technisch zu organisieren und eine geschlossene Schlachtlinie zu zeigen“, wenn man „als historische Gemeinschaft überleben will“ <sup>784</sup>. Dabei verwies die Regionalzeitung mit der Aussage, die Liberale Partei sei immer ruhmreich gewesen, wenn „die widrigen Umstände sie zum verzweifelten Kampf und zur bitteren Auseinandersetzung zwangen“, auf die *guerras civiles* des 19. Jahrhunderts.<sup>785</sup>

Für die bereits erahnte, nicht mehr rein verbale Auseinandersetzung zwischen der Liberalen und der Konservativen Partei erachtete *El Mundo* es als notwendig und legitim, dass sich die beiden Traditionsparteien „mit ihren Einheiten für die Schlacht bereit machen“.<sup>786</sup> Weiterhin sei die harmonische Einheit zwischen „Anführern und Soldaten“ vonnöten, damit diese gemeinsam „dem Ruf des Vater-

---

<sup>779</sup> Ebenda.

<sup>780</sup> Ebenda.

<sup>781</sup> El Siglo, 5.11.1949; „El Congreso Conspira“.

<sup>782</sup> El Siglo, 3.11.1949, „El Gobierno garantiza comicios puros y tranquilos; dice Ospina“.

<sup>783</sup> El Mundo, 21.4.1949, „Una Voz Liberal“.

<sup>784</sup> La Opinión, 26.5.1949, „En la Línea de Fuego“.

<sup>785</sup> Ebenda.

<sup>786</sup> El Mundo, 17.4.1949, „A cincuenta días“.

landes und der vollen Siegesgewissheit folgen“.<sup>787</sup> Um in den Exekutivwahlen im November 1949 zu bestehen, die als das Wohl der Partei und des ganzen Landes entscheidend wahrgenommen wurden, sei eine klassenübergreifende, „Totalmobilmachung (*movilización total*), [...] der Bauarbeiter und Händler, der Landwirte und der Industriellen, der Studenten und Arbeiter“ notwendig.<sup>788</sup> Den Führungs-gremien der Liberalen Partei komme dabei die Aufgabe zu, „eine intensive Vorbe-reitung der Massen zu leisten und diesen zu lehren, sich zu verteidigen und sich zu organisieren [...], damit wir [die Liberalen, L. R.] einmal mehr den traditionellen Gegner schlagen können, der bereits die schwere Maschinerie seiner Stoßtruppen in Bewegung setzt“.<sup>789</sup> Der liberale Senator Gilberto Moreno warnte im Sommer 1949 vor den anstehenden Legislativwahlen, dass „die Liberale Partei bewaff-net ist und wenn sie bei den Wahlen nicht siegen wird, wird sie den Bürgerkrieg erklären“.<sup>790</sup>

---

<sup>787</sup> Ebenda.

<sup>788</sup> La Opinión, 24.9.1949, „Movilización Total“.

<sup>789</sup> La Opinión, 7.7.1949, „En la nueva Batalla“.

<sup>790</sup> Zitiert in: Henderson: Modernization, S. 316.

## 7 Die Traditionsparteien als Antipoden im politischen Feld

Bezüglich der Selbstdarstellung der Traditionsparteien lässt sich zusammenfassend feststellen, dass diese sich nicht nur als Träger politischer Programme verstanden. Vielmehr präsentierten sie sich auch als Verkörperung moralischer Werte und Traditionen, von deren Verteidigung das Wohl der Gesellschaft in ihrer Gesamtheit, mehr noch, der abendländischen Zivilisation abhänge.<sup>791</sup> Auf der Ebene der Wahrnehmung des politischen Gegenübers zeichneten die Traditionsparteien Bilder von ihrem politischen Widersacher, die diametral zu der eigenen politischen Gemeinschaft standen, deren Wertekodex zu zerstören drohten und somit die Fronten zwischen den politischen Gemeinschaften verhärteten.<sup>792</sup> Im Rahmen der Herausbildung kollektiver Parteiidentitäten griffen Vertreter der *partidos tradicionales* allerdings auf weitere *cleavages* zurück, um die Differenzierung zwischen den *vorgestellten Gemeinschaften* zu vertiefen.

Auf einer politischen Achse bewegten sich die Unterscheidungen, entlang der Differenzierung von Faschisten und Kommunisten. Die subjektiv als „Faschisten“ und „Kommunisten“ wahrgenommenen politischen Akteursgruppen wiesen keine ideologische Schnittmenge auf, die eine gemeinsame, konzertiert-konstruktive und vor allem friedliche politische Betätigung zu ermöglichen schien. Für weite Teile der Traditionsparteien war das Gewalthandeln die einzige verbleibende Interaktionsform mit dem politischen Gegenüber. Unter Betonung einer kulturalisierten Trennmarke bemühten die Wortführer der Parteien weiterhin eine Opposition entlang der Unterscheidung von Barbarei und Zivilisation. Für die Deutungsrahmen von Anhängern der Konservativen Partei lässt sich feststellen, dass sie Liberale als mitunter tödliche Krankheit wahrnahmen, wenn sie auf den Gegegnasatz krank-gesund zurückgriffen.

Von besonderem Interesse ist der Umstand, dass kollektive, sich vom *cleavage* aus konstituierende Identitäten einen „Ausschließlichkeitsanspruch“ besitzen, der „alle erfassen will, und jeden Einzelnen ganz“.<sup>793</sup> Das heißt, dass von den Akteuren, welche die *vorgestellte Gemeinschaft* bilden, ein eindeutiges und ungeteiltes Bekenntnis zu dem Kollektiv erwartet wird und Ambivalenzen bezüglich ihrer identitären Zugehörigkeit nicht geduldet werden.<sup>794</sup> Zwar vermochte es weder die

---

<sup>791</sup> Dennis: National Identity, S. 99, 104.

<sup>792</sup> Deas: Cambios Violentos, S. 36.

<sup>793</sup> Jan Assmann: Das kulturelle Gedächtnis. Schrift, Erinnerung und politische Identität in frühen Hochkulturen. München 1999, S. 157 (Hervorhebung im Original).

<sup>794</sup> A. L. Epstein: Etnicidad e identidad (1978). In: Manuela Camus (Hrsg.): Las Ideas detrás de la Etnicidad. Una selección de textos para el debate. Antigua Guatemala 2006, S. 83-106, hier S. 99.

Liberale noch die Konservative Partei, alle Kolumbianer und jeden Kolumbianer ganz von den jeweils vertretenen politischen Positionen und Programmen zu überzeugen. Dennoch kam der von Assmann attestierte *Ausschließkeitsanspruch* kollektiver Identitäten mit Blick auf das politische Feld Kolumbiens Mitte des 20. Jahrhunderts gewissermaßen in umgekehrter Denkrichtung zum Tragen. Bestimmte Identitätsgemeinschaften verbieten es, dass dem ihnen zugrundeliegenden *Ausschließkeitsanspruch* nachgekommen werden kann, weil sich nicht alle zu integrierenden Akteure von der Richtigkeit der *absolut* gesetzten Werte und Programme überzeugen lassen – wie die in subjektiven Wahrnehmungen konstruierten kommunistischen und faschistischen Gruppen. In diesen Fällen ist die *absolute Abspaltung* von den nicht „integrierbaren“ Akteuren die einzige Möglichkeit, die eigene Gemeinschaft vor ihnen zu schützen. Gleichzeitig erhöhen die Akteure, die sich vorbehaltlos zu der jeweiligen *vorgestellten Gemeinschaft* bekennen, den Druck auf die zögernden und zaghaften Mitglieder, sich aktiv in die Gemeinschaft einzubringen, um nicht als illoyal zu gelten.<sup>795</sup>

Ungeachtet der Tatsache, dass sich die Traditionsparteien durch die Existenz verschiedener politischer Flügel und Fraktionen auszeichneten, bildete sich während des Untersuchungszeitraums das von den politischen Widersachern gezeichnete Bild der *partidos tradicionales* als homogene, nahezu monolithische politische Einheiten heraus – die Konservativen als Faschisten und *falangistas*, die Liberalen als Kommunisten. Die zunehmende Polarisierung der Traditionsparteien manifestierte sich in dem wachsenden Einfluss der radikalen Flügel der Liberalen und der Konservativen Partei.<sup>796</sup> Aus den wechselseitigen Identitätskonstruktionen aus Selbstdarstellung und Wahrnehmung des politischen Gegners erwuchsen die *partidos tradicionales* als Antipoden, die sich gegenseitig ausschlossen bzw. ein gemeinsames politische Vorgehen unmöglich machten. In diesem Kontext stellt Majka fest, dass „die Identifikation mit dem Kollektiv Partei gleichzeitig ein Feindbild und die Ausgrenzung der Anderen von der anderen Partei zur Bedingung hatte“.<sup>797</sup> Nachrangige Mitglieder der Traditionsparteien wie *campesinos* sahen sich „in einem ewigen Krieg zwischen dem Guten und dem Bösen“ verwickelt.<sup>798</sup>

Ähnlich wie im Falle religiös motivierter (terroristischer) Gewalt war eine manichäistische Wahrnehmung des politischen Feldes und des sozialen Raums entlang der Trennmarke liberal-konservativ bzw. kommunistisch-faschistisch zu

---

<sup>795</sup> Brubaker: Ethnicity, S. 31.

<sup>796</sup> Bushnell: Making, S. 192.

<sup>797</sup> Majka: Moderne, S. 30.

<sup>798</sup> Betancourt; García: Matones, S. 113.

beobachten.<sup>799</sup> Die *Dichotomisierung der sozialen Welt* wurde 1952 in der Analyse der innenpolitischen Situation durch den Oberbefehlshaber der Streitkräfte und späteren Präsidenten Rojas Pinilla deutlich. Er unterschied dichotom zwischen „Banditen und guten Menschen (*gente de bien*)“.<sup>800</sup> Gaitán wiederum drückte die bipolar wahrgenommene politische Realität wie folgt aus:

Die Existenz der gegensätzlichen Kräfte der Parteien gehorcht einem Prozess der Vernunft und der sozialen Logik, der so allumfassend ist wie die Existenz der negativen und positiven Pole in der Elektrizität [...] Er hat seinen so sehr verankerten Ursprung und eine so tiefe Erklärung für die ausgeglichene Existenz der Völker, vergleichbar mit der Kraft der Liebe und des Hasses in dem großen Drama der Psychologie der Affektivitäten.<sup>801</sup>

Vor diesem Hintergrund der *diskursiven Dichotomisierung*, die, wie Majka betont, sozioökonomische Unsicherheiten und Ungewissheiten in der Nachkriegszeit verstärkten<sup>802</sup>, wurden die Selbstaufopferung und die Bereitschaft, „für die Partei zu sterben [...] zum höchsten Bekenntnis der Loyalität des Parteimitglieds“ gegenüber der *vorgestellten Gemeinschaft* – ähnlich der Figur des Märtyrers in religiösen Kontexten.<sup>803</sup> Gaitán warnte die konservative Regierung im März 1948 in der Rede auf der *Plaza Bolívar* im Zentrum Bogotás, welche die *Marcha del Silencio* beendete, dass „wir [die Liberalen, L. R.] bereit sind, unsere Leben zu opfern, um den Frieden und die Freiheit Kolumbiens zu retten“.<sup>804</sup> García und Betancourt betonen die Bedeutung des politischen Diskurses, der die politische Auseinandersetzung als einen Kampf des *Guten* gegen das *Böse* darstellte, für das Aufkommen und Agieren konservativer Gewaltkollektive wie der *pájaros*.<sup>805</sup>

Die diskursiv geschaffene, absolut gesetzte Differenz zwischen Konservativer und Liberaler Partei beschränkte sich aber mitnichten nur auf den politisch-programmatischen Bereich. Unter Rückgriff auf einen kulturalisierten *cleavage*

<sup>799</sup> Für religiös motivierte Gewalt vgl. Wolfgang Schluchter: Einleitung. Fundamentalismus, Terrorismus, Krieg. In: Wolfgang Schluchter (Hrsg.): Fundamentalismus, Terrorismus, Krieg. Weilerswist 2003, S. 9-23, S. 13. Schlesinger geht auf die nicht geduldete Neutralität im Rahmen des Kalten Krieges ein: Media, S. 105. Vgl. für die absolut gesetzten Feindbilder des innerkolumbianischen Konflikts im ausgehenden 20. Jahrhundert: González; Bolívar; Vázquez: Nación Fragmentada, S. 18f.

<sup>800</sup> Zitiert in: Karl: State Formation, S. 616.

<sup>801</sup> Zitiert in: Uribe Alarcón: Matar, rematar, contramaratar, S. 47.

<sup>802</sup> Majka: Moderne, S. 28.

<sup>803</sup> Gonzalo Sánchez: Prólogo. In: Darío Acevedo Carmona: La Mentalidad de las Élites sobre la Violencia en Colombia (1936-1949). Bogotá 1995, S. 13-19, hier: S. 14.

<sup>804</sup> Zitiert in: Londoño Botero: Varela, S. 480.

<sup>805</sup> Betancourt; García: Matones, S. 108.

wurde in den Diskursen exponierter Vertreter der Traditionsparteien eine Opposition zwischen der okzidentalnen Zivilisation und der Barbarei gezeichnet. Die sich gegenseitig beeinflussenden Diskurse der *partidos tradicionales* und wechselseitigen Wahrnehmungen erlangten des Weiteren teilweise eine derartige Konfliktivität, dass der politische Gegner diskursiv als tödliche Krankheit wahrgenommen und so jenseits der menschlichen Gesellschaft verortet wurde. Dennis ist in diesem Zusammenhang zuzustimmen, wenn sie befindet, dass nicht nur das Zeichnen absoluter Feindbilder (Kommunisten und Faschisten) den konkreten Gewaltakten während der *Violencia* vorausging, sondern dass der politische Widersacher vor seiner Tötung entmenschlicht wurde.<sup>806</sup> Dieser Punkt ist insofern von Interesse, da gewisse Waffentechniken und Gewaltpraktiken es erfordern, die Opfer vor dem eigentlichen Gewaltakt zu entmenschlichen.<sup>807</sup> Die Dehumanisierung der Opfer während der *Violencia* stellte einerseits den diskursiv-kulturellen Kontext der Gewalt dar. Andererseits spiegelte sich die Verneinung des menschlichen Charakters der Opfer auch in der Performanz der Gewalt wider – Uribe verweist auf Gewaltpraktiken der *Violencia*, die aus dem Handlungsfeld des bäuerlichen Schlachtens von Tieren stammten.<sup>808</sup>

Die subjektiv bedingte Identifizierung von Gründen für die sich zunehmend konfliktiver gestaltende politische Situation und die damit einhergehende Imagination des Feindes sind für den Untersuchungszeitraum und die ihn dominierende Gewalt von großer Bedeutung. Popitz betont mit Blick auf Gewaltphänomene die Wirkmächtigkeit der menschlichen Vorstellungskraft: Da sich Menschen sowohl das Brechen moralischer Tabus als auch die Ausübung exzessiver Gewalt vorstellen können, können sie auch moralische Tabus in der Realität brechen und exzessive Gewalt gegen ihresgleichen ausüben.<sup>809</sup>

Die Wahrnehmung des Gegners unter weiten Teilen des politischen Feldes als eine monolithische politische Einheit ohne gruppeninterne Differenzierungen, mit der es keine Gemeinsamkeiten gab, die als Grundlage für Verständigung und gemeinsames Handeln hätten dienen können, stellt eines der zentralen Erklärungsmomente für die Gewalt zwischen beiden *vorgestellten Gemeinschaften* dar. In dem Maße, wie der politische Konkurrent außerhalb der zivilisierten und sogar der menschlichen Gemeinschaft verortet wurde, wurde auch der Einsatz von

---

<sup>806</sup> Dennis: National Identity, S. 99.

<sup>807</sup> Herfried Münkler: Gewalt und Ordnung. Das Bild des Krieges im politischen Denken. Frankfurt (Main) 1992, S. 121f. Von Trotha bezeichnet Massaker, zu denen es auch während der *Violencia* zuhauf kam, als einen Schritt zur Entgrenzung des Krieges und als Teil der Entmenschlichung des Krieges (Formen des Krieges, S. 81ff.).

<sup>808</sup> Vgl. Uribe Alarcón: Matar, rematar, contramaratar, S. 167-187.

<sup>809</sup> Popitz: Phänomene, S. 77ff.

Gewalt gegen ihn möglich – weil *vorstellbar* –, die ostentativ und exzessiv grausam war. Selbst Gewaltpraktiken, die aus dem Handlungskontext des Schlachtens von Tieren bzw. der Beseitigung von Ursachen tödlicher Krankheiten stammten, fanden ihre Anwendung im Umgang mit dem politischen Gegner.<sup>810</sup>

Muñoz, der die *Violencia* aus einer diskursanalytischen Perspektive untersucht, identifiziert einen Diskursstrang, der die in der zweiten Hälfte der 1940er Jahre zunehmende Gewalt mit dem politischen Wettstreit, dem Wahlbetrug und der subjektiv zugeschriebenen Aussagekraft von Wahlen assoziiert – so wie er vorangehend skizziert worden ist. Seiner Untersuchung folgend bricht dieser Diskursstrang Mitte 1949 vergleichsweise abrupt ab und wird durch die Wahrnehmung politischer Realitäten ersetzt, welche die Gewalt als einen Dauerzustand sah und mit dem Schlachtfeld und militärischen Gefechten in Verbindung brachte.<sup>811</sup> Obgleich gezeigt wurde, dass politische Aktivitäten bereits vor Mitte 1949 mit bewaffneten Auseinandersetzungen verglichen wurde, wie sich in dem Gebrauch der militärischen Semantiken widerspiegelte, und auch der Vorwurf des *fraude* nach 1949 geäußert wurde, ist Muñoz zuzustimmen, dass Mitte des Jahres 1949, vor dem Hintergrund der von den Liberalen gewonnenen Legislativwahlen und der anstehenden Kandidatur von Laureano Gómez für das Präsidentenamt, die politischen Diskurse an Heftigkeit gewannen. Die diskursive Polarisierung fand, wie im folgenden Teil der Arbeit dargestellt wird, oftmals ihre Übersetzung von der diskursiven Deutungs- auf die regionalspezifische Handlungsebene.

<sup>810</sup> Maria Victoria Uribe Alarcón: Dismembering and Expelling. Semantics of Political Terror in Colombia. In: Public Culture 16:1 (2004), S. 79-95, hier: S. 87ff.

<sup>811</sup> Gerardo Muñoz: Genealogía de un problema. La Violencia en Colombia en tanto que práctica discursiva. In: Cecilia Castro Lee (Hrsg.): En Torno a la Violencia en Colombia. Una Propuesta Interdisciplinaria. Cali 2005, S. 89-98, hier: S. 95ff.



### *III Die Gewalt im Raum des Politischen. Die Violencia in Tolima*

#### **1 Die *Violencia* in regionaler Perspektive**

Wie in dem vorangegangen Teil der Arbeit gezeigt wurde, machte die *Dichotomisierung der sozialen Realität* den Einsatz von Gewalt gegen den politischen Widersacher in fortschreitendem Maße, um Popitz zu paraphrasieren, *vorstellbar*, ergo zu einer Handlungsoption in Aushandlungsprozessen im Raum des Politischen Kolumbiens. Vertreter der Traditionsparteien stellten Gewalt als Lösungsvorschlag für die als zunehmend konfliktive politische Situation diskursiv zur Verfügung. Allerdings, so ist zu betonen, wurde die Handlungsressource Gewalt nicht an jedem Ort in gleichem Maße in die Realität überführt und genutzt. Zwar ist Gewalt eine Ressource, auf die jedermann zurückgreifen kann, aber Kontexte, in denen man auf sie zurückgreifen muss, weil es keine andere Option des wie auch immer gearteten Handelns gibt, stellen Extremsituationen der menschlichen Existenz dar.

Michael Krennerich, der darauf zielt, sich von Galtungs Konzept der *Strukturellen Gewalt* abzugrenzen, unterscheidet zwischen *Gewaltverhältnissen* und *Gewalttaten*. Gewaltverhältnisse will er als einen strukturellen Begriff verstanden wissen und streicht heraus, dass diese zwar eng mit den konkreten, sowohl physischen als auch psychischen, Gewalttaten verbunden sind, aber keine simplifizierenden Kausalketten vorliegen. Er will die strukturellen Rahmenbedingungen, die gewalttägiges Handeln begünstigen oder hervorrufen, in Widerspruch zu dem Galtung'schen Diktum, von der Violenz analytisch trennen. Bei dem Konzept der *Strukturellen Gewalt* von Galtung sieht Krennerich das entscheidende Defizit, dass die erklärenden Faktoren, das *Explanans*, und die zu erklärende Gewalt, das *Explanandum*, miteinander vermischt werden.<sup>812</sup>

Die regionalen oder sogar lokalen politischen Machtstrukturen stellen ein Beispiel der von Krennerich beschriebenen *Gewaltverhältnisse* dar, von denen der Rückgriff auf Gewalt im politischen Wettstreit während des Untersuchungszeitraums und die subjektive Legitimität der Gewalt abhingen. Die Machtverhältnisse zwischen den Parteien, der Charakter der regionalen und lokalen politischen Klasse oder rezente, subjektiv erfahrene Beziehungen zwischen den politischen Kollektiven – um nur einige Beispiele zu nennen – erklärten den Rückgriff auf die Handlungsressource Gewalt in politischen Auseinandersetzungen. Sie bedingten die Dynamiken und den Charakter der *Violencia* und sind zentrale Faktoren, welche „das Denkbare [die Gewalt] zum Machbaren werden lassen“.<sup>813</sup>

---

<sup>812</sup> Krennerich: Politische Gewalt, S. 17f.

<sup>813</sup> Baberowski: Gewalt, Textabschnitt 9. S auch Knight: Weapons, S. 33.

Medina verdeutlicht am Beispiel der im südlichen Tolima gelegenen Gemeinde Chaparral, in welchem Maße die regionalen oder lokalen Rahmenbedingungen als Gewaltverhältnisse für die Nutzung oder den Verzicht auf die Handlungsoption Gewalt bedeutsam waren. Die politische Elite der Gemeinde in Südtolima war nahezu ausnahmslos liberal und verfügte über starken Einfluss auf die nationalstaatliche Politik. Darío Echandía, exponierter *dirigente liberal* und Präsidentschaftskandidat 1949 ist das sicherlich deutlichste Beispiel für einen politisch einflussreichen *chaparraluno*. Aufgrund der Möglichkeit, Einfluss auf die nationalstaatliche Politik zu nehmen, konnten in Chaparral ansässige Liberale lange Zeit auf gewaltsames Vorgehen gegen den politischen Widersacher verzichten.<sup>814</sup>

Den gewaltsamen Konflikt zwischen Anhängern der Liberalen und der Konservativen Partei sowie kommunistischen Akteuren, die *Violencia*, zu verstehen, bedeutet also, seinen regionalen bzw. lokalen spezifischen Ausprägungen nachzuspüren. In der ersten Phase des Untersuchungszeitraums (1946-1949) kam es zu gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen Mitgliedern der Traditionsparteien vor allem in Regionen, in denen die Stimmenverteilung der Liberalen und Konservativen Partei relativ ausgeglichen war, das heißt in denen durch leichte Verschiebungen in dem Wählerverhalten und den Machtrelationen Siege bei den 1947 anstehenden Wahlen errungen werden konnten. Riekenberg verweist mit Rückgriff auf Elias darauf, dass gerade dort, wo sich die Kontrahenten in den bewaffneten Auseinandersetzungen durch geringe Machtdifferentiale auszeichnen, das heißt sie über den sich mehr oder minder annähernden Zugang zu Gewaltressourcen verfügen, eine hohe Gewaltintensität zu erwarten ist.<sup>815</sup> Nur graduelle Differenzen in der Stimmenverteilung zwischen Anhängern und Wählern der Konservativen bzw. Liberalen Partei konnten zum einen bei einer vergleichsweise geringen Verschiebung im Stimmverhalten zum Wahlsieg der einen oder anderen Partei führen. Zum anderen wurden mit der Anzahl der Anhänger einer der beiden Traditionsparteien aber auch deren militärische Stärke beschrieben, denn wie *El Derecho* forderte, „muss jeder Konservativer [...] ein aktiver Soldat der Partei sein“<sup>816</sup> – und ähnliches forderten auch die *dirigentes liberales* von ihrer Gefolgschaft.

In diesen Situationen sollen Riekenberg folgend die eigenen, im Vergleich zum politischen bzw. militärischen Gegner geringen oder nur geringfügig größeren Machtressourcen durch die betont grausame Gewalt überhöht dargestellt werden, zumal die Kräfteverhältnisse zwischen den Kontrahenten nie genau eingeschätzt

<sup>814</sup> Medina: Resistencia Campesina, S. 247.

<sup>815</sup> Riekenberg: Gewaltsegmente, S. 22.

<sup>816</sup> El Derecho, 10.6.1950, „Defenderse, es el deber del conservatismo“.

werden können, sondern ein letztes Maß an Unwägbarkeiten erhalten bleibt. Die Zurschaustellung und die Demonstration der eigenen Machtressourcen zielen darauf, eine „Abschreckungsreputation“ zu erlangen, also den Gegner bereits einzuschüchtern und zu verängstigen, bevor er einen militärischen (Gegen-)Angriff plant oder unternimmt.<sup>817</sup>

Kriegerische Auseinandersetzungen, in denen eine übergeordnete Instanz wie der Staat fehlt, die als mehr oder minder neutraler Garant fungieren kann, dass Abkommen und (Friedens-)Verträge zwischen den Gewaltkollektiven auch eingehalten werden, haben das größte Vernichtungspotenzial.<sup>818</sup> In dem Maße wie sich die konservative Regierungspartei mit der *patria* identifizierte und den Parteierfolg mit deren Überleben gleichsetzte, konnten sich Anhänger der Liberalen Partei nicht darauf verlassen, dass die staatlichen Ordnungskräfte ihre Rechte wahren oder sie vor Übergriffen schützen würden. Die Vehemenz der Gewalt wird bei Konflikten in bäuerlichen Gesellschaften – und um einen solchen handelte es sich im Fall der kolumbianischen *Violencia* – dadurch erhört, dass die landwirtschaftliche Existenzgrundlage, die bestellten Äcker und Felder, nicht „transportabel“ sind, die Kontrahenten sich nicht bzw. nur unter enormen Kosten ausweichen können.<sup>819</sup>

Wie Gilhodés festhält, ging die Gewalt in der ersten Phase der *Violencia* in der Mehrheit der Fälle von radikalisierten konservativen Kreisen, vor allem den *lauranistas*, aus, die darauf hofften, ihre Position bei den Wahlen 1947 durch den Einsatz von Gewalt zu verbessern.<sup>820</sup> Riekenberg betont, dass die berechtigte Kritik an dem Modell der *Strukturellen Gewalt* von Galtung nicht darüber hinweg täuschen darf, dass jedweder Gewaltakt eine strukturelle Dimension besitzt. In Abgrenzung zu der von Sofsky und von Trotha geforderten Fokussierung auf den Akt der Gewalt, der in einer *thick description* nachzuzeichnen sei, hebt er hervor, dass Gewalt immer auch über den begrenzten Zeitrahmen, in dem er stattfindet, hinauswirkt. In dieser fortdauernden Wirkmächtigkeit konstituiert sich die strukturelle Dimension von Gewaltakten, die sich unter anderem in der Festschreibung von Machtverhältnissen manifestiert:<sup>821</sup> Die Konsequenzen eines Wahlsiegs der

<sup>817</sup> Riekenberg: Gewaltsegmente, S. 22f. Helbling spricht in diesem Kontext von der Notwendigkeit der beteiligten Akteure, eine „Reputation der Gewaltbereitschaft“ zu erlangen (Jürg Helbling: Hobbes und seine Theorie des tribalen Krieges. In: Swiss Journal of Sociology 35:1 (2008), S. 97–116, hier: S. 106).

<sup>818</sup> Helbling: Hobbes, S. 104.

<sup>819</sup> Ebenda, S. 101f.

<sup>820</sup> Gilhodés: *Violencia*, S. 194.

<sup>821</sup> Riekenberg: Gewaltsegmente, S. 12. Riekenberg verweist explizit darauf, dass die von ihm angesprochene strukturelle Dimension von Gewalt nicht mit der *Strukturellen Gewalt* von Galtung zu verwechseln ist (Gewaltsegmente, S. 20).

Konservativen Partei, der im Zuge gewalttätiger Unternehmungen ihrer Anhänger zustande gekommen wäre, würde weit über den konkreten Akt der Gewalt, auf den die selbsternannten Innovateure der Gewaltforschung fokussieren, hinauswirken.

Die lokalen bzw. regionalen politischen Machtrelationen, als Gewaltverhältnisse im Sinne von Krennerich verstanden, wiederum waren entscheidend für die Frage, ob radikalierte Parteimitglieder in ihren Bestrebungen, Gewalt als Handlungsressource in dem Wettstreit mit dem politischen Gegner zu etablieren, Erfolg hatten. Gewalt ausübende Anhänger der Liberalen oder der, insbesondere in der Frühphase der *Violencia*, Konservativen Partei mussten über eine ihr Handeln unterstützende Struktur in der lokalen bzw. regionalen Politik verfügen, das heißt Repräsentanten des Staates mussten gewaltsames Vorgehen gegen den politischen Widersacher zumindest dulden und ihm gleichgültig gegenüber verbleiben – obgleich es an Beispielen, in denen Lokalpolitiker aktive Komplizen der Gewaltakteure waren, nicht mangelte, wie in den folgenden Kapiteln deutlich wird.

## 2 Die ersten Jahre nach dem Regierungswechsel in Tolima: Versuche zur Begrenzung der Gewalt

Vor allem *departamentos*, in denen es bereits in den frühen 1930er Jahren nach dem Amtsantritt von Olaya Herrera zu gewaltsamen Zusammenstößen zwischen Liberalen und Konservativen gekommen war, waren in der Frühphase der *Violencia* Schauplätze der Gewalt. So kam es in *departamentos* wie Boyacá und Norte de Santander zu gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen den Anhängern der beiden Parteien.<sup>822</sup> *El Espectador* berichtete im Januar 1948, dass „der Einfall bewaffneter Konservativer einen wahrhaftigen Bürgerkriegszustand“ in der Region um Arboledas und Cucutilla in Santander del Norte geschaffen habe.<sup>823</sup> *El Tiempo* sah den Grund für die Gewalt gegen Liberale, die in Boyacá um sich griff, in den konservativen Vertretern der Regionalregierung. Sie würden, wie die Zeitung klagte, angesichts der gegen die Liberale Partei ausgeübten Gewalt passiv bleiben und trotz anderslautender Zusagen die Gewalt fördernden Bürgermeister in Amt und Würden belassen.<sup>824</sup> Um „in einem Klima des Schreckens und des *sectorismo*“ den Sieg der Konservativen Partei in den bevorstehenden Wahlen zu sichern, würden aus Sicht des Journalisten der liberalen Tageszeitung in ganz Boyacá „nicht wünschenswerte Personen (*gente indeseable*)“ als Bürgermeister und Steuerbeamte eingesetzt.<sup>825</sup> Das Sprachrohr der *gaitanistas*, die Tageszeitung *Jornada*, erklärte angesichts der Gewalt gegen Liberale in Boyacá, dass eine Koalition der Traditionsparteien, die *Unión Nacional*, offenbar nicht existiere und die Liberalen keinerlei Garantien und Schutz genießen würden.<sup>826</sup> Die der Liberalen Partei nahestehende Presse machte zwar Ospina Pérez nicht direkt für die Gewalt in der Frühphase des Untersuchungszeitraums verantwortlich, beschuldigte ihn aber dennoch, nicht alles in seiner Macht Stehende getan zu haben, um die Gewaltexzesse gegen ihre Anhängerschaft in Boyacá zu unterbinden.<sup>827</sup>

*Departamentos* wie Tolima, in denen die Liberale Partei traditionell über deutliche Mehrheiten verfügte, hingegen blieben bis Ende der 1940er Jahre von organisierten Gewaltkollektiven und -vorfällen weitgehend verschont. Lokal begrenzte Gewalt, wie sie andernorts von Anhängern der Konservativen Partei ausging,

<sup>822</sup> Green: Gaitanismo, S. 255f.

<sup>823</sup> *El Espectador*, 17.1.1948, „Muchos Muertos y Numerosos Heridos en Santander del Norte“, Informa el Gobernador“.

<sup>824</sup> *El Tiempo*, 22.1.1947, „Ola de Violencia en Boyacá“.

<sup>825</sup> *El Tiempo*, 22.1.1947, „Horas de Angustia y de Peligro Viven los Liberales de Boyacá“.

<sup>826</sup> *Jornada*, 11.2.1947, „En Pie Contra La Violencia Conservadora“.

<sup>827</sup> *El Tiempo*, 11.3.1948, „Boyacá, Indice de una Política“.

war angesichts der Tatsache, dass die Mehrheit der Bevölkerung der Liberalen Partei anhing, nicht dazu geeignet, grundlegende Änderungen in den politischen Machtverhältnissen hervorzurufen – die Machtdifferentiale waren zu groß, als dass der begrenzte Einsatz von Gewalt Erfolge gezeitigt hätte. Die Liberale Partei wiederum erwartete bei den nach dem Regierungswechsel anstehenden Wahlen die Umkehrung des Prozesses, welcher der Konservativen Partei den politischen Erfolg 1946 beschert hatte. Angesichts der mehrheitsbedingten Machtstellung gegenüber ihren konservativen Konkurrenten sahen sich liberale *dirigentes* nicht genötigt, in – bewaffneten – Aktionismus zu verfallen. Vielmehr boten ihnen die Mehrheiten in den legislativen Körperschaften, der *Asamblea del Tolima* und den *concejos municipales*, die Möglichkeit, der politischen Taktik der *Resistencia Civil* zu folgen, wie sie auch auf der nationalstaatlichen Ebene praktiziert wurde, um Einfluss auf die Politik der Exekutive zu nehmen.

Anfang März 1948, als die *Unión Nacional* auf der nationalen Ebene aufgekündigt wurde, erklärte auch der Gemeinderat in Ibagué die *Resistencia Civil* angesichts der bevorstehenden Ernennung eines konservativen Bürgermeisters in der Provinzhauptstadt. Diese politische Strategie beinhaltete die Kürzung von Gehältern öffentlicher Angestellter um 90 Prozent und die Umstrukturierung der von der Bürgermeisterei abhängigen Angestellten. So wurden einige Posten abgeschafft bzw. das bisherige Personal entlassen und anderen Stellen der Lokalverwaltung wie der *personería municipal* und der *controlaría municipal* zugeordnet, auf welche die Liberale Partei über die Legislative größeren Einfluss nehmen konnte.<sup>828</sup> Auf einer Zusammenkunft in Ibagué kurze Zeit später, am 12.3.1948, folgten liberale Gemeinderäte aus ganz Tolima dem Beispiel ihrer Pendants in Ibagué. Bürgermeister, die sich aggressiv gegen die Zusammenarbeit mit den liberal dominierten Stadt- und Gemeinderäten wehrten, sollten durch drastische Gehaltskürzungen zur Einsicht, dass eine Politik gegen den Widerstand der liberalen Mehrheiten in der Legislative nicht möglich sei, gebracht und zur politischen Zusammenarbeit gezwungen werden. Gleches galt für die von der Exekutive ernannten Angestellten und die Beamten der *Policía Municipal*.<sup>829</sup>

Der Umstand, dass die regionalen politischen Machtverhältnisse und die Mehrheit der Liberalen Partei in der Legislative in Tolima es ihr ermöglichten, Einfluss im institutionellen Rahmen des politischen Feldes zu nehmen, hieß mitnichten, dass es in Tolima vor Ende der 1940er Jahre nicht zu gewaltsaamen Zusammenstößen zwischen Konservativen und Liberalen gekommen wäre. Bereits vor dem Regierungswechsel im August 1946 kam es in Villahermosa zu Konflikten zwi-

<sup>828</sup> El Tiempo, 3.3.1948, „Resistencia Civil en el Tolima“.

<sup>829</sup> Henderson: History, S. 116f.

schen dem liberalen Bürgermeister, der in der Stadt stationierten Polizei und Mitgliedern der Konservativen Partei.<sup>830</sup> Wie der *Comité Municipal Conservador* beklagte, instrumentalisierte Ignacio Fernández Suárez, der das Amt des Bürgermeisters nur wenige Tage vor den Präsidentschaftswahlen angetreten hatte, seine Befehlsgewalt über die ortsansässigen Polizisten für seine Bestrebungen, die Anhängerschaft der Konservativen Partei einzuschüchtern. Selbst angesehene konservative Bürger seien den Übergriffen der Ordnungshüter ausgesetzt. Auf Geheiß des Bürgermeisters würden sie des Weiteren Ausweispapiere beschlagnahmen, um konservativen Wählern die Stimmabgabe für Ospina Pérez unmöglich zu machen. Gleichzeitig berichtete der *Comité* von der Tatenlosigkeit des Bürgermeisters bei verbalen Angriffen gegen Anhänger der Konservativen Partei. Fernández Suárez verharre sogar, so klagte das konservative Lokalkomitee, in absoluter Passivität, als der Arzt Miguel Navarro Uribe in der Nacht mit Schusswaffen angegriffen wurde.<sup>831</sup>

Der Inhaftierung von Navarro Uribe nach einem Wortgefecht mit dem Bürgermeister folgte ein tumultartiger Aufstand von politischen Weggefährten des Arztes, die sogar drohten, das Gefängnis zu stürmen. Aus den Reihen der rebellierenden Konservativen wurden Stimmen laut, welche die Umstehenden zur Ermordung des Bürgermeisters und der ihm unterstellten Polizisten aufriefen.<sup>832</sup> Wie gespannt das Verhältnis zwischen Anhängern der Liberalen und der Konservativen Partei in Villahermosa bereits 1946 war, wird an der Tatsache deutlich, dass zumindest die konservative, lokale Bevölkerung dem Gerücht Glauben schenkte die von Fernández Suárez kontrollierten Polizeibeamten würden das Ziel verfolgen, ein Massaker an der Dorfbevölkerung zu verüben.<sup>833</sup>

Der konservative Lokalpolitiker Patrocinio Navarro Ruiz wurde am 19.3.1947 in Natagaima Opfer eines Angriffs, der von einer Gruppe liberaler Parteianhänger um Ernesto Sánchez ausging.<sup>834</sup> Navarro Ruiz war als Mitglied des *Comité Conservador* der Gemeinde Natagaima in die Dörfer gereist, die in der Nähe der *cabeza municipal* lagen, um den angeblichen Wahlsieg der Konservativen Partei in den wenige Tage zuvor abgehaltenen Legislativwahlen zu verkünden. Laut Angaben des Zeugen Teófilo Bernate seien die des Angriffs beschuldigten Liberalen über die Verbreitung der Falschnachricht – immerhin war die Liberale Partei

<sup>830</sup> „Juzgado 51 de Instrucción Criminal en Villahermosa (J51ICV), SN 2142 contra Amador López et al. por Asonada“ (AHJT/2/4/23/2).

<sup>831</sup> Ebenda, f. 42-47.

<sup>832</sup> Ebenda, f. 2f.

<sup>833</sup> Ebenda, f. 73f.

<sup>834</sup> „TSI, SN 6651 contra Ernesto Sánchez et al. por Asonada“ (AHJT/2/4/25/1).

als Sieger aus dem Urnengang hervorgegangen – derart erbost gewesen, dass sie den zurückkehrenden konservativen Lokalpolitiker mit Steinen und Knüppeln angriffen.<sup>835</sup> Nur die anwesenden Polizisten und die Soldaten, die zur Wahrung der öffentlichen Ordnung bei den vorangegangenen Wahlen entsandt worden waren, verhinderten den drohenden Lynchmord an dem *dirigente conservador*. Die Tragweite und Bedeutung, die dem Vorfall beigemessen wurde, spiegelt sich auch in dem Umstand wider, dass anfangs wegen „Körperverletzung (*lesiones personales*)“ ermittelt wurde, die weiteren Ermittlungen allerdings den Tatbestand „Aufstand (*asonada*)“ verfolgten.<sup>836</sup>

## 2.1 Der Bogotazo in der Provinz

Während die Situation in Tolima, im Gegensatz zu anderen *departamentos*, in der Frühphase des Untersuchungszeitraums vergleichsweise friedlich war, stellten die Aufstände von Anhängern der Liberalen Partei, die der Ermordung von Gaitán im April 1948 folgten, die ersten kollektiven Gewaltaktionen in dem *departamento* dar. Im Gegensatz zu den großen urbanen Zentren des Landes waren die Bemühungen in Tolima, die liberale Revolte nicht, wie in Bogotá, in Plünderungen und Brandschatzungen übergehen zu lassen, deutlich ausgeprägt. Wie Sánchez bereits Anfang der 1980er Jahre herausgestellt hat, hat die historische Forschung bislang vorrangig die Ereignisse im Zuge der Ermordung Gaitáns in der Hauptstadt Bogotá, den *Bogotazo*, untersucht. Das politische, innovative Potenzial der Aufstände werde aber gerade in der Provinz, jenseits der Großstädte, deutlich.<sup>837</sup>

Die sich zunehmend konfliktiver und gewalttätiger gestaltenden Beziehungen zwischen Anhängern der Liberalen und der Konservativen Partei bildeten den Hintergrund für die Ereignisse, die dem Mord an Jorge Eliécer Gaitán folgten. Die Nachricht von seinem gewaltsamen Tod verbreitete sich über Radiosender, die teilweise von den rebellierenden Anhängern Gaitáns besetzt worden waren, in Windeseile im ganzen Land. Während der Vorsitzende der Liberalen Partei im Zentrum Bogotás um 13:05h erschossen wurde<sup>838</sup>, gaben hochrangige liberale *dirigentes políticos* in den späteren Ermittlungen an, bereits zwischen 13:30h und 14h von dem tragischen Ereignis in der Hauptstadt erfahren zu haben.<sup>839</sup>

---

<sup>835</sup> Ebenda, f. 3v.

<sup>836</sup> Ebenda, f. 6.

<sup>837</sup> Sánchez: Revolución, S. 19, 31.

<sup>838</sup> Herbert Braun: The Assassination of Gaitán. Public Life and Urban Violence in Colombia. Madison 1985, S. 134.

<sup>839</sup> Der liberale Gouverneur Tolimas, Gonzalo París Lozano, gab an, noch vor 13:30h Nachricht von dem Tod Gaitáns erhalten zu haben. Héctor Echeverry Cárdenas, Herausgeber der *gaitanista*-nahen Zeitung *Tribuna* erklärte, um 14h von dem Mord an Gaitán in Kenntnis gesetzt

Auch wenn die Regierung Ospina Pérez nicht müde wurde, den Mord als das Ergebnis einer internationalen kommunistischen Verschwörung darzustellen, lassten die Anhänger Gaitáns das Verbrechen unmittelbar nach den tödlichen Schüssen der Regierung – die *Unión Nacional* war nur wenige Wochen zuvor auseinandergebrochen – und der Konservativen Partei an.<sup>840</sup> Hierzu trug das Gerücht bei, einer der berühmt-berüchtigten, stark politisierten Polizisten, ein *chulavita*, habe Gaitán erschossen.<sup>841</sup> Der Liberale Eberto Riveros beschuldigte in seinen Aussagen vor Gericht ebenfalls Anhänger der gegnerischen Partei: er gab an, keinen Konservativen in Ibagué gesehen zu haben, als die Nachricht von dem Attentat zirkulierte, „weil es schien, dass sie davon gewusst hätten, dass Dr. Gaitán ermordet würde, damit sie aus der Stadt verschwinden konnten“.<sup>842</sup>

Felipe Salazar Santos, Mitglied des *Directorio Liberal Departamental*, drückte sein vollstes Verständnis dafür aus, dass „sich diese Reaktion [der Aufstand liberauer Parteimitglieder, L. R.] instinktiv gegen zwei Ziele richtete: die Regierung von Ospina Pérez und die Konservative Partei“.<sup>843</sup> In Bogotá strömten Liberale zum Präsidentenpalast, um den Rücktritt von Ospina Pérez zu fordern. Auch in Ibagué fanden sich die aufgebrachten und trauernden Liberalen vor dem Sitz der Exekutive ein, wobei in dem *departamento Tolima de jure* noch París Lozano als liberaler Gouverneur in Amt und Würden war.<sup>844</sup>

In der Reaktion der Anhänger der Liberalen Partei in Tolima auf den Mord an Gaitán lässt sich erkennen, dass sich zwei Flügel unter den protestierenden Liberalen, ein gemäßigter und ein als radikal zu bezeichnender, herausbildeten. Beide einte, dass sie die führenden *dirigentes políticos* der Konservativen Partei und die Regierung Ospina Pérez, deren Abdankung sie forderten, für den Mord

worden zu sein (vgl. „J9IC, SN 1-I en Averiguación de Responsables por Delitos contra el Régimen Constitucional y la Seguridad Interior del Estado“ [APJI/14v,49,266]).

<sup>840</sup> Richard Sharpless: *Gaitán of Colombia. A Political Biography*. Pittsburgh 1978, S. 177f.; Braun: *Assassination*, S. 136ff.

<sup>841</sup> „TSI, SN 6233 contra Daniel Palomo et al. por Rebelión“ (AHJT/2/3/18/2/8); „J9IC, SN 1-I en Averiguación de Responsables por Delitos contra el Régimen Constitucional y la Seguridad Interior del Estado“ (APJI/53).

<sup>842</sup> „TSI, Sumario sin Número (SsN) contra Lisandro E. Carvajal et al. por Rebelión“ (APJI/49v).

<sup>843</sup> „J9IC, SN 1-I en Averiguación de Responsables por Delitos contra el Régimen Constitucional y la Seguridad Interior del Estado“ (APJI/29v, 276).

<sup>844</sup> Die Ablösung von París Lozano durch einen konservativen Politiker nach dem Bruch der Koalition aus Liberaler und Konservativer Partei stand noch aus und sollte in den Tagen nach dem 9. April erfolgen (vgl. „J9IC, SN 1-I en Averiguación de Responsables por Delitos contra el Régimen Constitucional y la Seguridad Interior del Estado“ [APJI/14]. S. auch „TSI, SsN contra Lisandro E. Carvajal et al. por Rebelión“ [APJI/314]).

verantwortlich machten. In der Formulierung ihrer Forderungen und den Versuchen, dieses Ziel zu erreichen, unterschieden sie sich allerdings deutlich. Auf diese beiden Gruppen soll im Folgenden näher eingegangen werden.

### 2.1.1 Der radikalisierte Flügel der *nueveabriéños*

Vielen rebellierenden Liberalen war als Ergebnis dessen, was ich als *Dichotomisierung der sozialen Realität* bezeichnet habe, eine Differenzierung zwischen Personen, die der Konservativen Partei angehörten, dessen ungeachtet aber eine Reihe von individuellen Charaktereigenschaften besaßen, nicht mehr möglich. Das einzige Merkmal, was sie in entscheidendem Maße definierte und zu Feinden machte, war ihr Bekenntnis zur Konservativen Partei. In dem Glauben, diese Partei in ihrer Gesamtheit habe die Ermordung Gaitáns zu verantworten, forderten diese radikalisierten, im *sectarismo* verfangenen Anhänger Gaitáns Vergeltung für seinen Tod, womit sie konkret die Tötung von Konservativen meinten – unabhängig von deren möglicher Tatbeteiligung oder Schuld an dem Attentat.

Carlos Samuel Posada rief in Mariquita zur Rache an den konservativen Bürgern der Gemeinde nach dem Prinzip „Auge um Auge, Zahn um Zahn“ auf.<sup>845</sup> Die potentiellen Opfer fürchteten wohl nicht zu unrecht, dass sich ein Massaker an ihnen anbahnte. Die Rache implizierte, so hatte es einer der bedrohten Konservativen aus dem Mund von Posada gehört, alle Konservativen zu töten.<sup>846</sup> Obdulio Cárdenas berichtete, dass sein Wohnhaus und sein Ladenlokal von einer Gruppe protestierender Liberaler am Nachmittag des 9.4.1948 mit Steinen angegriffen wurden, nachdem die Nachricht von dem Attentat auf Gaitán bekannt geworden war. Am Abend desselben Tages sollten die Häuser konservativer Parteimitglieder in Mariquita nicht mehr nur mit Steinen, sondern auch mit Sprengsätzen attackiert werden.<sup>847</sup>

Fermín Quiñones gab zu Protokoll, dass Aufständische in San Antonio gezielt nach Anhängern der Konservativen Partei suchten, um sie zu töten. Und Nepomuceno Gutiérrez zufolge „forderte der Pöbel (*populacho*), dass man die [konservativen, L. R.] Gefängnisinsassen freiließ, um das Blut Gaitáns zu rächen“<sup>848</sup>, das heißt, um sie töten zu können. Andere Anhänger der Konservativen Partei wiederum wurden aufgefordert, die Gemeinde dauerhaft zu verlassen, um ihrer Ermordung zu entgehen.<sup>849</sup>

---

<sup>845</sup> „TSI, SN 6233 contra Daniel Palomo et al. por Rebelión“ (AHJT/2/3/18/2/27).

<sup>846</sup> Ebenda, f. 42.

<sup>847</sup> Ebenda, f. 25v, 44v.

<sup>848</sup> „TSI, SN 1395 contra Evangelista Cruz et al. por Rebelión“ (AHJT/1.4/2/128/3/25v).

<sup>849</sup> Ebenda, f. 39v, 43.

In Chaparral war das örtliche Gefängnis das Ziel der Angriffe von rebellierenden liberalen Bewohnern der Kleinstadt in Südtolima. Sowohl die konservativen Häftlinge als auch das Gefängnispersonal sowie der Direktor der Haftanstalt, die der Konservativen Partei angehörten, fürchteten um ihr Leben, als mehrere Dutzend, mit Macheten und Revolvern bewaffnete Aufständische versuchten, das Gefängnis zu stürmen. Die Angegriffenen entgingen nur knapp dem drohenden Lynchmord. Einer der Häftlinge wurde beinahe getötet, weil er eine Krawatte in der Farbe Blau trug, mit der die Konservative Partei identifiziert wurde.<sup>850</sup> Und auch in San Antonio forderten die Liberalen, die gegen den Mord an Gaitán protestierten, den Tod der inhaftierten konservativen Bürger.<sup>851</sup>

In dem Dorf Andalucía der Gemeinde Cunday in Osttolima wurde ein von den aufständischen Liberalen festgesetzter Konservativer am 12.4. um vier Uhr morgens, also drei Tage nach dem Attentat auf Gaitán, aus seinem „Gefängnis“ geholt und getötet. Da das Opfer bei seiner Ermordung gefesselt war und ihm drei Wunden zugefügt wurden, von denen jede für sich schon tödlich war, sah das Gericht zwar die Merkmale eines Mordes (*asesinato*) als erfüllt an, erkannte aber ungeachtet der festgestellten Grausamkeit (*sevicia*) auf einen politischen Charakter des Mordes.<sup>852</sup> Auch in Ibagué forderten Teile der sich auflehnenden Liberalen den Tod der „*godos*“, die sie in ihrer Gesamtheit für den Tod Gaitáns verantwortlich machten.<sup>853</sup> Esteban Ortiz Lozano, Beamter der *Policía Nacional*, erklärte, Teile der aufständischen Liberalen hätten in der Tötung des Präsidenten Ospina Pérez und Laureano Gómez die „„einzigste Möglichkeit [gesehen], dies alles [die verfahrene, politische Situation nach dem Mord an Gaitán, L. R.] zu regeln“.<sup>854</sup>

Aus der Hauptstadt wurde am 9.4.1948 dann auch berichtet, dass konservative Politiker aus Rache für die Ermordung von Gaitán getötet worden seien: Laureano Gómez und José Antonio Montalvo seien in Bogotá ermordet worden und Guillermo León Valencia habe das gleiche Schicksal in Popayán ereilt, wie man

<sup>850</sup> Die Angaben zu der Zahl der angreifenden Aufständischen schwanken zwischen 30 und 1000 – letztere Zahl dürfte, so ist angesichts der Größe der Stadt anzunehmen, ein wenig zu hoch gegriffen sein (vgl. „TSI, Proceso Número 6522 contra Celico Cedeño et al. por Asonada“ [AHJT/1.4/2/127/1/7ff, 45,58, 60v, 98v]).

<sup>851</sup> „TSI, SN 1395 contra Evangelista Cruz et al. por Rebelión“ (AHJT/1.4/2/128/3/29).

<sup>852</sup> „TSI, SsN contra Marcos Giraldo Parra et al. por Delito contra la Autonomía Personal, Secuestro, Asonada, Incendio e Inviolabilidad de Domicilio“ (APJI/85ff.). In der zeitgenössischen juristischen Praxis wurde die Grausamkeit eines Verbrechens oftmals als unvereinbar mit seinem politischen Charakter gesehen. Auf diesen Zusammenhang gehe ich in Kapitel 8.2 des Teils III der Arbeit detailliert ein.

<sup>853</sup> „TSI, SsN contra Lisandro E. Carvajal et al. por Rebelión“ (APJI/3).

<sup>854</sup> „J9IC, SN 1-I en Averiguación de Responsables por Delitos contra el Régimen Constitucional y la Seguridad Interior del Estado“ (APJI/229).

auch in Ibagué am 9.4.1948 glaubte.<sup>855</sup> Diese Nachrichten aus Bogotá in die Provinz waren mehr oder minder indirekte Aufrufe zu Gewalt gegen Anhänger der Konservativen Partei qua Nachahmung, gleichwohl sie sich später als Falschmeldungen herausstellten: Aus den besetzten Radiostationen wurde im selben Atemzug, wie sie die Nachrichten über den Tod hochrangiger konservativer Politiker verkündeten, gefordert, dem Beispiel der Liberalen in der Hauptstadt zu folgen, das heißt Vertreter der Konservativen Partei zu töten.<sup>856</sup>

Auch in Südtolima, in Chaparral, glaubten die rebellierenden Liberalen, dass Laureano Gómez und andere exponierte Repräsentanten der Konservativen Partei von den Aufständischen getötet worden seien.<sup>857</sup> Verstärkt wurden die Aversionen gegen die führenden konservativen Politiker und Kabinettsmitglieder der Regierung Ospina Pérez durch Nachrichten, denen zufolge Echandía, der sich in Verhandlungen mit dem Präsidenten befand, von diesem festgesetzt worden sei.<sup>858</sup> In Mariquita habe, nach Auskunft des Zeugen Justo Arce, Francisco Luis Arenas zu einer erhöhten Kampfbereitschaft aufgerufen, weil Echandía und Lleras Restrepo Geiseln der konservativen Regierung in dem Präsidentenpalast, der *Casa de Nariño*, seien und getötet würden.<sup>859</sup>

Die (Falsch-)Nachrichten, die einerseits indirekte Aufrufe zu Gewalt darstellten, andererseits die Hinterhältigkeit der konservativen Politiker betonten und somit die Distanz zwischen Konservativen und Liberalen vergrößerten, wurden von weiteren Gerüchten begleitet, die Gewalt fördernd wirkten. Die rein anti-konservative Gewalt, die ausschließlich auf der Parteizugehörigkeit des als Feind wahrgenommenen Gegenübers basierte, wurde durch eine Serie von Gerüchten gespeist, die das Gewaltpotenzial noch erhöhten. Diese besagten, dass ein Geennangriff von konservativen Parteigängern auf die jeweiligen Städte, in denen die liberalen Aufständischen die politische Macht übernommen hatten, bevorstünde.<sup>860</sup> Nach Aussage von Miguel Angel Pretel herrschte in San Antonio am 9.4.1948

---

<sup>855</sup> Ebenda, f. 110v.

<sup>856</sup> Ebenda, f. 161v.

<sup>857</sup> „TSI, Proceso Número 6522 contra Celico Cedeño et al. por Asonada“ (AHJT/1.4/2/127/1/118).

<sup>858</sup> „J9IC, SN 1-I en Averiguación de Responsables por Delitos contra el Régimen Constitucional y la Seguridad Interior del Estado“ (APJI/19).

<sup>859</sup> „TSI, SN 6233 contra Daniel Palomo et al. por Rebelión“ (AHJT/2/3/18/2/44).

<sup>860</sup> Gerüchten kommt eine besondere Bedeutung bei der Untersuchung von Gewaltphänomenen zu, da sie Ängste schüren, die in einer Atmosphäre der Angst und Unwägbarkeit Gewaltpotenziale erhöhen (vgl. Riekenberg: Gewaltsegmente, S. 23f.). Für die Bedeutung von Emotionen in der Geschichte im Allgemeinen vgl. Ute Frevert; Anne Schmidt: Geschichte, Emotionen und die Macht der Bilder. In: Geschichte und Gesellschaft 37:1 (2001), S. 5-25.

die Überzeugung, dass in La Esmeralda 300, in El Cajón 200 und in El Tetuán 100 Konservative bereit stünden, um gemeinsam die *cabecera municipal* anzugreifen.<sup>861</sup> Die sich auflehnenden *chaparralunos* wiederum befürchteten, dass der Pfarrer in San Antonio bis zu 3000 konservative Zivilisten mobilisieren würde, um Chaparral einzunehmen.<sup>862</sup> Um sich gegen die eventuellen Angriffe durch Anhänger der Konservativen Partei wehren zu können, zielten die rebellierenden Liberalen darauf, sich zu bewaffnen. Aquimín Vélez berichtete, dass am 9.4.1948 und den Folgetagen in Chaparral „alle bewaffnet waren [und] sogar Schulkinder Dynamitstangen und Macheten auf der Straße trugen“.<sup>863</sup> Auch in Ibagué warnten die *dirigentes liberales* davor, in der Wachsamkeit nachzulassen, denn das „konservative Gesindel (*turbas conservadoras*)“ könnte jederzeit die Stadt angreifen.<sup>864</sup> Der liberale Anwalt Germán Torres Barreto sagte ebenso über das Gerücht aus, dass „die Konservativen, 3000 an der Zahl, bis an die Zähne bewaffnet, auf Ibagué vorrückten, um die Liberalen zu vernichten“.<sup>865</sup>

Die aufständischen Liberalen in Armero äußerten ebenfalls ihre Sorge, dass eine konservative Konterattacke aus den umliegenden Dörfern bevorstünde: Konservative Milizen unter Führung von Benjamín Espinosa, so die Gerüchte, würden die Stadt aus Süden und aus Westen angreifen.<sup>866</sup> Lucio Pirabán bestritt zwar, zusammen mit Antonio Molina, dem berühmt-berüchtigten *dirigente conservador* Osttolimas, der den Ruf hatte, vor dem Einsatz von Gewalt nicht zurückzuschrecken, einen großangelegten Gegenangriff geplant zu haben.<sup>867</sup> Allerdings bestätigte Pirabán, dass in den Tagen der liberalen Revolte im April 1948 ein solches Gerücht in Andalucía (Cunday) umging und er daher um sein Leben gefürchtet hatte.<sup>868</sup>

---

<sup>861</sup> „TSI, SN 1395 contra Evangelista Cruz et al. por Rebelión“ (AHJT/1.4/2/128/3/29).

<sup>862</sup> „TSI, Proceso Número 6522 contra Celico Cedeño et al. por Asonada“ (AHJT/1.4/2/127/1/27v). S. auch Medina Resistencia Campesina, S. 248.

<sup>863</sup> „TSI, Proceso Número 6522 contra Celico Cedeño et al. por Asonada“ (AHJT/1.4/2/127/1/155).

<sup>864</sup> „J9IC, SN 1-I en Averiguación de Responsables por Delitos contra el Régimen Constitucional y la Seguridad Interior del Estado“ (APJI/37).

<sup>865</sup> „TSI, SsN contra Lisandro E. Carvajal et al. por Rebelión“ (APJI/125v, 164v)

<sup>866</sup> „Alcaldía Municipal de Armero (AMA), SN 207 contra Camilo Leal Bocanegra y otros por Delitos contra la Seguridad Interior des Estado en Conexidad con los Comunes de Homicidio, Robo y Daño en Cosa Ajena“ (AHJT/1/1/4/1/88, 136v).

<sup>867</sup> Vgl. Eusebio Prada: Zeitzeugeninterview, 14.5.1982 (APMM).

<sup>868</sup> „TSI, SsN contra Marcos Giraldo Parra et al. por Delito contra la Autonomía Personal, Secuestro, Asonada, Incendio e Inviolabilidad de Domicilio“ (APJI/14, 70).

Die öffentliche Zurschaustellung von Fotos in Andalucía, die Anhänger der Liberalen Partei zeigten, die in Santander von konservativen Zivilisten und *chulavitas* getötet worden waren, erhöhte das Gewaltpotenzial gegen die konservativen Bewohner der Gemeinde.<sup>869</sup> Die Bilder führten den Liberalen, im wahrsten Sinne des Wortes, vor Augen, was ihnen (und ihren Familien) drohte, sollte es zu dem befürchteten Angriff konservativer Milizen kommen. Teile der Aufständischen in Ibagué bedienten sich ebenfalls des Bildes der Traditionsparteien als zwei antagonistische, nicht miteinander vereinbare politische Einheiten, indem sie die Bürgerkriege des ausgehenden 19. Jahrhunderts evozierten. Emilio Rico verfasste nach eigenen Angaben am 10.4.1948 ein Gedicht zu Ehren des getöteten Gaitán, das er über einen der besetzten Radiosender der Öffentlichkeit verbreitete. Nach seinem Aufruf, den hinterhältigen Mord an Gaitán zu rächen („*lo mataron por la espalda más lo habremos de vengar*“) rief er seinen Zuhörern das Bild des liberalen Heerführers aus Tolima, Tulio Varón, in Erinnerung, der die liberalen Truppen in der *Guerra de los Mil Días* Ende des 19. Jahrhunderts angeführt und den Rang eines Generals bekleidet hatte<sup>870</sup>:

Unter den Stimmen der Macheten  
Wird die Ebene erneut erschüttert  
Getrübt durch die Beklommenheit  
Erklingt die Stimme des Metalls  
Tulio Varón und seine Kriegsscharen  
Erwachen erneut  
Die Ebene schreit: Krieg!  
Und die Berge verlangen: Sieg!  
[...] denn Tolima stand immer  
In Bereitschaft, in die Schlacht zu ziehen.<sup>871</sup>

Aufgrund der unverhohlenen Unterstützung von Teilen der Katholischen Kirche für die Konservative Partei und deren politisches Programm waren unter den liberalen Aufständischen, die den politischen Gegner allein entlang des *social cleavage* „Parteizugehörigkeit“ definierten und in der Zugehörigkeit zu der Konservativen Partei den einzigen Differenzmarker sahen, auch antiklerikale Stimmen zu vernehmen. Viele Anhänger der Liberalen Partei waren sich bewusst, dass

<sup>869</sup> Ebenda, f. 62v.

<sup>870</sup> Für die Rolle von Tulio Varón in der *Guerra de los Mil Días* vgl. Carlos Eduardo Jaramillo Castillo: *Tulio Varón. El Guerrillero de “El Paraíso”*. Ibagué 1987.

<sup>871</sup> Das Gedicht von Emilio Rico ist transkribiert in: „J9IC, SN 1-I en Averiguación de Responsables por Delitos contra el Régimen Constitucional y la Seguridad Interior del Estado“ (APJI/296).

Teile der Kirche die Politik der Konservativen Partei unterstützten – und das nicht immer nur passiv. Verstärkt wurde die antiklerikale Stoßrichtung des Aufstandes durch Nachrichten bzw. Gerüchte, denen zufolge Scharfschützen aus Gebäuden der Kirche auf die rebellierenden Liberalen feuern würden.<sup>872</sup>

In San Antonio wurde vor den Ereignissen im Zuge des 9.4.1948 berichtet, dass der Pfarrer der Gemeinde die lokalen Konservativen aktiv bei der Aufstellung von Parteimitilizen unterstützte.<sup>873</sup> Daher stürmten liberale Aufständische nach dem Attentat auf Gaitán die Kirche der Gemeinde, da sie davon ausgingen, dass „der Hurensohn von Pfarrer unter den Gewändern der Heiligenstatuen Waffen versteckt hatte, um die Liberalen zu töten“.<sup>874</sup> Ebenso riefen sie dazu auf, nicht nur die Mitglieder der Konservativen Partei, sondern auch den Pfarrer zu töten. Dieser war sich durchaus der Gefahren für seine Person bewusst, denn sobald er von dem Attentat auf Gaitán erfahren hatte, flüchtete er unerkannt aus der Stadt.<sup>875</sup> Auch in Ibagué kam es zu vereinzelten Gewaltaufrufen gegen Kleriker. Der *dirigente conservador* Ramón Collazos gab zu Protokoll, dass in den über die besetzten Radios ausgestrahlten Reden zur Tötung von *godos* aufgerufen worden sei. Die Zuhörer seien in gleicher Weise dazu angehalten worden, „zu den Häusern der Pfarrer zu gehen“.<sup>876</sup> Aus den Reihen der Aufständischen wurden Forderungen laut, die Priester und andere Kleriker zu töten, denn diese, so die Argumentation der Redner, würden Bomben sowie Hieb- und Stichwaffen besitzen, die gegen die Anhänger der Liberalen Partei eingesetzt werden sollten.<sup>877</sup>

Solche Gerüchte über die Lagerung von Waffen durch Kleriker bildeten den Hintergrund für den einzigen Mord an einem Kleriker im Zuge des Aufstandes liberaler Parteimitglieder im April 1948 – dem Mord an dem Pfarrer Pedro M. Rodríguez in Armero.<sup>878</sup> Dieser habe schon in der Vergangenheit gegen Mitglieder der Liberalen Partei agitiert, wie Decio Emilio Acosta Rivas zu Protokoll gab.<sup>879</sup> Luis Aguirre beobachtete, wie sich die liberalen Aufständischen am 10.4.1948 vor

<sup>872</sup> Sánchez: Revolución, S. 86.

<sup>873</sup> Ebenda, S. 87.

<sup>874</sup> So zitierte der ermittelnde Beamte die Aufständischen (vgl. „TSI, SN 1395 contra Evangelista Cruz et al. por Rebelión“ [AHJT/1.4/2/128/3/38]).

<sup>875</sup> Ebenda, f. 7, 9, 43.

<sup>876</sup> „J9IC, SN 1-I en Averiguación de Responsables por Delitos contra el Régimen Constitucional y la Seguridad Interior del Estado“ (APJI/27v).

<sup>877</sup> Ebenda, f. 368.

<sup>878</sup> Henderson: History, S. 121f.; Sánchez: Revolución, S. 84ff.

<sup>879</sup> „AMA, SN 207 contra Camilo Leal Bocanegra y otros por Delitos contra la Seguridad Interior des Estado en Conexidad con los Comunes de Homicidio, Robo y Daño en Cosa Ajena“ (AHJT/1/1/4/1/98).

der Kirche des Ortes versammelten und behaupteten, der Pfarrer besitze Bomben, um diese gegen den *pueblo* einzusetzen.<sup>880</sup> Nachdem Schüsse aus den Gebäuden auf die Aufständischen abgefeuert worden waren, offenbar hatten sich konservative Bürger der Stadt in der Kirche verschanzt, versuchten ungefähr 100 mit Macheten bewaffnete Aufständische, den Kleriker festzusetzen. Im Zuge eines Handgemenges innerhalb der Gruppe, die Ramírez abführen wollte, und nach Aufrufen, den verhassten Kleriker zu töten, wurde der Pfarrer erschlagen.<sup>881</sup>

### 2.1.2 Die Reaktionen gemäßigter Liberaler auf den Mord an Gaitán

Parallel zu den Aufständen radikalisierte Anhänger Gaitáns formierte sich der Widerstand gegen die konservative Regierung in den Reihen als gemäßigt zu bezeichnender Vertreter der Liberalen Partei. Hochrangige liberale Politiker waren sich der potentiellen Erschütterungen für das politische System bewusst, welche der Mord an Gaitán nach sich ziehen konnte. Um den Protest zu kanalisieren und den sich spontan zusammenfindenden liberalen Parteianhängern nach Maßen eine politische Führung zu geben, bildeten sich wie im ganzen Land auch in Tolima *Juntas Revolucionarias*, welche vielerorts die politischen Autoritäten absetzten und, zumindest für einige Tage, die politische Führung übernahmen. In erster Linie waren gemäßigte, freiberuflich tätige und in der Gesellschaft etablierte Vertreter der Liberalen Partei wie Anwälte oder selbstständige Handwerker – Pécaut nennt sie „nicht-revolutionär“<sup>882</sup> – Mitglieder dieser Juntas. Diese zielten auf die Rückkehr der Liberalen Partei an die Macht, strebten aber keine grundlegenden Änderungen des politischen Systems an und stellten nicht die Keimzelle einer neuen popularen Macht dar.<sup>883</sup> Die Mitglieder der *Juntas Revolucionarias* bemühten sich, Ausschreitungen, Plünderungen und Brandschatzungen, zu denen es nicht nur in Bogotá kam, zu verhindern.

Als das Zentrum des liberalen Protestes gegen die Regierung Ospina Pérez wegen des tödlichen Attentats auf den liberalen Parteivorsitzenden in Tolima muss

---

<sup>880</sup> Bei einer Durchsuchung der Kirche und des Pfarrhauses am Tag zuvor waren allerdings keinerlei Waffen gefunden worden (ebenda, f. 2, 33).

<sup>881</sup> Ebenda, f. 4ff, 59. Sánchez betont, dass die Tötung eines Klerikers unter Zeitgenossen einen nicht zu rechtfertigenden Tabubruch ohne Gleichen darstellte (Revolución, S. 85). Den Mord an dem Pfarrer nahm Armando Moreno Sandoval zum Anlass, am 64. Jahrestag der Ermordung Gaitáns eine Erzählung der Ereignisse am 10.4.1948 in Armero *online* zu veröffentlichen (Armando Moreno Sandoval: Armero y el bogotazo del 9 de abril. Muerte del párroco Pedro María Ramírez. Unter: <http://letrasenelojo.blogspot.de/2012/04/armero-10-de-abril-de-1948-muerte-del.html> [Zugriff: 15.6.2012]).

<sup>882</sup> Pécaut: Orden y Violencia, S. 541.

<sup>883</sup> Vgl. ebenda.

Ibagué bezeichnet werden.<sup>884</sup> Die *Junta Revolucionaria* in der Hauptstadt Tolimas bildeten exponierte liberale Politiker<sup>885</sup> wie Ernesto Lucena Bonilla (Kongressabgeordneter für die Legislaturperiode 1947-1949), Germán Torres Barreto (ehemaliger Vorsitzender der *Asamblea del Tolima* sowie des *concejo de Ibagué* und Vorsitzender des *Directorio Liberal Departamental*) sowie Felipe Salazar Santos.<sup>886</sup> Julio Ernesto Salazar Trujillo, Angestellter der Stadt Ibagué, führte die Entscheidung, eine *Junta Revolucionaria* zu gründen, auf den Wunsch zurück, dem *pueblo* verantwortungsbewusste Führungspersonen voranzustellen.<sup>887</sup>

Der Umstand, dass sich hochrangige liberale Politiker in der Junta organisierten, verleitete Ramón Collazos, Mitglied des *Directorio Conservador Departamental*, diese mit dem offiziellen Führungsgremium der Liberalen Partei in Tolima gleichzusetzen.<sup>888</sup> Und auch der Gouverneur París Lozano unterstützte „in gewissen Punkten die Rebellierenden“, wie es Londoño Botero ausdrückt.<sup>889</sup> Diese in den späteren Ermittlungen beklagte Unterstützung des Gouverneurs für die Aufständischen ergab sich aus der spezifischen politischen Situation in der Hauptstadt Tolimas Ibagué, nachdem die *Unión Nacional* im Vormonat zerbrochen war. Mit der Entscheidung von Ospina Pérez, eine homogen konservative Regierung zu bilden, stand París Lozano als Angehöriger der Liberalen Partei am 9.4.1948 vor seiner Abberufung als Gouverneur Tolimas. Der kurz vor seinem Amtsantritt stehende neue konservative Gouverneur hatte für den 9.4.1948 bereits eine entsprechende Erklärung vorbereitet.<sup>890</sup> Dessen ungeachtet befand sich París Lozano an besagtem Tag offiziell noch in Amt und Würden, sodass er mit Fug und Recht gegenüber den *dirigentes liberales* erklären konnte, dass er – und nur er – der verfassungsmäßige Gouverneur Tolimas sei. Somit müsse kein liberaler Aufständischer den Rücktritt der Exekutive fordern, um einen Repräsentanten

---

<sup>884</sup> Londoño Botero: Varela, S. 505.

<sup>885</sup> Die Angeklagten bestritten dessen ungeachtet, dass sich in Ibagué überhaupt eine *Junta Revolucionaria* gebildet habe. Man habe zwar verbal die Gründung einer solchen Junta verkündet, diese sei aber zu keinem Zeitpunkt zusammengetreten, habe also de facto nie existiert (vgl. stellvertretend „J9IC, SN 1-I en Averiguación de Responsables por Delitos contra el Régimen Constitucional y la Seguridad Interior del Estado“ [APJI/276, 289v]; „TSI, SsN contra Lisandro E. Carvajal et al. por Rebelión“ [APJI/279]).

<sup>886</sup> „J9IC, SN 1-I en Averiguación de Responsables por Delitos contra el Régimen Constitucional y la Seguridad Interior del Estado“ (APJI/270, 297, 331).

<sup>887</sup> Ebenda, f. 52.

<sup>888</sup> „TSI, SsN contra Lisandro E. Carvajal et al. por Rebelión“ (APJI/29).

<sup>889</sup> Londoño Botero: Varela, S. 505. S. auch Ramsey: Modern Violence, S. 171, 195; Henderson: History, S. 120.

<sup>890</sup> „J9IC, SN 1-I en Averiguación de Responsables por Delitos contra el Régimen Constitucional y la Seguridad Interior del Estado“ (APJI/14).

der Liberalen Partei an der Spitze der Exekutive zu wissen<sup>891</sup> – im Gegensatz zu vielen anderen *departamentos*, denen konservative Gouverneure vorstanden oder in denen es nach dem Bruch der Koalitionsregierung bereits zum Amtswechsel gekommen war. Auf der engen Zusammenarbeit des Gouverneurs mit den Mitgliedern der *Junta Revolucionaria* – París Lozano bestätigte und legitimierte als offizieller Amtsinhaber deren Entscheidungen – basierte die Klage, der Gouverneur habe mit den Aufständischen gemeinsame Sache gemacht.<sup>892</sup>

Die Streitkräfte unterstellt sich dem Gouverneur. Sie folgten damit ihrer patriotischen, parteipolitisch neutralen Eigenwahrnehmung, die sie weder als liberal noch als konservativ, weder links noch rechts, sondern kolumbianisch und als Verteidiger der kolumbianischen Bürgerschaft sah.<sup>893</sup> Ebenso verhielt sich die *Policía Nacional, División Tolima*, in der ungeachtet der zunehmenden parteipolitischen Instrumentalisierung der Polizeikräfte in anderen Landesteilen starke Sympathien mit der Liberalen Partei auszumachen waren.<sup>894</sup> Insbesondere Polizeibeamte, weniger Angehörige der Streitkräfte, sahen sich, ähnlich wie París Lozano, dem Vorwurf ausgesetzt, nicht die legitimen politischen Autoritäten unterstützt, sondern sich den Aufständischen angeschlossen zu haben. Die Sympathie für die Liberale Partei bei vielen Beamten der *Policía Nacional* und der *Policía Municipal* habe sich in antikonservativen Äußerungen, der Verteilung von Dienstwaffen an Zivilisten sowie der Beteiligung an Angriffen auf Konservative geäußert, so die ermittelnden Beamten.<sup>895</sup> Als Argument für die Klage, die *Policía*

<sup>891</sup> Ebenda, f. 17, 21.

<sup>892</sup> Ebenda, f. 29v, 62v, 64v, 79v; „TSI, SsN contra Lisandro E. Carvajal et al. por Rebelión“ (APJI/79).

<sup>893</sup> Die Selbstwahrnehmung der Streitkräfte während des Untersuchungszeitraums als parteipolitisch neutral wurde in Aussagen wie denen des Verteidigungsministers Ramírez Moreno deutlich. Er betonte 1961, dass er als Vertreter der Streitkräfte seine Vorschläge zur Bekämpfung der verbliebenen Gewaltkollektive nicht als „Militärstrategie [sondern] einfach als [über die Gewaltintensität] entsetzter Bürger“ mache („Reunión de Orden Público Febrero 7 de 1961 Acta“ [AGN/FMI/SDM/22/205/30-44, hier: 42]).

<sup>894</sup> „J9IC, SN 1-I en Averiguación de Responsables por Delitos contra el Régimen Constitucional y la Seguridad Interior del Estado“ (APJI/21f, 62v). Die Verteidiger der des Aufstandes Angeklagten nutzten in den späteren Untersuchungen den Umstand, dass sich diese nicht gegen den amtierenden Vertreter der Exekutive aufgelehnt hatten, um den Vorwurf der *Rebelión* und der *Delitos contra el Régimen Constitucional* zu entkräften („TSI, SsN contra Lisandro E. Carvajal et al. por Rebelión“ [APJI/252, 295]).

<sup>895</sup> „J9IC, SN 1-I en Averiguación de Responsables por Delitos contra el Régimen Constitucional y la Seguridad Interior del Estado“ (APJI/27, 51, 164, 178, 193v, 221ff, 226, 229, 234, 336v). Die in den späteren Ermittlungen beschuldigten Polizeibeamten bestritten, wie zu erwarten war, die Vorwürfe und verwiesen darauf, den legitimierten Amtsinhaber unterstützt zu haben (vgl. ebenda, f. 21f, 121f, 161f, 349, 381; „TSI, SsN contra Lisandro E. Carvajal et al. por Rebelión“ [APJI/78f, 273]).

*Nacional* habe die Rebellierenden unterstützt, diente weiterhin der Umstand, dass der Polizeioffizier Lizarralde mit der Organisierung der aufständischen Liberalen in Milizen, das heißt der Formierung einer *policía cívica*, beauftragt worden war.<sup>896</sup>

In anderen Ortschaften wurden ebenfalls alternative Formen politischer Herrschaft in Form von *Juntas Revolucionarias* gebildet, die sich darum bemühten, den Protest und die Empörung der Anhänger Gaitáns zu kanalisieren. Aus Ibagué, wo durchaus hochrangige liberale Politiker die *Junta Revolucionaria* bildeten, wurde versucht, die Aufstände der Anhänger Gaitáns im gesamten *departamento* durch die Einrichtung einer *Junta Revolucionaria del Tolima Seccional Ibagué* zu koordinieren und ein gemeinsames Vorgehen sicherzustellen.<sup>897</sup>

Ähnlich wie in Ibagué bildeten auch in Mariquita „exponierte Persönlichkeiten des Liberalismus“ die *Junta Revolucionaria*, die sich ungeachtet des tragischen Ereignisses in Bogotá um die Beibehaltung der öffentlichen Ordnung sorgten.<sup>898</sup> Rafael Ballesteros Velásquez, der *Rebelión* beschuldigt, betonte in den Vernehmungen diese Sichtweise und strich die Sorge der aufständischen Liberalen um Ruhe und Ordnung heraus. Er antwortete auf die Frage des Richters, der die Ereignisse in Mariquita untersuchte, ob er wisse, warum er vorgeladen wurde:

Ja, mein Herr, weil ich als Liberaler dem Volk meine Dienste geleistet habe, weil ich dazu beitrag, die Ordnung zu wahren und die öffentlichen Interessen zu schützen, wie in dem Post- und Telegraphenamt, wo ich meinen Dienst leistete.<sup>899</sup>

Eloina Galindo, Angestellte des Postamtes in Ibagué, zeichnete in ihrer Aussage ebenfalls das Bild des koordinierten und geordneten Protestes gegen das Attentat auf Gaitán. Sie bezeugte, dass die Aufständischen, die ihre Arbeitsstätte besetzt hatten, „sehr höflich“ im Umgang mit ihr und ihren Kollegen waren und nicht einen chaotischen Mob darstellten, wie gemeinhin angenommen wurde.<sup>900</sup>

In San Antonio bemühten sich ebenfalls wohl situierte Bürger, die sich zu der Liberalen Partei bekannten, Ausschreitungen zu unterbinden. Die von ihnen gebildete *Junta Revolucionaria* habe, nach Aussage von Nepomuceno Gutiérrez, dem

<sup>896</sup> „J9IC, SN 1-I en Averiguación de Responsables por Delitos contra el Régimen Constitucional y la Seguridad Interior del Estado“ (APJI/120ff, 161)

<sup>897</sup> Sánchez: Revolución, S. 62. In den Unterlagen der Prozesse, die den Aufständen folgten, finden sich allerdings keine Belege dafür, dass diese angestrebte supralokale Koordination auch Effekte auf der Handlungsebene gezeitigt hätte.

<sup>898</sup> „TSI, SN 6233 contra Daniel Palomo et al. por Rebelión“ (AHJT/2/3/18/2/9).

<sup>899</sup> Ebenda, f. 24v.

<sup>900</sup> „J9IC, SN 1-I en Averiguación de Responsables por Delitos contra el Régimen Constitucional y la Seguridad Interior del Estado“ (APJI/393).

Ziel gedient, eigenständige Aktionen der „*exaltados*“ und Übergriffe von diesen zu verhindern.<sup>901</sup> Jorge Vélez, Angestellter der *Federación Nacional de Cafeteros* in Chaparral, ernannte sich zum *Inspector Civil y Militar* und übernahm im Zuge der Ermordung Gaitáns die politische Führung in Rioblanco, einem der späteren Zentren bewaffneter liberaler Widerstandsgruppen in Südtolima.<sup>902</sup> Unterstützt wurde er bei der Organisierung der Aufständischen von Jorge Vargas und dessen Sohn Hermógenes, der in den 1950er Jahren als General Vencedor die liberalen Widerstandsgruppen in Südtolima anführen sollte.<sup>903</sup> Armando Siachoque, führernder *gaitanista* in der Region Chaparral, wurde nach der Absetzung der offiziellen politischen Autoritäten zum *alcalde popular* der Ortschaft ernannt.<sup>904</sup>

Die Mitglieder der *Juntas Revolucionarias*, die sich in Tolima im Zuge der Ermordung Gaitáns bildeten, waren sich der Polarisierung im politischen Feld zwischen der Liberalen und Konservativen Partei (*sectarismo*) bewusst. Sie fürchteten, wie oben skizziert wurde, nicht ohne Grund, dass sich die Trauer radikalisierter Anhänger Gaitáns in gewaltsame An- und Übergriffe auf Konservative übersetzen würden. París Lozano bemühte sich darum, konservative und somit gefährdete Regionalpolitiker wie den Kämmerer der Ortschaft Villahermosa, der sich in Ibagué befand, in Sicherheit zu bringen, sobald er Nachricht von den Ereignissen in Bogotá bekommen hatte.<sup>905</sup> Das Junta-Mitglied Lucena Bonilla gewährte Rafael Dávila, dem Vorsitzenden des *Directorio Conservador Departamental*, Schutz in seinem Privathaus, als dessen Heim von Aufständischen attackiert wurde.<sup>906</sup> Der liberale Lokalpolitiker Roberto Escobar, Präsident des *concejo* der Gemeinde Mariquita, stellte dem konservativen Parteimitglied Jorge Gómez González sein Haus zur Verfügung, um ihm Schutz vor drohenden Angriffen von liberalen Aufständischen zu geben.<sup>907</sup>

---

<sup>901</sup> „TSI, SN 1395 contra Evangelista Cruz et al. por Rebelión“ (AHJT/1.4/2/128/3/25v).

<sup>902</sup> „Tribunal Superior Militar (TSM), Proceso Número 5178 contra Jorge Vélez por Asonada y otro“ (APJI/3).

<sup>903</sup> Sánchez: Revolución, S. 92.

<sup>904</sup> „TSI, Proceso Número 6522 contra Celico Cedeño et al. por Asonada“ (AHJT/1.4/2/127/1/118v); s. auch Carlos Arango Z.: FARC Veinte Años de Marquetalia a La Uribe. Bogotá 1984, S. 171; Medina Resistencia Campesina, S. 248. Siachoque war einer der Unterzeichner der Einladung an Gaitán, die Gemeinde Chaparral besuchen, damit diese „öffentlich ihre Sympathien [für Gaitán, L. R.] zeigen“ konnte (Jornada, 18.2.1947, „El Liberalismo de Chaparral Invita al Doctor Gaitán“).

<sup>905</sup> „J9IC, SN 1-I en Averiguación de Responsables por Delitos contra el Régimen Constitucional y la Seguridad Interior del Estado“ (APJI/298v).

<sup>906</sup> Ebenda, f. 14v.

<sup>907</sup> „TSI, SN 6233 contra Daniel Palomo et al. por Rebelión“ (AHJT/2/3/18/2/22).

Um die der Konservativen Partei zugehörigen Einwohner vor den befürchteten Angriffen von radikalen Anhängern Gaitáns zu schützen, befahlen die *Juntas Revolucionarias* oftmals, die Konservativen in den örtlichen Gefängnissen, die aufgrund ihrer Bauweise ein Mindestmaß an Schutz vor physischen Angriffen boten, in Gewahrsam zu nehmen. Jorge Vélez, der selbsternannte *Inspector Civil y Militar* in Rioblanco, ließ alle Konservativen des Ortes festnehmen.<sup>908</sup> Auch die Aufständischen in Armero wollten die Mitglieder der Konservativen Partei durch die Unterbringung in den Räumlichkeiten des Gefängnisses vor Angriffen bewaffneter liberaler Aufständischer schützen.<sup>909</sup> Ebenfalls zu ihrem Schutz nahmen die liberalen Aufständischen in Osttolima, in ihrer Mehrheit *gaitanistas*, die konservativen Bürger fest und gewährten ihnen, wie ein Zeitzeuge betonte, „großartige Sicherheiten“<sup>910</sup>

In Mariquita bemühten sich die Mitglieder der *Junta Revolucionaria*, Attacken auf die der Konservativen Partei angehörigen Bürger der Gemeinde in Nordtolima und kriminell motivierte Verbrechen zu verhindern. Der Bürgermeister teilte dem Ermittlungsrichter mit, die Maßnahmen der *Junta Revolucionaria* hätten verhindert, dass es zu gewöhnlichen Verbrechen wie „Raub, Hinterhalten, Vergewaltigungen [...], Brandstiftungen, Zerstörung [...] oder] Mord“ gekommen sei. In der Stadt in Nordtolima hätten „verantwortungsbewusste und besonnene Liberale“ die Konservativen festgenommen, um sie vor „exaltados und Fanatikern“ zu schützen.<sup>911</sup> Jorge Gómez González, einer der festgesetzten Konservativen, drückte in seiner Aussage vor Gericht seinen „aufrichtigen Dank für das Verhalten der liberalen Herren gegenüber mir und den anderen Konservativen“ aus, die für ihren Schutz und ihr Wohlbefinden während der turbulenten Tage im April 1948 gesorgt hatten. Er hatte keinerlei Vorwürfe gegen die liberalen Aufständischen vorzubringen, zumal diese die konservativen Häftlinge später persönlich mit den eigenen Autos zu ihren Wohnhäusern brachten, nachdem die *Junta Revolucionaria* aufgelöst worden war.<sup>912</sup>

Die Mitglieder der Konservativen Partei, die zu ihrem Schutz festgesetzt werden sollten, begaben sich allem Anschein nach meist freiwillig in die Obhut der gemäßigten Aufständischen, die sie oftmals schon seit langer Zeit kannten. Carlos Botero aus San Antonio gab zu Protokoll, dass er widerstandslos und „unmit-

<sup>908</sup> „TSM, Proceso Número 5178 contra Jorge Vélez por Asonada y otro“ (APJI/3, 5).

<sup>909</sup> „AMA, SN 207 contra Camilo Leal Bocanegra y otros por Delitos contra la Seguridad Interior des Estado en Conexidad con los Comunes de Homicidio, Robo y Daño en Cosa Ajena“ (AHJT/1/1/4/1/81, 95).

<sup>910</sup> González Arias; Marulanda Alvarez: Historias, S. 162f.

<sup>911</sup> „TSI, SN 6233 contra Daniel Palomo et al. por Rebelión“ (AHJT/2/3/18/2/9).

<sup>912</sup> Ebenda, f. 22v.

telbar dem Haftbefehl nachkam“, als ihm mitgeteilt wurde, dass er auf Befehl der *Junta Revolucionaria* verhaftet werden sollte.<sup>913</sup> Angesichts der tumultartigen Zustände in der Stadt blieb Alfonso Londoño Mejía mit Parteifreunden freiwillig bis zum 17.4.1948 in Gewahrsam der *Junta Revolucionaria*.<sup>914</sup> Der Umstand, dass Lisimaco Parra in Mariquita von dem selbsternannten *alcalde civil y militar* die Erlaubnis erhielt, das Gefängnis zu verlassen, um seine kranke Mutter aufzusuchen, verdeutlicht den eher schützenden und weniger repressiven Charakter der Festnahmen konservativer Bürger im April 1948.<sup>915</sup>

Die *dirigentes liberales* der *Juntas Revolucionarias* in Tolima bemühten sich, den Protest der Liberalen Partei gegen den Mordanschlag auf Gaitán zu artikulieren und zu kanalisieren. Gleichzeitig wollten sie die öffentliche Ordnung wahren, zumal sich ihre Partei als Partei der Freiheit und der demokratischen Rechte verstand. Der politische Widersacher hingegen sah in ihr, wie bereits ausführlich dargestellt wurde, eine Ansammlung von Subversiven, amorphen Feinden der öffentlichen Ordnung und Barbaren. Dieser Propaganda wollten sie keine Argumente an die Hand geben – oder wie es die Mitglieder der *Junta Revolucionaria* in Mariquita ausdrückten: „Es musste gezeigt werden, dass Mariquita ein zivilisiertes Dorf war“<sup>916</sup> und kein Hort liberaler Barbarei, wie konservative Politiker immer wieder unterstellten.

Salazar Santos befürwortete es, dass sich die Angehörigen der Liberalen Partei auf den Straßen Ibagué versammelten, um ihrer Wut und Trauer Ausdruck zu verleihen. Er verurteilte aber, mit Blick auf Brandstiftungen und die Zerstörung der in Ibagué angesiedelten konservativen Tageszeitung *El Derecho*, die Ausschreitungen, zu denen sich liberale Aufständische hinreißen ließen.<sup>917</sup> Lucena Bonilla gab an, gegen Aufständische eingeschritten zu sein, die Geschäfte konservativer Besitzer plünderten. Er forderte sie im Namen des toten Gaitán auf, von ihrem Vorhaben abzusehen, denn „die Liberale Partei ist keine [Partei] von Dieben“.<sup>918</sup> Einer seiner Mitstreiter wurde bei dem Versuch, den Raub zu verhindern, durch eine Kugel schwer verletzt und fast getötet.<sup>919</sup> Auch Felipe Salazar Santos ging physisch gegen Aufständische vor, die einen Laden im Zentrum von

---

<sup>913</sup> „TSI, SN 1395 contra Evangelista Cruz et al. por Rebelión“ (AHJT/1.4/2/128/3/7).

<sup>914</sup> Ebenda, f. 9v.

<sup>915</sup> „TSI, SN 6233 contra Daniel Palomo et al. por Rebelión“ (AHJT/2/3/18/2/39).

<sup>916</sup> Ebenda, f. 19.

<sup>917</sup> „J9IC, SN 1-I en Averiguación de Responsables por Delitos contra el Régimen Constitucional y la Seguridad Interior del Estado“ (APJI/128v).

<sup>918</sup> Ebenda, f. 299vf.

<sup>919</sup> Ebenda, f. 262v.

Ibagué plünderten, denn er fürchtete die Delegitimierung und Diskreditierung der liberalen Bewegung.<sup>920</sup> José Ignacio Suárez und Germán Torres Barreto schritten gegen rebellierende Liberale ein, welche die Kathedrale und das Pfarrhaus mit Steinen bewarfen, da sie der Meinung waren, „dies bedeutete, einer politischen Bewegung zu schaden“. Torres Barreto wandte sich an die Gruppe und sprach sich gegen „Plünderungen [...] Raub [und...] Vandalismus“ aus.<sup>921</sup>

Da die Wahrung der öffentlichen Ordnung als das zentrale Anliegen der *Juntas Revolucionarias* nicht allein durch das persönliche, individuelle Einschreiten von *dirigentes liberales* sichergestellt werden konnte, organisierten die *Juntas* Freiwilligenverbände, die im zeitgenössischen Sprachgebrauch *guardias* oder *policías cívicas* genannt wurden. Auch in Ibagué verfolgte die Aufstellung einer *policía cívica* das Ziel, die öffentliche Ordnung zu wahren, die Aufständischen zu organisieren und diese von ihrem eigenständigen Handeln auf der Straße abzubringen, ergo sie unter Kontrolle zu halten.<sup>922</sup> So wie die *Juntas Revolucionarias* von verantwortungsbewussten und gemäßigten liberalen Politikern gebildet wurden, stellten Ladenbesitzer und Händler das Gros der *policía cívica* in Ibagué, das heißt Personen, die ein persönliches Interesse an der Unterbindung von Raubzügen und Ausschreitungen hatten.<sup>923</sup>

Als Lucena Bonilla von Plünderungen der Läden konservativer Bürger in Ibagué erfuhr, schlug auch er die Organisierung von „bekannten Leuten“, von deren Aufrichtigkeit man überzeugt sein könne, in einer Miliz vor, um weitere Übergriffe zu unterbinden.<sup>924</sup> París Lozano, am 9.4.1948 noch amtierender Gouverneur Tolimas, legitimierte die *guardia cívica* durch ein entsprechendes Dekret, welches das von der Miliz zu verfolgende Ziel festlegte: sie sollte die staatlichen Sicherheitskräften unterstützen und dazu beitragen, „die Ordnung zu wahren“.<sup>925</sup> Auch gegenüber Eusebio Cortes, einem Offizier der Streitkräfte, rechtfertigte París Lozano die Formierung der *policía cívica* als Maßnahme, die Aufständischen unter Kontrolle zu bringen und Ausschreitungen zu verhindern.<sup>926</sup>

---

<sup>920</sup> Ebenda, f. 273v, 323.

<sup>921</sup> „TSI, SsN contra Lisandro E. Carvajal et al. por Rebelión“ (APJI/170).

<sup>922</sup> „J9IC, SN 1-I en Averiguación de Responsables por Delitos contra el Régimen Constitucional y la Seguridad Interior del Estado“ (APJI/262v, 349); „TSI, SsN contra Lisandro E. Carvajal et al. por Rebelión“ (APJI/2v).

<sup>923</sup> „J9IC, SN 1-I en Averiguación de Responsables por Delitos contra el Régimen Constitucional y la Seguridad Interior del Estado“ (APJI/378v).

<sup>924</sup> Ebenda, f. 298v.

<sup>925</sup> Ebenda, f. 161.

<sup>926</sup> Ebenda, f. 63.

Vicente Iglesias betonte ebenfalls, dass die liberalen Aufständischen in San Antonio darum bemüht gewesen seien, die öffentliche Ordnung und Ruhe aufrechtzuerhalten. Zwar hätten sich viele Personen an den Folgetagen des 9.4.1948 auf den Straßen der Ortschaft befunden, aber nicht um zu plündern oder zu brandschatzen, sondern zum „Schutz des Dorfes“.<sup>927</sup> Jorge Trujillo Vargas setzte als Anführer der *policía cívica* in Armero die seinem Kommando unterstehenden Milizionäre ein, um das örtliche Elektrizitätswerk vor der Zerstörung durch Aufständische zu schützen. Und Salvador González Maldonado gab an, für den Dienst an einem Checkpoint der von Trujillo Vargas kommandierten *guardia cívica* rekrutiert worden zu sein.<sup>928</sup>

Die Einrichtung von *policías cívicas* aus den Reihen der gemäßigten liberalen Aufständischen zur Wahrung der öffentlichen Ordnung stellte insofern eine Notwendigkeit dar, da die regulären staatlichen Sicherheitskräfte nur in bedingtem Maße ihren Aufgaben nachkommen konnten. Am Tage des Mordes an Gaitán befanden sich in der Hauptstadt des *departamento* Tolima weniger als 30 Polizisten im Dienst, die gegen die Masse liberaler Aufständischer wenig ausrichten konnten. Die nach dem Bruch der *Unión Nacional* in die Welt gesetzten Gerüchte, nach denen die angestrebte rein konservative Regierung das gesamte Personal der *Policía Nacional* entlassen würde oder aber die *Asamblea del Tolima* als Maßnahme der *Resistencia Civil* die Gehälter extrem kürzen würde, hatten dazu geführt, dass viele Beamte der Polizei ihren Dienst quittierten. Die wenigen verbleibenden Kräfte der *Policía Nacional* wurden des Weiteren von gezielten Aktionen gegen die Aufständischen abgehalten, da sie sich gegen den Angriff konservative Angestellter des lokalen Gefängnisses, dem *Panóptico*, erwehren mussten.<sup>929</sup>

Auch in anderen Städten Tolimas sah sich die Polizei nicht imstande, die Aktionen der aufständischen Liberalen effektiv zu unterbinden. In Armero zogen sich die Polizeibeamten in die Polizeikaserne zurück, nachdem es zu versuchten Lynchmorden an Polizisten gekommen war, die Angriffe auf die Häuser konservativer Eigentümer unterbinden wollten.<sup>930</sup> Jorge Galindo, ein in Armero stationierter Polizeibeamter, sagte aus, „wegen der gewalttätigen Haltung [...] einer

<sup>927</sup> „TSI, SN 1395 contra Evangelista Cruz et al. por Rebelión“ (AHJT/1.4/2/128/3/37v).

<sup>928</sup> „AMA, SN 207 contra Camilo Leal Bocanegra y otros por Delitos contra la Seguridad Interior des Estado en Conexidad con los Comunes de Homicidio, Robo y Daño en Cosa Ajena“ (AHJT/1/1/4/1/141v, 146v).

<sup>929</sup> „J9IC, SN 1-I en Averiguación de Responsables por Delitos contra el Régimen Constitucional y la Seguridad Interior del Estado“ (APJI/121, 132ff, 271v).

<sup>930</sup> „AMA, SN 207 contra Camilo Leal Bocanegra y otros por Delitos contra la Seguridad Interior des Estado en Conexidad con los Comunes de Homicidio, Robo y Daño en Cosa Ajena“ (AHJT/1/1/4/1/32v).

großen Menge unbekannter Personen“ keinerlei polizeiliche Maßnahmen wegen des Mordes an dem örtlichen Pfarrer unternommen zu haben.<sup>931</sup> Angesichts der Zahl von Aufständischen besaß der Bürgermeister der Stadt Mariquita die Besonnenheit, den Rückzug der örtlichen Polizei zu befehlen, bevor er von den Aufständischen zum Rücktritt gezwungen wurde, „um schwerwiegende Konsequenzen oder Blutvergießen zu vermeiden“.<sup>932</sup> Somit konnten die staatlichen Sicherheitskräfte auch in der Kleinstadt Nordtolimas nicht effektiv gegen die Aufständischen vorgehen.

Die Versorgung der Aufständischen mit Nahrungsmitteln war neben der Formierung der *Juntas Revolucionarias* sowie der Aufstellung von *policías cívicas* eine weitere Maßnahme, die öffentliche Ruhe und Ordnung zu wahren und Plünderungen zu verhindern. An einem Freitag vor dem sonntäglichen Markttag befanden sich bereits viele *campesinos* in den urbanen Zentren wie Ibagué. Um die Landbevölkerung zu versorgen und eine Art Suppen- oder Volksküche organisieren zu können, sammelte der Schatzmeister der *Junta Revolucionaria* in Ibagué Geldspenden bei Besitzern von Gastronomiebetrieben sowie Einzelhandelsgeschäften. Andere Unterstützer der Aufständischen stellten belegte Brote und Getränke zur Verfügung.<sup>933</sup> Ähnlich gingen die Widerstand leistenden Liberalen in Armero vor: Mario Durán Calle verneinte die Frage, ob er „von der Existenz irgendeiner Junta oder eines revolutionären Komitees wisse“, das in der Stadt existiert habe. Er gab an, nur Kenntnis von einer Junta zu haben, die „Essensvorräte an die Leute verteilt“, von anderweitigen Zusammenschlüssen habe er nicht erfahren.<sup>934</sup>

Wie deutlich geworden ist, rekrutierten sich die *Juntas Revolucionarias*, welche die *policías cívicas* organisierten, aus dem gemäßigten Flügel der liberalen Aufständischen. Dieser wollte in erster Linie die öffentliche Ordnung wahren. Darum war er bemüht, der Entpolitisierung der Widerstands- und Protestbewegung entgegenzuwirken, indem er Plünderungen und andere Ausschreitungen zu verhindern suchte. Insbesondere in ihrem maßvollen Verhältnis und ausgleichendem Umgang mit den konservativen Bürgern der jeweiligen Gemeinde unterschieden sich die gemäßigten liberalen Aufständischen von den radikalierten Teilen der Liberalen Partei, die sich durch eine starke antikonservative Ausrichtung (*sectarismo*) aus-

<sup>931</sup> Ebenda, f. 56.

<sup>932</sup> „TSI, SN 6233 contra Daniel Palomo et al. por Rebelión“ (AHJT/2/3/18/2/6).

<sup>933</sup> „TSI, SsN contra Lisandro E. Carvajal et al. por Rebelión“ (APJI/181ff.); „J9IC, SN 1-I en Averiguación de Responsables por Delitos contra el Régimen Constitucional y la Seguridad Interior del Estado“ (APJI/314v, 350).

<sup>934</sup> „AMA, SN 207 contra Camilo Leal Bocanegra y otros por Delitos contra la Seguridad Interior des Estado en Conexidad con los Comunes de Homicidio, Robo y Daño en Cosa Ajena“ (AHJT/1/1/4/1/152).

zeichneten. Dessen ungeachtet konnte der gemäßigte Teil der liberalen Aufständischen vor dem Hintergrund des Machtzuwachses des radikalen Flügels der Konservativen Partei auch nicht die Nachrichten falsifizieren, die besagten, dass sich konservative Milizen bildeten und einen Gegenangriff auf die Zentren des liberalen Widerstandes planten. Gemäßigte Vertreter der Liberalen waren sich bewusst, dass erstens Teile der Konservativen Partei, wie die *laureanistas*, zunehmend auf die Gewalt als Mittel in den politischen Auseinandersetzungen setzten und dass dieser Flügel zweitens, zunehmend seit den Legislativwahlen 1947, an Gewicht und Bedeutung gegenüber dem gemäßigten Ospina Pérez gewonnen hatte.<sup>935</sup>

Die Möglichkeit, dass sich radikalisierte Konservative gewaltsam gegen die Liberalen zur Wehr setzten, war nicht von der Hand zu weisen. Denn die Liberalen wurden von ihnen als amorph und chaotisch betrachtet, was sie in den Augen der Konservativen am 9.4.1948 und an den Folgetagen unter Beweis stellten. Die *Juntas Revolucionarias* befahlen, um sich auf alle Eventualitäten vorzubereiten, Razzien und Beschlagnahmungen von Waffen, die sich in den Händen konservativer Bürger befanden. Auch bei diesem Unterfangen achteten die Repräsentanten des gemäßigten Flügels des liberalen Aufstandes auf ein geordnetes und formal korrektes Vorgehen – im Gegensatz zu der Bewaffnung durch Plünderungen, wie es die Radikalen taten.<sup>936</sup>

In Chaparral wurden die Razzien von der in der Gemeinde in Südtolima etablierten *Junta Revolucionaria* schriftlich befohlen. Um Zerstörungen während der Durchsuchung des Ladens von Sergio Pérez zu vermeiden und das Betreten durch Unbefugte zu verhindern, wurden Wachposten am Eingang des Ladenlokals postiert. Wie Primitivo Arce Cárdenas hervorhob, seien besagte schriftliche Befehle unabdingbare Voraussetzung für die Suche nach Waffen und deren Beschlagnahmung gewesen.<sup>937</sup> Die liberalen Aufständischen in San Antonio begründeten gegenüber Carlos Botero die Durchsuchung seines Ladens mit dem schriftlichen Befehl der *Junta Revolucionaria*, den sie bei sich trugen. Für die beschlagnahmten Macheten, Munition und Schießpulver stellten sie ihm Quittungen aus, welche die Zahl der sichergestellten Gegenstände auswiesen.<sup>938</sup> Ebenso wurden in

---

<sup>935</sup> Henderson: Modernization, S. 302.

<sup>936</sup> „J9IC, SN 1-I en Averiguación de Responsables por Delitos contra el Régimen Constitucional y la Seguridad Interior del Estado“ (APJI/161v).

<sup>937</sup> „TSI, Proceso Número 6522 contra Celico Cedeño et al. por Asonada“ (AHJT/1.4/2/127/1/37, 49, 89f.). Zwei Exemplare derartiger schriftlicher Durchsuchungsbefehls der *Junta Revolucionaria* in Mariquita befinden sich in: „TSI, SN 6233 contra Daniel Palomo et al. por Rebelión“ (AHJT/2/3/18/2/38f.).

<sup>938</sup> „TSI, SN 1395 contra Evangelista Cruz et al. por Rebelión“ (AHJT/1.4/2/128/3/7v, 11). Ein Exemplar einer solchen Quittung, welche die Beschlagnahmung von Waffen bzw. von als

Mariquita Dynamit sowie andere Sprengstoffe beschlagnahmt. Auch hier stellten die aufständischen Liberalen den Besitzern der beschlagnahmten Gegenstände Belege über die Konfiszierung derselben aus.<sup>939</sup>

Durch ihr betont formales Vorgehen bei den Durchsuchungen und Razzien wollten sich die *Juntas Revolucionarias* ungeachtet ihres politisch-demokratisch nicht legitimierten Charakters einen Hauch von Rechtmäßigkeit geben – bei einigen Hausdurchsuchungen in San Antonio war sogar der Polizeibeamte Juan Barrios anwesend, was dem Vorgehen der Aufständischen in noch stärkerem Maße einen offiziellen Charakter verlieh.<sup>940</sup> Ungeachtet der Versuche, die Hausdurchsuchungen zu koordinieren und geordnet durchzuführen, kam es oftmals zu Diebstählen und Zerstörungen von fremdem Besitz. Justo Arce berichtete, dass rebellierende und mit Hausdurchsuchungen beauftragte Liberale auf seiner *finca* von den Angestellten fünf Hühner und zwei Schweine einforderten, denn „den Moment der Verwirrung ausnutzend wollten sie sich der Gegenstände bedienen, die nicht für die *revolución* zu gebrauchen waren“.<sup>941</sup>

María Fernando Cubillos de López berichtete, dass zwei der Personen, die mit der Durchsuchung ihres Hauses beauftragt worden waren, sich gegenseitig ermunterten, einige Kleidungsstücke mitzunehmen, obwohl sie Waffen suchten, denn „der Ruf, Diebe zu sein, werde ihnen so oder so gewiss sein“.<sup>942</sup> Auch an anderen Orten zeigten Aufständische, die mit der Suche nach Waffen und als solche einzusetzenden Gegenständen beauftragt worden waren, nur ein rudimentär ausgeprägtes Pflichtgefühl. Personen wie Gerardina Salazar beklagten die Form, in der die Razzien durchgeführt worden waren. Sie zeigte an, dass Jaime Arias, Francisco Robayo und Marco Tulio Ramos während der Durchsuchung ihres Hauses in San Antonio diverse Möbelstücke vorsätzlich zerstörten. Der Versuch, die Geschädigte mit der Aussage zu beschwichtigen, die *Junta Revolucionaria* komme für die entstandenen Schäden auf, zeugt von einem gewissen Maß an mangelndem Verantwortungsbewusstsein der mit der Razzia beauftragten Personen.<sup>943</sup>

Die von den Razzien Geschädigten, das heißt die Personen, die beschlagnahmte Gegenstände nach dem Aufstand nicht zurückerhielten, nahmen denn auch die *Juntas Revolucionarias*, welche die Razzien – sogar schriftlich – befohlen hatten,

---

Waffen zu verwendenden Werkzeugen bestätigt, befindet sich in: „TSM, Proceso Número 5178 contra Jorge Vélez por Asonada y otro“ (APJI/2).

<sup>939</sup> „TSI, SN 6233 contra Daniel Palomo et al. por Rebelión“ (AHJT/2/3/18/2/9, 43).

<sup>940</sup> „TSI, SN 1395 contra Evangelista Cruz et al. por Rebelión“ (AHJT/1.4/2/128/3/25v).

<sup>941</sup> „TSI, SN 6233 contra Daniel Palomo et al. por Rebelión“ (AHJT/2/3/18/2/43v).

<sup>942</sup> „TSI, SN 1395 contra Evangelista Cruz et al. por Rebelión“ (AHJT/1.4/2/128/3/15).

<sup>943</sup> Ebenda, f. 23.

in die Pflicht. Ricardo Galvis reichte dem ermittelnden Richter eine Liste der aus seinem Besitz entwendeten Gegenstände ein und erklärte, dass seiner Meinung nach „die Mitglieder des revolutionären Kommandos, die das nicht statthafte Vorgehen befohlen hatten, für die Missbräuche und Diebstähle haften müssen“.<sup>944</sup>

## 2.2 Die polarisierenden Tendenzen im Raum des Politischen nach dem *nueve de abril*

Auch wenn die Regierung Ospina Pérez nach den landesweiten Erhebungen nach dem tödlichen Attentat auf Gaitán im April 1948 erneut eine Regierung mit Beteiligung der Liberalen Partei bildete, gestaltete sich die friedliche Betätigung im politischen Feld in der Folge zunehmend schwieriger. Die Ermordung Gaitáns stellte einen Katalysator des Gewaltgeschehens in Kolumbien dar, dessen Anfänge in dem Regierungswechsel 1946 lagen.<sup>945</sup> Der Mord, den liberale Parteigänger der Konservativen Partei und der Regierung Ospina Pérez anlasteten, verdeutlichte diesen die Bereitschaft von einigen konservativen Politikern, Gewalt für politische Zwecke einzusetzen und ihre politische Machtstellung zu verteidigen – so wie es die Diskurse von Vertretern der Liberalen Partei mit der Wahrnehmung ihres politischen Widersachers als faschistisch und reaktionär vorausgesagt hatten.

Die Mitglieder der *Junta Revolucionaria* in Ibagué sahen den Mord an Gaitán als Teil einer bereits mehr als ein Jahr zuvor begonnenen konservativen Offensive und Gewaltkampagne gegen die Mitglieder der Liberalen Partei. Felipe Salazar Santos betonte gegenüber dem ermittelnden Richter, dass die Liberale Partei bereits vor dem Mord an Gaitán „in verschiedenen Regionen des Landes unnachgiebig und blutig verfolgt worden war, es Hunderte von Opfern gegeben hatte und die Liberalen ihren Besitz und ihre Heimstätten hatten verlassen müssen“.<sup>946</sup> Carlos Augusto Vargas Cuéllar verurteilte die Legitimierung von Attentaten (*atentado personal*) als Mittel in politischen Aushandlungen, die „in einer bestimmten Presse Karriere gemacht hatte“, womit er auf *El Siglo* im Besitz von Laureano Gómez anspielte, und die in dem Mord an Gaitán gemündet hätten.<sup>947</sup> Ähnlich argumentierte Eduardo Camacho Nieto:

Ich glaube, dass der Grund für all diese Ereignisse [die Aufstände liberaler Parteianhänger nach dem Attentat auf Gaitán, L. R.] in den Kampagnen liegt, die der Konservatismus aus seinen Presseorganen heraus und durch seine Repräsentanten vorantreibt, welche die

---

<sup>944</sup> „TSI, SN 6233 contra Daniel Palomo et al. por Rebelión“ (AHJT/2/3/18/2/37).

<sup>945</sup> Casas: Guerrilla, S. 102.

<sup>946</sup> „J9IC, SN 1-I en Averiguación de Responsables por Delitos contra el Régimen Constitucional y la Seguridad Interior del Estado“ (APJI/276).

<sup>947</sup> Ebenda, f. 291.

*acción intrépida* sowie den *atentado personal* predigen und die Parole *sangre y fuego* herausgeben.<sup>948</sup>

Der *procurador municipal* von Ibagué, Carlos Arturo Rubio, kritisierte die leichtfertig formulierten Klagen gegen die in Ibagué an den Protesten gegen den Mord an Gaitán beteiligten Personen wegen *Rebelión* und *Delitos contra el régimen constitucional*. Die Ereignisse seien seiner Ansicht nach der Ausdruck „der Nonkonformität eines Volkes hinsichtlich des Verbrechens als System, dessen Ergebnis der Mord an dem bekannten Bürger [Gaitán, L. R.] war“.<sup>949</sup> Auch die Strafverteidiger der Angeklagten plädierten dafür, die politischen Rahmenbedingungen bei der Beantwortung der Frage zu berücksichtigen, ob die Aufstände Verbrechen gegen die verfassungsmäßige Ordnung des Landes darstellten.<sup>950</sup> Angesichts der „unnachgiebigen Verfolgung der Liberalen in allen Provinzen des Landes [und der Tatsache, dass] ganze Dörfer entvölkert worden waren, weil die Bewohner die Flucht ergreifen mussten, um sich vor der Verfolgung zu retten“<sup>951</sup>, habe nach Ansicht des Anwalts Alvarez Molina eine „bewaffnete Erhebung seine Begründung, seinen Vorwand, wenn nicht sogar seine Rechtfertigung“ gehabt. Der Anwalt bestritt naturgemäß, dass seine Klienten jemals derartiges im Sinn gehabt hätten.<sup>952</sup>

Die von Liberalen angezettelten Aufstände und Absetzungen politischer Autoritäten wiederum verstärkten innerhalb der Konservativen Partei die Überzeugung, dass mit Politikern aus der Liberalen Partei keine in ihren Augen ernsthafte und verantwortungsvolle Politik zu betreiben war. Die Einrichtung von *Juntas Revolucionarias* entsprach der Annahme unter weiten Teilen der Konservativen Partei, dass die Liberalen genuin subversiv und verfassungsfeindlich eingestellt waren. Dionisio Arango Ferrer, ein konservativer Hardliner, der nach dem 9.4.1948 zum Gouverneur Antioquias ernannt wurde, reichte im November 1948 seinen Rücktritt ein. Von Ospina Pérez aufgefordert, die Liberale Partei im Rahmen der *Unión Nacional* an der Regionalregierung zu beteiligen, war er davon überzeugt, dass der liberale Koalitionspartner nicht die notwendige Aufrichtigkeit

<sup>948</sup> Ebenda, f. 304v. Eine parallele Argumentation findet sich in den Aussagen von Ismael Santofimio Trujillo (f. 307vf.), Erberto Riveros (f. 330v) und Simón de la Pava (f. 376f.). Letzterer veröffentlichte Jahrzehnte nach den Ereignissen einen Zeitzeugenbericht, der den gesamten Zeitraum der *Violencia* abdeckt (Simón de la Pava Salazar: *Este es mi testimonio*. Ibagué 1991).

<sup>949</sup> „TSI, SsN contra Lisandro E. Carvajal et al. por Rebelión“ (APJI/248).

<sup>950</sup> Ebenda, f. 253.

<sup>951</sup> Ebenda, f. 272.

<sup>952</sup> Ebenda, f. 254.

unter Beweis stellen würde, um die angestrebten politischen Ziele der Regierung Ospina Pérez zu verfolgen.<sup>953</sup>

Gonzalo París Lozano, der den Aufständischen in Ibagué sehr nahe gestanden hatte, wurde von Ospina Pérez nicht wie vorgesehen von einem Mitglied der Konservativen Partei, sondern einem Offizier der Streitkräfte, Oberst Hernando Herrera, abgelöst. Die Streitkräfte galten in der zweiten Hälfte der 1940er Jahre als (partei-)politisch neutral und Herrera bezog auch Vertreter der Liberalen Partei in sein Kabinett mit ein – wenn er auch den Anteil konservativer Amtsinhaber erhöhte.<sup>954</sup> Chaparral und Armero blieben die einzigen Gemeinden in Tolima, in denen liberale Bürgermeister im Rahmen der politischen Reorganisierung nach den das politische System erschütternden Apriltagen 1948 ernannt wurden.<sup>955</sup>

Die nach wie vor vorhandenen bzw. sich im Laufe der Zeit steigernden Spannungen zwischen den Traditionsparteien auf der nationalstaatlichen Ebene wirkten sich auch auf die regionale Ebene in Tolima aus, obwohl die Personen- und Sachschäden in Tolima während der Aufstände nach der Ermordung Gaitáns im Vergleich zu anderen Orten wie Bogotá vergleichsweise gering ausgefallen waren. Auch der Umstand, dass die Regierung Ospina Pérez von Repressionsmaßnahmen gegen die rebellierenden Liberalen in Tolima absah, konnte nicht verhindern, dass die politische Atmosphäre in dem zentralkolumbianischen *departamento* angespannt und von Misstrauen geprägt blieb.<sup>956</sup>

In dem Maße, wie die Distanz und die Differenzen zwischen der Liberalen und der Konservativen Partei auf der nationalstaatlichen Ebene in Bogotá wuchsen, wurden auch die Beziehungen zwischen den Angehörigen der Traditionsparteien auf der regionalen Ebene in Tolima schwieriger. Vor dem Hintergrund der sich zunehmend konflikträchtiger gestaltenden politischen Situation und der *Dichotomisierung der sozialen Realität* stellten die anstehenden Wahltermine besonders gewaltaffine Momente des politischen Mit- bzw. Gegeneinanders von Mitgliedern beider Parteien dar.<sup>957</sup>

Parallel zu den Debatten, die in Bogotá um eine Reform der Wahlgesetzgebung und die Überprüfung der *cédulas* geführt wurden, entzündeten sich auch in Tolima

<sup>953</sup> „Carta al Excelentísimo Señor Doctor Mariano Ospina Pérez“ (AGN/PR/DSM/81/7/1-6). S. auch Henderson: History, S. 125.

<sup>954</sup> Henderson: History, S. 125ff.

<sup>955</sup> Medina: Resistencia Campesina, S. 247.

<sup>956</sup> Henderson: History, S. 125f.

<sup>957</sup> Holden verweist darauf, dass Wahlen, gerade in einem klientelistischen politischen System, wie es im Kolumbien der 1940/50er Jahre gegeben war, Räume eröffnen, um Loyalitäten und Gehorsam gegenüber der Partei und den sie repräsentierenden *caciques* zu beweisen. Damit bergen Wahlen zugleich ein großes Gewaltpotenzial (Armies, S. 20, 32ff.).

politische Konflikte zwischen Konservativer und Liberaler Partei entlang der für 1949 anstehenden Wahlen bzw. deren Vorbereitung. Nur wenige Monate nach den liberalen Aufständen, im Oktober 1948, scheiterte die Sitzung der Wahlkommission (*jurado electoral*) in Piedras daran, dass der mit der Öffnung der Räumlichkeiten beauftragte liberale *secretario* Abel Rodríguez unauffindbar war, nachdem er sein Erscheinen den Mitgliedern der Kommission kurz zuvor noch persönlich angekündigt hatte. Es wurde berichtet, dass sich Rodríguez gegenüber einem anderen Angestellten der Stadtverwaltung unflätig über die Mitglieder der Wahlkommission geäußert habe.<sup>958</sup> Auch wenn der *jurado electoral* auf andere Räume für die geplante Sitzung ausweichen konnte, erhitzte die folgende Absetzung des *secretario* nach seiner Pflichtverletzung durch die Wahlkommission die Gemüter. In der folgenden Nacht leistete Rodríguez offenbar nicht mehr nur *zivilen Widerstand* ohne den Einsatz physischer Gewalt, sondern bediente sich anderer, rabiateerer Mittel. In der Nacht wurde das Wohnhaus des Mitglieds der Wahlkommission Darío Polanía durch eine Dynamitexplosion teilweise zerstört. Die Bewohner des Hauses gaben vor Gericht an, Hochrufe auf die Liberale Partei gehört zu haben, während die Bombe deponiert wurde. Sie beschuldigten den zuvor entlassenen *secretario* Abel Rodríguez, das Bombenattentat verübt zu haben.<sup>959</sup>

Die Präsidentschaftswahl im November 1949, in der Gómez zum neuen Präsidenten Kolumbiens bestimmt wurde, stellte einen Wendepunkt in der Genese der *Violencia* dar.<sup>960</sup> Gómez war erst Mitte des Jahres aus dem spanischen Exil, in das er sich nach dem *Bogotazo* begeben hatte, nach Kolumbien zurückgekehrt. Als die *Dirección Nacional Liberal* die Kandidatur von Darío Echandía für die Präsidentschaftswahl im November 1949 wegen der ausufernden Gewalt gegen ihre Anhängerschaft zurückzog, wurde die Möglichkeit, eine Präsidentschaft Gómez' durch einen liberalen Wahlsieg zu unterbinden, obsolet. Als Ospina Pérez auch noch den landesweiten Ausnahmezustand verhängte, der die Schließung der legislativen Körperschaften auf unbestimmte Zeit implizierte, sahen sich die Liberale Partei und ihre Gefolgschaft der Möglichkeiten zur politischen Einflussnahme im institutionellen und somit friedlichen Rahmen beraubt.

Das Ziel, die Wahl Gómez' zum Präsidenten zu verhindern, wurde nicht nur nicht revidiert, sondern die Notwendigkeit, diese zu unterbinden, wurde durch

<sup>958</sup> „TSI, SN 155 en Averiguación Responsables por Delito contra la Salud e Integridad Colectiva“ (APJI/16).

<sup>959</sup> Die vage formulierte Klage und teilweise zweifelhaften Indizien gegen Abel Rodríguez führten nicht zu seiner Verurteilung. Die Ermittlungen verblieben ohne weitere Ergebnisse, sodass das Verfahren im Juli 1960 endgültig eingestellt wurde (vgl. „TSI, SN 155 en Averiguación Responsables por Delito contra la Salud e Integridad Colectiva“ [APJI/1ff, 14f, 20, 43]).

<sup>960</sup> Pardo Rueda: Historia, S. 480.

die stetig aggressiver werdenden Diskurse vonseiten liberaler Politiker noch unterstrichen. Die Wahrnehmung des konservativen Präsidentschaftskandidaten als Bewunderer des spanischen Diktators Franco und die ihm unterstellten Ziele, ein falangistische Regime in Kolumbien einrichten zu wollen, förderten die zunehmende Gleichsetzung der Liberalen Partei und der *patria*, die es vor dem *Emissär des Diktators Spaniens* zu schützen galt. Bei den Präsidentschaftswahlen im November 1949 stand für die Liberale Partei das Ziel im Vordergrund, die Wahl des konservativen Hardliners Laureano Gómez unter allen Umständen zu verhindern.

Nicht zuletzt war es die Führungsspitze der Liberalen Partei, welche die Intervention der Streitkräfte forderte und von der das Gerücht über einen bevorstehenden Militäraufstand mit der Liberalen Partei sympathisierender Offiziere der Streitkräfte ausging.<sup>961</sup> So wie liberale Spitzenpolitiker mit einem Militäraufstand die Möglichkeit sahen, durch gezieltes gewalttäiges Eingreifen den politischen Kurs des Landes zu steuern, versuchten Mitglieder der Liberalen Partei auf der regionalen Ebene, die absehbaren politischen Entwicklungen gewaltsam zu unterbinden. Die Radikalisierung liberaler Parteiangehöriger spiegelte sich in dem Brief des liberalen Lokalpolitikers Luis Alberto Rojas an den *dirigente liberal* Rafael Caicedo Espinosa aus dem Juli 1949 wider. Vor der Verkündung des landesweiten *Estado de Sitio* sah er zwar noch die theoretische Möglichkeit eines Wahlsieges der Liberalen Partei, fügte aber hinzu, dass der „liberale Generalstab eine Entscheidung X [sic!] treffen muss, wenn die konservative Gewalt uns zu siegen verhindert“.<sup>962</sup> Vorausahnend, dass gewaltsame Auseinandersetzungen zwischen den Anhängern der Traditionsparteien unausweichlich werden würden, stellte die Führung der Liberalen Partei in seinen Augen das Oberkommando eines militärischen Zusammenschlusses dar.

Knapp vier Monate später, im November 1949, als die Präsidentschaftswahlen, zu denen die Liberale Partei nicht mehr antrat, vor der Tür standen, bekannte Avelino Copabán, Gefolgsmann von Luis Alberto Rojas, gegenüber anderen Anhängern der Liberalen Partei, dass „wir [die Liberalen, L. R.] uns im Krieg befinden“.<sup>963</sup> In diesem Kriegszustand, wie er es sah, sperzte Copabán einen Tag vor der Wahl, am 26.11.1949, zusammen mit anderen Bewaffneten die Straße, die von dem Weiler Monte Grande in die *cabecera municipal* Alvarado führte, wo sich die Wahlurnen zur Stimmabgabe befanden. Gemeinsam setzten sie vier kon-

---

<sup>961</sup> Pécaut: Orden y Violencia, S. 580; Varela Mora; Romero Picón: Amaneceres, S. 188.

<sup>962</sup> Der Brief ist enthalten in: „TSI, SsN contra Avelino Copabán et al. por Delito contra el Sufragio“ (APJI/12-13v).

<sup>963</sup> „TSI, SsN contra Avelino Copabán et al. por Delito contra el Sufragio“ (APJI/2).

servative Bürger mit Waffengewalt fest, um zu verhindern, dass diese am Wahltag in Alvarado ihre Stimme für den Kandidaten der Konservativen Partei Laureano Gómez abgeben konnten.<sup>964</sup>

In Osttolima, wo kommunistische Gruppierungen und vor allem *gaitanistas* über erheblichen politischen Einfluss verfügten, waren sich konservative Wähler der Gefahren bewusst, wenn bewaffnete Liberale ihnen bei der Stimmabgabe auflauerten. Ananias Rodríguez wusste, dass er und seine Gefährten, alleamt konservative Parteimitglieder aus Mundo Nuevo in der Gemeinde Cunday, Gefahr liefen, ihr Leben zu verlieren, sollten sie ihre Stimme in dem mehrheitlich von Liberalen bewohnten Dorf La Aurora abgeben. Sie hatten allerdings die im zweiten Teil der Arbeit beschriebene Bedeutung eines konservativen Wahlsieges für die Zukunft der *patria* verinnerlicht, welche die konservative Parteiführung betonte. Rodríguez zufolge „mussten wir jedwede Schwierigkeit überwinden und jedwedes Opfer zum Wohle unserer Mission (*nuestra causa*) auf uns nehmen“.<sup>965</sup> Bereits mehrere Tage vor dem Wahltag waren sie unter Führung von Octavio Peña Sarmiento, dem *cacique conservador* des Dorfes, nach San Bernardo im benachbarten *departamento* Cundinamarca ausgewichen, um dort am 27.11.1949 ihre Stimmen abgeben zu können. Wohl nicht zu Unrecht fühlten sie sich von der liberalen Bevölkerung des Ortes bedroht, denn bereits zuvor waren Morddrohungen gegen sie geäußert worden, zumal weiterhin von Gruppen bewaffneter Liberaler in der Region berichtet wurde.<sup>966</sup>

Andere Zeugen hingegen zeichneten ein weitaus weniger friedfertiges Bild der Konservativen als das einer Gruppe, die um jeden Preis ihren staatsbüürgerlichen Pflichten nachkommen wollte. Die Wähler seien nach Aussage von Belarmina Acosta mit Hochrufen auf die Konservative Partei und ihren Kandidaten Laureano Gómez aus San Bernardo zurückgekehrt. Weiterhin hätten die konservativen Parteigänger, wie Acosta zu Protokoll gab, die mehrheitlich liberale Bevölkerung des Dorfes mit Schüssen aus Waffen provoziert, die *chulavitas* den konservativen Wählern verkauft hatten.<sup>967</sup>

In jedem Fall hatte die Gruppe konservativer Parteigänger der selbst auferlegten Verpflichtung für ihre *causa* nachkommen und für Gómez wählen können. Auf dem Rückweg aus San Bernardo wurden sie jedoch bei der Ankunft in Mundo Nuevo von fast 80 Liberalen unter Führung von Ramón Rodríguez

---

<sup>964</sup> Ebenda, 1ff.

<sup>965</sup> „Auditoría Principal de Guerra, Fuerzas Armadas, Ejército Nacional, Sexta Brigada (APG), SN 2676 contra Antonio Parra Diaz et al. por Homicidio y Robo“ (APJI/6).

<sup>966</sup> „APG, SN 2676 contra Antonio Parra Diaz et al. por Homicidio y Robo“ (APJI/3-8, 11, 58v, 78).

<sup>967</sup> „TSM, SsN contra Pablo Antonio Parra Diaz et al. por Homicidio y Robo“ (APJI/187v).

(alias Patillas) und Jorge Adelmo Peralta angegriffen.<sup>968</sup> Diese hatten bereits am Wahltag den konservativen Parteigängern, letzten Endes vergeblich, aufgelauert, nutzten aber deren Rückkehr, um sie mit Macheten, Revolvern und Schrotflinten anzugreifen.<sup>969</sup> Exponiertes Ziel des Angriffes war Peña Sarmiento, der von mindesten fünf Personen mit Hiebwaffen attackiert wurde. Schwerverletzt ließen die Angreifer ihn auf dem Boden liegen, um die Flüchtenden aus der Gruppe zu verfolgen; Peña Sarmiento wurde später getötet („rematado“). Dabei gingen die liberalen Angreifer mit äußerster Brutalität vor. Die mit der Bergung des Leichnams beauftragten Beamten protokollierten, dass dieser „vollständig entstellt war [...] und ihm die Gesichtshaut, [...] die Augen, Nase, Mund, Wangen und Ohren fehlten“. Dem Opfer platzierten die Täter seine *cédula*, die für die Stimmabgabe notwendiges Requisit gewesen war und in der die Stimmabgabe auch schriftlich festgehalten wurde, gut sichtbar auf dem Bauch.<sup>970</sup>

Die neuere Politik- und Gewaltforschung betont den kommunikativen Charakter von Gewalthandlungen, der neben ihre destruktiven Funktionen tritt. Peter Waldmann hat am Beispiel terroristischer Gewalt herausgearbeitet, dass physische (terroristische) Gewalt mitnichten nur auf Zerstörung und das Töten von Menschen zielt. Er streicht heraus, in welchem Maße Gewalt auch ein Kommunikationsmedium ist, das die von Münkler konzipierten *als interessiert unterstellten Dritten* mobilisieren soll. Demzufolge bezeichnet er Terrorismus als Kommunikationsstrategie.<sup>971</sup> Allerdings charakterisieren sich nicht nur terroristische Akteure dadurch, dass sie auf Gewalt als Form der kommunikativen Interaktion zurückgreifen. Duncan Baretta und Markoff weisen in ihrer Arbeit zu Gewalt in lateinamerikanischen Frontierregionen darauf hin, dass die Zurschaustellung der Verletzungsmächtigkeit im Sinne Popitz<sup>972</sup>, als Machtdemonstration, nicht nur bipolar zwischen dem Täter und dem Opfer erfolgt. Die durch Gewalt gezeitigten

<sup>968</sup> Rodríguez hatte, wie Julio Guerrero zu Protokoll gab, bereits am 9. April 1948 und Folgetagen die Aufstände der Anhänger Gaitáns in Mundo Nuevo angeführt („APG, SN 1140 contra Ramón Rodríguez et al. por Homicidio y Otros, Cuaderno #1“ [APJI/40]).

<sup>969</sup> „APG, SN 2676 contra Antonio Parra Diaz et al. por Homicidio y Robo“ (APJI/48, 63v, 76vf, 80).

<sup>970</sup> Ebenda, f. 2, s. auch 77. Die Grausamkeit und die moralische Verwerflichkeit, von welcher der Mord zeugte, verhinderte, dass die des Mordes Angeklagten in den Genuss der 1954 erlassenen Amnestie kamen (vgl. „TSM, SsN contra Pablo Antonio Parra Diaz et al. por Homicidio y Robo“ [APJI/230]).

<sup>971</sup> Vgl. einführend: Peter Waldmann: Das terroristische Kalkül und seine Erfolgsaussichten. In: Wolfgang Schluchter (Hrsg.): Fundamentalismus, Terrorismus, Krieg. Konstanz 2003, S. 87-109; vgl. für die als interessiert unterstellten Dritten Münkler: Gewalt und Ordnung, S. 164-167.

<sup>972</sup> Popitz: Phänomene, S. 69.

Erfolge müssen gewissermaßen von einem Publikum anerkannt werden, weshalb die Gewaltausübung oftmals in öffentlichen Räumen und somit weithin wahrnehmbar erfolgt. In diesem Sinne stellte die Gewalt ein Kommunikationsmedium dar, um die eigene militärische, soziale und politische Stärke mitzuteilen.<sup>973</sup>

Es ist davon auszugehen, dass den Zeitgenossen die symbolische Bedeutung der Platzierung der *cédula* auf der Leiche von Peña Sarmiento nicht entging. Indem die Täter das für die Stimmabgabe notwendige Dokument auf den getöteten politischen Widersacher legten, signalisierten sie den Grund für dessen Ermordung: Die Beteiligung an den Wahlen, bei denen nur der konservative Kandidat antrat, war das Motiv für die brutale Ermordung von Sarmiento gewesen. Ein Wahlsieg der Konservativen Partei bedeutete in den Augen der Anhänger der Liberalen Partei nicht weniger, als die *patria* ein Stück weiter an den Abgrund zu rücken, was um jeden Preis zu verhindern war. Die exzessiv grausame Art und Weise der Ermordung des Gefolgsmann der Konservativen Partei sollte dessen Umfeld wiederum warnen und die Botschaft verbreiten, dass die Liberalen noch handlungsfähig waren, auch wenn ihre Partei nicht zu den Präsidentschaftswahlen angetreten war. Den liberalen Einwohnern der Region, den *als interessiert unterstellten Dritten*, hingegen demonstrierte der brutale Mord, dass Widerstand gegen die konservativen Aggressionen möglich war, obgleich die Liberale Partei von der Teilhabe im institutionalisierten politischen Feld ausgeschlossen war.

In Südtolima konnten die staatlichen Sicherheitskräfte eine gefährliche Störung der politischen Abstimmung und einen Angriff auf die Gemeindepolizei am 27.11.1949 verhindern, als sie einen Tag vor dem Wahlgang Tiberio Acuña aus Chaparral verhafteten. In seinem Besitz wurde eine selbstgebaute Bombe gefunden, die er zur Selbstverteidigung hergestellt habe, denn, so gab er zu Protokoll, „man sagte, dass es Krieg geben würde“.<sup>974</sup> Der Sprengsatz richtete sich der Sprengsatz gegen im Militärjargon euphemistisch als „weiche Ziele“ bezeichnete Menschen. Dies war erkennbar an der Tatsache, dass Acuña im Gegensatz zu den Sprengsätzen in Bergbauunternehmen, wo er die Handhabung von Sprengstoffen gelernt hatte, der Bombe Schrauben und Schraubenmuttern hinzugefügt hatte. Für den Fall, dass der von der liberalen Parteiführung ausgerufene Generalstreik fehlgeschlug, sollte – so hatten die ermittelnden Beamten herausgefunden – die *Policía Municipal* angegriffen werden.<sup>975</sup> Damit wurde die Behauptung von Acuña, im Rahmen der Selbstverteidigung gehandelt zu haben, juristisch relativiert, verdeut-

<sup>973</sup> Duncan Baretta; Markoff: Civilization, S. 613ff.

<sup>974</sup> „TSI, SN 7850, contra Tiberio Acuña et al. por Delito contra la Salud y la Integridad Colectiva“ (AHJT/2/3/18/5/2v).

<sup>975</sup> Ebenda, f. 3.

lichte aber, wie Liberale die zeitgenössische politische Realität angesichts der bevorstehenden Präsidentschaft Gómez' deuteten. In den Augen von Acuña war die Verteidigung seiner Person gleichzeitig die Verteidigung der Liberalen Partei, die mit dem Wohl und der Zukunft der *patria* gleichgesetzt wurde.

Im Vorfeld der Präsidentschaftswahlen im November 1949 ermittelten die Strafverfolgungsbehörden im südlichen Tolima gegen unbekannte Personen, denen vorgeworfen wurde, liberale Parteigänger zu rekrutieren, um die konervative Bevölkerung der Gemeinde Roncesvalles anzugreifen und zu töten.<sup>976</sup> Die Befürchtungen, dass ein solcher Angriff auf die Bürger bzw. die staatlichen Sicherheitskräfte – wie die *Policía Municipal* in Chaparral – bevorstand, wurden dadurch genährt, dass seit dem Vormonat regelmäßig die Telegraphenleitung zu benachbarten Ortschaften, aus denen man im Notfall Verstärkung hätte anfordern können, zerstört wurden. Die ermittelnden Beamten waren sich gewiss, dass diese Sabotageakte Teil eines liberalen Komplotts gegen die Regierung waren. Den verdächtigen, in der Nähe der Telegraphenleitung wohnenden Misael Galvez fragten sie, warum er die Beschädigung nicht gemeldet habe, wenn er „keine böse Absichten“ gegenüber den politischen Autoritäten – wie einen Aufstand gegen die Vertreter der Regierung – habe.<sup>977</sup> Wie die Ermittler erfahren hatten, habe nur noch der Befehl des liberalen Kaziken der Region, Bernardino Piedrahita, ausgestanden, um die Telegraphenverbindung endgültig und dauerhaft zu zerstören.<sup>978</sup> In den Augen der Ermittler habe Galvez lediglich auf den bereits erwähnten und von Mitgliedern der Liberalen Partei evozierten „Marschbefehl, um in das rauhe Gefecht zu ziehen“, gewartet.<sup>979</sup>

Wie konfliktträchtig und potentiell gewaltsam sich die Beziehungen zwischen Liberalen und Konservativen gestalteten, verdeutlicht der Mord an dem Liberalen Pedro Salas in Santa Isabel Mitte 1949. Salas wurde an einem Samstagabend vor einer Kneipe in der Ortschaft erschossen, kurz nachdem er das Lokal verlassen hatte. Ihm war eine Gruppe von Personen gefolgt, die zuvor bekundet hatte, der Konservativen Partei anzugehören und die, so hatte man gehört, Streit mit Mitgliedern der Liberalen Partei suchte. Der Freund des Getöteten, Luis Herrera, gab zu Protokoll, nicht auf die Straße gegangen zu sein, um zu erfahren, was geschehen war, als er die tödlichen Schüsse hörte, weil:

---

<sup>976</sup> „TSI, SN 3450, contra Miseal Galvez et al. por Delito contra la Salud y la Integridad Colectiva“ (AHJT/2/4/24/2/3v).

<sup>977</sup> Ebenda, f. 4.

<sup>978</sup> Ebenda, f. 4.

<sup>979</sup> Vgl. La Opinión, 3.6.1949, „En Plena Batalla“.

wir unbewaffnet waren und sie alle [die Personen, die Salas gefolgt waren, L. R.] in ihrer Mehrheit Konservative sind und ich gehört habe, dass sie mit der Politik etwas streitsüchtig sind und dies hier im Dorf etwas Gefährliches ist.<sup>980</sup>

Offenbar wurde politische Betätigung nicht nur in den Reden hochrangiger Politiker der Traditionsparteien zunehmend mit kriegerischen Auseinandersetzungen in Beziehung gesetzt. Auch nachgeordnete Parteimitglieder auf der lokalen Ebene wussten, dass politische Differenzen leicht in physische und mitunter letale Gewaltakte umschlagen konnten.

In diesem Klima, in dem Angehörige der Liberalen und der Konservativen Partei davon absahen, sich in bestimmten Situationen unbewaffnet gegenüberzutreten, genügten oftmals kleinere Vorfälle, die zu einer Eskalation der Gewalt führten. Im Februar 1949 war ein zu Boden gefallener und beiseite getretener Hut in El Espinal der Auslöser für die Bildung eines Mobs mit Macheten bewaffneter liberaler Parteianhänger, der die der Konservativen Partei angehörigen Arbeiter Trifón Riaños und Saavedra verfolgte. Die Gruppe griff auch die Polizisten an, die intervenierten, als das Haus, in dem die Flüchtenden Schutz suchten, attackiert wurde. Die Ordnungshüter, die von den zahlenmäßig überlegenen Angreifern entwaffnet worden waren und die um ihr Leben fürchteten, sahen sich gezwungen, den Rückzug anzutreten und sich zu verstecken. Die Mitglieder der Liberalen Partei machten in ihrer Wut keinen Halt und griffen auch den Pfarrer tötlich an, der einem vermeintlich Sterbenden die Beichte abzunehmen versuchte, nachdem der Geistliche versucht hatte, die Gemüter der beteiligten Personen zu beruhigen.<sup>981</sup>

In San Antonio griffen liberale Bürger der Gemeinde das Haus des konservativen Bürgermeisters der Kleinstadt Héctor Silva Eslava nicht nur mit Steinen, sondern auch mit Schusswaffen an. Zwei Tage lang durchstreiften bewaffnete liberale Gruppen die Stadt, drohten dem Bürgermeister, dass er nur noch wenige Stunden zu leben habe, und griffen Einrichtungen der Stadtverwaltung sowie Immobilien im Besitz konservativer Parteigänger an. Der Bürgermeister sah sich nicht in der Lage, die öffentliche Ordnung wiederherzustellen, geschweige denn Ermittlungen wegen der Vergehen einzuleiten. Da die angeforderten Beamten der *Policía Nacional* noch nicht eingetroffen waren, konnte die Sicherheit der staatlichen Repräsentanten nicht garantiert werden. Silva Eslava sah sich gezwungen, ihm wohlgesonnene konservative Zivilisten ad hoc zu Hilfspolizisten zu ernennen und

<sup>980</sup> „TSI, SN 8795 contra Eliécer Forero Gil et al. por Homicidio“ (AHJT/1/5/29/4/11).

<sup>981</sup> „TSI, SN 5432 contra Rafael Trujillo Vanegas et al. por Lesiones Personales, Asonada y otros“ (AHJT/2/2/11/3/6f, 25).

sie mit der Bewachung der Telegraphenmasten zu beauftragen, um die vollständige Isolation der Gemeinde von der Außenwelt zu verhindern.<sup>982</sup>

Der Verlauf der Rebellion in San Antonio verdeutlicht aber auch, in welchem Maße die *Violencia* von den lokalen politischen Autoritäten abhängig war. Denn der oberste Vertreter der Exekutive auf der lokalen Ebene war, allem Anschein nach, nicht unbeteiligt an der Eskalation der Lage. Im Vorfeld hatte sich Silva Eslava regelmäßig mit radikalierten Konservativen getroffen, die in betrunkenem Zustand zu gewaltsauslösenden Aktionen gegen die liberalen Mitbürger aufriefen und von denen auch physische Angriffe auf Liberale ausgingen. Die Rekrutierung von *policías cívicos* aus Reihen der gewaltbereiten konservativen Bürger, die Silva Eslava bei der Erfüllung seiner Amtspflichten unterstützen sollten, bereitete den Liberalen der Gemeinde große Sorgen. Das Vorgehen des Bürgermeisters nährte die Gerüchte, dass er zusammen mit diesen einen Großangriff auf sein Dorf plane. Selbst Bürger der Gemeinde San Antonio, die wie der Bürgermeister der Konservativen Partei angehörten, missbilligten sein Verhalten und wollten ihn von seinem feindseligen Vorhaben abbringen.<sup>983</sup> In einer Bestandsaufnahme über den Fortschritt der Ermittlungen aus dem Jahr 1952 wurde bestätigt, dass das Verhalten von Silva Eslava den Aufstand der liberalen Bürger provoziert habe. Weiterhin konstatierten die Ermittler, dass er den Pflichten des ihm anvertrauten Postens als Bürgermeister nicht nachgekommen sei, sondern „die Haltung von einem kämpferischen politischen *dirigente* (*jefe político beligerante*) annahm“.<sup>984</sup>

Vor diesem Hintergrund war auch das schriftlich fixierte Friedensabkommen zwischen Liberalen und Konservativen der Gemeinde zum Scheitern verurteilt, das nur wenige Tage vor den Angriffen auf Silva Eslava vereinbart worden war und das die Vertreter der Traditionsparteien dazu aufrief, die Bürger zur Bewahrung von Ruhe und Ordnung anzuhalten.<sup>985</sup> Der mehrheitlich liberale Rat der Gemeinde San Antonio griff daher auf das in der ersten Phase des Untersuchungszeitraums häufig angewendete Instrument der *Resistencia Civil* zurück, mit dem liberale Politiker das ihrer Partei verbriebene politische Gewicht in die Waagschale zu werfen versuchten. Durch die Senkung der Gehälter von Angestellten der Bürgermeisterei bzw. der gänzlichen Abschaffung von Posten zielten die Vertreter der Legislative darauf, die von der Regierung ernannte Exekutive auf der lokalen Ebene davon zu überzeugen, dass die politische Betätigung gegen den

<sup>982</sup> „TSI, SsN contra Argemiro Fernández y Pedro Martínez por Asonada y Lesiones“ (APJI/1ff, 4v, 12v).

<sup>983</sup> Ebenda, f. 38ff, 40v, 42, 51v.

<sup>984</sup> Ebenda, f. 69.

<sup>985</sup> Ebenda, f. 27, 41v.

Widerstand der liberalen Fraktion unmöglich sei.<sup>986</sup> Im Sommer 1949 hatte sich das politische Feld Kolumbiens allerdings bereits derart *dichotomisiert*, dass der ursprünglich gewaltfreie Versuch der politischen Einflussnahme mit der Drohung massiver physischer Gewalt verbunden wurde: Falls Silva Eslava nicht abdanken würde, nachdem der mehrheitlich liberale Stadtrat von San Antonio die *Resistencia Civil* verkündet hatte, sollte er, so drohten ihm die liberalen Rebellierenden, getötet werden.<sup>987</sup>

---

<sup>986</sup> Ebenda, f. 32.

<sup>987</sup> Ebenda, f. 1.



### **3 Die Verteidigung der institutionellen Ordnung mit der Waffe in der Hand**

An den bewaffneten Auseinandersetzungen der *Violencia* beteiligte sich eine Vielzahl von Akteuren, die unterschiedliche Beweggründe anführten, um ihr gewaltsames Vorgehen zur Wahrung der institutionellen Ordnung Kolumbiens zu rechtfertigen. In diesem Kapitel werden die staatlichen Sicherheitskräfte, also die *Policía Nacional* und die Streitkräfte, sowie die konservativen Freiwilligenverbände als handelnde Gruppen in diesen bewaffneten Auseinandersetzungen in den Blick genommen.

#### **3.1 Die *chulavitas* als Akteure der sich steigernden Gewaltintensität**

Einen nicht unerheblichen Anteil an dem Anwachsen der Gewalt Ende der 1940er Jahre hatte der zunehmende parteipolitische Einsatz von Polizeikräften.<sup>988</sup> In weiten Teilen der Konservativen Partei bestanden nach 16 Jahren liberaler Regierungen Zweifel an der Loyalität der Polizei gegenüber der neuen Regierung. In ihrer Einschätzung der Polizei als Instrument der Liberalen Partei sahen sich konservative Politiker bereits wenige Monate nach dem Amtsantritt von Ospina Pérez im Oktober 1946 bestätigt, als sich Polizisten weigerten, gegen eine Streikdemonstration der CTC vorzugehen bzw. sogar offen Sympathien für die Streikenden bekundeten – die Ablösung des Direktors der *Policía Nacional* durch den Konservativen Delfín Torres Durán war die Folge dieser Vorkommnisse.<sup>989</sup>

Das Verhalten der Polizei gegenüber den Streikenden der CTC gilt gemeinhin als Auftakt für die Konservatisierung der Polizeieinheiten unter der Regierung Ospina Pérez.<sup>990</sup> In einem vertraulichen Bericht beklagte der Mitarbeiter des Inlandsgeheimdienstes Santiago Rodo 1947 die Passivität der Polizei gegen kommunistische Gruppierungen, die er in dem Umstand begründet sah, dass die Mehrzahl der Polizisten *gaitanistas* sei.<sup>991</sup> Wie bereits gezeigt, wurden bereits im August 1946 in Villahermosa Vorwürfe gegen den liberalen Bürgermeister laut, die lokalen Polizeieinheiten zur Einschüchterung der konservativen Bevölkerung einzusetzen.<sup>992</sup>

---

<sup>988</sup> Dennis: National Identity, S. 99; Gilhodés: Violencia, S. 199; Oquist: Violencia, S. 258.

<sup>989</sup> Atehortúa; Vélez: Estado, S. 182ff.; Henderson: History, S. 107f.

<sup>990</sup> Guzmán Campos: Violencia, S. 362f.; Henderson: Modernization, 301.

<sup>991</sup> „Informe Confidencial Documentado que rinde y entrega personalmente el Doctor Santiago Rodo“ (AGN/PR/DSM/80/14/1-2).

<sup>992</sup> „J51ICV, SN 2142 contra Amador López et al. por Asonada“ (AHJT/2/4/23/2).

Die These, die Polizei stehe nicht loyal zu der von den Konservativen gestellten Exekutive, sondern sympathisiere weiterhin mit der Liberalen Partei, bewahrheitete sich in den Augen konservativer Politiker, als sich zahlreiche Polizisten den aufständischen Liberalen nach dem Mord an Gaitán im April 1948 in Bogotá und vielen anderen Städten des Landes, anschlossen. Eine der Folgen dieser Aufstände waren Massenentlassungen von Polizisten. 142 Polizeioffiziere und mehrere Hundert Polizisten niederer Ränge mussten landesweit ihren Dienst in der *Policía Nacional* quittieren. Ersetzt wurden sie durch der Konservativen Partei loyal ergebene Personen, die vor allem in Regionen rekrutiert wurden, in denen die Partei traditionell über deutliche politische Mehrheiten verfügte.<sup>993</sup> Der Prozess der parteipolitischen Ausrichtung und des entsprechend motivierten Einsatzes der Polizeikräfte, der bereits kurz nach dem Regierungswechsel 1946 eingesetzt hatte, beschleunigt sich nach den Aufständen Liberaler im April 1948.<sup>994</sup>

In dem zunehmend als Kampf um das Überleben der *patria* wahrgenommenen politischen Wettstreit zwischen den *partidos tradicionales* konnten Liberale in den Reihen der staatlichen Sicherheitskräfte nicht mehr geduldet werden. In den Augen politischer Amtsträger aus der Konservativen Partei stellten sie Feinde in den eigenen Reihen dar. Offizielles Ziel der Restrukturierung und Neuaustrichtung der *Policía Nacional* war es, aus ihr „eine höchst technische Institution fern jeder politischen Aktivität“ zu machen.<sup>995</sup> Zur Unterstützung des Projekts der Reformierung der Polizei beauftragte die Regierung im Juni 1948 eine Experten-Kommission der englischen Polizei Scotland Yard unter Führung von Sir Douglas Gordon. Der *dirigente político* José María Villarreal wurde von Ospina Pérez mit der Reorganisierung der *Policía Nacional* beauftragt und in der Folge von liberaler Seite als der oberste Anführer der *chulavitas* gesehen.<sup>996</sup>

Die auch von liberalen Abgeordneten angestrebte Zentralisierung und Unterstellung der Polizei unter ein auf der nationalstaatlichen Ebene angesiedeltes Kommando erfolgte unter Führung des *dirigente conservador*, der dem rechten Flügel der Konservativen Partei zuzuordnen war, mit einer anderen Zielsetzung, als die liberalen Politiker intendiert hatten.<sup>997</sup> Die liberale Mehrheit in den legislativen Korporationen hatte versucht, durch die Überführung der *Policía Municipal*

<sup>993</sup> Atehortúa; Vélez: Estado, S. 187; Guzmán Campos: Violencia, S. 363-368; s. auch Henderson: History, S. 128; Pizarro Leongómez: Profesionalización Militar II.

<sup>994</sup> Henderson: Modernization, S. 305; Roldán: Violencia, S. 20; Henderson: History, S. 109.

<sup>995</sup> Dieser Zweck wurde im Dekret 1403 vom 30.4.1948 formuliert (zitiert in: Londoño Botero: Varela, S. 509).

<sup>996</sup> Ramsey: Modern Violence, S. 180ff.

<sup>997</sup> Londoño Botero: Varela, S. 572; Pizarro Leongómez: Profesionalización Militar II.

pal und der *Policía Departamental* in die *Policía Nacional* diese der Kontrolle und Instrumentalisierung durch Lokal- bzw. Regionalpolitiker zu entziehen. Die „nationalisierte“ Polizei sollte aus der Verfügungsgewalt des Präsidenten gelöst und der Kontrolle des mehrheitlich liberalen Kongresses unterstellt werden. Die von der liberalen Kongressmehrheit angestrebte Polizeireform stieß, wie zu erwarten war, auf den erbitterten Widerstand der Regierung Ospina Pérez. Das liberale Reformprojekt veranlasste den Innenminister Montalvo zu der berühmt gewordenen Aussage, die Regierung würde die Institution der Polizei *a sangre y fuego* verteidigen.<sup>998</sup>

In Folge der von Villarreal vorangetriebenen Reform der Polizeikräfte wurden für die Aufnahme in den Polizeidienst die charakterliche Eignung, der Werdegang und die Ausbildung der Rekruten weniger maßgeblich. Einstellungskriterium war vielmehr die Loyalität gegenüber der Regierungspartei, die durch Empfehlungsschreiben konservativer Politiker sichergestellt werden musste.<sup>999</sup> Die der Meuterei und Desertion angeklagten Polizeibeamten Alfredo Giraldo Sánchez, José María Pinto Moreno, Luis Antonio Moncada Gutiérrez, José Ignacio Vásquez Bustos und Carlos Julio Guzmán Díaz konnten beispielsweise nur eine rudimentäre Schulbildung vorweisen. Der nur sechs- bzw. zwölfmonatige Besuch einer Primarschule tat allerdings ihrer Einstellung als Beamte der *Policía Nacional* offenbar keinen Abbruch.<sup>1000</sup> Entscheidend war weniger die fachliche Eignung der Rekruten als deren Loyalität – oder, wie die dokumentierten Ermittlungen wegen Desertion zeigten, scheinbare Loyalität – gegenüber der Konservativen Partei. Die klientelistische Rekrutierung der Polizisten nach parteipolitischen Überlegungen führte dazu, dass die *Policía Nacional*, insbesondere auf der Meso- und Makroebene, ähnlich einer Miliz der Regierungspartei agierte.<sup>1001</sup>

Die deutliche konservativ-politische Ausrichtung der *chulavitas* führte dazu, dass sie sich in mehrheitlich liberalen Gemeinden wie Besatzungsmächte verhielten bzw. als solche wahrgenommen wurden.<sup>1002</sup> Von Zeitzeugen wurde die Ankunft von *chulavitas* in einer bestimmten Region in der Regel mit dem Beginn massiver Gewalthandlungen gleichgesetzt. Den Mitgliedern der von der ersten Regierung

<sup>998</sup> Ramsey: Modern Violence, S. 145.

<sup>999</sup> Ortiz Sarmiento: Estado, S. 152. Betancourt und García verweisen auf die Tradition der politischen Instrumentalisierung in Kolumbien. So kam es bereits mit dem Antritt der liberalen Regierung 1930 zu ähnlich gelagerten Politisierungsversuchen der Polizei (vgl. Matones, S. 71ff.).

<sup>1000</sup> „TSI, SN 1317 contra Edgar Alfonso Moreno et al. por Insubordinación y Extorsión“ (AHJT/2/1/1/6/136, 139, 144, 156v, 249).

<sup>1001</sup> Pizarro Leongómez: Profesionalización Militar II.

<sup>1002</sup> Palacios: Legitimidad, S. 222; Oquist: Violencia, S. 256f.

des *Frente Nacional* eingerichteten *Comisión Investigadora* berichteten Opfer der *Violencia*, wie die Auseinandersetzungen zwischen Liberalen und Konservativen eskalierten, als die hochgradig politisierten Polizeikräfte in den *llanos orientales* eintrafen. Exzessiver Alkoholkonsum und die folgenden (sexuellen) Übergriffe auf Frauen stellten dort den Auftakt des bewaffneten Parteienkonflikts dar.<sup>1003</sup> Die Neubesetzung des Bürgermeistersamtes in El Líbano mit einem Vertreter des rechten Flügels der Konservativen Partei und die stärkere Einbeziehung der *Policía Nacional* in die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung führte zu einer deutlichen Intensivierung der blutigen Auseinandersetzungen zwischen Liberalen und Konservativen in der Gemeinde in Nordtolima.<sup>1004</sup>

Verstärkt wurde das Auftreten der Polizisten im Stile einer Besatzungsmacht durch den Umstand, dass die *chulavitas* in der Regel nicht in den Regionen, aus denen sie stammten, eingesetzt wurden. Dmait sollte verhindert werden, dass sie in ihrem Handeln gegen die als *absolut* anders wahrgenommenen Liberalen, Kommunisten und *gaitanistas* von familiären, freundschaftlichen oder wirtschaftlichen Beziehungen abgelenkt würden.<sup>1005</sup> Zeitzeugen waren sich oft dieser Zusammenhänge bewusst. Sie betonten die ethnisch-kulturelle Differenz zwischen den *chulavitas* und der eigenen, einheimischen Bevölkerung.<sup>1006</sup>

Die Behandlung, die Adolfo Torres von Beamten der *Policía Nacional* erfuhr, verdeutlichte das Bild der *chulavitas* als eine radikalisierte Parteimiliz, die vor dem Einsatz von Gewalt gegenüber den als Feinden der Konservativen Partei wahrgenommenen Liberalen, die vor dem Hintergrund der *Dichotomisierung der sozialen Realität* gleichzeitig auch die Feinde der hochgeschätzten *patria* waren, nicht zurückschreckten. Am 14.4.1950 erstattete der sechzigjährige *campesino* Anzeige gegen den Beamten der *Policía Nacional* namens Alfonso Moreno. Der

<sup>1003</sup> Bejar, Guerras, S. 35ff. S. auch Osterling: Democracy, S. 89.

<sup>1004</sup> Varela Mora; Romero Picón: Amaneceres, S. 189.

<sup>1005</sup> Desai und Eckstein weisen darauf hin, dass sich Rekruten aus lokalen Kontexten oftmals weniger den Dienstherren in entfernten politischen Zentren als vielmehr lokalen (informellen) Machthabern verpflichtet fühlen (Raj Desai; Harry Eckstein: Insurgency: The Transformation of Peasant Rebellion. In: World Politics 42:4 (July 1990), S. 441-465, hier: S. 442; für die Bedeutung von Polizeikräften in politischen Machtkämpfen auf lokaler Ebene am Beispiel Argentiniens vgl. Laura Kalmanowiecki: Policing the People, Building the State. The Police-Military Nexus in Argentina, 1880-1945. In: Diane E. Davis und Anthony W. Pereira (Hrsg.): Irregular Armed Forces and Their Role in Politics and State Formation. Cambridge 2003, S. 209-231, hier: S. 221). Die in konservativen Hochburgen rekrutierten *chulavitas* wurden, gerade in der Frühphase der *Violencia*, vor allem in Regionen entsendet, die sich durch einen hohen Anteil an *gaitanistas* auszeichneten (Uribe Alarcón: Poder, S. 72; dies., Matar, rematar, contramaratar, S. 54).

<sup>1006</sup> Für Südtolima s. Jaime Romero Quijano: El General Vencedor. Muerte de Hermógenes Vargas Monroy. Espinal 1999, S. 18.

angetrunkene Moreno hatte Torres am 10.4.1950 mit „einer zweischwänzigen Peitsche, die Knoten an den Spitzen hatte“, geschlagen, nachdem der unter Generalverdacht stehende Liberale bekundet hatte, er besitze keine Waffen und wisse auch nicht, wo sich solche befänden.<sup>1007</sup> Unter steten Schlägen musste Torres nach der Auspeitschung im Hof des Gefängnisses auf dem Boden, mit dem Gesicht nach unten gerichtet, über mehrere Stunden umherrobben, bis er sich übergeben musste. Der Umstand, dass ein anderer Polizeibeamter ihn am Folgetag der gleichen Behandlung unterwarf, deutet darauf hin, dass es sich bei der Misshandlung des Häftlings nicht um einen Einzelfall handelte, sondern weite Teile der *Policia Nacional* rechtsstaatlichen Ansprüchen nicht genügten.<sup>1008</sup>

Das Vorgehen der *chulavitas* gegen den bewaffneten Widerstand, der sich der Regierung Ospina entgegenstellte, zeichnete sich durch ein hohes Maß an Grausamkeit aus. Der Zeuge Pedro ruft grausamste Verbrechen der *chulavitas* in Erinnerung. Auch schwangere Frauen und Kleinkinder wurden Opfer von Massakern, die von *chulavitas* verübt wurden.<sup>1009</sup> Die physische Gewalt gegen die bewaffneten Widerstandsgruppen und die sie vermeintlich unterstützenden Zivilisten, die sich in der Vielzahl von Massakern widerspiegelte, wurde begleitet von Plünderungen, Erpressungen sowie dem Niederbrennen von Ernten und Häusern der zu Staatsfeinden deklarierten Bewohnern mehrheitlich liberaler Regionen.<sup>1010</sup> Ähnlich wie bei tribalen Kriegen ging es bei diesen Formen der Plündерungen und Massaker weniger darum, ökonomische Ressourcen anzuhäufen und das eigene Überleben zu sichern. Die Angreifer zielten vielmehr darauf, den als Erzfeinden wahrgenommenen Anhängern der Liberalen Partei und ihren kompletten Familien die Lebensgrundlage zu entziehen. Nicht die Ausgleichung der „Ressourcenknappheit, sondern [...] den Feind militärisch zu schwächen“ und aus seinen angestammten Wohngebieten zu vertreiben, war das vorrangige Ziel der Gewalthandlungen.<sup>1011</sup>

<sup>1007</sup> „TSI, SN 2699 contra Alfonso Moreno por Abuso de Autoridad y Detención Arbitraria“ (APJI/1f.).

<sup>1008</sup> Ebenda, f. 1ff.

<sup>1009</sup> Aprile-Gniset: Crónica, S. 59.

<sup>1010</sup> Uribe Alarcón: Matar, rematar, contramaratar, S. 54f. Von Trotha deutet den strategischen Einsatz von Durst und Hunger in militärischen Auseinandersetzungen, und einen solchen stellt die Vernichtung von Ernten und Ackerflächen während der *Violencia* dar, als Perpetuierung des Massakers (Formen des Krieges, S. 85f.).

<sup>1011</sup> Vgl. Helbling: Hobbes, S. 101.

### 3.2 Die konservativen Parteimilizen: Bewaffnete Zivilisten als *contrachusmas*

Zwar verfügte die *Policía Nacional* Anfang der 1950er Jahre über 25.000 Beamte und war im Vergleich zum Heer, das nur 15.000 Soldaten zählte, vergleichsweise stark besetzt.<sup>1012</sup> Dessen ungeachtet sahen sich die Polizeikräfte häufig einem zahlenmäßig weitaus stärkeren bewaffneten Widerstand liberaler und kommunistischer Akteure gegenüber. Im Frühjahr 1951 ermittelte der *Tribunal Superior de Ibagué* gegen mehrere Beamte der *Policía Nacional*, die sich, so der Vorwurf, geweigert hätten, einen Checkpoint der Polizei in Chaparral zu verstärken, der von bewaffneten Widerstandskämpfern angegriffen wurde. An diesem Fall lässt sich die Schwäche der staatlichen Sicherheitskräfte in Bezug auf Personalstärke und militärische Schlagkraft gegenüber dem bewaffneten Widerstand verdeutlichen. 18 Polizeibeamte waren der Meuterei und Desertion angeklagt, weil sie dem Befehl, den angegriffenen *retén* zu verstärken, nicht nachgekommen seien. Dieser wurde aber von 200 bis 300 Bewaffneten angegriffen, sodass die Verstärkung durch weniger als 20 Polizeibeamte die Kräfterelation zwischen Angreifern und Angegriffenen nicht grundlegend geändert hätte.<sup>1013</sup> Bereits wenige Monate zuvor hatte ein immerhin aus 110 Beamten bestehender Polizeitrupp seinen geplanten Patrouillengang in der Region nicht durchführen können, da der sich in Südtolima gebildete Widerstand in der Lage war, auch ein Kommando dieser Größe anzugreifen – und zu schlagen.<sup>1014</sup>

In Situationen wie dem beschriebenen Kontrollgang in Südtolima, in denen der Widersacher und seine militärische Stärke nicht genau eingeschätzt werden können, wächst die Furcht, dass die Gewalt unter Umständen zu einer auslöschen den Kraft werden kann. Bei der Furcht vor Gewalttaten, die im Extremfall zur Vernichtung aller involvierten Akteure führen können, wird die Angst (vor der eigenen Vernichtung) zum Hauptmotiv für Gewalthandeln.<sup>1015</sup> Paradoxe Weise haben gerade dieses enorme, unter Umständen vernichtende Gewaltpotenzial und das Bewusstsein der Gewaltkollektive, dass eine nahezu grenzenlose Ausuferung der Gewaltdynamiken möglich ist, eine ordnende Funktion: Die Tatsache, dass die wirkliche Stärke des Gegners nie genau einzuschätzen ist und somit sein Vernichtungspotenzial unbekannt bleibt, kann die Gewalt begrenzen und einhegen.<sup>1016</sup>

<sup>1012</sup> Ortiz Sarmiento: Estado, S. 163; Pizarro Leongómez: Profesionalización Militar II.

<sup>1013</sup> „TSI, SN 1317 contra Edgar Alfonso Moreno et al. por Insubordinación y Extorsión“ (AHJT/2/1/1/6/5ff, 19).

<sup>1014</sup> Ebenda, f. 31v.

<sup>1015</sup> Riekenberg: Gewaltsegmente, S. 23.

<sup>1016</sup> Ebenda, S. 29f.

Da die 110 Beamten der *Policía Nacional* nicht genau wussten, wie viele bewaffnete Widerstandskämpfer sich ihnen entgegenstellen würden und es möglich war, dass diese den Trupp der staatlichen Sicherheitskräfte vernichten würden, brachen sie ihre Patrouille ab. In dem Maße, wie sie den als Staatsfeinde deklarierten Kombattanten einen Teil des Territoriums überließen, hegten die Unübersichtlichkeit und das Gewaltpotenzial den Konflikt ein.

Die mangelnden Informationen über den militärischen Gegner und das Gewaltpotenzial, die es möglich – weil *denkbar* – machen, dass es jederzeit zu massiven Gewalttaten kommen kann, können allerdings auch eine entgrenzende Wirkung haben. Sie lassen es als unabdingbar erscheinen, die militärischen Ressourcen aufzustocken und die Zahl der Kombattanten stetig zu erhöhen, denn der „Präventivangriff ist die beste Verteidigungsstrategie“.<sup>1017</sup> So griffen konservative Bürgermeister, in Abstimmung mit den lokalen *Directorios Conservadores*, bereits seit der ersten Phase des Untersuchungszeitraums auf Zivilisten zurück, die der Konservativen Partei angehörten und ihrer *causa* treu ergeben waren. Einerseits kompensierte diese die mangelnde Schlagkraft der staatlichen Sicherheitskräfte, andererseits wurden sie genutzt, um das politische Vorhaben der Konservativen Partei jenseits rechtsstaatlicher Bedenken voranzutreiben. In San Vicente de Chucurí (Santander) trafen im Fahrwasser radikalisierter Lokalpolitiker, die nach dem Mord an Gaitán in die Gemeinde versetzt worden waren, politisierte Polizeikräfte ein. Diesen schlossen sich konservative Zivilisten in ihrem Vorgehen gegen die liberalen Bewohner der Gemeinde an, die als per se subversiv und aufrührerisch gesehen wurden, wie ihre Bezeichnung als *nueveabriéños*, eine Anspielung auf den Todestag Gaitáns, verdeutlichte.<sup>1018</sup>

Medina berichtet, dass die staatlichen Sicherheitskräfte zusammen mit konservativen Freiwilligenverbänden ab Mitte des Jahres 1949 in Südtolima gegen die Mitglieder der Liberalen Partei, die sich in den vorangegangenen Legislativwahlen hatte behaupten können, in die Offensive gingen.<sup>1019</sup> Bereits im Juli 1949 drangen *chulavitas* zusammen mit bewaffneten konservativen Zivilisten in den Weiler El Limón in der Gemeinde Chaparral ein. Insbesondere die Zivilisten, welche die staatlichen Sicherheitskräfte begleiteten, waren für Plünderungen der Bewohner des Dorfes verantwortlich. Die der Konservativen Partei angehörigen Bewohner der Gemeinde waren bereits vor der Ankunft der politisierten Polizisten aus der Region geflohen. Aus konservativer Blickwarte legitimierte die Flucht bzw. aus

<sup>1017</sup> Helbling: Hobbes, S. 108.

<sup>1018</sup> Alejo Vargas Velásquez: Magdalena Medio Santandereano. Colonización y Conflicto Armado. Bogotá 1992, S. 111ff.

<sup>1019</sup> Medina: Resistencia Campesina, S. 249. S. auch Uribe Alarcón: Matar, rematar, contramarcar, S. 190; Ramsey: Modern Violence, S. 191f.

ihrer Sicht Vertreibung von konservativen Parteimitgliedern die Entsendung der Polizeikräfte. Liberale wiederum vermuteten, dass diese von der bevorstehenden Ankunft der *chulavitas* wussten und daher – in weiser Voraussicht, was ihre Stationierung für den Frieden in der Region bedeuten würde – ihre Heimstätten freiwillig vorsorglich verlassen hatten – und nicht etwa wegen der Aggressionen vonseiten der Liberalen gegen sie.<sup>1020</sup>

Mit der verstärkten Formierung von kommunistischen und liberalen bewaffneten Widerstandsgruppen nach den Präsidentschaftswahlen im November 1949 griffen die staatlichen Sicherheitskräfte, insbesondere die *Policía Nacional*, in noch höherem Maße auf paramilitärische, der konservativen Regierung loyal ergebene Kombattanten zurück. Ein solcher, der Konservativen Partei und ihrer selbst auferlegten Mission treuer konservativer Zivilist war Ramón Remigio Guerrero. Im Zuge der juristischen Aufarbeitung bewaffneter Auseinandersetzungen zwischen Liberalen und Konservativen in Santa Isabel wurde seine Rolle bei den Zusammenstößen untersucht. Domingo Hernández berichtete über Guerrero, dass ihm die Provokation in politischen Angelegenheiten gefiel („*le gustaba politiquiar*“) und dass er bekundete, dass „er die Konservative Partei und die [Katholische, L. R.] Religion verteidigen würde, sollte es zu einem Krieg kommen“. Die Gewohnheit, seinen Revolver regelmäßig zu ölen und seine Machete zu schärfen, die er stets bei sich trug, verlieh der Aussage von Guerrero ein erhebliches Drohpotenzial.<sup>1021</sup>

Die konservative Regierung, namentlich die verschiedenen Innenminister, forderten die Gouverneure auf, die durch die liberalen und kommunistischen Widerstandsgruppen gestörte verfassungsmäßige Ordnung wiederherzustellen. Zu diesem Zweck griffen diese auf die *Policía Nacional* und sie unterstützende bewaffnete, regierungstreue Zivilisten zurück.<sup>1022</sup> Die von den lokalen politischen Autoritäten ausgehobenen *guardias cívicas* sollten nach den ursprünglichen Intentionen die Polizei bei ihrer Arbeit unterstützen, zumal die Polizeibeamten oftmals aus anderen Regionen als den Einsatzgebieten stammten und nicht um die lokalen Spezifika und Kräfteverhältnisse wussten. Lokal- und Regionalpolitiker versuchten, diese paramilitärischen Verbände mit dem Verweis auf Notwehr (*legítima defensa*) zu rechtfertigen bzw. diente diese Argumentationsfigur als Argument,

<sup>1020</sup> El Tiempo, 4.11.1949, „Hay intranquilidad por la llegada de policías sectarios“; s. auch Medina: Resistencia Campesina, S. 248; Guido Piccoli: El Sistema del Pájaro. Colombia, laboratorio de barbarie. Tafalla 2004, S. 58; Ramsey: Modern Violence, S. 143. Für weitere Beschreibungen der Intensivierung der Gewalt gegen Liberale, die der Ankunft der politisierten Polizeikräfte in Südtolima folgte, s. Romero Quijano: Vencedor, S. 17-26.

<sup>1021</sup> „TSI, SN 8795 contra Eliécer Forero Gil et al. por Homicidio“ (AHJT/1/5/29/4/181v).

<sup>1022</sup> Ortiz Sarmiento: Estado, S. 164.

um zögernde konservative Zivilisten für die Rekrutierung zu gewinnen.<sup>1023</sup> Aus Sicht der konservativen Regierung verteidigte die *Policía Nacional* zusammen mit bewaffneten konservativen Zivilisten nicht nur eine legitime und demokratischen Ansprüchen genügende Regierung, sondern die Existenz der Konservativen Partei überhaupt – und damit das gesamte historische Erbe der *patria*.

Der beschriebene *sectarismo* basierte auf der Wahrnehmung der Parteien als monolithische, identitäre Blöcke, die sich zunehmend gegenseitig ausschlossen und, wie in Teil II der vorliegenden Arbeit beschrieben wird, die *soziale Realität dichotomisierten*. Daher formierten sich die liberalen und konservativen Kombattantengruppen entlang der Grenzen der Traditionsparteien, die sie vor dem politischen Konkurrenten beschützten, der die eigene Gemeinschaft wegen der antagonistischen Selbst- und Fremdwahrnehmung zunehmend in seiner Existenz bedrohte.<sup>1024</sup> Die Bekundung des bereits erwähnten Guerrero, mit der Konservativen Partei auch den katholischen Glauben zu verteidigen, wenn es zu massiven bewaffneten Auseinandersetzungen mit den Anhängern der Liberalen Partei kommen würde, zeigt, wie dieser Deutungsrahmen auch von Akteuren auf der lokalen Ebene übernommen wurde: die Konservative Partei – und nur sie – verteidigte den Katholischen Glauben gegen die als atheistisch diffamierte bzw. protestantisch unterwanderte Liberale Partei.

Die Übernahme von auf der nationalstaatlichen Ebene gezeichneten Deutungsrahmen und Wahrnehmungsmuster auf die lokale Handlungsebene, mit denen der Einsatz massiver Gewalt gegen den politischen Gegner vorstellbar wurde, lässt sich an dem Mord an drei Mitgliedern der Liberalen Partei verdeutlichen. Diese wurden in der Spätphase der Regierung Gómez in Santa Isabel getötet. Abundio Sánchez, *jefe conservador* des Weilers La Estrella in der Gemeinde, war im Vorfeld während einer Feier, zu der ihn der *jefe liberal* des Ortes eingeladen hatte, schwer verletzt worden. Die Tatsache, dass er im Hause eines Angehörigen der Liberalen Partei die Verletzungen erlitten hatte, denen er später erliegen sollte, reichte aus, dass die Brüder des Opfers zusammen mit anderen Konservativen Rache an liberalen Parteimitgliedern nahmen. Dass Juan Sierra, Silverio Dorado und Alejandro Mendieta an der Verletzung von Sánchez nicht beteiligt gewesen waren und dass Sánchez offenbar mit dem Liberalen Alfredo Aguilar so gute Beziehungen hatte, dass Aguilar ihn zu Feierlichkeiten in seinem Privathaus eingeladen hatte, spielte für die Täter offenbar keine Rolle.<sup>1025</sup> *Sectarios*

<sup>1023</sup> Ebenda, S. 184f.

<sup>1024</sup> Vgl. Eric J. Hobsbawm: La anatomía de „La Violencia“ en Colombia. In: Jesús Antonio Bejarano (Hrsg.): Once ensayos sobre La Violencia. Bogotá 1985, S. 11-23, hier: S. 15.

<sup>1025</sup> „Comisaría Primera de Investigación Criminal, SN 286 contra Eliécer Forero Gil et al. por Triple Homicidio“ (AHJT/1/1/4/4/19ff, 175ff.).

nahmen individuelle Eigenschaften ihres Interaktionspartners nicht wahr. Auch der beschriebenen Tat in Santa Isabel lag allem Anschein nach die Annahme einer Kollektivschuld der Mitglieder der Liberalen Partei für die tödlichen Verletzungen des *jefe conservador* zugrunde.

Die Betrachtung der politischen Ereignisse und die Wahrnehmung des politischen Widersachers, der die gesamte eigene *vorgestellte Gemeinschaft* in ihrer Existenz bedrohte, erklärt die Kriminalisierung der bewaffneten Widerstandsgruppen im Diskurs staatlicher Amtsträger. Die kriminalisierende Etikettierung des Widerstandes als subversive *bandoleros* machte diese zu Freiwild hochgradig politisierter staatlicher Sicherheitskräfte und ihrer paramilitärischer Unterstützergruppen, machte sie zu töt-, nicht aber opferbaren Objekten.<sup>1026</sup> Die Gewalt vonseiten der staatlichen Sicherheitskräften und ihrer Unterstützergruppen einerseits und des bewaffneten Widerstands andererseits verstärkten die vorgestellten und von den radikalen Flügeln der Traditionsparteien betonten Differenzen zwischen Liberalen und Konservativen. Auf der einen Seite rahmte die *Dichotomisierung der sozialen Realität* das Gewalthandeln kulturell und machte es zu einer Handlungsoption. Auf der anderen erhöhte die Gewalt zwischen Anhängern der *partidos tradicionales* und kommunistischen Akteursgruppen die Glaubwürdigkeit der Deutungs- und Wahrnehmungsrahmen, welche die Gewalt *vorstellbar* gemacht hatten.

Betancourt und García streichen allerdings heraus, dass die paramilitärischen Freiwilligenverbände oftmals derart an Schlagkraft und Stärke gewannen, dass sie die staatlichen Sicherheitskräfte de facto ersetzten.<sup>1027</sup> Ähnliches berichtet der kommunistische Widerstandskämpfer und spätere FARC-Kommandant Jaime Guaraca: die paramilitärische Gruppe unter Führung eines konservativen *hacendado*, die an beachtlicher Stärke gewonnen hatte, brach bereits ohne die Anwesenheit von Polizisten zu Expeditionen gegen die zu Staatsfeinden deklarierten Liberalen im Grenzgebiet zwischen Tolima und Huila auf.<sup>1028</sup>

In Osttolima übernahm im Januar 1950 der aus Nordkolumbien stammende *dirigente conservador* Eduardo Gerlein die Führung der *Colonia Sumapaz*, dem Kolonisationsunternehmen, in dem sich Anfang der 1950er Jahre eines der stärksten liberal-kommunistischen Widerstandszentren herausbilden sollte. Die Zeugin Rosa Wolf berichtet, dass mit Gerlein die *chulavitas*, die ihn eskortierten, in die Region kamen. Die konservativen *gamonales*, wie Antonio Molina, Aure-

<sup>1026</sup> Vgl. Giorgio Agamben: Die souveräne Macht und das nackte Leben. Frankfurt (Main) 2002. S. auch Oquist: Violencia, S. 284.

<sup>1027</sup> Betancourt; García: Matones, S. 67f., 106.

<sup>1028</sup> Matta Aldana: Colombia, S. 68; s. auch Uribe Alarcón: Matar, rematar, contramaratar, S. 55.

liano Ortiz und Adán Hernández, griffen auf die Polizeikräfte, die sich weniger der Republik Kolumbien als der konservativen Regierungspartei verpflichtet sahen, zurück, um den Führungsanspruch der Konservativen Partei gewaltsam durchzusetzen.<sup>1029</sup> George A. Wolf berichtete in einem Brief an seinen Sohn Jorge im Juli 1950, dass sehr viele Einwohner aus Villarrica geflohen seien, als Gerlein zum Bürgermeister ernannt und Molina zu seinem *secretario* bestimmt wurde.<sup>1030</sup> Die *dirigentes conservadores* stellten den staatlichen Sicherheitskräften lokale bewaffnete Parteimitglieder zur Verfügung, um ihre politischen Programme gegen den Widerstand der mehrheitlich liberalen Bevölkerung der Region durchzusetzen.<sup>1031</sup>

In der in Zentraltolima gelegenen Gemeinde Roncesvalles hatte Pablo Emilio Alvarez 1952 den Ruf, gemeinsam mit der Polizei als *bandoleros* kriminalisierte Liberale zu verfolgen.<sup>1032</sup> Jaime Guaraca erinnert daran, wie die lokalen politischen Machthaber zuließen, dass bewaffnete konservative Zivilisten die Polizisten in deren Arbeit unterstützten, das heißt die Mitglieder der Liberalen Partei im südlichen Tolima angriffen und deren Unterkünfte vollständig zerstörten.<sup>1033</sup> In der Gemeinde Rioblanco waren Jeremías Mallorquín und Manuel Rincón dafür bekannt, als gewaltbereite Konservative die *chulavitas* bei der Verrichtung ihrer Aufgaben zu unterstützen.<sup>1034</sup> Und der ehemalige Bürgermeister von Venadillo führte ein konservatives Gewaltkollektiv an, das sich sowohl aus Polizisten als auch konservativen Zivilisten zusammensetzte und nächtliche, oftmals tödliche Angriffe auf liberale Bewohner der Gemeinde verübt.<sup>1035</sup>

Als es in Espinal zu Auseinandersetzungen zwischen Anhängern der Liberalen und der Konservativen Partei kam, die den Ort „einem echten Schlachtfeld“ gleichen ließen, stellte sich Isidoro Ramírez dem *corregidor* der Kleinstadt zur Verfügung. Da sich die Polizeikräfte in besagtem Moment nicht in Reichweite befanden,

<sup>1029</sup> Aprile-Gniset: Crónica, S. 38, 139. S. auch González Arias; Marulanda Alvarez: Historias, S. 36, 57, 121, 163. Der Zeuge Prada berichtet ebenfalls von der Gewaltbereitschaft der konservativen Parteimitglieder um Molina (vgl. Zeitzeugeninterview, 14.5.1982 [APMM]).

<sup>1030</sup> Der Brief ist abgedruckt in: González Arias; Marulanda Alvarez: Historias, S. 218f.

<sup>1031</sup> Londoño Botero: Varela, S. 528ff.; Varela Mora; Romero Picón: Amaneceres, S. 192f.; Aprile-Gniset: Crónica, S. 124, 185.

<sup>1032</sup> „TSI, SN 6961 contra José Alirio Guzmán Restrepo por Asociación para Delinquir“ (AHJT/2/1/1/34).

<sup>1033</sup> Matta Aldana: Colombia, S. 38, 43ff.

<sup>1034</sup> Romero Quijano: Vencedor, S. 27.

<sup>1035</sup> Uribe Alarcón: Matar, rematar, contramaratar, S. 59.

den, bot er dem konservativen Verwaltungsbeamten an, zusammen mit anderen Hilfspolizisten die liberalen Missetäter festzunehmen.<sup>1036</sup>

Juan Patiño, gegen den wegen Mordes ermittelt wurde, gestand ein, zu der Gruppe von Personen gehört zu haben, welche 1950 die Tötung des liberalen *campesino* Rafael Poveda in San Antonio zu verantworten hatte. Die Gruppe hatte sich zum Ziel gesetzt, die Polizei bei der Festnahme von Poveda zu unterstützen, denn „die Polizei durfte man nicht alleine lassen“, da es sich bei Poveda um einen „schlechten Menschen“ bzw. einen „kommunistischen Hurensohn“ handelte.<sup>1037</sup> Allerdings habe sich Patiño der Kommission nur angeschlossen, so erklärte er zu seiner Verteidigung, weil ihm zugesichert worden war, dass zumindest ein Polizist anwesend sein würde – und somit ein Mindestmaß an Legalität gewahrt werden würde. Misael Tapiero, welcher der Gruppe ebenfalls angehört hatte, erklärte hingegen, dass es von Beginn an das Ziel der Expedition gewesen war, Poveda zu töten und auszurauben – ein Vorhaben, das ihm nach eigenem Bekunden keinerlei Kopfzerbrechen bereitet habe.<sup>1038</sup>

Eine Polizeikommission, die in Rovira eine Gruppe von liberalen Widerstandskämpfern festnehmen sollte, wurde von konservativen Zivilisten aus Santa Elena begleitet. Die Zusammenarbeit der Zivilisten, unter anderen Isaac Sierra und Pedro Espinosa, mit der Polizei bestand darin, dass sie die Ordnungshüter, die über wenig Ortskenntnisse verfügten, hinsichtlich der zu wählenden Route berieten. So waren die Polizisten in der Lage, Regionen zu meiden, von denen bekannt war, dass sie von den *bandoleros* stark frequentiert wurden. Weiterhin konnten die Zivilisten, immerhin waren sie bewaffnet, die Beamten bei dem kurzen Feuergefecht mit den Festzunehmenden unterstützen. Wenn auch die Personen, die das eigentliche Ziel der Polizeiexpedition waren, fliehen konnten, vermochten es die Polizisten gemeinsam mit den Zivilisten, mehrere Frauen festzunehmen, die der Zusammenarbeit mit den *bandoleros* verdächtigt wurden.<sup>1039</sup>

In Coello, zwischen der *cabecera departamental* und Girardot gelegen, übernahmen Gruppen bewaffneter, der Konservativen Partei zugehöriger Zivilisten Aufgaben der staatlichen Sicherheitskräfte. Darum bemüht, Unterstützer der liberalen Widerstandsgruppen in der Region ausfindig zu machen, wurden die sozial angesehenen und wohlhabenden Brüder Maximiliano und Tomás Ochoa

<sup>1036</sup> „TSI, SN 5432 contra Rafael Trujillo Vanegas et al. por Lesiones Personales, Asonada y otros“ (AHJT/2/2/11/3/18).

<sup>1037</sup> „APG, SN 6475 contra Pedro Patiño Villanueva et al. por Homicidio“ (APJI/9v, 12; s. auch 8v).

<sup>1038</sup> Ebenda, f. 11v.

<sup>1039</sup> „TSI, Proceso Número 2291 contra María Doris Cardona et al. por Asociación para Delinquir“ (AHJT2/4/20/7/20, 50f, 54v).

festgenommen. Ihnen wurde vorgeworfen, die für das Personal ihrer *hacienda* bestellten Nahrungsmittel den liberalen *chusmeros* auszuhändigen. Festgesetzt wurden sie aber nicht von legitimierten Inhabern des staatlichen Gewaltmonopols, sondern von einer Gruppe zivil gekleideter Konservativer unter der Führung einer Person, die lediglich unter ihrem Aliasnamen El Tigre bekannt war. Diese lieferten die Brüder Ochoa bei der Polizei ab, deren Kommandant mäßigend auf die konservativen Hilfspolizisten einwirkte und die Einkerkerung der Festgenommenen, nicht aber deren Verhaftung, verhinderte.<sup>1040</sup> Auch andere Personen wie Carlos Julio Herrera, Luis Alberto Hernández Rendón, Heriberto Céspedes und María Puertas wurden von den konservativen Zivilisten festgenommen und der *Policía Nacional* übergeben. Ohne dass ihnen die zur Last gelegten Verbrechen mitgeteilt worden wären, wurden sie über mehrere Tage, teilweise Wochen in Polizeigewahrsam genommen. Sie alle waren durch den Kauf und Transport von Gegenständen des täglichen Bedarfs und von Nahrungsmitteln in das Visier der Gruppe um El Tigre geraten.<sup>1041</sup>

Im südlichen Tolima beauftragte der Bürgermeister der Gemeinde Natagaima „ziviles Personal“, das sich durch das „absolute Vertrauen der aktuellen Regierung“ auszeichnete, mit der Observation und späteren Festnahme von Angel Bautista Diaz. Dieser wurde verdächtigt, den in der Grenzregion zwischen Tolima und Huila beheimateten Widerstand gegen die konservative Regierung zu unterstützen. Er wolle sich, so die Ermittler, den im zeitgenössischen Sprachgebrauch als *bandoleros* bezeichneten Akteuren anschließen. Der Vorwurf gegen Bautista Diaz wurde durch den Fund von Schwarzpulver, Zündschnüren und Zünder erhärtet, auch wenn der Beschuldigte bestritt, mit dem Bombenbau böse Absichten verfolgt zu haben.<sup>1042</sup>

Uribe stellt für den blutigen kolumbianischen Konflikt Ende des 20. Jahrhundert fest, dass breite Teile der ruralen Bevölkerung oftmals die verschiedenen in den Konflikt involvierten Akteursgruppen nicht stringent unterscheiden können, da sie allesamt Uniformen tragen, die denen der ordentlichen staatlichen Sicherheitskräfte ähneln.<sup>1043</sup> Ähnliches galt auch für den Untersuchungszeitraum, in dem liberale und kommunistische Widerstandsgruppen sowie in der Spätphase der *Violencia* die *bandoleros políticos* und *bandoleros sociales* versuchten, sich durch

<sup>1040</sup> „TSI, SN 7783 contra Tomás Ochoa Giraldo por Asociación para Delinquir“ (AHJT/2/2/12/6/50f.).

<sup>1041</sup> Ebenda, f. 67v, 71v, 82f, 84.

<sup>1042</sup> „TSI, SN 19 contra Angel Bautista Diaz por Delitos contra el Régimen Interior del Estado“ (AHJT/2/3/18/4/1, 4).

<sup>1043</sup> Uribe Alarcón: Dismembering and Expelling, S. 90f; dies., Matar, rematar, contramaratar, S. 107, 161ff, 189ff.

Polizei- oder Militäruniformen zu tarnen und ihre wahre Identität zu verschleiern. Ähnliches traf allerdings auch für die bewaffneten, konservativen Zivilisten zu, welche die staatlichen Sicherheitskräfte bei der Erfüllung ihrer Aufgaben unterstützten. Einige Polizeieinheiten versorgten die sie unterstützenden bewaffneten Zivilisten mit Uniformen und trugen somit zu den begrenzten Unterscheidungsmöglichkeiten zwischen regulären Sicherheitskräften und den begleitenden Zivilisten bei.

Der Polizeibeamte Neftalí Piraquive Rodríguez berichtete dem ermittelnden Richter, dass der befehlshabende Polizeioffizier einigen der Zivilisten, welche die Polizeikommission in Südtolima begleiteten, Polizeiuniformen aushändigte. Folgerichtig wurden diese in mehreren Situationen, zum Beispiel von Infanteristen des Heeres, als Angehörige der *Policía Nacional* angesehen und entsprechend behandelt.<sup>1044</sup>

Angel Bautista Diaz, der des Bombenbaus und der Unterstützung des Widerstandes gegen die konservative Regierung beschuldigt wurde, ließ in seinen Aussagen durchblicken, dass in seinem Fall nicht deutlich zwischen Polizisten und zivilen Unterstützern unterschieden werden konnte. Er war sich offensichtlich nicht bewusst, dass er von *zivilem Personal*, welches das *absolute Vertrauen* der konservativen Regierung genoss, festgenommen worden war. In seiner Vernehmung sprach Bautista Diaz nicht von Zivilisten, sondern Polizisten, denen er Rede und Antwort stand.<sup>1045</sup>

Die Unterscheidung zwischen Polizisten und ihren nicht-staatlichen Unterstützern wurde dadurch erschwert, dass sich Letztere gewiss waren, vor dem Hintergrund des anwachsenden bewaffneten Widerstandes für die Regierung essentielle Aufgaben zu übernehmen. In dem Auftreten der Akteure, welche die Polizeibeamten unterstützten, manifestierte sich oftmals das Bewusstsein über ihre relative Machtposition gegenüber den ordentlichen Sicherheitskräften. Tomás Ochoa, der Belieferung der Widerstandsguppen mit Lebensmitteln beschuldigt, sagte aus, dass sein Bruder sich an einen der Zivilisten gewandt habe, um mehr über die gegen ihn erhobenen Vorwürfe zu erfahren – und nicht etwa an den anwesenden uniformierten Polizisten. Ungeachtet dessen Präsenz war es einer der Zivilisten, der den Eindruck gemacht habe, die mit der Festnahme der Verdächtigen beauftragte Gruppe zu befehligen. Die Person, die Ochoa „dort als befehlerisch (*autoritario*)“ wahrgenommen hatte und die er daher – ohne eine Antwort zu erhalten – nach seinem Rang fragte, teilte ihm lediglich mit, dass die Lebensmittel

<sup>1044</sup> „TSI, SN 1317 contra Edgar Alfonso Moreno et al. por Insubordinación y Extorsión“ (AHJT/2/1/1/6/49v, 136v, 160v).

<sup>1045</sup> „TSI, SN 19 contra Angel Bautista Diaz por Delitos contra el Régimen Interior del Estado“ (AHJT/2/3/18/4/2ff.).

beschlagnahmt seien und er diese nicht freigeben könne.<sup>1046</sup> Der Polizeikommandant Ernesto Cardona Arias kritisierte denn auch die Praxis vieler konservativer Bürgermeister, zivile Freiwillige zur Unterstützung der Polizei zu rekrutieren. Er sprach sich gegenüber der liberalen Zeitung *Tribuna* im August 1951 dafür aus, „mit der ländlichen Ad-hoc-Polizei Schluss zu machen [...], die nur Kopfzerbrechen bereitet“.<sup>1047</sup>

Mit der Unterstützung der staatlichen Sicherheitskräfte wurden die der Konservativen Partei zugehörigen Zivilisten allerdings auch zum militärischen Ziel der Widerstandsgruppen, die sich gegen den Führungsanspruch der Regierung Gómez zur Wehr setzten.<sup>1048</sup> Im Dezember 1950 wurde Sergio Escamilla in der Gemeinde Icononzo in Osttolima tot aufgefunden. Emilio Bello äußerte gegenüber dem mit der Bergung des Leichnams beauftragten Bürgermeister, dass Escamilla wahrscheinlich den gewaltsamen Tod erlitten habe, weil er Polizeikommisionen des Öfteren zur Seite gestanden hatte.<sup>1049</sup> Diese hatte er als Ortskundiger in die Region um den Weiler El Palmar, einem der Zentren des bereits zu diesem Zeitpunkt angewachsenen bewaffneten Widerstandes in Osttolima<sup>1050</sup>, begleitet. Bereits sieben Monate zuvor war nach Informationen der Angehörigen des Mordopfers ein Attentat auf Escamilla verübt worden, das er aber mit Schussverletzungen schwerverletzt überlebt hatte.<sup>1051</sup>

---

<sup>1046</sup> „TSI, SN 7783 contra Tomás Ochoa Giraldo por Asociación para Delinquir“ (AHJT/2/2/12/6/50v).

<sup>1047</sup> Zitiert in: Londoño Botero: Varela, S. 535.

1048 Sánchez: Ensayos, S. 239.

<sup>1049</sup> „TSI, SN 4210 contra José María Lautero Durán et al. por Homicidio“ (AHJT/1.3/4/110/4/1v). Im Dezember 1950, als Escamilla ermordet wurde, war Héctor Silva Eslava Bürgermeister in Icononzo (vgl. „TSI, SsN contra Manuel Sierra Rubiano por Homicidio [APJI]). Silva Eslava hatte bereits 1949 einen Angriff von liberalen Aufständischen auf sein Haus angeklagt, als er Bürgermeister in San Antonio war. Dort hatte er das Misstrauen der ortansässigen Liberalen durch die wachsende Rekrutierung von konservativen *policías civicos* geweckt. Die ermittelnden Richter attestierten ihm, Silva Eslava, wegen seiner politischen Radikalität, eine gewisse Mitschuld an den Vorfällen (vgl. „TSI, SsN contra Argemiro Fernández y Pedro Martínez por Asonada y Lesiones“ [APJI]). Die Person des Lokalpolitikers Silva Eslava verdeutlicht den Einfluss der regionalen und lokalen Gewaltverhältnisse im Sinne von Krennerich für die konkrete Ausgestaltung der *Violencia*.

<sup>1050</sup> Juan de la Cruz Varela, der bekannteste *dirigente* des bewaffneten Widerstandes in Osttolima, war bereits Anfang des Jahres 1950 in den Untergrund gegangen (vgl. Londoño Botero: Varela, S. 527).

<sup>1051</sup> „TSI, SN 4210 contra José María Lautero Durán et al. por Homicidio“ (AHJT/1.3/4/110/4/1ff.).

### 3.3 Die Streitkräfte als Akteure der *Violencia*

Die Streitkräfte galten in der Frühphase der *Violencia* als weniger stark politisiert und im Gegensatz zu den polizeilichen Kräften parteipolitisch neutral ausgerichtet bzw. der verfassungsmäßigen Ordnung verpflichtet.<sup>1052</sup> Die Hoffnung auf politisch neutrale Streitkräfte wurde auch von der Führung der Liberalen Partei genährt, die auf ein Eingreifen der Streitkräfte in das in den 1940er Jahren zunehmend gewalttätigere politische Feld hofften – wie dem in letztem Moment abgesagten Putsch vor den Präsidentschaftswahlen 1949.<sup>1053</sup> Die Konservative Partei bzw. die von ihr gestellte Regierung hingegen sah in der Frühphase des Untersuchungszeitraums in den Streitkräften keine politisch neutrale Einrichtung, sondern machte in ihnen nach 16 Jahren liberaler Regierungen deutliche Sympathien für die Oppositionspartei aus.<sup>1054</sup>

Daniel Pulido, Vorsitzender des *Comando Conservador* der Gemeinde Muzo, sah in den Streitkräften ein Machtinstrument der Liberalen Partei. Im Januar 1948 beklagte er sich bei José María Villarreal, dem mit der Reorganisierung der Polizeikräfte beauftragten konservativen Politiker, über die Gewalt, die von Streitkräften gegen die konservativen Bürger der Ortschaft in Boyacá ausgehe.<sup>1055</sup>

Ungeachtet der von *dirigentes conservadores* beklagten liberalen Tendenzen in den Streitkräften waren diese aber nicht davor gefeit, in den Sog der im Untersuchungszeitraum weit um sich greifenden Politisierungswelle gezogen zu werden, wie auch der General des Heeres Matallana anerkannte.<sup>1056</sup>

Paradoxerweise war es die in der Verfassung festgeschriebene politische Neutralität und Unterordnung des Militärs unter die zivile Politik bzw. die Nichteinmischung der Streitkräfte in das politische Alltagsgeschäft, die dazu führten, dass die Streitkräfte zu einem wesentlichen Akteur in den (bewaffneten) Machtkämpfen wurden. Durch das Befolgen von Befehlen, die offiziell immer zur Sicherung der verfassungsmäßigen Ordnung des Landes gegen subversive, revolutionäre Gruppierungen ausgegeben wurden, wandelten sich die Streitkräfte in den 1940er Jahren in einen De-facto-Partner der konservativen Partei. Der bereits im Untersuchungszeitraum aktive General Valencia Tovar nannte dies das „Dilemma der

<sup>1052</sup> Pizarro Leongómez: Profesionalización Militar II.

<sup>1053</sup> Vgl. Medina: Resistencia Campesina, S. 255; Palacios: Legitimidad, S. 221. Auch die bereits mehrfach erwähnten Aufrufe, nicht die Streitkräfte, sondern die *Policía Nacional* anzugehen, wie im Fall des Fundes subversiver Propaganda in Ibagué, verdeutlichen, dass die Führungsriege der Liberalen Partei in den Streitkräften parteipolitisch neutrale Akteure sah. Diesbezüglich s. auch Guzmán Campos: Violencia, S. 102ff.

<sup>1054</sup> Oquist: Violencia, S. 260.

<sup>1055</sup> „Carta de Daniel Pulido al Señor Doctor José María Villarreal“ (AGN/PR/SG/270/13/1).

<sup>1056</sup> Olga Behar: Las guerras de la paz. Bogotá 1985, S. 27.

Neutralität“.<sup>1057</sup> Auch in seinen Memoiren geht er auf die Rolle der Streitkräfte in der *Violencia* ein:

Die Regierung und die Partei, welche diese bildete, verstanden sich als eine einzige Einheit, der sich die Sicherheitskräfte unterordneten, ohne darüber nachzudenken, bis zu welchem Punkt sie den Interessen dieser Partei dienten und sich unwillentlich in einen Beschleuniger des Konflikts wandelten.<sup>1058</sup>

Durch die Betrauung von Offizieren mit Aufgaben in der Exekutive wurden die Streitkräfte weiterhin zunehmend in den politischen Konflikt zwischen den Traditionsparteien hereingezogen. Bereits vor den Präsidentschaftswahlen 1946 wurden über 200 hochrangige Militärs als *alcaldes militares* in konfliktträchtigen Gemeinden eingesetzt. In dieser Funktion mussten sie direkte politische Verantwortung übernehmen und sich in dem gewalttätiger gestaltenden Umfeld positionieren, was oftmals hieß, Partei ergreifen zu müssen.<sup>1059</sup> Dieser Trend zur Übernahme innenpolitischer, polizeilicher Aufgaben durch die Streitkräfte wurde durch die immer wieder erfolgende Verhängung des *Estado de Sitio* in den ersten Jahren der Regierung Ospina Pérez verstärkt und kulminierte in dem bis zur Einführung des *Frente Nacional* dauernden Ausnahmezustand.<sup>1060</sup>

Die konservative Regierung nahm allerdings auch intentionale Maßnahmen wahr, um die vermeintlichen Sympathien für die Liberale Partei in den Streitkräften auszugleichen. So entsendete die Regierung vornehmlich liberale Offiziere nach Korea, um dort an Seite der US-amerikanischen Streitkräfte gegen die kommunistischen Kräfte im Norden des Landes zu kämpfen und sich so der zur Oppositionspartei tendierenden Militärs zu entledigen.<sup>1061</sup> Während der Regierung Gómez fanden vornehmlich konservative Militärs Aufnahme in das Offizierkorps der Streitkräfte. Des Weiteren wurden Personen aus Regionen, in denen die Liberale Partei traditionell über deutliche Mehrheiten verfügte, wie Rioblanco oder Chaparral in Südtolima, als Rekruten für die Streitkräfte gemieden.<sup>1062</sup>

---

<sup>1057</sup> Zitiert in: Atehortúa; Vélez: Estado, S. 168.

<sup>1058</sup> Valencia Tovar, Testimonio, S. 107.

<sup>1059</sup> Betancourt; García: Matones, S. 66; Pizarro Leongómez: Profesionalización Militar II.

<sup>1060</sup> Ramsey: Modern Violence, S. 137, 198. Besonders deutlich wurde die Übernahme polizeilicher Aufgaben durch das Heer während des *Bogotazo*, der die Politisierung der Streitkräfte vorantrieb. Die Verhängung des Ausnahmezustandes implizierte in jedem Fall die Übertragung außerordentlicher Kompetenzen auf die Streitkräfte, die sie zur Wahrung der politischen inneren Stabilität verpflichteten (Sánchez: Revolución, S. 148; Wilde: Quiebra, S. 81).

<sup>1061</sup> Atehortúa; Vélez: Estado, S. 194.

<sup>1062</sup> Wilde: Quiebra, S. 82; Atehortúa; Vélez: Estado, S. 189f., 194; Romero Quijano: Vencedor, S. 19.

Im Zuge der Nationalisierung der Polizeikräfte unter Gómez wurde die *Policía Nacional* 1951 der Verfügungsgewalt des Innenministeriums entzogen und dem *Ministerio de Guerra* unterstellt. In der Folge wurden die Streitkräfte, in erster Linie das Heer, noch mehr als zuvor dazu eingesetzt, gemeinsam mit der Polizei und deren bewaffneten, konservativen Unterstützern gegen die liberalen und kommunistischen Widerstandshere vorzugehen.<sup>1063</sup> Die gemeinsamen Patrouillen von *Policía Nacional* und Streitkräften sollten dazu dienen, einerseits die Befürchtungen in der Bevölkerung wegen alleiniger Streifengänge von *chulavitas* zu zerstreuen, andererseits die Polizeibeamten unter stärkerer Kontrolle zu halten, deren Verhalten gegenüber der Zivilbevölkerung auch bei vielen Militärs Missbilligung hervorrief.<sup>1064</sup>

Die Eingliederung der hochgradig parteipolitisch agierenden Polizeieinheiten in die Streitkräfte und die gemeinsamen Expeditionen gegen den bewaffneten Widerstand blieben allerdings nicht ohne politisierende Effekte auf die Streitkräfte selbst. In der Folge verloren sie ihren Ruf als neutrale Instanz in dem bewaffneten Binnenkonflikt.<sup>1065</sup> In Südtolima, das als kommunistisch-liberale Hochburg galt, waren Massaker an angeblichen Unterstützern der Widerstandsgruppen das Resultat von gemeinsamen Expeditionen von *Policía Nacional* und Streitkräften – sowohl unter der Regierung Gómez' als auch der Militärregierung.<sup>1066</sup> Atehortúa und Vélez zitieren einen namentlich nicht genannten *dirigente liberal* aus Santander, der vormals Verteidigungsminister gewesen war:

Das Heer, das heute [1951, L. R.] handelt, ist nicht mehr dasselbe, das es zu meiner Zeit als Verteidigungsminister war [...] seine Merkmale der Menschlichkeit, der Gerechtigkeit und Unparteilichkeit sowie militärischer Ehre wurden durch die Parteipassionen getilgt. Die Leute fürchteten die Polizei und heutzutage ist es das Heer, das große Angst auf den Feldern und in den Dörfern erweckt und sät.<sup>1067</sup>

Nicht nur hochrangige Politiker waren sich des Wandels der Rolle der Streitkräfte in dem kolumbianischen Binnenkonflikt bewusst. Der Angriff auf das Heer in den *llanos*, dem 96 Soldaten im Juli 1952 zum Opfer fielen, verdeutlichte,

<sup>1063</sup> Atehortúa; Vélez: Estado, S. 190f.; Richard L. Maullin: The Fall of Dumar Aljure, a Colombian Guerrilla and Bandit. Memorandum RM-5750-ISA Prepared for The Office of the Assistant Secretary of Defense/International Security Affairs (November 1968). Unter: [http://www.rand.org/content/dam/rand/pubs/research\\_memoranda/2008/RM5750.pdf](http://www.rand.org/content/dam/rand/pubs/research_memoranda/2008/RM5750.pdf) (Zugriff: 20.7. 2012), S. 3f.

<sup>1064</sup> Roldán: Violencia, S. 184.

<sup>1065</sup> Henderson: Modernization, S. 356.

<sup>1066</sup> Romero Quijano: Vencedor, S. 18-28.

<sup>1067</sup> Zitiert in: Atehortúa; Vélez: Estado, S. 190.

dass sich das Verhältnis der bewaffneten Widerstandsgruppen zu dem Heer geändert hatte, nachdem oftmals ein, wie es Oquist ausdrückt, „Leben und Leben lassen“ das Verhältnis zwischen (liberalen) Widerstandsgruppen und Heer bestimmt hatte.<sup>1068</sup> Einen gewissen Grad an *sectarismo* und Mitschuld der Streitkräfte an der schwierigen Situation gestand auch der Heeresoffizier Matallana ein. Auch wenn er sich in seinem *testimonio* auf die *llanos* bezog, ist seine Aussage für die meisten Regionen, in denen die Streitkräfte zum Einsatz kamen, gültig:

Die Offiziere nahmen Vergeltung an Leuten aus dem einzigen Grund, dass sie Liberale waren, und viele wichtige Viehzüchter wurden vertrieben und alles herrenlos hinterlassen. Die konservativen *finqueros* fielen über diese Besitztümer her und erwarben sie zu lächerlichen Preisen.<sup>1069</sup>

Pedro Florez Quintero nahm ebenfalls Bezug auf die exponierte Rolle der Streitkräfte als gewalttätiger Akteur in den blutigen Auseinandersetzungen. Er bestritt, Kontakte zu den liberalen oder kommunistischen Widerstandsgruppen in der Gemeinde Dolores zu haben. Um nicht von diesen zwangsrekrutiert zu werden, gab er zu Protokoll, dass er sich mehrere Monate in der Wildnis versteckt gehalten habe. An die politischen Autoritäten habe er sich erst gewendet, als er keinen anderen Ausweg gesehen habe, nachdem ihm die Lebensmittel ausgegangen waren. Vorher habe er darauf verzichtet, sich den Streitkräften zu stellen und über die Zwangsrekrutierungen zu berichten, da „die Streitkräfte der Regierung alle, die sie finden würden, töteten“.<sup>1070</sup> Manuel Vargas González berichtete ebenfalls von den Gerüchten, die Streitkräfte würden „von den Neugeborenen bis zu den Alten“ alle Personen, derer sie habhaft wurden, töten.<sup>1071</sup>

<sup>1068</sup> Oquist: Violencia, S. 261. S. auch Pardo Rueda: Historia, S. 482.

<sup>1069</sup> Behar, Guerras, S. 27.

<sup>1070</sup> „TSI, SN 6415 contra Silverio Bonilla García et al. por Rebelión“ (AHJT/2/2/10/1/51).

<sup>1071</sup> Ebenda, f. 127.



## 4 Der Griff zu den Waffen als Reaktion auf die Wahl der Regierung Gómez 1949

### 4.1 Die Formierung von bewaffneten Widerstandsgruppen

Der Gewinn an politischem Gewicht der radikalen Flügel der Traditionsparteien, insbesondere der gewachsene Einfluss der *laureanistas* gegenüber den moderaten Konservativen um Ospina Pérez, hatte bereits zu einer stetigen Intensivierung der Gewalt in der Frühphase des Untersuchungszeitraums geführt. Nach dem Ausbruch eines binnenstaatlichen Konflikts und im Zuge der zunehmenden Polarisierung im politischen Feld werden, wie Waldmann festhält, die Stimmen der radicalisierten politischen Flügel immer lauter und die gemäßigten, im Grundsatz zur Vermittlung bereiten Fraktionen nicht mehr gehört und Konfliktlagen potentiell verschärft.<sup>1072</sup> Ein ähnlicher Befund ist für Kolumbien Ende der 1940er Jahre zu konstatieren.

Die Verhängung des Ausnahmezustandes und die Wahl von Laureano Gómez zum neuen Präsidenten Kolumbiens im November 1949 stellte eine Zäsur in der Ausgestaltung der bewaffneten Auseinandersetzungen zwischen Liberalen und Konservativen sowie kommunistischen Gruppierungen dar. Mit dieser Wahl hatten die *laureanistas*, der rechte Flügel der Konservativen Partei, ihr gewachsenes politisches Gewicht und ihren Einfluss unter Beweis gestellt. Im Gegensatz zu den *ospinistas* lehnten die Anhänger von Laureano Gómez eine Beteiligung der als unehrlich, moralisch ungefestigt und als kommunistisch unterwandert dargestellten Liberalen ab. Der November 1949 stellte den Auftakt einer Phase der *Violencia* dar, in der sich die politische Verständigung zwischen den Parteien ihrer institutionalisierten Kanäle beraubt sah und sich die bewaffneten Auseinandersetzungen zwischen den politischen Gruppierungen generalisierten und intensivierten.<sup>1073</sup>

In der Frühphase der *Violencia* waren Regionen mit deutlichen Mehrheiten für die Liberale Partei, wie der *departamento* Tolima, weniger stark von kollektiven, parteipolitisch motivierten Gewaltakten betroffen gewesen. Liberale *gamo-nales* und Regional- sowie Lokalpolitiker hatten nach ihren Möglichkeiten im Rahmen eines klientelistischen politischen Systems mäßigenden Einfluss auf die liberalen Parteimitglieder ausgeübt, die sich gewaltsam gegen die Angriffe von konservativen Mitbürgern oder staatlichen Sicherheitskräften wie der immer stärker politisierten *Policía Nacional* zur Wehr setzten. Besonders deutlich wurden die Versuche der Anleitung des liberalen Widerstandes durch Vertreter der Liberalen Partei bei den Aufständen anlässlich des Mordes an Gaitán und der

---

<sup>1072</sup> Waldmann: Gesellschaften, S. 350.

<sup>1073</sup> Gilhodés: Violencia, S. 194.

folgenden Einrichtung von *Juntas Revolucionarias*. Allerdings war die Unterstützung bewaffneter Widerstandsgruppen durch liberale Politiker in der Frühphase des Untersuchungszeitraums nur rudimentär ausgeprägt und wurde zu keinem Zeitpunkt zentral koordiniert. Häufig beschränkte sie sich auch nur auf verbale Gutheißen.<sup>1074</sup>

Bekanntlich gelang es der liberalen Parteiführung nicht, durch die Oppositionspolitik der *Resistencia Civil* oder anderweitige Einflussnahme in den institutionalisierten Kanälen des politischen Feldes die von der Konservativen Partei ausgehende Gewalt einzudämmen. Erschwerend kam hinzu, dass die Führungsriege der Liberalen Partei kein einheitliches Konzept besaß, wie der steigenden Gewalt zwischen den Anhängern der Traditionsparteien begegnet werden könnte. Die Versuche, dies durch Protestnoten an den Präsidenten und die zuständigen Minister zu erreichen, das heißt die noch verbliebenen institutionellen Kanäle des politischen Feldes zu nutzen, brachten nicht den gewünschten Erfolg. Gleichzeitig zielten radikalisierte Anhänger des zukünftigen Präsidenten Gómez in steigendem Maße darauf, ihre politischen Ziele gewaltsam durchzusetzen.<sup>1075</sup>

Ab November 1949 verloren liberale Parteimitglieder durch die Verhängung des landesweiten Ausnahmezustandes, insbesondere in der ländlichen Peripherie, auch noch das letzte Maß an Schutz, den ihnen Repräsentanten der Liberalen Partei in den politischen Institutionen der Legislative bislang hatten geben können. Parallel zu der Schwächung der Einflussmöglichkeiten der Liberalen Partei gewann der rechte Flügel der Konservativen Partei um Laureano Gómez an Macht und politischem Gewicht, wie sich an der Rückkehr des *jefe natural* aus seinem spanischen Exil und seiner bevorstehenden Kandidatur für das Präsidentenamt verdeutlichte.<sup>1076</sup> Nachdem die Liberale Partei ihre politischen Mehrheiten anlässlich der Legislativwahlen Mitte 1949 erneut unter Beweis gestellt hatte, sahen die Apologeten der Mission der Konservativen Partei für die *patria* die Notwendigkeit, dieser notfalls auch gewaltsam zum Erfolg zu verhelfen, wie der Schusswechsel im Kongress im September 1949 oder das Massaker in der *Casa Liberal* in Cali einen Monat später exemplarisch verdeutlichen.<sup>1077</sup> Insbesondere die Schießerei in den Volksvertretung zwischen liberalen und konservativen Volksvertretern, bei der die Abgeordneten Gustavo Jiménez und Jorge Soto del Corral getötet wurden, war für viele Anhänger der Liberalen Partei auf der regionalen Handlungsebene der Anlass, sich auf eine umfassendere Form des Wider-

<sup>1074</sup> Pardo Rueda: Historia, S. 480f.

<sup>1075</sup> Betancourt; García: Matones, S. 68.

<sup>1076</sup> Ramsey: Modern Violence, S: 209-213.

<sup>1077</sup> Vgl. Palacios: Legitimidad, S. 202f.; Wilde: Quiebra, S. 95f.

standes vorzubereiten. In weiten Teilen des Landes bildeten sich in der Folge bewaffnete Widerstandsgruppen, um sich gegen die konservativen Aggressionen zu verteidigen.<sup>1078</sup>

Wie bereits gezeigt wurde, unterschieden konservative *dirigentes políticos* nicht stringent zwischen Liberalen und Kommunisten. In ihrer Wahrnehmung und Deutung sozialer Realität waren beide politischen Gruppierungen zu einer amorphen und ununterscheidbaren Masse geworden. Daher verwundert es nicht, dass die Gewalt der *chulavitas* sowie ihrer paramilitärischen Unterstützer sowohl *campesinos*, die sich den Liberalen verbunden fühlten, als auch kommunistische Akteure traf.

Der *Estado de Sitio*, der den politischen Oppositionsparteien die Einflussnahme über die legislativen Körperschaften nahm, sowie der Machtgewinn von radikalierten Konservativen und deren unter Beweis gestellte Bereitschaft, Gewalt für politische Zwecke gegen Liberale und Kommunisten einzusetzen, stellten die von Michael Krennerich konzipierten Gewaltverhältnisse dar, welche Gewalttaten begünstigen. Auf diese Gewaltverhältnisse reagierten kommunistische und liberale Akteursgruppen mit der Formierung bewaffneter Widerstandsgruppen. In der Interaktion zwischen Kombattantengruppen und ihren Widersachern – zu denen auch staatliche Akteure gehören können – stellt gewaltsames Handeln eine nahezu jederzeit verfügbare Handlungsressource dar.<sup>1079</sup> Selbst der von Enzensberger als „Verlierer“ bezeichnete isolierte und sozial randständige Akteur – und als solche waren 1949 Mitglieder der Liberalen und der Kommunistischen Partei zu bezeichnen – kann, wenn auch nur für einige Augenblicke, die Aufmerksamkeit auf sich ziehen und große Publizität erreichen, wenn er auf (extreme) Gewalt zurückgreift, um seinen Anliegen Gehör zu verschaffen.<sup>1080</sup> Gerade für diese *Verlierer*, das heißt für machtlose und kommunikativ isolierte Individuen oder Gruppen ist es unter Umständen attraktiv, auf die Gewalt als Handlungsoption zurückzugreifen, denn sie ist ein „nicht nichtnegierbares Kommunikationsangebot“.<sup>1081</sup> Von derjenigen Person, die gewaltsam handelt, kann niemand im Nachhinein behaupten, dass sie nicht agiert hätte.<sup>1082</sup>

Für das Verständnis der weiteren Genese der *Violencia* ist es wichtig, zwischen der Formierung liberal und kommunistisch inspirierter Widerstandsgruppen zu

<sup>1078</sup> Medina: *Resistencia Campesina*, S. 249, 253.

<sup>1079</sup> Baberowski: Gewalt, Textabschnitt 5.

<sup>1080</sup> Hans Magnus Enzensberger: *Schreckens Männer. Versuch über den radikalen Verlierer*. Frankfurt (Main) 2006, S. 16ff.

<sup>1081</sup> Dirk Baecker: *Form und Formen der Kommunikation*. Frankfurt (Main) 2005, S. 172.

<sup>1082</sup> Baberowski: Gewalt, Textabschnitt 5.

unterscheiden. Während der kommunistische Widerstand auf die Überwindung der althergebrachten sozialen und politischen Ordnung zielte, verfolgten die Widerstandskämpfer, die sich die Verteidigung der Werte der Liberalen Partei auf die Fahnen schrieben, die Beibehaltung des bis 1946 bestehenden politischen Systems. Die liberalen und kommunistischen Kombattanten mit ihren unterschiedlichen Zielsetzungen lassen sich mit Münkler als die schwer miteinander in Einklang zu bringenden *Partisanen der Revolution* und *Partisanen der Tradition* beschreiben.<sup>1083</sup>

## 4.2 Die Bildung liberaler guerrillas

Ungeachtet der bevorstehenden Wahl Laureano Gómez' zum Präsidenten hoffte die Mehrheit der liberalen Parteimitglieder darauf, dass die Führungsriege ihrer Partei die zu erwartende Eskalation der blutigen Auseinandersetzungen zwischen den Anhängern der Traditionsparteien abwenden konnte. Diese Hoffnung wurde zu guter Letzt in nicht unerheblichem Maße von der Parteispitze selber genährt. In liberalen Tageszeitungen wie *El Tiempo* verbreiteten exponierte Vertreter der Partei ihre Überzeugung, dass sich die Streitkräfte im Gegensatz zu der stark politisierten Polizei rechtsstaatlichen Prinzipien verpflichtet sehen und die Mitglieder der Liberalen Partei vor der Gewalt schützen würden – eine Überzeugung, die sich im Laufe der Zeit als trügerisches Gerücht herausstellen sollte.<sup>1084</sup>

Der Glaube an eine Intervention der Streitkräfte zugunsten der Liberalen Partei basierte auf der Tatsache, dass während der *República Liberal* ein beachtlicher Teil des Offizierscorps mit Personen besetzt worden war, die sich zur Liberalen Partei bekannten. So zielten liberale *dirigentes políticos* darauf, der Liberalen Partei wohlgesonnene Teile der Streitkräfte zu einem Putsch gegen die konservative Regierung zu bewegen, der im November 1949 anlässlich der Präsidentschaftswahlen erfolgen sollte. Einem Geheimdienstbericht zufolge zirkulierten sechs Tage vor dem Wahltag Schreiben der *Dirección Liberal* mit dem Aufruf an das Heer, den geplanten Staatsstreich zu unterstützen.<sup>1085</sup> Kurzfristig wurde der Plan allerdings fallen gelassen und stattdessen zu einem Generalstreik aufgerufen. Die Nachricht erreichte jedoch nicht alle involvierten Offiziere rechtzeitig, so dass der rebellierende Kapitän der kolumbianischen Luftwaffe Alfredo Silva Romero in Meta auf verlorenem Posten stand. Mit dem Scheitern der militärischen Erhebung begaben sich die bewaffneten liberalen Parteimitglieder um Eliseo Velásquez, welche die Streitkräfte bei ihrem Vorhaben unterstützen wollten und die

---

<sup>1083</sup> Vgl. Münkler: Gewalt und Ordnung, S. 111-126.

<sup>1084</sup> Romero Quijano: Vencedor, S. 26.

<sup>1085</sup> „Llama desde Bogotá Natalia de Gutiérrez“ (AGN/FMI/SDM/2/10/3).

Stadt Puerto López angegriffen hatten, in den Widerstand, auch um der folgenden Strafverfolgung zu entgehen.<sup>1086</sup> Die *guerrilla* in den *llanos orientales* wurde die bedeutendste Gruppe des bewaffneten Widerstandes gegen die Regierung Gómez in den frühen 1950er Jahren.

Die Hoffnung, dass sich die Streitkräfte auf die Seite der Liberalen Partei schlagen würden, wurde auch noch im Juni 1950 anlässlich des bevorstehenden Amtsantritts von Gómez geäußert. In einem als subversiv klassifizierten Flugblatt wurde jedes Mitglied der Liberalen Partei dazu aufgerufen, stets die *chulavitas* anzugreifen, in den Angehörigen des Heeres aber „einen treuen Verbündeten zu sehen, der bereit ist, ihm [dem liberalen Parteimitglied, L. R.] unmittelbar zu helfen“.<sup>1087</sup> Weiterhin machte das Pamphlet deutlich, wie sehr sich die *diskursive Dichotomisierung der sozialen Realität* bereits in den Wahrnehmungshorizonten der Akteure auf der regionalen Ebene verfestigt hatte. Die Autoren des Flugblatts sahen genauso wie die Wortführer der Liberalen Partei in dem nächsten Präsidenten Kolumbiens den Verfechter faschistischer Ideologien, die dieser in Kolumbien etablieren wollte. Sie argumentierten, dass ein Großteil der Offiziere des Heeres der Liberalen Partei in der „Endschlacht“ beistehen würde, sodass das „falangistische Monster und Vertreter Francos niemals den Thron der Präsidenten betreten wird, der bereits von der mörderischen Regierung Ospina Pérez und seinen Gefolgsleuten befleckt und geschändet (*vilipendiado*) worden ist“.<sup>1088</sup>

Politiker aus der Führungsebene der Liberalen Partei konnten die Wahl Gómez' zum Präsidenten nicht verhindern. Auch die Streitkräfte intervenierten nicht, wie von Vertretern der Liberalen Partei gehofft, in die innenpolitischen Entwicklungen, um die Wahl zu unterbinden. Auf die sich weiter intensivierende Gewalt gegen Anhänger der Liberalen Partei reagierten diese anfangs mit einer Evasions-taktik. Um den überfallartigen, in der Regel im Schutz der Dunkelheit erfolgenden Angriffen von *chulavitas* und den sie unterstützenden konservativen Zivilisten zu entgehen, verbrachten viele potentielle Opfer die Nächte nicht in ihren Unterkünften, sondern in provisorischen Behausungen im umliegenden Bergland.<sup>1089</sup> Mit dem Fortschreiten des Konflikts sahen sich immer größere Teile der Bevölkerung gezwungen, ihr Hab und Gut zurückzulassen und auf unbestimmte Zeit in das

<sup>1086</sup> Pizarro Leongómez: Profesionalización Militar II.

<sup>1087</sup> Das Flugblatt ist als Beweismittel enthalten in: „TSI, SN 3227 contra Ernesto Lucena Bonilla et al. por Delito contra el Régimen Constitucional y la Seguridad Interior del Estado“ (AHJT/2/2/11/8).

<sup>1088</sup> Ebenda, f. 8.

<sup>1089</sup> Vgl. Aurelio González: Zeitzeugeninterview, 13.8.1982 (APMM).

bergige, relativ schwer zugängliche Umland zu fliehen.<sup>1090</sup> Zwar ermöglichte die Flucht in das unwirtliche und unwegsame Hinterland, den Aktionen staatlicher Sicherheitskräfte und konservativer Gewalttäter zu entgehen. Allerdings hieß dies auch, dem politischen Gegner seinen Besitz, seine Häuser, seine Tiere, seine *fincas* – wenn die Flüchtlinge denn überhaupt in Besitz eigenen Landes waren – zu überlassen, ohne dass es eine realistische Hoffnung gab, dass der blutige politische Konflikt in absehbarer Zeit enden würde. Die Aussicht auf Rückerlangung der zurückgelassenen Habseligkeiten musste von den Betroffenen folgerichtig als äußerst gering eingeschätzt werden.

Zentrale Motivation für die Herausbildung von bewaffneten Widerstandsgruppen liberaler oder kommunistischer Ausprägung war in erster Linie die Verteidigung der Familien und des Besitzes gegen die Gewalt der *chulavitas* und ihrer paramilitärischen Unterstützer. Dementsprechend hatten die bewaffneten Widerstandsgruppen in ihrer Frühphase eine grundsätzlich defensive Ausrichtung, obgleich einige Widerstandsgruppen um 1951 eine militärische Stärke gewonnen hatten, die ihnen auch Offensivaktionen gegen die staatlichen Sicherheitskräfte erlaubte.<sup>1091</sup>

Mit Riekenberg können die zeitgenössisch als *guerrillas* bezeichneten Gruppen als *Gewaltsegmente* bezeichnet werden. Er beschreibt *Gewaltsegmente* als auf der gemeinschaftlichen Gewalttat und in der Interaktion mit anderen Gewaltkollektiven konstituierte Kombattantengruppen. Diese sind „organisierte Gemeinschaften der Gewalttat [...], die egalitäre Gewaltbeziehungen konstituieren bzw. repräsentieren, umgrenzte Territorien kontrollieren und zu kriegsartigen Handlungen [...] in der Lage sind“.<sup>1092</sup> Die liberalen *Gewaltsegmente* entstanden in der Regel um weit gespannene Familiennetzwerke und Personen, die wegen ihres Einflusses in lokalen Machtnetzwerken *caudillos*, ähnlich des von Max Weber beschriebenen charismatischen Herrschers<sup>1093</sup>, genannt wurden.<sup>1094</sup>

---

<sup>1090</sup> Sánchez; Meertens: Bandits, S. 46; Wilmer Duván Tafur Pinto: El Movimiento Guerrillero y el Bandolerismo en los Municipios de Chaparral y Rioblanco, durante los Gobiernos de Laureano Gómez y Rojas Pinilla (1950-1957). Trabajo de grado como requisito parcial para optar al título de Profesional en Ciencias Sociales. Universidad del Tolima, Facultad de Ciencias de la Educación 2007, S. 37ff.

<sup>1091</sup> Casas: Guerrilla, S. 108. Emblematisch für die gewonnene Stärke der Widerstandsgruppen ist die Tötung von 96 Soldaten der Streitkräfte durch ein Kommando der *guerrilla llanera* unter der Führung von Guadalupe Salcedo im Juli 1952 (vgl. Palacios: Legitimidad, S. 226).

<sup>1092</sup> Riekenberg: Gewaltsegmente, S. 8.

<sup>1093</sup> Weber: Wirtschaft und Gesellschaft, S. 140ff.

<sup>1094</sup> Palacios: Legitimidad, S. 223; Fajardo: Violencia, S. 280; Sánchez; Meertens: Bandits, S. 46ff.

In Rovira ging beispielsweise Leonidas Borja (alias El Lobo) zusammen mit seinen Brüdern Tiberio (alias Córdoba) und Arsenio (alias Santander) sowie David Cantillo (alias Triunfante) in den bewaffneten Widerstand gegen die konservativen Gewaltakteure.<sup>1095</sup> In Südtolima bildeten sich Widerstandsgruppen um die Familien Rada, García und Loaiza.<sup>1096</sup> Das bedeutendste liberale *Gewaltsegment* in Südtolima entstand in der Gemeinde Rioblanco um den als *caudillo* zu bezeichnenden Gerardo Loaiza, der es als Landbesitzer zu einem gewissen Wohlstand gebracht hatte, und seinen Söhnen, die unter den Alias Veneno, Agarre, Tarzán und Calvario firmierten.<sup>1097</sup> Ihr Mitstreiter in der liberalen *guerrilla* in Rioblanco war Leopoldo García, der Bekanntheit unter dem Aliasnamen Peligro erlangte. Weitere exponierte liberale *dirigentes guerrilleros* waren Hermógenes Vargas (alias Vencedor), der mit seinem Vater schon im April 1948, nach dem Mord an Gaitán, gegen die konservative Regierung rebelliert hatte, und Ignacio Parra (alias Revolución).<sup>1098</sup>

Die Mitglieder der Liberalen Partei, die sich in der Endphase der Regierung Ospina Pérez in den bewaffneten Widerstand begaben, waren nahezu in ihrer Gesamtheit zu Opfern konservativer Gewalt geworden bzw. zählten nahe Familienangehörige zu den Opfern der Repression durch Polizei und konservative Freiwillige. Juan Calderón Palomar (alias Sangre Negra) war in den bewaffneten Widerstand gegen die Regierung Gómez gegangen, nachdem *chulavitas* seinen Onkel, einen liberalen Lokalpolitiker, 1949 getötet hatten.<sup>1099</sup> Auch Hermógenes Vargas schloss sich dem liberalen bewaffneten Widerstand an, der sich in der zweiten Jahreshälfte 1949 in dem Weiler El Quebradón in Südtolima bildete, nachdem sein Vater Jorge Antonio wegen seiner Mitgliedschaft und seiner führenden Rolle in der Liberalen Partei von Polizeibeamten getötet worden war. Sowohl Gerardo Loaiza als auch Vargas waren Augenzeugen der Vergewaltigung und Ermordung ihrer Ehefrauen, Schwestern und Töchter durch radikalierte konservative Zivi-

<sup>1095</sup> Henderson: History, S. 144. In dieser Widerstandsgruppe begann Teófilo Rojas, der später als Chispas traurige Berühmtheit erlangen sollte, in jungen Jahren sein Leben im bewaffneten Untergrund (vgl. Guzmán Campos: Violencia, S. 99; s. auch El Cronista, 24.1.1963, „Amplio cuadro delictivo era el que tenía Chispas“).

<sup>1096</sup> Medina: Resistencia Campesina, S. 253.

<sup>1097</sup> Der kommunistische Widerstandskämpfer Raúl Valbuena, der zeitweise in Südtolima gemeinsam mit den liberalen *guerrilleros* um Gerardo Loaiza kämpfte, berichtet, dass die Anweisungen und Befehle von Loaiza unwiderruflich waren und unterstreicht so seinen Charakter als *caudillo* des liberalen Widerstandes (Zeitzugeneinterview, 16.11.1982 [APMM]).

<sup>1098</sup> Guzmán Campos: Violencia, S. 214, 290ff; Pizarro Leongómez: Orígenes; Rosales Ariza: Forajadores, S. 50.

<sup>1099</sup> El Tiempo, 1.10.1953, „180 Guerrilleros se entregaron en Algeciras, Huila“.

listen geworden, die den Widerstand Liberaler in Südtolima durch solche Gewaltakte brechen bzw. dessen geringe Erfolgsaussichten aufzeigen wollten.<sup>1100</sup> Die Ermordung zweier seiner Brüder durch *chulavitas* 1950 veranlasste Jesús Antonio Otavo dazu, Bekannte, die Ähnliches erlebt hatten, um sich zu scharen und den Widerstand in der Gemeinde Chaparral zu organisieren, wo sich zeitgleich auch kommunistisch geprägte *autodefensas* herausbildeten.<sup>1101</sup>

Die von exponierten Repräsentanten der Liberalen Partei mitgetragene *Dichotomisierung der sozialen Realität* führte dazu, dass Liberale, die sich auf der regionalen bzw. lokalen Handlungsebene in den bewaffneten Widerstand begeben hatten, den politischen Widersacher als den *absolut Anderen* und das *absolut Böse* sahen. Dieser bedrohte nicht nur die Existenz der eigenen Gemeinschaft, sondern stellte auch das historisch-kulturelle Erbe der *patria* in Frage – so wie es die Repräsentanten der Liberalen Partei auf der nationalstaatlichen Ebene vorzeichneten. Die Kombattanten, welche Ende der 1940er Jahre die Liberale Partei mit dem Griff zu den Waffen gegen die konservativen Aggressionen schützen wollten, beriefen sich auf die Liberale Partei und behaupteten, in ihrem Namen zu agieren. Durch diese Anbindung versuchten sie, ihrem bewaffneten Handeln Legitimität zu verleihen.<sup>1102</sup>

In einem Brief an den noch amtierenden Präsidenten Ospina Pérez vom 28.11.1949, einen Tag nach der Wahl Gómez' zum künftigen Präsidenten Kolumbiens, bezeichneten führende Vertreter der Liberalen Partei den 9.11.1949, als Ospina Pérez den Ausnahmezustand verhängte und die Schließung der legislativen Körperschaften verfügte, als Staatsstreich.<sup>1103</sup> Neben der ausufernden Gewalt gegen die liberale Wählerschaft, die eine Beteiligung an den Wahlen am Vortag unmöglich gemacht hatte, kritisierte der Brief das politische Vorgehen des Präsidenten bezüglich der Verhängung des Ausnahmezustandes. Keine Interpretation des Verfassungstextes rechtfertigte aus Sicht der Unterzeichner die Auflösung des Kongresses und auch die Widerrufung von Gesetzen per Präsidialdekret, die in keinerlei Zusammenhang mit den Gründen für den *Estado de Sitio* standen, entbehre jeglicher konstitutionellen Grundlage. Das politische Projekt der konservativen Regierung verglichen die Autoren des Schreibens, zu denen neben vielen anderen Alfonso López Pumarejo, Carlos Lleras Restrepo und Carlos Lozano y

---

<sup>1100</sup> Romero Quijano: Vencedor, S. 21f, 25f; Behar, Guerras, S. 35; Sánchez: Revolución, S. 92; Uribe Alarcón: Matar, rematar, contramaratar, S. 55f.; Arango Z.: FARC, S. 171.

<sup>1101</sup> Tafur Pinto: Movimiento, S. 105f.

<sup>1102</sup> Betancourt; García: Matones, S. 140.

<sup>1103</sup> „El Golpe de Estado del 9 de Noviembre“ (AGN/FMI/SDM/2/10/1A-1Ev).

Lozano gehörten, mit den rezenten Versuchen der europäischen Faschisten Hitler, Mussolini und Franco, die demokratische Ordnung zu zerstören.<sup>1104</sup>

Ähnlich drückte sich im Juli 1953 ein im Exil in St. Louis (USA) lebender kolumbianischer Staatsbürger in einem Brief an Rojas Pinilla aus, in dem er die politischen Entwicklungen in seinem Heimatland der letzten Jahre betrachtete. Der Wahl von Gómez nach der Verhängung des Ausnahmezustands sprach er jegliche Legitimität ab und beschuldigte den kurz zuvor abgesetzten Präsidenten, Kolumbien „entehrt“ zu haben. Die zahlreichen Verbrechen und die landesweite Straflosigkeit für konservative Gewalttäter würden aus seiner Sicht die Situation in Kolumbien unerträglicher als in der Sowjetunion machen – bei den Westmächten der Inbegriff eines totalitären politischen Systems.<sup>1105</sup> Liberale Politiker auf der nationalstaatlichen bzw. regionalen Ebene sahen in der konservativen Regierung eine „*godo-falangistische Sekte*“<sup>1106</sup> und eine Diktatur mit demokratischer Fassade, die mittels der Gewalt gegen die Liberale Partei Kolumbien das demokratische Fundament nehmen wolle.

Ähnlich äußerten sich liberale Kombattanten, die sich gegen die konservativ-staatliche Gewalt zur Wehr setzten. Sie würden die Liberale Partei und die durch sie verkörperten Werte verteidigen, die aus liberaler, zeitgenössischer Sichtweise das Fundament moderner westlicher Demokratie darstellten. Juan de Jesús Franco, der eine liberale Widerstandsgruppe in Südwestantioquia organisiert hatte, verbot seinen Untergebenen, das Heer anzugreifen, „denn dieses sucht [wie die liberalen Widerstandskämpfer, L. R.] die Freiheit der *patria*, den Frieden und die Gerechtigkeit“.<sup>1107</sup> Aparicio Guayara, Opfer eines Überfalls einer bewaffneten liberalen Widerstandsgruppe in der Gemeinde Roncesvalles, sagte dahingehend aus, dass einer der Täter ihm gegenüber bekundet habe, sie hätten zu den Waffen gegriffen, da „sich die Regierung schwer an dem Liberalismus vergangen hat (*ha abusado con el liberalismo en gran manera*), was viele in den Ruin getrieben hat“.<sup>1108</sup> Victor Mendoza erstattete Mitte 1952 Anzeige gegen seine Arbeitgeber Antonio

<sup>1104</sup> Ebenda.

<sup>1105</sup> „Carta al Presidente de la República“ (AGN/PR/DSM/88/35/1-2). Interessanterweise datiert das Schreiben vom 27. Juli 1953, dem Tag, an dem der Waffenstillstand die direkten bewaffneten Auseinandersetzungen in Korea beendete.

<sup>1106</sup> So wurde die konservative Regierung in dem bereits zitierten, subversiven Flugblatt vor dem Amtsantritt von Gómez charakterisiert (vgl. „TSI, SN 3227 contra Ernesto Lucena Bonilla et al. por Delito contra el Régimen Constitucional y la Seguridad Interior del Estado“ [AHJT/2/2/11/8]).

<sup>1107</sup> Der Befehl ist abgedruckt und zitiert in: Guzmán Campos: Violencia, 248f.

<sup>1108</sup> „TSI, SN 6961 contra José Alirio Guzmán Restrepo por Asociación para Delinquir“ (AHJT/2/1/1/38v).

José Varón und dessen Bruder Miguel, weil sie versucht hätten, ihn davon zu überzeugen, sich der lokalen liberalen Widerstandsgruppe anzuschließen. Die Beschuldigten hätten ihm bekundet, so gab Mendoza zu Protokoll, dass der liberale Widerstand auf die Absetzung der Regierung hin arbeite. Antonio José Varón habe – im Einklang mit den führenden *dirigentes liberales* – Mendoza gegenüber betont, dass die Liberale Partei seit jeher über einen größeren Stimmenanteil als ihre konservative Konkurrenz verfügt habe. Die Beschuldigten hätten angeführt, dass sich die liberalen Widerstandsgruppen gegen eine totalitäre Konservative Partei zur Wehr setzten, die gewaltsam und die Verfassung verletzend verhindere, dass die Liberale Partei die Regierung stelle.<sup>1109</sup>

Das liberale *Gewaltsegment* in den *llanos orientales* führte stellvertretend für die liberalen Widerstandsgruppen an, für die politische und soziale Freiheit zu kämpfen, welche aus ihrer Blickwarte die kolumbianische Bevölkerung vor dem Antritt der konservativen Regierungen genossen habe.<sup>1110</sup> Zum zweiten Jahrestag der Ermordung Gaitáns schrieb Eliseo Velásquez, der bereits als „Oberbefehlshaber der revolutionären Kräfte der Llanos“ unterzeichnete, an den kurz vor seiner Ablösung stehenden Präsidenten Ospina Pérez: „Angesichts der bedrohlichen Haltung Ihrer Regierung bleibt uns lediglich, unsere Leben, Familien und Habe *a sangre y fuego* zu verteidigen“. Velásquez warnte ihn, dass die Befriedung der *llanos* nicht möglich sei, solange sich er und seine Regierung über die Verfassung und Gesetze hinwegsetzen würden.<sup>1111</sup>

Vor dem Hintergrund der *Dichotomisierung der sozialen Welt* wurde die Verteidigung des eigenen Lebens, der eigenen Familie und der eigenen bäuerlichen Existenzgrundlage zur Verteidigung der Partei, die wiederum mit der *patria* gleichgesetzt wurde. So wie es galt, diese vor dem politischen Gegner zu schützen, zielte die eigene Gewalt darauf, den Widersacher, seine Familie und seine Partei zu vernichten. Trutz von Trotha konzipiert den *totalen Krieg* als einen Typus kriegerischer Auseinandersetzungen, der tendenziell alle Mitglieder der eigenen und der gegnerischen Gemeinschaft in die Kämpfe mit einbezieht. Er nennt diesen Umstand das *genozidiale Moment des totalen Krieges*.<sup>1112</sup> In dieser Hinsicht zeichneten sich die bewaffneten Auseinandersetzungen zwischen Anhängern der

<sup>1109</sup> „TSI, SN 2962 contra Antonio José Varón et al. por por Asociación e Instigación para Delinquir“ (AHJT/2/2/8/12/1v).

<sup>1110</sup> Casas: Guerrilla, S. 108, 129; Guzmán Campos; Fals Borda; Umaña Luna: Violencia, S. 61ff.

<sup>1111</sup> Eine Kopie des Schreibens ist enthalten in: AHJT/Documentos Sueltos.

<sup>1112</sup> Von Trotha: Formen des Krieges, S. 75ff.

Liberalen und der Konservativen Partei durch Charakteristika des *totalen Krieges* im Sinne von Trothas aus.<sup>1113</sup>

Die Grenzen zwischen Angehörigen der Liberalen und der Konservativen Partei wurden in einzelnen Regionen Tolimas als derart undurchlässig und strikt wahrgenommen, dass die gewaltsamen Interaktionen zwischen Mitgliedern der Traditionsparteien andere Formen sozialer Beziehungen ersetzten.<sup>1114</sup> Die Aussagen von Ermenegildo Enciso im September 1953, bereits nach dem Putsch von General Rojas Pinilla, zu dem Mord an einem seiner Söhne, verdeutlichen den *sectarismo*, der auf Seiten der liberalen Widerstandsgruppen zu beobachten war. Er beklagte den Mord an seinem Sohn Benicio in der Gemeinde Purificación, den eine Gruppe von 200 bis 300 liberalen Bewaffneten, zusammen mit fünf weiteren Konservativen, getötet hatte. Nach Auskunft seines anderen Sohnes Saturnino, der über Wochen von der *cuadrilla* verschleppt worden war, habe der Grund für den Mord einzig und allein in der „Politik“ gelegen<sup>1115</sup>, das heißt er wurde getötet, weil die Liberalen in der Mitgliedschaft des Opfers in der Konservativen Partei das Kriterium für die Definition als Feind sahen. Saturnino Enciso berichtete, dass die Gruppe liberaler Aufständischer „nur *godos* tötete“.<sup>1116</sup>

Die Art und Weise, wie die Opfer von den liberalen Tätern zugerichtet wurden, ließ darauf schließen, wie fundamental die Täter die Differenz bzw. Feindschaft zu den konservativen Opfern wahrnahmen. Den Opfern waren die Augen ausgestochen sowie die Zunge herausgeschnitten worden, teilweise wurden sie gehäutet, enthauptet und verstümmelt.<sup>1117</sup> Auch hier lässt die Performanz darauf schließen, dass die Gewalt als Kommunikationsmedium genutzt wurde – einerseits zur Einschüchterung von den Opfern nahestehenden Personen und andererseits, um den eigenen potentiellen Unterstützern aufzuzeigen, dass es möglich war, Widerstand zu leisten.

Maximino García erstattete im Dezember 1953 Anzeige gegen die Brüder Diaz, die den Konservativen Miguel Diaz nachts aus seinem Haus gezerrt und getötet hatten. Vor dem Mord hätten sie das Haus des Opfers, in dem sich der Anzeigener-

<sup>1113</sup> S. Trutz von Trotha: Kriege der Niederlagen. In: Ronald Hitzler und Jo Reichertz (Hrsg.): Irritierte Ordnung. Die gesellschaftliche Verarbeitung von Terror. Konstanz 2003, S. 71-93, hier: S. 82ff.

<sup>1114</sup> Uribe Alarcón spricht von dem Fehlen der Beziehungen zwischen Liberalen und Konservativen (vgl. Matar, rematar, contramar, S. 96). Gewalt, verstanden als kommunikativer Akt, stellte hingegen eine alternative Form der Sozialbeziehung dar.

<sup>1115</sup> „TSM, Proceso Número 6070 contra José Yezid Guarnizo et al. por Homicidio y Hurto de Ganado Mayor“ (AHJT/1.1/3/44/3/1v).

<sup>1116</sup> Ebenda, f. 3.

<sup>1117</sup> Ebenda, f. 1v, 5v.

statter befand, zusammen mit anderen Liberalen umstellt und dem konservativen García gedroht, „all diese *godos* [...], die in dieser Region lebten und die keinen Grund zu leben hatten, zu töten“.<sup>1118</sup> Humberto Zapata sagte aus, dass ihm die liberalen Kombattanten anvertraut hätten, sie würden auch andere konservative Bewohner der Region um den Weiler La Yuca in der Gemeinde Cunday, wie die Familie García, töten oder vertreiben wollen: „Wenn sie [die liberalen Kombattanten, L. R.] ihrer [der Familienmitglieder García, L. R.] nicht habhaft würden, würden sie zumindest das Vieh, das sie hatten, essen“.<sup>1119</sup> Ein solches Verhalten entspricht einem *totalen Krieg*, wie ihn von Trotha konzipiert hat und in dem versucht wird, dem Gegner die Lebensgrundlage zu nehmen.

Argemiro Andrade Medina warf Nemesio Acosta vor, zusammen mit anderen Liberalen seine und seiner Geschwister Ermordung geplant zu haben. Er berichtete von einem Zusammentreffen mit Acosta, bei dem letzterer bekundet habe, dass „er alle *godos* töten musste und keinen einzigen am Leben lassen würde“.<sup>1120</sup> Auch in diesen Ermittlungen wird deutlich, wie sehr der *sectarismo* die Freund-Feind-Zuschreibungen bedingte. Zwar kannten Rebecca Cañón Diaz und ihre Schwestern die liberalen Kombattanten, welche die *finca* überfielen, auf der sie beschäftigt waren, seit Kindesbeinen. Trotz der langjährigen Bekanntschaft drohten die Angreifer ihnen, nachdem die Überfallenen ausgeraubt worden waren, dass sie am Folgetag zurückkehren würden. Sollten Cañón Diaz und ihre Familie noch auf dem Landgut anzutreffen sein, würde die liberale *cuadrilla* sie alle töten.<sup>1121</sup>

Angesichts der polarisierten politischen Situation, die sich unter anderem in dem *sectarismo* der Kombattanten äußerte, sahen die liberalen Kombattanten in dem Sturz der Regierung Ospina Pérez bzw. Gómez den einzigen Weg, ihr Ziel – die Verteidigung der Liberalen Partei, ihrer politischen Werte und der *patria* – zu erreichen. Yesid Robayo Moreno wurde beschuldigt zu dem Unterstützerkreis der liberalen *guerrillas* in Rovira zu gehören. Er zeichnete in seiner Vernehmung ein Bild von den über 1000 liberalen Kombattanten in der Gemeinde, das deren nicht nur militärische Stärke aufzeigte:<sup>1122</sup> Sie würden auf ein breit gespanntes

<sup>1118</sup> „Juzgado Veinticuatro de Instrucción Criminal, SsN contra Casimiro Diaz et al. por Homicidio“ (AHJT/1.1/5/55/1ff.).

<sup>1119</sup> Ebenda, f. 97v.

<sup>1120</sup> „Comisaría Especial de Investigación Criminal (CEIC), SN 7074 contra Rafael Bermúdez et al. por Delitos contra la Seguridad Interior del Estado y Asociación e Instigación para Delinquir y Varios Delitos“ (AHJT/2/1/5/4/8).

<sup>1121</sup> „CEIC, SN 7074 contra Rafael Bermúdez et al. por Delitos contra la Seguridad Interior del Estado y Asociación e Instigación para Delinquir y Varios Delitos“ (AHJT/2/1/5/4/116v).

<sup>1122</sup> Rovira gehörte zu einer der am stärksten von der *Violencia* betroffenen Gemeinde in Tolima (Guzmán Campos: *Violencia*, S. 99). Im September 1952 wurden sechs Beamte der

Logistiknetzwerk zurückgreifen können, das bis in die Provinzhauptstadt Ibagué reiche und das sie frühzeitig über ausrückende Polizeikommissionen informiere. Über das Unterstützernetzwerk würden die liberalen Widerstandskämpfer mit Nahrungsmitteln, Geld, Tabak, Munition und selbstgebauten Sprengsätzen versorgt, während der Arzt Luis Muñoz sie medizinisch versorge. Der Umstand, dass sie in ihren Rückzugsräumen Käse herstellten, den sie über das Unterstützernetz veräußerten, zeugt davon, dass sie an Stärke gewonnen hatten und die staatlichen Sicherheitskräfte, angesichts der Produktionsdauer von Käse, über einen längeren Zeitraum auf Distanz halten konnten.<sup>1123</sup>

Dass die liberale *guerrilla* in Rovira mit ihrer gewachsenen Stärke auch andere Ziele formulieren konnte, die sie mit ihren bewaffneten Aktionen verfolgte, war auch dem Ermittler, der den Unterstützern der liberalen Kombattanten in der Gemeinde nachforschte, bewusst. Zwar kriminalisierte er sowohl die Kombattanten als auch deren Unterstützer als gewöhnliche Verbrecher, als Banditengruppen, die „alle Art von Verbrechen gegen Personen und Besitztümer begingen“.<sup>1124</sup> Gleichzeitig war er sich aber offenbar darüber im Klaren, dass sich die Gewalt der Bewaffneten in erster Linie gegen staatliche Einrichtungen richtete, welche die, seiner Meinung nach, „legitimate Regierung“ repräsentieren würden, und die liberalen Gewaltkollektive darauf zielen würden, „die legitim konstituierte Regierung zu stürzen“.<sup>1125</sup> Mit der Feststellung, dass die Widerstandskämpfer hauptsächlich gegen politische Institutionen vorgingen, relativierte er allerdings seine eigene Kriminalisierungsstrategie.

Mit dieser Einschätzung lag der ermittelnde Beamte offenbar nicht falsch, denn die liberalen Kombattanten in Rovira beschränkten sich nicht darauf, einfache *campesinos*, Arbeiter oder Reisende, die der Konservativen Partei angehörten, anzugreifen, sondern planten militärische Unternehmungen, die über den lokalen Rahmen hinausgingen. Francisco Trujillo Cárdenas zufolge suchte die liberale *guerrilla* neue Rekruten, auch in Ibagué, von denen sie eine „geschärfte Machete, ein paar einfache Schuhe (*alpargatas*), alte Kleidung, ein Paket Schwarzpulver und eine Taschenlampe“ fordere, um in die Widerstandsgruppe aufgenommen zu

---

*Policia Nacional* in Rovira brutal ermordet. Der Beisetzung der Getöteten in Bogotá folgten Demonstrationen gegen die Liberale Partei, die der geistigen Urheberschaft der Morde beschuldigt wurde. Nach den Ausschreitungen konservativer Demonstranten gingen López Pumarejo und Lleras Restrepo in das Exil (vgl. Palacios: Legitimidad, S. 226f.).

<sup>1123</sup> „CEIC, SN 7074 contra Rafael Bermúdez et al. por Delitos contra la Seguridad Interior del Estado y Asociación e Instigación para Delinquir y Varios Delitos“ (AHJT/2/1/5/4/163ff.).

<sup>1124</sup> Ebenda, f. 20v, 22.

<sup>1125</sup> Ebenda.

werden. Die Rekrutierungskampagne des bewaffneten Widerstandes ziele darauf, „mehrere Tausende [neue Kombattanten zu gewinnen], um Ibagué anzugreifen“.<sup>1126</sup>

In den Gemeinden Osttolimas hatten sich, parallel zu den Entwicklungen in anderen Regionen des *departamento*, Mitglieder der Liberalen Partei in den bewaffneten Widerstand begeben. Dabei konnten sie auf Organisationsstrukturen vorheriger sozialer Bewegungen zurückgreifen, insbesondere auf die *movimientos campesinos* der 1920er und 1930er Jahre. Diese waren unter der Schirmherrschaft der von Gaitán initiierten *Unión Nacional Izquierdista Revolucionaria* (UNIR), dem *Partido Agrario Nacional* (PAN) von Erasmo Valencia sowie dem *dirigente campesino* Juan de Cruz Varela zu einem Akteur im politischen Feld Kolumbiens geworden.<sup>1127</sup>

Einer der ersten Angriffe der liberalen *guerrilla* in Osttolima, die Attacke auf den konservativen Weiler La Aurora in der Gemeinde Cunday ist ein exzellentes Beispiel dafür, dass sich die Gewalt der Bewaffneten, die im Namen der Liberalen Partei zu kämpfen vorgaben, gegen den in der konservativen Regierung repräsentierten Staat und den von ihm postulierten Ordnungsanspruch richtete. Eine, so der Bürgermeister der Gemeinde Cunday, „Diebesbande“, die ihren Stützpunkt in dem Dörfchen La Aurora habe und die von besagtem *dirigente agrario* Varela befehligt würde, griff am 10.3.1950 die Polizeistation in La Aurora an und tötete neben drei *chulavitas* zwei zivile Mitglieder der Konservativen Partei. Einer der Zivilisten sei den Angreifern zum Opfer gefallen, weil er mit den staatlichen Sicherheitskräften zusammengearbeitet und Informationen über die liberalen Bewohner der Region an diese weitergegeben habe, somit ein „*sapo*“ sei.<sup>1128</sup>

Die liberalen Kombattanten sahen ihren Angriff als Teil eines landesweiten Aufstandes. Sie verkündeten, dass der Krieg ausgebrochen sei und dass sowohl Ospina Pérez als auch Gómez in Bogotá bereits getötet worden seien. Diese Selbstwahrnehmung als Teil einer den lokalen Rahmen sprengenden Rebellion gegen die konservative Regierung erklärt auch das Vorgehen der Bewaffneten in Cunday, das sich vornehmlich gegen die staatlichen Einrichtungen bzw. Reprä-

<sup>1126</sup> Ebenda, f. 193f.

<sup>1127</sup> Eusebio Prada erinnert in seinem *testimonio* aus den frühen 1980er Jahren an die Bedeutung der *movimientos campesinos* unter Anleitung von Erasmo Valencia (Zeitzeugeninterview, 14.5.1982 [APMM]), vgl. auch Londoño Botero: Varela; Varela Mora; Romero Picón: Amaneceres; Renán Vega Cantor: Las luchas agrarias en Colombia en la década de 1920. In: Cuadernos de Desarrollo Rural 52 (2004), S. 9-47). Für den Bericht eines Zeitzeugen, mit einem stärkeren Fokus auf die Zeit der *Violencia* und Folgejahre, s. Prada: Vida.

<sup>1128</sup> „APG, SN 1140 contra Ramón Rodríguez et al. por Homicidio y Otros, Cuaderno #1“ (APJ/1, 41, 53). Als „*sapo*“, wortwörtlich „Kröte“, werden in Kolumbien und anderen Ländern Südamerikas Spitzel oder Denunzianten bezeichnet. Im Untersuchungszeitraum bezeichnete *sapo* den Verräter an der eigenen (vorgestellten) Gemeinschaft, der Partei.

sentanten des Staates richtete. Ana López de Salgado informierte die ermittelnden Beamten, dass die liberalen Aufständischen bekundet hätten, alles, was der Regierung gehörte, zerstören zu wollen. Aus den Räumlichkeiten der Dorfverwaltung hätten die Rebellierenden mit der Nationalflagge, den Siegeln der Administration und des Wahlkomitees sowie diversen Prozessunterlagen Gegenstände entwendet, welche den Staat bzw. seinen Souveränitäts- und Führungsanspruch symbolisierten. Weiterhin hätten sie – da es sich aus ihrer Sicht um keine lokale Revolte handelte – ausgehend von La Aurora weitere Angriffe auf den Stützpunkt des Heeres auf der *Hacienda* Varsovia und anschließend auf die *cabecera municipal* Cunday geplant. Zu diesem Zweck kontrollierten sie nach dem Angriff auf die Polizeistation das Kommunikationsnetz, das heißt das Telegraphen- und Telefon-system des Dorfes, und überwachten den Personenverkehr in La Aurora, womit sie, wie die Geschworenen festhielten, „de facto eine Regierung“ einrichteten.<sup>1129</sup> Die liberalen Bewaffneten hätten weiterhin mehrfach im Verteidigungsministerium in Bogotá angerufen, um die Nachricht über den Erfolg ihres Unterfangens zu übermitteln und der auf Seiten der Liberalen stehenden Militärjunta, die sich angeblich im Zuge der landesweiten Rebellion gebildet habe, ihre Unterstützung zuzusichern.<sup>1130</sup>

Auch die Militärrichter hielten in diesem Fall fest, dass es sich nicht um rein kriminell motivierte Gewalt vonseiten liberaler Parteianhänger handelte. Wie sie vermerkten, war eindeutig bewiesen, dass diese sich der „Rebellion gegen die legitim konstituierten Autoritäten“ schuldig gemacht hätten und mit dem Angriff auf den „totalen Wechsel des existierenden konstitutionellen Systems“ gezielt hätten.<sup>1131</sup> Die Gewalttaten der Angeklagten seien, wie die *Corte Militar de Casación y Revisión* feststellte, als politisch anzusehen, denn sie zeugten von einem „grenzenlosen Hass auf die Regierung und diejenigen, die diese repräsentierten, [und] einem gewaltigen Eifer, die Regierung zu stürzen und die Institutionen der Republik zu erneuern“.<sup>1132</sup> Die Anerkennung des politischen Charakters des Angriffes spiegelte sich auch in der Urteilsverkündung des *Consejo de Guerra Verbal* wider. Mord, Raub und Brandstiftung stellten zwar keine notwendigerweise politischen

---

<sup>1129</sup> „APG, SN 1140 contra Ramón Rodríguez et al. por Homicidio y Otros, Cuaderno #2“ (APJI/163).

<sup>1130</sup> „APG, SN 1140 contra Ramón Rodríguez et al. por Homicidio y Otros, Cuaderno #1“ (APJI/16, 18, 34, 46, 52f, 60, 68f.); „APG, SN 1140 contra Ramón Rodríguez et al. por Homicidio y Otros, Cuaderno #2“ (APJI/159, 177, 240).

<sup>1131</sup> Ebenda, f. 247.

<sup>1132</sup> „Corte Militar de Casación y Revisión, Apelación contra la sentencia del Tribunal Superior Militar que concedió la gracia de la Amnistía a Paulino Molina Diaz y otros por Homicidio y otros, Cuaderno #8“ (APJI/3).

Straftaten dar, allerdings verurteilte das Militärgericht alle Beschuldigten auch wegen „Rebellion (*rebelión*)“, die mit der Auflehnung gegen die staatlichen Autoritäten eine politische Dimension impliziert – Ramón Rodríguez (alias Patillas) wurde weiterhin wegen des Delikts der Amtsanmaßung („*Usurpación de funciones públicas*“) belangt.<sup>1133</sup>

#### 4.3 Das Entstehen kommunistischer *autodefensas*

Am 22.10.1949 rückte der *Partido Comunista de Colombia* von seiner Fokussierung auf die friedliche, demokratische politische Betätigung ab, als er die Lösung der *autodefensa de masas* ausgab. Die *autodefensas* waren, wie der Name bereits andeutet, strikt defensiv ausgerichtete Zusammenschlüsse von potentiellen Angriffszielen der staatlichen Repression. Sie widmeten sich der Beobachtung einer bestimmten Region, um Gefahren wie anrückende Polizeiexpeditionen oder die Präsenz von radikalierten, bewaffneten Konservativen frühzeitig erkennen und über den drohenden Angriff berichten zu können.<sup>1134</sup>

Um die gefährdeten Zivilisten aus dem Kampfgeschehen zu halten, bemühten sich die Selbstverteidigungsgruppen um präventiv eingerichtete Zufluchtsstätten für diese in dem unwegsamen Bergland bzw. Dschungel. Neben der Überwachung des Einflusssgebietes der jeweiligen *autodefensas* bezeichnete der kommunistische Kombattant mit dem *nom de guerre* Olimpo „die politische Bildung als vorrangige Aufgabe“.<sup>1135</sup> Für die Kommunistische Partei Kolumbiens war nämlich, so ist deutlich hervorzuheben, der bewaffnete Kampf noch nicht die zentrale Handlungsoption, da sie die sozialen, wirtschaftlichen und politischen Bedingungen für eine bewaffnete Ergebung noch nicht als gegeben ansah.<sup>1136</sup> Gutiérrez attestiert der Kommunistischen Partei jedoch eine „ambivalente und widersprüchliche Einstellung“, da sie einerseits den bewaffneten Kampf der Anhänger

---

<sup>1133</sup> „Brigada de Institutos Militares, Juzgado Primero Superior Militar, SN 1209 contra Ramón Rodríguez et al. por Varios Delitos, Cuaderno #3“ (APJI/99-114).

<sup>1134</sup> So beschreibt Pedro Acosta die Aufgaben der *autodefensas* (vgl. Zeitzeugeninterview, 13.5.1982 [APMM]; s. auch Medófilo Medina: Cuadernos de historia del PCC No. 1. Bogotá 1989, S. 9; Gott: Guerrilla Movements, S. 176f.). Huhle verweist auf den legitimierenden Charakter, den sich paramilitärische Organisationen Ende des 20. Jahrhunderts durch die Bezeichnung als *autodefensas* gegeben haben (Rainer Huhle: La violencia paramilitar en Colombia. Historia, estructuras, reacción del Estado e impacto político. In: Klaus Bodemer, Sabine Kurtenbach und Klaus Meschkat (Hrsg.): Violencia y regulación de conflictos en América Latina. Caracas 2001, S. 171-186, hier: S. 172). Dieser Befund gilt allerdings auch für die „Selbstverteidigungsgruppen“, die sich Ende der 1940er Jahre – wenn auch unter gänzlich anderen politischen Vorzeichen – bildeten.

<sup>1135</sup> Arango Z.: FARC, S. 173.

<sup>1136</sup> Pécaut: Orden y Violencia, S. 633; Medina: Cuadernos, S. 92.

der Liberalen Partei als unangemessene Handlungsvorschläge und „abenteuerliche Entwicklung (*tendencia aventurero*)“ disqualifizierte, andererseits aber die Selbstverteidigung der Massen proklamierte, die im Notfall auch den Griff zu den Waffen implizierte.<sup>1137</sup>

Die mit Abstand erfolgreichste *autodefensa* baute die Kommunistische Partei in ihrer „alten“ Hochburg Viotá, in Cundinamarca an der Grenze zu Tolima gelegen, auf. Dort hatte der dem PCC nahestehende *movimiento campesino* in den 1930er Jahren politische Erfolge gegen die lokalen Großgrundbesitzer erzielt – Erfolge, die sich in den Landzuweisungen an vormals landlose *campesinos* widerspiegeln. Viotá war die erste Gemeinde, in der die Kommunistische Partei Kolumbiens die Mehrheit in dem Gemeinderat stellte. Mit der Intensivierung der Auseinandersetzungen zwischen liberalen und kommunistischen Widerstandsgruppen einerseits, den staatlichen Sicherheitskräften und ihren paramilitärischen Unterstützern andererseits intervenierten die politisch einflussreichen *haciendas* bei der Regierung Gómez und handelten einen Nichtangriffspakt aus, da sie die Beeinträchtigung ihrer wirtschaftlichen Interessen bei einem Ausbrechen der Gewalt fürchteten.<sup>1138</sup>

Viotá war weitgehend ausgespart von der *Violencia*. Die Region war während des Untersuchungszeitraums ein Rückzugsraum für kommunistische Akteure, wo der PCC des Weiteren eine Parteischule zur Ausbildung politischer Kader unterhielt.<sup>1139</sup> Marco Fidel Acosta Rojas, der beschuldigt wurde, dem kommunistischen Widerstand anzugehören, gab 1955 zu Protokoll, dass das Heer in der Region Viotá nicht präsent sei und die kommunistischen Gruppierungen somit freie Hand hätten.<sup>1140</sup> Wenig zuvor hatte sich der *Directorio Conservador* des *departamento* Cundinamarca bei Präsident Rojas Pinilla über die Präsenz linker politischer Kräfte beschwert. Aus Sicht der konservativen Politiker sei es für die kolumbianische Regierung nicht hinnehmbar, dass die kommunistischen Gruppen „über eigene [politische] Autoritäten, die regieren und Recht sprechen, über Polizei-

---

<sup>1137</sup> Gutiérrez: Rebeldía, S. 83f.

<sup>1138</sup> Ebenda, S. 85, 91.

<sup>1139</sup> Auch der kommunistische Widerstandskämpfer Eusebio Prada nahm an politischen Bildungskursen in der Parteischule in Viotá teil (vgl. Zeitzeugeninterview, 5.5.1982 [APMM]). Karl: State Formation, S. 180; Londoño Botero: Varela, S. 602; Pardo Rueda: Historia, S. 482; Gutiérrez: Rebeldía, S. 90.

<sup>1140</sup> Verständlicherweise gestand Acosta Rojas nicht, ein kommunistischer Kombattant zu sein, sondern erklärte, dass sein Wissen nicht über das eines einfachen Bewohners der Region hinausging („Fuerzas Armadas de Colombia, Ejército Nacional, Brigada de Institutos Militares (FFAAENBIM), SN 1610 contra Isauro Yosa et al. por Asociación para Delinquir“ [AHJT/2/7/1/321v]).

kommissionen verfügen, die Bürger verhaften [...] und sogar auf religiöse Seelsorger sui generis zählen können, die Ehen schließen und Taufen vollziehen“.<sup>1141</sup>

Die Zentren der Formierung von – ursprünglich defensiv ausgerichteten – bewaffneten kommunistischen Gruppierungen waren Süd- und Osttolima. In dem *departamento* Tolima gehörte die Gemeinde Chaparral zu den Orten, wo sich bereits sehr früh kommunistisch orientierte bewaffnete Widerstandsgruppen herausbildeten. In Südtolima verfügte der *Partido Comunista* über vergleichsweise großen politischen Einfluss unter den *campesinos* und *colonos*, den sie Ende der 1940er Jahre bei der Bildung bewaffneter Widerstandsgruppen nutzen konnten. In den Agrarkämpfen der 1920er und 1930er Jahre hatte die Kommunistische Partei verschiedene Agrargewerkschaften und *ligas campesinas* unter dem Leitmotiv der „revolutionären Landnahme“ politisch orientiert.<sup>1142</sup>

Das Engagement und der politische Einfluss des PCC, der nach der Auflösung der UNIR 1935 noch anwuchs, schlugen sich auch in dem institutionalisierten politischen Feld nieder. 1940 stellte der PCC Isauro Yosa zufolge, der in dieser Zeit kommunistischer Abgeordneter im Stadtrat war, die größte Fraktion des *concejo municipal* in Chaparral.<sup>1143</sup> Lokalpolitiker wie Marco Aurelio Restrepo, Pedro Ramos, Isauro Yosa und Eliseo Manjarrés, welche die Zusammenschlüsse der *campesinos* in Südtolima angeführt hatten, waren auch diejenigen, welche, den Vorgaben des PCC folgend, die *autodefensas campesinas* organisierten. Für viele kommunistische *dirigentes campesinos* stellte die *Violencia* eine Fortführung der Agrarkämpfe vorheriger Dekaden dar.<sup>1144</sup>

Die Widerstandsgruppen in Chaparral in Südtolima waren allerdings im Vergleich zu denen in der Region Sumapaz stärker offensiv ausgerichtet, was Medina durch die größere Radikalisierung der kommunistischen Akteure in Südtolima erklärt. Im Gegensatz zu der *campesino*-Bewegung in Osttolima war der *movimiento* in Südtolima noch vergleichsweise jung, das heißt die Mehrzahl der *campesinos* in Südtolima verfügte über keine Landtitel, was zu einer potentiell höheren Radikalität führte. Des Weiteren war der linke Flügel der Liberalen Partei in

---

<sup>1141</sup> „Carta del Directorio Conservador de Cundinamarca al Excelentísimo Señor Teniente General“ (AGN/PR/DSP/90/42/62-73, hier: 63).

<sup>1142</sup> Die folgenden Ausführungen zur Formierung des kommunistischen Widerstandes in Südtolima orientieren sich an: Medina: Resistencia Campesina. S. auch Pizarro Leongómez: Orígenes.

<sup>1143</sup> Isauro Yosa: Zeitzeugeninterview, 19.4.1984 (APMM); Raúl Valbuena: Zeitzeugeninterview, 16.11.1982 (APMM).

<sup>1144</sup> Pécaut: Orden y Violencia, S. 620. Fajardo hat die *Violencia* als *revancha terrateniente*, als Versuch, die Erfolge von *movimientos campesinos* gegenüber Großgrundbesitzern rückgängig zu machen, beschrieben (vgl. Violencia y Desarrollo).

Osttolima, sowie die UNIR und der PAN, vergleichsweise stark gewesen, während der PCC in Südtolima über starken Einfluss unter den in der Landwirtschaft Tätigen verfügte.<sup>1145</sup>

Die ersten *destacamentos* der kommunistischen *guerrilla* etablierten sich in Südtolima in den Orten Buenos Aires, Irco, La Marina, Horizonte, Ambeima und Chicalá, wie der kommunistische Widerstandskämpfer mit dem Kampfnamen *comandante Olimpo* erinnerte.<sup>1146</sup> Guaraca berichtete von der Formierung von Selbstverteidigungsgruppen als Reaktion auf die vermehrte und als bedrohlich wahrgenommene Präsenz Gruppen ortsfremder Konservativer, die unter den liberalen und kommunistischen *campesinos* und *colonos* böse Vorahnungen weckten. Mit den Angriffen von Polizeikräften, die von diesen konservativen Gewaltkollektiven unterstützt wurden, bewahrheiteten sich bald die Befürchtungen, die der Zeitzeuge äußerte.<sup>1147</sup>

Der Widerstandsgruppe in Chicalá kam mit Blick auf die weiteren Entwicklungen im Untersuchungszeitraum große Bedeutung zu. Zu der Gruppe, die aus nicht einmal 20 jungen Männern unter 20 Jahren bestand, gehörte der aus Chaparral stammende Luis Enrique Hernández (alias Teniente Solito), der sich später dem bewaffneten Widerstand in Osttolima um Varela anschloss.<sup>1148</sup> Die Widerstandsgruppe in Chicalá ähnelte stärker einer sich durch größere Mobilität auszeichnenden *guerrilla* als der an den anderen Orten etablierten *autodefensas*. Medina deutet diesen Umstand als erstes Anzeichen einer Loslösung von den *movimientos campesinos*, welche die soziale Basis der anderen Widerstandsgruppen bildeten. Gleichzeitig hebt er hervor, dass sich die Gruppe in Chicalá gegenüber den anderen Widerstandskernen durch eine größere politisch-soziale Stabilität auszeichnete, was nicht zuletzt an dem bereits früh etablierten *Comité Municipal* des PCC lag.<sup>1149</sup>

Pizarro Leongómez hält fest, dass viele der kommunistischen Widerstandskämpfer ihren politischen Ursprung in der Liberalen Partei hatten.<sup>1150</sup> Dies gilt auch für Pedro Antonio Marín, der den Namen des kommunistischen Stadtratsabgeordneten Manuel Marulanda Vélez annahm und unter seinem Kampfnamen Tirofijo als jahrzehntelanger Anführer der *Fuerzas Armadas Revolucionarias de*

<sup>1145</sup> Medina: Cuadernos, S. 87; vgl. auch Pedro Acosta: Zeitzeugeninterview, 13.5.1982 (APMM).

<sup>1146</sup> Arango Z.: FARC, S. 170.

<sup>1147</sup> Matta Aldana: Colombia, S. 37f.

<sup>1148</sup> Londoño Botero: Varela, S. 545. Vgl. auch Raúl Valbuena: Zeitzeugeninterview, 16.11.1982 (APMM).

<sup>1149</sup> Medina: Resistencia Campesina, S. 252.

<sup>1150</sup> Pizarro Leongómez: Orígenes. S. auch Casas: Guerrilla, S. 183f.

*Colombia* (FARC) traurige Berühmtheit erlangte.<sup>1151</sup> Marín stammte aus Génova (Valle del Cauca) aus einer Familie, die stark von dem Denken Gaitáns beeinflusst war. Nach letzten Endes erfolglosen Versuchen, in Valle del Cauca eine bewaffnete Widerstandsgruppe zu organisieren, entschloss sich Marín, sich dem bewaffneten liberalen Widerstand in Südtolima anzuschließen, der sich bereits um die Familie Loaiza, mit der Marín verwandt war, gebildet hatte.<sup>1152</sup>

Der *departamento* Valle del Cauca war Ende der 1940er Jahre Schauplatz massiver Gewalthandlungen vonseiten des radikalen Flügels der Konservativen Partei und der sich herausbildenden konservativen *pájaros*. Marín verweist explizit auf die Angriffe und Massaker an Liberalen in den Städten Betania und Ceylán sowie dem Angriff auf die *Casa Liberal* in Cali in der zweiten Jahreshälfte 1949, um die politisch-soziale Situation zu illustrieren, in der sich Liberale in Valle del Cauca befanden.<sup>1153</sup> Ciro Castaño ist ein weiterer Fall von einem Liberalen, der so stark mit den kommunistischen *Sicht- und Teilungsprinzipien* sympathisierte, dass er sich, „verlassen von seinen [liberalen, L. R.] Anführern“, den kommunistischen Kombattantengruppen anschloss.<sup>1154</sup>

---

<sup>1151</sup> Der *concejal* Manuel Marulanda Vélez starb 1950 in Bogotá an den Folgen der Folterungen, denen er unterworfen worden war (Rosales Ariza: *Forjadores*, S. 53). Der *Partido Comunista de Colombia* lobte ihn als einen Märtyrer des Kampfes für die sozialistische Revolution („En Memoria de Nuestro Martires!“, in: *Documentos Políticos* N° 19 [Mayo, Junio de 1960], S. 45-51).

<sup>1152</sup> Alape: *Vidas*, S. 35, 50, 113ff.

<sup>1153</sup> Ebenda, S. 56ff., 72ff., 79ff.

<sup>1154</sup> Trujillo Castaño, Ciro, S. 9f.

## **5 Das Verhältnis zwischen den bewaffneten Widerstandsgruppen, den Parteien und der Zivilbevölkerung**

Die Unterstützung bewaffneter Widerstandsgruppen durch die Bewohner der Regionen, in denen diese entstehen und operieren, ist zentral für deren Überleben. Dies gilt in noch höherem Maße, wenn *guerrillas* ihr Ziel erreichen wollen, die Regierung, gegen die sie kämpfen, aus den Machtpositionen im Staat zu vertreiben. Wickham-Crowley zufolge ist weniger die ideologische Überzeugungskraft der Kombattanten auf die potentiellen Unterstützer von Bedeutung für die Frage, ob die lokale Zivilbevölkerung den Widerstandsgruppen die notwendige Unterstützung zukommen lässt oder nicht. Er konzipiert das Verhältnis zwischen den beiden Gruppen als eine Form der Alternativregierung, mit der ein *social contract* geschlossen wird. Ob die Zivilbevölkerung des Aktionsgebietes der jeweiligen Widerstandsgruppe dieser beisteht, hängt vielmehr davon ab, ob das Handeln der *guerrillas* den Zivilisten greif- und spürbare Verbesserungen in deren Alltagsleben nach sich zieht.<sup>1155</sup>

Ob ausreichend große Teile der lokalen Nonkombattanten den bewaffneten Akteuren zur Seite stehen, damit diese gegen die staatlichen Sicherheitskräfte bestehen können, hängt weiterhin von zwei miteinander eng verbundenen Faktoren ab. Die Legitimität der Regierung, gegen die sich der bewaffnete Widerstand formiert, ist von zentraler Bedeutung für die Frage, ob die Kombattanten von der lokalen Bevölkerung unterstützt werden – oder nicht. Von der Legitimität, die dem politischen Gegner, der Regierung, zugeschrieben wird, hängt wiederum die Glaubwürdigkeit der bewaffneten Akteursgruppen ab, die sich in den bewaffneten Kampf begeben. Ungeachtet der Glaubwürdigkeit der bekämpften Regierung ist das Verhalten und Agieren der Widerstandsgruppen gegenüber der Zivilbevölkerung ein nicht zu unterschätzender Faktor für die Unterstützung, oder deren Ausbleiben, für die *guerrillas*.<sup>1156</sup>

### **5.1 Die liberalen *guerrillas* und ihr soziales Umfeld**

Pardo Rueda hebt hervor, dass die Frage nach der Unterstützung liberaler *guerrillas* durch Repräsentanten der Liberalen Partei eine Leerstelle in den meis-

---

<sup>1155</sup> Timothy P. Wickham-Crowley: The Rise (and Sometimes Fall) of Guerrilla Movements in Latin America. In: Sociological Forum, Vol. 2 No. 3 (1987), S. 473-499, hier: S. 478f.; ders.: Exploring Revolution. Essays on Latin American Insurgency and Revolutionary Theory. Armonk 1991, S. 49ff.

<sup>1156</sup> Timothy P. Wickham-Crowley: Guerrillas and Revolution in Latin America. A Comparative Study of Insurgents and Regimes since 1956. Princeton 1992, S. 7ff. Vgl. auch: ders.: Rise.

ten historischen Studien darstellt.<sup>1157</sup> Pizarro Leongómez zufolge entstanden die liberalen Widerstandsgruppen ohne die militärische und politische Orientierung der Partei, in deren Namen sie zu kämpfen vorgaben.<sup>1158</sup> Diesem Befund widerspricht Ricardo Rojas, der sich Anfang der 1950er Jahre den liberalen *guerrillas* in den *llanos* angeschlossen hatte, denn ihm zufolge „gab es zweifelsfrei Waffen von der *Dirección Liberal* für die *guerrilla* in den *llanos*.<sup>1159</sup> Auch Fajardo berichtet, dass die Führung der Liberalen Partei ihre wenigen Versuche, Einfluss auf die in ihrem Namen kämpfenden Gruppen zu nehmen, auf die *guerrilla* in den *llanos orientales* konzentrierte. Die stärksten liberalen Widerstandsgruppen in den frühen 1950er Jahren verstanden sich daher zumindest in ihren Ursprüngen als bewaffneter Arm der Liberalen Partei.<sup>1160</sup> Betancourt Echeverry hebt wiederum hervor, dass sogar bewaffnete liberale Gruppen jenseits der *llanos orientales*, in Tolima und der *Cordillera Central*, auf die „unmittelbare Unterstützung der *directorios* und lokaler [Partei-]Führer“ zählen konnten.<sup>1161</sup> Auch gab es Gerüchte, denen zufolge es im Hinterland, in den *llanos*, einen liberalen Generalstab gab, der die bewaffneten Gruppen befehligte und koordinierte. Eine solche Vorstellung beunruhigte die konservative Regierung ungemein.<sup>1162</sup>

Pécaut zufolge hofften die liberalen Widerstandsgruppen in Südtolima stetig auf die Verkündung des Datums der umfassenden Erhebung gegen die konservative Regierung, deren Koordination von der liberalen Parteiführung erwartet wurde.<sup>1163</sup> Das Hoffen auf „den Marschbefehl [...], um in das raue Gefecht zu ziehen“<sup>1164</sup>, verdeutlichte wiederum, wie sehr die liberalen Widerstandskämpfer auf der lokalen Ebene darum bemüht waren, sich in die Verteidigung der Liberalen Partei, die als ein Kernelement des politischen Feldes auf der nationalen Ebene wahrgenommen wurde, einzuschreiben.<sup>1165</sup>

Konservative Politiker warfen der Führung der Liberalen Partei vor, die sie wegen ihrer politischen Ideologie als subversiv und kommunistisch unterwandert wahrnahmen, sich offiziell als demokratisch und gesetzestreu darzustellen, in der politischen Praxis hingegen subversive *guerrillas* zu unterstützen. Der-

<sup>1157</sup> Pardo Rueda: Historia, S. 480f.

<sup>1158</sup> Pizarro Leongómez: Orígenes.

<sup>1159</sup> Behar, Guerras, S. 19.

<sup>1160</sup> Fajardo: Violencia, S. 280.

<sup>1161</sup> Betancourt Echeverry: Cuadrillas, S. 60.

<sup>1162</sup> Deas: Cambios Violentos, S. 38; s. auch Fajardo: Violencia, S. 280.

<sup>1163</sup> Pécaut: Orden y Violencia, S. 632.

<sup>1164</sup> La Opinión, 3.6.1949, „En Plena Batalla“.

<sup>1165</sup> Vgl. Pécaut: Orden y Violencia, S. 632.

artige Anschuldigungen beruhten auf Berichten wie dem Geheimreport der *Policía Nacional* aus dem Jahr 1950 zu kommunistischen Aktivitäten in den *llanos orientales*. Der Agent des Geheimdienstes Vargas Orjuela berichtete von einer „blonden Frau, ungefähr 23 Jahre alt“, die mit ihren steten Reisen zwischen Kolumbien und Venezuela „als Verbindungsfrau zwischen der *Dirección liberal nacional* [sic!] und dem kommunistischen Büro in Caracas“ fungiere.<sup>1166</sup>

Ähnliche Vorwürfe gegen liberale Politiker wurden schon 1949 in einem vertraulichen Bericht geäußert. Nach Geheiminformationen plante der liberale Abgeordnete Mejía Duque vor den Präsidentschaftswahlen im November eine liberale Revolte. Zu diesem Zweck halte er schon „selbstgemachte Bomben und andere Gegenstände“ bereit. Den Befehl zum Beginn des Aufstandes, so die Informationen der Inlandsgeheimdienstler, würde die Führungsriege der Liberalen Partei geben.<sup>1167</sup> *Eco Nacional* blickte vor dem Hintergrund der Demobilisierungen liberales *guerrillas* nach dem Regierungsantritt von Rojas Pinilla auf die vergangenen, durch blutige Auseinandersetzungen geprägten Jahre zurück. Als „unbestreitbar“ bezeichnete die konservative Tageszeitung, dass die liberalen Widerstandskämpfer schriftliche Befehle aus Bogotá, das heißt von der liberalen Parteiführung, erhalten hätten, die sie zum bewaffneten Kampf aufgerufen hätten.<sup>1168</sup>

Die Führungsriege der Liberalen Partei bestritt allerdings, bewaffnete Gruppierungen zu unterstützen, die gegen die konservative Regierung kämpften. Aus Sicht liberaler Politiker gingen die liberalen Gruppen nicht offensiv und eigeninitiativ gegen die Konservative Partei und gegen die von ihr gestellte Regierung vor, sondern machten in dem Dafürhalten vieler *dirigentes políticos* nur von ihrem Recht auf Selbstverteidigung Gebrauch: Sie hätten zu den Waffen gegriffen, um sich vor der konservativen Gewaltwelle zu schützen, nachdem der Staat und seine Institutionen, allen voran die *Policía Nacional*, hochgradig politisiert worden seien und Liberalen keinerlei rechtstaatliche Garantien geben würden. Dessen ungeachtet wurde die Unterstützung bewaffneter Gruppen, die anführten, die Interessen der Liberalen Partei zu verteidigen, nie zur offiziellen Parteipolitik erhoben.<sup>1169</sup>

---

<sup>1166</sup> „Policía Nacional Prefectura de Seguridad Dr. Vargas Orjuela al Secretario Privado de la Presidencia de la República“ (AGN/FMI/SDM2/9/114-116). Die *Prefectura Nacional de Seguridad* als stark von der Konservativen Partei instrumentalisierter Inlandsgeheimdienst wurde mit der Machtübernahme von Rojas Pinilla aufgelöst und durch den *Servicio de Inteligencia de Colombia* (SIC) ersetzt.

<sup>1167</sup> „Noviembre 21 de 1949“ (AGN/FMI/SDM/2/10/11).

<sup>1168</sup> *Eco Nacional*, 6.9.1953, „Declaración Liberal“.

<sup>1169</sup> Henderson: Modernization, S. 349.

In ihrem Verhältnis zu den de facto existierenden liberalen Kombattantengruppen zeigten sich in der *Dirección Liberal* allerdings durchaus Friktionen.<sup>1170</sup> Die Gruppe um den ehemaligen Präsidenten Eduardo Santos plädierte für den gewaltfreien Widerstand gegen die konservative Regierung Gómez. Santos sah in den bewaffneten liberalen Gruppen ein Hindernis für die Wiederherstellung des Friedens und die sich ab 1952 intensivierenden Gesprächen zwischen den moderaten Flügeln der Traditionsparteien.<sup>1171</sup> Für Lleras Restrepo hingegen waren die liberalen Kombattanten nur eine Reaktion auf die konservativen Gewaltakteure. Er betonte, dass „wir [die Gewalt, L. R.] weder gutheißen noch verurteilen“.<sup>1172</sup> Er gehörte zu den liberalen Politikern, die aufgrund der Existenz der Kombattanten auf eine Verbesserung der liberalen Verhandlungsposition gegenüber der konservativen Regierung hofften.<sup>1173</sup> Ricardo Rojas kritisierte Lleras Restrepo für seine Haltung gegenüber der *guerrilla*. Seiner Meinung zufolge unterstützte Lleras Restrepo anfangs die liberalen Widerstandsgruppen „für politische Dividenden“, dann aber ließ er sie – Rojas wertete dies als mangelnde Konsequenz in seinem Handeln – fallen, als sie ihren politischen Wert eingebüßt hätten.<sup>1174</sup> Germán Zea Hernández bringt in seinem *testimonio* die Ambivalenzen der liberalen Parteiführung gegenüber den *guerrillas* deutlich zum Ausdruck, die einerseits die Widerstandsgruppen unterstützt habe, andererseits versucht habe, das Ausbrechen eines Bürgerkrieges zu verhindern. Er bekundet, dass „wir [die *dirigentes liberales*, L. R.] ihnen [den Widerstandskämpfern, L. R.] Arzneien und bestimmte Artikel zukommen ließen, aber niemals Waffen“.<sup>1175</sup>

Nicht nur die verschiedenen Fraktionen innerhalb der Liberalen Partei, die unter anderem von Lleras Restrepo, Zea Hernández und Santos repräsentiert wurden, erschweren die Beantwortung der Frage, ob die bewaffneten Widerstandsgruppen von liberalen Politikern unterstützt wurden. In einem politischen Feld, das sich wie in Kolumbien durch starke klientelistische Praktiken auszeichnet und in dem sich politisches und ökonomisches bzw. soziales Kapital sehr stark ähnelte und leicht gegeneinander auszutauschen war, fällt es schwer zu bestimmen, wer

<sup>1170</sup> Meertens: *Ensayos*, S. 135.

<sup>1171</sup> Pécaut: *Orden y Violencia*, S. 632; Majka, *Violencia*, S. 291.

<sup>1172</sup> Zitiert in: Oquist: *Violencia*, S. 282.

<sup>1173</sup> Karl: *State Formation*, S. 108; Majka, *Violencia*, S. 292.

<sup>1174</sup> Behar, *Guerras*, S. 19. Rojas beschrieb mit diesem Punkt das Dilemma, in dem sich viele liberale Politiker des Untersuchungszeitraums befanden: Einerseits bekannten sie sich zu demokratischen friedlichen Gepflogenheiten im politischen Feld, andererseits war die Präsenz liberaler Kombattantengruppen ein schwer zu leugnendes Argument für die liberalen Unterhändler in den Verhandlungen mit der konservativen Regierung (Pécaut: *Orden y Violencia*, S. 607).

<sup>1175</sup> Behar, *Guerras*, S. 30.

wann in welcher Funktion oder Position mit den liberalen *guerrillas* interagierte. Handelte der liberale Besitzer einer *hacienda* in Rioblanco, der gleichzeitig einer der *jefes políticos liberales* der Gemeinde war und der den liberalen Widerstandskämpfern Unterstützung zukommen ließ, als „offizieller“ Vertreter der Liberalen Partei oder als „privater“ Großgrundbesitzer, der versuchte seine wirtschaftlichen Interessen zu schützen? Es ist schwer auszumachen, ob der liberale Anwalt José Alvear Restrepo, welcher der *guerrilla llanera* ab Oktober 1952 als politischer Berater zur Seite stand und an der Redaktion der als *Leyes del Llano* bekannten Regelwerke mitwirkte, als politisch aktiver Bürger oder als Repräsentant seiner Partei agierte.<sup>1176</sup>

Ungeachtet der Frage, ob *caciques* oder *dirigentes* der Liberalen Partei in konkreten Fällen die Widerstandsgruppen unterstützen, trugen erstere zu der in Teil II der Arbeit beschriebenen diskursiven Rahmung des Gewalthandelns bei. Die *diskursive Dichotomisierung der sozialen Realität*, an der auch sie maßgeblich beteiligt waren, und der zunehmend militarisierte Deutungsrahmen der politischen Geschehnisse trugen dazu bei, dass der Einsatz von Gewalt gegen den politischen Gegner zu einer Handlungsoption wurde. Diese Handlungsressource nutzten Mitglieder der Liberalen Partei und setzten sich gewaltsam gegen die staatlichen Sicherheitskräfte und ihre paramilitärischen Unterstützer zur Wehr.

Die Frage, wie sich die faktischen Beziehungen zwischen den bewaffneten Akteuren, die auf die Weise die Liberale Partei gegen die konservativen Aggressionen verteidigen wollten, und den liberalen Politikern gestalteten, war für die Frage des Verhältnisses zwischen den Kombattanten und weiten Sektoren der Zivilbevölkerung in Tolima nicht von größerer Bedeutung. Große Teile der mehrheitlich liberalen Landbevölkerung sahen in den Widerstandsgruppen – gleich ob sie mit dem Wohlwollen liberaler Politiker agierten oder nicht – Verteidiger der Partei, der sie angehörten, und gewährten ihnen so Legitimität für ihr Handeln, wenn ihre Stimme auch nicht viel Gehör im politischen Feld fand. Weiterhin garantierten die Kombattanten den Mitgliedern der Liberalen Partei ein gewisses Maß an Schutz, da viele Vertreter des Staates wie Polizisten und Beamte nicht mehr die Rechte von Staatsbürgern ohne Rücksicht auf deren Parteizugehörigkeit schützten oder achteten. Aus diesen Gründen genossen die Kombattanten oftmals die Unterstützung von Zivilisten, die sich der Liberalen Partei zugehörig fühlten. Hilfe ließen ihnen aber auch Parteimitglieder zukommen, die über ökonomisches und politisches Kapital verfügten, obwohl diese nicht als „offizielle“ Repräsentanten der Liberalen Partei agierten.<sup>1177</sup>

<sup>1176</sup> Vgl. Guzmán Campos: *Violencia*, S. 142ff.

<sup>1177</sup> Henderson: *History*, S. 140ff.

Diese Zusammenhänge kommen in einschlägigen Prozessakten deutlich zum Ausdruck. So wurden die Brüder Bonilla Camargo, „Personen von ökonomischer Solvenz, liberaler Parteizugehörigkeit und übertrieben passioniert wegen der Politik“, der Unterstützung und Förderung der liberalen Widerstandsgruppen in Rovira beschuldigt.<sup>1178</sup> Die Anklage stützte sich bei ihren Anschuldigungen auf ein Flugblatt, das den Mitgliedern der Liberalen Partei das Vorgehen in dem „Kreuzzug zur Zurückeroberung der Macht“ aufzeigte. Das Flugblatt verkündete, dass „von einem Moment auf den anderen der Befehl zum Vorrücken auf die bereits vereinbarten Punkte gegeben wird“.<sup>1179</sup> Des Weiteren wurde die Befehlskette aufgezeichnet, die den Start der liberalen Offensive einläuten würde. Die Befehle würden, so die Autoren des Flugblatts, von der *Dirección Nacional Liberal* über die in Bogotá ansässigen *dirigentes liberales* „per sicherer verbaler Mittel“ in die *cabezas departamentales* gereicht, von wo aus die einzelnen Gemeinden über das weitere Vorgehen in Kenntnis gesetzt würden. Die Brüder Bonilla Camargo wurden als letztes Glied in der Befehlskette, die von der nationalstaatlichen bis auf die lokale Ebene reichte, der Verschwörung beschuldigt.<sup>1180</sup>

Das Vorgehen von Agustín Bonilla (alias El Diablo), der seit Anfang der 1950er Jahre eine bewaffnete Widerstandsgruppe in der Gemeinde Alvarado, westlich von Ibagué gelegen, anführte, entsprach dem in dem Flugblatt gezeichneten Bild des bewaffneten liberalen Widerstandes, der durchaus Hierarchien und Befehlsketten kannte. Er bemühte sich, die liberalen Kombattanten gegen die Regierung Gómez und Rojas Pinilla in dem *departamento Tolima* zu koordinieren. Um den Widerstandsgruppen zu einer höheren Schlagkraft zu verhelfen, reiste er in den 1950er Jahren mehrfach in den Süden Tolimas, um Angriffe auf die Gefolgschaft der Konservativen Partei sowie die staatlichen Sicherheitskräfte mit den liberalen Widerstandsgruppen um Gerardo Loaiza abzustimmen.<sup>1181</sup>

Der Anwalt der Brüder Ochoa, die der Unterstützung der liberalen *chusma* in Coello beschuldigt wurden, führte als seine Mandanten entlastenden Umstand an, dass diese mit den *dirigentes liberales* Rafael Parga Cortés und Jorge Caicedo Torres Kontakt aufgenommen hätten. Mit den Regionalpolitikern hätten die Beschuldigten über den Sinn und Zweck dieser bewaffneten Widerstandsgruppen im Namen der Liberalen Partei gesprochen, wobei Parga Cortés und Caicedo Torres abstritten, diese gutzuheißen. Immerhin hätten aber beide angeboten, sich

<sup>1178</sup> „CEIC, SN 7074 contra Rafael Bermúdez et al. por Delitos contra la Seguridad Interior del Estado y Asociación e Instigación para Delinquir y Varios Delitos“ (AHJT/2/1/5/4/56).

<sup>1179</sup> Ebenda, f. 145.

<sup>1180</sup> Ebenda, f. 145.

<sup>1181</sup> „TSI, SsN contra Celerino Patiño et al. por Asociación para Delinquir“ (AHJT/2/2/12/1/1, 18).

zu Gesprächen mit den Kombattanten in die Region Coello zu begeben, womit sie diesen ein gehöriges Maß an Vertrauensvorschuss gewährten und Bedenken bezüglich der eigenen körperlichen Unversehrtheit hinten anstellten.<sup>1182</sup>

Die Form der Unterstützung für die im staatlichen Diskurs als *chusma* bezeichneten Widerstandsgruppen konnte während des Untersuchungszeitraums vielfältige Formen annehmen. Lisando Barrera und Santos Calderón wurden im Juli 1952 auf ihrer Arbeitsstätte auf der *hacienda* San Javier von einer Gruppe liberaler Bewaffneter überfallen. Nachdem sie allerdings glaubhaft machen konnten, dass sie ebenfalls der Liberalen Partei angehörten, ließen die Angreifer von ihnen ab. Barrera und Santos Calderón entschieden sich aber, erst noch eine Weile ihrer Arbeit nachzugehen, bevor sie den Überfall den zuständigen Behörden meldeten. Die zeitliche Verzögerung in der Erstattung der Anzeige ist als Form der Unterstützung für die liberalen Kombattanten zu interpretieren. Auch der Umstand, dass die Angreifer den überfallenen Landarbeitern auf deren Bitten die geraubten Gegenstände, vor allem Kleidungsstücke, zurückgaben, spricht dafür, dass sich diese der Bedeutung einer guten Beziehung zu der liberalen Landbevölkerung bewusst waren. Das Gespräch, das Arnulfo Loaiza, einer der Angreifer, mit den Überfallenen führte, zeugte nicht von dem absoluten Machtgefälle zwischen Henker und Todgeweihtem, sondern hatte vielmehr einen kameradschaftlichen Ton: Loaiza erkundigte sich nicht nur nach dem Wohlbefinden der Schwestern der Überfallenen, die in der Region wohnten, sondern auch nach dem *dirigente liberal* aus Roncesvalles Bernardino Piedrahita, womit er ein Mindestmaß an Wissen über die lokalen politischen Strukturen offenbarte.<sup>1183</sup>

Eine andere Form der Unterstützung für die liberalen Widerstandsgruppen war die Bereitstellung von Informationen sowie die Versorgung der *guerrillas* mit Lebensmitteln. Die Widerstandsgruppen in Rovira konnten offenbar auf ein breit gefächertes Unterstützernetzwerk zurückgreifen, das bis nach Ibagué reichte und zu dem auch ein Anwalt gehörte, der Mitglied der Liberalen Partei war. Dieses

<sup>1182</sup> „TSI, SN 7783 contra Tomás Ochoa Giraldo por Asociación para Delinuir“ (AHJT/2/12/6/58, 97f, 155f.). Auch der ehemalige Präsident López Pumarejo begab sich Anfang der 1950er Jahre in die *llanos orientales*, letzten Endes mit geringen politischen Auswirkungen, um als Mittelsmann zwischen der konservativen Regierung und der *guerrilla llanera* zu fungieren und Gespräche zwischen beiden Seiten einzuleiten (vgl. Olga Yaneth Acuña Rodríguez: De electores a “bandidos”. Característica de la violencia política en Boyacá y Casanare, 1948-1953. In: Historia y Espacio 32 (2009), o. S.).

<sup>1183</sup> „TSI, SN 6961 contra José Alirio Guzmán Restrepo por Asociación para Delinuir“ (AHJT/2/1/1/1/4f., 20, 24f.). Liberale Parteiangehörige warteten, wie dargestellt wurde, schon Ende der 1940er Jahre auf Befehle von Piedrahita, mehrheitlich konservative Dörfer in Roncesvalles anzugreifen (vgl. „TSI, SN 3450, contra Miseal Galvez et al. por Delito contra la Salud y la Integridad Colectiva“ [AHJT/2/4/24/2/4]).

Netzwerk ließ ihnen Lebensmitteln in größeren Mengen zukommen, stellte den Kombattanten Unterkünfte zur Verfügung und leitete Informationen über Truppenbewegungen an sie weiter, versorgte sie aber auch mit Waffen und Munition.<sup>1184</sup> Der Bürgermeister der Stadt Rovira Calderón informierte den Polizeikommandeur der Gemeinde über die Personen, die der Unterstützung der liberalen *bandoleros* verdächtigt wurden. Er warnte ihn, sich nicht täuschen zu lassen, denn die Informanten der Widerstandsguppen seien ausgestattet mit „Passierscheinen (*salvoconductos*) und die Nachrichten [an die liberalen Kombattanten, L. R.] stehen auf Papierstreifen in den Hosenbeinen“.<sup>1185</sup> In Rovira wurden neben Pedro Reynoso auch drei Frauen der Versorgung der liberalen Widerstandsguppen mit Lebensmitteln verdächtigt und festgesetzt.<sup>1186</sup> Der bereits erwähnte Acuña wiederum wirkte dabei mit, die Widerstandsguppen in Chaparral weniger logistisch, sondern im engeren Sinne militärisch zu unterstützen. Der des Sprengstoffbesitzes beschuldigte Acuña gab an, die Explosivstoffe von Straßenbauarbeitern bekommen zu haben, um diese an die Kombattanten in Südtolima weiterzuleiten.<sup>1187</sup>

Dass die bewaffneten Widerstandsguppen ganze Regionen der staatlichen Verfügungsgewalt entzogen und zu einem nicht zu unterschätzenden Machtfaktor auf der lokalen Ebene wurden, lässt sich anhand juristischer Ermittlungen in Roncesvalles erahnen. Der Tagelöhner Victor Mendoza erstattete Mitte 1952 Anzeige gegen seine Arbeitgeber Miguel und Antonio José Varón. Mendoza, der Konservativen Partei zugehörig, beschuldigte die Brüder Varón, in Kontakt mit der *chusma* zu stehen und diese nicht nur mit potentiellen Kombattanten zu versorgen. Wie er dem ermittelnden Beamten mitteilte, sei Miguel Varón persönlich bei den liberalen Kombattanten vorstellig geworden und fordere seinen Bruder auf, sich bei diesen ebenfalls „registrieren (*reconocer*)“ zu lassen, „damit sie weder ihm noch den Arbeitern etwas antäten“.<sup>1188</sup>

Die bewaffneten Widerstandsguppen nutzten ihre in lokalen Kontexten erlangte Macht mitunter auch, um Unterstützung für sich weniger auf freiwilliger Basis zu

---

<sup>1184</sup> „CEIC, SN 7074 contra Rafael Bermúdez et al. por Delitos contra la Seguridad Interior del Estado y Asociación e Instigación para Delinquir y Varios Delitos“ (AHJT/2/1/5/4/104, 137, 158ff, 164ff).

<sup>1185</sup> „TSI, SN 7783 contra Tomás Ochoa Giraldo por Asociación para Delinquir“ (AHJT/2/2/12/6/18).

<sup>1186</sup> „TSI, Proceso Número 2291 contra María Doris Cardona et al. por Asociación para Delinquir“ (AHJT2/4/20/7/2, 8ff.).

<sup>1187</sup> „TSI, SN 7850, contra Tiberio Acuña et al. por Delito contra la Salud y la Integridad Colectiva“ (AHJT/2/3/18/5/2v).

<sup>1188</sup> „TSI, SN 2962 contra Antonio José Varón et al. por Asociación e Instigación para Delinquir“ (AHJT/2/2/8/12/1).

gewinnen, sondern vielmehr zu erpressen.<sup>1189</sup> Héctor Julio Estrada Herrán wusste, dass liberale Widerstandskämpfer die *hacienda* La Alsacia überfallen hatten, obwohl deren Besitzer der Liberalen Partei angehörte, weil die Kombattanten ihn für einen Verräter hielten. Der *hacendado* galt ihnen als Verräter, weil er die in mehreren Briefen geforderte Unterstützung nicht nur verweigert, sondern auch noch eine Gruppe der verhassten *chulavitas* angefordert habe und auf seinen Ländereien stationieren lasse, um sich so gegen die Forderungen zu wehren.<sup>1190</sup>

## 5.2 Die kommunistischen *autodefensas*, der *Partido Comunista* und die lokale Bevölkerung

Bei dem *Partido Comunista de Colombia* und den kommunistisch orientierten Widerstandsgruppen fällt die Antwort nach dem Verhältnis zwischen Partei und Kombattanten leichter. Bis der PCC im Oktober 1949 die Politik der *autodefensa de masas* propagierte, hatte er versucht, durch die Organisierung von Arbeitern und *campesinos* in Gewerkschaften und *ligas campesinas* die aus seiner Sicht objektiven Bedingungen einer revolutionären Situation zu schaffen. Den bewaffneten Kampf sah die Kommunistische Partei, ungeachtet der Verkündung der *autodefensa de masas*, nicht als zentrale Achse politischer Betätigung.<sup>1191</sup> Die von dem PCC propagierten *autodefensas* bedeuteten weniger die Aufstellung bewaffneter, offensiv ausgerichteter (Guerilla-)Gruppen, sondern zielen vielmehr auf die Organisierung der Bevölkerung einer bestimmten Region in Parteistrukturen wie Ortsgruppen, Komitees und Brigaden.<sup>1192</sup> Parallel zu der Organisierung von Selbstverteidigungsgruppen zielte der PCC auf die Etablierung von politischen Allianzen im Stile der aus Europa bekannten Volksfronten gegen die konservative Regierung. Der *Frente Democrático de Liberación Nacional* (FDLN) strebte die Organisierung der von der konservativen Regierung angegriffenen liberalen Parteimitglieder, der Kommunisten, der Parteilosen und der als Feinde der Katholischen Kirche angefeindeten Protestanten an.<sup>1193</sup>

---

<sup>1189</sup> Ortiz Sarmiento: Estado, S. 238.

<sup>1190</sup> „TSI, SN 6961 contra José Alirio Guzmán Restrepo por Asociación para Delinuir“ (AHJT/2/1/1/35v). Auch der *hacendado* Mejía hatte durchgesetzt, dass Kräfte der *Policía Nacional* auf seinem Landgut stationiert würden, womit er sich den Unmut anderer liberaler Bürger in der Region Venadillo auf sich gezogen hatte („AMV, SsN en Averiguación de los Responsables por Homicidio“ [AHJT/1.3/3/105/3/82v]).

<sup>1191</sup> Medina: Cuadernos, S. 25ff., 45ff.

<sup>1192</sup> Aurelio González berichtet, dass ihm zu diesem Vorgehen von einem dem PCC nahestehenden Freund namens Hernando geraten wurde (Vgl. Zeitzeugeninterview, 13.8.1982 [APMM]). Vgl. auch Arango Z.: FARC, S. 181, 183f.

<sup>1193</sup> Vgl. Medina: Cuadernos, S. 68ff.

Ein Flugblatt des FDLN erklärte die Bedeutung des Aufbaus der Kommunistischen Partei auf der regionalen und der munizipalen Ebene in Form von Parteikomitees. Die einzelnen Zellen der Kommunistischen Partei sollten, so die Autoren des Flugblatts, mindestens drei, aber wegen der Gefahr der Infiltration durch den Geheimdienst nicht mehr als 15 Personen umfassen. Des Weiteren wurden die Bedeutung der Einbindung von Frauen in die Widerstandsgruppen durch die Organisierung eines *frente femenino* und die Bestimmung verschiedener *secretarios* herausgestrichen, welche für die Propaganda- und politischen Bildungsmaßnahmen verantwortlich zeichnen sollten.<sup>1194</sup> Die kommunistische Publikation *Resistencia* drückte diesen Punkt wie folgte aus: „Die Revolution wird nicht gemacht, die Revolution wird organisiert“.<sup>1195</sup>

Ab 1952 bot der PCC in Viotá allerdings auch Ausbildungen in militärischen Taktiken und Kampfformationen für die *guerrillas* an, an denen auch einige liberale Widerstandsgruppen teilnahmen, während andere die Zusammenarbeit mit den kommunistischen Gruppierungen ablehnten.<sup>1196</sup> Martín Camargo, ein Kader der Kommunistischen Partei, der in den 1950er Jahren unter anderem an der Parteischule in Viotá tätig war, berichtete, dass der liberale *guerrillero* alias Pedro Brincos einer seiner Schüler in Cundinamarca gewesen war.<sup>1197</sup>

Kommunistische Gruppierungen deuteten die konservative Regierung, gegen die sich der Widerstand formierte, als faschistisch. Der angesichts der ideologischen Nähe Gómez' zu dem spanischen Diktator Franco als falangistisch gewerteten Gewalt der Regierung müsse die „organisierte Gewalt der Massen“ entgegengesetzt werden, wie die Autoren eines kommunistischen, als subversiv qualifizierten Flugblatts forderten. Seine Wahl zum Präsidenten sei ohne Gegenkandidaten erfolgt, was aus der Perspektive kommunistischer Politiker einem „falangistischen Stil“ entspreche.<sup>1198</sup> Die Entwicklungen in Kolumbien Ende der 1940er Jahre deuteten kommunistische Ideologen keineswegs als länderspezifisches Phänomen, sondern als Teil des „dritten Weltkrieges gegen die europäischen Demokratien“,

---

<sup>1194</sup> Die Flugblätter sind enthalten in: „TSI, Causa sin número contra Abelino Campuzano Acosta et al. por Asociación para Delinquir“ (AHJT/2/3/17/10/3-14v).

<sup>1195</sup> Resistencia N°7 wird zitiert in: „TSI, SN 2524 contra Rafael Hernández et al. por Delitos contra la Seguridad Interior del Estado“ (APJI/18v). Der ehemalige kommunistische Widerstandskämpfer Luis Felipe González hebt in seinem *testimonio* von 1982 hervor, dass diejenigen, die fest in die Widerstandsstrukturen eingebunden waren, eine weitaus höhere Überlebenschance hatten als diejenigen, die sich nicht an den an der Kommunistischen Partei orientierten Organisationen beteiligten (Zeitzeugeninterview, 13.8.1982 [APMM]).

<sup>1196</sup> Maullín: Dumar Aljure, S. 4f.

<sup>1197</sup> El Cronista, 4.8.1964, „Así se Iniciaron las Primeras Escuelas de “Cuadros“ Comunistas en el Tolima“.

<sup>1198</sup> „El Estado de Sitio y la Farsa Electoral“ (AGN/FMI/SDM/2/10/8).

womit sich der Redakteur von *Resistencia* auf die Staaten des sich formierenden Ostblocks bezog.<sup>1199</sup> Der Widerstand zielte in den Augen kommunistischer Gruppierungen nach der Wahl von Gómez zum Präsidenten, auf die Verteidigung der Demokratie und des Weltfriedens.<sup>1200</sup> In diesem Kampf sah sich der PCC als politische Avantgarde, die „in diesen Momenten, wie immer, die revolutionäre Fahne gegen die Diktatur und Tyrannie trägt“.<sup>1201</sup> Um diese Ziele zu erreichen, wirkte die Kommunistische Partei auf den Sturz der Regierung Gómez hin.

Ähnlich wie in dem bereits erwähnten liberalen Flugblatt erwarteten auch kommunistische Widerstandsgruppen einen breit angelegten Aufstand gegen die Regierung, der zu einer Machtübernahme der politischen Opposition führen würde. Dieser Aufstand würde, so kalkulierten kommunistische Politiker, die Ausmaße der Erhebungen im April 1948 anlässlich des Todes von Gaitán annehmen. Allerdings seien die Aufstände im Zuge des 9.4.1948, angesichts der Plünderungen und Brandschatzungen, zu denen es in vielen Fällen gekommen war, eine Lehrstunde für die Folgen des Agierens des *pueblo* bei fehlender ideologischer Klarheit.<sup>1202</sup>

Der *Partido Comunista* versuchte seit der Verkündung der *autodefensa de masas*, ähnliche Entwicklungen ab dem Spätjahr 1949 zu vermeiden. Zu diesem Zweck stellte er den *dirigentes campesinos*, den lokalen Organisatoren der Widerstandsgruppen, politische Berater zur Seite, die sich um die politische Schulung und Bildung der Kombattanten bemühten. Pedro Vásquez, der spätere Begründer des maoistischen *Ejército Popular de Liberación*, war einer der Emissäre, den der PCC Anfang der 1950er Jahre nach Südtolima zur politischen Orientierung der kommunistisch inspirierten *guerrillas* entsandte.<sup>1203</sup> Ein junger Gewerkschafter, der später als *comandante Olimpo* unter den kommunistischen Kombat-

<sup>1199</sup> Vgl. „TSI, SN 2524 contra Rafael Hernández et al. por Delitos contra la Seguridad Interior del Estado“ (APJI/ 18v). Der Name Seúl eines kommunistischen *destacamento* in Südtolima war eine klare Anspielung auf Korea, wo kolumbianische Truppen unter Führung der USA gegen kommunistische Kräfte kämpften (Deas: Cambios Violentos, S. 64).

<sup>1200</sup> „TSI, SN 2524 contra Rafael Hernández et al. por Delitos contra la Seguridad Interior del Estado“ (APJI/23v). Der PCC war einer der Träger der „Kampagne für die Verteidigung des Weltfriedens in Kolumbien“. Für die Unterstützung der Petition des Verbots von Atomwaffen sammelte die Partei Unterschriften, die sogar ihren Weg in den entlegenen Weiler El Limón in der Gemeinde Chaparral fanden. Einige dieser Unterschriftenlisten sind enthalten in: „TSI, SN 1764 contra Luis Antonio Vargas et al. por Asociación para Delinquir“ (AHJT/2/4/20/1). S. auch Medina: Cuadernos, S. 47f.

<sup>1201</sup> „TSI, SN 2524 contra Rafael Hernández et al. por Delitos contra la Seguridad Interior del Estado“ (AHJT APJI/16v).

<sup>1202</sup> Ebenda, f. 4, 13ff., 17v.

<sup>1203</sup> Pizarro Leongómez: Orígenes.

tanten firmieren sollte, wurde von der Kommunistischen Partei nach Chaparral entsendete, um die kommunistischen *autodefensas* politisch zu schulen bzw. zu beraten.<sup>1204</sup> Bei ihm handelte es sich um Jorge Hernández, der Rafael Hernández zufolge – beide waren nicht miteinander verwandt – vom PCC nach Südtolima entsendet worden war, um die Partei und die sich formierenden Widerstandsgruppen zu organisieren. Rafael Hernández, der des Besitzes subversiver kommunistischer Propaganda beschuldigt wurde, betonte gegenüber den Ermittlern, dass die Kommunisten in Chaparral entgegen der offiziellen Darstellung allesamt einfache *campesinos* – und keine Staatsfeinde – seien.<sup>1205</sup> Weitere Emissäre, die der PCC zu politischen Bildungsmaßnahmen nach Südtolima entsendete, waren Martín Camargo, Pedro J. Abella und Pablo Oyola.<sup>1206</sup>

Die Parteikomitees unter Führung der entsendeten *comisarios políticos* und die *autodefensas*, die zur Organisierung und zum Schutz der Bevölkerung aufgebaut wurden, waren defensiv ausgerichtet und zielten auf präventive Maßnahmen, um potentielle Gewaltakteure frühzeitig zu erkennen und auf diese reagieren zu können. Die enge Anlehnung der *autodefensas* an die Partiestruktur wird deutlich an den Quittungen über die zu entrichtenden Mitgliedsbeiträge der Gruppen in Chicalá, Irco und La Marina, die der Finanzsekretär des PCC in Chaparral Hernández Martínez in seinem Besitz hatte, als er festgenommen wurde.<sup>1207</sup> Dabei griff die Kommunistische Partei einerseits auf ihre Erfahrungen in den Agrarkämpfen vorheriger Dekaden zurück, an die auch Jaime Guaraca in seinem *testimonio* erinnert, andererseits auf die der europäischen Arbeiterbewegung der 1920er und 1930er Jahre.<sup>1208</sup> Gewalt sollte, zumindest in der politischen Theorie des PCC, nur reaktiv angewendet werden; der Aufruf des PCC strich heraus, dass die *autodefensas*

---

<sup>1204</sup> Alape: Vidas, S. 147; Medina: Resistencia Campesina, S. 251f.

<sup>1205</sup> „TSI, SN 2524 contra Rafael Hernández et al. por Delitos contra la Seguridad Interior del Estado“ (APJI/23v). Ich danke Medófilo Medina für den Hinweis, dass Jorge Hernández später den Aliasnamen Olimpo annahm.

<sup>1206</sup> Alape: Vidas, S. 141. Ricardo Castañeda, der sich Anfang der 1950er Jahre in den bewaffneten Widerstand in Südtolima begab, erinnert daran, dass sich die von dem PCC entsendeten politischen Berater, wie zum Beispiel Martín Camargo, mitnichten nur um die politische Bildung im engeren Sinne bemühten. Oftmals führten sie Alphabetisierungskampagnen unter den *campesinos* durch, von denen viele das Schreibens und des Lesens nicht mächtig waren (Ricardo Castañeda: Zeitzeugeninterview, 17.6.2010). Auch Emilio Guzmán erinnert daran, dass zeitgleich zur Organisierung der Widerstandsgruppen Bildungskampagnen einsetzten (Zeitzeugeninterview, 14.8.1982 [APMM]).

<sup>1207</sup> „TSI, SN 2524 contra Rafael Hernández et al. por Delitos contra la Seguridad Interior del Estado“ (APJI/3).

<sup>1208</sup> Matta Aldana: Colombia, S. 56.

ermöglichen sollten, dass „die Arbeiter- und Bauernmassen sich mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln verteidigen können, wenn sie angegriffen werden“.<sup>1209</sup>

### 5.3 Die Zusammenarbeit von kommunistischen und liberalen Widerstandsgruppen in Südtolima

Dem Zeitzeugen und ehemaligen Widerstandskämpfer Rojas folgend „gab es in Tolima zwei wichtige *guerrillas*: die von Lister und die von den Loaiza“.<sup>1210</sup> Die Widerstandsgruppen, die sich um Isauro Yosa und Gerardo Loaiza herum gebildet hatten, stehen dabei als Pars pro Toto für die Anfang der 1950er Jahre entstandenen dezidiert liberalen und die kommunistischen Widerstandsgruppen. Trotz der Tatsache, dass die Widerstandsgruppen unterschiedlicher politisch-ideologischer Couleur waren und separat voneinander entstanden, wurden beide durch den gemeinsamen konservativen Feind geeint.<sup>1211</sup>

Im konservativen Diskurs waren, wie gezeigt, Mitglieder der Liberalen Partei und Kommunisten nahezu ununterscheidbar, sodass es wenig verwundert, dass *chulavitas* und die Mission der Konservativen Partei verteidigende Zivilisten beide gleichsam als Staatsfeinde angriffen. Die Deutungsrahmen sozialer Realität von liberalen und kommunistischen Politikern wiederum wiesen eine beachtliche Schnittmenge in dem Punkt auf, dass sie die Regierung von Laureano Gómez als faschistisch klassifizierten und ihn als Vertreter des (spanischen) *falangismo* in Kolumbien sahen. Die Parallelen in der Fremdwahrnehmung durch den konservativen Gegner und ähnlich gelagerte Deutungen der politischen Realität und Entwicklungen erleichterten das *frame bridging* zwischen liberalen und kommunistischen Akteursgruppen auf der lokalen Ebene. Auf Basis paralleler Deutungsrahmen begaben sich liberale und kommunistische Widerstandsgruppen – ungeachtet der ideologischen Differenzen zwischen beiden – in lokal begrenzte Handlungssallianzen.

Die sicherlich, auch mit Blick auf die weiteren Entwicklungen im Untersuchungszeitraum, bedeutendste Zusammenarbeit gingen liberale und kommunistische Widerstandsgruppen in Südtolima ein. Um sich und vor allem die Zivilbevölkerung vor der wachsenden militärischen Repression durch die staatlichen Sicherheitskräfte, an der sich zunehmend auch die Streitkräfte beteiligten, zu schützen, verließen die kommunistischen Widerstandsgruppen Mitte 1950 die Region

---

<sup>1209</sup> Zitiert in: Medina: Cuadernos, S. 26.

<sup>1210</sup> Behar, Guerras, S. 16. Hinter dem Pseudonym Lister verbarg sich der kommunistische *dirigente campesino* Isauro Yosa.

<sup>1211</sup> Osterling: Democracy, S. 91.

um Chaparral.<sup>1212</sup> Die *Columna de Marcha*, als die der Treck bekannt wurde, folgte dabei dem Vorbild des Langen Marsches, mit dem sich Mao Tse-tung der Einkesselung durch die Truppen von Chiang Kai-shek entzogen hatte. Die kommunistischen Widerstandsgruppen genossen zu dieser Zeit, so berichtete Olimpo, wegen ihrer militärischen Stärke und Disziplin die Wertschätzung der liberalen *guerrillas*, die sich um den Clan der Loaiza herum in Rioblanco gebildet hatten.<sup>1213</sup>

Nach ersten Sondierungsgesprächen vereinbarten beide eine militärische Zusammenarbeit, die sich in der Etablierung eines *Estado Mayor Conjunto* widerspiegelte. Dieser sollte die militärische Organisation und Koordinierung der Kombattanten übernehmen, wobei die einzelnen, liberalen und kommunistischen Widerstandsgruppen ein großes Maß an Autonomie behielten.<sup>1214</sup> Dem gemeinsamen militärischen Kommando gehörten die exponierten militärischen Führer der beiden Guerillagruppierungen an, allen voran Gerardo Loaiza und Isauro Yosa.<sup>1215</sup>

Hobbes folgend ist die Ubiquität von Gewalt eine der Gründe, warum es zur Herausbildung des modernen Staates kommt bzw. kommen muss.<sup>1216</sup> In einigen Regionen Tolimas, so beispielsweise im Süden des *departamento*, nahmen die bewaffneten Konflikte zwischen Anhängern der Liberalen Partei, *chulavitas*, radikalisierten Mitgliedern der Konservativen Partei und Teilen der Streitkräfte Ausmaße an, die an den Hobbes'schen Urzustand, des Kampfes Jeder gegen Jeden, erinnerten. Im Falle der gewaltsamen Auseinandersetzungen in Kolumbien Mitte des 20. Jahrhunderts waren die Repräsentanten des Staates und seine Sicherheitskräfte allerdings weniger, wie in der Hobbes'schen Theorie, die Garanten, die latenten Gewaltmanifestationen einzuhegen, als vielmehr deren Protagonisten. Das allzeit präsente Gewaltpotenzial und das immerzu drohende Ausbrechen offener Gewalt können aber nicht nur als Bedingung für Vergemeinschaftung und als inhärentes Merkmal von Gesellschaften betrachtet werden. In Räumen, in denen staatliche Strukturen nicht präsent sind bzw. Vertreter des Staates, wie im Untersuchungsfall, ihren formaljuristisch-konstitutionellen Verpflichtungen nicht

---

<sup>1212</sup> Den Weg, den die Widerstandskämpfer mit den sie begleitenden Zivilisten zurücklegte, beschreibt Raúl Valbuena in seinem *testimonio* (Zeitzeugeninterview, 16.11.1982 [APMM]).

<sup>1213</sup> Pizarro Leongómez: *Orígenes*.

<sup>1214</sup> Vgl. Raúl Valbuena: Zeitzeugeninterview, 16.11.1982 (APMM).

<sup>1215</sup> Arango Z.: FARC, S. 180f.; Alape: *Vidas*, S. 146ff.; Rosales Ariza: *Forjadores*, S. 50f.

<sup>1216</sup> Charles Tilly: Reflections on the History of European State-Making. In: Charles Tilly (Hrsg.): *The Formation of National States in Western Europe*. Princeton 1975, S. 3-83; Helbling: Hobbes. S. auch Höpken; Riekenberg: Gewalt, S. XII.; Bates; Greif; Singh: Organizing Violence; Wantchekon: Paradox, S. 30f. Für eine Vertiefung des Zusammenhangs zwischen Staatsbildung und der Aufstellung moderner Streitkräfte vgl. Samuel E. Finer: *State and Nation-Building in Europe: The Role of the Military*. In: Charles Tilly (Hrsg.): *The Formation of National States in Western Europe*. Princeton 1975, S. 84-163.

nachkommen, kann Gewalt auch Grundlage für eine alternative Form der Vergemeinschaftung sein.<sup>1217</sup>

Die zusammengelegten liberalen und kommunistischen Widerstandskräfte verlagerten sich gegen Ende des Jahres 1950 an den im schwer zugänglichen Hinterland der Gemeinde Rioblanco gelegenen Ort El Davis, der für die Organisierung des bewaffneten Widerstandes wegen seiner Topographie hervorragend geeignet war. El Davis entwickelte sich zu einem Zufluchtsort von Opfern der staatlichen Repression, der – genaue Zahlen sind nicht bekannt – um die 5000 Personen beherbergte, was einen engen Kontakt von Kämpfern mit der Zivilbevölkerung implizierte. In diesem umgrenzten Territorium übernahmen die Gewaltsegmente mit der sozialen Organisierung der geflohenen lokalen Bevölkerung bzw. der Durchsetzung von *Sicht- und Teilungsprinzipien* mitunter quasistaatliche Aufgaben.<sup>1218</sup> Durch die Urbarmachung von Land konnten die geflohenen Personen Lebensmittel selbst anbauen, was zu einer Vermeidung von Konflikten mit *finqueros* führte, von deren Land ungeachtet der Distanz zu El Davis zuvor die notwendigen Nahrungsmittel entwendet worden waren.<sup>1219</sup> Selbst Schulen und Betreuungseinrichtungen für Kinder organisierten die Bewohner von El Davis eigeninitiativ. Der Kräftezuwachs der Widerstandsgruppen führte dazu, dass die *autodefensas* ihre vorrangig defensive Ausrichtung aufgaben und Offensivaktionen gegen die staatlichen Sicherheitskräfte sowie Zusammenschlüsse bewaffneter konservativer Zivilisten durchführen konnten.<sup>1220</sup>

Aber auch in anderen Regionen des *departamento* Tolima traten Liberale und Kommunisten in Kontakt, um die Möglichkeiten zu einem koordinierten Vorgehen gegen den gemeinsamen Feind auszuloten. Eliécer Pérez Torres berichtete der Justiz von seiner Entführung im Frühjahr 1952 durch die liberale Widerstandsgruppe, die sich um David Cantillo und seinen Brüder in der Gemeinde Rovira gebildet hatte. Er gab übereinstimmend mit seinem Bruder Alberto zu Protokoll, dass die *chusmeros* Besuch von Personen erhielten, die in dem bäuerlichen Ambiente durch ihre elegante Bekleidung aufgefallen seien. Diese hätten sich durch Ausweise als Mitglieder der Kommunistischen Partei Kolumbiens ausgewiesen und versucht die Gruppe um David Cantillo davon zu überzeugen, die Kräfte von

---

<sup>1217</sup> Skurski; Coronil: Introduction, S. 11.

<sup>1218</sup> Einige staatsanthropologische Theoretiker heben hervor, dass der Nationalstaat nur *eine*, nicht aber die *einzigste* soziale Institution ist, die Gemeinschaften von Menschen ordnen kann (vgl. Aradhana Sharma; Akhil Gupta: Introduction. Rethinking Theories of the State in an Age of Globalization. In: Aradhana Sharma und Akhil Gupta (Hrsg.): The Anthropology of the State. A Reader. Malden 2006, S. 1-41, hier: S. 9. S. auch Fischer: Colombia, S. 188f.).

<sup>1219</sup> Raúl Valbuena: Zeitzeugeninterview, 16.11.1982 (APMM).

<sup>1220</sup> Medina: Resistencia Campesina, S. 255f.; Alape: Vidas, S. 126, 148.

liberalen und kommunistischen Kombattanten zu bündeln, nachdem die liberalen *guerrilleros* bekundet hatten, dass „wir sehr schwach sind [und] nicht ausreichend Waffen besitzen, um dem Feind die Stirn zu bieten“.<sup>1221</sup> Die Emissäre des *Partido Comunista* hätten den im Namen der Liberalen Partei Kämpfenden Waffenlieferungen, Munition und angeblich sogar Kanonen sowie Nahrungsmittel in Aussicht gestellt.<sup>1222</sup> In demselben Jahr, 1952, brach aus Südtolima eine Delegation kommunistischer Berater nach Nordtolima auf, um die Widerstandsgruppen liberaler Provenienz politisch zu orientieren, was allerdings auf den Widerstand dort ansässiger *caciques* der Liberalen Partei stieß.<sup>1223</sup>

Der Widerstand liberaler *gamonales* gegen die Versuche der politischen Einflussnahme auf liberale Kombattanten durch kommunistische Akteure beruhte zu einem großen Teil auf dem Ziel letzterer, der *Violencia* den Charakter eines Klassenkampfes zu geben. Die Liberale Partei und die in ihrem Namen Kämpfenden hingegen waren in erster Linie geeint durch den Gegensatz zu der Konservativen Partei und deren Mitgliedern. Aus Perspektive der kommunistischen Gruppierungen verlief die Hauptkonfliktlinie jedoch zwischen den ausgebeuteten Massen, Arbeitern und *campesinos*, auf der einen Seite sowie der als faschistisch wahrgenommenen Regierung, welche die kapitalistisch-ausbeuterische Elite repräsentiere, auf der anderen. Der *sectarismo*, der weite Teile der liberalen und konservativen Kombattanten definierte, war in der Interpretation der politischen Realität durch kommunistische Gruppierungen lediglich ein Herrschaftsinstrument der Eliten des Landes, mit dem die Organisierung der Arbeiter und Bauern gegen das kapitalistische System verhindert werden sollte.<sup>1224</sup>

Der *comandante Olimpo* erinnert, dass die Emissäre der Kommunistischen Partei in diesem Sinne darauf zielten, ihren, potentiellen liberalen Verbündeten darzulegen, dass Arbeiter und *campesinos* Opfer des vorherrschenden Wirtschaftssystems waren – gleich welcher Partei sie angehörten.<sup>1225</sup> Deutlich wurde die von den kommunistischen Gruppierungen angestrebte Mobilisierung auf Basis des von ihnen propagierten Klassengegensatzes als Alternative zu der Differenz zwischen den Traditionsparteien an der Aussage von Carlos Hernando Amaya über die Versuche der kommunistischen Gruppen in Osttolima, ihn zum Eintritt in ihre Reihen zu bewegen. Er berichtete, dass in die kommunistischen bewaffneten

<sup>1221</sup> „TSI, SN 2290 contra Juan Batista Bedoya et al. por Asociación para Delinuir“ (AHJT/2/4/20/8/3; s. auch 4f.).

<sup>1222</sup> Ebenda, 22ff.

<sup>1223</sup> Medina: Cuadernos, S. 63f.

<sup>1224</sup> Matta Aldana: Colombia, S. 51.

<sup>1225</sup> Arango Z.: FARC, S. 188. S. auch Casas: Guerrilla, S. 207.

Widerstandsgruppen nicht nur Kommunisten und Liberale, sondern auch „saubere Konservative mit Bewusstsein“ aufgenommen wurden.<sup>1226</sup> Mit *sauberen Konservativen mit Bewusstsein* bezogen sich die kommunistischen Widerstandskämpfer auf Mitglieder der Konservativen Partei, deren Handeln und Interpretationen sozialer Realitäten nicht allein vom weit verbreiteten *sectarismo* gespeist wurden, sondern die sich ihrer sozioökonomisch definierten Position im gesellschaftlichen Gefüge bewusst waren.

Die impliziten Tendenzen, die diskursiv gezogenen Differenzen zwischen den *partidos tradicionales* zu überwinden, sorgten bei den *gamonales liberales* für Unruhe.<sup>1227</sup> Leopoldo García (alias Peligro) beschrieb das Zusammentreffen der liberalen Widerstandsgruppe mit den kommunistischen Kombattanten und deren politische Ansichten gegenüber Guzmán Campos wie folgt:

In El Limón gab es ein Kommando und mit [Gerardo, L. R.] Loaiza entschlossen wir uns, dorthin zu gehen, um die Kräfte zu bündeln. Später, als wir mit diesen Leuten zusammen waren, sagten sie uns, dass wir weder der liberalen noch der konservativen Politik folgen durften.<sup>1228</sup>

Nach El Davis kamen auch die Emissäre der Kommunistischen Partei, die sich zum Ziel gesetzt hatten, die Widerstand leistenden Bewaffneten politisch zu bilden. Wie Guaraca betont, fanden die Bemühungen, die Bewaffneten politisch zu schulen, defensiv „ohne die Kommunisten zu benennen“ statt, um nicht die antikommunistischen Ressentiments der liberalen Widerstandskämpfer zu wecken.<sup>1229</sup> In der Anfangsphase der Zusammenarbeit von kommunistischen und liberalen Widerstandskämpfern genossen erstere das Ansehen der liberalen Gruppierungen, welche die militärische Effizienz der Kommunisten bewunderten. So erbeuteten kommunistische Kombattanten in einem Großangriff auf die *Policía Nacional* in der Region Ambeimba ein automatisches Gewehr, was von großer psychologischer Bedeutung war, da es die Möglichkeit verdeutlichte, dass erfolgreicher Widerstand möglich war. Die Anerkennung der militärischen Kompetenz der unter der Ägide des *Partido Comunista* Kämpfenden, die bereits Erfahrung in Kollektivaktionen im Rahmen der Landkämpfe in vorherigen Dekaden gesammelt hatten, beruhte nicht zuletzt auf dem Umstand, dass die liberalen Widerstandsgruppen kurz vor der Etablierung des *Estado Mayor Conjunto* in einen Hinterhalt der Streitkräfte getappt waren. Angeblich desertierte Soldaten, die sich dem bewaffneten Wider-

<sup>1226</sup> „TSI, SN 4839 contra José Dolores Morales Diaz et al. por Rebelión“ (AHJT/2/2/9/4/4).

<sup>1227</sup> Meertens: Ensayos, S. 140; Fajardo: Violencia, S. 821.

<sup>1228</sup> Zitiert in: Guzmán Campos: Violencia, S. 291.

<sup>1229</sup> Matta Aldana: Colombia, S. 58.

stand anschließen wollten, lockten die Liberalen in eine Falle, die ungefähr 100 Kombattanten das Leben kostete.<sup>1230</sup>

Die Handlungsallianz zwischen liberalen und kommunistischen Widerstandsgruppen in Südtolima dauerte allerdings nur wenig mehr als ein Jahr, wenn auch Olimpo sie als sehr erfolgreich und sogar harmonisch bezeichnete.<sup>1231</sup> Die Zusammenarbeit der politisch differenten Akteursgruppen beruhte auf militärischen Überlegungen bzw. Notwendigkeiten, ohne dass die politischen Konsequenzen bedacht worden wären.<sup>1232</sup> Kurze Zeit nach der Einrichtung des *Estado Mayor Conjunto* brachen allerdings die Differenzen in zentralen politisch-ideologischen Grundsatzfragen zwischen liberalen und kommunistischen Widerstandsgruppen auf, die sogar zu bewaffneten Auseinandersetzungen zwischen beiden Gruppen führten.<sup>1233</sup> Während der PCC und die von ihm initiierten *autodefensas* mit ihren Forderungen nach Selbstverwaltungsstrukturen und einer umfassenden Agrarreform das zeitgenössische Gesellschaftssystem infragestellten, verteidigten die liberalen Kombattanten, als *Partisanen der Tradition* im Münkler'schen Sinne, die Beibehaltung des politischen Systems gegen die drohende konservative Hege monie und die politische Exklusion der Liberalen Partei.<sup>1234</sup>

Die Agrarfrage entwickelte sich zu einem zentraler Differenz- und Streitpunkt zwischen kommunistischen und liberalen Widerstandskämpfern. Die *dirigentes liberales*, die auf die eine oder andere Weise den liberalen Widerstand in Südtolima unterstützten oder guthießen, waren in der Mehrheit Großgrundbesitzer, denen die

<sup>1230</sup> Medina: Resistencia Campesina, S. 252ff.

<sup>1231</sup> Arango Z.: FARC, S. 187. S. auch Karl: State Formation, S. 693. Guillermo Vásquez, der Anfang der 1950er Jahre im bewaffneten Widerstand in Südtolima aktiv war, berichtet ebenso, dass die Kommunikation zwischen kommunistischen und liberalen *destacamentos* oftmals besser war als zwischen den verschiedenen liberalen Widerstandsgruppen in Tolima (Zeitzeugeninterview, 11.6.2010).

<sup>1232</sup> Medina: Resistencia Campesina, S. 256.

<sup>1233</sup> Henderson: Modernization, S. 403. Mit dem Aufbrechen der Differenzen zwischen liberalen und kommunistischen Akteuren etablierten sich die in der Folge geläufigen Bezeichnungen der Liberalen als *limpios* und der Kommunisten als *comunes*. Olimpo zufolge lag der Ursprung dieser Termini in einem Brief des *Directorio Liberal del Tolima* an die liberalen Kombattanten, in dem diese, ob ihrer authentischen liberalen Gesinnung ohne kommunistischen Einfluss, als „reine, wahre“ Liberale, als *limpios*, bezeichnet wurden. Diesen wurden die „gemeinen, gewöhnlichen“, und implizit unreinen, Kommunisten, die *comunes*, gegenübergestellt (vgl. Medina: Resistencia Campesina, S. 259).

<sup>1234</sup> Vgl. Kurtenbach: Kolumbien [1999], S. 384. Sánchez erinnert vor dem Hintergrund des Konflikts zwischen *limpios* und *comunes* in Südtolima an das ambivalente Verhältnis des *Partido Comunista* zu den liberalen Präsidenten López Pumarejo und Santos sowie dem *gaitanismo*. Der Wankelmutter des PCC in den 1930er Jahren beeinflusste auch die Beziehungen zwischen den liberalen und kommunistischen Widerstandsgruppen in Tolima (vgl. Ensayos, S. 263ff.).

Landkämpfe unter den Auspizien der Kommunistischen Partei in den Dekaden zuvor nur allzu gut in Erinnerung geblieben waren.<sup>1235</sup> Die *terratenientes* machten ihren Einfluss auf die liberalen *guerrillas* nach Möglichkeit geltend und zielten darauf, die Handlungsallianz mit den kommunistischen Kombattanten aufzubrechen.<sup>1236</sup> Des Weiteren waren neben der politischen Einflussnahme liberaler Politiker, Medina zufolge, sozialstrukturelle Unterschiede zwischen der Gemeinde Rioblanco, in der sich der liberale Widerstand formierte, und Chaparral, wo die kommunistischen *autodefensas* ihren Ursprung hatten, ausschlaggebend für das Aufbrechen der Handlungsallianz. Während in Rioblanco nur sehr wenige *haciendas* existierten und *campesinos* im Besitz von kleinen, aber eigenen, Landparzellen in der Mehrzahl waren, war der Anteil von lohnabhängigen Landarbeitern, die der kommunistischen Interpretation sozialer Wirklichkeit weitaus offener gegenüberstanden, in Chaparral sehr viel höher.<sup>1237</sup>

Eng verbunden mit der Agrarproblematik, in der sich Liberale und Kommunisten deutlich unterschieden, war die Frage des Privat- bzw. Kollektivbesitzes. Im Rahmen der Organisierung und Einbindung der Zivilbevölkerung im *Frente Democrático de Liberación Nacional* plädierten die *comunes* dafür, den Proviant, die eingesammelten Lebensmittel und die in Gefechten mit dem militärischen Gegner erbeuteten Gegenstände gemäß des Bedarfs unter Kombattanten und Zivilisten aufzuteilen. Guaraca erinnert daran, dass sich die *comunes* in diesem Punkt deutlich von den *limpios* unterschieden.<sup>1238</sup> Aus Sicht der *limpios* stellte dieses Vorgehen eine Kollektivierung von Gütern und Nahrungsmitteln dar, die dem traditionellen Individualismus der liberalen *campesinos* widerspreche.<sup>1239</sup> Der liberale Guerillakommandant Jesús María Oviedo (alias Mariachi) drückte seine Vorbehalte gegen das von den *comunes* vereidigte Konzept von (Privat-)Besitz in einem Brief 1958 wie folgt aus: „Banditen sind diejenigen, die behaupten, dass alles für alle ist und dass die Dinge nicht dem Besitzer gehören, sondern demjenigen, der sie benötigt“.<sup>1240</sup>

Héctor Julio Estrada Herrán berichtete von einem Gespräch, das er mit einem der liberalen Widerstandskämpfer in Roncesvalles geführt hatte. Dieser antwor-

<sup>1235</sup> Henderson verweist auf ein Schreiben von *dirigentes liberales* aus Ibagué an Gerardo Loaiza, in dem sie diesen auffordern, die Allianz mit dem kommunistischen Widerstand aufzugeben (Modernization, S. 403).

<sup>1236</sup> Pécaut: Violencia y Política, S. 61. S. auch Oquist: Violencia, S. 304f.; Pardo Rueda: Historia, S. 516.

<sup>1237</sup> Medina: Resistencia Campesina, S. 259ff.

<sup>1238</sup> Matta Aldana: Colombia, S. 68.

<sup>1239</sup> Uribe Alarcón: Poder, S. 82.

<sup>1240</sup> Zitiert in: Guzmán Campos: Violencia, S. 224.

tete ihm auf die Frage, welche Ziele sie verfolgten, dass sowohl Konservative als auch Kommunisten Gegner seiner *guerrilla* darstellten. Er setzte Kommunisten, die den Privatbesitz nicht respektierten, sondern den Kollektivbesitz propagierten, und den konservativen Erzfeind gleich. Die *comunes* würden sich aus seiner Sicht durch das gleiche Vorgehen auszeichnen, dass auch die Konservativen charakterisierte, welche „die reichen Herren auf dem Land angreifen, sie ausrauben, [...] ohne Gnade töten und dann der liberalen *guerrilla* die Schuld geben“.<sup>1241</sup>

Insbesondere die Verteilung der Waffen, die in Gefechten mit den staatlichen Sicherheitskräften erbeutet wurden, war Anlass für Konflikte zwischen den beiden Widerstandsgruppen. Dem getöteten Gegner seine Feuerwaffen abzunehmen, stellte in der Regel die einzige Möglichkeit dar, im Landesinneren Waffen jenseits einfacher Flinten zu erlangen. Die liberalen Widerstandskämpfer verteidigten die Auffassung, die in Gefechten erlangten Waffen würden in den Privatbesitz der siegreichen Kombattanten übergehen. Die *comunes* hingegen wollten diese Waffen in Besitz des *movimiento de autodefensa* wissen, der diese den einzelnen *destacamentos* nach Bedarf zuteilen sollte.<sup>1242</sup>

In anderen Punkten, welche die *limpios* ihren kommunistischen Alliierten in El Davis vorwarfen, näherten sie sich dem Diskurs der *dirigentes conservadores* an. Sie warfen den *comunes* vor, die liberalen *guerrillas* zu unterwandern und ihnen eine kommunistische Stoßrichtung geben zu wollen, die diesen, wegen ihres liberalen Charakters, per Definition fremd sei. Andere Beschuldigungen, die konservative Politiker gegen die Verfechter liberaler Ideen richteten, münzten die Mitglieder der Liberalen Partei gegen die *comunes*. So führe der den Kommunisten eigene Atheismus aus ihrer Sicht dazu, dass das soziale Ordnungsprinzip *Familie* aufgeweicht würde.<sup>1243</sup> Weiterhin klagten sie die *comunes* an, durch die Einbindung von Frauen und Kindern in den FDLN die traditionellen Familienstrukturen aufzulösen.<sup>1244</sup>

Mit den Komitees im Stile einer Volksfront zielten die *dirigentes políticos* der kommunistischen Widerstandsgruppen auf die parallele Organisierung der kämpfenden und der zivilen Bevölkerung. Sie sollten die Kohäsion und Beteiligung der Non-Kombattanten an dem Widerstand gegen die staatlich-konservativen

<sup>1241</sup> „TSI, SN 6961 contra José Alirio Guzmán Restrepo por Asociación para Delinuir“ (AHJT/2/1/1/35).

<sup>1242</sup> Pécaut: Orden y Violencia, S. 634; Sánchez; Meertens: Bandits, S. 47.

<sup>1243</sup> Die Zeitzugin Mercedes berichtet, dass sie, im Widerstand in Osttolima aktiv, ihrem Lebensgefährten in einer Quasi-Eheschließung vor Jacobo Arenas, anstatt eines Klerikers, das Ja-Wort gab (vgl. Aprilé-Gniset: Crónica, S. 247).

<sup>1244</sup> Sánchez: Ensayos, S. 265ff.; Henderson: Modernization, S. 403f.; Aprilé-Gniset: Crónica, S. 242.

Aggressionen sicherstellen. So wurden Heranwachsende in der Jugendorganisation des PCC (*Juventud Comunista*) organisiert und auch die Frauen betätigten sich in dem logistischen Umfeld der Kombattanten, übernahmen aber auch militärische Aufgaben. Kinder unter 12 Jahren wurden in dem sogenannten *Batallón Sucre* zusammengefasst, wo sie mit Hilfsarbeiten wie dem Sammeln von Feuerholz und Reinigungstätigkeiten betraut wurden. Die Kinder, eingebunden über den *Batallón Sucre*, wurden Guerillakommandanten zugeordnet, denen sie als Adjutanten dienten und die sie, wie Alape berichtet, sogar „Vater“ nannten, was die Auflösung der (patriarchalischen) Familienstrukturen auch auf der semantischen Ebene verdeutlichte. Weiterhin nahmen sie, wenn auch in weniger gefährlichen Positionen, an Gefechten teil und wurden beispielsweise zum Einsammeln der Waffen von Gefallenen eingesetzt.<sup>1245</sup>

Angesichts der stets zu befürchtenden Angriffe durch die staatlichen Sicherheitskräfte oder die gefährliche und nur bewaffnet durchzuführende Beschaffung von Lebensmitteln dominierte an Orten wie El Davis eine militärische Logik auch in ursächlich nicht-militärischen Handlungsräumen. Die ursprünglich zivil ausgerichteten Zusammenschlüsse des FDLN reduzierten ihre Arbeit oftmals auf die Bedürfnisse des bewaffneten Kampfes. Derart rückten die weiblichen und jungen, heranwachsenden Zivilisten zum Missfallen der *limpios* in die Nähe der bewaffneten männlichen Kombattanten, was in den Augen der liberalen Kombattanten zu der Auflösung der traditionellen Familienstrukturen beigetragen habe.<sup>1246</sup>

Während die *limpios* die Organisierung des Widerstandes im Rahmen des FDLN auf Seiten der *comunes* und damit verbundene Einbindung von Zivilisten in militärische Aufgabenbereiche kritisierten, bemängelten die kommunistischen Widerstandskämpfer eben dieses Fehlen von Organisation auf der liberalen Seite. Die Formierung des liberalen Widerstandes um Familienoberhäupter und -netzwerke führte dazu, dass dieser oftmals eine lokale Perspektive einnahm und sich durch eine begrenzte politische Reichweite auszeichnete. Die liberalen *guerrillas* verteidigten ihre *patria chica*, das heißt ihre Familien, Heimstätten und Land und sahen sich nicht, wie die kommunistischen Akteure, in einen *Dritten Weltkrieg* zwischen imperialistischen und demokratischen Kräften involviert.<sup>1247</sup>

<sup>1245</sup> Arturo Alape: Diario de un Guerrillero. Bogotá 1970, S. 40ff.; Sánchez: Ensayos, S. 266. Auch in Osttolima wurden Kinder über (Hilfs-)Tätigkeiten in den bewaffneten Widerstand eingebunden (vgl. Aprile-Gniset: Crónica, S. 213).

<sup>1246</sup> Medina: Resistencia Campesina, S. 251ff., 257.

<sup>1247</sup> Fajardo: Violencia, S. 280; Pécaut: Orden y Violencia, S. 632. Buitrago Parra verweist allerdings darauf, dass auch bei den kommunistischen Kombattantengruppen mitunter Tendenzen zur Betrachtung der politischen Entwicklungen im streng lokalen Rahmen auszumachen waren (José del Carmen Buitrago Parra: Movilización y resistencia campesina en el Oriente del

Die *comunes* kritisierten den personalistischen Charakter und die starken individualistischen Züge ihrer temporären liberalen Alliierten. Diese führten in den Augen der kommunistischen Widerstandskämpfer nicht nur zu einem hohen Maß an Undiszipliniertheit in dem Handeln der *limpios*, sondern auch, gepaart mit der Betonung des Privatbesitzes, zu einer Tendenz, kriminelle, ökonomisch motivierte Gewalt auszuüben. Einige der liberalen Guerillakommandanten verfolgten in den Augen ihrer kommunistischen Verbündeten keinerlei hehren und politischen Ziele, sondern verwandelten den bewaffneten Widerstand in ein bloßes Geschäft – oder wie Olimpo es ausdrückt: „Sie [die liberalen Widerstandskämpfer, L. R.] akzeptierten nicht, dass der Kampf nicht dafür da war, sich zu bereichern, sondern für ehrenwerte und progressive Ziele wie den Sturz der damaligen Diktatur“.<sup>1248</sup> Guzmán Campos zitiert ein Schreiben des kommunistischen *Movimiento de Autodefensa Campesina*, in dem die Autoren die liberalen Widerstandskämpfer um Loaiza beschuldigten, in ihren Reihen kriminelle, weil ökonomisch motivierte Gewaltakteure zu akzeptieren, die auch vor Morden an wohlhabenden Liberalen und Vergewaltigungen nicht zurückschreckten.<sup>1249</sup>

Der gemeinsame Feind und die militärischen Aggressionen der staatlichen Sicherheitskräfte und ihrer zivilen Unterstützer machte die militärische Zusammenarbeit von *limpios* und *comunes* Anfang der 1950er Jahre möglich bzw. notwendig. Auf einer ideologisch-politischen Ebene nahmen sie aber, wie oben dargestellt wurde, diametral auseinander liegende Positionen ein.<sup>1250</sup> Diese führten zu einem Auseinanderbrechen der Allianz von *comunes* und *limpios*, offenbar auch auf Drängen von regionalen sowie lokalen Vertretern der Liberalen Partei.<sup>1251</sup> Beide Gruppen gingen in der Folge nur noch temporäre Allianzen ein, um beispielsweise größere Militärexpeditionen und -belagerungen zu durchbrechen. Eine dieser gemeinsamen Aktionen im Frühjahr 1952 gab allerdings Anlass zu dem definitiven Bruch zwischen liberalen und kommunistischen Widerstandskämpfern. Als ein zu der Gruppe um Loaiza gehörender Kombattant nach einer

---

Tolima y Región del Sumapaz (1953-1957). In: Memoria, Enero – Diciembre (1998), S. 88-99, hier: S. 89f.).

<sup>1248</sup> Arango Z.: FARC, S. 187f. Vgl. auch: Henderson: Modernization, S. 402ff.; Uribe Alarcón: Poder, S. 81ff.

<sup>1249</sup> Guzmán Campos: Violencia, S. 223.

<sup>1250</sup> Ciro Castaño, der Widerstandskämpfer, der Jahre später den FARC angehören sollte, erkennt aber selbtkritisch an, dass nicht nur ideologische Differenzen zwischen *limpios* und *comunes* zu den Auseinandersetzungen zwischen den Gruppen führten, sondern auch „ein infamer Austausch von Gerüchten (*chismes*) und Lügen“ (Trujillo Castaño, Ciro, S. 28).

<sup>1251</sup> Sowohl Isauro Yosa als auch Olimpo berichten von Aufforderungen von liberalen Politikern aus den frühen 1950er Jahren, die Zusammenarbeit mit den kommunistischen Gruppierungen aufzugeben (vgl. Arango Z.: FARC, S. 63, 188).

gemeinsamen militärischen Unternehmung, die unter dem Kommando des Kommunisten Pedro Ruminque (alias Canario) stand, die erbeutete Waffe in seinen Privatbesitz nehmen wollte, zerbrach die liberal-kommunistische Allianz an der Frage des Privat- bzw. Kollektivbesitzes endgültig. Die Konfiszierung des Gewehres, die der *dirigente comunista* Raúl Valbuena veranlasste, gab Anlass zu blutigen Auseinandersetzungen zwischen den ehemaligen Alliierten.<sup>1252</sup>

Die ehemaligen Weggefährten führten die in der Folgezeit regelmäßigen Gefechte, denen auch mehrere Söhne des exponierten liberalen Guerillaführers Gerardo Loaiza zum Opfer fielen, mit erbitterter Härte.<sup>1253</sup> Ricardo Castañeda berichtete von einem Gefecht in La Quebrada, das „*a bala y a machete*“ geführt wurde und von Tagesanbruch bis in den späten Nachmittag andauerte.<sup>1254</sup> Und Leopoldo García (alias Peligro) gab Germán Guzmán Campos zu Protokoll, dass er 1952 mehr gegen die *comunes* als gegen die Erzfeinde der Liberalen, die *chulavitas*, gekämpft habe.<sup>1255</sup>

Riekenberg streicht heraus, dass sich *Gewaltsegmente* als identitäre Gruppe in der Interaktion mit anderen Gewaltkollektiven konstituieren.<sup>1256</sup> Sicherlich bestanden zwischen den liberalen und den kommunistischen Widerstandskämpfern bereits vor ihrer Zusammenarbeit und Interaktion ideologisch-politische Differenzen bezüglich zentraler Fragen wie der Feinddefinition oder der Bedeutung des Privat- bzw. Kollektivbesitzes. *Limpios* und *comunes* gerieten sich in ihrer Selbstdarstellung als Verfechter und Träger der Doktrinen der jeweiligen Partei, der sie sich verbunden fühlten. Diese ideologisch-politischen Differenzen gaben, wie skizziert, Anlass für die Kämpfe zwischen den liberalen und kommunistischen Kombattanten.

---

<sup>1252</sup> Raúl Valbuena: Zeitzeugeninterview, 16.11.1982 (APMM). Vgl. auch Arango Z.: FARC, S. 61ff., 181, 189ff.; Medina: Resistencia Campesina, S. 251

<sup>1253</sup> Guzmán Campos: Violencia, S. 223; Arango Z.: FARC, S. 64.

<sup>1254</sup> Ricardo Castañeda: Zeitzeugeninterview, 17.6.2010, vgl. auch Gilberto Bravo Loaiza: Zeitzeugeninterview, 1.6.2010.

<sup>1255</sup> Guzmán Campos: Violencia, S. 291. Martín Camargo, der von dem PCC zur politischen Beratung des bewaffneten Widerstandes nach Südtolima entsendet worden war, berichtete allerdings von dem Ruhen der Auseinandersetzungen zwischen *limpios* und *comunes*, als die Streitkräfte in der zweiten Jahreshälfte 1952 zu einer Offensive in Südtolima einsetzten (El Cronista, 16.8.1964, „La Lucha Interna del Sur del Tolima“. S. auch Medina: Resistencia Campesina, S. 261). Während der Hochphase der blutigen Kämpfe zwischen *limpios* und *comunes* verhielten sich die Streitkräfte jedoch zurückhaltend, um die verfeindeten, in Kämpfe verwickelten Gruppen nicht erneut zu einen, indem sich ihnen mit den Streitkräften ein gemeinsamer Feind präsentierte (El Cronista, 2.9.1964, „La primeras armas de Pedro Antonio Marín (Tiro Fijo)“).

<sup>1256</sup> Riekenberg: Gewaltsegmente, S. 30. Liell verweist ebenfalls darauf, dass „subkulturelle Vergemeinschaftung auch über Gewalt erfolgen kann“ (Doppelcharakter, S. 50).

Die bewaffneten Auseinandersetzungen zwischen den beiden Gruppierungen, die gewaltsamen Interaktionen zwischen den *Gewaltsegmenten*, wirkten allerdings zurück auf die Gruppenidentitäten. Die bewaffneten Konflikte, die entlang der politischen Differenzen entbrannten, festigten die Gewaltakteure in ihrer Identität, das heißt in ihren politischen Überzeugungen, und vertieften die Kluft zwischen ihnen und ließen weitere Konflikte wahrscheinlich werden. Die Spannungen zwischen Kombattanten, die sich zu der Liberalen bzw. der Kommunistischen Partei bekannten, waren kein ephemeres Phänomen, sondern wirkten bis weit in die 1960er Jahre hinein.

## 6 Die Regierung der *Fuerzas Armadas* (1953–1957)

Liberale Politiker erreichten zusammen mit dem moderaten Flügel der konservativen Regierungspartei das, was dem bewaffneten liberalen und kommunistischen Widerstand nicht gelungen war: die Absetzung der verhassten Regierung Laureano Gómez. Der Verständigungsprozess zwischen Fraktionen der *partidos tradicionales* war allerdings dadurch begünstigt worden, dass die dezentral entstandenen *guerrillas* mit unterschiedlichem politischem Hintergrund an Schlagkraft gewonnen hatten und sich nach der *Conferencia de Boyacá* eine überregionale Koordinierung der Widerstandsgruppen abzeichnete. Insbesondere die liberalen Widerstandsgruppen waren in der Lage, in stärkerem Maße in die Offensive gegen die staatlichen Sicherheitskräfte und parastaatlichen Gruppen zu gehen.<sup>1257</sup> Da sie sich gleichzeitig in ihren Forderungen zunehmend von den Zielsetzungen der liberalen Parteiführung lösten, nahm auch diese sie als eine Gefahr für das traditionelle politische System wahr.<sup>1258</sup>

### 6.1 Das Amnestieangebot der Militärregierung Rojas Pinilla

Die politisch-ideologischen Differenzen zwischen *limpios* und *comunes* führten zu einem unterschiedlichen Umgang mit dem Amnestieangebot nach der Absetzung der konservativen Regierung Gómez durch Rojas Pinilla im Juni 1953. Die verschieden beantwortete Frage nach der Positionierung gegenüber der Militärregierung vertiefte, zusätzlich zu den vorangegangenen bewaffneten Interaktionen zwischen den *Gewaltsegmenten*, in der Folge die Differenzen zwischen liberalen und kommunistischen (ehemaligen) Widerstandskämpfern.<sup>1259</sup> Der Fokus der Regierung Rojas Pinilla lag auf der Befriedung der *llanos orientales*, wo sich die stärkste liberale *guerrilla* formiert hatte. Diese hatte zunehmend an Autonomie gegenüber der liberalen Parteihierearchie gewonnen und Ansätze zu einer Interpretation sozialer Realität und auch zu Mobilisierungen entlang von Klassengegensätzen, und weniger der Parteidifferenz entwickelt.<sup>1260</sup> Die Herausbildung einer geeinten Führung der liberalen Widerstandsgruppen in den *llanos* vergrößerte die von ihr ausgehende Gefahr für den politischen Status quo merklich. Der Regierung Rojas Pinilla gelang es, das Oberkommando zu untergraben, indem sie die

---

<sup>1257</sup> Für parastaatliche, die staatlichen Sicherheitskräfte unterstützende Akteursgruppen vgl. Peter Waldmann: Staatliche und parastaatliche Gewalt: Ein vernachlässigtes Forschungsthema. In: Hans Werner Tobler und Peter Waldmann (Hrsg.): Staatliche und parastaatliche Gewalt in Lateinamerika. Frankfurt (Main) 1991, S. 21-41.

<sup>1258</sup> Karl: State Formation, S. 40ff.; González Arias; Marulanda Alvarez: Historias, S. 60ff.

<sup>1259</sup> Karl: State Formation, S. 109.

<sup>1260</sup> Pizarro Leongómez: Profesionalización Militar II; Buitrago Parra: Movilización, S. 90.

im Juli 1953 einsetzenden Verhandlungen mit den einzelnen *destacamentos* des bewaffneten Widerstandes separat führte.<sup>1261</sup>

Insbesondere nach Bürgerkriegen ist die Befriedung im Inneren des Landes oftmals die Hauptquelle politischer Legitimität der (neuen) Regierung, die aus den bewaffneten Auseinandersetzungen hervorgeht.<sup>1262</sup> Der Erfolg der noch jungen Regierung Rojas Pinilla, die massenhafte Demobilisierung von liberalen Widerstandskämpfern in dem Tiefland östlich von Bogotá, erfuhr daher eine breite mediale Resonanz, die Wirkung auf liberale Widerstandsgruppen in anderen Regionen des Landes zeitigte.<sup>1263</sup>

Die liberalen Kombattanten akzeptierten in der Mehrheit vergleichweise schnell das Amnestieangebot der Militärregierung. Zum einen genossen die Streitkräfte trotz ihrer während des Untersuchungszeitraums wachsenden Beteiligung an der Aufstandsbekämpfung nach wie vor den Ruf, parteipolitisch neutral zu sein. Viele Liberale trauten ihr zu, zwischen Liberalen und Konservativen vermitteln zu können – nicht zuletzt hatte die Führungsriege der Liberalen Partei entscheidend dabei mitgewirkt, den General in das Präsidentenamt zu bringen. Zum anderen war der Sturz des konservativen Hardliners Gómez das vorrangige Ziel liberaler *guerrillas* gewesen, das mit dem *golpe de opinión* erreicht worden war.<sup>1264</sup> Den meisten liberalen Widerstandskämpfern ging es nicht darum, den Kampf um das Überleben und den Widerstand gegen die Repression in einen Kampf für die grundlegende Änderung der Verfassung der Gesellschaft oder des politischen Feldes zu verwandeln.<sup>1265</sup> Sie waren *Partisanen der Tradition* und die von den liberalen Kombattanten angestrebte Verteidigung der Tradition sahen sie mit der Absetzung von Gómez erreicht.

### 6.1.1 Die Amnestierung und Demobilisierung liberaler *guerrillas*

Sánchez unterscheidet mit Blick auf die Reaktionen der bewaffneten Widerstandsgruppen drei Typen.<sup>1266</sup> Zu der ersten Gruppe gehörten liberale *guerrillas*, die sich den staatlichen Sicherheitskräften bedingungslos stellten, das heißt ohne

---

<sup>1261</sup> Sánchez: Ensayos, S. 231.

<sup>1262</sup> Popitz: Phänomene, S. 91.

<sup>1263</sup> Palacios: Legitimidad, S. 228. Zwischen Juli und September 1953 legten über 10.000 liberale *guerrilleros* die Waffen nieder (Henderson: Modernization, S. 367.) Der Erfolg der Demobilisierungsbemühungen der Regierung Rojas Pinilla in den *llanos orientales* spiegelte sich auch in der Zahl der Gefallenen wider. Während 1952/53 22.000 Tote in den *llanos* zu beklagen waren, waren es 1954/55 „nur noch“ 1.900 (vgl. Palacios: Legitimidad, S. 211).

<sup>1264</sup> Bushnell: Making, S. 216; Casas: Guerrilla, S. 146, 208, Oquist: Violencia, S. 288f.

<sup>1265</sup> Pécaut: Orden y Violencia, S. 630.

<sup>1266</sup> Sánchez: Ensayos, S. 225-238.

vor der Demobilisierung und der Waffenabgabe Forderungen formuliert und Zusagen eingefordert zu haben.<sup>1267</sup> Die Widerstandsgruppen, die derart vorgingen, kamen mit dem sofortigen Niederlegen der Waffen durchaus Aufrufen der Liberalen Partei nach, die das sofortige Ende der Gewalt vonseiten der liberalen Kombattanten forderten.<sup>1268</sup> Der *Directorio Liberal Departamental Tolimas* unter Vorsitz von Rafael Parga Cortés rief knapp zwei Wochen nach dem Regierungswechsel dazu auf, dass „alle, die sich in *guerrillas* erhoben haben, insbesondere unsere Parteimitglieder, ihre Waffen vor den militärischen Autoritäten niederlegen und die Garantien, welche die Regierung zusichert, annehmen“.<sup>1269</sup>

Die Widerstandsgruppe, die sich um Tiberio Borja (alias Córdoba) und seinen Bruder Leonidas (alias Tranquilo) in der Gemeinde Rovira gebildet hatte, gehörte zu den liberalen *guerrillas*, die sich bedingungslos ergaben. Diese legte Anfang August 1953 nach Gesprächen mit dem Militärgouverneur Cuéllar Velandía, bei denen sie von dem liberalen Journalisten Echeverría Cárdenas begleitet worden waren, die Waffen nieder.<sup>1270</sup> Sánchez berichtet, dass, entgegen der Behauptung von Guzmán Campos, die gegenseitigen Zusagen seien eingehalten worden, die im Rahmen der *entrega* abgegebenen persönlichen Daten oftmals zur späteren, gezielten extralegalen Tötung amnestierter *guerrilleros*, durch Angehörige der Streitkräfte oder *pájaros*, genutzt wurden – Tiberio Borja wurde Ende des Jahres 1954 von Soldaten ermordet.<sup>1271</sup>

Einer zweiten Form der Demobilisierung kamen Widerstandsgruppen nach, welche die Waffen niederlegten und im Nachhinein Forderungen an die Regierung stellen. Zu diesen ex post gestellten Konditionen liberaler Widerstandskämpfer gehörten die Forderungen nach körperlicher Unversehrtheit, langfristigen Krediten, um den Wiederaufbau der *fincas* und Häuser zu finanzieren, Forderungen nach dem Ausbau der lokalen und oftmals zerstörten Infrastruktur sowie dem Bau von Schulen. In diese Form der Kapitulation begab sich die Mehrheit der liberalen *guerrillas* in Südtolima, wobei die *entregas* der liberalen Kombattanten nicht

<sup>1267</sup> So vermeldete *Eco Nacional* bereits vier Tage nach der Machtübernahme von Rojas Pinilla die ersten *entregas* in Antioquia und Boyacá (*Eco Nacional*, 17.6.1953, „Jefes de Guerrillas de Antioquia y Boyacá deponen las Armas y se entregan al Gbno.“).

<sup>1268</sup> Londoño Botero: Varela, S. 560.

<sup>1269</sup> Zitiert in: *Eco Nacional*, 26.6.1953, „El Directorio Liberal Del Tolima da su Respaldo al Sr. Gobernador Cuella V.“. Alejandro Galvis G., *dirigente liberal* in Santander, forderte Rafael Rangel, der eine liberale *guerrilla* in dem *departamento* anführte, nach dem Regierungsantritt von Rojas Pinilla schriftlich auf, sich mit seinen Kombattanten angesichts „der neuen Umstände, in denen sich das Land befindet“, den Streitkräften zu stellen. Das Schreiben ist in den Memoiren Galvis' abgedruckt: Galvis Galvis, *Memorias*, S. 290f.

<sup>1270</sup> Varela Mora; Romero Picón: Amaneceres, S. 189.

<sup>1271</sup> Guzmán Campos: *Violencia*, S. 142; Sánchez: *Ensayos*, S. 225f.

unmittelbar nach dem Putsch von Rojas Pinilla stattfanden. Angesichts der fortwährenden Präsenz konservativer, paramilitärischer Gewaltkollektive, wie den *Barbados* und *Patriotas* in Chaparral oder den *Enruanados* in San Antonio, warteten die *limpios* mit der Entwaffnung, bis auch ihre Feinde entwaffnet wurden.<sup>1272</sup> Daher demobilisierte sich die *guerrilla*, die unter dem Kommando von Gerardo Loaiza gestanden hatte, erst im Oktober 1953.<sup>1273</sup>

Kurze Zeit später folgte die *entrega* von Efraín Valencia (alias Arboleda) in unmittelbarer Nähe zur *cabecera municipal* in Chaparral.<sup>1274</sup> Arboleda hatte seine „Karriere“ im bewaffneten Widerstand, ähnlich wie der unter dem *nom de guerre* Mariachi bekannt gewordene Jesús María Oviedo, in Südtolima in *destacamentos guerrilleros* begonnen, die den *comunes* zuzuordnen waren. Die Befriedungskampagne nach der Absetzung Gómez' nutzten diese aber, um sich von den kommunistischen Akteuren loszusagen und sich den für die Liberale Partei kämpfenden anzuschließen – und gegen die kommunistischen Zusammenschlüsse, gemeinsam mit den Streitkräften oder deren Billigung, vorzugehen.<sup>1275</sup> Jaime Guaraca beschuldigte Oviedo allerdings, sich den *limpios* weniger aus ideologischen als aus monetären Gründen angeschlossen zu haben.<sup>1276</sup> Auch Marín warf ihm vor, die ideologischen Differenzen mit den *comunes* nur aus rhetorischen Gründen herangezogen zu haben, um seinen gegen Geldzahlungen erfolgten Seitenwechsel vor den Kombattanten unter seinem Kommando rechtfertigen zu können.<sup>1277</sup> Gegen Ende Oktober 1953 bilanzierte *El Tiempo*, dass mit der Kapitulation von mehreren Hundert *guerrilleros*, mit denen bereits insgesamt 800 ehemalige Widerstandskämpfer die Waffen niedergelegt hatten, und den angekündigten *entregas* weiterer Kombattanten die Befriedung des *departamento* Tolima nahezu vollständig erfolgt sei.<sup>1278</sup>

<sup>1272</sup> Vgl. Sánchez: Ensayos, S. 228f.

<sup>1273</sup> *El Tiempo*, 8.10.1953, „2 Grupos de Guerrilleros del Tolima se Presentaron a la Autoridad Militar“. Fotos der *entrega* von den *limpios* um Hermógenes Vargas (alias Vencedor) sind als Teil der publizistischen Kampagne zur Befriedung des Landes unter Rojas Pinilla abgedruckt in: *El Tiempo*, 24.10.1953 „Información de Nuestros Correspondentes en Todo el País“.

<sup>1274</sup> *El Tiempo*, 22.10.1953, „150 Guerrilleros se Entregaron ayer Cerca a Chaparral“.

<sup>1275</sup> Der Inlandsgeheimdienst sprach allerdings im September 1958 von Arboleda als „*banderero comunista*“ und zeigte damit, dass er offenbar über keine genauen und fundierten Kenntnisse über die (ehemaligen) Kombattanten verfügte („Boletín Informativo No. 165“ [AGN/FMI/SDM/4/30/145]).

<sup>1276</sup> Matta Aldana: Colombia, S. 136.

<sup>1277</sup> Marulanda Vélez: Cuadernos, S. 70. S. auch Alape: Vidas, S. 212ff.; Pécaut: Orden y Violencia, S. 634; Rosales Ariza: Forjadores, S. 53; Medina: Resistencia Campesina, S. 264.

<sup>1278</sup> *El Tiempo*, 26.10.1953, „170 Guerrilleros se Entregaron en Chaparral, Ayer“; *El Tiempo*, 27.10.1953, „220 Guerrilleros se Presentaron en Natagaima (T)“.

Wie Sánchez und Meertens unterstreichen, fehlte vielen liberalen *guerrillas* in Südtolima die politische Reife, Bedingungen vor der Abgabe der Waffen zu stellen und Garantien auf Erfüllung einzufordern. Nach der Entwaffnung hatten die *guerrillas* keine Druckmittel mehr in der Hand, um auf die Erfüllung der Forderungen vonseiten des Staates zu pochen.<sup>1279</sup> Gerardo Loaiza drückte schon im März 1954 in einem Schreiben an den Präsidenten seine Enttäuschung über die nicht eingehaltenen Zusagen aus, die anlässlich der *entrega* als Gegenleistung für die Abgabe der Waffen knapp sechs Monate zuvor gemacht worden waren. Die von Rojas Pinilla gegründete *Oficina de Rehabilitación y Socorro* habe Loaiza zufolge weder die zugesagten Kredite gewährt, noch die in Aussicht gestellten landwirtschaftlichen Geräte geliefert.<sup>1280</sup>

Eine dritte Gruppe, sowohl liberaler als auch kommunistischer, Widerstandskämpfer stellte in etwa die Bedingungen für ihre Demobilisierung, wie sie von anderen, oben erwähnten liberalen Widerstandsgruppen im Nachhinein gestellt wurden. Das Unterscheidungsmerkmal macht Sánchez hier an dem Zeitpunkt der Formulierung der Forderungen – vor bzw. nach der *entrega* – fest.<sup>1281</sup> Die Forderungen, die kommunistische Widerstandsgruppen als Bedingung für ihre Demobilisierung stellten, glichen in etwa den liberalen Konditionen, allerdings stellten sie als weitere Forderungen die Wiederherstellung demokratischer Rechte wie das Recht auf freie Wahlen sowie eine Neuausrichtung der Außenpolitik des Landes.<sup>1282</sup> Das Vorgehen dieser Gruppen, zu denen auch die von Alvear Restrepo beratene und vor der *entrega* gewarnte *guerrillas* in den *llanos orientales* gehörten, erklärte sich unter anderem damit, dass sie über die politische Beratung durch vergleichsweise erfahrene Akteure des politischen Feldes verfügten. Die Widerstandsgruppen in Osttolima wurden beispielsweise in den Verhandlungen mit der Militärregierung von *dirigentes políticos* des PCC beraten.<sup>1283</sup>

<sup>1279</sup> Sánchez; Meertens: Bandits, S. 49; Sánchez: Ensayos, S. 227.

<sup>1280</sup> Das Schreiben wurde in *Tribuna* abgedruckt und wird zitiert in: Sánchez; Meertens: Bandits, S. 50f. Uribe Alarcón verweist allerdings darauf, dass als Gegenleistung für die Demobilisierung der *limpios* in Südtolima mit dem, geforderten, (Aus-)Bau der Straße zwischen Chaparral, El Limón und Rioblanco begonnen wurde (vgl. Matar, rematar, contramaratar, S. 64).

<sup>1281</sup> Pizarro Leongómez fügt den drei von Sánchez unterschiedenen Modi der Demobilisierung noch zwei weitere Formen zu: die Auflösung der Gewaltkollektive, ohne den formalen Kapitulationsprozess zu durchlaufen, sowie die Umwandlung der Kombattantengruppen in *autodefensas*, was insbesondere auf den kommunistischen Widerstand zutraf (Orígenes).

<sup>1282</sup> Sánchez: Ensayos, S. 267. S. auch Londoño Botero: Varela, S. 563.

<sup>1283</sup> Varela Mora; Romero Picón: Amaneceres, S. 197.

### 6.1.2 Die entregas simbólicas der kommunistischen autodefensas

Der *Partido Comunista de Colombia* kritisierte die Regierung Rojas Pinilla bereits sehr früh wegen des hohen Militärbudgets und ihrer US-freundlichen Politik.<sup>1284</sup> Der PCC hatte angesichts des ausgeprägten Antikommunismus der Streitkräfte, der bisherigen Verwicklung in Gewaltakte von Rojas Pinilla wie dem Massaker in der *Casa Liberal* in Cali und seiner Zugehörigkeit zu der Konservativen Partei deutliche Zweifel an seinen Friedensbekundungen. Die Führung des kommunistischen Widerstandes in Südtolima sah in ihm den Vertreter der nationalen Oligarchie, die zum Erreichen ihrer Ziele nicht davor zurückschreckte, eine Militärdiktatur in Kolumbien zu installieren.<sup>1285</sup> Im August 1953 erklärte die Kommunistische Partei im Rahmen eines Parteiplenums in Palmira, dass der Machtantritt des Generals lediglich „einen Regierungswechsel, aber keinen Regimewechsel [im Sinne eines Systemwechsels, L. R.]“ darstelle.<sup>1286</sup> Das Misstrauen kommunistischer Widerstandsgruppen in Südtolima erklärte sich auch durch die Gefechte mit den Streitkräften, in die sie auch noch im November 1953, also fünf Monate nach dem Regierungsantritt von Rojas Pinilla, verwickelt waren.<sup>1287</sup> Die Vorbehalte gegen die Regierung des Militärs teilten die kommunistischen Widerstandsgruppen mit einigen, wenn auch nur wenigen, Akteuren auf der liberalen Seite. Der Anwalt Alvear Restrepo, politischer Berater der *guerrilla llanera*, warnte diese vor der Kapitulation im Rahmen der angebotenen Amnestie, da er diese nur als Schachzug der Streitkräfte wertete, um der Kombattanten einfacher habhaft werden und diese dann töten zu können.<sup>1288</sup>

An der Frage, wie mit dem Amnestieangebot der Militärregierung umzugehen sei, offenbarte sich innerhalb des kommunistischen Widerstandes die Herausbildung unterschiedlicher Fraktionen. Die vom PCC entsendeten politischen Berater Pedro Vásquez und Martín Camargo beispielsweise plädierten für die Auflösung der politischen Kommissionen der Widerstandsgruppen, die Entsendung der Kombattanten als mobile *guerrillas* und den Abbruch der Gespräche mit Vertretern der

<sup>1284</sup> Vgl. Helfrich-Bernal: Kolumbien, S. 96; Londoño Botero: Varela, S. 567.

<sup>1285</sup> Vgl. das Flugblatt „Dictadura Militar en Colombia“ des *Estado Mayor Militar* der *Fuerzas Guerrilleras de la Cordillera Central de los Andes*, das wenige Wochen nach dem Putsch von Rojas Pinilla im Juni 1953 entstand und abgedruckt ist in: Marulanda Vélez: Cuaderños, S. 103ff.

<sup>1286</sup> Zitiert in: Varela Mora; Romero Picón: Amaneceres, S. 235; s. auch 215. Ebenso äußerten sich der Zeitzeuge Eusebio Prada (vgl. Prada: Vida, S. 64f.) sowie der *comandante* Baltazar Fernández (Aprile-Gniset: Crónica, S. 19.), die auf kommunistischer Seite gegen die Regierung gekämpft hatten.

<sup>1287</sup> Medina: Resistencia Campesina, S. 264.

<sup>1288</sup> Calvo Ospina: Colombia, S. 73. Alvear Restrepo wurde später tot aufgefunden – er war unter ungeklärten Umständen ertrunken.

Militärregierung.<sup>1289</sup> Marín warf dem militaristischen Flügel wiederum mangelnde Weitsicht und fehlendes Verständnis über die Lage des Widerstandes in einer Region vor, in die sie erst wenige Wochen zuvor gekommen waren. Er charakterisierte die Situation für die kommunistische Widerstandsgruppe wie folgt:

Mit dem Ende des Guerillakampfes 1953, [hervorgerufen] durch die *entrega* der Mehrheit der liberalen Kombattanten, durften die Kommunisten nicht auf eigene Rechnung und eigenes Risiko eine Bewegung weiterführen, für welche sich die objektiven Bedingungen gewandelt hatten [und] widrig geworden waren.<sup>1290</sup>

Damit folgte Marín der „offiziellen“ Parteilinie des PCC, der die Verhandlungen mit der Militärregierung über die Demobilisierung der bewaffneten Widerstandsgruppen bejahte, um Zeit zu gewinnen und diese in zivile *movimientos de masa* umwandeln zu können.<sup>1291</sup> Die politische Situation, in der sich die kommunistischen Widerstandsgruppen in der zweiten Jahreshälfte 1953 befanden, war schwierig. Einerseits dominierte in der dem Putsch von Rojas Pinilla folgenden Euphorie ein allgemeines Klima der Demobilisierung und die Hoffnung, zu einer friedlichen politischen Betätigung zurückkehren zu können – dies waren die gewandelten, konträren *objektiven Bedingungen*, von denen Marulanda sprach. Andererseits sahen die *comunes* in dem General ein Instrument der Oligarchie und Bourgeoisie zur Wiederherstellung der altbekannten Ausbeutungsstrukturen und misstrauten daher seinen Versprechen. Des Weiteren waren die Erinnerungen an die blutigen und verlustreichen Auseinandersetzungen mit den *limpios* noch frisch. Die *comunes* konnten sich der tatsächlichen Demobilisierung und Entwaffnung ihrer Gegner nicht gewiss sein, zumal einige von diesen, wie Mariachi, die Streitkräfte im Kampf gegen die kommunistischen Gewaltkollektive unterstützten – die nicht genau einzuschätzende militärische Stärke des Widersachers führte dazu, dass das Gewaltpotenzial in der Region erhalten blieb.<sup>1292</sup>

Viele *limpios* hatten sich in den Verhandlungen über das von Rojas Pinilla unterbreitete Amnestieangebot als Hilfstruppen der Streitkräfte empfohlen, um gegen die kommunistischen Akteursgruppen vorzugehen, die sie als die „wahren Übeltäter“ bezeichneten.<sup>1293</sup> Der liberale Guerillakommandeur Leopoldo García (alias Peligro) verfolgte zusammen mit dem Heer kommunistische Widerstands-

<sup>1289</sup> Der Zeuge Eusebio Prada beschreibt Martín Camargo als einen Vertreter des radikalen Flügels des kommunistischen Widerstands (vgl. Zeitzeugeninterview, 5.5.1982 [APMM]).

<sup>1290</sup> Marulanda Vélez: Cuadernos, S. 72. S. auch Medina: Resistencia Campesina, S. 265.

<sup>1291</sup> Sánchez: Ensayos, S. 267; Medina: Resistencia Campesina, S. 265.

<sup>1292</sup> Marulanda Vélez: Cuadernos, S. 71f.; Riekenberg: Gewaltsegmente, S. 22f.

<sup>1293</sup> Alape: Vidas, S. 227.

kämpfer nach der Absetzung von Laureano Gómez bzw. gestatteten die Streitkräfte, dass Peligro die in der Region verbliebenen kommunistischen Kräfte bekämpfte oder festnahm und sie den staatlichen Sicherheitskräften übergab.<sup>1294</sup> Ciro Castaño strich heraus, dass der Umstand, dass die *comunes* die Waffen nicht abgegeben hatten, ihnen einen gewissen Schutz vor den Feindseligkeiten der *limpios* gewährte.<sup>1295</sup>

Letzten Endes folgten die verschiedenen kommunistischen Widerstandsgruppen nicht *einer* durch den PCC vorgegebenen Handlungsanweisung, sondern reagierten uneinheitlich auf das Amnestieangebot und die Forderung nach ihrer Demobilisierung. In Südtolima teilten sich die kommunistischen Kombattantengruppen, gemäß des Beschlusses der *II. Conferencia Regional del Sur* im Oktober 1953, in vier Gruppen auf. Diese verließen die Region in verschiedene Richtungen, ohne sich in den formellen Kapitulationsprozess zu begeben, einerseits um dem nach wie vor währenden Druck durch die *limpios* und der Streitkräfte auszuweichen, andererseits den Maßgaben des *Partido Comunista* Folge zu leisten. Dieser zielte darauf, die bewaffneten Gruppen in zivil agierende, breite soziale Bewegungen (*movimientos de masa*) umzuwandeln bzw. andere Widerstandsgruppen bei diesem Vorhaben in anderen Landesteilen zu unterstützen und zu verstärken.<sup>1296</sup>

Eine erste Gruppe von ungefähr 200 Kombattanten zog unter Führung von Isauro Yosa (alias Lister) und José Alfonso Castañeda (alias Richard) aus Südtolima in den Osten des *departamento*, um sich den bereits demobilisierten Kombattanten um Varela und Marcos Jiménez anzuschließen.<sup>1297</sup> Ein Zeuge, der als Tominejo in den bewaffneten Untergrund in Osttolima gegangen war, erinnert, dass die als *sureños* bezeichneten Neuankömmlinge wegen ihrer militärischen Erfahrung, Disziplin und Bewaffnung in Sumapaz geschätzt wurden. In politischen Veranstaltungen versuchten die *sureños*, den Einflussbereich der kommunistischen Kräfte in einer Region auszuweiten, in der sich die Mehrheit der Widerstandsgruppen zu der Liberalen Partei bekannte und in der Gaitáns UNIR in den 1930er Jahren großen Einfluss auf die *movimientos campesinos* gehabt hatte. Tominejo rekapitulierte, dass einer der *dirigentes comunistas* „insistierte, dass wir nicht mehr den einfachen Kampf (*lucha vulgar*) der liberalen *guerrillas* weiterführen durften. Er sagte, dass wir uns in die zukünftigen Anführer der Revolution in Kolumbien wandeln mussten“.<sup>1298</sup>

<sup>1294</sup> El Tiempo, 3.9.1958, „Cinco de los Comandantes Narran sus Actividades“.

<sup>1295</sup> Trujillo Castaño, Ciro, S. 34. S. auch Rosales Ariza: Forjadores, S. 54.

<sup>1296</sup> Varela Mora; Romero Picón: Amaneceres, S. 190f.; Rosales Ariza: Forjadores, S. 54.

<sup>1297</sup> Alape: Vidas, S. 215; Aprile-Gniset: Crónica, S. 20, 146; Arango Z.: FARC, S. 147.

<sup>1298</sup> Aprile-Gniset: Crónica, S. 227.

Eine weitere Gruppe unter Führung von Gratiniano Rocha (alias Avenegra) bewegte sich in die durch eine starke indigene Präsenz charakterisierte Gemeinde Natagaima in Südtolima. Wenig später folgte die Gruppe um Avenegra jedoch den nach Sumapaz Evakuierten um Lister und Richard. Zwar wollten die *sureños* die Kombattanten, die in Osttolima Widerstand gegen die konservative Regierung geleistet hatten, von der zentralen Bedeutung des Klassengegensatzes für den bewaffneten Kampf überzeugen und den politischen Kampf für den sozialen Wandel weiterführen. Aber auch wenn sie den Versprechungen des neuen Präsidenten misstraute[n], konnten sie sich dem allgemeinen politischen Klima nicht entziehen – und dieses tendierte, in der allgemeinen Hoffnung auf eine dauerhafte Beendigung des Konflikts, zur Abgabe der Waffen.<sup>1299</sup>

Anders als ihre ehemaligen Kampfgefährten in Südtolima, die sich der *entregas* verweigerten, kapitulierten die *sureños*, einmal in Osttolima angekommen, *symbolisch*. Rocha leitete in Villarrica die *entrega simbólica* der *sureños*, wobei der liberale *guerrillero* Marcos Jiménez (alias Resortes) den Kontakt zwischen diesen und den neuen Machthabern hergestellt hatte. Bei der Etablierung des Kontaktes zwischen der Militärregierung und den kommunistischen Kombattanten aus Südtolima war weiterhin Jorge Wolf, der Sohn von George A. Wolf, der diesem über die Ernennung von Gerlein zum Bürgermeister von Villarrica und die Flucht der Liberalen aus der Region berichtet hatte, behilflich.<sup>1300</sup>

Mit der *symbolischen Kapitulation* wurden die Demobilisierungen bezeichnet, die lediglich den formalen Anforderungen genügten, aber die Organisationsstrukturen und Waffenbestände nicht grundlegend modifizierten. Den Streitkräften wurden lediglich ältere, weniger brauchbare Waffen ausgehändigt, neue und moderne Waffen, welche die (ehemaligen) Kombattanten unter anderem in den rezenten Auseinandersetzungen erbeutet hatten, wurden aber im unzugänglichen Hinterland versteckt, um sie nach der *entrega* notfalls wieder in Gebrauch nehmen zu können.<sup>1301</sup> Manuel Rozo Rico, ein Ladenbesitzer aus San Bernardo, wusste, dass die *sureños* „lediglich einige alte Flinten“ während der *entrega* abgegeben hatten.<sup>1302</sup> Isauro Yosa (alias Lister) gab in seiner Vernehmung nur den ungefähren Aufbewahrungsort der in Sicherheit gebrachten Waffen zu Protokoll. Seiner Aussage zufolge habe er auch keine weiteren Kenntnisse über die Waffen, da sich

<sup>1299</sup> Buitrago Parra: Guerrilleros, S. 61f.

<sup>1300</sup> González Arias; Marulanda Alvarez: Historias, S. 63f., 66, 218f.; Varela Mora; Romero Picón: Amaneceres, S. 191; Prada: Vida, S. 65; Aprile-Gniset: Crónica, S. 74, 271; Londoño Botero: Varela, S. 565.

<sup>1301</sup> Aprile-Gniset: Crónica, S. 71f.

<sup>1302</sup> „FFAAENBIM, SN 1610 contra Isauro Yosa et al. por Asociación para Delinuir“ (AHJT/2/2/7/1/45).

Cardenal um das Verstecken derselben bemüht habe für den Fall, dass sich die Situation grundlegend verschlechtern solle („*para el caso de que se volviera a dañar esto*“).<sup>1303</sup>

Marín wiederum verließ mit seinem „politischen Mentor“ Jacobo Prías Alape (alias Charronegro) und einer Handvoll Kombattanten El Davis in Südtolima, um in der Region Riochiquito Zuflucht zu finden. Im *departamento* Cauca, hatte die Gruppe um Charronegro allerdings mit widrigen Umständen zu kämpfen, wie der Isolation von der Kommunistischen Partei, die unter anderem zu der Unwissenheit über die politischen Entwicklungen auf der nationalen Ebene führte. Weiterhin litten die *comunes* auch in Cauca unter Angriffen durch das Heer und durch ehemalige liberale Widerstandskämpfer, die sich den Streitkräften zu Diensten gestellt hatten. Die *limpios* wurden oftmals von den Latifundisten der Region im Kampf gegen die nicht demobilisierten Kommunisten unterstützt, weil sie nicht nur eine Gefahr für den politischen Status quo darstellten, sondern auch Nahrungsmittel und Vieh auf den benachbarten Landgütern stahlen, um das eigene Auskommen sicherzustellen.<sup>1304</sup>

Dessen ungeachtet betrachteten Marín und Prías Alape die abgeschiedene, schwer zugängliche Region als den geeigneten Ausgangspunkt für den zu formierenden *movimiento agrario*. Wie Karl hervorhebt, war die Region Riochiquito nicht wie die späteren *repúblicas independientes* Marquetalia und Guayabero unbesiedelt, sondern in Riochiquito waren bereits *comunidades indígenas* ansässig.<sup>1305</sup> In den Indigenen der Region, die von umliegenden *haciendas* in ihrem Besitz bedroht wurden, sahen die *dirigentes comunistas* potentielle Unterstützer der aufzubauenden Agrarbewegung.<sup>1306</sup> Die Beziehung der kommunistischen Neuankömmlinge zu den indigenen Gemeinschaften, die bereits während der Regierungszeit Gómez in den bewaffneten Konflikt hineingezogen worden waren, gestaltete sich in der Anfangszeit allerdings keineswegs konfliktfrei, bis sich auch Indigene in dem *movimiento agrario* engagierten.<sup>1307</sup>

---

<sup>1303</sup> Ebenda, f. 51v.

<sup>1304</sup> Alape Vidas, S. 235-241. Karl verweist auf die sehr dünne Quellenlage, um die Ereignisse in Riochiquito nach der Ankunft der *comunes* im Spätjahr 1953 zu rekonstruieren. Die von Alape in Vidas zusammengetragenen *testimonios* stellen die Hauptinformationsquelle dar. (State Formation, S. 693f.).

<sup>1305</sup> Karl: State Formation, S. 739ff.

<sup>1306</sup> Jacobo Arenas: Zeitzeugeninterview, 15.2.1986 (APMM). Vgl. auch Alape: Vidas, S. 229, 233ff.; Medina: Resistencia Campesina, S. 265.

<sup>1307</sup> Alape: Vidas, S. 233f. Ciro Castaño schrieb in einem Brief 1961 an Repräsentanten des für die Region zuständigen *Tribunal de Reconciliación y Equidad*, dass sich das Verhältnis zwischen den kommunistischen Gruppierungen unter seinem Kommando und den *comunidades indígenas* in der Zwischenzeit harmonisch gestaltete. Die indigenen Gemeinschaften würden,

Neben den drei genannten Gruppen, die aus Südtolima in andere Landesteile aufbrachen, um andere, formal demobilisierte Widerstandsgruppen zu verstärken und *movimientos de masas* zu organisieren, verblieben einige *comunes* in der Region *El Davis*. Deren Führung übernahm der militärisch zwar erprobte, politisch jedoch unerfahrene Andrés Bermúdez (alias Llanero), der mit der Regierung die Rückkehr der von der *Violencia* Vertriebenen aushandeln sollte.<sup>1308</sup> Kurze Zeit nach dem Aufbruch der Kommissionen nach Osttolima und Riochiquito fiel die Llanero anvertraute Gruppe einem Täuschungsmanöver der *limpios* um Leopoldo García zum Opfer, der den Mangel an politischer Erfahrung des *comandante* ausnutzte. Peligro arbeitete, wie bereits erwähnt, mit den Streitkräften zusammen, welche die Personen töteten, die Llanero anvertraut worden waren und die sich weigerten, sich den *limpios* anzuschließen, nachdem sich diese auf Einladung von García zu einem, angeblich freundschaftlichen, Treffen an dem vereinbarten Ort eingefunden hatten.<sup>1309</sup>

In Osttolima, wo die Spannungen zwischen liberalen und kommunistischen Akteuren nicht wie in Südtolima zu bewaffneten Auseinandersetzungen geführt hatten, entschied sich der Widerstand zu einer *entrega simbólica* als Kompromisslösung zwischen dem Verbleib in den Kampfverbänden und der vollständigen Demobilisierung.<sup>1310</sup> Einerseits konnten auch die liberalen und kommunistischen Widerstandskämpfer, die der Militärregierung misstrauten, nicht die Augen vor der politischen Realität und Konjunktur nach dem Putsch von Rojas Pinilla verschließen; die Euphorie nach dem *golpe de opinión* drängte zu den *entregas*. Andererseits gab es starke Widerstände unter den Kombattanten, wie zum Beispiel von Juan de la Cruz Varela, die deutliche Vorbehalte gegen die Regierung des Generals

---

seiner Darstellung zufolge, als legitime Besitzer des Landes anerkannt und die im Laufe der *Violencia* angekommenen *colonos* hätten ihre Landparzellen rechtmäßig erworben („Carta a los Doctores Vicente C. Cajiao y José A. Tello L.“ [AGN/FMI/SDM/64/500/67-70]).

<sup>1308</sup> Llanero gehörte bereits der frühen kommunistischen Widerstandsgruppe an, die sich Ende der 1940er Jahre in Chicalá gebildet hatte (vgl. Raúl Valbuena: Zeitzeugeninterview, 16.11.1982 [APMM]).

<sup>1309</sup> In der Literatur bleibt die Rolle, die Andrés Bermúdez bei dem Vorfall zukam, im Dunkeln. Weder Isauro Yosa noch Jaime Guaraca erheben direkte Anschuldigungen gegen Llanero, sondern konzentrieren sich auf dessen, der politischen Unerfahrenheit geschuldete, taktische Fehler (vgl. Arango Z.: FARC, S. 68, 80f., 147). Medina hingegen beschreibt, dass Bermúdez zu den *limpios* um Oviedo und Efraín Valencia überlief und sich mit den liberalen Guerillakommandeuren die Region in Einflussbereiche aufteilte (Resistencia Campesina, S. 265). Ähnliches wie Medina berichtete der ehemalige Führungskader der Kommunistischen Partei Martín Camargo 1964 (El Cronista, 3.10.1964, „La Dispersión del Comando Guerrillero de ‘El Davis’“; El Cronista, 21.10.1964, „La Primera Visita de ‘Tiro Fijo’ al Huila“). Beide Versionen stimmen allerdings darin überein, dass Bermúdez von den Streitkräften bzw. den *limpios* getötet wurde.

<sup>1310</sup> Londoño Botero: Varela, S. 563.

hatten. Letztere setzten sich in der Befürchtung, in der näheren Zukunft könnte es zu erneuten Aggressionen kommen, gegen ihre vollständige Entwaffnung zur Wehr.<sup>1311</sup>

José Aniceto Almario (alias Secreto) sagte vor Gericht aus, dass Varela seinen Kombattanten, zu denen Almario gehörte, befohlen hatte, nur eine automatische Waffe und ungefähr drei Dutzend Gewehre abzugeben. Die sonstigen Waffen, unter anderem mehrere moderne Schusswaffen, die in Gefechten mit der Polizei erbeutet worden waren, versteckten sie auf Befehl der Kommandeure in dem unzugänglichen Gebiet der *Colonia Agricola*.<sup>1312</sup> Der *comandante* Baltazar Fernández berichtete, dass sich viele Zivilisten, und weniger die Kombattanten, den Streitkräften stellten, um die Waffen älteren Baujahrs abzugeben. Dieses Vorgehen zielte darauf, „den Druck ein wenig zu nehmen“, denn auch die Kombattanten, die an den Versprechungen der Militärregierung zweifelten, konnten sich nicht der allgemeinen politischen Konjunktur entziehen, die zur Demobilisierung tendierte.<sup>1313</sup> So stellten sich immerhin offiziell 600 als Widerstandskämpfer bezeichnete Bewaffnete, die von Marcos Jiménez Domínguez (alias *Resortes*) und seinem Bruder Julio angeführt wurden, einer Militärkommission, deren Vorsitz der Brigadegeneral Duarte Blum innehatte.<sup>1314</sup>

## 6.2 Der Gewaltrückgang nach dem Machtantritt von Rojas Pinilla

Unbestritten ist, dass dem Regierungsantritt des Generals Rojas Pinilla ein deutlicher Rückgang der Gewaltintensität folgte, den die von der Regierung angebotene Amnestie und die Kapitulationen (*entregas*) bzw. Einstellung der Kampfhandlungen von den Gruppen, die sich nicht oder nur formal demobilisierten, bedingten.<sup>1315</sup> Die Annäherung der gemäßigten Flügel der Traditionsparteien und der aus dieser resultierende *golpe de opinión* hatte Rojas Pinilla den Weg in die *Casa de Nariño* geebnet, als der bewaffnete Widerstand in vielen Regionen Kolumbiens zunehmend in die Offensive ging. Ausgehend von den Entwicklungen in den *llanos orientales* hatten auch die Teilnehmer der *Conferencia de Boyacá* im August 1952 auf die nationale Koordinierung der kommunistischen und liberalen Kombattantengruppen gezielt. Die sich anbahnende Herausbildung einer geeinten Führung der verschiedenen bewaffneten Widerstandsgruppen wurde durch die

---

<sup>1311</sup> Henderson: Modernization, S. 371; Aprilé-Gniset: Crónica, S. 70.

<sup>1312</sup> „TSI, SN 4839 contra José Dolores Morales Diaz et al. por Rebelión“ (AHJT/2/2/9/4/108f.).

<sup>1313</sup> Aprilé-Gniset: Crónica, S. 22.

<sup>1314</sup> El Tiempo, 2.11.1953, „Tolima Pacificada“.

<sup>1315</sup> Henderson: Modernization, S. 368; Roldán: Violencia, S. 21.

Demobilisierungskampagne obsolet.<sup>1316</sup> Die von Rojas Pinilla erlassene Amnestie und die folgenden *entregas* setzten dem von den *llanos* ausgehenden Zentralisierungsprozess der verschiedenen Widerstandsgruppen und der Herausbildung eines Guerillaoberkommandos ein jähes Ende.

Eine Amnestie zu erlassen, zeugt immer auch davon, dass die involvierten Konfliktparteien über ein annäherndes Kräftegleichgewicht verfügen, was keiner Seite erlaubt, sich in den bewaffneten Auseinandersetzungen durchzusetzen.<sup>1317</sup> Zwar hatten die Widerstandsgruppen während der Regierungszeit von Gómez an militärischer Stärke gewonnen und eine Tendenz zur Zentralisierung von Befehlsstrukturen entwickelt. Mit der Annahme der von der Militärregierung angebotenen Amnestie und der folgenden *entregas* sahen sich die Kombattantengruppen allerdings dieser Qualitäten als militärisch zunehmend schlagkräftigerer und politisch ernstzunehmender Akteur beraubt. Karl ist in diesem Sinne zuzustimmen, wenn er festhält, dass „die Amnestie, als militärische Strategie, eine Meisterleistung war. Die Amnestie stellte weniger ein Zugeständnis an stärker werdende *guerrillas* als deren Niederlage dar“ – entwaffnet und demobilisiert hatten sie nicht mehr die Druckmittel in der Hand, politische Reformen zu forcieren.<sup>1318</sup>

Angesichts des vergleichsweise schnellen Befriedungsprozesses, vor allem in den *llanos orientales*, genoss der neue Präsident Kolumbiens zwar unter weiten Teilen der Bevölkerung und des politischen Establishments hohes Ansehen und durchaus politische Legitimität. Mit der Amnestierung und Demobilisierung der Kombattanten im Zuge des Regierungsantritts von Rojas Pinilla wurden allerdings weder die (vorgestellten) Differenzen zwischen den Fraktionen des politischen Feldes Kolumbiens der 1950er Jahre getilgt noch seine Topographie grundlegend geändert. Daher war die von Rojas Pinilla erlassene Amnestie nicht gleichzusetzen mit der Beendigung des Konfliktes zwischen den verschiedenen Fraktionen im politischen Feld Kolumbiens bzw. der Eliminierung der diesen bedingenden Faktoren.<sup>1319</sup> Dem Putsch folgte lediglich ein temporärer Rückgang in den Ausmaßen der Gewalt und ihrer Intensität.<sup>1320</sup> Bürgerkriege zeichnen sich dadurch aus, dass deren Gewaltaufkommen und -intensität nicht linear oder kontinuierlich verlaufen, das heißt ein Abflauen der kriegerischen Auseinanderset-

<sup>1316</sup> Vgl. Pizarro Leongómez: Profesionalización Militar II; Sánchez: Violencia y sus efectos, S. 231; ders.: Ensayos, S. 241.

<sup>1317</sup> Ebenda, S. 218.

<sup>1318</sup> Karl: State Formation, S. 108. S. auch Sánchez; Meertens: Bandits, S. 19. Ortiz Sarmiento hält ebenfalls fest, dass die von Rojas Pinilla dekretierte Amnestie mehr Erfolge als alle Bombardements in den *llanos orientales* zeitigten (Estado, S. 271).

<sup>1319</sup> Sánchez: Ensayos, S. 223.

<sup>1320</sup> Oquist: Violencia, S. 264f.; Sánchez: Violencia y sus efectos, S. 237.

zungen darf nicht vorschnell mit der Beendigung des Bürgerkrieges gleichgesetzt werden – wie Zeitgenossen oftmals schlussfolgern.<sup>1321</sup>

Die von Karl benannte *Niederlage* der *guerrilla*, das heißt die dem Amnestieangebot folgenden Demobilisierungen, war kein militärischer Sieg der staatlichen Sicherheitskräfte über die Widerstandsgruppen und führte nicht zu einer dauerhaften Beilegung der Konflikte zwischen Liberalen, Konservativen und Kommunisten, die zu den bewaffneten Auseinandersetzungen geführt hatten. Die Annahme der Amnestie und die Demobilisierung war vielmehr Ausdruck einer gewissen Kriegsmüdigkeit vieler Kombattanten.<sup>1322</sup> Der Militärregierung gelang es, die im Namen der Liberalen, Konservativen und Kommunistischen Partei Kämpfenden zu demobilisieren, ohne ihnen letzten Endes wirkliche Zugeständnisse zu machen.<sup>1323</sup> Des Weiteren gehörte die Regierung Rojas Pinilla zu den Regierungen, die im Rahmen einer Befriedungskampagne Amnestien erlassen, aber oftmals nicht in der Lage, oder nicht gewillt, sind, die Zusagen und Vereinbarungen auch einzuhalten, das heißt, nicht in der Lage sind, die mit der Amnestie anvisierten Ziele zu erreichen.<sup>1324</sup>

### 6.2.1 Die begrenzte Reichweite der staatlichen Wiederaufbaumaßnahmen

Die am 2. Juli 1953 gegründete *Oficina de Rehabilitación y Socorro*, welche die Rückkehr von Vertriebenen unterstützen sollte und für den Wiederaufbau zerstörter Häuser und Landgüter Kredite vergab, verhalf zwar den Ankündigungen der Militärregierung zu mehr Glaubwürdigkeit. Die Gründung der *Oficina* wurde von Zeitgenossen als adäquates Mittel gesehen, auf eine dauerhafte Befriedung des Landes hinzuarbeiten und die Rahmenbedingungen zu schaffen, dass die *partidos tradicionales* ihre althergebrachten Rivalitäten beilegen konnten.<sup>1325</sup> Ähnliches galt für die Gründung des *Instituto de Colonización e Inmigración* (ICI) durch die Regierung Rojas Pinilla einen Monat nach dem Machtantritt des Generals. Mit dem ICI sollte dem Problem begegnet werden, dass viele in der Landwirtschaft Tätige über keine eigenen Landparzellen verfügten. Des Weiteren sollte so das

---

<sup>1321</sup> Waldmann: Gesellschaften, S. 353f.

<sup>1322</sup> Henderson: History, S. 188f.

<sup>1323</sup> Pizarro Leongómez: Profesionalización Militar III.

<sup>1324</sup> Claudia Steiner: Memories of Violence, Narratives of History. Ethnographic Journeys in Colombia. Ann Arbor 2008, S. 115.

<sup>1325</sup> Das Gründungsdekret 1725 der *Oficina de Rehabilitación y Socorro* ist mit den Aufgaben der Einrichtung abgedruckt in: El Tiempo, 3.7.1953, „Creada Oficina de Rehabilitación y Socorro“. S. auch Londoño Botero: Varela, S. 561f.

Konfliktpotenzial verringert werden, das die illegale Inbesitznahme von *fincas* bzw. deren unrechtmäßiger Verkauf hervorgerufen hatte.<sup>1326</sup>

Die effektive Reichweite der von Rojas Pinilla aufgelegten Wiederaufbaumaßnahmen durch die beiden genannten Institute und den im September 1954 nach peronistischem Vorbild gegründeten und von dem General zur Schaffung politischen Rückhalts genutzten *Secretariado Nacional de Asistencia Social* (SENDAS) waren allerdings begrenzt.<sup>1327</sup> In erster Linie kamen Gemeinden in den Genuss von Wiederaufbaumaßnahmen und Hilfsleistungen, in denen die rezenten gewaltsamen Auseinandersetzungen und die mit ihnen verbundenen Vertreibungen liberaler Bürger konservative Mehrheiten geschaffen hatten oder die sich durch eine relativ geringe vorherige Gewaltintensität auszeichneten. Regionen, von denen bekannt war, dass ihre Bewohner die Widerstandsgruppen unterstützt hatten, oder die im politischen Dissens zu der Militärregierung standen, wurden deutlich weniger stark unterstützt.<sup>1328</sup> Mit Blick auf die geplanten Kolonisationsunternehmungen im Osten Tolimas stellt Londoño Botero fest, dass „die Institutionszeitschrift, jenseits einer PR-Kampagne (*despliegue publicitario*) für den *Instituto de Colonización*, sehr wenig darüber informiert, was das Institut tatsächlich erreicht hat“, obwohl die Ziele gewesen hochgesteckt waren. Immerhin 600.000 Hektar waren für Besiedlungsprojekte ausgewiesen und die infrastrukturelle Erschließung der Region Alto Sumapaz, Cabrera und Villarrica beschlossen worden.<sup>1329</sup>

Einen Rückschluss auf die Effizienz der tatsächlichen Unternehmungen lässt der Umstand zu, dass ein Monat benötigt wurde, um die aus Santander herbeigeschafften Traktoren über die letzte Etappe des Weges von einer Länge von ungefähr 20km zu transportieren – am Ziel angekommen konnten sie trotzdem nicht genutzt werden, da es in der Region an Treibstoff mangelte, der aus Bogotá angeliefert werden musste.<sup>1330</sup>

Ungeachtet der ambitionierten Pläne des ICI beklagten mehrere ehemalige liberale Widerstandskämpfer in einem Memorandum an die *Dirección Nacional Liberal*, dass ihnen jedwede Hilfe vorenthalten würde. Selbst elementare Werkzeuge, um ihr Überleben in der unwirtlichen Region zu sichern, würden den

---

<sup>1326</sup> El Tiempo, 22.7.1953, „Creado Instituto de Colonización e Inmigración Con 100 Millones de Pesos“.

<sup>1327</sup> Henderson: Modernization, S. 375f.; Karl: State Formation, S. 45.

<sup>1328</sup> Ortiz Sarmiento: Estado, S. 271.

<sup>1329</sup> Londoño Botero: Varela, S. 578. Eine spätere von dem *Frente Nacional* eingerichtete Untersuchungskommission kam zu dem Schluss, dass der vom Rojas Pinilla gegründete ICI sehr ineffektiv arbeitete und deutliche Anzeichen der Korruption aufwies (Sánchez: Rehabilitación).

<sup>1330</sup> Londoño Botero: Varela, S. 577.

Autoren des Schreibens fehlen, zu denen auch Juan de la Cruz Varela gehörte.<sup>1331</sup> Die begrenzte Reichweite der staatlich initiierten Infrastrukturmaßnahmen und die prekäre Präsenz des Staates in der Region spiegelten sich auch in dem *testimonio* eines Zeitzeugen wider, der den größten Teil seines Lebens in Sumapaz verbracht hatte und sich dem Anlegen von Landparzellen widmete:

Die Regierung sagt, dass die Gemeinde die Wege anlegen muss, dass sie zum Bau der Schule beitragen muss. Aber dies sind Aufgaben des Staates, dafür erhebt er die Steuern. Das, was wir hier machen, ist die Nation schaffen (*hacer patria*).<sup>1332</sup>

Die Befriedung des *departamento* sah sich allerdings keineswegs nur durch Defizite in der Koordination, Finanzierung und Ausstattung der von der nationalstaatlichen Ebene mit den Wiederaufbaumaßnahmen beauftragten Entitäten behindert. Auf der lokalen Ebene erhöhte die Rückkehr Tausender *desplazados* an ihre Heimstätten, die in den Jahren zuvor wegen der gewaltsam Auseinandersetzungen geflohen waren, das Konfliktpotenzial weiterhin. Viele der Vertriebenen, die mit Rojas Pinilla im Präsidentenamt auf ihre verlassenen *fincas* zurückkehrten, fanden diese durch dritte Personen besetzt oder in Abwesenheit der rechtmäßigen Besitzer verkauft vor, was Anlass für erneute Konflikte barg.<sup>1333</sup> Varela und seine Weggefährten beklagten, dass die Mitglieder der Liberalen Partei, die „in der Phase des *terror laureanista*“ gewaltsam von ihrem Land vertrieben worden waren, nach dem Machtantritt von Rojas Pinilla keinerlei Rechte einklagen konnten.<sup>1334</sup> In dem Maße, wie die *desplazados* die Rückgabe ihres Landes forderten, wurden sie von denjenigen, „die sich des Landes, das ihnen nicht gehörte, gewaltsam bemächtigten“, als kommunistische Unruhestifter diffamiert.<sup>1335</sup> Auch Angehörige der Streitkräfte, so fuhren die Autoren des Memorandums fort, würden „fabelhafte Gewinne mit den Gütern derjenigen, die sie selber zur Flucht gezwungen hatten, um ihr Leben zu retten“, machen.<sup>1336</sup>

Mit diesem Punkt sprachen die Autoren des Memorandums eine komplexe Dimension der dritten Phase des Untersuchungszeitraums an. Auf der II. Con-

<sup>1331</sup> „Memorial a la Dirección Nacional Liberal“ (AGN/PR/DSP/103/16/8-11).

<sup>1332</sup> González Arias; Marulanda Alvarez: Historias, S. 113. Dass die Landbevölkerung jahrzehntelang vergeblich auf staatlichen Investitionen in Infrastruktur, Krankenhäuser und landwirtschaftliche Technifizierung in der Region wartete, klagt ein weiterer Zeitzeuge an (vgl. S. 119).

<sup>1333</sup> Henderson: History, S. 188f.; Aprile-Gniset: Crónica, S. 177.

<sup>1334</sup> „Memorial a la Dirección Nacional Liberal“ (AGN/PR/DSP/103/16/8-11, hier: 8).

<sup>1335</sup> Ebenda.

<sup>1336</sup> Ebenda.

*ferencia Regional del Sur* formulierten die kommunistischen Gruppierungen die Forderung, dass durch die *Violencia* Vertriebene bei ihrer Rückkehr das Land zurückerhalten mussten, das – vor allem während der Regierungszeit Gómez' – Dritte illegal in Besitz genommen hatten. Diese Forderung teilten die kommunistischen Akteure mit liberalen (ehemaligen) Widerstandsgruppen, die selbige Bedingung als Gegenleistung für die Demobilisierung stellten.<sup>1337</sup>

Viele bewaffnete Akteure hatten unter der Regierung Laureano Gómez politische Motive angeführt, um eine, wenn auch fragile, Legitimation für ihr Gewalt-handeln anführen zu können, dem in erster Linie aber ökonomische Motive zugrunde lagen.<sup>1338</sup> *El Tiempo* verwies darauf, dass die Mitte der 1950er Jahre erneut zunehmende Gewalt eine sozio-ökonomische Komponente habe, denn „die Leute mussten von ihren geringen Besitztümern vertrieben werden, damit diese besetzt werden oder ihre Eigentümer gezwungen werden konnten, die Häuser und Felder unter Wert zu verkaufen“.<sup>1339</sup> Ebenso erkannte das entgegengesetzte politische Spektrum an, dass die sich intensivierende Gewalt einer ökonomischen Logik folgte. Unter Rückgriff auf den Offizier der Streitkräfte Navas Pardo stellte *Diario de Colombia* fest, dass „die Gewalt auch als Geschäft, als Mittel, Gewinne zu erzielen, erscheint [...und] somit die Industrie des Massakers und des Raubes existiert“<sup>1340</sup>

In der Regel waren allerdings die konkreten Akteure, welche die *finqueros* gewaltsam von ihrem Land vertrieben bzw. den Verkauf weit unter Wert erzwangen, nicht diejenigen, die ökonomischen Nutzen aus der Gewaltsituation ziehen konnten, das heißt sie waren nicht die Personen, die das Land in Besitz nahmen.<sup>1341</sup> Obgleich die Kombattantengruppen im Zuge der von der Regierung Rojas Pinilla erlassenen Amnestie demobilisiert worden waren, wehrten sich die Hintermänner, die von den bewaffneten Auseinandersetzungen, teilweise massiv, profitiert hatten, gegen die Rückgabe des von ihnen beanspruchten Landes.<sup>1342</sup>

---

<sup>1337</sup> Buitrago Parra, Movilización, S. 92.

<sup>1338</sup> Bushnell: Making, S. 205f.

<sup>1339</sup> *El Tiempo*, 10.4.1955, „Instrumentos contra la Violencia“.

<sup>1340</sup> *Diario de Colombia*, 7.4.1955, „La Violencia Resurgida“.

<sup>1341</sup> Auf diesen Umstand weist der folgende Fall hin. Manuel und Luis Rozo verschwanden im Juli 1951 unter ungeklärten Umständen aus der Gemeinde Villarrica. Kurze Zeit später beanspruchte ein gewisser Ignacio Cifuentes das Landgut der Brüder Rozो mit einem, notariell nicht beglaubigten, Kaufvertrag, bevor zwei Leichen gefunden, die mit an Sicherheit grenzender Sicherheit die Eigentümer der *finca* waren. Es war aber nicht davon auszugehen, dass Cifuentes selber an dem Verschwindenlassen bzw. der Ermordung der Brüder Rozо aktiv beteiligt gewesen war (vgl. Londoño Botero: Varela, S. 533).

<sup>1342</sup> Karl: State Formation, S. 270f.

Der Wechsel im Präsidentenpalast in Bogotá im Juni 1953 bedeutete mitnichten, dass die Nutznießer der *Violencia* die sie schützenden und unterstützenden Beamten in der Verwaltung und den staatlichen Sicherheitskräften auf der lokalen Ebene verloren hätten. Henderson konstatiert, dass für die dritte Phase des Untersuchungszeitraums, die mit der Regierungszeit von Rojas Pinilla zusammenfällt, ökonomische Motive für das Gewalthandeln im Vergleich zu den vorherigen Jahren an Bedeutung gewannen.<sup>1343</sup> Dieser Umstand lag sicherlich auch in den desaströsen, sowohl wirtschaftlichen als auch sozialen Folgen des gewalttätigen Konflikts begründet. Die Persistenz staatlicher Repräsentanten und Bediensteter der Regierung Gómez in ihren Posten war allerdings in diesem Zusammenhang von zentraler Bedeutung. Sie bildeten den politisch willfährigen Rahmen, der erst gewährleistete, dass die ökonomischen Zielsetzungen durch das Gewalthandeln erreicht werden konnten. Die *Industrie des Massakers*, wie es Navas Pardo nannte, war nur möglich gewesen durch Politiker, welche die gewaltsamen Aneignungen des Besitzes Vertriebener tolerierten, durch Bürgermeister, welche die Präsenz von Gewaltkollektiven duldeten, durch Notare, welche die angebliche Rechtmäßigkeit des Besitzerwechsels entsprechend beglaubigten, und durch Staatsbedienstete, die den Klagen der Enteigneten kein Gehör schenkten. Und oftmals blieben diese Beamten aus der Regierungszeit Gómez' auch unter Rojas Pinilla in Amt und Würden.

### 6.2.2 Die Kontinuität von politischen Beamten aus der Vorgängerregierung

Die Militärregierung, die sich in der Regierungspropaganda als über den Interessen und Anliegen der Traditionsparteien stehend präsentierte, zeichnete sich auf der Akteursebene durch eine beachtliche Kontinuität von Beamten, Politikern und Kommandeuren der staatlichen Sicherheitskräfte aus, die zutiefst in die vorherigen gewaltsamen Auseinandersetzungen involviert gewesen waren – und sie teilweise erst ermöglicht hatten.

Weiterhin hatte die Amnestie der Regierung Rojas Pinilla nicht nur eine Gewalt hemmende Wirkung, da nicht wenige aktive Gewaltakteure in ihren Genuss kamen und erneut auf freien Fuß gesetzt wurden. Das bekannteste Beispiel ist sicherlich der als El Cóndor berühmt-berüchtigt gewordene León María Lozano, der die *Violencia* in Valle in entscheidendem Maße prägte.<sup>1344</sup> Auch Ernesto Lucena Bonilla, *dirigente liberal* und der Mitgliedschaft in der *Junta Revolucionaria* am 9.4.1948 in Ibagué beschuldigt, beklagte die Kontinuität von Beamten, die bereits

---

<sup>1343</sup> Henderson: History, S. 148.

<sup>1344</sup> Henderson: History, S. 188f.

unter Gómez ihre Posten innegehabt hatten. Er verteidigte in seiner Funktion als Rechtsanwalt Cristóbal Ramírez, der des Besitzes von Bomben beschuldigt wurde. Lucena Bonilla kritisierte die Ermittler, die ihre Arbeit nach dem Putsch von Rojas Pinilla aufgenommen hatten, harsch. In seinen Augen waren die Beamten „Menschen, die glauben, dass in diesen Land an diesem denkwürdigen Datum [dem 13.6.1953, dem Tag des Regierungsantritts von Rojas Pinilla] nichts passiert ist und sie deshalb weiterhin ihrem verdorbenen und kriminellen Vorgehen folgen können, das bis dahin in dem Land geherrscht hatte“.<sup>1345</sup>

Auch andernorts war auszumachen, dass Staatsbedienstete des alten Regimes nach dem Machtantritt von Rojas Pinilla weiterhin in Amt und Würden waren. *Diario del Tolima* nahm die in vielen Büros nach wie vor präsenten Portraits des ehemaligen Präsidenten als Anlass für seine Kritik an dem Verbleib von Beamten in den Posten, die sie bereits unter Gómez bekleideten. Rhetorisch fragte der Kommentator: „Was bedeutet dies? Oder ist es der Fall, dass bis hierhin [in die Gemeinde Honda, L. R.] der 13. Juni nicht gelangt ist?“. Die Bilder Gómez', die in der Gemeinde in Nordtolima noch „in allen öffentlichen Einrichtungen“ hingen, zeugten seiner Meinung nach von „der Unterstützung (*adhesión*) seiner Person und seines Werkes“.<sup>1346</sup>

Zu den Personen, welche die rezenten politischen Ereignisse nicht in ihrer gänzlichen Tragweite wahrgenommen hatten, gesellte sich der *dirigente conservador* Jaime Pava Navarro. Dieser würden aus Sicht des liberalen Kommentators zu den Personen gehören, die „den vergangenen Möglichkeiten nachtrauern und der Idee anhängen, dass Laureano Gómez zurückkehren wird“.<sup>1347</sup> Vicente Cantero, Mitglied der Liberalen Partei, schrieb im Juni 1954 aus Kingston (Jamaika) an Rojas Pinilla und kritisierte den Verbleib der „gewalttätigsten und sektiererischsten Männer“ in ihren Ämtern unter dem neuen Präsidenten. Cantero wies ihn darauf hin, dass es ein Paradoxon und „ein Fehler [sei], den Frieden und die Gerechtigkeit mit den Aposteln des Hasses und des Schreckens schaffen zu wollen“.<sup>1348</sup>

---

<sup>1345</sup> „TSI, SN 969 contra Cristóbal Ramírez Medina por Delitos que envuelven un Peligro Común“ (AHJT/2/2/8/1/60f.).

<sup>1346</sup> *Diario del Tolima*, 23.11.1953; „El Mal No Son los Retratos...“. Die auch nach dem Machtantritt der Militärregierung noch vorhandenen Sympathien mit dem abgesetzten Gómez beschränkten sich nicht nur auf Tolima. Meza Prieto, Gouverneur von Santander, beklagte anlässlich der Feierlichkeiten zum Unabhängigkeitstag 1953, dass „es immer noch Personen gibt, die davon überzeugt sind [...], dass am 13. Juni [dem Tag des Putsches gegen Gómez, L. R.] absolut nichts in diesem Land passiert ist“ (zitiert in: *El Tiempo*, 22.7.1953, „Algunos Todavía Creen que el 13 de Junio no Pasó Nada en Colombia“).

<sup>1347</sup> *Diario del Tolima*, 8.9.1953, „Los Fanáticos“.

<sup>1348</sup> „Carta al Excelentísimo Sr. Presidente de la República“ (AGN/PR/DSP/90/33/1-5, hier 3).

Vielsagend in diesem Zusammenhang ist das Schreiben, das der *Directorio Conservador de Cundinamarca* im September 1954 an Rojas Pinilla sandte. Er beklagte die Zunahme der Gewalt gegen die Bewohner des Grenzgebietes zum *departamento Tolima*, die der Konservativen Partei angehörten. Die der Gewalt ausgesetzten Konservativen bezeichneten die *dirigentes políticos* dabei entgegen der offiziellen Rhetorik von Rojas Pinilla, der betonte, dass die Militärregierung nicht der traditionellen Spaltung des politischen Feldes entlang der Grenzen der Traditionsparteien gehorchte, als „Mitglieder der Regierungspartei“.<sup>1349</sup> Viele konservative Politiker fühlten sich offenbar auch unter der Präsidentschaft von Rojas Pinilla als Vertreter der Regierung.

### 6.2.3 Die Persistenz von Gewaltakteuren unter der Militärregierung

Das Festhalten der Regierung Rojas Pinilla an Beamten, die bereits unter Laureano Gómez Dienst getan hatten, beschränkte sich allerdings mitnichten nur auf den zivilen Teil der politischen Institutionen und der Beamtenschaft. Auch in den Reihen der staatlichen Sicherheitskräfte blieben Inhaber des legitimen, staatlichen Gewaltmonopols, die in hohem Maße in die vorangegangen gewaltsamen Auseinandersetzungen verstrickt gewesen waren, ungeachtet der Brüche auf der nationalstaatlichen Ebene in Amt und Würden.

Nach der Absetzung des Generals Rojas Pinilla nutzte der ehemalige Unteroffizier des Heeres Julio Cobo die gewandelten politischen Rahmenbedingungen, um in einem Schreiben an mehrere liberale Tageszeitungen und Politiker über den „Grund für fast alle Verbrechen in Valle del Cauca, Tolima, Bogotá und weiteren Teilen des Landes“ zu berichten.<sup>1350</sup> Den Urheber dieser Vergehen sah er in der Person des *conservador sectario* und Oberstleutnants Luis Felipe Acosta, den der Autor des Schreibens „als Unteroffizier des Heeres leider als Vorgesetzten in zwei seiner schrecklichsten Handlungen ertragen musste“.<sup>1351</sup> Acosta habe sich seinem ehemaligen Untergebenen zufolge als militärischer Bürgermeister in Pacho und La Palma zahlreicher Verbrechen gegen die Bürgerschaft schuldig gemacht. Erst nach Intervention der Regierung habe Acosta sein Schreckensregime zumindest deutlich abgemildert. Bis zu diesem Zeitpunkt seien laut Cobo Folterungen und Misshandlungen an der Tagesordnung gewesen. Wie weiter berichtet wurde, habe

<sup>1349</sup> „Carta del Directorio Conservador de Cundinamarca al Excelentísimo Señor Teniente General“ (AGN/PR/DSP/90/42/62-73, hier: 73). Auch der Kommentator in der konservativen Zeitung *El Derecho* nahm die Konservative als Regierungspartei in die Pflicht, für das Wohl der Bevölkerung zu sorgen (*El Derecho*, 20.11.1954, „Acción Política“).

<sup>1350</sup> „Juzgado 80 de Instrucción Criminal (J80IC) SsN en Averiguación de los responsables de la muerte de Héctor Echeverry Cárdenas, tomo #1 (APJI/101).

<sup>1351</sup> Ebenda, f. 101.

der Kauf der liberalen Tageszeitung *El Tiempo* ausgereicht, damit Acosta die Festnahme und Auspeitschung der Zeitungskäufer auf der *plaza pública* befohlen habe.<sup>1352</sup>

Die Ermittlungen zum bis heute unaufgeklärten Mord an dem linksliberalen Journalisten Héctor Echeverry Cárdenas in Ibagué 1957 richteten sich unter anderem gegen Angehörige der Polizei, denen Komplizenschaft mit den konservativen Auftragsmörtern, den berühmt-berüchtigten *pájaros*, vorgeworfen wurde. Der Polizeibeamte José Barón Rodríguez erklärte in seiner Aussage, dass einer seiner verdächtigten Kollegen, Joselín Vargas Guatama, wegen eines nicht näher benannten Delikts aus dem Polizeidienst entlassen worden sei. Obwohl das Vergehen als so gravierend gewertet wurde, dass er nicht mehr für den Dienst in der hochgradig politisierten Polizei (*chulavitas*) geeignet war, fand Vargas Guatama Anstellung in dem Heer.<sup>1353</sup>

Aber nicht nur in den Streitkräften kamen Akteure mit einer, teilweise extrem, gewalttätigen Vergangenheit nach den politischen Umwälzungen im Juni 1953 unter. Zwar führte Rojas Pinilla den Inlandsgeheimdienst *Servicio de Inteligencia Colombiano* (SIC), der die unter Gómez stark politisierte *Prefectura Nacional de Seguridad* ablöste, als Beispiel für die politische Neutralität der staatlichen Sicherheitskräfte an.<sup>1354</sup> Dessen ungeachtet stellte dieser nach dem Regierungswechsel 1953 ein Sammelbecken für viele politisch motivierte Gewalttäter wie *pájaros* oder *chulavitas* dar. Der in Kingston wohnhafte Liberale Vicente Cantero beklagte 1954 in einem Brief an Rojas Pinilla, dass in den Reihen der staatlichen Sicherheitskräfte nach wie vor viele „getarnte *chulavitas* (*chulavitas disimulados*)“ tätig seien.<sup>1355</sup> Selbst der Konservativen Partei zugehörige Bürger erkannten an, dass ein Jahr nach dem Regierungswechsel noch unzählige „Vertreter der alten gewalttätigen und sektiererischen Politik“ als Beamte Dienst tun würden.<sup>1356</sup>

Einer der *Vertreter der alten gewalttätigen und sektiererischen Politik* in Staatsdiensten war offenbar Silvio López, der beschuldigt wurde, Anführer konserva-

---

<sup>1352</sup> Ebenda, f. 101.

<sup>1353</sup> „J80IC, SsN en Averiguación de los responsables de la muerte de Héctor Echeverry Cárdenas, tomo #2 (APJI/249v). Anwalt der Nebenkläger im Prozess wegen des Mordes an dem Journalisten war der liberale Lokalpolitiker Ernesto Lucena Bonilla (Tribuna, 21.5.1960, „La Impunidad Gana Terreno en el caso de Echeverry Cárdenas“).

<sup>1354</sup> „Discurso del Señor Presidente“ (AGN/PR/DSP/104/11/45-51).

<sup>1355</sup> „Carta al Excelentísimo Sr. Presidente de la República“ (AGN/PR/DSP/90/33/1-5, hier 2). Noch 1960, bereits unter dem *Frente Nacional*, beklagte Juan de la Cruz Varela, dass hochgradig politisierte Beamte noch immer in den Reihen der *Policía Nacional* Dienst taten (La Calle, 5.2.1960, „Por qué Mataron a ,Mediavida’?“).

<sup>1356</sup> „Carta al Excelentísimo Sr. Presidente de la República“ (AGN/PR/DSP/90/42/26-37, hier: 31).

tiver *pájaros* zu sein und ein Massaker an der Familie eines liberalen *finquero* begangen zu haben. Obwohl er als Polizeibeamter tätig war, wurde er von seinem Vorgesetzten beschuldigt, „jede Art von Verbrechen in der Umgebung der Stadt Ibagué begangen zu haben“.<sup>1357</sup> Selbst nachdem er aus dem Polizeidienst entlassen worden war, konnte López allerdings noch auf Unterstützung aus den Reihen seiner ehemaligen Kollegen zählen. Diese liehen ihm Polizeiuniformen, die er dazu nutzte, um als scheinbarer Angehöriger der staatlichen Sicherheitskräfte das Vertrauen seiner Opfer zu gewinnen.<sup>1358</sup>

Auch andere Fälle verdeutlichten die engen Banden, die zwischen staatlichen Sicherheitskräften, politischen Amtsinhabern und konservativen Gewalttätern bestanden. Zwar war Julio Atehortúa unter dem Pseudonym El Gitano als Auftragsmörder (*pájaro*) konservativen Hintermännern zu Diensten. Gleichzeitig fungierte er aber als Vorsteher der politischen Exekutive (*corregidor*) in dem in unmittelbarer Nähe zur *capital departamental* gelegenen Weiler El Salado. Der *dirigente conservador* Quintiliano Triana hatte sich dafür eingesetzt, dass Atehortúa zum *corregidor* des kleinen Ortes ernannt wurde. Als El Gitano nach einem von ihm begangenen Mord mit blutverschmierter Kleidung in eine Bar kam, bekundete er unverblümt, dass ihn die Anzeige wegen Mordes nicht beunruhige. Cabal, der mit den Ermittlungen beauftragte Bürgermeister von Cajamarca, sei einer seiner Freunde, mit dem er zusammen in der Polizei in Valle gedient habe, sodass er von dieser Seite nichts zu befürchten habe. Mit dieser Einschätzung lag er offenbar richtig, denn Cabal warnte Atehortúa wenige Tage später und forderte ihn auf, die Region zu verlassen und sich unauffällig zu verhalten, nicht ohne ihm die noch ausstehenden Lohnzahlungen für seine Dienste als *corregidor* auszuzahlen.<sup>1359</sup> Der SIC sorgte sich ebenfalls um El Gitano, sammelte in seinen Reihen Spenden für diesen und versicherte ihm, dass ihm nichts passieren würde. Der Inlandsgeheimdienst habe denn auch den Transport für El Gitano nach Bogotá organisiert, um ihn aus dem Visier ihm nicht wohl gesonnener Ermittler in Tolima zu nehmen.<sup>1360</sup> Das Verhalten des SIC war insofern wenig verwunderlich,

---

<sup>1357</sup> „Juzgado 131 de Instrucción Criminal (J131IC), SN 6978 contra Benjamín Cortés et al. por Homicidio Múltiple y otros“ (APJI/82, s. auch 73f., 247).

<sup>1358</sup> Ebenda, f. 48.

<sup>1359</sup> Die ebenfalls beschuldigten Beamten Marco Hincapié und Jaime Palacino Vanegas erhoben ebenfalls Vorwürfe gegen den Bürgermeister von Cajamarca. Ungeachtet ihrer Anzeige des Mordes, den Atehortúa begangen hatte, habe der Bürgermeister keinerlei Ermittlungen aufgenommen (Tribuna, 7.5.1956, „Suspendidos y no Destituidos los dos Inspectores“).

<sup>1360</sup> „J80IC, SsN en Averiguación de los responsables de la muerte de Héctor Echeverry Cárdenas, tomo #1 (APJI/44v-46, 75); „J80IC, SsN en Averiguación de los responsables de la muerte de Héctor Echeverry Cárdenas, tomo #2 (APJI/183-190).“

als dass der bereits erwähnte Luis Felipe Acosta, der als *alcalde militar* für willkürliche Verhaftungen und Folterungen von Liberalen verantwortlich war, nach dem Putsch von Rojas Pinilla in eine führende Position des SIC berufen wurde. Den ihm hörigen *pájaros* verschaffte er Posten in den Reihen des Inlandsgeheimdienstes, die sie vor einer etwaigen Strafverfolgung schützten.<sup>1361</sup> Gleichzeitig waren aber auch Beamte des SIC selber in Zusammenschlüssen der konservativen Auftragsmörder aktiv.<sup>1362</sup>

Die engen Kontakte zwischen SIC und *pájaros* bzw. der Aufnahme von letzteren in den Staatsdienst entging auch der Bürgerschaft nicht. Alberto Holguín Pelaez, Redaktionsleiter der liberalen Zeitung *Tribuna*, bezeichnete die kriminellen Verbindungen zwischen SIC, *pájaros* und konservativen Lokalpolitikern als offenes Geheimnis in Ibagué.<sup>1363</sup> Als im Zentrum der Hauptstadt Tolimas der linksliberale Journalist Héctor Echeverry Cárdenas von unbekannten Tätern niedergeschossen wurde, beschuldigten viele liberale Einwohner der Stadt das Personal des SIC, Urheber des Mordes zu sein bzw. das Klima geschaffen zu haben, das solche Morde auf offener Straße ermögliche. Diese Beschuldigungen gegen die Geheimpolizei wurden des Weiteren durch Gerüchte verstärkt, denen zufolge ein Unteroffizier des SIC einem Unbekannten eine Waffen mit der kryptischen Ansage, „mit dieser habe er das zu erledigen, was er tun müsse“, gegeben habe.<sup>1364</sup>

Der zur Untersuchung des Verbrechens eingesetzte Ermittler sah sich gezwungen, den Gouverneur um die Kasernierung des Personals des SIC zu bitten.<sup>1365</sup> Die Petition des Ermittlers diente der Vermeidung von gewaltsamen Zusammenstößen zwischen staatlichen Sicherheitskräften und den aufgebrachten Bürgern der mehrheitlich liberalen Stadt. Letztere hatten der Militärregierung ein Ultimatum von 24 Stunden gegeben hatten, um die Beamten des SIC aus der Stadt abzuziehen.<sup>1366</sup>

<sup>1361</sup> Der ehemalige Lehrer Jaime León (alias El Tigre), der seine Opfer gewöhnlich enthauptet habe, wird als eine Person genannt, die trotz seiner Verbrechen im SIC Beschäftigung gefunden habe (vgl. „J80IC, SsN en Averiguación de los responsables de la muerte de Héctor Echeverry Cárdenas, tomo #1 [APJI/103f]).

<sup>1362</sup> Ebenda, f. 146.

<sup>1363</sup> „J80IC, SsN en Averiguación de los responsables de la muerte de Héctor Echeverry Cárdenas, tomo #2 (APJI/84).

<sup>1364</sup> „J80IC, SsN en Averiguación de los responsables de la muerte de Héctor Echeverry Cárdenas, tomo #1 (APJI/42).

<sup>1365</sup> Ebenda, f. 12, 20; „J80IC, SsN en Averiguación de los responsables de la muerte de Héctor Echeverry Cárdenas, tomo #3 (APJI/49ff.).

<sup>1366</sup> Panorama, 20.6.1957, „Traslado del SIC“. Der *Partido Comunista de Colombia* sah das Vorgehen der Einwohner der *cabecera departamental* gegen den Inlandsgeheimdienst als Ergebnis der Bewusstseinswirkung popularer Schichten während der *Violencia* („La nueva situación política“, in: Documentos Políticos N° 10 [Mayo, Junio de 1958], S. 18-33).

Die oftmalige Kontinuität von Politikern und Vertretern des Staates auf der lokalen Ebene zwischen der Regierung von Gómez und der des Generals Rojas Pinilla einerseits, die Politisierung der staatlichen Sicherheitskräfte und deren Zusammenarbeit mit bewaffneten konservativen Zivilisten andererseits führten zu den engen, teilweise offensichtlichen, Verbindungen zwischen konservativen Gewaltakteuren und Lokalpolitikern. Oftmals gestalteten sich die engen Beziehungen zwischen Politikern und Gewaltakteuren mit dem Regierungsantritt von Rojas Pinilla sogar noch enger, als Offiziere der Streitkräfte, und in geringerem Umfang der *Policía Nacional*, Ämter als Bürgermeister oder Gouverneure sowie andere Posten in der Exekutive übernahmen, das heißt Gewaltakteure politische Verantwortung übernahmen. Der Offizier Julio Terrón hielt in seinem Bericht zum *Orden Público* in Osttolima fest, dass unter weiten Teilen der Bevölkerung der Region nicht nur wegen der Nichteinhaltung von Zusagen Unzufriedenheit herrsche. Missfallen rufe auch der Umstand hervor, dass „in Cabrera und La Aurora Personen als (Militär-)Kommandanten tätig sind, die bereits in der Phase der *Violencia* dort Dienst taten und große Massaker verübten“.<sup>1367</sup> Auch das Verhalten der Beamten der *Policía Nacional* lasse nach wie vor zu wünschen übrig: „sie betrinken sich und es kommt zu Übergriffen (*arbitrariedades*)“.<sup>1368</sup>

### 6.3 Die erneute Formierung von bewaffneten Widerstandsgruppen

Die Kontinuität politischer Amtsträger und die fortwährende Aktivität von Gewaltakteuren einerseits, die Defizite der staatlich organisierten Rehabilitations- und Wiederaufbauprogramme andererseits erklären zu einem großen Teil, warum die Einrichtung der Militärregierung nicht zu einer dauerhaften Beendigung der gewaltamen Auseinandersetzungen führte. Die tief sitzende Feindschaft zwischen Anhängern der Konservativen und Liberalen Partei ließ sich nicht per Regierungsdekret oder die Verkündung einer Amnestie beilegen. Viele Staatsbedienstete, die sich der von Gómez repräsentierten konservativen Mission verpflichtet fühlten, blieben auch nach dem Regierungswechsel, wie dargelegt wurde, in Amt und Würden. Aus den staatlichen Machtpositionen gingen sie weiterhin gegen die ehemaligen liberalen Kombattanten vor, welche die Regierung diplomatisch *guerrilleros* nannte, in den Augen vieler Beamte und Repräsentanten des Staates aber nach wie vor kriminelle *bandoleros* waren.<sup>1369</sup> Ungeachtet der Amnestie, welche die Widerstandskämpfer gegen die Regierung Gómez als

---

<sup>1367</sup> „FFAAENBIM, SN 1610 contra Isauro Yosa et al. por Asociación para Delinuir“ (AHJT/2/2/7/1/37)

<sup>1368</sup> Ebenda, f. 37.

<sup>1369</sup> Casas: Guerrilla, S. 153.

Gegenleistung für ihre Demobilisierung erhalten hatten, wurden unzählige Ex-Kombattanten Opfer extralegaler Tötungen durch *pájaros*, *chulavitas disimulados* oder lediglich formal demobilisierter, aber weiterhin aktiver konservativer *contrachusmas*.<sup>1370</sup>

Der Tod von acht demonstrierenden Studenten im Juni 1954 in Bogotá symbolisierte auf der nationalen Ebene die zunehmend repressivere Ausrichtung der Regierung Rojas Pinilla.<sup>1371</sup> Die Tötung des ehemaligen *dirigente guerrillero* Guadalupe Salcedo durch die Polizei, die besonders große Aufmerksamkeit erfuhr, war nur einer von vielen Fällen.<sup>1372</sup> In Tolima erregten Ende 1954 insbesondere die Tötungen von David Cantillo (alias Triunfante) sowie Tiberio Borja (alias Córdoba) und seinem Bruder Leonidas (alias El Lobo) Aufsehen. Diese hatten den liberalen bewaffneten Widerstand in Rovira angeführt und zu den ersten *guerrillas* in Tolima gehört, die das Amnestieangebot angenommen und sich demobilisiert hatten.<sup>1373</sup> Die extralegalen Erschießungen der amnestierten Ex-Kombattanten erregte starkes Misstrauen unter ihren ehemaligen Weggefährten wie Jesús María Oviedo (alias Mariachi) oder Teófilo Rojas (alias Chispas), die fürchteten, das gleiche Schicksal könnte auch sie ereilen.<sup>1374</sup> Chispas zufolge „mussten sich die Überlebenden der Familie Borja und Cantillo erneut organisieren, um zu sehen, wie sie sich verteidigen konnten, und sie verteidigten uns, die nicht in der Lage waren, die Waffen gegen die Polizei, das Heer und die sogenannten *pájaros* zu ergreifen“.<sup>1375</sup>

Sánchez beschreibt die Morde an den genannten *ex-guerrilleros* und die folgende, erneute Formierung bewaffneter Widerstandsgruppen als Beginn einer erneuten Phase der *Violencia*, in der es zu den ersten gewalttätigen Aktivitäten der späteren Protagonisten des Konflikts in Tolima – wie William Angel Aranguren (alias Desquite) und Teófilo Rojas (alias Chispas) – kam.<sup>1376</sup>

---

<sup>1370</sup> Meertens: Ensayos, S. 142; Buitrago Parra, Movilización, S. 90.

<sup>1371</sup> Der Vorfall führte allerdings noch nicht dazu, dass die beiden Traditionsparteien der Militärregierung ihre Unterstützung entzogen (vgl. Sánchez: Violencia y sus efectos, S. 237).

<sup>1372</sup> Vgl. Guzmán Campos: Violencia, S. 290; Karl: State Formation, S. 115.

<sup>1373</sup> Sánchez: Ensayos, S. 225f.; Ramsey: Modern Violence, S. 306.

<sup>1374</sup> Henderson: History, S. 190.

<sup>1375</sup> Rojas gab 1958 über seine Aktivitäten ab dem Jahr 1948 auf Veranlassung von Oviedo Auskunft. Chispas berichtet allerdings auch, dass manche ehemalige Widerstandskämpfer wie Arsenio Borja (alias Santander) eine gewisse Lust am Töten verspürten und durch Überfälle und Diebstähle ihren Lebensunterhalt bestritten. Das *testimonio* ist abgedruckt in: Guzmán Campos: Violencia, S. 294-300, hier: 298; s. auch Henderson: History, S. 189f.

<sup>1376</sup> Sánchez: Ensayos, S. 226; Ramsey: Modern Violence, S. 347.

Die Offiziere der Streitkräfte, die mit den Regierungsgeschäften in dem *departamento* Tolima beauftragt waren, bemühten sich zwar, die extralegalen Tötungen der begnadigten Ex-Kombattanten als Einzelfälle darzustellen. In Versammlungen mit der Bürgerschaft versuchten sie, diese davon zu überzeugen, dass die Politik der Militärregierung weiterhin auf die umfassende Befriedung des Landes ziele und die extralegalen Tötungen amnestierter Ex-Kombattanten nicht die Regierungspolitik darstellen würden.<sup>1377</sup> Dessen ungeachtet konnten die sich erneut formierenden Widerstandsgruppen auf Wohlwollen und Unterstützung der Zivilbevölkerung in ihren Operationsgebieten zählen, da sich diese, wie Chispas es zum Ausdruck brachte, auch um den Schutz der Zivilisten sorgten, die sich nicht gegen *chulavitas disimulados* und *pájaros* verteidigen konnten.

In vielen von der *Violencia* betroffenen Regionen waren die Widerstandsgruppen, zumindest für die liberalen Zivilisten, die einzigen Garanten des Rechts auf körperliche Unversehrtheit und der Verteidigung vor konservativen Gewalttätern. Der Anwalt von Pablo Reina González, welcher der Unterstützung der bewaffneten Gruppen angeklagt wurde, versuchte seinen Mandanten zu entlasten, indem er anführte, dass es in der Region, in der Reina González wohnte, keinerlei staatliche Sicherheitskräfte gab, an die er sich hätte wenden können, um die Präsenz der liberalen Kombattanten anzusegnen, die sich erneut formiert hatten. Der Beschuldigte gab allerdings zu Protokoll, von der Unterstützung der Kombattanten aus der Zivilbevölkerung gewusst zu haben. Ihm war bekannt, dass Mitarbeiter der Zeitung *Tribuna* der Gruppe um die verbliebenen Mitglieder der Familie Cantillo monetäre Unterstützung zukommen lassen würden.<sup>1378</sup>

José Manuel Sánchez, der zu der liberalen Widerstandsgruppe in der Region Rovira und San Antonio gehörte, deren Anführer von staatlichen Sicherheitskräften getötet worden war, berichtete ebenfalls über ein weit verzweigtes Netz von Unterstützergruppen, das bis nach Ibagué reichte. Dieses versorgte die Bewaffneten mit Lebensmitteln, Munition und Gegenständen des täglichen Bedarfs einerseits, mit Informationen über Truppenbewegungen und ausrückende Kommissionen andererseits.<sup>1379</sup> Ines Robayo beschuldigte ihre Cousine Ninfa Guzmán de Benavides die liberalen Widerstandsgruppen in der Gemeinde Rovira zu unterstützen, der sich auch einer ihrer Söhne angeschlossen habe. Von allen relevanten Informationen wisse die *chusma* umgehend – Robayo fürchtete sogar, dass die Informationen, die sie in ihrer Aussage preisgab, an die liberalen Kombattanten

<sup>1377</sup> „TSI, SN 9706 contra Adán Ospina Ortiz et al. por Homicidio y Lesiones Personales“ (AHJT/1/1/6/3/115v).

<sup>1378</sup> Ebenda, f. 63vf., 148.

<sup>1379</sup> „TSI, SN 7110 contra José Manuel Sánchez por Delito contra el Régimen Constitucional“ (AHJT/2/1/4/1/2, 3ff.).

weitergegeben würden, was einen Informanten innerhalb der Stadtexekutive vorausgesetzt hätte.<sup>1380</sup>

Als Grund, warum er sich im Alter von ungefähr 19 Jahren den liberalen Widerstandsgruppen in Rovira angeschlossen hatte, nannte José Manuel Sánchez seine Mitgliedschaft in der Liberalen Partei – oder wie er es ausdrückte: „ich schloss mich der roten *chusma* an, weil ich mit meinem ganzen Körper, meiner ganzen Seele liberal bin“.<sup>1381</sup> Die Aussage von Sánchez verdeutlicht, dass sich die liberalen Kombattanten, die erneut zu den Waffen gegriffen hatten, bewusst waren, dass sich die Regierung Rojas Pinilla durch ausgeprägte konservative Tendenzen auszeichnete und liberale Politiker weitgehend von der Teilhabe an politischer Macht ausgeschlossen waren. Nicht nur, dass die Kontinuität konservativer Gewaltakteure ein mehr als greif- und spürbares Phänomen für liberale Parteianhänger auf dem Land war; die Gruppe, der Sánchez angehörte, wollte kämpfen, bis die Liberale Partei wieder die Regierung stelle.<sup>1382</sup>

Auch in Südtolima begaben sich die – offiziell demobilisierten – liberalen Widerstandskämpfer erneut in den bewaffneten Kampf, um sich gegen die nach den vermehrten extralegalen Tötungen amnestierter *guerrilleros* befürchteten Aggressionen der staatlichen Sicherheitskräfte zur Wehr setzen zu können. Das Misstrauen in die Regierung wurde des Weiteren durch die Nicht-Einhaltung der im Rahmen der Demobilisierung getätigten Zusagen verstärkt. Wie bereits erwähnt, äußerte Gerardo Loaiza schon im März 1954 gegenüber Rojas Pinilla seinen Unmut wegen der ausstehenden Leistungen vonseiten der Regierung.<sup>1383</sup> Das Konfliktpotenzial in Südtolima war allerdings im Vergleich zu anderen Regionen des *departamento* ungleich höher. Viele der *limpios*, wie Leopoldo García oder der vormals auf kommunistischer Seite kämpfende Jesús María Oviedo, hatten sich nach der Absetzung Gómez' den Streitkräften als ortskundige Hilfstruppen gegen die *comunes*, den gemeinsamen Feind von Liberalen, Konservativen und staatlichen Sicherheitskräften, zur Verfügung gestellt. Aus diesem Grund hatten sie zumindest einen Teil ihrer Waffen behalten, die sie in der sich konfliktiver gestaltenden Situation auch gegen die zeitweise verbündeten Streitkräfte richten konnten. Wie Romero Quijano hervorhebt, griffen die *limpios* auch zu den Waffen, um ihren Forderungen an die Regierung Rojas Pinilla Nachdruck zu verleihen. Der Entsendung größerer Militärkontingente nach Südtolima unter der Führung von

<sup>1380</sup> „TSI, SN 6388 contra Ninfa Guzmán de Benavides por Asociación para Delinquir“ (AHJT/2/3/15/10/2ff.)

<sup>1381</sup> „TSI, SN 7110 contra José Manuel Sánchez por Delito contra el Régimen Constitucional“ (AHJT/2/1/4/1/2).

<sup>1382</sup> Ebenda, f. 3ff.

<sup>1383</sup> Vgl. Sánchez; Meertens: Bandits, S. 50f.

Offizieren, die sich durch ein rücksichtloses Vorgehen in ihren Maßnahmen zur Befriedung des Landes und der Entwaffnung der *limpios* auszeichneten, folgte die erneute Organisierung bewaffneter liberaler Widerstandsgruppen im Grenzgebiet zu Huila.<sup>1384</sup> Anfang 1956 kam es in der Gemeinde Chaparral zu größeren Militäroperationen, in denen die Streitkräfte gegen die liberalen Kombattantengruppen vorgingen und versuchten, das staatliche Gewaltmonopol durchzusetzen.<sup>1385</sup>

#### **6.4 Krieg dem Kommunismus: Die *Guerra de Villarrica***

Wie gezeigt wurde, zeichnete sich die Regierungszeit des Generals Rojas Pinilla durch teilweise deutliche Kontinuitäten von Gewaltakteuren, mitunter in Staatsdiensten, und konservativen Gewaltkollektiven aus. Auch mit Blick auf die politischen Amtsinhaber, insbesondere auf der regionalen und lokalen Ebene, war das Überdauern von *sectarios* aus der konservativen Vorgängerregierung zu beobachten. Das Hauptaugenmerk legte die zunehmend repressiver agierende Militärregierung jedoch in erster Linie auf die kommunistischen Kombattantengruppen, die sich oftmals nur *entregas simbólicas* unterworfen hatten. Die Kommunistische Partei und ihre Gefolgschaft war für Rojas Pinilla nur schwerlich in das von ihm anvisierte politische System zu integrieren, das unter populistischen und zunehmend autoritäreren Vorzeichen stand.<sup>1386</sup>

Das Grenzgebiet zu Cundinamarca kann als Hauptschauplatz der *Violencia* in Tolima während der Regierungszeit von Rojas Pinilla bezeichnet werden. Die kommunistischen Kräfte in Osttolima waren zum einen durch die Ankunft der *sureños* aus dem Süden des *departamento* verstärkt worden. Diese zeichneten sich durch eine große Kampferfahrung aus, die sich sowohl aus den Landkämpfen der 1930er Jahre als auch den bewaffneten Auseinandersetzungen mit den staatlichen Sicherheitskräften und den *limpios* während der Regierung Gómez speiste. Zum anderen stellten exponierte *dirigentes* des bewaffneten, linksliberalen Widerstandes Kontakte zu der Kommunistischen Partei her wie beispielsweise Juan de la Cruz Varela, der kurz nach seinem Eintritt in den PCC 1952 Kontakt zu dem kommunistischen Politiker Pedro Ignacio Villamarín aufnahm.<sup>1387</sup> Der Heeresoffizier Lombana nahm vor dem Hintergrund der sich anbahnenden *Guerra de Villarrica* an, dass Villamarín von Ibagué aus die Aktionen des bewaffneten Widerstandes in der Region Villarrica koordinierte, wie er in seinem Bericht zum *Orden Público*

<sup>1384</sup> Romero Quijano: *Vencedor*, S. 36ff.

<sup>1385</sup> Ramsey: *Modern Violence*, S. 338.

<sup>1386</sup> Gutiérrez: *Rebeldía*, S. 101f.

<sup>1387</sup> Medina: *Cuadernos*, S. 67f. Der *comandante* Acosta berichtet in seinem *testimonio* von dem „compañero Villamarín“ aus Ibagué, der bereits 1949 *campesinos* politisch beriet und bei dem Aufbau von Gewerkschaften unterstützte (vgl. Aprile-Gniset: *Crónica*, S. 46).

vermerkte.<sup>1388</sup> Diese Befürchtungen wurden durch Berichte wie dem des *Directorio Conservador de Cundinamarca* verstärkt. Die konservativen Regionalpolitiker teilten dem Präsidenten mit, dass kommunistische Gruppierungen zusammen mit ehemaligen liberalen Widerstandskämpfern die Organisierung der lokalen Bevölkerung in der Region Sumapaz übernommen hätten, die De-facto-Ordnungsmacht seien und aggressiv gegen konservative Zusammenschlüsse vorgehen würden.<sup>1389</sup>

Der ohnehin ausgeprägte Antikommunismus in den Streitkräften wurde Mitte der 1950er Jahre durch die Rückkehr von kolumbianischen Veteranen aus dem Koreakrieg noch verstärkt, die sich in besonderem Maße durch Vorbehalte gegen kommunistische Ideologien auszeichneten.<sup>1390</sup> Ausdruck des dezidierten Antikommunismus der Regierung Rojas Pinilla war das im September 1954 per Präsidialdekret erlassene Verbot, kommunistisches Gedankengut in Kolumbien zu verbreiten.<sup>1391</sup> Der *dirigente comunista* Baltazar Fernández hielt fest, dass „Rojas zum einzigen Staatsoberhaupt wird, das es, solange die [Kommunistische, L. R.] Partei existiert, gewagt hat, nicht die Partei an sich, sondern die [von ihr vertretenen] Ideen zu verbieten.“<sup>1392</sup> Die der Illegalisierung des *Partido Comunista de Colombia* gleichkommende Verfügung zwang die Mitglieder des PCC, ihre politischen Aktivitäten vollständig in den Untergrund zu verlegen.<sup>1393</sup>

Begleitet wurde diese Maßnahme der Regierung Rojas Pinilla einen Monat später durch ein Dekret gegen „Verleumdung und Beleidigung“ (*Decreto 3.000*). Mit

<sup>1388</sup> „FFAAENBIM, SN 1610 contra Isauro Yosa et al. por Asociación para Delinquir“ (AHJT/2/2/7/1/21). Angesichts der Distanz zwischen Villarrica und Ibagué, der rudimentären Ausstattung der Kombattanten mit Blick auf moderne Kommunikationsmittel und der schwer zugänglichen Region, in der sich der bewaffneten Widerstand bewegte, ist nicht davon auszugehen, dass Villamarín in die Unternehmungen der Widerstandsgruppen bzw. deren Koordinierung involviert war. Der Vermerk in dem Bericht spiegelte vielmehr die Befürchtung der Regierung bzw. der Streitkräfte eines umfassenden, wohl koordinierten Aufstandes kommunistischer Kräfte wider. Der kommunistische Widerstandskämpfer Pedro Acosta berichtet allerdings, dass in den ersten Jahren des Untersuchungszeitraums sehr wohl Kontakte zu Villamarín bestanden (Zeitzeugeninterview, 13.5.1982 [APMM]).

<sup>1389</sup> „Carta del Directorio Conservador de Cundinamarca al Excelentísimo Señor Teniente General“ (AGN/PR/DSP/90/42/62-73)

<sup>1390</sup> Henderson: History, S. 191.

<sup>1391</sup> Das Dekret stieß auch unter Vertretern der Traditionsparteien auf Widerstand, die fürchteten, dass sich die Maßnahme der Parteiverbote in Zukunft auch gegen andere, ihre, Parteien richten könnte (vgl. Echeverri Uruburu: Elites, S. 123). Der konservative Jurist Eleuterio Serna warnte ebenfalls vor der Verwendung der nicht klar zu definierenden Begriffen „polítisch“ und „Aktivität“ (El Derecho, 11.9.1954, „Veto al Comunismo“).

<sup>1392</sup> Aprile-Gniset: Crónica, S. 22.

<sup>1393</sup> Ebenda, S. 74. Der PCC sah sich bereits seit November 1949 mit der Verhängung des Ausnahmestandes und der Pressezensur de facto der Möglichkeit zur politischen Aktivität im legalen, öffentlichen Raum beraubt (vgl. Prada: Vida, S. 67).

dieser Verfügung wurde de facto jegliche Kritik an der Regierung, insbesondere in der Presse, verboten.<sup>1394</sup> Und im April des Folgejahres bestimmte das Dekret 1.139, dass die Veröffentlichung von unbewiesenen, direkten oder indirekten Vorwürfen gegen die Streitkräfte und ihre Missionen als Sabotageakt zu werten seien, der mit zwei bis fünf Jahren Haft bestraft würde.<sup>1395</sup>

Die Präsenz der kommunistischen Kräfte, die 1953 dem Konflikt mit den *limpios* ausweichend aus Südtolima in den Osten des *departamento* gekommen waren, verschärzte die politische Situation in der Region Sumapaz. Auf das Verbot des PCC reagierten die kommunistischen Gruppierungen in Osttolima mit einer breit angelegten Propagandakampagne, die dem Motto „Die Kommunistische Partei ist verboten, es lebe die Kommunistische Partei“ folgte, wie sich die Zeitzeugin Mercedes erinnert. An Hauswänden, Brücken und anderen leicht zugänglichen Orten wurden die Logos und Schlachtrufe des PCC für jeden sichtbar angebracht.<sup>1396</sup> Ungeachtet der sich anbahnenden Konflikte mit den Streitkräften bemühte sich der PCC um den weitergehenden Aufbau von Parteistrukturen und einer bereits in Südtolima erprobten Volksfront (*Frente Democrático de Liberación Nacional*) im Osten des *departamento*, in die auch Personen aufgenommen wurden, die dem PCC fernstanden.<sup>1397</sup> Um diesen Organisationsprozess zu unterstützen, entsandte das Zentralkomitee des *Partido Comunista* als politische Berater unter anderem Martín Camargo, der sich später in harsche Konflikte mit anderen *dirigentes comunistas* verstricken sollte, und Luis Morantes, der als Mitglied im *Estado Mayor* der FARC unter dem Namen Jacobo Arenas bekannt werden sollte. In Erwartung der bevorstehenden Angriffe der Streitkräfte wurden zugleich an strategisch günstigen Orten bewaffnete Widerstandszellen unter der Führung bereits erfahrener Kombattanten organisiert.<sup>1398</sup>

Die Befürchtungen des sich erneut formierenden Widerstands in Osttolima wurden spätestens ab November 1954 bestätigt, als es zu vermehrten Gefechten zwischen den Streitkräften und (ehemaligen) Widerstandskämpfern kam. Im Zuge dieser griff eine Patrouille des Heeres am 12.11.1954 das Haus in Mercadilla an, in dem sich Isauro Yosa mit anderen (ehemaligen) Kombattanten befand. Mehrere Personen wurden getötet – unter diesen der Bruder von Richard – und Yosa wurde

---

<sup>1394</sup> Vgl. Uribe Alarcón: Matar, rematar, contramaratar, S. 68f.; Londoño Botero: Varela, S. 581ff.

<sup>1395</sup> El Tiempo, 26.4.1955, „Contra las Fuerzas Armadas no se Podrá Hacer Publicaciones“.

<sup>1396</sup> Aprile-Gniset: Crónica, S. 244; s. auch 74, 79.

<sup>1397</sup> Ebenda, S. 73. Die Organisierung der FDLN In Osttolima erfolgte nach den Leitfäden des VII. Kongresses des PCC, der *Conferencia de Boyacá* und der II. *Conferencia Regional del Sur* der Kommunistischen Partei (Buitrago Parra, Movilización, S. 92).

<sup>1398</sup> Prada: Vida, S. 57ff., 71; Varela Mora; Romero Picón: Amaneceres, S. 245f.

zusammen mit Miguel Avilez festgenommen.<sup>1399</sup> Isauro Yosa wurde zuerst in das in der Gemeinde Cunday eingerichtete Gefangenentalager gebracht, das von Zeitgenossen, knapp ein Jahrzehnt nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges, anklagend als „Konzentrationslager (*campo de concentración*)“ bezeichnet wurde. In einem Memorandum an die *Dirección Nacional Liberal* brachten Varela und seine Gefolgsleute das Gefangenentalager in Cunday, den „Schlachthof“, wie sie es nannten, explizit mit der nationalsozialistischen Diktatur in Deutschland und ihren Vernichtungslagern in Verbindung.<sup>1400</sup>

Die Festnahme von Yosa, bei der mehrere seiner Begleiter erschossen wurden, und die Tötung von annähernd 100 *campesinos* in Puerto Nuevo, die auf die Ausstellung ihrer obligatorischen *salvoconductos* warteten, setzten Varela, Fabián Póveda und andere Unterzeichner eines Schreibens an Rojas Pinilla mit dem Beginn einer erneuten Gewaltwelle gegen die Bewohner Osttolimas gleich. Sie klagten die Verfolgung unschuldiger *campesinos* an, die als Kommunisten mit dem Ziel diffamiert würden, sich deren Landes zu bemächtigen.<sup>1401</sup> Salomón Cuéllar und Varela schlugen die Einrichtung einer unabhängigen Kommission vor, um die Vorwürfe zu überprüfen, in Osttolima habe sich eine kommunistische, subversive Bewegung gebildet. Auf diese Weise hofften sie, „der Kraft der Vernunft“ zum Sieg zu verhelfen, „anstatt die Gewalt der Waffen zu gebrauchen“.<sup>1402</sup> In einem Flugblatt des FDLN klagten *dirigentes comunistas* im Dezember 1954, dass „die Soldaten auf friedfertige *campesinos* schoßen“. In ihren Augen würden die Streitkräfte ein „Klima der Gewalt“ schüren, um die Aufrechterhaltung des Ausnahmezustandes und der damit verbundenen Sondervollmachten für die staatlichen Sicherheitskräfte zu legitimieren.<sup>1403</sup>

Die Wahrnehmung der in der Landwirtschaft Tätigen als kommunistische Staatsfeinde würde, so die Autoren des Schreibens an die liberale Parteiführung, auch von den politisch-militärischen Autoritäten der Region geteilt, zumal unter diesen einige bereits unter Laureano Gómez in Amt und Würden gewesen waren.

<sup>1399</sup> Buitrago Parra, Movilización, S. 91; González Arias; Marulanda Alvarez: Historias, S. 40.

<sup>1400</sup> „Memorial a la Dirección Nacional Liberal“ (AGN/PR/DSP/103/16/8-11, hier: 10f.). Von dem Lager in Cunday wurde Yosa in das Gefängnis *Modelo* in Bogotá gebracht, wo er bis zur Einrichtung des *Frente Nacional* und der ihm gewährten Amnestie verblieb (vgl. Londoño Botero: Varela, S. 607f.). Der Zeuge *teniente* Páez berichtet von Folterungen und extralegalen Hinrichtungen in dem Gefangenentalager in Cunday (vgl. Aprile-Gniset: Crónica, S. 275).

<sup>1401</sup> „Memorial al Excelentísimo Señor Presidente de la República“ (AGN/PR/DSP/103/14/1-3). S. auch Buitrago Parra, Movilización, S. 91; Ramsey: Modern Violence, S. 323.

<sup>1402</sup> „Memorial a la Dirección Nacional Liberal“ (AGN/PR/DSP/103/16/8-11, hier: 9).

<sup>1403</sup> Das Flugblatt des FDLN ist enthalten in: „FFAAENBIM, SN 1610 contra Isauro Yosa et al. por Asociación para Delinquir“ (AHJT/2/2/7/1/172).

So sei Guillermo Quintero – den Urhebern des Memorandums zufolge verantwortlich für das Massaker mit über 130 Toten in Mundo Nuevo im Februar 1953 – zum Oberkommandierenden des Militärapostens in Cabrera ernannt worden, der die Gewaltakteure bei ihrem Vorgehen gegen die *campesinos* und Landarbeiter unterstützte.<sup>1404</sup>

Ungeachtet der Sichtweise der Autoren des erwähnten Schreibens, nach der die Diffamierung als Kommunisten lediglich der Rechtfertigung der Gewalt diene, setzte sich in der Folge in der Militärregierung immer stärker die Überzeugung durch, dass die Region Osttolima das Epizentrum einer kommunistischen Unterwanderung darstelle, die von ausländischen Kräften gesteuert würde.<sup>1405</sup> Der Offizier Navas Pardo erklärte gegenüber der Presse, dass die Streitkräfte Dokumente gefunden hatten, die bewiesen, dass die Gewalt in Tolima einen kommunistischen Ursprung habe.<sup>1406</sup> Als „Beweis“ für die Existenz einer aus dem Ausland gesteuerten, kommunistischen Verschwörung wurde die kurz bevorstehende Festnahme bzw. Tötung des bereits in Spanien aktiven Lister genannt.<sup>1407</sup>

In den Augen der Militärmachthaber nahm die kommunistische Bedrohung in Osttolima immer größere Ausmaße an, und allein sie bedinge die zunehmende Gewalt. Auf Basis dieser Begründung wurden Streitkräfte im April 1955 mit der Zerschlagung der kommunistischen Kampfverbände in Osttolima beauftragt.<sup>1408</sup> Das Gebiet, das die Gemeinden Icononzo, Pandi, Melgar, Carmen de Apicalá, Cunday, Cabrera, Ospina Pérez und Villarrica umfasste, wurde de facto zu einem

<sup>1404</sup> „Memorial al Excelentísimo Señor Presidente de la República“ (AGN/PR/DSP/103/14/1-3).

<sup>1405</sup> González Arias; Marulanda Alvarez: Historias, S. 131.

<sup>1406</sup> Diario de Colombia, 7.4.1955, „Violencia Comunista Está Azotando al País“; Diario de Colombia, 15.5.1955, „El Mensaje del Presidente“.

<sup>1407</sup> Diario de Colombia, 8.5.1955, „El ‘Coronel Lister’, Jefe de los Bandoleros Tolimenses, Muerto“; Diario de Colombia, 22.4.1955, „8 Bandoleros Cayeron Ayer en Combate con el Ejército“. Zu dem Zeitpunkt der Aussagen von Offizieren des kolumbianischen Heeres war Isauro Yosa, dessen Aliasname Lister lautete, bereits seit mehreren Monaten in Haft. Auch die US-Botschaft in Bogotá meldete an das *State Department*, dass die Regierung Rojas Pinilla bislang lediglich die Tötung eines gewissen Lister und der Fund eines chinesischen Militärhandbuches angeführt hätten, um ihre These der Unterwanderung des bewaffneten Widerstandes durch ausländische Kommunisten zu bekräftigen. Stichhaltige Beweise stünden aber im Mai 1955 noch aus („Alleged communist participation in guerrilla warfare in Colombia“ [APW]). Wie US-amerikanische Diplomaten erfahren hatten, vermutete selbst der SIC, dass es sich bei Lister um einen kolumbianischen Kombattanten mit dem Kampfnamen des spanischen Bürgerkriegsteilnehmers handelte („Disturbances in Villarrica and Other Areas“ [APW]).

<sup>1408</sup> Zeitzeugen aus Osttolima widersprachen allerdings der Wahrnehmung der Region und ihrer Bevölkerung als kommunistisch unterwandert und verwiesen auf die traditionelle Stärke der Liberalen Partei in Osttolima. Jorge Wolf zufolge „sind sie alle [die Widerstandskämpfer] [Land-]Besitzer und sehr gut könnten wir sie Lehrlinge des Kapitalismus nennen“. Der Brief von Wolf ist abgedruckt in: González Arias; Marulanda Alvarez: Historias, S. 223-225, hier: 224.

Kriegsgebiet („*zona de operaciones militares*“) erklärt, das „von regulären Truppen des Heeres besetzt und organisiert werden wird“.<sup>1409</sup> Anlass zu der Militäroffensive in Osttolima war ein Angriff der sich erneut formierenden bewaffneten Widerstandsgruppen auf einen Militärkonvoi einen Monat zuvor, der den Tod vieler Soldaten zur Folge hatte.<sup>1410</sup>

Unter Rückgriff auf diese Sondervollmachten verhängten die Streitkräfte eine nächtliche Ausgangssperre, verboten den Ausschank von Alkohol und verpflichteten die Bewohner der Region, einen Passierschein bei sich zu tragen. Der Erlass der Streitkräfte drohte „der Bürgerschaft, dass diejenigen, die gegen die [...] Anordnungen verstößen, die Verantwortung dafür tragen, durch die Truppen des Heeres als Feinde behandelt zu werden“.<sup>1411</sup>

Zur Vorbereitung der großangelegten Militäroperation gegen die als kommunistische Hochburg wahrgenommene Region veranlassten die Streitkräfte die Evakuierung der Kleinstadt Villarrica. Diese strebte dem Offizier Forero Gómez zufolge grundlegend zwei Ziele an. Einerseits sollten die Einwohner davor geschützt werden, dass die als *bandoleros* kriminalisierten Kombattanten sie weiterhin zu Unterstützungsleistungen und der Abgabe von Lebensmitteln zwangen. Andererseits zielte die Maßnahme darauf, dass „die Streitkräfte mit voller Freiheit, drastischere Maßnahmen ergreifend, handeln können, ohne Angst zu haben, Opfer unter der Zivilbevölkerung zu verursachen“.<sup>1412</sup> Es ist allerdings zu vermuten, dass die von den Streitkräften veranlasste Evakuierung der Region um Villarrica weniger den Schutz der Zivilbevölkerung vor den angekündigten *drastischeren Maßnahmen* des Heeres anstrebe. Vielmehr sollten dem bewaffneten Widerstand seine zivilen Unterstützer entzogen werden, denn die Einwohner der Region standen unter dem Generalverdacht des Heeres, in Komplizenschaft mit den Kombattanten zu stehen. Wie das Heer in seinen ersten Resultaten der Militäroperationen festhielt,

verließen die *villarricenses* in der großen Mehrheit tagsüber den Ort, um den Kriminellen Hilfe zu leisten und kehrten in den späten Abendstunden zurück, wobei sie Unschuld, Loyalität gegenüber der Militärgarnison und Ermüdung wegen der harten Arbeit auf den Feldern vortäuschten.<sup>1413</sup>

---

<sup>1409</sup> Der Erlass wird zitiert in: El Tiempo, 6.4.1955, „Severas Medidas Militares en el Oriente del Tolima“.

<sup>1410</sup> Prada: Vida, S. 68. Die US-Botschaft berichtet hingegen, dass der Beschuss eines Militärturmpunktes durch die kommunistischen Widerstandskämpfer den Ausschlag für die Militäroperation gab („Situation of Violence in Eastern Tolima“ [APW/1]).

<sup>1411</sup> Zitiert in: El Tiempo, 6.4.1955, „Severas Medidas Militares en el Oriente del Tolima“.

<sup>1412</sup> Diario de Colombia, 22.4.1955, „8 Bandoleros Cayeron Ayer en Combate con el Ejército“.

<sup>1413</sup> El Tiempo, 21.4.1955, „Comunicado Oficial Sobre la Situación en el Departamento“.

Der Beginn der Militäroperationen und die implizierten *drastischeren Maßnahmen* trafen die liberalen und nach dem Putsch von Rojas Pinilla durch die Ankunft der *sureños* angewachsenen kommunistischen Gruppen in Osttolima nicht gänzlich unvorbereitet. Bereits im Dezember 1954 hatten die *dirigentes políticos* des FDLN ihre Sorge über einen bevorstehenden militärischen Angriff auf die Region Villarrica geäußert, wobei sie allerdings zu diesem Zeitpunkt von einem Angriff von lediglich 500 Soldaten ausgegangen waren.<sup>1414</sup> Und Varela sowie andere *dirigentes políticos* hatten schon im Januar 1955 vor dem Hintergrund der zunehmenden Gewalt und der Passivität der staatlichen Sicherheitskräfte ihren Sorge zum Ausdruck gebracht, dass „sich eine neue Phase der Verfolgung und des Massakers herausbildet“.<sup>1415</sup>

Derartige Befürchtungen hatten die Widerstandskämpfer gegen die Regierung Gómez, wie beschrieben, dazu bewogen, sich nur in *entregas simbólicas* zu ergeben. In Erwartung neuer Aggressionen hatten sie eine Vielzahl von brauchbaren Waffen nicht abgegeben, sondern im Hinterland versteckt, auf die sie Anfang 1955 zurückgreifen konnten. Auch Gelder aus den Agrarkrediten, die im Zuge der Befriedungsmaßnahmen der Regierung Rojas Pinilla vergebenen worden waren, wurden für den Kauf von Waffen und Munition verwendet.<sup>1416</sup>

Im Zuge der sich gegen Ende 1954 häufenden Scharmützel und sporadischen Zusammenstöße mit den Streitkräften hatte der sich erneut formierende Widerstand eine Verteidigungslinie, die sogenannt *cortina*, eingerichtet. Der *Vorhang*, der aus Schützengräben und rudimentär angelegten Unterständen bestand, zog sich über eine Länge von mehreren Kilometern von Cunday bis in die Region der Gemeinde Prado.<sup>1417</sup> Der Entschluss, den Streitkräften ungeachtet der ungünstigen Kräfteverhältnisse und der drohenden *drastischen Maßnahmen* in einer Art Stellungskrieg entgegenzutreten, und nicht aus der Region zu fliehen, zielte auch darauf, die Sicherheit der Familien der Kombattanten garantieren zu können. Diese und diejenigen Zivilisten, die nicht dem Aufruf zum Verlassen der Region gefolgt waren und die vor den Angriffen der insgesamt sieben entsendeten Heeresbataill-

---

<sup>1414</sup> Diese Zahl nennt ein Flugblatt des FDLN (vgl. „FFAAENBIM, SN 1610 contra Isauro Yosa et al. por Asociación para Delinquir“ [AHJT/2/2/7/1/172]).

<sup>1415</sup> „Memorial al Excelentísimo Señor Presidente de la República“ (AGN/PR/DSP/103/14/1-3, hier: 2).

<sup>1416</sup> Aprile-Gniset: Crónica, S. 78, 272.

<sup>1417</sup> Die Angaben der Zeitzeugen über die Länge der *cortina* schwanken zwischen 10 und 20 Kilometer, was angesichts des unübersichtlichen Geländes, ergo des fehlenden Überblicks über die gesamte Verteidigungslinie, nicht verwunderlich ist (vgl. Varela Mora; Romero Picón: Amaneceres, S. 244; Aprile-Gniset: Crónica, S. 110, 147; González Arias; Marulanda Alvarez: Historias, S. 133).

lone geschützt werden sollten, wurden von den Kombattanten hinter der *cortina* in Sicherheit gebracht.<sup>1418</sup> Der Pfarrer Vásquez Caviedes, der Unterstützung der kommunistischen Verbände beschuldigt, beschrieb das Leben von ungefähr 1000 Personen hinter der *cortina* mit folgenden Worten: „Das war wie ein Dorf, denn es gab sehr viele Menschen und Familien, sie legten kleine Felder, Hütten und Wege in die Berge an“.<sup>1419</sup>

Die Entscheidung gegen die Organisierung des Widerstandes in mobilen Guerillaeinheiten fußte allerdings auch auf einer letzten Endes falschen Annahme. Die Kombattanten in Osttolima hofften, dass sich mit dem Beginn des bewaffneten Kampfes in der Region Villarrica auch in anderen Regionen wie Viotá bewaffnete Widerstandszellen reaktivieren würden und die Regierung Rojas Pinilla in kurzer Zeit gestürzt würde.<sup>1420</sup> Zu mehr als verbalen Solidaritätsbekundungen kam es aber nicht: aktive Hilfe oder ein generalisierter Aufstand kommunistischer und liberaler Kräfte blieben aus.<sup>1421</sup>

Der bewaffnete liberal-kommunistische Widerstand sah sich somit in der sogenannten *Guerra de Villarrica* einer gut ausgerüsteten Streitmacht gegenüber, die zu einem großen Teil aus Veteranen des Koreakriegs, dem *Batallón Colombia*, bestand. Das Heer setzte, nachdem es die Ortschaft Villarrica eingenommen und besetzt hatte, gepanzerte Fahrzeuge und schwere Artillerie ein und wurde weiterhin von der Luftwaffe unterstützt, die auch vor dem Einsatz von Brandbomben gegen den bewaffneten Widerstand nicht zurückschreckte.<sup>1422</sup> Insbesondere der Einsatz der Luftwaffe, die Verwendung von Bomben mit hoher Sprengkraft und der Mörserbeschuss riefen unter den bewaffneten *campesinos* großen Schrecken hervor. Die dichte Bewaldung der Region Villarrica gab den Angegriffenen jedoch ein Mindestmaß an Schutz vor den Luftangriffen, zumal diese Vogelscheuchen

---

<sup>1418</sup> Aprile-Gniset: Crónica, S. 124, s. auch 55.

<sup>1419</sup> „TSI, SN 6415 contra Silverio Bonilla García et al. por Rebelión“ (AHJT/2/2/10/1/144v, s. auch 145).

<sup>1420</sup> González Arias; Marulanda Alvarez: Historias, S. 139.

<sup>1421</sup> Aprile-Gniset: Crónica, S. 79ff, 112f. Bereits im Dezember 1954 hatte ein Flugblatt des FDLN „das kolumbianische Volk ohne Unterscheidungen [dazu aufgerufen], gegen das Wiederaufleben der staatlichen Gewalt auszusprechen“, um durch Massenproteste die *Guerra de Villarrica* zu verhindern – ein Vorhaben, das bekanntlich scheiterte (vgl. „FFAAENBIM, SN 1610 contra Isauro Yosa et al. por Asociación para Delinuir“ [AHJT/2/2/7/1/172]).

<sup>1422</sup> Prada: Vida, S. 67ff.; Aprile-Gniset: Crónica, S. 272, s. auch 110, 127, 148, 187, 221. Die US-Botschaft meldete nach einem Gespräch mit dem kolumbianischen Staatspräsidenten, dass „es lächerlich sei anzuführen, dass Napalm notwendig für eine Operation sei, die darauf zielt, humanitär zu sein“ („Alleged communist participation in guerrilla warfare in Colombia“ [APW]).

aufstellten, um die Piloten zum Abwerfen der Bomben an Stellen zu bewegen, wo die Sprengsätze keine größeren Schäden anrichteten.<sup>1423</sup>

Ungeachtet des Einsatzes von Flugzeugen, Artillerie und schweren Waffen konnten die staatlichen Sicherheitskräfte mangels geeigneter Lufttransportmittel auf den Einsatz von Infanterieeinheiten nicht verzichten. Auf dem Boden waren die Widerstandskämpfer oftmals im Vorteil gegenüber den Angehörigen der Streitkräfte und konnten ihre besseren Kenntnisse des Terrains in Überlegenheit gegenüber dem Feind ummünzen. Die *cortina* hatten die Widerstandskämpfer derart eingerichtet, dass sie sich im Falle des Vorrückens der Streitkräfte an strategische Posten zurückziehen konnten, um dann wieder die verlorenen Positionen einnehmen zu können.<sup>1424</sup> Gleichzeitig rückten Gruppen von Kombattanten oftmals vor, um den Gegner anzugreifen und dann wieder in die Stellungen der *cortina* zurückzukehren, womit Elemente des Stellungskrieges mit denen des mobilen Guerillakrieges kombiniert wurden.<sup>1425</sup> Die Nachteile in der Bewaffnung gegenüber dem Heer versuchten die Kombattanten durch selbst gebaute Sprengfallen auszugleichen. Eine massive Mine von hoher Sprengkraft, die aus einem mit Dynamit gefüllten Rohr von bis zu zwei Metern Länge und einem Durchmesser von ungefähr 10 Zentimetern gebaut wurde, bezeichneten die Kombattanten in Osttolima als *catalicón*.<sup>1426</sup>

Dass die Schlagkraft der Infanteristen den Widerstandskämpfern dennoch große Verluste zufügte und diese in Angst und Schrecken versetzte, zeigt ein Vergleich von Jorge Wolf, ungarischer Exilant und *colono* in Sumapaz: In einem Brief verglich er im Juni 1955 die Vorstöße von Einheiten des kolumbianischen Heeres mit „Maßnahmen des Hitler’schen Blitzkrieges“.<sup>1427</sup> Die besseren Ortskenntnisse der verteidigenden Kombattanten, die Hinterhalte auf die angreifenden Streitkräfte unter Verwendung der *catalicones* ermöglichten, konnten die größere

<sup>1423</sup> Aprile-Gniset: Crónica, S. 78, 145ff., 248, 268. Auch die US-Botschaft meldete, dass der Einsatz der Luftwaffe gegen den bewaffneten Widerstand wenig erfolgreich war, da dieser das Terrain sehr gut kannte und die Konzentrierung an einem Ort verhinderte („Disturbances in Villarrica and Other Areas“ [APW/1]). Die Schäden, welche die Militäroperation anrichtete, waren jedoch trotz aller Vorsichtsmaßnahmen der Angegriffenen enorm. Noch 1960 forderte die Gemeinde Villarrica Hilfsleistungen ein, um die im Rahmen der *Guerra de Villarrica* entstandenen Schäden und Zerstörungen beseitigen zu können (Tribuna, 11.6.1960, „Pago de los Perjuicios que Causó la Ocupación Militar del Año 55 Pide Villarrica“).

<sup>1424</sup> Aprile-Gniset: Crónica, S. 86, 150, 225.

<sup>1425</sup> González Arias; Marulanda Alvarez: Historias, S. 71.

<sup>1426</sup> Die Beschreibung des Sprengsatzes findet sich in: Aprile-Gniset: Crónica, S. 245, 275; s. auch Prada: Vida, S. 70; González Arias; Marulanda Alvarez: Historias, S. 69f.

<sup>1427</sup> Vgl. den bereits erwähnten Brief in: González Arias; Marulanda Alvarez: Historias, S. 223-225, hier: 223.

militärische Schlagkraft des regulären Heeres nicht aufwiegen.<sup>1428</sup> Ungeachtet der widrigen Kräfteverhältnisse gelang es dem bewaffneten Widerstand allerdings, dem Angriff der *Fuerzas Armadas* nahezu ein Jahr lang zu widerstehen. Im Zuge der ersten Großoffensive des Heeres bis Juni 1955 mussten sich die Widerstandskämpfer jedoch immer weiter in Richtung des Weilers Galilea, in unmittelbarer Nähe des Hochgebirges (*páramo de Sumapaz*) gelegen, zurückziehen.<sup>1429</sup> Das mit ansteigender Höhe unwirtlichere Klima und die zunehmend schwierige Versorgungslage – die Landparzellen und *fincas* der Widerstandskämpfer, von denen Lebensmittel besorgt werden konnten, lagen nach den mehrfachen strategischen Rückzügen oftmals jenseits der *cortina* – machte das Verharren im Widerstand zunehmend schwieriger. Die *testimonios* über die *Guerra de Villarrica* betonen unisono die Mühseligkeiten und die körperliche Schwäche der sich zurückziehenden Kombattanten und Zivilisten. Insbesondere Letztere, unter denen sich viele Kinder und (schwangere) Frauen befanden, sahen sich ernsthaft durch den Mangel an Nahrungsmitteln geschwächt. Viele von ihnen starben im *monte*, dessen Klima eine Vegetation zu eigen war, in der nur wenige genießbare Lebensmittel zu finden waren.<sup>1430</sup>

Nach der Offensive des Heeres Mitte 1955 riefen die Streitkräfte die Zivilisten erneut dazu auf, die Kombattanten zu verlassen und sich unter Garantie ihrer körperlichen Unversehrtheit den staatlichen Sicherheitskräften zu stellen.<sup>1431</sup> Vor dem Hintergrund einer allgemeinen Demoralisierung und der in ihren Augen

<sup>1428</sup> Die Angaben zu den Zahlen der beteiligten bewaffneten Akteure schwanken in den *testimonios*, was durch den fehlenden Gesamtüberblick des einzelnen Berichterstatters zu erklären ist. Die von Zeitzeugen genannte Zahl der eingesetzten Soldaten schwankt zwischen 2.000 und 9.000 (vgl. Aprile-Gniset: Crónica, S. 82, 88, 272). Dass 9.000 Soldaten im *Guerra de Villarrica* eingesetzt wurden, dürfte allerdings von *teniente Páez* zu hoch gegriffen sein, denn wenig mehr als ein Jahr später waren in dem ganz *departamento Tolima* lediglich ungefähr 8.000 Soldaten im Einsatz (vgl. Aprile-Gniset: Crónica, S. 272; „Political Violence in Colombia: The Guerrilla Situation“ [APW/2]). Bezuglich der Aussagen zu der Zahl der Kombattanten auf der Seite des Widerstandes schwanken die Angaben zwischen 1.000 und 2.500 *guerrilleros* (vgl. Aprile-Gniset: Crónica, S. 148, 161, 273). Ohne dass die genaue Zahl der Widerstandskämpfer in Osttolima ermittelt werden könnte, erscheint die Information der US-Botschaft, dass sie nicht mehr als 400 waren, allerdings unglaublich („Disturbances in Villarrica and Other Areas“ [APW/1]).

<sup>1429</sup> Prada: Vida, S. 74ff.; González Arias; Marulanda Alvarez: Historias, S. 133ff.

<sup>1430</sup> Vgl. stellvertretend Aprile-Gniset: Crónica, S. 82, 91ff., 215.

<sup>1431</sup> Bereits mit der Ankündigung der Militäroperationen in der Region riefen die Streitkräfte dazu auf, dass diejenigen, „die betrogen oder gezwungen waren mit den Kommunisten zusammengearbeitet haben, diese verraten und verlassen.“ (El Tiempo, 6.4.1955, „Severas Medidas Militares en el Oriente del Tolima“).

aussichtslosen Situation folgten viele nichtkämpfende Begleiter der bewaffneten Widerstandskämpfer dem Aufruf der staatlichen Sicherheitskräfte.<sup>1432</sup>

Buitrago Parra berichtet von Verhandlungen zwischen den Kombattanten und der Militärregierung über einen politischen Ausweg aus der *Guerra de Villarrica*, nachdem einige zivile Begleiter den bewaffneten Widerstand verlassen hatten. Unter anderem um eine friedliche Lösung für den sich anbahnenden Konflikt zu suchen, hatte der PCC Luis Morantes zu den bewaffneten Gruppen nach Südtolima entsandt. Die Gespräche verliefen allerdings insofern erfolglos, als dass die staatlichen Vertreter eine bedingungslose Kapitulation sowie die Abgabe aller Waffen einforderten – eine Bedingung, von der die Repräsentanten des Staates in den Gesprächen nicht abrückten, für den Widerstand aber nicht hinnehmbar war.<sup>1433</sup>

Die Fortführung der Kampfhandlungen zwischen den staatlichen Sicherheitskräften und dem bewaffneten Widerstand stellte sich allerdings in immer stärkerem Maße als Rückwärtsbewegung der kommunistischen und liberalen Kombattanten dar. Die Aufgabe strategisch gut zu verteidigender, fester Positionen und der zunehmende Wegzug der die Kombattanten begleitenden Zivilisten führten zu einer fortschreitenden Loslösung des bewaffneten Widerstandes von ihren zivilen Begleitern. Die engen Beziehungen zwischen Kombattanten und Zivilisten hatten den kommunistischen Widerstand sowohl gegen die Regierung Gómez wenige Jahre zuvor als auch gegen die Militärregierung Rojas Pinilla geprägt, der von dem Modell des „verlängerten Volkskrieges“ im chinesischen Bürgerkrieg inspiriert war. In Südtolima hatte El Davis eine, im Sinne Mao Tse-tungs, *befreite Zone* dargestellt, in der eine Volksfront (*frente popular*) mit Beteiligung nicht-kommunistischer Kräfte etabliert wurde.<sup>1434</sup> Und auch die *cortina* diente dem Schutz einer solchen Zone, in welcher der *movimiento campesino*, bzw. nach dem erneuten Ausbrechen der gewaltsamen Zusammenstöße die bewaffnete *autodefensa*, mit der Strukturierung der Sozialbeziehungen quasistaatliche Aufgaben übernahm.<sup>1435</sup>

Die wachsende Auflösung der Strukturen des *Frente Democrático de Liberación Nacional*, das heißt das Aufbrechen der engen Anbindung der Zivilisten der ange-

<sup>1432</sup> Buitrago Parra: Guerrilleros, S. 154f.; Aprile-Gniset: Crónica, S. 83, 161.

<sup>1433</sup> Buitrago Parra: Guerrilleros, S. 158f.; Londoño Botero: Varela, S. 616, s. auch 570, 609.

<sup>1434</sup> Uribe Alarcón verweist auf die zentrale Bedeutung von El Davis als Ursprungsmythos in dem Diskurs der *Fuerzas Armadas Revolucionarias de Colombia* (vgl. Poder, S. 81, 128). Das Modell der befreiten Zone im Sinne Mao Tse-tungs, dessen Umsetzung in El Davis angestrebt wurde, wurde Anfang der 1960er Jahre in den kommunistischen Enklaven Marquetalia, El Pato, Riochiquito und Guayabero wieder aufgenommen (Alfonso Molano: Violencia y colonización. In: Revista Foro No. 6 (Junio de 1988), S. 25-37).

<sup>1435</sup> Medina: Resistencia Campesina, S. 258; Londoño Botero: Varela S. 555.

griffenen Region an die Kombattanten, war allerdings nicht nur den äußersten Umständen, den Angriffen der Streitkräfte, geschuldet. Innerhalb des kommunistischen Widerstands bildeten sich zwei Flügel heraus, deren Handlungsvorschläge als Reaktion auf den ansteigenden Druck der Streitkräfte unterschiedlich ausfielen. Neben einem gemäßigten Flügel, der für den Rückzug aus der Region Villarrica und den Aufbau von Kolonisationsunternehmungen in unbesiedelten Regionen des Landes plädierte, verteidigte ein radikaler Flügel den strategischen Rückzug und den Aufbau eines revolutionären Befreiungsheeres, um die Regierung Rojas Pinilla im bewaffneten Kampf zu stürzen. Die Schlagkraft der kolumbianischen Streitkräfte unterschätzend glaubten Repräsentanten dieses militaristischen Flügels, dass die Auseinandersetzungen in Osttolima die Dauer von zwei Wochen nicht überschreiten würde. Um dieses ambitionierte Ziel zu erreichen, plädierte der militaristische Flügel für die Loslösung der Kombattanten von ihrer zivilen Gefolgschaft, um sich voll und ganz auf den bewaffneten Kampf konzentrieren zu können.<sup>1436</sup>

Im Dezember 1955, nach einer weiteren Rückwärtsbewegung im Zuge einer zweiten Offensive der Streitkräfte, entschlossen sich die *dirigentes políticos* und *militares* des bewaffneten Widerstandes die Taktik des Stellungskrieges und somit die *cortina* aufzugeben. Mit der Umwandlung der vergleichsweise fest im Raum verankerten *autodefensa* zu den sogenannten *guerrillas rodadas*, das heißt kleineren, mobilen Guerillaeinheiten, wurde allerdings nicht die absolute Trennung von der Zivilbevölkerung vollzogen.<sup>1437</sup> Vielmehr sollten die mobilen Kombattanteneinheiten die Evakuierung der Zivilisten, die trotz der Schwierigkeiten bei ihnen verblieben waren, aus Galilea sichern und sie vor Angriffen des Heeres schützen.<sup>1438</sup>

Neben einer Gruppe, die versuchte, sich den Auseinandersetzungen mit den Streitkräften in Richtung Pasca und Fusagasugá (Cundinamarca) zu entziehen, brachen zwei Trecks, die von *guerrillas rodadas* unter Führung erprobter Kombattanten begleitet wurden, nach Caquetá sowie Meta auf, um den als *colonización armada* bekannten Prozess der Urbarisierung durch bewaffnete Gruppen

<sup>1436</sup> Einer der Befürworter des bewaffneten Kampfes innerhalb des kommunistischen, bewaffneten Widerstandes war der von dem PCC entsandte politische Berater Martín Camargo. Die mit der Betonung des bewaffneten Kampfes einhergehende Geringschätzung der Belange der zivilen Bevölkerung spiegelt sich in einem Ausspruch von Camargo wider, den die Zeitzeugin Mercedes erinnert: „Frauen mit Kindern sind wie tote Maultiere.“ (Aprile-Gniset: Crónica, S. 257, s. auch 79, 156. Vgl. ebenfalls Londoño Botero: Varela, S. 571, 613; Varela Mora; Romero Picón: Amaneceres, S. 239, 244, 249).

<sup>1437</sup> Pedro Acosta: Zeitzeugeninterview, 13.5.1982 (APMM).

<sup>1438</sup> Prada: Vida, S. 74ff.

zu beginnen.<sup>1439</sup> In der Region der späteren *república independiente* Guayabero trafen die sich zurückziehenden kommunistischen Widerstandskämpfer auf den liberalen *guerrillero* Dumar Aljure. Dieser kontrollierte das Gebiet La Uribe und El Duda, war jedoch zunehmend ökonomisch-materiell motiviert und ließ sich zu Übergriffen gegen die fliehenden Familien und Kombattanten hinreißen. Nach bewaffneten Auseinandersetzungen zwischen den beiden Gruppen gelang es den *comunes*, Aljure zu vertreiben und sich in der Region niederzulassen.<sup>1440</sup> Aus den Kolonisationsunternehmungen in der Region gingen die später als *repúblicas independientes* bezeichneten kommunistischen Enklaven El Pato (Caquetá) und Guayabero (Meta) hervor.<sup>1441</sup>

Einige Kombattanten, wie beispielsweise Rafael Castellanos (alias Tarzán), weigerten sich jedoch, die angegriffene Region zu verlassen, die ihre *patria chica* darstellte und wo sie – wenn auch kleine – Landparzellen ihr Eigen nennen konnten.<sup>1442</sup> Mit der weitgehenden Evakuierung der Region Villarrica und dem Entweichen der verbliebenen Widerstandskämpfer in das höher gelegene Hinterland (Alto Sumapaz) kamen die Kampfhandlungen der *Guerra de Villarrica* weitgehend zum Erliegen, ohne dass der bewaffnete liberal-kommunistische Widerstand militärisch geschlagen worden wäre oder die kolumbianischen Streitkräfte eine

---

<sup>1439</sup> Für das Konzept der *colonización armada* vgl. Ramírez Tobón: Estado; ders.: Violencia y Democracia en Colombia. In: Análisis Político No. 3 (Enero/ Abril 1988), o. S. Unter: <http://www.ipepri.org/portales/anpol/03.pdf> (Zugriff: 19.6.2013). Die Fortbewegung in dem unwirtlichen Gelände unter den stets drohenden Angriffen der Streitkräfte war sehr langwierig. Der Zeitzeuge namens Pedro berichtet, dass für eine Strecke, die unter normalen Bedingungen in sieben Stunden bzw. anderthalb Tage zurückzulegen war, 16 Tage, respektive zwei Monate, benötigt wurden. Viele der Fliehenden erkrankten ernsthaft und starben auf der Flucht (s. Aprile-Gniset: Crónica, S. 93ff.).

<sup>1440</sup> González Arias; Marulanda Alvarez: Historias, S. 141, 145ff. S. auch Karl: State Formation, S. 696f. Aus Anlass der Tötung von Angelino Godoy erinnerte *El Cronista* daran, dass dessen Werdegang im bewaffneten Widerstand bis in die frühen 1950er Jahre zurückreichte, als er in Osttolima an der Seite von Varela kämpfte und an der gewaltsamen Vertreibung von Dumar Aljure beteiligt war (*El Cronista*, 13.10.1964, „Jefe bandolero de ‘El Pato’ habría asesinado hace poco sus compañeros de andanzas“).

<sup>1441</sup> In diesem Sinne ist Karl Recht zu geben, dass die Ursprünge der in den 1960er Jahren, im Namen des staatlichen Souveränitätsanspruchs angegriffenen kommunistischen *Unabhängigen Republiken* in den späten 1940er bzw. frühen 1950er Jahren zu suchen sind (vgl. State Formation, S. 692). Von Riochiquito ausgehend erfolgte ab 1955 die Kolonisierung der Region, die als Marquetalia bekannt ist (Varela Mora; Romero Picón: Amaneceres, S. 191). Marquetalia gilt als die Geburtsstätte der bis heute existenten *Fuerzas Armadas Revolucionarias de Colombia* (Uribe Alarcón: Poder, insbes. S. 83-138).

<sup>1442</sup> Aprile-Gniset: Crónica, S. 161. S. auch González Arias; Marulanda Alvarez: Historias, S. 140f.

Niederlage erlitten hätten.<sup>1443</sup> Entgegen der Sichtweise der Streitkräfte, die sich als Sieger der kriegerischen Auseinandersetzungen fühlten, war der bewaffnete Widerstand, in den sich der *movimiento agrario* begeben hatte, nicht gebrochen worden. Vielmehr verlagerte er sich durch die Evakuierung der Region lediglich in andere geographische Gefilde, was den Konflikt keineswegs beseitigte, sondern ihn verlängerte.<sup>1444</sup> Der kommunistische Guerillaführer Baltazar charakterisierte die *Guerra de Villarrica* rückblickend wie folgt:

Das heißtt, es war ein traditioneller Krieg, ein Stellungskrieg, und ich halte es für eine gerechtfertigte Entscheidung. Wenn auch unter militärischen Gesichtspunkten, bezüglich des Kräfteverhältnisses war es, militärisch gesehen, absurd. Aber politisch war es ein großer Erfolg der *dirigentes*, weil gezeigt werden musste, dass die Kraft des Volkes, der Massen und die Überzeugung, dass sie Widerstand leisten konnten, da waren. Und ich sage nicht, dass Rojas diesen Krieg gewann, er hat ihn nicht gewonnen. [...] Sechs Monate dauert er und die *campesinos* besiegt er militärisch nicht. Andere Umstände besiegen sie, der Hunger, der Mangel an Logistik, Krankheiten und der Mangel an Medikamenten etc.<sup>1445</sup>

Deas führt bei seiner Auflistung von Desideraten der historischen Erforschung des kolumbianischen Binnenkonflikts unter anderem die *Guerra de Villarrica* auf, deren Gründe und Ursachen ihm zufolge noch nicht ausreichend dargelegt worden sind. Er fragt nach den Zielen, welche die Militäroperation verfolgte, denn die Präsenz kommunistischer Kräfte in der Region allein erscheint ihm angesichts der Abwesenheit einflussreicher Großgrundbesitzer in der Region keine ausreichende Erklärung zu sein. Als einen der beeinflussenden Faktoren nennt er den ausgeprägten, durch die Teilnahme am Koreakrieg noch verstärkten Antikommunismus der Streitkräfte (McCarthyismus).<sup>1446</sup> Auch wenn in der Region politisch einflussreiche *terratenientes* fehlten, war es für Rojas Pinilla und die Streitkräfte nicht hinnehmbar, dass eine soziale Bewegung in unmittelbarer Nähe zur Hauptstadt die Organisierung der lokalen Bevölkerung unter kommunistischen Vorzeichen auch nur ansatzweise erfolgreich übernahm.

---

<sup>1443</sup> Varela Mora; Romero Picón: Amaneceres, S. 249.

<sup>1444</sup> Pizarro Leongómez: Orígenes.

<sup>1445</sup> Aprile-Gniset: Crónica, S. 24.

<sup>1446</sup> Deas: Cambios Violentos, S. 77f.



## 7 Die fragile Waffenruhe nach der Einrichtung der Militärjunta im Mai 1957

Mit der Einrichtung der von Rojas Pinilla im Mai 1957 ernannten *Junta Militar*, die ihn in der *Casa de Nariño* ablöste, kamen die während seiner Regierungszeit erneut aufgeflammten bewaffneten Auseinandersetzungen vorerst zum Erliegen.<sup>1447</sup> Anders als die Regierung um Rojas Pinilla 1953 verkündete die Militärjunta keine sofortige Amnestie, wohl aber eine unmittelbare Waffenruhe.<sup>1448</sup> Der General war im Juni 1953 von Fraktionen der beiden Traditionsparteien als einziger Kandidat gesehen worden, der imstande war, Laureano Gómez im Präsidentenamt abzulösen. Angesichts der Polarisierung im politischen Feld war ein Staatspräsident, welcher der Traditionsparteien zugehörig war, nicht durchzusetzen gewesen – und aus diesem Grunde war auf einen Vertreter der als parteipolitisch neutral gelgenden Streitkräfte zurückgegriffen worden.

Zu keinem Zeitpunkt hatten die Vertreter der Traditionsparteien, welche die Präsidentschaft von Rojas Pinilla befürworteten, aber vorgesehen, dass er dauerhaft das Präsidentenamt bekleiden sollte. Er war von den politischen Kreisen als Übergangslösung gesehen worden, bis eine Beilegung der politischen Feindschäften und Differenzen die Wiederherstellung des Status quo, das heißt der hegemonialen Stellung der *partidos tradicionales* im politischen Feld, erlauben würde. In dem Maße, wie die Militärregierung andeutete, sich an der Spitze der Exekutive festsetzen zu wollen und zu diesem Zweck eine eigene Partei aufzubauen, distanzierten sich die Vertreter der Liberalen und der Konservativen Partei von Rojas Pinilla und er wurde als diktatorisch agierender De-facto-Präsident ohne demokratische Legitimierung katalogisiert.<sup>1449</sup>

Die bewaffneten liberalen und kommunistischen Widerstandsgruppen hatten zwar nach dem Regierungsantritt von Rojas Pinilla die Waffen niedergelegt, und vor allem die liberalen Gruppen hatten diese auch abgegeben. Angesichts der sich zunehmend autoritär und gewaltsam gestaltenden Regierungspolitik hatte sich der bewaffnete Widerstand gegen die Regierung Mitte der 1950er Jahre allerdings erneut formiert. Parallel zu den urbanen Kadern der Parteien, derer sie sich zugehörig fühlten, sahen sie in Rojas Pinilla einen autoritär und diktatorisch regierenden Präsidenten. Ihre Wahrnehmung des Militärpräsidenten als Gewaltherrschers beruhte allerdings weniger auf den politischen Entwicklungen in den urbanen Zentren – in erster Linie Bogotá – wie die Versuche zur Etablierung einer wei-

---

<sup>1447</sup> Rosales Ariza: Forjadores, S. 57.

<sup>1448</sup> Londoño Botero: Varela, S. 622.

<sup>1449</sup> Ebenda, S. 579.

teren politischen Partei, dem Festhalten, entgegen der Abmachungen von 1953, an der politischen Macht, der Wiedereinführung der Pressenzensur und dem Verbot der liberalen Tageszeitungen *El Espectador* und *El Tiempo*.<sup>1450</sup> Die autoritären Anwandlungen der Militärregierung und die Wiederbelebung gewaltsamer Modi, Politik zu betreiben, die denen der Vorgängerregierung Gómez ähnelten, erfuhren die demobilisierten Kombattanten fernab politischer Debatten über die zukünftige Gestaltung des politischen Feldes Kolumbiens. Der erneute Rückgriff auf den Ausnahmezustand als Mittel, das Land zu regieren, und das Handeln der Regierung Rojas Pinilla, das zunehmend demokratischen Grundsätzen zuwiderlief, diktatorische Züge annahm und vor dem Einsatz von physischer Gewalt nicht zurückschreckte, erlebten weite Teile der ländlichen Bevölkerung in ihrer Alltagswelt am eigenen Leib.

Nicht nur die *Guerra de Villarrica* hatte verdeutlicht, dass die Streitkräfte und die von diesen gestellte Regierung bereit waren, massive Gewalt gegen politische Oppositionsgruppen einzusetzen. Die Regierungszeit von Rojas Pinilla kann als die Hochphase der konservativen Gewaltakteure, die als *pájaros* traurige Berühmtheit erlangten, bezeichnet werden. Hatten diese ihren Ursprung in Valle del Cauca, weiteten sie ihr Aktionsgebiet unter der Militärregierung stark aus.<sup>1451</sup> Auch der von Rojas Pinilla geschaffene Inlandsgeheimdienst SIC griff auf diese Akteure zurück, um sich unliebsamer politischer Oppositioneller zu entledigen, wie bereits an der Ermordung von Echeverry Cárdenes exemplarisch verdeutlicht wurde.

Das Ziel der Absetzung des als Diktator wahrgenommenen Rojas Pinilla, das liberale und kommunistische Widerstandsgruppen teilten, war mit der Etablierung der *Junta Militar* vorerst erreicht worden, was die Kombattanten dazu veranlas-

<sup>1450</sup> Helfrich-Bernal: Kolumbien, S. 96; Henderson: Modernization, S. 372. *El Espectador* erschien weiterhin als *El Independiente* und *El Tiempo* erschien unter dem Namen *Intermedio* – ein Titel, der verdeutlichte, dass die Regierung Rojas Pinilla und das von ihr angestrengte Verbot nur als *Zwischenspiel*, als temporäre Erscheinung, gesehen wurde. Die Schließung der renommierten Tageszeitung war dem Verständigungsprozess zwischen den Eliten beider Traditionsparteien förderlich. Auch wenn beide Zeitungen explizit liberale Periodika waren, verdeutlichte ihr Verbot auch konservativen Politikern die zunehmend autoritären Anwandlungen der Militärregierung (vgl. Echeverri Uruburu: Elites, S. 131).

<sup>1451</sup> Aurelio González berichtet, dass die *pájaros* nach dem Antritt der Militärregierung auch in Regionen wie Südtolima aktiv wurden, die sie vormals gemieden hatten (Zeitzeugeninterview, 13.8.1982 [APMM]). Vgl. auch Henderson: Modernization, S. 374ff.). Rojas Pinilla wurde weiterhin nachgesagt, enge Kontakte zu *pájaros* wie dem Prototypen der konservativen Auftragsmörder León María Lozano (alias El Cóndor) zu unterhalten und diese zu protegieren (vgl. Betancourt; García: Matones, S. 88ff., 121-129). Von Molano zusammengetragene *testimonios* berichten ebenfalls von den engen Verbindungen zwischen Rojas Pinilla und exponierteren *pájaros* wie Lozano (vgl. Años, insbesondere S. 14-24, 41-59).

ste, die Gewalthandlungen einzustellen.<sup>1452</sup> Auch die Streitkräfte zogen sich aus Konfliktregionen wie Südtolima zurück, um ihren guten Willen unter Beweis zu stellen und ihre Absichten, die Gewaltherde zu befrieden, glaubhaft zu machen.<sup>1453</sup> Der General Duarte Blum, der mit den Demobilisierungsbemühungen in den *llanos orientales* 1953 Prestige in weiten Teilen der politischen Elite erlangt hatte und von der Militärjunta zum Justizminister ernannt wurde, schlug mit derselben Zielsetzung versöhnliche und wohlwollende Töne gegenüber den liberalen Widerstandsgruppen an. Ihm zufolge profitierte die Befriedung des *departamento* in großem Maße von dem Beitrag „der *guerrilleros*, die in Tolima, im Gegensatz zu gewöhnlichen Verbrechern, von politischen Gefühlen geleitet agiert haben“.<sup>1454</sup>

Es handelte sich allerdings um einen sehr fragilen und tendenziell brüchigen Waffenstillstand. Der *Frente Civil*, der den (zivilen) Widerstand gegen die Militärregierung anleitete und der zu deren Absetzung führte, war nicht zuletzt zustande gekommen, weil eine breite Regorganisierung und Reaktivierung der ehemaligen Kombattantengruppen drohte, die gegen die Regierung Gómez gekämpft hatten. Die „ehemaligen *guerrilleros* der Freiheit“, als die sich die 1953 demobilisierten Widerstandskräfte den *llanos* verstanden, hatten ihre Solidarität mit den durch die Streitkräfte Angegriffenen in Osttolima erklärt, und bereiteten die Wiederaufnahme des bewaffneten Kampfes auf nationaler Ebene vor.<sup>1455</sup> Angesichts der Tatsache, dass eine erneute flächendeckende Eskalation der politischen Gewalt 1957 nicht unmöglich war, blieben die Streitkräfte auch nach der Einrichtung der Militärjunta wachsam gegenüber den Entwicklungen im Land.

Einer der amnestierten *guerrilleros*, der mit der Koordinierung des erneuten bewaffneten Widerstandes gegen die Regierung beauftragt war, war Guadalupe Salcedo. Die von seinen Aktivitäten und seinem Ansehen unter den ehemaligen Kombattanten ausgehende Gefahr war einer der Gründe, warum er Anfang Juni 1957 von Polizisten in Bogotá erschossen wurde. Mit der Tötung von Salcedo nach der Absetzung von Rojas Pinilla war die Gefahr einer erneuten Erhebung ehemaliger Kombattanten allerdings keineswegs endgültig gebannt. Im Gegenteil, die Gefahr eines erneuten Aufflammens der Gewalt vergrößerte sich ungemein, wie

<sup>1452</sup> Ortiz Sarmiento: Estado, S. 247f.

<sup>1453</sup> Matta Aldana: Colombia, S. 104; Romero Quijano: Vencedor, S. 40. Das Erliegen der direkten Kampfhandlungen spiegelte sich auch in den Todesstatistiken wider. Von 11.136 Personen, die in den bewaffneten Auseinandersetzungen zwischen den verschiedenen politischen Fraktionen im Jahr 1956 ums Leben kamen, fiel diese Zahl auf 2.877 im Folgejahr (vgl. Henderson: Modernization, S. 388).

<sup>1454</sup> Tribuna, 17.5.1957, „Sobre los Guerrilleros del Tolima Habla Duarte Blum“.

<sup>1455</sup> Zitiert in: Casas: Guerrilla, S. 160f. S. auch Guzmán Campos: Violencia, S. 289f.; Varela Mora; Romero Picón: Amaneceres, S. 254.

Germán Zea Hernández, späterer Justizminister der ersten Regierung des *Frente Nacional*, in Erinnerung rief.<sup>1456</sup> Die Mitglieder der *Comisión Investigadora de las Causas de la Violencia* betonten ebenfalls, wie leicht die Situation in den *llanos* umschlagen hätte können, da das ohnehin brüchige Vertrauen in die staatlichen Repräsentanten durch den Mord ein weiteres Mal erschüttert wurde und sich Teile der demobilisierten Kombattanten erneut bewaffneten.<sup>1457</sup> Der *Frente Civil* und die Militärjunta waren sich der potentiellen Tragweite der Ereignisse in Bogotá bewusst. Die Streitkräfte stellten Zea Hernández ein Flugzeug zur Verfügung, was ihm erlaubte, sich umgehend in die *llanos orientales* zu begeben, um die dort ansässigen ehemaligen liberalen Widerstandskämpfer davon abzuhalten, erneut zu den Waffen zu greifen.<sup>1458</sup> *Panorama* berichtete, dass das Andenken an den ehemaligen Kombattanten der Liberalen Partei „in der Seele aller *guerrilleros*, aller *llaneros*, aller Männer, die sich retteten, [und] der vergewaltigten, aber überlebenden Frauen weiterleben wird“.<sup>1459</sup>

Der Mord an Salcedo verdeutlichte nicht nur die Gefahr einer erneuten Mobilisierung der 1953 demobilisierten Kombattanten. Die Tatsache, dass die Mörder von Salcedo Inhaber des legitimen Gewaltmonopols des Staates, Polizisten, gewesen waren, verwies auch auf die Fragilität der Waffenruhe nach der Absetzung von Rojas Pinilla. Diese war nicht einmal formal vereinbart worden und Teile der staatlichen Sicherheitskräfte, wie das tödliche Attentat auf Salcedo zeigte, erachteten diese offenbar nicht als verbindlich. Viele Kombattanten standen daher dem Waffenstillstandsangebot der Militärjunta – kurz nach dem Mord an Salcedo und in Erinnerung an die zahlreichen Morde amnestierter *guerrilleros* während der Militärregierung – sehr misstrauisch gegenüber.<sup>1460</sup> Das Erliegen der bewaffneten Auseinandersetzungen Mitte 1957 beruhte vielmehr einerseits auf dem guten Willen der Offiziere, die sich den Traditionsparteien verbunden fühlten. Andererseits basierte der Waffenstillstand auf der abwartenden Haltung der Kombattanten, die darauf hofften, dass der Einfluss des *Frente Civil* auf die staatlichen Sicherheitskräfte ausreichend groß sein würde, um deren Militäroperationen auszusetzen.

<sup>1456</sup> Vgl. den *testimonio* von Zea Hernández in: Behar, Guerra, S. 30ff. S. auch Sánchez: *Violencia y sus efectos*.

<sup>1457</sup> Behar, Guerra, S. 33-37.

<sup>1458</sup> Calvo Ospina: Colombia, S. 77; Karl: State Formation, S. 115.

<sup>1459</sup> *Panorama*, 25.7.1957, „Las Atrocidades de la Violencia“. Zea Hernández erinnert ebenfalls ein Gebet im Namen des ehemaligen *dirigente guerrillero*, das unter den amnestierten *guerrilleros* rezitiert wurde und das Ansehen von Salcedo unter diesen verdeutlicht (vgl. Behar, Guerra, S. 32).

<sup>1460</sup> Karl: State Formation, S. 116; Meertens: *Ensayos*, S. 144.

Wie Pereira herausstreicht, ist die Mobilisierung von Kombattanten eine der zentralen Aufgaben des Staates, um in gewaltsamen Auseinandersetzungen zu bestehen – eine Herausforderung, der sowohl die Regierung Gómez als auch Rojas Pinilla gewachsen gewesen waren, wenn man sich die Zahl der mobilisierten bewaffneten konservativen Zivilisten vor Augen führt, welche die staatlichen Sicherheitskräfte unterstützten. Aber ebenso ist die Demobilisierung von staatlichen Sicherheitskräften und ihrer paramilitärischen Unterstützergruppen eine der großen Herausforderungen von Regierungen, die Transitions- und Friedensprozessen vorstehen, was sich oftmals weitaus schwieriger als deren Mobilisierung gestaltet.<sup>1461</sup> Und hochgradig politisierte Polizeikräfte, *chulavitas disimulados*, konnten ebenso wenig wie radikalisierte konservative, nicht-staatliche Kombattanten wie die *pájaros* per Dekret oder Dienstanweisung davon abgehalten werden, weiterhin gewalttätig gegen die politischen Feinde (von gestern) vorzugehen.

José Tibaquirá, ein Mitglied der Liberalen Partei aus Cajamarca, betonte in einem Schreiben an den Gouverneur Tolimas, dass konservative Gewaltakteure ihr gewaltsames Vorgehen gegen Liberale ungeachtet der politischen Umbrüche auf der nationalstaatlichen Ebene fortsetzen. Ihm zufolge „werden die Versöhnung und Zusammenarbeit der Traditionsparteien in diesem unseligen *departamento* [Tolima] nicht wahrgenommen“.<sup>1462</sup> Und auch noch im Juli 1958, kurz vor dem Amtsantritt von Lleras Camargo, mehr als ein Jahr nach der Absetzung von Rojas Pinilla, bekundete Gabriel París, General der Streitkräfte und Mitglied der *Junta Militar*, dass die Verständigungs- und Versöhnungspolitik der Traditionsparteien noch nicht auf der lokalen Ebene des Staates angekommen sei.<sup>1463</sup> Etwa zeitgleich forderte Valencia Echeverry aus der Gemeinde Calarcá (Quindío) in einem Brief an die *Junta Militar* weitergehende Reformen ein. Der in dem lokalen Justizapparat tätige Bürger kritisierte, dass der politische Wandel im Zuge der Absetzung von Rojas Pinilla noch nicht in allen Regionen des Landes spürbar geworden sei.<sup>1464</sup>

So wie der Mord an dem liberalen Journalisten und politischen Aktivisten Echeverry Cárdenas verdeutlichte, dass Polizisten und Agenten des Inlands-

<sup>1461</sup> Anthony W. Pereira: Armed Forces, Coercive Monopolies, and Changing Patterns of State Formations and Violence. In: Diane E. Davis und Anthony W. Pereira (Hrsg.): Irregular Armed Forces and Their Role in Politics and State Formation. Cambridge 2003, S. 387-407, hier: S. 389. Für die Legitimität von Regierungen, die aus Befriedungsprozessen im Landesinneren erwächst, vgl. Popitz: Phänomene, S. 91.

<sup>1462</sup> Die Kopie des Schreibens befindet sich in: „J80IC, SsN en Averiguación de los responsables de la muerte de Héctor Echeverry Cárdenas, tomo #1 (APJI/39f.).

<sup>1463</sup> Karl: State Formation, S. 112f.

<sup>1464</sup> „Señores Miembros de la Honorable Junta Militar de Gobierno“ (AGN/PR/JMG/9/61/129-130).

geheimdienstes oftmals eng mit konservativen Gewaltakteuren zusammenarbeiteten, veranschaulichte der Fall ebenso paradigmatisch das fortwährende Agieren der *pájaros*, ungeachtet jeder politischen Veränderungen in der Hauptstadt wie der Einrichtung der *Junta Militar*, die Rojas Pinilla im Präsidentenamt ablöste. Echeverry Cárdenas wurde am 14.6.1957 in Ibagué auf offener Straße erschossen – knapp einen Monat nach der Einrichtung der *Junta Militar* und zwei Wochen nach der Ermordung von Guadalupe Salcedo, was angesichts der zeitlichen Koinzidenz der Morde an Vertretern der Liberalen Partei die Gefahr einer erneuten Bewaffnung der demobilisierten liberalen Kombattanten erhöhte.

Die Persistenz der *pájaros* erklärte sich allerdings nicht nur durch die engen Verbindungen zu den staatlichen Sicherheitskräften, die bereits zur Verdeutlichung der Politisierung und parteipolitischen Instrumentalisierung der staatlichen Sicherheitskräfte beschrieben wurde. Die konservativen Gewaltakteure verfügten teilweise über sehr gute und weitreichende Kontakte in politische Kreise. Diese engen Verbindungen wurden am Beispiel des Prototyps der *pájaros*, León María Lozano, bereits in der Forschung deutlich herausgearbeitet bzw. in *testimonios* festgehalten.<sup>1465</sup> Nach dem Tod von Lozano im Oktober 1956 intervenierten Vertreter der Konservativen Partei vor dem Präsidenten, um dem Anliegen der Angehörigen des berühmtesten aller *pájaros*, Nachdruck zu verleihen und ihnen die Beerdigung von Lozano in seinem Heimatdorf zu erlauben.<sup>1466</sup>

Aber nicht nur in Valle del Cauca verfügten die *pájaros* über gute Kontakte zu politischen Amtsträgern und Vertretern der Konservativen Partei. Der *alcalde militar* aus Santa Isabel in Nordtolima meldete an den Inlandsgeheimdienst, dass Anhänger des *dirigente conservador* Jorge Leyva die Freilassung von festgesetzten konservativen Gewalttätern forderten. Die *leyvistas* drohten, den Innenminister und sogar den Präsidenten, also die höchsten politischen Kreise, einzuschalten, um die Freilassung von Leonidas Millán (alias Pájaro Azul) und José Miguel Arévalo (alias Murallas) zu erreichen, damit diese für den Schutz der lokalen konservativen Parteimitglieder sorgen könnten.<sup>1467</sup>

<sup>1465</sup> Vgl. stellvertretend Betancourt; García: Matones, S. 121-129; Henderson: Modernization, S. 356ff. Die Zeitzeugenberichte, die Molano zusammengetragen hat, stellen die Zusammenarbeit von Lozano und Lokal- sowie Regionalpolitikern heraus (vgl. Años). Das Wirken von El Cóndor wurde auch literarisch von Álvarez Gardeazábal festgehalten (vgl. Gustavo Álvarez Gardeazábal: Cóndores no entierran todos los días. Barcelona 1972). Für die erinnerungskulturelle Bedeutung des Werkes vgl. Sven Schuster: Die Violencia in Kolumbien: Verbotene Erinnerung? Der Bürgerkrieg in Politik und Gesellschaft. Stuttgart 2009, S. 250-265.

<sup>1466</sup> „Carta de la Unión Conservadora Colombiana al Excelentísimo Señor Presidente de Colombia“ (AGN/PR/DSP/98/64/57-58).

<sup>1467</sup> „Telegrama al Coronel Alfonso Rojas Martínez“ (AGN/FMI/SDM/13/104/46).

Ungeachtet der Tatsache, dass der Mord an Echeverry Cárdenas juristisch nicht vollständig aufgeklärt wurde, lässt sich an ihm doch verdeutlichen, dass Gewaltakteure, die gegen exponierte liberale Parteimitglieder vorgingen, zumindest auf die stillschweigende Unterstützung, wenn nicht sogar aktive Unterstützung, von Mitgliedern der Konservativen Partei mit großem Sozialkapital zählen konnten. Alle Personen, gegen die sich Verdachtsmomente wegen des Mordes an dem liberalen Journalisten erhärteten und in den Blick der Ermittler gerieten, standen in engem Kontakt mit Inhabern politischer Ämter oder bekleideten diese sogar selber – wie Julio Atehortúa als *corregidor* von El Salado. In den Untersuchungen des Mordes wurde immer wieder Quintiliano Triana, der Vorsitzende des *Directorio Conservador* der Stadt und unter Zeitgenossen als konservativer Hardliner bekannt<sup>1468</sup>, mit dem Mord an Echeverry Cárdenas in Verbindung gebracht, da er vergleichsweise offene Kontakte zu bekannten konservativen Gewaltakteuren pflegte. Um die politisch angespannte Situation in der *cabecera departamental* zu entschärfen, war er nach Barranquilla beordert worden, wo er den Zollbehörden vorstand – eine Ernennung, die Rückschlüsse auf das Ansehen und die politischen Verbindungen von Triana erlaubt. Dem konservativen Politiker wurde von verschiedenen Personen vorgeworfen, an der Atlantikküste, in unmittelbarer Nähe zum Nachbarland Venezuela, zusammen mit Cerveleon Fortoul Pinedo, dem venezolanischen Konsul in Barranquilla, in den Schmuggel von Smaragden und Kaffee verwickelt gewesen zu sein. Die investigativen Recherchen von Echeverry Cárdenas hätten, den Anschuldigungen zufolge, die kriminellen Machenschaften von Triana und Fortoul erheblich gestört und seien der Grund für den Mord an dem Herausgeber von *Tribuna* durch monetär entlohnte Auftragsmörder ohne politische Ansprüche gewesen.<sup>1469</sup>

<sup>1468</sup> Dem Zeitzeugen, der Triana als *conservador sectario* während der *Violencia* identifizierte, wurde Anonymität zugesichert.

<sup>1469</sup> „J80IC, SsN en Averiguación de los responsables de la muerte de Héctor Echeverry Cárdenas, tomo #1 (APJI/306v-308v); „J80IC, SsN en Averiguación de los responsables de la muerte de Héctor Echeverry Cárdenas, tomo #2 (APJI/334v, 385); „J80IC, SsN en Averiguación de los responsables de la muerte de Héctor Echeverry Cárdenas, tomo #3 (APJI/188). Die sich in den ausgehenden 1940er Jahren formierenden Zusammenschlüsse der *pájaros* agierten zunächst unmittelbar den Interessen der konservativen Regionalpolitikern entsprechend. Als „Idealtypus“ des *pájaros*, der sich den Interessen der Konservativen Partei und der Katholischen Kirche verpflichtet fühlte, war El Cóndor. Dieser erlangte das Ansehen konservativer Regionalpolitiker nach der Ermordung von Gaitán, als er ein katholisches Kloster vor den aufständischen liberalen Parteianhängern schützte. Im Laufe des Untersuchungszeitraums entwickelte sich die Gewalt jedoch auch unter den konservativen Gewaltakteuren immer mehr zu einem durchaus einträglichen Geschäft (vgl. für ökonomisch motivierte Gewalt und Gewalthandlungen als Dienstleistung im Allgemeinen: Georg Elwert: Gewaltmärkte. Beobachtungen zur Zweckrationalität der Gewalt. In: Trutz v. Trotha (Hrsg.): Soziologie der Gewalt (Sonderheft 37 der Kölner

Mit der Einrichtung der Militärjunta im Mai 1957 wurden die existierenden politischen Gewaltkollektive nicht demobilisiert. Einige wie die liberalen und kommunistischen Widerstandsgruppen verhielten sich lediglich passiv und abwartend angesichts der politischen Wechsel auf der nationalstaatlichen Ebene, andere, wie die besagten *pájaros*, setzten ihre Gewaltaktivitäten aus mitunter ökonomisch-kriminellen Motiven fort. Es war ein angespannter Waffenstillstand, der jederzeit in erneute gewaltsame Auseinandersetzungen umschlagen konnte, da von den (ehemaligen) Gegnern nach wie vor Gefahren ausgingen bzw. eine übergeordnete Instanz wie der Staat fehlte, der die Einhaltung der Abmachungen und des Waffenstillstandes hätte durchsetzen können.<sup>1470</sup>

In Südtolima waren Gewaltkollektive mit unterschiedlichen politischen Hintergründen präsent, was die Wahrscheinlichkeit von gewaltsamen Auseinandersetzungen noch erhöhte: Die Anführer liberaler Widerstandsgruppen kontrollierten Planadas, Rioblanco, Chaparral und Prado, während die kommunistischen Gruppen unter Führung von Isauro Yosa und Marulanda Vélez im benachbarten Marquetalia ansässig waren. Das konservative Gewaltkollektiv unter Teodoro Tacumá agierte wiederum zwischen Prado, Chaparral sowie Rioblanco und Marcos Olivera führte in unmittelbarer Nähe zu Planadas, dem Hauptquartier von Oviedo, eine bewaffnete Gruppe an, die im Namen der Konservativen Partei handelte.<sup>1471</sup>

In Südtolima waren die verschiedenen politischen Gewaltkollektive allerdings zu einem gewissen Maße räumlich getrennt und zwischen ihren Aktionsgebieten lagen in der Mehrzahl der Fälle eine gewisse Distanz bzw. topographische Barrieren. In Osttolima hingegen gestaltete sich das regionale politische Feld hingegen

Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie). Wiesbaden 1997, S. 86-101. Für den Fall der kolumbianischen *Violencia* vgl. Betancourt Echeverry: Cuadillas). Die zunehmend ökonomisch motivierte Gewalt der *pájaros* verdeutlicht sich an einem Mordfall, der sich im Februar 1957 ereignete. Wohlhabende Bürger aus dem Dorf Tapias in der Nähe von Ibagué beauftragten *pájaros* mit dem Mord an mehreren Personen. Eine der getöteten Personen sollte als ihr Bruder dargestellt werden, um in der Folge mehrere Lebensversicherungen in Höhe von 750.000 Pesos, eine zu dieser Zeit beträchtliche Summe, zu beanspruchen. Den Mordauftrag nahmen die *pájaros* aufgrund ihrer monetären Entlohnung, fern jeden politischen Anspruchs, an (vgl. „Juzgado Segundo Superior del Distrito Judicial [J2SDJ], SsN contra Alfredo María Hernández Ramírez et al. por Homicidio y Estafa, Cuaderno #1“ [APJI]; „J2SDJ, SsN contra Alfredo María Hernández Ramírez et al. por Homicidio y Estafa, Cuaderno #2“ [APJI]; „J2SDJ, SsN contra Alfredo María Hernández Ramírez et al. por Homicidio y Estafa, Cuaderno #3“ [APJI]; „Juzgado Segundo Superior, SsN contra Alfredo María Hernández Ramírez et al. por Homicidio y Estafa Imperfecta“ [APJI]). In der zeitgenössischen Presse wurde der Mord aus Habgier ebenfalls angeklagt (Tribuna, 17.5.1957, „Detenido el ‘Muerto’ que Pretendió Cobrar Seguro por \$750.000 en Ibagué“).

<sup>1470</sup> Helbling: Hobbes, S. 104.

<sup>1471</sup> Vgl. El Tiempo, 3.1.1960, „‘Mariachi’ Denuncia un Nuevo Plan Subversivo en el Tolima“. S. auch Guzmán Campos: Violencia, S. 292; Karl State Formation, S. 131ff.

weitaus diffuser. Die liberalen Gewaltkollektive und die kommunistisch inspirierten Widerstandsgruppen befanden sich in der Regel in unmittelbarer Nähe und die Vormachtstellung der einen oder der anderen politischen Fraktion wechselte oftmals zwischen zwei in unmittelbarer Nähe gelegenen Dörfern – auch wenn in der zerklüfteten Region der Begriff der unmittelbaren Nähe relativ war. In dem Weiler El Roble in der Gemeinde Villarrica hatten Gruppen der *limpios* um Marcos Jiménez die Vorherrschaft, während in El Palmar (Icononzo) kommunistische Gruppen unter der Führung von Varela bewaffnete *autodefensas* organisiert hatten und die De-facto-Macht darstellten.<sup>1472</sup> In dem zwischen den beiden Orten gelegenen Weiler Balconcitos beschwerten sich Anhänger der Liberalen Partei, dass von den im Namen des PCC kämpfenden Kombattanten auf sie Druck ausgeübt würde, ihre Beiträge zu den kommunistischen Organisationen zu leisten, und ihnen ein friedliches Leben in dem Dörfchen nicht möglich sei.<sup>1473</sup> Der Weiler La Colonia wiederum war eine Hochburg von Anhängern der Konservativen Partei, von dem aus in den vorangegangenen Jahren Strafexpeditionen von *chulavitas* und gewaltbereiten konservativen Zivilisten gegen liberale und kommunistische Widerstandsgruppen organisiert wurden. Die räumliche Nähe der verschiedenen politischen Gruppierungen vor dem Hintergrund der nach wie vor existenten Spannungen zwischen diesen bedeutete, dass ein immenses Konfliktpotenzial der Rache und Vergeltung in der Region bestand.<sup>1474</sup>

In Regionen wie Süd- und Osttolima, wo sich die Akteurs- und Kombattantengruppen mit verschiedenem politischem Hintergrund einen vergleichsweise engen Raum teilten, bestand die Gefahr des Rückgriffs auf die Handlungsressource aus zwei Gründen. Zum einen drohte, dass Verbrechen, zu denen es in der Vergangenheit gekommen war, *Auge um Auge, Zahn um Zahn*, gewaltsam gesühnt, werden würden. Zum anderen können durch extreme, exzessive Gewaltakte wie das Massaker Sperrgebiete, sogenannte No-go-Areas, markiert werden. Das heißt die Verübung eines Massakers dient nicht nur dazu, eine gewisse Anzahl von Menschen, die aufgrund welcher Kriterien auch immer zu Feinden erklärt wurden, zu töten. Exzessive Gewaltakte, die im öffentlichen Raum ausgeübt werden, stecken einen Raum ab, in dem bestimmte Personengruppen Gefahr laufen, getötet zu werden (*free fire zones*).<sup>1475</sup> In diesem Sinn waren Massaker während des Untersu-

<sup>1472</sup> Varela Mora; Romero Picón: Amaneceres, S. 151, 180, 208, 196-200, 210, 218; González Arias; Marulanda Alvarez: Historias, S. 36, 57, 179.

<sup>1473</sup> Vgl. „TSI, SN 283 contra Miguel Suárez Piragua por Homicidio“ (AHJT/1/3/17/1/48v); „TSI, SN 4839 contra José Dolores Morales Diaz et al. por Rebelión“ (AHJT/2/2/9/4/76v).

<sup>1474</sup> Varela Mora; Romero Picón: Amaneceres, S. 208.

<sup>1475</sup> Christian Gerlach: Extrem gewalttätige Gesellschaften. Massengewalt im 20. Jahrhundert. München 2010, S. 238.

chungszeitraums ein kommunikativer Akt, mit dem den Mitgliedern der Gemeinschaft, die nicht Opfer des Massakers geworden waren, mitgeteilt wurde, welche Territorien sie betreten durften – und in welche sie sich nicht begeben sollten, um nicht getötet zu werden. Auch unter der *Junta Militar* bestand die Gefahr, dass die verschiedenen Gewaltkollektive Sperrgebiete abstecken würden, welche die politischen Widersacher nicht betreten durften.

Exponierte Vertreter der Traditionsparteien bzw. des politischen Flügels der bewaffneten Widerstandsgruppen waren sich der Gefahren, dass die bewaffneten Auseinandersetzungen kurzer Hand wieder aufbrechen könnten, bewusst. Sie bemühten sich, noch bevor dem Amtsantritt der ersten zweiparteiischen Regierung des *Frente Nacional* und vor der Verkündung einer erneuten Amnestie auf politische Gewalttaten, die bewaffneten Gruppen von der Bedeutung des politischen Wandels zu überzeugen. Sie verfolgten das Ziel, ihnen glaubhaft zu machen, dass die Einstellung der Kampfhandlungen vonseiten der Streitkräfte Ergebnis ihres aufrichtigen Wunsches nach einer dauerhaften Befriedung sei – und es nicht zu den Ermordungen amnestierter *ex-guerrilleros* wie nach 1953 kommen würde, wie der Mord an Salcedo in Bogotá kurz zuvor befürchten lassen könnte.<sup>1476</sup>

Die Mitglieder der späteren *Comisión Investigadora*, die mit der Kontakt- aufnahme mit den Widerstandsgruppen noch unter der *Junta Militar* beauftragt waren, berichteten von dem anfänglichen tiefen Misstrauen der Kombattanten in die Repräsentanten des Staates. Trotz ihrer Vorbehalte verweigerten sich die Kombattanten den Gesprächen aber nicht.<sup>1477</sup> Auch um eine gute Verhandlungsposition bei den geplanten Gesprächen über die formale Demobilisierung einzunehmen, legten die Vertreter der Traditionsparteien, die später die Untersuchungskommission bilden sollten, den Kombattantengruppen nahe, ihren Beitrag zu der Befriedungskampagne zu leisten und sich nicht leichtfertig in

<sup>1476</sup> Karl State Formation, S. 113ff.; Rocio Londoño Botero: De la autodefensa armada a la resistencia cívica en la región de Sumapaz (1953-1958). In: Medófilo Medina und Efraín Sánchez (Hrsg.): Tiempos de paz. Acuerdos en Colombia 1902-1994. Bogotá 2003, S. 119-135, hier: S. 133. Trotz der Bekündigungen kam es aber auch unter dem *Frente Nacional* zu extra-legalen Tötungen von amnestierten *guerrilleros*. Der *dirigente comunista* Charronegro wurde im Januar 1960 von ehemaligen liberalen Kombattanten aus dem Umfeld von Oviedo getötet, nachdem ihm im Mai 1959 die Amnestie gewährt worden war. Inwiefern Oviedo auf Unterstützung vonseiten der staatlichen Sicherheitskräfte oder der Gouverneure von Tolima und Huila zählen konnte, zu denen er zu diesem Zeitpunkt exzellente Kontakte pflegte, ist bis heute nicht eindeutig bestimmt worden (vgl. Uribe Alarcón: Matar, rematar, contramaratar, S. 85ff.; Karl: State Formation, S. 328ff.). Die FARC töteten Oviedo 17 Jahre später, um Rache an dem Mord an Prías Alape zu nehmen (El Tiempo, 20.9.1977, „Las FARC mataron a 'Mariachi'“. S. auch Gómez Rojas: General, S. 92ff.; Arango Z.: FARC, S. 194).

<sup>1477</sup> Behar, Guerras, S. 34.

erneute bewaffnete Auseinandersetzungen mit den benachbarten Gewaltkollektiven zu begeben.<sup>1478</sup>

*Campesinos* aus Osttolima bekundeten in einem Schreiben an Lleras Camargo ihre Bereitschaft, an den von seiner Regierung angestrengten Befriedungs- und Wiederaufbaukampagnen mitzuwirken. Gleichzeitig beklagten sie aber die Kontinuität von Beamten, die für die vorangegangenen bewaffneten Auseinandersetzungen mitverantwortlich gewesen seien. Die Auswechslung der Regierungsvertreter solle, so forderten die Autoren des Schreibens, allerdings nicht in der Art und Weise wie bis dato erfolgen: „sie [die Dienstoberen, L. R.] tauschen einen pájaro gegen einen anderen aus, oder sie versetzen sie von einem Dorf in das andere“.<sup>1479</sup> Hernández de Alba, Vorsitzender der *División de Asuntos Indígenas* des Innenministeriums, warnte die Streitkräfte, dass ihnen die indigenen Bewohner der Region Riochiquito mit Misstrauen und Missfallen begegnen würden. Deren bis dato einzigen Erfahrungen mit Vertretern des Staates bestünden in den bewaffneten Auseinandersetzungen der *Violencia*. Daher sei nicht damit zu rechnen, dass den staatlichen Sicherheitskräften ein Vertrauensvorschuss gewährt würde.<sup>1480</sup>

Von zentraler Bedeutung für die Befriedungskampagne 1957/58 waren lokale Netze der Traditionsparteien und die Präsenz von Kaziken der *partidos tradicionales*, zeitgenössisch als *jefes naturales* bezeichnet, in Tolima insbesondere der Liberalen Partei. Diese verfügten über ausreichend Ansehen unter den mehrheitlich liberalen Kombattanten, um sie von der politischen Notwendigkeit und Opportunität zu überzeugen, die Waffen niederzulegen.<sup>1481</sup> Bereits im März 1957, vor der Ablösung von Rojas Pinilla, suchte der liberale Politiker Rafael Parga Cortés, welcher der Oberschicht aus der Gemeinde Dolores entstammte, zusammen mit Echeverría Cárdenas, dem Herausgeber von *Tribuna*, die liberale Kombattantengruppe um Leopoldo García in Rioblanco auf, um über deren dauerhafte Demobilisierung zu verhandeln.<sup>1482</sup> Severiano Ortiz und Ismael Castilla, Lokalpolitiker aus Südtolima, bemühten sich wenig später, Kontakte zwischen den liberalen *guerrillas* in Südtolima und der Militärjunta herzustellen.<sup>1483</sup>

<sup>1478</sup> Londoño Botero: Varela, S. 622; Karl State Formation, S. 113.

<sup>1479</sup> „Petición de Antiguos Residentes de Sumapaz“ (AGN/PR/DSP/117/52/14-16v, hier: 14).

<sup>1480</sup> „Memorandum de Hernández de Alba al Jefe del Comando Militar de Tierradentro“ (AGN/FMI/AI/203/1816/281-283).

<sup>1481</sup> Karl: State Formation, S. 117; Henderson: Modernization, S. 388.

<sup>1482</sup> Henderson: History, S. 199ff. S. auch Pizarro Leongómez: Orígenes.

<sup>1483</sup> Romero Quijano: Vencedor, S. 39.

In Sumapaz organisierte der Geistliche Jaime Betancur auf Wunsch der *varelistas* den Kontakt zu der Militärjunta, um über etwaige Demobilisierungen und Entwaffnungen zu verhandeln.<sup>1484</sup> Bereits im Vorfeld hatte Varela im Namen des *Movimiento de Resistencia del Oriente del Tolima y Provincia de Sumapaz* seinen guten Willen erklärt, um die „sofortige Befriedung“ zu erreichen. Eine Entwaffnung schlossen die *varelistas* allerdings kategorisch aus:

Wir werden Waffen keiner Art abgeben und als Zeichen der Kapitulation auch an keinem Ort vorstellig werden, denn wir haben lediglich gegen die Diktatur, heute glücklicherweise gestürzt, gekämpft; weil wir keinerlei Ziel der Rebellion gegen die gegenwärtige Regierung verfolgen, aber aufgrund der vergangenen Erfahrungen behalten wir uns das Recht vor, Gegenstände zu behalten, mit denen wir uns verteidigen können, solange uns nicht die selbigen Umstände Vertrauen schenken [...] wir werden alle zivilen und kirchlichen Autoritäten respektieren, die uns respektieren, die Zusagen einhalten und ohne Unterscheidungen unsere Menschenrechte [und] bürgerlichen (*civiles*), politischen, kulturellen, sozialen sowie ökonomischen Rechte respektieren.<sup>1485</sup>

Bei den Gesprächen zwischen Vertretern der Widerstandsgruppen und Vertretern der Militärregierung sowie José María Villarreal, *ministro de gobierno*, und Carlos Holguín, Gouverneur von Cundinamarca, wurde die politisch-militärische Führung des kommunistischen Widerstandes von dem Anwalt Garavito Muñoz als juristischer Berater begleitet, der schon nach der Ermordung Gaitáns versucht hatte, die aufständischen *gaitanistas* zu organisieren und später zu der kommunistischen *línea dura* des MRL zählen sollte.<sup>1486</sup> Die Unterredung fand in dem Dorf Lázaro Fonte in der Gemeinde Pasca statt, das, ungeachtet der Nähe zur Hauptstadt Kolumbiens, unter der Kontrolle der kommunistischen Kombattantengruppe stand.<sup>1487</sup>

---

<sup>1484</sup> Londoño Botero: Autodefensa, S. 129.

<sup>1485</sup> El Tiempo, 11.7.1957, „Fórmula de Paz Presentaron los Guerrilleros del Tolima“. An diese Bedingung vonseiten des kommunistischen Widerstandes erinnert auch Pedro Acosta in seinem *testimonio* (Zeitzeugeninterview, 13.5.1982 [APMM]).

<sup>1486</sup> Der Inlandsgeheimdienst SIC zählte Garavito Muñoz, neben Juan Lozano y Lozano, zu den ehemals liberalen Politikern, die aber unter dem *Frente Nacional* „offen gesagt [als] cripto-comunistas“ agierten („Servicio de Inteligencia Colombiano, Sección Orden Público, Memorandum Sobre Comunismo“ [AGN/PR/SIC/3/3/52-57, hier: 52]; s. auch „Informe: El comunismo en Colombia“ [AGN/FMI/SDM/16/134/5-19, hier: 19]). Garavito Muñoz wurde im März 1964 für den kommunistischen Flügel des MRL zum Abgeordneten in den Kongress gewählt (Voz Proletaria, 19.3.1964, „La Izquierda Formará en el Congreso un Bloque de Oposición Democrática“).

<sup>1487</sup> El Independiente, 12.7.1957, „El Ministro de Gobierno y el Gobernador se Entrevisaron con Guerrilleros de Sumapaz“. S. auch Londoño Botero: Varela, S. 624; Prada: Vida, S. 81ff.

Bei der Etablierung von Kontakten zwischen den kommunistischen Gruppierungen, die von Ciro Castaño in Riochiquito befehligt wurde, und der Militärjunta war der Bürgermeister der Stadt Belalcazar (Cauca) behilflich. Dem *testimonio* von Guaraca verliefen die Gespräche positiv und so vertrauenerweckend, dass die von Castaño befehligen Kombattanten ihre Waffen niederlegten und sogar zu weiteren Gesprächen mit Vertretern der Exekutive nach Belalcazar reisten.<sup>1488</sup> José Alfonso Castañeda (alias Richard) begab sich nicht einmal drei Monate nach der Absetzung von Rojas Pinilla in Verhandlungen über die Beilegung des bewaffneten Kampfes mit Vertretern der Traditionsparteien.<sup>1489</sup> Die Tatsache, dass sich Richard auch noch Ende 1958 mit Regierungsvertretern traf, um über die Maßnahmen zur Befriedung des Landes zu beraten, zeugt davon, dass das Anliegen der kommunistischen Kombattanten nicht nur rein taktischen Überlegungen geschuldet war.<sup>1490</sup>

In El Pato führte der Militärgouverneur von Huila Arce Herrera Gespräche mit Oscar Reyes, dem ungefähr 1.500 Personen in der kommunistischen Enklave unterstanden, über die bevorstehende Demobilisierung. Zugesagt wurden den ehemaligen Widerstandskämpfern Hilfsleistungen für die landwirtschaftliche Arbeit auf den Parzellen, die von den in ein *movimiento de masa* umgewandelten Kombattanten urbar gemacht werden würden. Im Gegenzug sicherten diese zu, dass sie das besetzte Land unmittelbar an ihre rechtmäßigen Besitzer zurückgeben würden, sollten diese ihren Besitzanspruch nachweisen können.<sup>1491</sup> Die in Südtolima, in Marquetalia, ansässige Widerstandsgruppe um Prías Alape und Marulanda Vélez hingegen war noch in keinerlei Verhandlungen mit der Regierung über die anstehende Befriedungskampagne getreten.<sup>1492</sup>

---

<sup>1488</sup> Matta Aldana: Colombia, S. 99ff.

<sup>1489</sup> El Independiente, 2.7.1957, „Memorándum de los Guerrilleros a Comisión Bipartidista del Huila“.

<sup>1490</sup> „Boletín Informativo Nr. 224“ (AGN/PR/SIC/4/5/154-156).

<sup>1491</sup> El Independiente, 5.7.1957, „Acuerdo con Antiguas Guerrillas Cree Lograr el Gobernador del Huila“.

<sup>1492</sup> Matta Aldana: Colombia, S. 100f. Die Kombattanten in Marquetalia um Marulanda waren allerdings einer Zusammenarbeit mit der Koalitionsregierung offenbar nicht abgeneigt. Im März 1958 bot Tirofijo Gespräche mit Vertretern der *partidos tradicionales* an und bekannte sich zu deren Befriedungsbemühungen („Transcripción de una carta sobre Orden Público“ [AGN/FMI/SDM/4/31/185-186]). Und der SIC berichtete im September 1958, dass Marulanda, Castaño und andere *dirigentes guerrilleros* der kommunistischen Kombattantengruppen aus Südtolima eine Erklärung unterschrieben hatten, in der sie ihre Bereitschaft erklärten, an der Befriedungskampagne des *Frente Nacional* mitzuwirken („Boletín Informativo No. 167“ [AGN/PR/SIC/4/5/44-45]).

Die Gespräche zwischen liberalen und kommunistischen Widerstandsgruppen, die sich gegen die Regierung Rojas Pinilla formiert hatten, sowie Vertretern der Militärjunta erfüllten insofern ihre Zwecke, als dass schwerwiegende Zusammenstöße zwischen den staatlichen Sicherheitskräften, Kombattanten, die im Namen der Konservativen Partei agierten, sowie liberalen und kommunistischen Gewaltkollektiven ausblieben.<sup>1493</sup>

---

<sup>1493</sup> Der lediglich bedingte Rückgang der Zahl der Toten verdeutlicht allerdings, dass die *Violencia* nicht mit der Einrichtung der Militärjunta und des *Frente Nacional*, wie es dessen Vertreter sahen, beendet wurde. Die Zahl der im Rahmen der *Violencia* getöteten Personen fiel „nur“ von 3.796 im Jahr 1958 auf 2.550 im Folgejahr (vgl. Alfonso Molano: *Amnistía y Violencia*. Bogotá 1978, S. 52). Zwar sank auch in Tolima die Zahl der Toten von 1431 (1958), über 952 (1959) auf 671 im Jahr 1960 („Ministerio de Guerra, Policía Nacional, Muertos por la Violencia en Departamento del Tolima durante los Años de 1958, 1959, y 1960 [AGN/FMI/SDM/3/26/15-16, hier: 16]). Obgleich die Zahlen rückläufig und im Vergleich zu den Hochphasen der *Violencia* weitaus geringer waren, wäre es doch verfehlt gewesen, von der Beendigung der bewaffneten Auseinandersetzungen zu sprechen.

## 8 Die Regierungen des *Frente Nacional* (1958–1964)

Die erste Regierung des *Frente Nacional* unter Vorsitz des liberalen Präsidenten Lleras Camargo, die im August 1958 ihr Amt antrat, erließ vier Monate später den *Decreto 0328* für die *departamentos*, die sich auch noch unter dem *Frente Nacional* im Ausnahmezustand befanden. Das Dekret wurde in der allgemeinen Wahrnehmung als Amnestie für politisch motivierte Gewalttaten bezeichnet.<sup>1494</sup> Juristisch betrachtet handelte es sich allerdings nicht um eine Amnestie, die von den parlamentarischen Körperschaften des Landes hätte entschieden werden müssen, sondern um eine Aussetzung der Strafverfolgung, die im Kompetenzbereich der politischen Exekutive lag.<sup>1495</sup> In einem Antwortschreiben an mehrere Bürgerinnen aus Tolima betonte Lleras Camargo, dass seine Regierung unterschiedliche Maßnahmen gegen die politische, multikausal bedingte Gewalt unternommen habe. Zu diesen gehörte unter anderen die Aussetzung der Strafverfolgung, die, wie er hervorhob, oftmals „unpassend als Amnestie bezeichnet wird“.<sup>1496</sup>

### 8.1 Die Aussetzung der Strafverfolgung als Gegenleistung für das Niederlegen der Waffen

Die im November 1958 per *Decreto 0328* erlassene Amnestie war, wie Vertreter des *Frente Nacional* betonten, kein bedingungsloser Straferlass, wie sie beispielsweise Rojas Pinilla nach dem *golpe de opinión* gewährt hatte, sondern wurde nur nach positiver Begutachtung mehrerer Faktoren gewährt.<sup>1497</sup> Um in den Genuss der Aussetzung der Strafverfolgung zu kommen, musste glaubhaft gemacht werden, dass die betroffene Person bereit sei, sich sowohl wieder in das zivile Leben als auch in den ordentlichen Arbeitszyklus zu reintegrieren und sich zukünftig durch eine gute Führung auszuzeichnen.<sup>1498</sup> Die Entscheidung über die Erteilung der Amnestie stand den jeweiligen juristischen Beamten zu, bedurfte aber der Zustimmung der Regierung bzw. des Gouverneurs – für Fälle, in denen über die Freilassung bereits inhaftierter Gewaltakteure entschieden wurde, waren die eigens eingerichteten *Tribunales de Gracia* zuständig.<sup>1499</sup>

<sup>1494</sup> Karl: State Formation, S. 141.

<sup>1495</sup> Sánchez; Meertens: Bandits, S. 51f.

<sup>1496</sup> „La Represión de la Violencia“, in: Lleras Camargo, Gobierno, Tomo 1, S. 391-394, hier: S. 392. In der vorliegenden Arbeit wird der zeitgenössische Terminus der Amnestie allerdings synonym zu der juristischen Figur der Aussetzung der Strafverfolgung verwendet, trotz der juristischen Unschärfen, die das Vorgehen impliziert.

<sup>1497</sup> Sánchez; Meertens: Bandits, S. 51ff.

<sup>1498</sup> Das Dekret wird vollständig wiedergegeben in: Molano: Amnistía, S. 161-165.

<sup>1499</sup> Vgl. den *Decreto 2582* vom 11.12.1958 in: ebenda, S. 166f.

Der Gouverneur von Tolima Echandía beantragte im März 1959 die Suspensionsierung der Strafverfolgung gegen mehr als siebzig Personen, unter diesen die Anführer liberaler Widerstandsgruppen Gerardo Loaiza und Agustín Bonilla. Die zahlreichen Personen waren, wie Echandía vermerkte, freiwillig bei ihm vorstellig geworden und hatten glaubhaft machen können, dass sie in der Zukunft sowohl die Gesetze befolgen als auch eine gute Führung unter Beweis stellen würden. Ihr Antrag auf Aussetzung der Strafverfolgung war daher nach seinem Dafürhalten positiv zu bescheiden.<sup>1500</sup>

Eine erste Bedingung für eine Haftentlassung war, dass von den Häftlingen nach ihrer Freisetzung keine Gefahr für die öffentliche Ordnung ausgehen würde. Auch durften sie nicht rechtskräftig wegen anderweitiger Verbrechen krimineller Natur verurteilt worden sein, denn die Amnestie galt nur für politische Gewaltakte, die vor dem 15.10.1958 verübt worden waren.<sup>1501</sup> Politische Gewalt wurde im Dekret 0328 anhand folgender Punkte definiert: „a) Dem Angriff oder der Verteidigung der Regierung oder Autoritäten; b) der politischen Feindschaft; [und] c) der Parteiengewalt, die auf Basis des Kampfes der Parteien ausgeübt wird“.<sup>1502</sup> Neben der antistaatlichen, gegen die Regierung bzw. deren Repräsentanten gerichteten Gewalt fielen auch Gewaltakte der staatlichen Sicherheitskräfte und deren paramilitärischer Unterstützergruppen unter das Amnestiedekret – ähnlich wie bei der von Rojas Pinilla angebotenen Amnestie, die auch Straffreiheit für „Überschreitungen bei der Unterstützung der Regierung“ gewährt hatte, mit der Rojas Pinilla Angehörigen der staatlichen Sicherheitskräfte Zugeständnisse gemacht hatte.<sup>1503</sup>

Mit der Beschränkung des *Decreto 0328* auf politische Straftaten unterschied der *Frente Nacional*, letzten Endes idealisierend, zwischen politischen, uneigen-nützigen Gewalttaten, die als amnestiefähig qualifiziert wurden, und der verwer-

---

<sup>1500</sup> Der Antrag ist abgedruckt in: Olmos: Introducción, S. 77-82.

<sup>1501</sup> Ortiz Sarmiento: Estado, S. 213, 247ff.

<sup>1502</sup> Vgl. Molano: Amnistía, S. 162f.

<sup>1503</sup> Vgl. Ebenda, S. 13-36; Varela Mora; Romero Picón: Amaneceres, S. 259. Für Plädoyers, auch parastaatliche Gewaltakteure und gewalttätige Vertreter der Regierung in den Genuss der Amnestie von Rojas Pinilla kommen zu lassen, vgl. Eco Nacional, 30.9.1953, „Sólo Justicia“; Diario de Colombia, 24.9.1953, „La Amnistía“. Fortunato Serna, bis 1957 als Beamter des Inlandsgeheimdiensts SIC Teil der staatlichen Sicherheitskräfte, beantragte die Aussetzung der Strafverfolgung, die das Dekret 0328 vorsah. Er wollte dies nicht als Schuldeingeständnis verstanden wissen, bei der Erfüllung seiner Amtspflichten die Grenzen des Legalen überschritten zu haben. Vielmehr war dies, so seine Argumentation, eine Vorsichtsmaßnahme „wegen seiner Mitgliedschaft in dieser Institution [dem SIC, L. R.] und der Ineffizienz der Justiz“ („Carta al Señor Doctor Jorge Enrique Gutiérrez Anzola“ [AGN/FMI/SG/226/2124/174-175, hier: 174]).

flichen, kriminell und ökonomisch motivierten Gewalt.<sup>1504</sup> In der Bewertung der Frage, ob der Desertion einiger Soldaten eine politische Motivation zugrunde lag, fasste der ermittelnde Staatsanwalt die Kriterien zusammen, bei deren Vorliegen man von einem politischen Anspruch sprechen konnte: „Die bestimmenden Motive bei politischen Verbrechen sind vorrangig sozial und altruistisch, da sie immer auf die Verbesserung der sozialen, ökonomischen und politischen Bedingungen der Gemeinschaft zielen“.<sup>1505</sup>

Mit der *Junta Militar* und der sich anbahnenden Einrichtung einer liberal-konservativen Koalitionsregierung, dem *Frente Nacional*, waren viele der Ziele, für die liberale *guerrilleros* gekämpft hatten, erreicht: Die Liberale Partei war nicht mehr von der politischen Macht ausgeschlossen und konnte sich sogar berechtigte Hoffnungen machen, den ersten Präsidenten der Koalitionsregierung zu stellen, nachdem sich zwischen den verschiedenen Flügeln der Konservativen Partei Konflikte offenbarten, die sich offenbar nicht auf einen Kandidaten aus ihren Reihen einigen konnten. Daher traten viele liberale Widerstandsgruppen mit der neuen Regierung unter einem liberalen Präsidenten in Verhandlungen über die Demobilisierung und dauerhafte Waffenruhe sowie die damit verbundene Amnestie.<sup>1506</sup>

Bereits im September 1958, also noch vor dem Erlass des Dekrets, das die Möglichkeit der Aussetzung der Strafverfolgung festhielt, hatten Guerillaführer aus Südtolima schriftlich ihre Bereitschaft zur Kooperation mit dem *Frente Nacional* festgehalten. Unter anderem Gerardo Loaiza, Leopoldo García und Jesús María Oviedo bekundeten gegenüber der *Comisión Investigadora*, dass sie die Befriedungsbemühungen der neuen Regierung unterstützen und bei der Rückkehr von *desplazados* behilflich sein würden.<sup>1507</sup> Diese Bereitschaft bekräftigten die zentralen Guerillaführer wie Germán Dussán, Hermógenes Vargas und Leopoldo García auch im Frühjahr 1960, als Mariachi von ihnen militärische Unterstützung im Kampf gegen kommunistische Gruppierungen in Marquetalia anforderte. Sie wei-

<sup>1504</sup> Majka, *Violencia*, S. 303. Für die Schwierigkeiten, den „politischen Gehalt“ von Gewalttaten zu bestimmen vgl. Merkl: Approaches. Krennerich spricht sich gegen die statische, binäre Gegenüberstellung von politischen und kriminellen Handlungen. Er verweist vielmehr darauf, dass in der Praxis oftmals Abstufungen zwischen beiden idealtypischen Extrempositionen notwendig sind (Politische Gewalt, S. 20).

<sup>1505</sup> „TSI, SN 281 contra Efraín Valencia et al. por Homicidio y Rebelión“ (AHJT/1/3/18/5/8f.). Die zitierte Definition des Politischen weist gewisse Parallelen zu dem in der vorliegenden Arbeit verwendeten Begriff des Politischen auf, so beispielsweise hinsichtlich der Bezugnahme auf eine überindividuell konstituierte Gemeinschaft.

<sup>1506</sup> Ortiz Sarmiento: Estado, S. 247f.

<sup>1507</sup> „Mensaje de Orden Público Departamento del Tolima“ (AGN/FMI/SDM/7/52/114-117); s. auch „Boletín Informativo No. 165“ (AGN/FMI/SDM/4/30/71).

gerten sich, sich erneut in bewaffnete Auseinandersetzungen zu begeben, sondern wollten für Frieden und Ruhe in den von ihnen kontrollierten Regionen sorgen.<sup>1508</sup>

Viele liberale Widerstandskämpfer legten ihre Waffen nieder und kamen so den Anliegen der liberalen Politiker nach, ohne ihre Demobilisierung an Zusagen über umfassende Sicherheiten zu knüpfen. Dieses Vorgehen, obwohl nicht wenige, in Erinnerung an den Demobilisierungsprozess nach dem Regierungsantritt von Rojas Pinilla, ihre spätere Ermordung fürchteten, deutet Karl als Indiz für die politischen Anliegen, welche die liberalen *guerrilleros* mit dem bewaffneten Kampf verfolgt hatten.<sup>1509</sup>

Auch Anführer konservativer Gewaltkollektive wie Teodoro Tacumá aus Natagaima traten mit der liberal-konservativen Koalitionsregierung in Verhandlungen über ihre Demobilisierung.<sup>1510</sup> Das Verteidigungsministerium berichtete aber, dass nicht alle ehemaligen Kombattanten von Tacumá die Waffen niedergelegt hatten. El Flaco beispielsweise habe nach Informationen der staatlichen Sicherheitskräfte die zwischen Tacumá und der Regierung geschlossene Vereinbarung über die Demobilisierung nicht angenommen.<sup>1511</sup> Marcos Olivera, der eine in unmittelbarer Nähe zum Operationsgebiet von Oviedo in Planadas operierende Gruppe konservativer Kombattanten befehligte, bekundete wiederum den liberalen *guerrilleros* gleich sein Interesse, die Waffen niederzulegen und sowohl konservative als auch liberale Flüchtlinge in die Region zurückkehren zu lassen.<sup>1512</sup> Die Friedensschlüsse von Konservativen und Liberalen in der Gemeinde Planadas, wo Olivera und Oviedo bewaffnete Gruppen ihrer Parteigenossen kommandierten, stellten eine Form des *Frente Nacional*, der liberal-konservativen Zusammenarbeit, auf der lokalen Ebene dar.<sup>1513</sup>

Ähnliche Verlautbarungen über die zukünftige friedliche Zusammenarbeit von Liberalen und Konservativen wurden aus den Gemeinden Rovira und Cajamarca gemeldet.<sup>1514</sup> Bereits kurz nach dem Antritt der Regierung des *Frente Nacional*

<sup>1508</sup> „Síntesis de la Comisión Efectuada por el Mayor Sub-Jefe de Orden Público en la Región del Sur del Tolima“ (AGN/FMI/SG/226/2124/183-184).

<sup>1509</sup> Karl: State Formation, S. 116.

<sup>1510</sup> Henderson: History, S. 206. Offenbar nutzte Tacumá allerdings seine Machtposition in der Gemeinde Natagaima aus, um monetäre Abgaben von Baumwollpflanzern zu erzwingen, um im Gegenzug für eine reibungslose Ernte Sorge zu tragen („Boletín Informativo No. 160“ [AGN/FMI/SDM/4/30/138]).

<sup>1511</sup> „Boletín Informativo del Ministerio de Guerra“ (AGN/FMI/SDM/4/30/39).

<sup>1512</sup> „Mensaje de Orden Público Departamento del Tolima“ (AGN/FMI/SDM/7/52/114-117).

<sup>1513</sup> Karl: State Formation, S. 132f. S. auch „Boletín Informativo No. 165“ (AGN/FMI/SDM/4/30/71).

<sup>1514</sup> „Mensaje de Orden Público Departamento del Tolima“ (AGN/FMI/SDM/7/52/114-117).

im August 1958 schloss die Mehrzahl der konservativen und liberalen Kombattantengruppen in den Folgemonaten Friedensabkommen mit der Regierung, um als Gegenleistung für ihre Demobilisierung und Rückkehr in das zivile Leben die Straffreiheit für die von ihnen begangenen Verbrechen zu erlangen.<sup>1515</sup>

Die kommunistischen Widerstandsgruppen traten, wie ihre liberalen Pendants, in Verhandlungen mit Vertretern des *Frente Nacional* über ihre etwaige Demobilisierung und die Annahme der Amnestie, ließen sich aber von den Anliegen der neuen Regierung nicht so leicht überzeugen wie die Kombattanten, die im Namen der Liberalen Partei gekämpft hatten. Anführer kommunistischer Gewaltkollektive in Südtolima und angrenzenden *departamentos* wie Ciro Castaño und Marulanda Vélez bekundeten zwar schriftlich ihr Interesse daran, die Waffen niederzulegen.<sup>1516</sup> Allerdings stellten sie umfassende Bedingungen für die Einstellung der Kampfhandlungen, da die Anführer der kommunistischen Gruppen die bewaffneten Auseinandersetzungen der vergangenen Jahre weniger als Ausdruck des politischen Wettstreits der Traditionsparteien sahen. Den *sectarismo* und die sich aus ihm ergebenen Kämpfe zwischen Liberalen und Konservativen werteten sie vielmehr als künstlich geschaffenes Herrschaftsinstrument der Bourgeoisie, mit dem der *pueblo* gespalten und seine sozialen Forderungen unterdrückt werden sollten. In ihrer Interpretation sozialer Realitäten war der Klassengegensatz zwischen *campesinos*, *colonos* und Arbeitern auf der einen Seite, Industriellen und *latifundistas* auf der anderen die zentrale Triebfeder der bewaffneten Auseinandersetzungen gewesen.<sup>1517</sup>

So gehörten neben der Freilassung aller politischen Häftlinge die Wiederherstellung der demokratischen Freiheiten, die damit verbundene Aufhebung des Ausnahmezustandes sowie freie Wahlen als auch eine Agrarreform zu den Bedingungen, welche die *comunes* in Südtolima stellten.<sup>1518</sup> Insbesondere die für die

<sup>1515</sup> Henderson: History, S. 207.

<sup>1516</sup> Ebenda.

<sup>1517</sup> Die Sichtweise, nach der während der *Violencia* „arme Liberale gegen arme Konservative, angestachelt von den *dirigentes* jener beiden Parteien im Wettstreit um die Macht“ kämpften, verkündete die politische Führung der FARC, die aus dem kommunistischen Widerstands in Südtolima entstanden waren, auch noch mehr als 40 Jahre später in einem politischen Kommuniqué (vgl. „36 Años por la Paz y la Soberanía Nacional“, abgedruckt in: Arenas: Diario, S. 131-139, hier: S. 131).

<sup>1518</sup> Pizarro Leongómez: Orígenes. Für die *comunes* in Huila vgl. El Independiente, 2.7.1957, „Memorándum de los Guerrilleros a Comisión Bipartidista del Huila“. Die Forderung nach einer unmittelbaren umfassenden Agrarreform, wie sie die *comunes* stellten, stieß vergleichsweise schnell an die Grenzen politischer Realitäten. Bereits ein halbes Jahr nach dem Amtsantritt von Lleras Camargo bat der Agrarminister Espinosa Valderrama die Abgeordneten des Kongresses um Geduld bei der Lösung des Agrarproblems: „Man kann nicht von der Regierung des *Frente Nacional*, die eine in allen Belangen übel zugerichtete *patria* übernommen hat, erwarten, dass

Begünstigten kostenneutrale und umfassende Agrarreform zählte zu den zentralen Anliegen der kommunistischen Kombattanten, die sich in ihrer Mehrzahl aus *colonos* und *jornaleros* ohne eigenen Landbesitz rekrutierten. Die Bedeutung der Einforderungen einer Landverteilung und grundlegenden Änderung der Besitzverhältnisse für die *comunes* ließ sich daran erkennen, dass diese Forderung auch noch viele Jahre später einen zentralen Punkt der politischen Agenda der kommunistischen Kombattanten darstellte. Der *Programa Agrario de los Guerrilleros*, die an dem symbolträchtigen 20. Juli 1964, dem *Día de la Independencia*, unter anderem von Marulanda Vélez und Isauro Yosa verabschiedet wurde, forderte wie in den Verhandlungen um die Annahme der Amnestie 1958 eine „effektive Revolutionäre Agrarreform“. Diese wollten die Unterzeichner der „lügnerischen Agrarreform der Bourgeoisie“ gegenübergestellt wissen.<sup>1519</sup> Gleichlautende Forderungen, neben Entschädigungszahlungen, Wiederaufbaumaßnahmen und Kredite, für die der Staat zu bürgen habe, waren von den kommunistischen Akteursgruppen aus dem Osten des *departamento* zu vernehmen.<sup>1520</sup> Allerdings hatte der bewaffnete Widerstand um Varela – wie bereits erwähnt – deutlich gemacht, dass er nicht bereit war, die Waffen abzugeben und sich einer offiziellen *entrega* zu unterziehen.

Angesichts der Morde an amnestierten *guerrilleros*, die de facto während der gesamten Regierungszeit von Rojas Pinilla verübt wurden, zogen die kommunistischen Kombattanten in Süd- und Osttimor es vor, ihre Kombattantengruppen wie fünf Jahre zuvor in defensiv ausgerichtete Selbstverteidigungskomitees umzuwandeln, um ein Mindestmaß an Reaktionsfähigkeit bei möglicherweise erneut aufkommenden Repressionsakten zu behalten.<sup>1521</sup> Offenbar wurde diese Bedingung, die der kommunistische Widerstand formulierte, auch von den Streitkräften in der Anfangsphase des *Frente Nacional* akzeptiert, in der nahezu alle politischen Fraktionen an den Befriedungsbemühungen mitarbeiteten, obgleich der an der Unterredung mit den *varelistas* teilnehmende Minister José María Villarreal deren Forderungen als sehr anspruchsvoll qualifizierte.<sup>1522</sup> Varela Mora

---

sie dieses schreckliche Agrarproblem in zwei oder drei Wochen löst“ („Exposición del Señor Ministro de Agricultura y Ganadería, Doctor Augusto Espinosa Valderrama, en la Comisión Quinta Constitucional Permanente“ [AGN/PR/AP/2/3/150-183, hier: 151, s. auch 154f.]).

<sup>1519</sup> Die Forderung nach einer umfassenden Agrarreform ist abgedruckt in: Arenas: Diario, S. 119-124.

<sup>1520</sup> Londoño Botero: Varela, S. 623.

<sup>1521</sup> Rosales Ariza: Forjadores, S. 57; Eduardo Pizarro Leongómez: Marquetalia. Mito fundacional de las FARC (UN Periódico, Septiembre 2006). Unter: <http://historico.unperiodico.unal.edu.co/Editiones/57/03.htm> (Zugriff: 22.1.2013).

<sup>1522</sup> Prada: Vida, S. 82; Sánchez: Rehabilitación; Londoño Botero: Autodefensa, S. 131.

und Romero Picón argumentieren mit Blick auf den kommunistischen Widerstand ähnlich wie Karl. Sie streichen heraus, dass die Annahme der Amnestieangebote 1953 und 1958/59 verdeutlichte, dass die bewaffneten bäuerlichen Widerstandsgruppen kommunistischer Prägung in Osttolima an einer friedlichen politischen Betätigung interessiert gewesen seien.<sup>1523</sup>

## 8.2 Die Fortführung gewaltsamer Praktiken im politischen Raum

Der Erlass der Amnestie und die Demobilisierungen von liberalen und konservativen Kombattanten in den Monaten August und September 1958 waren nicht mit dem Ende der *Violencia* in Tolima gleichzusetzen, wie Henderson kritisch anmerkt.<sup>1524</sup> Alle politischen Akteursgruppen, die sich nicht in das Schema die Traditionsparteien integrierten ließen, blieben vor dem Hintergrund der Einrichtung der vergleichsweise exklusiven Koalitionsregierung aus Liberaler und Konservativer Partei von der politischen Teilhabe im institutionalisierten politischen Feld des Landes ausgeschlossen.<sup>1525</sup> Dies traf in erster Linie auf die Kommunistische Partei zu, deren Kombattanten daher tendenziell geringere Anreize hatten, sich zu demobilisieren. Zum einen konnten sie repressive Maßnahmen durch die staatlichen Sicherheitskräfte nicht ausschließen. Zum anderen waren die weitreichenden Ziele, für die sie zu den Waffen gegriffen hatten bzw. die sie im Laufe des bewaffneten Kampfes formuliert hatten, nicht erreicht worden. Die Einrichtung des *Frente Nacional* hieß nicht, dass alle Konfliktpotenziale, die bei der Genese der *Violencia* zum Tragen gekommen waren, beseitigt worden wären.

Palacios bezeichnetet die von dem *Frente Nacional* erlassene Amnestie als vergleichsweise erfolgreichen Befriedungsversuch Tolimas.<sup>1526</sup> Und Lleras Camargo betonte deren Bedeutung für die Befriedung des Landes. Als er 1962 auf seine Amtszeit als Regierungspräsident zurückblickte, strich er heraus, dass „sie [die Kombattanten, L. R.] mindestens zweimal die Gelegenheit hatten, sich zu resozialisieren (*rehabilitarse*), [...] der Staat bot ihnen die vollständige Straffreiheit und Hilfe an, einen Platz in der neuen Gesellschaft zu finden“.<sup>1527</sup> Damit beschrieb er, dass den Gewaltakteuren, die gegen die Militärregierung gekämpft hatten, nach

<sup>1523</sup> Varela Mora; Romero Picón: Amaneceres, Prefacio o. S.

<sup>1524</sup> Henderson: History, S. 206f.

<sup>1525</sup> Ebenda.

<sup>1526</sup> Palacios: Legitimidad, S. 194.

<sup>1527</sup> „Mensaje al Congreso de 1962“, in Lleras Camargo, Gobierno, Tomo 4, S. 257-281, hier: S. 261. S. auch Meertens: Ensayos, S. 143. Nach dem Auslaufen des Amnestieangebots wurden die verbliebenen Bewaffneten, dieser Logik folgend, von den staatlichen Sicherheitskräften als kriminelle Akteure verfolgt (vgl. Henderson: History, S. 211; Karl: State Formation, S. 145, 230).

deren Absetzung die Möglichkeit gegeben worden waren, sich in die Reihen der Traditionsparteien zu integrieren bzw. diese nicht zu verlassen und qua Amnestie als politische Akteure legitimiert zu werden.<sup>1528</sup>

Sicherlich verringerten die Regierungsmaßnahmen den Rückgriff auf Gewalt in den politischen Auseinandersetzungen in dem *departamento*, aber gerade für Tolima kann nicht davon gesprochen werden, dass die Einrichtung des *Frente Nacional* die *Violencia* beendet hätte.<sup>1529</sup> Dass die Etablierung der Koalitionsregierung nicht, wie in der offiziellen Historiographie dargestellt, mit dem Ende der bewaffneten Auseinandersetzungen zwischen den verschiedenen Fraktionen im politischen Feld Kolumbiens gleichzusetzen war, lag allerdings nicht nur an der Fortbestehen bewaffneter Gruppen, die sich nicht in die Traditionsparteien integrierten ließen.

Die *Secretaría de Agricultura* des *departamento* Tolima stellte Ende der 1950er Jahre in ihrer Bestandsaufnahme über die Folgen der *Violencia* in Tolima fest, dass „das Problem der Gewalt nicht verschwunden ist; es besteht weiter, wenn auch in merklich anderen Ausprägungen als die, welche sie in der Anfangsphase charakterisierten“.<sup>1530</sup> Diese gewandelten Charakteristika der *Violencia* sind der Grund, warum Sánchez und Meertens dafür plädieren, in dem Gewaltgeschehen während der ersten beiden Regierungen des *Frente Nacional* kein einfaches Überbleibsel der vorherigen gewaltsauslösenden Auseinandersetzungen oder deren simple zeitliche Verlängerung zu sehen. Die beiden exponierten Kenner der kolumbianischen *Violencia* konzipieren die sogenannte Phase des *bandolerismo* als ein eigenständiges Element der kolumbianischen *Violencia* Mitte des 20. Jahrhunderts.<sup>1531</sup>

Um zu verstehen, warum der vierte Untersuchungsraum die von Sánchez und Meertens proklamierte, eigenständige Phase der *Violencia* darstellte, ist es unabdingbar, den Blick auf einen komplexen Kampf gegen, aber auch um die ehemaligen liberalen Kombattanten zu richten. Zum einen versuchten Oppositionsgruppen ihren Einfluss auf die ehemaligen Kombattantengruppen zu vergrößern, um mithilfe dieser ihre politischen Macht- und Einflussbereiche gegen den *Frente Nacional* abzustecken. Zum anderen versuchten Vertreter der Koalitionsregierung auf der lokalen Ebene, in Tolima vorrangig Repräsentanten des *oficialismo* der Liberalen Partei, die ehemaligen Krieger ihrer Partei zu instrumentalisieren und

<sup>1528</sup> Sánchez: *Ensayos*, S. 274.

<sup>1529</sup> Oquist: *Violencia*, S. 269.

<sup>1530</sup> „*Secretaría de Agricultura del Departamento, La Violencia en el Tolima*“ (AGN/FMI/SDM/7/51/8[S. 1-32, hier S. 3]).

<sup>1531</sup> Sánchez; Meertens: *Banditry*, S. 156f.; Sánchez; Meertens: *Bandits*, S. 21ff.

sie zu dem Schutz ihrer politischen Pfründe vor der (parteiinternen) Opposition einzusetzen.<sup>1532</sup>

Die Instrumentalisierung der Kombattanten durch *caciques* und *gamonales* der Traditionsparteien zum Schutz ihrer Einflussbereiche einerseits und durch parteiinterne Oppositionsgruppen wie den *Movimiento Revolucionario Liberal* andererseits wurde durch den Umstand begünstigt, dass ehemalige *guerrilleros* es oftmals als unmöglich sahen, die Waffen dauerhaft abzulegen. Auch wenn sie durch die Aussetzung der Strafverfolgung vor dem Zugriff des staatlichen Justizapparates geschützt waren, hatten sich nicht wenige von ihnen in den jahrelangen bewaffneten Auseinandersetzungen viele Feinde, auch unter den staatlichen Sicherheitskräften, gemacht, die ihnen nach dem Leben trachteten – gleich, ob sie amnestiert worden waren oder nicht. *El Cronista* drückte diesen Umstand mit den folgenden Worten aus:

Man darf nicht vergessen, dass es viele Fälle gibt, in denen sich viele *guerrilleros* wegen der Unvorsichtigkeit der Autoritäten, sogar der Militärs, dazu genötigt sahen, zu ihren alten Streifzügen zurückzukehren und sich auf ihr Recht auf Selbstschutz zu berufen, das sie wegen folgender repressiver Vorgehen in Gefahr sahen.<sup>1533</sup>

An der Person von Teófilo Rojas kann dies exemplarisch verdeutlicht werden. Chispas hatte sich als junger Mann gegen Ende des Jahres 1955, vor dem Hintergrund der erneut zunehmenden Repression gegen liberale Parteimitglieder durch die staatlichen Sicherheitskräfte, zusammen mit Leonidas Borja, dem Anführer einer liberalen Widerstandsgruppe in Rovira, in den bewaffneten Kampf begeben. Mit der Absetzung von Rojas Pinilla und dem bevorstehenden Regierungsantritt eines liberalen Präsidenten legte auch Teófilo Rojas die Waffen nieder und intensivierte die bereits zuvor etablierten Kontakte zu den bewaffneten Widerstandsgruppen in Rioblanco, Chaparral und Planadas in Südtolima.<sup>1534</sup>

Wenn Varela Mora und Romero Picón, die in der Annahme der Amnestie durch die kommunistischen Kombattanten einen Hinweis auf den politischen Charakter deren bewaffneten Kampfes sehen, Recht haben<sup>1535</sup>, hatte auch Chispas, der in der ersten Hälfte der 1960er Jahre mehr als einmal als Beispiel für den Prototyp

<sup>1532</sup> Meertens: *Ensayos*, S. 143f.

<sup>1533</sup> *El Cronista*, 17.9.1962, „El Caso ‚Desquite‘“.

<sup>1534</sup> Guzmán Campos: *Violencia*, S. 298-301. Henderson berichtet wiederum, dass die Kontaktaufnahme von den *limpios* um Leopoldo García ausging. Er sieht darin ein Indiz, dass auch die liberalen Widerstandskämpfer in Südtolima an der Einhegung der bewaffneten Auseinandersetzungen interessiert gewesen seien (History, S. 199).

<sup>1535</sup> Varela Mora; Romero Picón: *Amaneceres*, Prefacio o. S.

des pathologischen und blutrünstigen *violento* genannt wurde, mit dem bewaffneten Kampf politische Ziele verfolgt:<sup>1536</sup> Nach der Annahme der von dem *Frente Nacional* angebotenen Amnestie widmete sich Chispas der landwirtschaftlichen Betätigung auf einem Stück Land, das er mit finanziellen Zuwendungen aus der *Rehabilitación* erworben hatte.<sup>1537</sup> Die unter seinem Kommando stehenden Kombattanten fordert Rojas dazu auf, mit den Vertretern des *Frente Nacional* zusammenzuarbeiten.<sup>1538</sup> Im März 1958, nach den Legislativwahlen, die den Präsidentschaftswahlen zur ersten Regierung des *Frente Nacional* vorausgingen, ließ sich Chispas auf Geheiß von Oviedo in Planadas nieder.<sup>1539</sup> Chispas sollte gegenüber Mariachi Auskunft über seine Aktivitäten in den vergangenen zehn Jahren abgeben, da sich Oviedo die Aufklärung der zahlreichen Chispas zur Last gelegten Verbrechen zum Ziel gesetzt hatte, um dessen vollständige Rückkehr in das zivile Leben zu garantieren.<sup>1540</sup> In Planadas arbeitete Chispas zusammen mit Mariachi an dem Bau der Landepiste für Flugzeuge, die in der Gemeinde aus Mitteln der *Rehabilitación* angelegt werden sollte.<sup>1541</sup>

Auf einer symbolischen Ebene verdeutlicht die Ausstellung einer *cédula de ciudadanía* in Planadas während seines Aufenthalts unter dem Schutz von Mariachi die Reintegration Chispas' in das zivile Leben eines einfachen Staatsbürgers.<sup>1542</sup> Auch den ehemals in der Gemeinde El Líbano tätigen, bestens mit der *Violencia* vertrauten Priester Guzmán Campos, Autor des bereits vielfach zitierten Standardwerks zum kolumbianischen Bürgerkrieg Mitte des 20. Jahrhunderts, bat Rojas um seine Mithilfe, um in den Genuss des Amnestieprogramms des *Frente Nacional* zu kommen und dem bewaffneten Kampf abschwören zu können.<sup>1543</sup> Die Todesstatistiken verdeutlichen die Erfolge der Bemühungen von verschiedener

<sup>1536</sup> Guzmán Campos beschreibt Rojas als „den lebhaftesten Repräsentanten jener Generation, die unsere beiden Traditionsparteien zum Verbrechen verurteilt haben.“ (Violencia, S. 408).

<sup>1537</sup> El Cronista, 24.1.1963, „Confirmada plenamente la muerte de ‘Chispas’“. S. auch Ortiz Sarmiento: Estado, S. 243; Guzmán Campos: Violencia, S. 302.

<sup>1538</sup> La Calle, 20.3.1959, „Calarcá y la Violencia“.

<sup>1539</sup> „Boletín Informativo Número 179“ (AGN/PR/SIC/4/5/71).

<sup>1540</sup> Henderson: History, S. 199f. S. auch Sánchez; Meertens: Bandits, S. 51f. Vgl. für den Bericht, den Chispas Mariachi zu Protokoll gab: Guzmán Campos: Violencia, S. 294-300.

<sup>1541</sup> „Plan de Rehabilitación Para el Departamento del Tolima“ (AGN/PR/DSP/111/55/42-43).

<sup>1542</sup> El Cronista, 24.1.1963, „Confirmada plenamente la muerte de ‘Chispas’“.

<sup>1543</sup> Henderson: Modernization, S. 388. Der Inlandsgeheimdienst *Servicio de Inteligencia Colombiana* lastete der *cuadrilla*, die unter dem Kommando von Teófilo Rojas stand, einen Hinterhalt auf eine Armeepatrouille am 5.6.1958 an, was den Berichten, Chispas habe die Amnestie angenommen und sei in das zivile Leben zurückgekehrt widersprach („Boletín Subversivo Nr. 46“ [AGN/PR/SIC/3/3/238-242, hier: 241]).

Seite, den liberalen Kombattanten Chispas vom bewaffneten Kampf abzubringen. Wurden ihm 1958 noch 75 Morde zur Last gelegt, tötete er im Folgejahr, als er in dem Genuss der Aussetzung der Strafverfolgung gekommen war, „nur“ eine einzige Person.<sup>1544</sup>

Teófilo Rojas beklagte sich aber, dass er von Offizieren der Streitkräfte aller Verbrechen und Todesfälle beschuldigt wurde, die sich in der Nähe seines Aufenthaltsortes ereigneten – sogar „der natürlichen Todesfälle“.<sup>1545</sup> Die ehemaligen liberalen Kombattanten um Mariachi sahen in der Person Chispas ein deutliches Beispiel dafür, dass sowohl Konservative als auch kommunistische Akteure versuchen würden, die liberalen Gruppierungen aller Gewaltakte, zu denen es in einer bestimmten Region kam, zu beschuldigen. Obgleich Chispas nachweislich zu dem Zeitpunkt nicht näher spezifizierter Gewaltakte in ärztlicher Behandlung und physisch nicht der Lage gewesen sei, an den beklagten blutigen Ereignissen beteiligt gewesen zu sein, würden ihm diese angelastet, nur weil sie sich in seinem ehemaligen Operationsgebiet ereigneten.<sup>1546</sup>

Angesichts der oftmals mangelhaften Arbeit der zeitgenössischen Justiz sind die Beschuldigungen von Chispas und aus seinem Umfeld nicht als abwegig zu bezeichnen. Im Juni 1961 wurden in Cocorá nahe Ibagué, wo Chispas aktiv war, nachdem er wieder zu den Waffen gegriffen hatte, die Leichen von zwei ecuatorianischen Indigenen gefunden. Ohne dass es Indizien oder die Aussagen von (Augen-)Zeugen gegeben hätte, eröffnete der *Juzgado Segundo Superior del Distrito Judicial* ein Verfahren gegen Teófilo Rojas und andere verdächtige Personen. Der einzige Grund, der zu den Ermittlungen gegen die Person Rojas führte, war der Umstand, dass die Toten in einer Region gefunden wurden, in der auch Chispas aktiv war.<sup>1547</sup>

---

<sup>1544</sup> Ramsey: Modern Violence, S. 397.

<sup>1545</sup> Zitiert in: Ortiz Sarmiento: Estado, S. 249. Auch in einem öffentlichen Brief, den er an die liberale Zeitung *Tribuna* sandte, beklagte Chispas die falschen Beschuldigten, derer er sich ausgesetzt sah (vgl. Tribuna, 17.7.1959, „Quienes Promueven la Violencia en Rovira“).

<sup>1546</sup> „Informe del Servicio de Inteligencia Colombiano al Ministro de Gobierno Guillermo Amaya Ramírez“ (AGN/FMI/SDM/4/33/80-81).

<sup>1547</sup> „J2SDJ, SsN contra Teófilo Rojas Varón (alias Chispas) et al. por Homicidio (APJI)“. Auch William Angel Aranguren äußerte gegenüber dem Pfarrer José de Jesús Fernández, mit dem er in engem Kontakt stand und den er um Mithilfe bei der Rückkehr in das zivile, gewaltlose Leben bat, ähnliche Klagen. Alle Verbrechen, die sich in Nordtolima ereigneten, würden ihm angelastet, so die Beschwerde von Desquite. Weiterhin kritisierte er das Vorgehen der Justiz, die, ähnlich wie im Fall Chispas, Verfahren gegen ihn eröffne, ohne dass es Indizien, geschweige denn Beweise, gebe, die seine Beteiligung an den Delikten nahelegen würden (El Cronista, 20.9.1962, „Desquite‘ Insiste en la Paz“).

Angesichts der fortwährenden Aggressionen gegen seine Person sah sich Chispas gezwungen, erneut zu den Waffen zu greifen. In einem Brief, in dem er sich über die Verleumdungen seiner Person sowie die Aufrufe von Konservativen beschwerte, ihn erbarmungslos zu verfolgen, obwohl er der Gewalt müde sei, „ein friedlicher und ehrenwerter Bürger sein“ und der Regierung keineswegs Problem bereiten wolle, gab er zu bedenken, dass „ich nicht die Hände in den Schoß legen und warten kann, dass sie mich töten; der Überlebenswill zwingt mich dazu, mich zu verteidigen“.<sup>1548</sup>

Auch in den Streitkräften, die lange Zeit als parteipolitisch neutral galten, zeigte sich, dass die mehr als ein Jahrzehnt dauernden bewaffneten Auseinandersetzungen nicht spurlos an ihnen vorbeigegangen waren, sondern auch sie stark in den Konflikt zwischen den Traditionsparteien und kommunistischen Gruppierungen gezogen worden waren. Mehrere Bürger aus der Gemeinde Rovira beschwerten sich über die Verfolgung von Mitgliedern der Konservativen Partei durch die in der Region stationierten Streitkräfte. In der mehrheitlich liberalen Gemeinde bezeichnete der Mayor Correa den *dirigente conservador* Pedro Bonilla als „Anführer der *pájaros* und [als solchen] verfolgte er ihn nach Belieben“. Bonilla habe aufgrund der Anfeindungen gegen ihn und seine Familie, die zu der Ermordung von zwei seiner Brüder geführt hatten, die Gemeinde verlassen müssen.<sup>1549</sup> Und der Gefreite Florian García, der eine Razzia in Rovira befehligte, habe den anwesenden Mitgliedern der Konservativen Partei gedroht, sie in dem von ihm zugeschriebenen Status als *pájaros* zu töten bzw. so die Tötungen ex post zu rechtfertigen.<sup>1550</sup>

Als die Streitkräfte nach Südtolima zurückkehrten, nachdem sie sich aus der Region zurückgezogen hatten, um die Gespräche zwischen der *Junta Militar* und den liberalen Widerstandsgruppen zu ermöglichen, unterstanden sie einem vergleichsweise jungen Unteroffizier, der als Anhänger der abgesetzten Militärregierung von Rojas Pinilla nach parteipolitischen Gesichtspunkten handelte. Dieser unterwarf das Dorfleben zunehmend einer militärischen Logik und charakterisierte sich durch ein despatisches Verhalten im Umgang mit den Einwohnern der Region: „Alle Menschen müssen nach seinen Schreien und seinen Befehlen springen (*marchar*)“.<sup>1551</sup> Wenig überraschend waren in den Streit-

<sup>1548</sup> Zitiert in: Guzmán Campos: Violencia, S. 302. Gleich ob die Umstände Chispas dazu zwangen oder nicht, sich wieder in den bewaffneten Kampf zu begeben, führte seine erneute Bewaffnung zu dem Bruch mit seinem Protegé Oviedo in Planadas im November 1959 (Karl: State Formation, S. 327).

<sup>1549</sup> „Informe de Rovira (T.)“ (AGN/FMI/SDM/7/53/173-177, hier: 177).

<sup>1550</sup> Ebenda, f. 174.

<sup>1551</sup> Romero Quijano: Vencedor, S. 42.

kräften, die als einzige Kampfverbände lateinamerikanischer Staaten an dem Koreakrieg teilgenommen hatten, antikommunistische Ressentiments vorhanden. Nach den Gesprächen, welche die kommunistischen Kombattanten unter Führung von Richard 1957 mit den Vertretern der Militärjunta über die Abgabe der Waffen geführt hatten, wurde die Delegation der *comunes* von dem Unteroffizier Robayo, *alcalde militar* von Algeciras, bedroht und drangsaliert. Der Oberst Oscar Arce Herrera sah sich in seiner Funktion als Gouverneur von Huila gezwungen, Robayo und seine engsten Mitarbeiter angesichts des Vorfalls von ihren politischen Ämtern abzuberufen.<sup>1552</sup>

Die Feindseligkeiten zwischen Angehörigen der Traditionsparteien bestimmte oftmals trotz der kurz bevorstehenden Etablierung des *Frente Nacional* das Handeln gewisser Akteursgruppen. Der *sectarismo* beschränkte sich aber mitnichten nur auf die staatlichen Sicherheitskräfte, sondern auch viele Politiker der *partidos tradicionales* hatten die *Dichotomisierung der sozialen Realität* trotz der formalen Zusammenarbeit von Konservativen und Liberalen nicht überwunden. Eustaquio Gutiérrez, Mitglied der Konservativen Partei und Einwohner der Gemeinde Valle de San Juan in Südwesttolima beschwerte sich im Februar 1961 in einem Brief an den *ministro de gobierno* Ramírez Moreno, dass die Vergabe von Arbeitsaufträgen im Rahmen des Infrastrukturausbau in der Region nach parteipolitischen Gesichtspunkten erfolge. Der Gouverneur des *departamento* habe sowohl den Ingenieur als auch die Arbeiter, die ursprünglich mit dem Bau einer Straße beauftragt worden waren, ihrer Arbeiten entbunden, weil sie der Konservativen Partei angehörten.<sup>1553</sup>

Wie die Klage von Gutiérrez deutlich macht, hatte der *sectarismo* auch noch Anfang der 1960er Jahre maßgeblichen Einfluss auf das Denken und Wirken von Regional- und Lokalpolitikern. Bereits 1958 erklärte die *Junta Militar* gegenüber dem Kongress, dass „es Leute gibt, nicht nur *sectarios*, sondern auch dumme, die glauben, dass sie durch kriminelle Vorgehensweisen das Ziel unmöglicher Hegemonieansprüche erreichen können“.<sup>1554</sup> Mit den *kriminellen Vorgehensweisen*, welche die *unmöglichen Hegemonieansprüche* zum Ziel hatten, beschrieben die Offiziere, dass Vertreter der Traditionsparteien auf der lokalen Ebene durchaus noch bereit waren, auf Gewaltkollektive zurückzugreifen, um die Vormachtstellung in ihrem Einflussbereich zu wahren.

<sup>1552</sup> El Independiente, 2.7.1957, „Memorándum de los Guerrilleros a Comisión Bipartidista del Huila“.

<sup>1553</sup> „Carta al Señor Doctor Augusto Ramírez Moreno“ (AGN/FMI/SDM/18/161/118-119).

<sup>1554</sup> Zitiert in: Molano: Amnistía, S. 54.

### 8.2.1 Die Amnestie als Instrument, die Grenzen des Politischen zu definieren

Zwar legten die Führungselen der Traditionsparteien ihre politischen Differenzen mit der Einrichtung des *Frente Nacional* auf der nationalstaatlichen Ebene bei und verfolgten das Ziel, gewalttätigen politischen Praktiken abzuschwören. Mit der Etablierung der konkordanzdemokratischen, liberal-konservativen Regierung, die eine grundlegende, fundamentale Neustrukturierung des politischen Feldes des Landes darstellte, wurde Gewalt als Handlungsressource im Wettstreit um politischen Einfluss in Tolima entgegen der offiziellen Regierungspropaganda allerdings nicht obsolet.

Es waren aber weniger die konservativen Konkurrenten um die politische Macht, welche die Einfluss- und Machtbereiche von liberalen *caciques* und *gamo-nales* in Tolima gefährdeten und gegen die diese auf Gewaltkollektive zurückgriffen. Da durch die konstitutionell festgeschriebene, paritätische Postenvergabe die Aufteilung der politischen Macht, das heißt die Sitzverteilung in den legislativen Körperschaften und die Präsidentschaft, unabhängig von den Wahlergebnissen bereits vor den Urmengängen feststand, verlagerte sich der politische Wettstreit zwischen den Traditionsparteien vielmehr in diese hinein.<sup>1555</sup> Die regelmäßig stattfindenden Wahlen wurden zu einem Gradmesser zur Bestimmung des politischen Gewichts und des Einflusses der verschiedenen politischen Fraktionen innerhalb der Konservativen bzw. der Liberalen Partei, da auch Vertreter der parteiinternen Dissidenzgruppen auf den offiziellen Wahllisten der jeweiligen Partei kandidieren konnten.<sup>1556</sup>

Um ihre schon als traditionell zu bezeichnenden Machtbereiche gegen parteiinterne Oppositionsgruppen zu schützen, griffen Politiker, die dem offiziellen Flügel der Liberalen Partei angehörten, oftmals auf ehemalige Kombattanten zurück, die den *oficialismo* der Liberalen Partei nicht grundlegend kritisierten, um einen Machtgewinn parteiinterner Oppositionsgruppen auf eigene Kosten zu verhindern.<sup>1557</sup> Auf einem Treffen der Gouverneure verschiedener *departamentos*, unter anderem Tolima, mit dem Innen- sowie Verteidigungsminister und Vertretern der Streitkräfte Anfang 1961 wurde die erneut steigende Gewaltintensität mit den im Folgejahr anstehenden Wahlen in einen kausalen Zusammenhang gebracht.<sup>1558</sup>

<sup>1555</sup> Gilhodés: Violencia, S. 204.

<sup>1556</sup> Steffen W. Schmidt: Bureaucrats as Modernizing Brokers? Clientelism in Colombia. In: Comparative Politics 6:3 (April 1974), S. 425-450, hier: S. 438f.; Helfrich-Bernal: Kolumbien, S. 98ff.

<sup>1557</sup> Sánchez; Meertens: Banditry, S. 156ff.

<sup>1558</sup> „Reunión de Orden Público Febrero 7 de 1961 Acta“ (AGN/FMI/SDM/22/205/30-44, hier: 35).

In dem mehrheitlich liberalen *departamento* Tolima stellte der *Movimiento Revolucionario Liberal*, der sich um López Michelsen, Sohn des ehemaligen Präsidenten López Pumarejo, gebildet hatte, den stärksten Konkurrenten für des *oficialismo* der Liberalen Partei um politischen Einfluss dar. In einigen Gemeinden Osttolimas und dem angrenzenden Cundinamarca, beispielsweise in Pandi, Fusagasugá und San Bernardo, verlor der liberale *oficialismo* seine politischen Mehrheiten aufgrund der Wahlerfolge des MRL in einer Region, die eine lange Tradition sozialer Bewegungen und Kämpfe hatte.<sup>1559</sup>

Das Dekret, das die Aussetzung der Strafverfolgung unter gewissen Bedingungen ermöglichte, stellte ein hervorragendes Medium dar, um sich die Unterstützung ehemaliger Kombattanten zu sichern, denn der *Decreto 0328* war in einigen zentralen Punkten vage formuliert. Bezuglich der zu untersuchenden Gewaltakte hatten die Verfasser, im Vergleich zu der von Rojas Pinilla formulierten Amnestie, diese relativ wenig stark eingrenzt. Rojas Pinilla hatte die Putschisten in den Reihen der Streitkräfte, die sich in Pasto gegen die Regierung López Pumarejo 1944 erhoben hatte, explizit mit eingeschlossen, exkludierte aber Militärs, die im Zuge der Ermordung Gaitáns rebelliert hatten, von einer möglichen Amnestie. Dem Dekret des *Frente Nacional* folgend mussten jedoch Gewaltakte ohne nähere Spezifizierung, die vor dem 15.10.1958 verübt worden waren, hinsichtlich einer möglichen Amnestierung begutachtet werden – theoretisch auch Gewaltakte, die bereits im Zuge des Putsches von Rojas Pinilla begutachtet und eventuell negativ beschieden worden waren.<sup>1560</sup>

Das zentrale Problem lag aber mitnichten nur in der Quantität der zu begutachtenden Anträge auf Gewährung der Aussetzung der Strafverfolgung. Wie geschildert waren nur politische Gewalttaten amnestierfähig, aber die Bewertung, ob ein spezifischer Gewaltakt persönliche oder öffentliche Interessen verfolgte bzw. ob ihm kriminell-ökonomische oder altruistisch-allgemeingültige Motivationen zugrunde lagen, gestaltete sich in der juristischen Praxis durchaus diffizil. Rubio verweist auf die Schwierigkeiten, von den Motivationen des Individuums auf die Kollektivmotivationen der Kombattantengruppe zu schließen, aber auch aus letzteren die Beweggründe der einzelnen Kombattanten abzuleiten. Auch wenn das Kollektiv prinzipiell handelte, um eine Verbesserung der Situation einer überindividuell konzipierten Gruppe zu erreichen, schloss dies nicht per se aus, dass einzelne Kombattanten hochgradig egoistische und persönliche Interessen ver-

<sup>1559</sup> Laura María Varela Mora; Deyanira Duque Ortiz: Estrategias de los agrarios de Sumapaz y Oriente del Tolima durante el Frente Nacional. In: Historia y Sociedad 21 (Julio-Diciembre 2011), S. 173-195, hier: S. 187; Londoño Botero: Varela, S. 636f.

<sup>1560</sup> Karl: State Formation, S. 144f.

folgten.<sup>1561</sup> Und auch ein Gewaltkollektiv, das die hehrsten politischen Ziele verfolgte, stand im *monte* vor dem Problem, das eigene Überleben zu sichern. Wie war die Entwendung von Lebensmitteln und Vieh von *fincas*, die im Operationsgebiet einer bestimmten Kombattantengruppe lagen, zu bewerten? War dies ein krimineller Akt, welcher der individuellen Bereicherung diente, oder war es eine notwendige Handlung zur Sicherung des eigenen Überlebens im Rahmen des amnestierfähigen, politischen Kampfes?<sup>1562</sup>

Wie die beiden Fragen schon andeuten, ließ sich in der juristischen Praxis, in der über die Amnestiefähigkeit konkreter Gewalttäter entschieden werden musste, nicht derart stringent zwischen politischen und ökonomisch motivierten, kriminellen Gewalttaten unterscheiden, wie es das Dekret vorsah. Die eingeforderte Differenzierung war eine Unterscheidung, die tendenziell theoretischer Natur war und sich nur bedingt auf den konkreten, zu untersuchenden Fall anwenden ließ.<sup>1563</sup> Der Amtsträger hatte bei der Feststellung des politischen oder kriminellen Charakters eines Gewaltakts einen gewissen Entscheidungs- und Interpretationsspielraum. Dieser stellte oftmals ein Disziplinierungsinstrument erster Güte gegenüber Parteimitgliedern dar, die sich in den bewaffneten Kampf begeben hatten, denn wer dem *Frente Nacional* treu war und ihn nicht infragestellte, konnte mit dem Wohlwollen des jeweiligen Mandatsträgers rechnen und als politischer Akteur in den Genuss der Amnestie kommen. Wer sich allerdings dem *oficialismo* verweigerte und sich gegen die liberal-konservative Koalitionsregierung stellte, lief Gefahr, nicht in den Genuss der Amnestie zu kommen, da der politische Charakter der von ihm begangenen Gewalttaten nicht anerkannt werden würde.

Ein weiteres Druckmittel auf ihre Gefolgschaft erhielten *caciques* und *gamonalles* mit dem Mittel der Verbannung (*extrañamiento*), das ab 1959 als Maßnahme, gegen die fortwährende Gewalt vorzugehen, diskutiert und auch angewendet wurde – auch wenn bei weitem nicht alle dekretierten Verbannungen umgesetzt wurden.<sup>1564</sup> Der *extrañamiento* zielte darauf, kriminelle – oftmals als pathologisch gewalttätig wahrgenommene – Akteure aus ihrem sozialen Umfeld zu entfernen,

<sup>1561</sup> Mauricio Rubio: *Rebeldes y Criminales. Una crítica a la tradicional distinción entre el delito político y el delito común*. In: Jaime Arocha, Fernando Cubides und Myriam Jimeno (Hrsg.): *Las violencias: Inclusión creciente*. Bogotá 1998, S. 121-162, hier: S. 121-124.

<sup>1562</sup> Waldmann verweist darauf, dass Gewaltkollektive wie andere Organisationen einen Selbsterhaltungstrieb haben, der sich unter anderem in einem Finanzierungsbedarf und möglicherweise auf den ersten Blick ökonomisch motivierten Verbrechen äußert (Gesellschaften, S. 354f.).

<sup>1563</sup> Rubio: *Rebeldes*, S. 121ff., 127f., 130-135; Karl: *State Formation*, S. 146f.

<sup>1564</sup> Eine der Maßnahmen, die von Gouverneuren und Ministern eingefordert wurde, um die Gewalt zu bekämpfen, war unter anderem die konsequente Anwendung der Verbannung („*Reunión de Orden Público Febrero 7 de 1961 Acta*“ [AGN/FMI/SDM/22/205/30-44, hier: 37]).

in dem sie oftmals über (erzwungene) Unterstützung der Lokalbevölkerung verfügten. Gleichzeitig konnten Politiker den Anführern bewaffneter Gruppen aber auch mit der Verbannung drohen, sollten diese den Vertretern der Traditionsparteien den Rücken kehren.<sup>1565</sup>

Der Interpretationsspielraum bei der Bewertung des politischen oder unpolitisch-kriminellen Charakters des Gewaltaktes vor dem Hintergrund der Antragstellung auf Aussetzung der Strafverfolgung stellte allerdings auch eine Quelle von nicht statthafter Straffreiheit dar. Wenn Akteure bekundeten, die Motivationen der von ihnen ausgeübten Gewalt seien politische gewesen und der über den Antrag entscheidende Politiker dies glaubte oder glauben wollte, konnten durchaus auch kriminell motivierte Gewaltakteure in den Genuss der Aussetzung der Strafverfolgung kommen.<sup>1566</sup> Dieser Umstand entging auch dem Richter nicht, der den Mord an einem liberalen *campesino* während der Amtszeit von Gómez untersuchte. Er kritisierte, dass viele Verbrechen, die rein kriminell bedingt waren, unter die von dem *Frente Nacional* dekretierte Amnestie gefallen seien. Ungeachtet der Bedingungen, die der *Decreto 0328* für eine etwaige Aussetzung der Strafverfolgung nannte, „reichte es aus, dass der Angeklagte bei der administrativen Autorität vorstellig wurde und den entsprechenden Antrag stellte [...], damit das von ihm begangene Verbrechen zu denen gezählt wurde, die von der *impunidad* profitierten, die wiederum von der selbigen Nationalregierung gefördert wurde“.<sup>1567</sup> Und aus dem *Ministerio de Guerra* wurden Klagen laut, dass 149 genuin kriminelle Akteure „aufgrund politischen Drucks die Amnestie erhielten, ihre Freiheit wiedererlangten, in ihre Ursprungsregion zurückkehrten und erneut ihre alten kriminellen Aktivitäten aufnahmen“.<sup>1568</sup>

---

<sup>1565</sup> Molano: Amnistía, S. 94ff.; Karl: State Formation, S. 145ff., 673.

<sup>1566</sup> Ebenda, S. 152. Die häufige Deklaration von kriminellen Gewalttaten als politisch motivierte Violenz, um in den Genuss der Aussetzung der Strafverfolgung zu kommen, verdeutlicht auch der bereits erwähnte Fall des Versicherungsbetruges und dem zu diesem Zweck in Auftrag gegebene Mord. Obwohl die Tötung der unbeteiligten Personen einzig und allein dazu diente, die Lebensversicherung des angeblichen Toten beanspruchen zu können, beantragten die Auftraggeber des Mordes die Amnestie, den diese zu diesem Zweck als politisch motiviert darstellten. In diesem konkreten Fall wurde die Aussetzung der Strafverfolgung allerdings nicht gewährt. („Departamento del Tolima – Gobernación, Solicitud de Suspensión del Ejercicio de la Acción Penal de Alfredo Hernández Ramírez et al. por Asociación para Delinquir, Homicidio y Estafa“ [APJI]).

<sup>1567</sup> „TSI, SN 4100 contra Jesús Emilio Campos Aguiar et al. por Homicidio“ (APJI/221, s. auch 222). Bezeichnenderweise setzte der Richter die rechtlich legitimierte Aussetzung der Strafverfolgung mit der unstatthaften Straffreiheit gleich.

<sup>1568</sup> „Modificación a la Orden de Operaciones Nro. 001 del Comando General, enviada con Oficio Nr. 01476“ (AGN/FMI/SDM/4/31/207-213, hier: 208).

Der Interpretationsspielraum politischer Amtsträger bei der Beantragung und Gewährung der Amnestie, der dazu führte, dass diese zu einem politischen (Disziplinierungs-)Instrument wurde, und der ein gewisses Maß an Willkürlichkeit der Aussetzung der Strafverfolgung implizierte, war allerdings nicht der einzige Grund für die begrenzte Reichweite der Amnestie des *Frente Nacional*. Das Dekret 0328 nannte als Bedingung für die Aussetzung der Strafverfolgung, „dass die Persönlichkeit der Person, gegen die ermittelt wird, die Modalitäten des Verbrechens, und die Situation des *orden público* seine Freiheit nicht ratsam machen“.<sup>1569</sup> Als nicht amnestierbar wurden auf Basis der zitierten Einschränkungen Verbrechen angesehen, die ein hohes Maß an Grausamkeit aufwiesen, das heißt *crímenes atroces* waren von der Amnestie ausgeschlossen.<sup>1570</sup> Der Gewaltakteur, der unter dem Pseudonym El Chimbilá im Namen der Konservativen Partei gekämpft hatte, berichtete Molano, dass er nicht amnestiert werden konnte, da die ihm zur Last gelegten Verbrechen als *atroces* gewertet worden seien.<sup>1571</sup>

Die Grausamkeit der Morde an den politischen Gegnern war allerdings ein Kriterium, das auf die Mehrheit der Kombattanten zutraf. Den in der Forensik *Overkill* genannten Umstand, dass viele der Opfer der *Violencia* nicht „nur einmal getötet wurden“, sondern ihnen mehrere definitiv zum Tode führende Verletzungen zugefügt wurden, bezeichnet Uribe, Urheberin einer der wenigen Studien, die den Blick explizit auf die Performanz der Gewalt richten, mit dem vielsagenden Titel ihrer Arbeit als *Matar, Rematar y Contramaratar*.<sup>1572</sup>

Die zu beobachtende Performanz der Gewalt, die in der Tat von einem hohen Maß von Erbarmungslosigkeit und Sadismus zeugte, war allerdings nicht nur pathologischen Charaktereigenschaften der Kombattanten geschuldet.<sup>1573</sup> Die Gewaltexzesse in bewaffneten Auseinandersetzungen sind immer auch eine Möglichkeit, „die eigene Schwäche und die Begrenztheit der eigenen Gewaltressourcen“ zu verdecken.<sup>1574</sup> Das heißt, die ostentativ grausame Gewalt war auch während der *Violencia* ein Mittel, den Widersacher über die eigene oftmals eingeschränkte militärische Schlagkraft hinwegzutäuschen.

Pécaut wiederum sieht gerade in der sozialen Nähe der Opfer, die auf der geteilten Erwerbstätigkeit in der Landwirtschaft oder auf der in der Mehrheit der Fälle

<sup>1569</sup> Vgl. Molano: Amnistía, S. 163.

<sup>1570</sup> Karl: State Formation, S. 142.

<sup>1571</sup> Molano: Años, S. 182.

<sup>1572</sup> Uribe Alarcón: Matar, rematar, contramaratar.

<sup>1573</sup> Neben dem erwähnten Werk von Uribe Alarcón (Matar, rematar, contramaratar) geht Guzmán Campos, deskriptiv, nicht analytisch, auf die verschiedenen Modi des Tötens ein. Vgl. Guzmán Campos: Violencia, S. 329-338.

<sup>1574</sup> Riekenberg: Gewaltsegmente, S. 24.

gemeinsamen Religionszugehörigkeit fußte, den Grund für die exponierte Grausamkeit der *Violencia*. Durch die extreme Grausamkeit der Gewalttaten gegen homologe Opfer mit einer ähnlichen Position im sozialen Raum schafften die Täter die notwendige Distanz zu ihren Opfern, um sie töten zu können.<sup>1575</sup>

Uribe deutet das Wie der Gewalt ähnlich und verweist auf Gewaltpraktiken, die aus der bäuerlichen Alltagsbeschäftigung des Schlachtens von Tieren stammen<sup>1576</sup> – eine These, die vor dem Hintergrund der im Rahmen der untersuchten *Dichotomisierung der sozialen Welt* zu beobachtenden, teilweisen Entmenschlichung des politischen Widersachers eine gewisse Stichhaltigkeit hat. Von Trotha verweist ebenfalls darauf, dass die stringente Unterscheidung zwischen „Wir“ und „Sie“ zu einer Dehumanisierung des Gegners führen kann.<sup>1577</sup> Blair wiederum konzipiert den menschlichen Körper des Widersachers als Medium, um politische Machtansprüche zu formulieren. Mittels des Körpers der Opfer wurden durch das „mehrfahe Töten“ Nachrichten an das eigene soziale Umfeld und das des Opfers verbreitet.<sup>1578</sup> Das exzessive Töten zielte auf die Demonstration – gegenüber dem eigenen Unterstützerumfeld – von absoluter Macht über Leben und Tod des Feindes einerseits, auf Einschüchterung und Erzeugen von Furcht in der Entourage des Opfers andererseits.<sup>1579</sup> Bauman streicht die kommunikative Dimension physischer Gewalt heraus und betont, dass die Bilder von Gewalt bzw. ihrer Opfer auch immer eine Drohung an dritte Akteure sind, denen derart verdeutlicht wird, dass auch sie Opfer der mitunter tödlichen Violenz werden können.<sup>1580</sup> Verstümmelungen und post mortem zugefügte Wunden sollen der Gemeinschaft die Unfähigkeit verdeutlichen, ihre Mitglieder schützen zu können.<sup>1581</sup>

An zwei Fällen lässt sich verdeutlichen, dass das exzessive Töten der politischen Gegner seine durchaus intendierte Wirkung auf das soziale Umfeld der Opfer zeitigte und seine gewünschten Effekte hervorrief. Die Polizisten, die einen von liberalen Widerstandskämpfern angegriffenen Stützpunkt der staatlichen Sicherheitskräfte verstärken sollten, weigerten sich, den Befehlen ihrer Vorgesetzten Folge zu leisten. In der Anzeige über die Befehlsverweigerung informierte der Polizeioffizier Sarmiento Bohada, dass die beschuldigten Beamten bekundet

<sup>1575</sup> Pécaut: *Violencia y Política*, S. 111. S. auch Schluchter: Einleitung, S. 13.

<sup>1576</sup> Uribe Alarcón: *Matar, rematar, contramaratar*, S. 196f.

<sup>1577</sup> Von Trotha: *Formen des Krieges*, S. 76.

<sup>1578</sup> Elsa Blair: *Muertes Violentas. La teatralización del exceso*. Medellín 2004, S. 41-52.

<sup>1579</sup> Sánchez; Meertens: *Bandits*, S. 25. S. auch Hobsbawm: *Anatomía*, S. 20; Sánchez; Meertens: *Banditry*, S. 159.

<sup>1580</sup> Bauman: *Alte und neue Gewalt*, S. 29.

<sup>1581</sup> Sant Cassia: *Discourses*, S. 239ff.

hätten, den Marsch nicht weiter fortsetzen zu wollen, da „sie die Toten von gestern in der Form, wie sie übrig geblieben waren, gesehen hatten und auf eine andere Art und Weise sterben wollten“.<sup>1582</sup> Auch einer der beschuldigten Beamten gab in seiner Vernehmung zu Protokoll, dass die Einheit, der er zugeordnet war, „durch den Anblick der Leichen, allesamt zerstückelt, etwas demoralisiert“ worden sei<sup>1583</sup>

Die Beamten, die als erste Personen den Tatort betrat, wo mehrere *pájaros* insgesamt neun Personen getötet hatten, protokollierten die Szenerie in den folgenden Worten: „Wir beobachteten ein makabres Bild, die Körper von sechs Personen, einer über dem anderen, dies war ein finstres Spektakel“.<sup>1584</sup> Angesichts der Tatsache, dass die Leichen allesamt mit dem *corte de franela* nahezu enthauptet worden waren und die Ermittler an dem Tatort die Tatwaffen, Macheten, mit Anhaftungen der Körper der Opfer fanden, erscheint die zitierte Aussage nicht übertrieben.<sup>1585</sup>

Das Kriterium der Grausamkeit war ein weiteres Bestimmungsmerkmal, das bei der Entscheidung über die Gewährung der Aussetzung der Strafverfolgung eine zentrale Rolle spielte, obwohl es als subjektiv zu kategorisieren war. So wie der entscheidende Richter bzw. Politiker einen gewissen Entscheidungsspielraum bei der Bewertung der Frage, ob die mit der Gewalt verfolgten Ziele altruistischer oder eigennütziger Natur waren, oblag es auch ihm zu beurteilen, ob ein Verbrechen grausam oder nicht war. So stellte der Richter Montoya Betancourt, der ein Massaker an 12 konservativen *campesinos* in Venadillo untersuchte, in einem ersten Schritt fest, dass es sich um ein politisches Verbrechen handelte, da das ausschlaggebende Motiv, das der Gewalt zugrunde lag, die Mitgliedschaft der Opfer in der Konservativen Partei war. Die gefesselten Opfer wurden aber nicht unmittelbar getötet, sondern zuvor gefoltert, um das Sterben über einen möglichst langen Zeitraum hinzuziehen. Und auch die Vergewaltigung einer Sterbenden, zeugte dem Richter folgend, von einer „moralischen Grausamkeit“.<sup>1586</sup> Daher qualifizierte Montoya Betancourt das Verbrechen letzten Endes als grausam und damit nicht amnestiefähig, auch wenn die Feindschaft zwischen den Tradition-

---

<sup>1582</sup> „TSI, SN 1317 contra Edgar Alfonso Moreno et al. por Insubordinación y Extorsión“ (AHJT/2/1/1/6/8).

<sup>1583</sup> Ebenda, f. 53.

<sup>1584</sup> „ J131IC, SN 6978 contra Benjamín Cortés et al. por Homicidio Múltiple y otros“ (APJI/4). Das Zitat bezieht sich auf einen Teil des Tatortes, an dem sich sechs der der insgesamt neun Leichen befanden.

<sup>1585</sup> Für den *corte de franela* vgl. Uribe Alarcón: Matar, rematar, contramaratar, S. 174; Guzmán Campos: Violencia, S. 331.

<sup>1586</sup> „Alcaldía Municipal de Venadillo (AMV), SsN en Averiguación de los Responsables por Homicidio“ (AHJT/1.3/3/105/3/136, s. auch 129-135).

parteien, wie in Dekret 0328 festgehalten, als Motiv die Aussetzung der Strafverfolgung vorsah.<sup>1587</sup>

In einem anderen Fall hingegen wurden die Umstände, unter denen die Straftat stattfand, wiederum gänzlich unterschiedlich bewertet. Bei dem Angriff auf ein Polizeiquartier in Osttolima wurden die angegriffenen Beamten schwer verletzt, aus dem Gebäude gezerrt und bei lebendigem Leib angezündet. Die Angreifer bewachten sogar die sterbenden Polizisten, um zu verhindern, dass ihnen geholfen werden konnte.<sup>1588</sup> Erstinstanzlich wurden den Beschuldigten der Status politisch motivierter Kombattanten wegen der zu beobachtenden Grausamkeit des Verbrechens verweigert. Bei der Überprüfung des Urteils hingegen bekundete das zuständige Militärgericht auf Basis derselben Beweise und Aussagen, dass „keine Basis existiert, um abzuleiten, dass ‚Grausamkeit‘ bei der Tötung der Polizisten vorlag“ und erklärte das vorherige Urteil für nichtig, da das Verbrechen unter die Amnestie falle.<sup>1589</sup>

Einer der berühmtesten und am meisten gefürchteten *bandoleros* der ersten Hälfte der 1960er Jahre, der vom *Frente Nacional* nicht amnestiert wurde, war Jacinto Cruz Usma (alias Sangrenegra).<sup>1590</sup> Dieser setzte die von ihm ausgeübte

---

<sup>1587</sup> Ebenda.

<sup>1588</sup> „APG, SN 1140 contra Ramón Rodríguez et al. por Homicidio y Otros, Cuaderno #1“ (APJI/17, 60v, 63).

<sup>1589</sup> „Corte Suprema de Justicia, Sala de Casación Penal, Casación interpuesta por los procesados José Vicente Reyes y Joaquín Parra contra la sentencia del Comando General de las Fuerzas Militares por Delitos Varios“ (APJI/26, 141).

<sup>1590</sup> Die zeitgenössische Bezeichnung *bandolero* zielte auf die Kriminalisierung des derart bezeichneten Akteurs. Im Folgenden verwende ich den Begriff allerdings wertneutral, um Akteure der *Violencia Tardía* zu benennen. In den Fällen, wo der Bezeichnung eine explizite zeitgenössische Kriminalisierung intention zugrunde lag, weise ich darauf hin (Diese Vorgehensweise ist angelehnt an: Betancourt; García: Matones, S. 196ff.). Während des Untersuchungszeitraums wurde weiterhin nicht stringent zwischen *bandoleros políticos* und *bandoleros sociales* unterschieden. Obwohl beide Termini in der zeitgenössischen Wahrnehmung und Berichterstattung oftmals undifferenziert verwendet wurde, bezeichne ich im Folgenden aus Gründen der analytischen Schärfe die jeweilige Akteursgruppe als *bandoleros políticos* bzw. *bandoleros sociales*. Als *bandoleros sociales* bezeichne ich in Anlehnung an Hobsbawm Akteure, die im Namen der Liberalen Partei zu den Waffen gegriffen hatten, sich aber im Laufe der bewaffneten Auseinandersetzungen von den ursprünglichen parteipolitischen Motiven gelöst hatten und sich zumindest in der rudimentären Selbstdarstellung dem Kampf für den sozialen Wandel verschrieben hatten. Weite Teile der Zivilbevölkerung ihrer Operationsgebiete unterstützten die Gewaltakteure, die von Repräsentanten des Staates als kriminelle Akteure gesehen wurden, da sie von diesen ein Mindestmaß an Schutz erhielten, sie als Verteidiger ihrer politischen und sozialen Anliegen wahrnahmen und durch ihren Kampf auf eine Verbesserung der Lebensbedingungen unterer sozialer Schichten hofften. Oftmals näherten sich die *bandoleros sociales* des Untersuchungszeitraums den Deutungsrahmen politischer Realitäten von dezidiert kommunistischen Gruppierungen an (vgl. Hobsbawm: Social Bandits; ders.: Bandits).

Gewalt nicht nur dazu ein, das soziale Umfeld seiner Opfer und seine eigenen potentiellen Unterstützer von seiner Machtfülle zu überzeugen. Cruz Usma versuchte weiterhin, Kommunikationsprozesse in Form von Gesprächen mit den staatlichen Autoritäten durch die Ausübung exzessiver Gewalt anzustoßen: Edilma López, die ehemalige Geliebte des Kombattanten, berichtete, dass Sangrenegra durchaus bereit sei, die Waffen niederzulegen, wenn die Regierung ihm den Genuss der Amnestie zuteil werden ließe.<sup>1591</sup> Allerdings war zum einen das Angebot der Gewährung der Amnestie zeitlich befristet, und 1963 bereits lange ausgelaufen, zum anderen wurden seine Verbrechen als *atroz* und damit nicht amnestiefähig gewertet. In der Ausübung exzessiver Gewalt sah er jedoch eine Möglichkeit, die Regierung dessen ungeachtet an den Verhandlungstisch zu bringen. Als einer der Urheber des Massakers in La Italia mit mehr als 40 Todesopfern bekundete er, „dieses [Massaker] verübt zu haben, weil die Regierung ihm nicht die Amnestie hatte geben wollen [und] dass sich die Regierung so gezwungen sehen wird, ihm die Amnestie zu gewähren, damit er aufhöre, diese Taten zu vollführen“.<sup>1592</sup>

Auch wenn Cruz Usma das von ihm angestrebte Ziel mit den Gewalttaten nicht erreichte, waren seine Bestrebungen nicht derart abwegig, wie sie auf den ersten Blick erscheinen mögen. Die Vergabe der Amnestie erfolgte mitnichten nur nach juristischen Maßgaben, sondern war, wie bereits beschrieben, ein flexibel einsetzbares politisches Instrument. Parlamentarier der Konservativen Partei kritisierten, dass die Koalitionsregierung unter dem liberalen Präsidenten Lleras Camargo zu große Nachsicht und Wohlwollen gegenüber den Kombattanten walten lasse, die im Namen der Liberalen Partei gekämpft hatten.<sup>1593</sup> Ein Zeuge, der im Namen der Konservativen Partei gekämpft hatte und der Molano sein *testimonio* hinterließ, erinnert ebenfalls an die politischen Ränkespiele, Absprachen und gegenseitigen Zugeständnisse zwischen den *directorios* beider Traditionsparteien über die

---

*Bandoleros políticos* teilten mit den *bandoleros sociales* ihren Ursprung in der parteipolitisch motivierten Gewalt zwischen den Traditionsparteien, hatten sich aber nicht von der Liberalen Partei gelöst, sondern dienten sich deren Vertretern als Verteidiger ihrer politischen Einflussbereiche vor Oppositionsgruppen an und stellten die politischen Mehrheiten notfalls gewaltsam sicher. Blok verweist auf Gewaltakteure diesen Typs, die an der Aufrechterhaltung von Strukturen sozialer Ungleichheit mitwirken, in seiner Kritik an dem Konzept der *social bandits* von Hobsbawm (Blok: Peasant; s. auch Gilbert M. Joseph: On the Trail of Latin American Bandits: A Reexamination of Peasant Resistance. In: Latin American Research Review 25:3 (1990), S. 7-53).

<sup>1591</sup> El Cronista, 14.7.1963, „Sangrenegra estuvo para entregarse: Edilma López“.

<sup>1592</sup> El Cronista, 8.8.1963, „Exodo Campesino en Victoria se Inicia“.

<sup>1593</sup> Sánchez; Meertens: Bandits, S. 147f.

Amnestierung von bestimmten Kombattanten.<sup>1594</sup> Diese Verhandlungen zeigten, dass die von dem *Frente Nacional* erlassene Amnestie keineswegs nur juristischen, klar festgelegten Normen folgte, sondern auch als politisches Instrument genutzt werden konnte – und auch genutzt wurde.

Wie deutlich geworden ist, konnten durch die von dem *Frente Nacional* dekretierte Amnestie die Grenzen des Politischen klar gezogen werden, da die Aussetzung der Strafverfolgung in entscheidendem Maße von Repräsentanten der Traditionsparteien als politischen Amtsträgern abhing. Der relativ große Interpretationsspielraum hinsichtlich der Bewertung der zugrundeliegenden Ziele der Akteure und der Begutachtung der Performanz der Gewalt ermöglichte es den Vertretern der *partidos tradicionales*, den (ehemaligen) Gewaltakteuren den Status politischer Akteure zuzuschreiben und damit die Möglichkeit zu geben, amnestiert zu werden – oder ihnen diese vorzuenthalten.

Das in vielen Punkten vage formulierte Amnestiedekret und der beschriebene Interpretationsspielraum implizierten immer auch, einen politischen Fürsprecher zu haben, der für die Aussetzung der Strafverfolgung plädierte und beschied, dass von dem Akteur keine Gefahr mehr für den *orden público* ausging. Um diese Fürsprache zu bekommen, mussten die Gewaltakteure dem politischen Repräsentanten glaubhaft machen, dass sie ihn, seine Machtbereiche und die Partei, der er angehörte, nicht infragestellten. Auch konnten ehemalige *guerrilleros*, die sich nicht den Interessen ihrer politischen Protegés entsprechend verhielten, der Status eines Amnestierten entzogen werden. *Tribuna* warnte Mitte 1960 davor, die Strafverfolgung gegen den ehemaligen liberalen Kombattanten Víctor Ordóñez (alias Capitán 21) wieder aufzunehmen. Die liberale Tageszeitung sah die Ambitionen, Ordóñez den Status eines Amnestierten zu entziehen, den Machtkämpfen zwischen Anhängern des MRL und dem *oficialismo* der Liberalen Partei geschuldet.<sup>1595</sup> Der Kommentator gab zu bedenken, dass „das Spiel mit der Justiz [für den *orden público* in Nordtolima, L. R.] sehr gefährlich ist“.<sup>1596</sup>

Vor diesem Hintergrund ist die Feststellung von Sánchez und Meertens zu verstehen, dass ein als kriminell wahrgenommener *bandolero* geworden zu sein, hieß, die politische Legitimität verloren zu haben. Es ging aber weniger darum, politische Legitimität durch die tatsächliche Verwicklung in kriminelle Machenschaften eingebüßt zu haben, als vielmehr in erster Linie der Unterstützung und des Wohlwollens politischer Amtsträger verlustig geworden zu sein. In der Frühphase der Koalitionsregierung genossen viele ehemalige liberale *guerrilleros* oft-

<sup>1594</sup> Molano: Años, S. 182f.

<sup>1595</sup> *Tribuna*, 1.6.1960, „Qué está pasando con la amnistía?“.

<sup>1596</sup> Ebenda.

mals noch die politische Legitimität, von der Sánchez und Meertens sprechen, das heißt sie erfuhren Unterstützung von Vertretern der Liberalen Partei.<sup>1597</sup>

Die Ermittlungen zu einem Mord und dem Straftatbestand der Rebellion verdeutlichen, dass der enge Zusammenhang zwischen dem politischen Charakter der Kombattanten, der die Gewährung der Amnestie ermöglichte, und den guten Kontakten zu politischen Vertretern der Traditionsparteien auch in der juristischen Praxis gesehen bzw. vorausgesetzt wurden. Die Ermittlungen richteten sich gegen den ehemaligen liberalen Guerillaführer Efraín Valencia (alias Arboleda). Er und seine Kombattanten seien lange Zeit, von den Vorgängerregierungen, als kriminelle Akteur, als *chusmeros*, klassifiziert worden, womit die Aussetzung der Strafverfolgung in ihrem Fall nicht möglich gewesen sei. Mit dem Zeitpunkt, als sie in Verhandlungen mit der Regierung über ihre Demobilisierung und Rückkehr in das zivile Leben traten, „wurde ihnen [jedoch] der Status (politischer) *guerrilleros* zuerkannt“, wie der Staatsanwalt Piedrahita Marín festhielt.<sup>1598</sup> In dieser Sichtweise reichte die Affinität zu einer der beiden Traditionsparteien aus, die sich in den Gesprächen manifestierte, um als politischer Akteur anerkannt und somit Kandidat für die Amnestierung zu werden.

Gewissermaßen in umgekehrter Weise kam das Zusammenspiel zwischen dem Kontakt zu einer der Traditionsparteien, der Gewährung eines politischen Status und der damit verbundenen Möglichkeit, amnestiert zu werden, in den Ermittlungen wegen Gründung einer kriminellen Vereinigung (*Asociación para delinquir*) in der Gemeinde Planadas zum Tragen. Der Staatsanwalt versuchte Mitte 1962 die Argumentation des Strafverteidigers, dass es sich bei den untersuchten Vergehen um politische Verbrechen handele, die unter die Amnestie fallen würden, zu falsifizieren. Seiner Meinung nach hätten die Angeklagten die Amnestie angenommen und würden sich der landwirtschaftlichen Arbeit widmen, wenn sie jemals politische Ziele mit ihren Gewalthandlungen verfolgt hätten.<sup>1599</sup> Dabei ignorierte er allerdings, dass die beschuldigten Kombattanten Kommunisten waren, die in keiner der Traditionsparteien einen Fürsprecher hatten, der ihnen gewährt hätte, als politische Kombattanten zu gelten, und sie somit gar nicht amnestiert hätten werden können. Weiterhin waren die politischen Ziele der Beschuldigten mit dem Friedensschluss zwischen den *partidos tradicionales* keineswegs erreicht worden, sodass sie nur geringe Anreize hatten, die angebotene Amnestie – wenn sie sie denn in den Genuss selbiger gekommen wären – anzunehmen. In seiner Logik

<sup>1597</sup> Sánchez; Meertens: Banditry, S. 156ff.; Sánchez; Meertens: Bandits, S. 21ff.

<sup>1598</sup> „TSI, SN 281 contra Efraín Valencia et al. por Homicidio y Rebelión“ (AHJT/1/3/18/5/8).

<sup>1599</sup> „Tribunal Superior de Chaparral, SN 5990 contra Genaro Bonilla Mendoza (alias Puñaladas) et al. por Rebelión“ (APJI/491ff.)

nähme derjenige, der aus politischen Gründen zu den Waffen gegriffen hatte, die Amnestie an, was unweigerlich bedeutete, in einer der Traditionsparteien politisch beheimatet gewesen zu sein. In gewisser Weise reduzierte der Jurist das Politische auf die Liberale bzw. Konservative Partei und zeigte die Tendenz, andere Gruppierungen zu kriminalisieren.

Diejenigen, welche die Waffen nicht ablegten und sich nicht dem *oficialismo* der Liberalen Partei bzw. der Führung der Konservativen Partei unterordneten, wurden als kriminelle *bandoleros* aus dem Raum des Politischen ausgeschlossen und der Repression durch die staatlichen Sicherheitskräfte ausgesetzt.<sup>1600</sup> In diesem Sinne unterschied Cenón Muñoz, liberaler Lokalpolitiker aus Huila, zwischen „den authentischen *guerrilleros*, die sich bewaffnet hatten, weil sie von der Repression durch die unverantwortlichen Autoritäten bedrängt wurden“, und den „von Ciro Castaño, Tirofijo etc. befehligen Leuten“, die nicht in das zivile Leben zurückkehren wollen.<sup>1601</sup>

Allerdings, so ist doch herauszustreichen, wurde vielen kommunistischen Akteuren gar nicht die Möglichkeit gegeben, ihre Bereitschaft zu einer friedlichen politischen Betätigung unter Beweis zu stellen. Jaime Fajardo Pinzón, zuständiger Richter des *Tribunal de Gracia*, hatte im August 1959 den Antrag auf Aussetzung der Strafverfolgung von Ciro Castaño und seiner Kombattantengruppe negativ beschieden. Fajardo Pinzón zufolge ließen der „Charakter und die Modalitäten der [ihnen zur Last gelegten, L. R.] Taten“ keine positive Beurteilung der Aussichten auf eine Reintegration in das zivile Leben zu<sup>1602</sup> – eine Prognose, die Politiker und Richter bei vielen anderen Kombattanten, die zur Verteidigung der *partidos tradicionales* zu den Waffen gegriffen und sich grausamster Verbrechen schuldig gemacht hatten, gänzlich anders stellten.

### 8.2.2 Der Schutz angestammter Einflussbereiche durch die *bandoleros políticos*

In Anspielung auf die Rahmenbedingung politischer Aktivität in dem *departamento* beschrieb ein namentlich nicht genannter Kongressabgeordneter den politi-

<sup>1600</sup> Majka, Violencia, S. 303. Für einen konservativen, kriminalisierten Kombattanten aus Boyacá vgl. Claudia Steiner: Un Bandolero para el Recuerdo: Efraín González también conocido como „El Siete Colores“. In: Antípoda 2 (Enero-Junio 2006), S. 229-252. Joseph verweist darauf, dass die Kriminalisierung von Gewaltakteuren mitunter eine intentionale Strategie von Vertretern des Staates ist, um diesen etwaige politische Legitimität zu nehmen (Reexamination, S. 25).

<sup>1601</sup> „Carta al Señor Doctor Jaime Afanador Tovar Gobernador del Departamento del Huila“ (AGN/FMI/SDM/61/467/19-22, hier: 20).

<sup>1602</sup> „Acta Número Uno“ (AGN/FMI/AI/207/1888/143-155, hier: 154).

schens Alltag und die Regierungsaktivitäten in Tolima mit folgenden Worten: „Um Gouverneur in Tolima zu sein, muss man gute Beziehungen zu den ehemaligen *guerrilleros*, den gegenwärtigen *bandoleros* haben“.<sup>1603</sup> Damit spielte der Volksvertreter auf den Umstand an, dass politische Amtsträger in dem *departamento* Tolima oftmals auf *ehemalige guerrilleros* zurückgriffen, welche die Machtverteilung und -strukturen im politischen Feld zu Gunsten der politischen Amtsträger mitbestimmten. Der Gouverneur Tolimas Parga Cortés unterschied zwischen den mitunter kriminell motivierten, ehemaligen liberalen Widerstandskämpfern, den *bandoleros*, auf der einen Seite und liberalen *guerrilleros*, die den politischen Prämissen der Liberalen Partei, die in Tolima die politische Mehrheit stellte, folgten, auf der anderen. Jesús María Oviedo nahm er in Schutz, denn ihm zufolge „war Mariachi selber nicht so böse, wohl aber ambitioniert, er wollte der alleinige Anführer sein“.<sup>1604</sup>

Gilberto Zuluaga Ospina, *Secretario del Juzgado 154 de Instrucción Criminal* in Ibagué, war sich ebenfalls des Umstandes bewusst, dass *gamonales* der Traditionsparteien oftmals in direkter Beziehung zu den Gewaltkollektiven standen und diesen oftmals dabei behilflich waren, die Zugriffe der staatlichen Sicherheitskräfte zu vermeiden. In einem Brief an das Verteidigungsministerium, in dem er seine Vorschläge erörterte, wie die Verfolgung von *bandoleros* effizienter gestaltet werden könnte, empfahl er, sowohl Offiziere als auch die Mannschaften nicht länger als vier Monate in derselben Region stationiert zu lassen. Derart wollte er verhindert wissen, dass diese zu enge Kontakte zu den „*gamonales* der Weiler [knüpften], die im Allgemeinen diejenigen sind, welche die *cuadrillas* anführen“.<sup>1605</sup>

Die Verbindungen zwischen politischen Amtsträgern sowie Repräsentanten der Traditionsparteien einerseits und (ehemaligen) Kombattanten, die im Namen der Liberalen Partei gekämpft hatten, andererseits können an der Person des *dirigente liberal* Alfonso Jaramillo Salazar verdeutlicht werden. Dieser nutzte seine Kontakte zu ehemaligen liberalen Kombattanten, um seine politischen Einflussbereiche vor Oppositionskräften zu schützen.

---

<sup>1603</sup> Zitiert in: Sánchez; Meertens: Bandits, S. 170.

<sup>1604</sup> Alape: Vidas, S. 261. Eine Kommission, die den *campesinado* Osttolimas gegenüber dem Inneministerium vertrat und die Verfolgung der Landbevölkerung durch „*liberales limpios*“ anklagte, beschuldigte Parga Cortés, liberale Gewaltkollektive in Schutz zu nehmen. Die Unterstützung, die der Gouverneur ihnen zukommen lasse, habe dazu geführt, dass deren Aktivität stark gestiegen sei, nachdem er das Gouverneursamt übernommen hatte („En Peligro la Tranquilidad del Tolima Nueva Ola de Violencia en Villarrica y Cunday“ [AGN/FMI/SDM/7/52/96-99, hier: 96]).

<sup>1605</sup> „Orden Público“ (AGN/FMI/SDM/18/161/170-171, hier: 171).

Als Vertreter des *oficialismo* der Liberalen Partei verteidigte Jaramillo Salazar den *Frente Nacional* als angemessene Form, die *Violencia* zu einem Ende zu führen. Gleichzeitig erkannte er aber die politische Legitimität ehemaliger liberaler Kombattanten wie Jacinto Cruz Usma oder William Angel Aranguren an, obgleich sie von weiten Teilen des politischen Spektrum als *bandoleros* kriminalisiert und als Hindernisse für die endgültige und dauerhafte Befriedung des *departamento* gesehen wurden.<sup>1606</sup> Im Gegenzug für die Legitimität im Sinne von Sánchez und Meertens machten ehemalige liberale Kombattanten ihren Einfluss auf die Bürgerschaft der Regionen geltend, in denen sie die *Sicht- und Teilungsprinzipien* maßgeblich mitbestimmten, um deren Stimmverhalten in Einklang mit den Interessen des politischen Protegés der *bandoleros* zu bringen. Jaramillo Salazar gewann als *cacique liberal* Nordtolimas die Legislativwahlen 1958 und 1960 de facto unangefochten, was ihm in beiden Jahren den Einzug in den Kongress sicherte.<sup>1607</sup>

Auch in den Legislativwahlen 1962 sicherte sich Jaramillo Salazar erneut ein Mandat im Kongress. Er verlor allerdings die Stimmenmehrheit in seinem angestammten Wahlbezirk El Líbano, das *Tribuna* als das „Wahllehen (*feudo electoral*)“ des *cacique* bezeichnete.<sup>1608</sup> Im selben Jahr berichtete der Geistliche José de Jesús Fernández, der als Mittelsmann zwischen Desquite und den staatlichen Autoritäten diente, um über eine Rückkehr von Aranguren in das zivile Leben zu verhandeln, dass diesem eine beachtliche Summe Geld geboten worden sei, wenn er die Waffen nicht niederlegen würde. Der Name der Person, die Desquite das zwielichtige Angebot unterbreitete, nannte *El Cronista* nicht, ließ aber verlauten, dass es sich um „eine bekannte Person der Gemeinde El Líbano“ handele. Angesichts der Tatsache, dass Jaramillo Salazar in der liberalen Regionalzeitung immer als (*médico-)**cacique* bezeichnet wurde, er aus El Líbano stammte und sich in El Líbano in den kurz zuvor stattgefundenen Wahl einem Kandidaten der parteiinternen liberalen Opposition geschlagen geben musste, ist es durchaus wahrscheinlich,

<sup>1606</sup> Auch der Kommentator der liberalen Tageszeitung *El Cronista* drückte ein ähnliches Verständnis für den Gewaltakteur Aranguren aus. Als Desquite zu den Waffen griff, besaß er, dem Kommentator zufolge, die Legitimität eines politisch handelnden *guerrillero*. Der Journalist plädierte dafür, die Gründe, warum Aranguren erneut zu den Waffen gegriffen habe, nachdem er amnestiert worden war und über einen langen Zeitraum keinerlei Gewalttaten von ihm ausgegangen, genau zu untersuchen und ihn nicht zu vorverurteilen (*El Cronista*, 17.9.1962, „El Caso Desquite“).

<sup>1607</sup> Sánchez; Meertens: *Bandits*, S. 170.

<sup>1608</sup> *Tribuna*, 21.5.1960, „Aumenta la Persecución del Médico-Cacique contra Liberales de la Izquierda“.

lich, dass das Angebot an Desquite, seine *cuadrilla* aufrecht zu erhalten, von ihm unterbreitet wurde.<sup>1609</sup>

*Tribuna* kritisierte das Verhalten des *cacique*, „der glaubt, dass er seinen Sitz im Kongress gepachtet hat und dass es die stillschweigende Pflicht der liberalen Parteianhänger ist, ihn regelmäßig und ohne zeitliche Begrenzung wiederzuwählen“, aufs Schärfste. Die Tageszeitung klagte das Vorgehen von Jaramillo Salazar gegen die Konkurrenten um politische Macht an. Gegen die linksliberale, parteiinterne Opposition nutzte er seine politischen Kontakte nach Bogotá, um Gefolgsleute des MRL aus ökonomischen Machtpositionen entlassen zu lassen, damit diese nicht für politische Zwecke instrumentalisiert werden konnten. Quiroga Rios, Vertreter der *Federación de Cafeteros* in Santa Teresa und Gefolgsmann der politischen Bewegung von López Michelsen, sei auf Betreiben von Jaramillo Salazar durch einen seiner treuen Gefolgsmänner ersetzt worden.<sup>1610</sup> Mehrere Bürger der Gemeinde Falán in Nordtolima beschwerten sich schriftlich bei dem Gouverneur des *departamento* Echandía über die Anfeindungen und Drangsalierungen durch politische Weggefährten von Jaramillo Salazar. Diese würden die Oppositionellen angreifen, weil sie in den vergangenen Legislativwahlen nicht für die Kandidaten des *oficialismo* gestimmt hätten.<sup>1611</sup>

Damit die Drohungen auch ein entsprechendes Wahlverhalten zur Folge hatten, mussten diesen notfalls auch (Gewalt-)Taten folgen bzw. die Angefeindeten mussten glauben, dass die Nichtbeachtung der Anweisungen unangenehme Konsequenzen haben könnte. Die Mitglieder des MRL, gegen die wegen Mordes ermittelt wurde, beklagten sich vor Gericht über das Messen mit zweierlei Maß. Ihnen zufolge würden Juristen zwischen „den Guten, die auf der Seite des gegenwärtigen Systems stehen, ohne dass es bedeutsam wäre, dass sie sich bestimmter Verbrechen schuldig gemacht hatten, und den Bösen, die nicht einer Meinung sind und nicht den Leitlinien [des *Frente Nacional*, L. R.] folgen“, unterscheiden.<sup>1612</sup> Sie beschuldigten Vertreter der Koalitionsregierung und der *partidos tradicionales*, über die Vergehen bewaffneter Akteure hinwegzusehen. Für die von ihnen

<sup>1609</sup> El Cronista, 20.9.1962, „Desquite Insiste en la Paz“. Auch Téllez berichtet, dass ein namentlich nicht genannter *dirigente político* aus El Libano gegen die sich anbahnenden Gespräche zwischen Regierungsvertretern und Desquite intervenierte, da diese seinen politischen Interessen zuwiderlaufen würden (Pedro Claver Téllez: Crónicas de la Vida Bandolera. Los Bandidos Colombianos más famosos del siglo XX. Bogotá 1987, S. 177).

<sup>1610</sup> Tribuna, 21.5.1960, „Aumenta la Persecución del Médico-Cacique contra Liberales de la Izquierda“.

<sup>1611</sup> Tribuna, 1.6.1960, „Persecución Oficialista contra el pueblo liberal“.

<sup>1612</sup> „Juzgado Primero Superior (JPS), SsN contra Oliverio Parra o Rincón Morales (a. Mano Negra) et al. por Homicidio“ (AHJT/1.1/1/3/5/245).

begangenen Gewalttaten würden sie von der Justiz nicht behelligt, solange sie den Interessen des *Frente Nacional* dienlich seien. Andere ehemalige Widerstandskämpfer hingegen, die sich den Oppositionsgruppen angenähert hatten, würden unnachgiebig als Verbrecher verfolgt. Anhänger des *Movimiento Revolucionario Liberal* in Venadillo reichten Beschwerde bei den Kongressabgeordneten des MRL Saúl Pineda und Luis Eduardo Vanegas Franco in Bogotá über die Verfolgung von Linksliberalen in der Gemeinde ein. Anhänger der politischen Bewegung um López Michelsen würden in Venadillo ihren Angaben zufolge sowohl von den politischen Amtsträgern als auch dem ehemaligen liberalen *guerrillero* Agustín Bonilla verfolgt. Bonilla hatte unter dem *nom de guerre* El Diablo den liberalen bewaffneten Widerstand in der Nähe der *cabecera departamental* während der Regierungszeit Gómez' organisiert.<sup>1613</sup>

Im Gegensatz zu anderen ehemaligen liberalen Widerstandskämpfern – auf die später noch eingegangen wird – hatte sich Agustín Bonilla zu keinem Zeitpunkt von den politischen Programmen des *oficialismo* der Liberalen Partei entfernt. Dies war einer der Gründe, warum Bonilla mit der Etablierung des *Frente Nacional* in den Führungsstab der Polizeikräfte in der ländlichen Gemeinde, der *Agentes Rurales*, berufen wurde.<sup>1614</sup> Jaime Ramírez Soto, *alcalde militar* der Gemeinde Venadillo, lobte Bonilla wegen seiner Treue zu und Unterstützung der politischen Autoritäten in Zentraltolima als „unseren aktiven Mitarbeiter“.<sup>1615</sup>

Silvestre Bermúdez, der im südöstlichen Tolima eine bewaffnete liberale Widerstandsgruppe angeführt hatte, bekundete, erklärter Gegner der parteiinternen liberalen Oppositionsgruppen und „erst recht der Herren Kommunisten“ zu sein. Bermúdez unterstrich allerdings, dass gegen die politischen Gruppen, welche die Vormachtstellung der Liberalen Partei in Tolima gefährdeten, nur „die Wege der Überzeugung, in höflicher und respektvoller Art und Weise“ eingeschlagen werden dürften.<sup>1616</sup> Die Akteursgruppen, auf die sich die vorgeblich friedliche Überzeugungsarbeit von Mediavida richtete, sahen in Bermúdez hingegen keineswegs nur den um friedliche politische Betätigung bemühten Ex-Kombattanten der Liberalen Partei. Der *movimiento campesino* in Osttolima, der sich weiterhin aus in der Landwirtschaft Tätigen aus den *llanos orientales* und dem *departamento* Cundinamarca speiste, beschuldigte Mitte 1959 Bermúdez, neben Marco Jiménez

<sup>1613</sup> „Juzgado 189 de Instrucción Criminal (J189IC), SsN contra Anibal Torres Silva et al. por Asociación e Instigación para Delinquir“ (AHJT/2/2/7/3/171).

<sup>1614</sup> „TSI, SN 1484 contra Anibal Torres Silva por Asociación para Delinquir“ (AHJT/2/3/13/8/15).

<sup>1615</sup> „J189IC, SsN contra Anibal Torres Silva et al. por Asociación e Instigación para Delinquir“ (AHJT/2/2/7/3/12).

<sup>1616</sup> El Tiempo, 8.1.1960, „Silvestre Bermúdez Triana se refiere a Cargos de ‚Mariachi‘“.

(alias *Resortes*) und Julia Castro (alias *Barbajecha*), für die rezenten Gewaltverfälle in der Region verantwortlich zu sein. Aus ihrer Sicht stellten die Diffamierungen der bäuerlichen Organisationen als kommunistische und staatsfeindliche Gruppierungen lediglich einen Vorwand dar, um sich der Ernten der *campesinos* aus monetären Interessen zu bemächtigen.<sup>1617</sup>

Der liberale *guerrillero* Jesús María Oviedo, der mit der Loslösung von den kommunistischen Kombattantengruppen seine Loyalität zu der Liberalen Partei bereits Anfang der 1950er Jahre unter Beweis gestellt hatte, vermochte es, viele der ihm untergebenen Kombattanten in den Polizeidienst (*Policía Rural*) zu integrieren.<sup>1618</sup> Diese waren zwar de jure Teil der staatlichen Sicherheitskräfte und damit deren Oberbefehl unterstellt, de facto fühlten sie sich aber nach wie vor ihrem langjährigen Anführer im bewaffneten Kampf gegen die Regierung Gómez bzw. Rojas Pinilla verpflichtet. Nach dem Friedensschluss mit den konservativen Gewaltkollektiven unter Marcos Olivera konnten die in den Staatsdienst übernommenen ehemaligen liberalen Widerstandskämpfer ihre militärischen Kräfte gegen die als *bandoleros* kriminalisierten kommunistischen Akteursgruppen Südtolima konzentrieren. Jaime Guaraca rief in Erinnerung, dass die unter dem *Frente Nacional* als Ordnungshüter fungierenden ehemaligen Widerstandskämpfer, die unter dem Kommando von Oviedo, Efraín Valencia und Leopoldo García gestanden hatten, mit modernen Waffen und ausreichend Munition ausgestattet wurden.<sup>1619</sup>

Da sich viele der *agentes rurales* aus ehemaligen liberalen *guerrilleros* rekrutierten, wie Agustín Bonilla, kannten diese besser als andere staatliche Sicherheitskräfte die Operationsgebiete und bevorzugten Routen der *bandoleros*. Von

---

<sup>1617</sup> „Memorandum que presentan los Campesinos de Pardo [sic!], Purificación, Villarrica, Icononzo, Pandi y Llanos Orientales ante los Ministros de Gobierno y Justicia“ (AGN/FMI/SDM/7/52/139-140).

<sup>1618</sup> Rosales Ariza: *Forjadores*, S. 16. Martín Camargo, der langjährige politische Berater der kommunistischen Kombattanten, der Anfang der 1960er Jahre wegen Differenzen hinsichtlich der Modus politischer Betätigung mit der Kommunistischen Partei gebrochen hatte, verwies ebenfalls auf die Mariachi unterstellten Polizisten. Seiner Darstellung zufolge handele es sich bei diesen aber nicht um Mitglieder der staatlichen Sicherheitskräfte, sondern um eine Art irreguläres paramilitärisches Gewaltkollektiv, das Mariachi aus seinen ehemaligen Kombattanten rekrutierte. Gleichzeitig wusste er zu berichten, dass der *departamento* Tolima für den Unterhalt der Kombattanten aufkam, womit er seiner eigenen Argumentation teilweise widersprach („Bases para un debate parlamentario en defensa del gobierno y el ejército“ [AGN/FMI/SDM/51/412/83-86]). Allerdings war die Frage, ob es sich bei den Mariachi unterstellten Kombattanten um staatliche Sicherheitskräfte oder irreguläre, parastatalische Akteure handelte, lediglich formaljuristischer Natur, denn die Unterschiede auf der Handlungsebene waren verschwindend gering.

<sup>1619</sup> Arango Z.: FARC, S. 149.

Gewaltakteuren wie Sangrenegra wurde berichtet, dass sie insbesondere diese ländlichen Polizeikräfte, und weniger die ordentlichen Polizei- und Streitkräfte fürchteten.<sup>1620</sup> Allerdings forderte Cruz Usma die ländlichen Polizeikräfte auch mit Nachrichten, die er auf seinen Opfern hinterließ, explizit heraus. Eine seiner *boletas* lautete wie folgt:

*Carabineros von Murillo, es grüßt Sie ihr Freund Sangrenegra, der sie vom 21. bis 25. Oktober an dem Höhenzug von Requintaderos für eine [Mut-]Probe erwartet. Bringen Sie 150 Beamte mit, um zuerst ein wenig zu plaudern, ich erwarte Sie, damit Sie Ihren Mut unter Beweis stellen, um zu sehen, ob Sie wirklich so kämpferisch sind.*<sup>1621</sup>

Zu den oben erwähnten Mitgliedern des MRL, die sich bei den Kongressabgeordneten über die Verfolgung der liberalen Gruppe in Venadillo beschwerten, gehörte Anibal Torres. Er bezichtigte Agustín Bonilla, den *aktiven Mitarbeiter* der staatlichen Sicherheitskräfte und der politischen Amtsträger, sowie die ihm unterstellten Polizisten, für Schießereien, während derer mehrere Personen verletzt wurden, verantwortlich gewesen zu sein. Torres sagte dem Bürgermeister der Gemeinde jedwede Unterstützung bei der Wahrung der öffentlichen Ordnung von seiner Seite aus zu und empfahl als Maßnahme, um diese zu wahren, den *Agentes Rurales* von Bonilla zu untersagen, das Dorf bewaffnet zu betreten.<sup>1622</sup> Auch in den Ermittlungen wegen der gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen Mitgliedern des MRL und *oficialistas* der Liberalen Partei in Venadillo richtete sich der Verdacht gegen Agustín Bonilla, der dafür bekannt war, gewaltsam gegen die liberale parteiinterne Opposition vorzugehen.<sup>1623</sup>

Wie der zitierte Kongressabgeordnete mitteilte, war ein gutes Verhältnis zu den in Tolima aktiven *bandoleros* eine Voraussetzung, um den *departamento* zu regieren. Gouverneur des *departamento* Tolima wurde 1962 Jaramillo Salazar, dem gute Beziehungen zu Gewaltakteuren wie Desquite und Sangrenegra nachgesagt wurden. Zwar hatte Jaramillo Salazar bei den Legislativwahlen im selben Jahr erneut sein Mandat im Kongress verteidigen können und wurde als treuer *frente-nacionalista* mit der Führung der politischen Exekutive beauftragt. In seiner alten Hochburg El Líbano hatte er jedoch die Stimmenmehrheit eingebüßt. Die Wahl-

<sup>1620</sup> El Cronista, 29.4.1964, „Pánico tenía ‘Sangrenegra’ a los ‘rurales’ del DAS“; El Cronista, 29.4.1964, „Sangrenegra era un Cobarde“.

<sup>1621</sup> El Espectador, 29.4.1964, „Más de 120 Crímenes de Sangrenegra“.

<sup>1622</sup> „J189IC, SsN contra Anibal Torres Silva et al. por Asociación e Instigación para Delinquir“ (AHJT/2/2/7/3/22v).

<sup>1623</sup> „JPS, SsN contra Oliverio Parra o Rincón Morales (a. Mano Negra) et al. por Homicidio“ (AHJT/1/1/3/5/229v).

niederlage von Jaramillo Salazar in seiner Hochburg El Líbano deuten Sánchez und Meertens als erste Konsequenz des Aufbrechens der Allianz zwischen liberalen *caciques* und liberalen *bandoleros políticos*.<sup>1624</sup> Auch wenn *bandoleros* bei der Sicherung von Wählerstimmen behilflich seien konnten, auch wenn sie gewaltsam sicherstellen konnten, dass politische Oppositionsgruppierungen in bestimmten Wahlkreisen keinen Fuß fassten, waren sie keine sicheren Verbündeten der Repräsentanten der *partidos tradicionales*, auf die sich ihre politischen Protegés dauerhaft verlassen konnten.<sup>1625</sup>

Zwei Unternehmungen von Desquite, zu dem Jaramillo Salazar gute Kontakte unterhalten hatte, verdeutlichten Ende 1962 und Anfang 1963 Vertretern der Liberalen Partei die lediglich bedingte Verlässlichkeit der irregulären Kombattanten. Am 19.12.1962 überfiel eine Gruppe Bewaffneter unter dem Kommando von Desquite das in der Gemeinde Mariquita gelegene Dorf El Hatillo und lieferte sich ein stundenlanges Gefecht mit den in dem Ort stationierten Polizeikräften. In Erwartung der länger andauernden bewaffneten Auseinandersetzungen hatten die *bandoleros* im Vorfeld die Telegraphenverbindung des Dorfes zerstört, sodass die Angegriffenen keine Verstärkung anfordern konnten. Insgesamt vier Ordnungshüter verloren ihr Leben bei der Attacke.<sup>1626</sup>

Keine zwei Monate später nahm Desquite dasselbe Dorf erneut ein und hielt vor den versammelten Bewohnern eine zwanzigminütige Rede, in der er verkündete, dass „ich von jetzt an der Anführer hier bin und ihr mich als politischen und militärischen Anführer behandeln müsst“.<sup>1627</sup> Der Lokalbevölkerung gegenüber erklärte er, dass „ich hier in Zukunft weder (Streit-)Kräfte noch Repräsentanten der Regierung“ haben will und warnte sie davor, in der Zukunft die dauerhafte Stationierung der staatlichen Sicherheitskräfte zu fordern, denn er würde diese sowie die Bürger, welche die Gesetzesgüter angefordert hatten, töten.<sup>1628</sup>

---

<sup>1624</sup> Sánchez; Meertens: Bandits, S. 170.

<sup>1625</sup> Meertens: Ensayos, S. 166.

<sup>1626</sup> El Cronista, 20.12.1962, „Arrasado Puesto de Carabineros“. Schon im September 1962 war der Bruder des Gouverneurs, Gabriel Jaramillo Salazar, auf einer Überlandreise in der Gemeinde El Líbano überfallen und ausgeraubt worden. Der Polizeibericht informierte, dass „man nicht weiß, wer die *antisociales* befahlte“, aber die Vermutung, dass die Angreifer aus dem Umfeld von Desquite stammten, der zu dieser Zeit die De-facto-Autorität in der Region stellte, liegt nahe („Información General de Orden Público No.129 [AGN/FMI/SDM/34/292/112-141, hier: 113].

<sup>1627</sup> El Cronista, 12.2.1963, „Desquite se declaró Jefe civil y Militar de Hatillo“.

<sup>1628</sup> El Espectador, 12.2.1963, „70 Bandoleros se Tomaron por Cinco Horas ‘El Hatillo’“. S. auch El Cronista, 18.3.1964, „La colaboración campesina hizo posible dar de baja a ‘Desquite’“.

Wie die von Desquite an die Bewohner von El Hatillo formulierte Forderung nach Gefolgschaft verdeutlichte, hatten die *bandoleros políticos* durchaus eigene politische Ambitionen und sahen sich nicht nur als bedingungslose Handlanger von Lokal- und Regionalpolitikern. Die Ernennung von Jaramillo Salazar zum Gouverneur des *departamento* Tolima wird gemeinhin als Entzug der semiinstitutionellen Unterstützung für *bandoleros políticos* gewertet. Als Gouverneur befand er sich in einer Machtposition, die ihm erlaubte, auf die Gewaltakteure zu verzichten, um seine politischen Machtbereiche abzusichern.<sup>1629</sup>

### 8.2.3 Auf der Suche nach neuer Legitimierung: Die *bandoleros sociales*

Sant Cassia nimmt das Konzept der *social bandits* von Hobsbawm sowie die Kritik von Blok auf und relativiert diese. Er betont, dass die dichotome Gegenüberstellung von *bandits* als Kämpfer für die Interessen unterer sozialer Schichten im Sinne von Hobsbawm einerseits und als Handlanger regionaler ökonomischer und politischer Potentaten andererseits irreführend ist. Er streicht heraus, dass deren Motivationen für den Griff zu den Waffen keineswegs konstant seien. Vielmehr können *bandoleros* zu unterschiedlichen Zeiten unterschiedliche Rollen ausfüllen und verschiedenen Interessen gehorchen.<sup>1630</sup>

Die Tatsache, dass die als *bandoleros* bezeichneten Gewaltakteure für ihre politischen Protegés keine sicheren Unterstützer darstellten, auf die sich Repräsentanten der *partidos tradicionales* dauerhaft und bedingungslos verlassen konnten, war nicht nur dem Umstand geschuldet, dass sie sich kriminellen Aktivitäten aus rein ökonomischen Motiven widmeten. Sicherlich gab es auch Fälle, in denen die Verbrechen der Gewaltakteure derartige Ausmaße annahmen, dass deren politische Nutznießer ihnen nicht mehr die Legitimität im Sinne von Meertens und Sánchez bieten konnten. In dem Maße, wie Personen wie Desquite in der ersten Regierung des *Frente Nacional* eine weitgehende Kontrolle über die Wählerschaft in bestimmten Regionen ausübten, akkumulierten sie jedoch auch einen politischen Einfluss, der sie zu Konurrenten um politische Macht für die Repräsentanten der Liberalen Partei, ihren einstigen politischen Protegés, werden ließ.<sup>1631</sup> Um diese Akteure im politischen Feld bemühten sich nicht nur die *caciques* und *gamonales liberales*, um ihre politische *patria chica* vor Machtkonkurrenten zu schützen. Auch die Opposition zum *Frente Nacional* wollte die *bandoleros* für sich gewinnen und mit ihnen ihren politischen Einfluss erhöhen.

<sup>1629</sup> Meertens: *Ensayos*, S. 166. S. auch Téllez: *Crónicas*, S. 184.

<sup>1630</sup> Sant Cassia: *Discourses*, S. 232f.

<sup>1631</sup> Meertens: *Ensayos*, S. 166f.

Die kommunistischen Gruppen hatten seit Anbeginn der blutigen Auseinandersetzungen darauf gezielt, den Kombattanten verständlich zu machen, dass die Kämpfe auf fundamentalen Klassengegensätzen und nicht auf der (vorgestellten) Differenz zwischen Liberaler und Konservativer Partei basieren würden. Vor dem Hintergrund des Sieges der Kubanischen Revolution im Januar 1959 war der bewaffnete Weg, den angestrebten Systemwechsel zu erreichen zwar keine offizielle Parteipolitik geworden, vergrößerte aber die Anreize, die existierenden Gewaltkollektive zu seinen Verbündeten zählen zu können.<sup>1632</sup>

Einer der bekanntesten ehemaligen Kombattanten, der sich zu einem *bandolero social* entwickelte, das heißt sich von der Liberalen Partei löste, die *Dichotomierung der sozialen Realität* als Deutungs- und Handlungsrahmen verließ und den bewaffneten Auseinandersetzungen einen sozialen Gehalt gab, war Roberto González Prieto (alias Pedro Brincos).<sup>1633</sup> Brincos hatte sich Ende der 1940er Jahre wie so viele liberale Parteimitglieder in ruralen Regionen Kolumbiens in den bewaffneten Widerstand gegeben und hatte sich der Gruppe um Agustín Bonilla angeschlossen.<sup>1634</sup> Er war bereits in den 1950er Jahren mit kommunistischen Akteursgruppen in Kontakt gekommen, welche die Bedeutung des Klassengegensatzes für die *Violencia* betonten, als er in der Parteschule des PCC in Viotá an politischen Bildungskursen teilnahm.<sup>1635</sup>

Aus dem Zusammentreffen von liberalen Kombattanten mit kommunistischen Akteuren aus Gründen der politischen Schulung entwickelten sich auch liberal-

---

<sup>1632</sup> Die Versuche kommunistischer Akteursgruppen, Kombattanten, die im Namen der Liberalen Partei zu den Waffen gegriffen hatten, für den sozialrevolutionären Kampf zu begeistern, war allerdings auch mit gewissen Gefahren verbunden, wie der Fall von Antonio María Larrota González zeigte. Der Student, der sich im *Movimiento Obrero Estudiantil Campesino – 7 de Enero* im bewaffneten Kampf für den politischen und sozialen Wandel einsetzte, starb bei dem Versuch, Adán de Jesús Aguirre (alias Aguililla) von den Zielen seines Kampfes zu überzeugen. Aguirre tötete Larrota und hinterließ auf der Leiche eine Nachricht an die Streitkräfte, in der er den Mord an „diesen Kommunisten“ eingestand und forderte den Kommandanten der staatlichen Sicherheitskräfte auf, „dieses Problem zu lösen“, womit er, so ist aus dem Kontext zu erschließen, auf die wachsende Zahl kommunistischer Kombattanten Bezug nahm („Informe sobre Levantamiento del Cadáver de Antonio María Larota [sic!] González“ [AGN/FMI/SDM/21/185/38-40]).

<sup>1633</sup> Karl: State Formation, S. 684.

<sup>1634</sup> Meertens: Ensayos, S. 151. González Prieto war als liberaler Widerstandskämpfer an dem Attentat auf den Gouverneur Tolimas und den Sohn von Urdaneta Arbeláez beteiligt, wurde aber vor Abschluss der strafrechtlichen Ermittlungen amnestiert (Tribuna, 8.9.1959, „Indagatorias por Matanzas“).

<sup>1635</sup> El Cronista, 4.8.1964, „Así se Iniciaron las Primeras Escuelas de “Cuadros” Comunistas en el Tolima“. Brincos organisierte in den 1960er Jahren, im Zuge der Kubanischen Revolution, ein Gewaltkollektiv unter sozialistischen Vorzeichen in Tolima und Antioquia (vgl. „Telegram Confidential 292“ [APW]).

kommunistische Handlungsallianzen bzw. schloss sich Pedro Brincos den kommunistischen Zusammenschlüssen an. 1956 wurde gegen Abelino Campuzano Acosta wegen des Besitzes subversiver kommunistischer Propaganda des *Frente Democrático de Liberación Nacional* ermittelt – Ermittlungen, die unter dem kriminalisierenden Straftatbestand der *Asociación para Delinquir* geführt wurden. Die Ermittler stellten als Beweismittel einen Brief an Campuzano Acosta sicher, den ihm Pedro Brincos im Juli 1956 aus Tierradentro gesendet hatte. In dem Schreiben forderte Brincos Campuzano Acosta auf, Informationen über die Einwohner des Dorfes El Salado, in der Nähe von Ibagué gelegen, preiszugeben, um einen bevorstehenden Angriff auf das Dorf planen zu können. Er fragte nach der Anzahl von Konservativen in dem Dorf sowie nach der Präsenz von „Liberalen, die unseren *guerrillas* behilflich sein können“.<sup>1636</sup> Brincos zielte als Kombattant in den Reihen des kommunistischen Widerstandes darauf, die in vielen Regionen des *departamento* konfliktiven Beziehungen zwischen Kommunisten und Liberalen vor dem Hintergrund des gemeinsamen Feindes in den Hintergrund treten zu lassen und die liberal-kommunistische Zusammenarbeit, zu der es bereits Anfang der 1950er Jahre in Südtolima gekommen war und die in Osttolima während der *Guerra de Villarrica* erneut zu beobachten gewesen war, wiederzubeleben.<sup>1637</sup>

Mit der Etablierung des *Frente Nacional* näherte sich Pedro Brincos den politischen Gruppierungen weiter an, die sich gegen die Zusammenarbeit der Eliten der Traditionsparteien zur Wehr setzten. Der vor dem Hintergrund der siegreichen Kubanischen Revolution entstandene *Movimiento Obrero Estudiantil Campesino – 7 de Enero* (MOEC) gehörte zu der Opposition, die sich seit ihrer Entstehung darum bemühte, ehemalige liberale Widerstandskämpfer in ihren Reihen zu integrieren und sie von sozialrevolutionären Zielsetzungen zu überzeugen.<sup>1638</sup> Die Diözese des *departamento* Tolima berichtete, dass in der Gemeinde El Líbano, der ehemaligen Hochburg von Jaramillo Salazar, aber auch dem Operationsgebiet von Pedro Brincos, nicht nur Spenden für kommunistische Organisationen gesammelt wurden. Vielmehr waren die Kirchenoberen im Besitz von Informationen, nach denen sogar kubanische Revolutionäre ideologische Schulungs- und

---

<sup>1636</sup> „TSI, Causa sin número contro Abelino Campuzano Acosta et al. por Asociación para Delinquir“ (AHJT/2/3/17/10/21).

<sup>1637</sup> Ebenda, f. 21.

<sup>1638</sup> José Abelardo Díaz Jaramillo: „Si me asesinan, vengadme“. El gaitanismo en el imaginario de la nueva izquierda colombiana: el caso del MOEC 7 de enero. In: Anuario Colombiano de Historia Social y de la Cultura 36:2 (2009), S. 121-145, hier: S. 131; Pécaut: Orden y Violencia, S. 627.

militärische Ausbildungskurse anbieten.<sup>1639</sup> Der Inlandsgeheimdienst berichtete, dass Gefolgsleute von Fidel Castro mit panamaischen Pässen nach Kolumbien eingereist seien, um die kommunistischen Gruppierungen in Valle del Cauca zu unterstützen.<sup>1640</sup>

Pedro Brincos stand auch in Kontakt zu der parteiinternen liberalen Oppositionsgruppe, dem MRL, die sich gegen die Zusammenarbeit mit der Konservativen Partei wehrte. Der MRL sah die sozialen Forderungen, welche die Liberale Partei in ihrer Selbstsicht auszeichneten, mit der politischen Allianz mit den selbsternannten Verteidigern der Tradition und des Katholizismus in Gefahr. Brincos sympathisierte allerdings mit der *línea dura*, dem kommunistischen Flügel des MRL. Dieser zeichnete sich durch Forderungen aus, die durchaus den Forderungen genuin kommunistischer Gruppierungen entsprachen.<sup>1641</sup> So äußerten Vertreter des MRL parallel zu kommunistischen Akteuren die Forderung nach einer unmittelbaren Agrarreform mit der Möglichkeit zur entschädigungslosen Enteignung, um eine dauerhafte Befriedung des Landes zu erreichen. Auch den andauernden Ausnahmezustand verurteilte die parteiinterne Opposition als Maßnahme der herrschenden Schichten, um Ungleichheitsstrukturen aufrechtzuerhalten.<sup>1642</sup> Die Forderungen nach der sofortigen Freilassung politischer Häftlinge, Lohn erhöhungen und einer Reform der Arbeitsgesetzgebung stellten weitere Parallelen in den politischen Agenden des MRL und kommunistischen Gruppierungen dar.<sup>1643</sup>

Die *línea dura* des MRL lehnte den bewaffneten Kampf auch nicht kategorisch ab, um das politische System des *Frente Nacional* zu öffnen, das sie als dritte

<sup>1639</sup> „Datos sobre la Violencia en el Tolima“ (AGN/FMI/SDM/46/383/4-7). Anderweitige Berichte über die Präsenz von kubanischen Kommunisten in Nordtolima liegen nicht vor. Es ist davon auszugehen, dass die Informationen zu einem großen Teil von den Befürchtungen der Unterwanderung im Rahmen der immer wieder erwähnten und angstvoll erwarteten internationalen kommunistischen Verschwörung auf kolumbianischem Staatsgebiet gespeist wurden. *El Cronista* berichtete allerdings anlässlich seines Todes, dass sich Pedro Brincos auf Kuba aufgehalten habe, um sich in Taktiken des irregulären Kampfes ausbilden zu lassen (*El Cronista*, 17.9.1963, „Dado de Baja Pedro Brincos“). Zu dem Operationsgebiet von Brincos vgl. „Síntesis Informativa sobre Situación y Organización de Cuadrillas de Bandoleros o Grupos Subversivos“ (AGN/FMI/SDM/45/376/156-192, hier: 169); s. auch Guzmán Campos: *Violencia*, S. 316.

<sup>1640</sup> „Informe: El comunismo en Colombia“ (AGN/FMI/SDM/16/134/5-19, hier: 10; s. auch 18f.).

<sup>1641</sup> Karl: State Formation, S. 453f. Auch die *Policía Nacional* führte Pedro Brincos als kommunistischen Akteur (vgl. „Síntesis Informativa sobre Situación y Organización de Cuadrillas de Bandoleros o Grupos Subversivos“ [AGN/FMI/SDM/45/376/156-192, hier: 169]; „Boletín Informativo No. 164“ [AGN/FMI/SG/229/2154/57-59, hier: 58]).

<sup>1642</sup> Tribuna, 19.6.1960, „Declaración de la Convención del MRL“.

<sup>1643</sup> Londoño Botero: Varela, S. 640.

politische Kräfte ausschließlich kritisierte. Die *Policía Nacional* berichtete, dass auf einer Demonstration des MRL in Cauca zum Kampf gegen die Regierung des *Frente Nacional* aufgerufen wurde. Die anwesenden linksliberalen Oppositionellen bekundeten, dass „wenn sie die Revolution nicht als Kolumbianer gewinnen, sie sie als Kubaner gewinnen würden“<sup>1644</sup> – womit sie auf die bewaffnete Erhebung von Fidel Castro, Che Guevara und deren Mitstreitern auf dem Inselstaat in der Karibik Bezug nahmen. In einem von Brincos verbreiteten Kommunique mit dem Titel *Cordillera Central* klagte er die Zusammenarbeit der ökonomischen Eliten, beider Parteien, in dem *Frente Nacional* an, die den in seinen Augen „parlamentarischen Totalitarismus“ legalisiert hätten. Diesen warf er vor, „die Plünderung unserer natürlichen Ressourcen wie Erdöl, Platin etc. durch nordamerikanische Unternehmen“ zu erlauben. Die „sogenannten Dissidenten der Linken“, womit er auf die *línea blanda* nach der Spaltung des MRL in den kommunistischen sowie den gemäßigten und reformorientierten Flügel um López Michelsen anspielte, sah er mit den von ihm kritisierten Eliten des Landes über den gemeinsamen ökonomischen Status auf Engste verbunden.<sup>1645</sup>

Auch zu dem *Frente Unido de Acción Revolucionaria* (FUAR), der sich im März 1962 formierte, stark durch das Vermächtnis von Gaitán geprägt war und zu dessen Gründerinnen die Tochter Gaitáns gehörte, stand Pedro Brincos in Kontakt.<sup>1646</sup> Angesichts des exklusiven Charakters des *Frente Nacional* wertete er den Weg, im Rahmen des institutionalisierten politischen Feldes Teilhabe und Gestaltungsmacht zu erlangen, als verschlossen. Den in Kolumbien regelmäßig stattfindenden Wahlen zog González Prieto „den bewaffneten Aufstand“ vor, um das politische Mitspracherecht zu erstreiten bzw. zu erzwingen.<sup>1647</sup> Mit diesem Ziel versuchte er in verschiedenen Regionen des Landes – neben Tolima waren dies Caldas und Antioquia – bewaffnete, dezidiert sozialistische Gewaltkollektive zu organisieren.<sup>1648</sup> So baute er im Spätjahr 1961 den *Ejército Revolucionario de Colombia* (ERC) in Turbo (Nordantioquia) auf, nachdem er Anfang des Jah-

<sup>1644</sup> „D.I.C.E. Informe Político No. 17“ (AGN/FMI/SDM/45/376/62).

<sup>1645</sup> Das Kommunique ist abgedruckt: Guzmán Campos: Violencia, S. 315f, hier: S. 315. Auch *El Cronista* berichtete von dem „Comité de la ‘Cordillera Central’“, das von Pedro Brincos gegründet worden war und einen „durch und durch kommunistischen Charakter“ habe (*El Cronista*, 17.9.1963, „‘Pedro Brincos’ fué Dado de Baja Ayer“).

<sup>1646</sup> Sánchez; Meertens: Bandits, S. 86; José Abelardo Díaz Jaramillo: El Movimiento Obrero Estudiantil Campesino 7 de Enero y los Orígenes de la Nueva Izquierda en Colombia 1959-1969. Trabajo de Grado presentado para optar al título de Magister en Historia. Universidad Nacional de Colombia, Facultad de Ciencias Humanas 2010. Unter: <http://www.bdigital.unal.edu.co/4980/1/468429.2010.pdf> (Zugriff: 5.11.2012), S. 186.

<sup>1647</sup> Zitiert in: Guzmán Campos: Violencia, S. 316.

<sup>1648</sup> Meertens: Ensayos, S. 156f.

res noch in einem *Club Social* in El Líbano empfangen worden war. *Dirigentes liberales* und wohlhabende Geschäftsleute erhofften sich trotz seiner zunehmenden Hinwendung zu kommunistischen Gruppierungen noch ein Mindestmaß an Schutz vor konservativen oder kriminellen Akteursgruppen durch den ehemaligen Kombattanten der Liberalen Partei.<sup>1649</sup> Das Vorgehen der kolumbianischen Streitkräfte, die gleichzeitig den Aufstand des MOEC in Vichada bekämpften, gegen die Brincos untergebenen Kombattanten in Nordwestkolumbien verhinderte, dass dieser in Antioquia die von ihm angestrebte bewaffnete revolutionäre Bewegung initiieren konnte.<sup>1650</sup> Nachdem Brincos in seiner *patria chica* ein weiteres Mal versucht hatte, eine bewaffnete schlagkräftige Gruppe aufzubauen, wurde er in Nordtolima von Soldaten des *Batallón Colombia* in der Gemeinde Lérida getötet.<sup>1651</sup>

Pedro Brincos war allerdings nicht der einzige liberale *guerrillero*, der sich dem linken politischen Spektrum zuwandte. Sicherlich war er der Kombattant, der sich am weitesten sozialistischen bzw. kommunistischen Gruppierungen annäherte. Viele liberale Widerstandskämpfer schlossen sich eher dem linksliberalen Flügel des *Movimiento Revolucionario Liberal* an, da sie Vorbehalte gegen die sich offen als kommunistisch definierenden Gruppierungen hatten. Téllez berichtet, dass Aranguren den Vorschlag von Pedro Brincos, sich dem MOEC anzuschließen ablehnte, da er sich weiterhin als Liberaler verstand, dem diese Organisation zu offen kommunistisch erschien und der aus diesem Grund zu dem MRL tendierte.<sup>1652</sup>

<sup>1649</sup> „Boletín Informativo No. 163 (AGN/FMI/SG/229/2154/49-50); „Boletín Informativo No. 162 (AGN/FMI/SG/229/2154/53-54). S. auch Ramsey: Modern Violence, S. 411; Meertens: Ensayos, S. 157f.

<sup>1650</sup> Karl: State Formation, S. 453f. S. auch „Carta al Señor Doctor Fernando Londoño y Londoño“ (AGN/FMI/SDM/18/164/4-7).

<sup>1651</sup> Henderson: History, S. 217. Als Brincos getötet wurde, befand er sich in Begleitung des Studenten Jorge Tadeo Lozano. Bei den Versuchen, revolutionäre Bewegungen aus der Taufe zu heben, wollte er unter anderem Studenten, die sich vor dem Hintergrund der Kubanischen Revolution radikaliert hatten, für den bewaffneten Kampf gewinnen und stützte sich nicht nur auf die in der marxistischen Orthodoxie als revolutionär konzipierten Arbeiter und Bauern. Die Mitglieder des MOEC rekrutierten sich vornehmlich aus Studenten (Vgl. „Informe: El comunismo en Colombia“ [AGN/FMI/SDM/16/134/5-19, hier: 17]. S. auch El Cronista, 17.9.1963, „’Pedro Brincos’ fué Dado de Baja Ayer“; Sánchez; Meertens: Bandits, S. 79).

<sup>1652</sup> Téllez: Crónicas, S. 169. Beamte des Inlandsgeheimdiensts waren allerdings im Besitz von Informationen, denen zufolge Desquie mit kommunistischen Akteuren in engem Kontakt stehe. Der Arzt Hernando Yepes, offenbar ein bekennender Kommunist, sei, so hatten sie in Erfahrung gebracht, der (Leib-)Arzt von Aranguren („Comunicado de prensa“ [AGN/FMI/SDM/46/384/80]). Die Abgrenzung zwischen dem MRL und dezidiert kommunistischen Akteuren war offenbar aber nicht immer derart stringent, wie in dem Fall von Desquie und Pedro Brincos. Vertreter des *Directorio Liberal Municipal* aus Páez klagten in einem Brief an den liberalen Politiker Victor Mosquera Chaux, dass Mitglieder des MRL zusammen mit den Kommunisten um Ciro Castaño aus Riochiquito gewaltsam gegen Anhänger des *oficialismo* in

Die Anhänger des MRL wiederum zielten darauf, ihren Einfluss unter ländlichen liberalen Parteimitgliedern zu vergrößern, indem sie die Nähe zu den in einigen Regionen die De-facto-Autorität stellenden *bandoleros* suchten. Der Vorsitzende des *Directorio Liberal del Cauca* Víctor Mosquera Chaux klagte, dass nach einer Wahlkampfrede des MRL-Politikers Aníbal Prado in der Gemeinde El Tambo eine brutale Verfolgung der *oficialistas* der Region eingesetzt habe. Mosquera Chaux zufolge habe Prado den *bandolero* Gavilán zu dem gewaltsamen Vorgehen aufgefordert und diesem sogar moderne Waffen angeboten, damit er die Repression gegen die *oficialistas* effektiver gestalten könne.<sup>1653</sup> López Michelsen hingegen bestritt, dass die Mitglieder seiner politischen Bewegung für die rezenten Gewaltvorfälle verantwortlich seien oder Kontakte zu den im zeitgenössischen Sprachgebrauch als *bandoleros* bezeichneten ehemaligen Kombattanten der Liberalen Partei hätten. Gleichzeitig plädierte er aber dafür, die Interessen und Befindlichkeiten dieser zu berücksichtigen, als es darum ging, einen liberalen Kandidaten für die Präsidentschaft nach León Valencia auszuwählen.<sup>1654</sup>

Zwar waren die Mitglieder des MRL keine Apologeten des bewaffneten Kampfes, sondern strebten vielmehr an, die Radikalisierung und das Überlaufen von Liberalen zu kommunistischen Gruppen zu verhindern. Der MRL fing in großem Maße die Unzufriedenheit unter der in der Landwirtschaft tätigen Bevölkerung in Regionen ein, die über keine Tradition der Agrarkämpfe verfügten und in denen daher kommunistische Akteursgruppen vergleichsweise schwach vertreten waren – wie zum Beispiel in Nordtolima.<sup>1655</sup> Aber offenbar fühlten sich nicht alle Lokal- und Regionalpolitiker des MRL der gewaltfreien politischen Betätigung wie López Michelsen verpflichtet.

Der dem MRL zugehörige Regionalpolitiker Tolima Aníbal Torres, der sich über die Verfolgung der Mitglieder der politischen Bewegung um López Michelsen durch Agustín Bonilla beschwerte, nutzte scheinbar selbst Kontakte zu ehemaligen liberalen Kombattanten, um seinen politischen Ansprüchen Nachdruck zu verleihen und die Unterstützung der lokalen Bevölkerung zu erzwingen. Als der ermittelnde Beamte Manuel Villarraga (alias Almanegra) zu einem Massaker im Jahr

der Region vorgenommen („Carta al Directorio Liberal del Cauca“ [AGN/FMI/SDM/33/285/80-81]). Mosquera Chaux glaubte, dass Castaño eine „Einschüchterungskampagne im Namen und zugunsten des MRL“ verfolge („Carta al Señor Doctor Antonio José Lemus Guzmán“ [AGN/FMI/SDM/33/285/77-79, hier: 78]).

<sup>1653</sup> „Carta al Señor Doctor Antonio José Lemus Guzmán“ (AGN/FMI/SDM/33/285/77-79). Mosquera Chaux war der führende *oficialista*, der sich in Cauca sowohl gegen den MRL als auch die kommunistischen Gruppen unter Ciro Castaño stellte (Karl: State Formation, S. 745f.).

<sup>1654</sup> El Cronista, 24.9.1962, „López Niega Que el MRL Haga Violencia“.

<sup>1655</sup> Olmos: Introducción, S. 36.

1960 befragte, dessen er und die von ihm angeführte *cuadrilla* beschuldigt wurden, gab dieser Aníbal Torres als eine Person an, mit der er regelmäßigen Kontakt hatte, die ihn kannte und die über seinen Werdegang Auskunft geben könne.<sup>1656</sup>

Im Folgejahr wurde Almanegra erneut eines Massakers beschuldigt, das sich auf der *hacienda* La Argentina ereignet hatte. Grund für das Massaker war offenbar die Tatsache, dass der Besitzer 1953 einen Stützpunkt der *Policía Nacional* auf seinem Landgut hatte einrichten lassen, von dem aus die *chulavitas* eine Vielzahl von Gewalttaten gegen die mehrheitlich liberale Bevölkerung verübt hatten. Um Rache für die von diesen ausgehende parteipolitisch motivierte Gewalt zu nehmen und sich politischer Konkurrenten zu entledigen, tötete der dem MRL nahestehende *bandolero* Almanegra die auf der *hacienda* anwesenden Mitglieder der Konservativen Partei, während er die Liberalen verschonte.<sup>1657</sup>

Eine Gruppe von Gewaltakteuren, die mit dem MRL sympathisierte und von Cruz Usma sowie Oliverio Parra angeführt wurde, tötete auf einem Landgut in Venadillo mehrere Personen, die der Konservativen Partei angehört hatten, aus opportunistischen Gründen aber in die Liberale Partei eingetreten seien. Die Motive, die den Ermordungen zugrunde lagen, war zum einen die Tatsache, dass sie als *oficialistas* den Kandidaten des *Frente Nacional* gewählt hatten. Zum anderen warfen ihnen ihre Mörder vor, keine „wahren Liberalen“ zu sein, sondern nur aus politischen Überlegungen in der mehrheitlich liberalen Gemeinde zu Mitgliedern der Liberalen Partei geworden seien und daher „als *volteados* [...] kein Recht hatten, die Liberale Partei zu bejubeln“, da sich nur die Mitglieder des MRL als die Bewahrer der Tradition und der ideologischen Essenz der Liberalen Partei sahen.<sup>1658</sup> Die Mörder von Lisandro Ramírez aus dem Umfeld von Sangrenegra hielten ihm vor, dass „er in den vergangenen Wahlen seine Stimme für die von Alfonso López Michelsen [...] angeführte Bewegung abgegeben hätte, wenn er [ein wahrer] Liberaler gewesen wäre“.<sup>1659</sup> Auf den Leichen ihrer Opfer hinterließen die *bandoleros* eine Nachricht an das soziale Umfeld ihrer Opfer, mit der sie die Ermordungen begründeten: „Herren *oficialistas*, das ist, damit Sie keine Verräter (*sapos*) sind und nicht weiterhin die *tiras* holen und jedwedem, der sie holt, wird das Gleiche erfahren“.<sup>1660</sup> Auch ein von Sangrenegra entführter *campe-*

<sup>1656</sup> „AMV, SsN en Averiguación de los Responsables por Homicidio“ (AHJT/1.3/3/105/3/190).

<sup>1657</sup> Ebenda, f. 13ff., 27v, 82v, 121.

<sup>1658</sup> „JPS, SsN contra Oliverio Parra o Rincón Morales (a. Mano Negra) et al. por Homicidio“ (AHJT/1.1/1/3/5/381, s. auch 11f., 15).

<sup>1659</sup> Ebenda, f. 32.

<sup>1660</sup> Ebenda, f. 4. Mit den erwähnten *tiras*, wörtlich *Streifen*, waren Kollaborateure, eingeschleuste Beamten und Informanten der staatlichen Sicherheitskräfte gemeint. Ich danke Felipe van der Huck für den Hinweis.

sino berichtete nach seiner Freilassung, dass Sangrenegra im Besitz einer Liste sei, die Auskunft darüber gebe, welche Personen bei den Präsidentschaftswahlen 1962 für den Kandidaten des *Frente Nacional Valencia* – und nicht den des MRL – gestimmt hatten. Diese wolle Cruz Usma töten.<sup>1661</sup>

Bevor Sangrenegra ein eigenes Gewaltkollektiv befehligte, war er Mitglied in der *cuadrilla* von Manuel Villarraga (alias Almanegra) gewesen, der Lokalpolitikern des MRL zu Diensten gewesen war.<sup>1662</sup> Nach dem Tod von Almanegra im Mai 1961 hielt Torres, einer der Vertreter des MRL, die auf Gewaltakteure wie Villaraga zurückgegriffen hatten, allerdings Kontakt zu Sangrenegra, der sein Leben weiterhin im bewaffneten Untergrund führte.<sup>1663</sup> Carlos Julio Molina, der im Rahmen der Ermittlungen zu den Verbindungen von Mitgliedern des MRL zu Gewaltakteuren in Venadillo befragt wurde, berichtete, dass Anibal Torres in der Gemeinde den Ruf als „Intellektueller der Bande von Sangrenegra“ habe.<sup>1664</sup>

Torres versorgte, so der strafrechtliche Vorwurf gegen ihn, die *cuadrilla* von Sangrenegra mit Munition. Er wolle den politischen Einfluss des MRL in der Gemeinde wahren, indem er Gewaltakteure wie Aranguren und Cruz Usma damit beauftragte, alle Bürger zu töten, die sich neu in der Gemeinde niederließen und sich gegen ihn stellten oder ihre Stimme für die Kandidaten der liberal-konservativen Koalitionsregierung abgaben. Auch die *detectives rurales*, die unter dem Kommando von Agustín Bonilla standen und die politischen Kräfte des *Frente Nacional* repräsentierten bzw. schützten, sollten „Stück für Stück“ abgeliefert, das heißt getötet, werden.<sup>1665</sup>

Auch ein gewisser Belisario Salinas, wusste Leovigildo Robayo zu berichten, stünde mit der von Sangrenegra angeführten Bande in engem Kontakt. Salinas hatte ihn beauftragt, die Mitglieder der Konservativen Partei, von denen nicht zu erwarten war, dass sie bei den regelmäßig stattfindenden Wahlen für linksliberale Kandidaten stimmen würden, in Santa Isabel zu töten. Auf seiner *hacienda* bewahre er nach Angaben von Robayo sowohl das Waffenarsenal der *cuadrilla* als auch das Geld, das Sangrenegra für ein von ihm begangenes Massaker erhalten habe, auf. Auch andere Ausrüstungsgegenstände der *cuadrilla* seien im Besitz

<sup>1661</sup> „J189IC, SsN contra Anibal Torres Silva et al. por Asociación e Instigación para Delinquir“ (AHJT/2/2/7/3/31).

<sup>1662</sup> El Espectador, 29.4.1964, „Con Banda de ‘Alma Negra’ se Lanzó a la Violencia“. S. auch „AMV, SsN en Averiguación de los Responsables por Homicidio“ (AHJT/1.3/3/105/3/225).

<sup>1663</sup> „TSI,CausasinNúmerocontraPedroJoséGonzálezporHomicidio“(AHJT/1.3/3/105/2/1f).

<sup>1664</sup> „J189IC, SsN contra Anibal Torres Silva et al. por Asociación e Instigación para Delinquir“ (AHJT/2/2/7/3/34v, s. auch 15ff.).

<sup>1665</sup> „J189IC, SsN contra Anibal Torres Silva et al. por Asociación e Instigación para Delinquir“ (AHJT/2/2/7/3/3, 16, 31ff., 40v).

von Salinas zu finden.<sup>1666</sup> Der Arbeiter Germán Parra Vásquez, der auf der *hacienda* Romerales tätig war, die sich im Besitz von Belisario Salinas befand und auf der dieser Wertgegenstände von Cruz Usma aufbewahre, stand ebenso im Verdacht, die *cuadrilla* von Sangrenegra zu unterstützen.<sup>1667</sup>

Die Bedeutung von Jacinto Cruz Usma als *bandolero social*, auf den politischen Oppositionsgruppen wie der MRL zurückgriffen, um ihren Ansprüchen auf politische Repräsentation Nachdruck zu verleihen, lässt sich allerdings auf Basis des vorhandenen Quellenmaterials nicht eindeutig klären. Wie dargelegt wurde, rekruierten Mitglieder des MRL auf das von Sangrenegra befehligte Gewaltkollektiv bzw. wirkte er in ihrem Interesse. Eine seiner *boletas*, die Sangrenegra auf den Leichen seiner Opfer zurückließ, schloss er mit Hochrufen „auf die rote Einheit und den MRL und die Kampagnen, die er durchgeführt hat“.<sup>1668</sup> Angeblich hegte Cruz Usma auch Sympathien für dezidiert kommunistisch ausgerichtete Akteursgruppen. *El Tiempo* berichtete Mitte 1963 über Kontakte, die er zu den kommunistischen Akteursgruppen um Juan de la Cruz Varela in Osttolima aufgenommen habe und im Rahmen derer beide eine gemeinsame Zusammenarbeit vereinbart hätten.<sup>1669</sup>

Der bereits erwähnte Leovigildo Robayo, der offenbar gute Kenntnisse über das Innenleben der *cuadrilla* von Cruz Usma hatte, gab des Weiteren zu Protokoll, dass Sangrenegra immerzu verkünde, dass der Kommunismus als Staatsform zu loben sei, „da er einem Nahrung gibt“.<sup>1670</sup> Auch wusste Robayo zu berichten, dass Cruz Usma von Marulanda Vélez, dem Anführer der Kommunisten in Südtolima, aufgefordert worden sei, nach Marquetalia zu kommen, anstatt auf Anweisung von Personen wie Belisario Salinas Personen zu töten, nur weil sie der Konservativen Partei angehörten oder die politischen Positionen des *oficialismo* der Liberalen Partei vertraten.<sup>1671</sup> Offenbar hoffte Tirofijo, dem in der allgemeinen Wahrnehmung als blutrünstigen *bandolero par excellence* geltenden Cruz Usma die

<sup>1666</sup> „TSI, SN 4072 contra José del Carmen Pinzón et al. por Asociación para Delinquir“ (AHJT/2/2/8/2/41, 44). Salinas geriet auch noch Ende der 1960er Jahre in den Blick der Justiz, da er der Unterstützung von *antisociales* verdächtigt wurde. Bei diesen *unsozialen* Akteuren handelte es sich um die bereits in den FARC organisierten Kommunisten um Ciro Trujillo Castaño („Tribunal Superior, SN 1368 contra Belisario Salinas por Asociación para Delinquir“ [AHJT/2/3/16/7]).

<sup>1667</sup> „TSI, SN 7224 contra Germán Parra Vásquez por Asociación para Delinquir“ (AHJT/2/3/15/1).

<sup>1668</sup> *El Espectador*, 29.4.1964, „Más de 120 Crímenes de Sangrenegra“.

<sup>1669</sup> *El Tiempo*, 11.6.1963, „Pacto Entre 'Sangrenegra' y el Comunismo“.

<sup>1670</sup> „TSI, SN 4072 contra José del Carmen Pinzón et al. por Asociación para Delinquir“ (AHJT/2/2/8/2/43).

<sup>1671</sup> Ebenda, f. 41.

Bedeutung des Klassengegensatzes in den bewaffneten Auseinandersetzungen in den 1960er Jahren vergegenwärtigen zu können.<sup>1672</sup>

Es ist aber gut möglich, dass die Anwandlungen von Cruz Usma, den bewaffneten Auseinandersetzungen einen sozialrevolutionären Charakter geben zu wollen, lediglich ein Versuch der Legitimierung althergebrachter Gewaltmodi waren. So gab die Kritik des MRL oder dezidiert kommunistischer Gruppierungen an der exklusiven politischen Zusammenarbeit mit der Konservativen Partei den fortwährenden Aggressionen ehemaliger Kämpfer der Liberalen Partei gegen konservative Parteimitglieder einen als ideologische Begründung verstandenen *Sinn*. Denn den Aussagen, welche die Nähe von Sangrenegra zu kommunistischen Gruppierungen nahelegen, widersprechen andere Befunde, die sich in den Quellen finden lassen. In den Augen von Teófilo Rojas war Cruz Usma ein blutrünstiger Krimineller, der nicht danach strebte, die Lebensbedingungen einer sozialen Gruppe, die über enge und persönliche Beziehungen hinausging, zu verbessern. In der Meinung von Chispas war Sangrenegra ein „*conseguidor*“, dessen (gewalttätiges) Handeln lediglich von dem Wunsch nach materieller Bereicherung geprägt sei.<sup>1673</sup>

*El Cronista* berichtete, dass sich die beiden ehemaligen liberalen Kombattanten Sangrenegra und Desquite aufgrund politisch-ideologischer Differenzen voneinander distanzierten – oder wie es die ehemalige Lebensgefährtin von Cruz Usma ausdrückte: „Sangrenegra hasste Desquite, weil dieser Kommunist ist“.<sup>1674</sup> Sangrenegra sehe sich, im Gegensatz zu Desquite, als „reiner Liberaler (*liberal puro*)“, was ihn, angesichts der Spannungen und gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen *limpios* und *comunes*, dazu veranlasst habe, sich von Aranguren loszusagen.<sup>1675</sup> Desquite wiederum warf Cruz Usma vor, die Bedeutung der bewaffneten Auseinandersetzungen mit Blick auf ihren sozialen Gehalt nicht verstanden zu haben, sondern nach wie vor liberalen Großgrundbesitzern zu Diensten zu sein.<sup>1676</sup>

Die Differenzen zwischen ihnen nahmen die beiden *bandoleros* als so gravierend wahr, dass sich die Gewaltkollektive unter ihrer Führung sogar in bewaffnete Auseinandersetzungen begaben. Die ermittelnden Beamten eruierten als Gründe,

<sup>1672</sup> Blok spricht den *bandoleros* einen revolutionären Charakter ab, da sie, wenn sie über Zielsetzungen, die über ökonomisch-materielle Interessen hinausgingen, für die Wiederherstellung traditioneller Ordnungen kämpften, Er erkennt aber an, dass sie von politischen Kräften, die für einen umfassenden Systemwandel streiten, instrumentalisiert werden können (Blok: Peasant, S. 494. S. auch Desai; Eckstein: Insurgency, : S. 453).

<sup>1673</sup> Ortiz Sarmiento: Estado, S. 255.

<sup>1674</sup> El Cronista, 14.7.1963, „Sangrenegra estuvo para entregarse: Edilma López“.

<sup>1675</sup> El Cronista, 14.7.1963, „Yo sí creo que se pueda capturar a ‘Sangrenegra’ indica su ex-amante“.

<sup>1676</sup> Téllez: Crónicas, S. 173.

die zu dem Bruch zwischen den *bandoleros* führten, zum einen Rivalitäten um die Führungspositionen innerhalb des zusammengelegten Gewaltkollektivs sowie die Aufteilungsmodalitäten der in den Überfällen erbeuteten Gegenstände. Zum anderen entzweiten sich die *bandoleros* wegen „des gebotenen Verhaltens gegenüber den wehrlosen *campesinos*“.<sup>1677</sup> Während die unter dem Kommando von Sangrenegra stehenden Kombattanten offenbar noch die Parteizugehörigkeit als die Freund- und Feindzuschreibung bestimmenden *social cleavage* sahen, tendierten Desquite und seine *cuadrilla* dazu, die Klassenzugehörigkeit als den zentralen Unterschied für die Bestimmung des „Wir“ und seiner „Widersacher“ wahrzunehmen.<sup>1678</sup> Téllez berichtet, dass „arme *campesinos*“ Desquite durchaus als ihren Fürsprecher sahen, der sich in dem Maße, wie er sich von dem *oficialismo* der Liberalen Partei löste und sich gegen liberale Großgrundbesitzer stellte, für ihre Interessen einsetzte.<sup>1679</sup> Auch Hobsbawm hebt hervor, dass *social bandits* von der lokalen Bevölkerung als deren Protegés gesehen werden, während sie von Vertretern der Regierung für gewöhnliche Kriminelle gehalten werden.<sup>1680</sup>

Die Mutter von Cruz Usma hingegen strich heraus, dass auch ihr Sohn, der unter dem *nom de guerre* Sangrenegra traurige Berühmtheit erlangte und als krimineller *bandolero* getötet wurde, armen „*campesinos* im Unglück“ geholfen habe und das Bild, das von ihm in der öffentlichen Meinung vorherrschte, nicht der Realität entspreche.<sup>1681</sup> Ebenso betrauerten Personen, die nicht eng verwandt mit Cruz Usma waren, den Tod zutiefst. Die Ehefrau von José del Carmen Pinzón, der selber der Unterstützung von Sangrenegra beschuldigt wurde, habe angeblich verdächtigerweise den Tod von Sangrenegra beweint.<sup>1682</sup>

Die Aussage von María de Jesús Usma über die Hilfe, die Sangrenegra *campesinos im Unglück* angeblich zukommen ließ, muss allerdings keinen Widerspruch zu dem Befund darstellen, dass Desquite und Sangrenegra unterschiedliche *social cleavages* (Partei- bzw. Klassenzugehörigkeit) als entscheidende Differenzmarker wahrnahmen. Während Desquite anführte, für die Rechte von *campesinos* aufgrund ihrer sozioökonomischen Position in der Gesellschaft zu kämpfen, verteidigte Sangrenegra lediglich liberale *campesinos*, sah in den konservativen jedoch

---

<sup>1677</sup> El Cronista, 4.9.1962, „’Desquite’ dió Muerte a 4 Hombres de ’Sangrenegra’“.

<sup>1678</sup> Ebenda.

<sup>1679</sup> Téllez: Crónicas, S. 179.

<sup>1680</sup> Hobsbawm: Bandits, S. 13.

<sup>1681</sup> El Cronista, 29.4.1964, „Mi hijo era Bondadoso“.

<sup>1682</sup> „TSI, SN 4072 contra José del Carmen Pinzón et al. por Asociación para Delinuir“ (AHJT/2/2/8/2/118f.).

nach wie vor den traditionellen Feind.<sup>1683</sup> Auch wegen dieser unterschiedlichen Konzepte im Umgang mit der Zivilbevölkerung ihrer Operationsgebiete tötete die *cuadrilla* von Desquite im September 1962 mehrere Mitglieder des Gewaltkollektivs von Cruz Usma.<sup>1684</sup>

Kurz nach den Kämpfen mit der *cuadrilla* von Sangrenegra setzte Desquite vier *carabineros*, die ihm nachstellten, fest. Sein Vorgehen – er entwaffnete die Ordnungshüter, tötete sie aber nicht – rechtfertigte er damit, dass er lediglich habe sicherstellen wollen, dass diese nicht ihn verhaften oder erschießen würden, denn „dies würde ernsthafte Komplikationen nach sich ziehen, die er [Desquite] vermeiden wollte“.<sup>1685</sup> Die von Aranguren ihrer Waffen beraubten Polizisten sagten aus, nachdem sie wieder in ihre Dienststellen zurückgekehrt waren, dass der *bandolero* bekundet habe, dass er für „den Frieden und die Brüderlichkeit unter den Kolumbianern“ kämpfe.<sup>1686</sup> Weiterhin habe Desquite den entwaffneten Polizisten mitgeteilt, wo sich die Leichname von Personen befanden, die von der Gruppe um Sangrenegra getötet worden waren. Um seinen guten Willen unter Beweis zu stellen und der Aussage, er kämpfe für *den Frieden und die Brüderlichkeit*, Nachdruck zu verleihen, kündigte er auch an, sowohl die Dienstwaffen der *carabineros* als auch die von ihm festgesetzten *bandoleros* aus der *cuadrilla* von Sangrenegra nach El Líbano an das *Batallón Patriotas* zu schicken.<sup>1687</sup>

Der Zusage kam Desquite zehn Tage nach den Vorfällen nach und nutzte die Gelegenheit, den Behörden erneut zu bekräftigen, dass er an der dauerhaften Befriedung des *departamento* und der Bekämpfung des *bandolerismo* interessiert sei und bereit stünde, die politischen Autoritäten und die staatlichen Sicherheitskräfte bei der Erfüllung ihre Pflichten zu unterstützen. Der Geistliche Jesús Fernández, der ein zweistündiges Gespräch mit Desquite geführt hatte und mit der Herstellung des Kontaktes zwischen dem Gewaltakteur und den Streitkräften beauftragt worden war, um die Abgabe der Waffen auszuhandeln, bekräftigte gegenüber den staatlichen Sicherheitskräften, dass die Absichtserklärung von Aranguren aufrichtig geäußert worden sei.<sup>1688</sup>

Wie sich bei der Besetzung des Dorfes El Hatillo mit der Verkündung von Desquite, in Zukunft keine Repräsentanten des *Frente Nacional* zu dulden, schon

<sup>1683</sup> Betancourt Echeverry spricht Sangrenegra allerdings jegliche politischen Ansprüche ab und sieht in ihm das Paradebeispiel für einen Gewaltakteur der *Violencia Tardía*, der lediglich kriminell motiviert war (Cuadrillas, S. 67).

<sup>1684</sup> El Cronista, 4.9.1962, „’Desquite’ dió Muerte a 4 Hombres de ’Sangrenegra’“.

<sup>1685</sup> El Cronista, 6.9.1962, „’Desquite’ Prometió Poner Fin a Crímenes de Jacinto Cruz Usma“.

<sup>1686</sup> Ebenda.

<sup>1687</sup> Ebenda.

<sup>1688</sup> El Cronista, 16.9.1962, „Desquite Entregó las Armas“.

andeutete, wurde der Deutungsrahmen von Aranguren – und angesichts der engen Verbindungen zu diesem auch sein Handlungsrahmen – in stets geringerem Maße von der Unterscheidung entlang des Differenzmarkers Parteizugehörigkeit gespeist. Offenbar war Desquite bereits mit Akteuren in Kontakt gekommen, die soziale und politische Realitäten jenseits des *social cleavage* der Zugehörigkeit zu einer der Traditionsparteien wahrnahmen, lange bevor er sich von *oficialistas* wie Jaramillo Salazar lossagte.

*La Calle* berichtete 1959, die erste Regierung des *Frente Nacional* kritisierend, über politische Gefangene, die trotz des Amnestieangebots der Regierung Lleras Camargo weiterhin ihrer Bewegungsfreiheit beraubt waren. Einer der Häftlinge, über den das Periodikum berichtete, das der politischen Bewegung von López Michelsen nahestand<sup>1689</sup>, war William Angel Aranguren, dem die Journalisten den Status eines politischen *guerrillero* zuschrieben und den sie mit den „Existenzialisten von Saint Germain“ verglichen. Der Bericht zeigte den späteren Desquite, wie er in seiner Zelle im Gefängnis La Picota *Las Guerrillas del Llano* las. Das Buch, das von einem der Anführer der liberalen Widerstandsgruppen in den *llanos orientales*, Eduardo Franco Isaza, verfasst worden war, las Aranguren vor einem Portraitbild von Gaitán.<sup>1690</sup>

Schon Gaitán hatte die entscheidende Differenzierung der Gesellschaft in der Unterscheidung zwischen dem *país nacional* und dem *país político* ausgemacht – eine Unterscheidung, die der Klassenzugehörigkeit eine zentrale Bedeutung zuwies. Und die bewaffneten, liberalen Widerstandsgruppen in den *llanos orientales* hatten im Widerstand gegen die Regierung Gómez, parallel zu dem Denken von Gaitán, zunehmend den Klassenunterschied als entscheidenden Faktor in den bewaffneten Auseinandersetzungen identifiziert – eine Entwicklung, die sich in der Verkündung der *Leyes del Llano* widerspiegeln und auch der Führungsebene der Liberalen Partei ernsthafte Sorgen bereitet hatte. So drückte Isaza in der zweiten Auflage des Buches, das Desquite in La Picota las, seine Bewunderung für die Kubanische Revolution aus. Er sah in dem bewaffneten Kampf von Castro und Guevara, die sich dem sozialistischen Block zuwenden, „einen großen historischen Meilenstein [...] nach] den Niederlagen der Mexikanischen und

<sup>1689</sup> Für das Verhältnis der Gruppe um *La Calle* und der liberale, parteiinterne Dissidenz vgl. César Ayala Diago: El origen del MRL (1957-1960) y su conversión en disidencia radical del liberalismo colombiano. In: Anuario Colombiano de Historia Social y de la Cultura 22 (1995), S. 95-121.

<sup>1690</sup> *La Calle*, 7.5.1959, „Señor Presidente, aún hay presos políticos“. Auch Henderson verweist auf den zunehmenden Kontakt von Aranguren mit linksliberalen Schriften und Theorien (Modernization, S. 398). Für die Politisierung von Aranguren s. auch Téllez: Crónicas, S. 159, 165.

den liberalen [Revolutionen] in Kolumbien“.<sup>1691</sup> Diesem Deutungsrahmen entlang von Klassengegensätzen hatte sich offenbar auch Desquite angenähert.

Mitte 1962 informierte *der secretario de gobierno* Tribin Piedrahita den ihm vorgesetzten Innenminister, dass Fotografien von Aranguren gefunden worden waren, die ihn bei der Lektüre der Reden von López Michelsen zeigten.<sup>1692</sup> Der Widerstand von López Michelsen gegen den *Frente Nacional* beruhte nicht zuletzt auf der Befürchtung, das in den politischen Agenden der Liberalen Partei tief verwurzelte Bekenntnis zu den Bedürfnissen unterprivilegierter sozialer Schichten würde sich in der Koalition mit ihren konservativen Pendants verflüchtigen<sup>1693</sup> – und diese Sorge um *campesinos* und *jornaleros* schien auch Desquite zu teilen. Weitere Indizien für die Abwendung von Desquite von einer Interpretation sozialer und politischer Realitäten, die in erster Linie von der subjektiv wahrgenommenen Differenz der *partidos tradicionales*, dem *sectarismo*, bestimmt wurde, liefern Nachrichten, die vor dem Hintergrund seines gewaltsamen Todes durch die Streitkräfte veröffentlicht wurden. Soldaten des *Batallón Patriotas* entdeckten in den Unterkünften von *campesinos*, die der Unterstützung von Desquite verdächtigt wurden, neben Militäruniformen, die der *cuadrilla* von Aranguren dienten, um ihre wahre Identität zu verschleiern und sich als Angehörige der staatlichen Sicherheitskräfte zu tarnen, kommunistisches Propagandamaterial.<sup>1694</sup>

In dem Maße, wie sich Desquite von Politikern wie Jaramillo Salazar abwendete, die ihm Legitimität im Sinne von Sánchez und Meertens gegeben hatten, versuchte er, sein nach wie vor gewalttägliches Handeln durch Referenzen auf dessen soziale – und nicht parteipolitische – Zielsetzungen, in Anlehnung an Gaitán und Franco Isaza, zu rechtfertigen. Aranguren wehrte sich aktiv gegen die Kriminalisierung seiner Person durch die Repräsentanten des politischen Establishments. In der zweiten Jahreshälfte 1962 schrieb Desquite einen Brief an den Präsidenten sowie den Innen-, Verteidigungs- und Justizminister, in dem er den Kabinettsmitgliedern des *Frente Nacional* erklärte, warum er zu den Waffen gegriffen habe. Mit der Verfolgung liberaler Parteimitglieder in seinem Heimatort Rovira während der Regierungszeit Gómez’, die in der Ermordung seines Vaters gipfelte, die

<sup>1691</sup> Palacios: Violencia pública, S. 67.

<sup>1692</sup> „Carta al Señor director Fernando Londoño y Londoño“ (AGN/FMI/SDM/18/165/1).

<sup>1693</sup> In Ibagué bekundete López Michelsen im November 1962, dass er die Unzufriedenheit über die Defizite des *Frente Nacional* in einer liberalen Oppositionsgruppe kanalisiert wissen wolle. Parallel zu seiner kritischen Haltung gegenüber der Koalitionsregierung wolle er aber auch mit der von ihm angeleiteten Bewegung verhindern, dass „sie [die Unzufriedenen] gezwungen werden, unter dem Zeichen des Hammers und der Sichel Zuflucht zu suchen“ (zit. in: Sánchez; Meertens: Bandits, S. 203).

<sup>1694</sup> El Cronista, 18.3.1964, „Desnaturalizada Madrasta Entregó su Hijo a ‘Desquite’“.

er als zwingenden Grund für den bewaffneten Widerstand anführte, bezog er sich auf die ersten Phasen des Untersuchungszeitraum. Er versuchte aber auch jüngere Gewaltakte zu erklären, die sich unter der Koalitionsregierung von Liberaler und Konservativer Partei ereigneten – also zu einem Zeitpunkt, zu dem die Gründe für die vorherigen bewaffneten Auseinandersetzungen, in der offiziellen Darstellung vonseiten der Regierung, bereits eliminiert worden waren.<sup>1695</sup>

Eine dieser von Aranguren ausgehenden Gewalttaten war der Angriff auf einen Konvoi des Heeres im Frühjahr 1962, dem zwölf Soldaten und zwei Zivilisten zum Opfer fielen – die Attacke hatte er schon in Nachrichten an das Offizierscorps des *Batallón Patriotas* begründet, die er auf den insgesamt vierzehn Leichen hinterlassen hatte. Die Streitkräfte habe er angegriffen, um Vergeltung für deren Razzia wenige Wochen zuvor zu nehmen, bei der die Lebensgefährtin von Desquite, Rosalba Aguilar (alias La Aviadora), getötet und in der Folge das gemeinsame Kind in staatliche Obhut genommen worden war.<sup>1696</sup> Auf einer der Leichen seiner Opfer hinterließ er eine Nachricht an die befehlshabenden Offizieren der Einheit, welche die Militäroperation durchgeführt hatte: „Dies ist für die Sache mit *La Aviadora*“.<sup>1697</sup>

Zwar war den Versuchen von Desquite, sich als politisch – und nicht kriminell – motivierten Akteur darzustellen, kein Erfolg beschieden, das heißt die Adressaten seiner Äußerungen schenkten ihm keinen Glauben und er wurde letzten Endes als kriminalisierter Gewalttäter getötet.<sup>1698</sup> Allerdings widerspricht die Tatsache, dass er sich mitunter an die obersten Stellen der politischen Exekutive wandte, um seine Gewalttaten zu rechtfertigen, dem gängigen Bild eines ausschließlich auf materielle Gewinne fixierten, pathologischen Übeltäters.

*El Cronista* sprach in einem Jahresrückblick im Dezember 1964 sogar davon, dass Desquite im Rahmen der Besetzung von El Hatillo „sein Regierungsprogramm (*programa de gobierno*)“ verkündet habe.<sup>1699</sup> Der den Artikel verfassende Autor führte nicht näher aus, welche Punkte das *Regierungsprogramm* von Aranguren umfasst habe, allerdings implizierte die Nachricht, dass er nicht ausschließlich das Ziel der kriminellen, materiellen Bereicherung verfolgte, sondern zumindest einen rudimentär formulierten politischen Anspruch für sein Handeln reklamierte. So unglaublich die Darstellung, er verteidigte die Interessen von *campesinos* und Arbeitern, auch für Zeitgenossen gewesen sein mag, wurde in

<sup>1695</sup> *El Cronista*, 20.9.1962, „William Aranguren envió una carta al Presidente“.

<sup>1696</sup> *El Cronista*, 18.3.1964, „La colaboración campesina hizo posible dar de baja a ‘Desquite’“.

<sup>1697</sup> *El Cronista*, 23.12.1964, „Una Trilogía Satánica: Desquite, Sangrenegra y Tarzán“.

<sup>1698</sup> *El Cronista*, 18.3.1964, „Eliminado Ayer Desquite“.

<sup>1699</sup> *El Cronista*, 23.12.1964, „Una Trilogía Satánica: Desquite, Sangrenegra y Tarzán“.

der Berichterstattung über sein Handeln auch auf seine punktuelle Mildtätigkeit gegenüber den Akteuren, die er zu verteidigen vorgab, verwiesen. Angesichts seines Bemühens um ein ausgewogenes Verhältnis, zumindest zu einem Teil, der Zivilbevölkerung attestierte die Regionalpresse Aranguren einen „romantischen Nimbus [...] Großzügigkeit“.<sup>1700</sup>

Die ihm zugeschriebene *Großzügigkeit* gegenüber der Bevölkerung in den Operationsgebieten von Aranguren spiegelte sich in den Nachrichten über das Massaker an 43 Personen an dem Ort La Italia, in der Nähe zum *departamento* Caldas gelegen, wider. Mit Blick auf den Massenmord, der in der damaligen Berichtstatzung als Sinnbild der Grausam- und Unnachgiebigkeit der *Violencia Tardía* galt, mutmaßte *El Cronista*, dass Desquite nicht der Urheber des Massenmordes sei. Zwar nannten erste Berichte über den Vorfall Aranguren als Täter, aber das Periodikum gab die Meinung der Ortsansässigen wieder, die zu bedenken gaben, dass „dieser [Desquite] für gewöhnlich seine Opfer nicht tötete“. Die Lokalbevölkerung lastete das Massaker vielmehr Jacinto Cruz Usma an, dem der *romantische Nimbus*, über den Desquite verfügte, abgesprochen wurde.<sup>1701</sup>

Die *Policía Nacional* berichtete, dass Aranguren zwar der Urheber des Massakers in La Italia gewesen sei, strich aber heraus, dass er Frauen und Kinder nicht getötet habe. Er habe sie verschont, nachdem er sie unterwiesen hatte, in Zukunft gegen die Regierung zu arbeiten<sup>1702</sup> – eine Vorgehensweise, auf welcher die Desquite zugeschriebene bedingte Mildtätigkeit beruhte. In der Erinnerung an den Tod der Menschen erinnerte die Regionalzeitung daran, dass Desquite während des Massakers nicht nur Frauen und Kinder verschont hatte. Auch einen jungen Mann, der ihm glaubhaft versichern konnte, dass er sich auf dem Weg zu einer Apotheke befand, um für seine sterbenskranke Mutter Medikamente zu besorgen, tötete Desquite nicht.<sup>1703</sup>

Bei einem anderen Überfall auf einen Überlandbus tötete Aranguren zwar einige Passagiere und entführte fünf weibliche Heranwachsende, aber „die Mehrheit der Personen wurde, gegen Geldzahlungen, am Leben gelassen“.<sup>1704</sup> Obgleich das Verhalten von Desquite in diesem Fall, wie auch in vielen anderen Fällen, nur schwerlich als *großzügig* gegenüber den Reisenden zu bezeichnen war, waren es

<sup>1700</sup> *El Cronista*, 23.12.1964, „La Muerte de Sangrenegra Cerró la Pacificación en el Norte Tolimense“.

<sup>1701</sup> *El Cronista*, 6.8.1963, „Degolladas Ayer 43 Personas“.

<sup>1702</sup> „D.I.C.E. Boletín Quincenal de Orden Público No. 15“ (AGN/FMI/SDM/45/376/30).

<sup>1703</sup> *El Cronista*, 5.8.1964, „Honras Fúnebres en ‘La Italia’ en Memoria de Víctimas de Desquite“. S. auch Prado Delgado: Bandoleros, S. 96-101.

<sup>1704</sup> *El Cronista*, 18.3.1964, „En un mes de Marzo va a Morir Desquite, vaticinó una Mujer, Víctima de él“.

diese Ansätze von Nachsicht gegenüber der Zivilbevölkerung, das ihn in seinem Verhalten von anderen *bandoleros* unterschied und aus der sich der *romantische Nimbus* und die *Großzügigkeit* von Desquite speisten.

Eine ähnliche Entwicklung wie Aranguren nahm Anfang der 1960er Jahre offenbar auch Teófilo Rojas, der als Verteidiger der Liberalen Partei gegen die konservativen Aggressionen in den bewaffneten Kampf gegangen war. Wie beschrieben sah sich Chispas wegen der in seiner Sicht falschen Beschuldigungen seiner Person und die immense Zahl von rachsüchtigen Feinden, die er sich im Laufe der Zeit gemacht hatte, gezwungen, den Status eines amnestierten *ex-guerrillero* aufzugeben und erneut zu den Waffen zu greifen. Nach dem Bruch mit seinem Protegé Oviedo, der in der Region Planadas die Interessen der Liberalen Partei, notfalls auch mit Gewalt, gegen die politische Opposition und als kriminell gebrandmarkte Akteure verteidigte, folgte Rojas dem Ruf liberaler *haciendados*, nach Quindío zu kommen, um sie und ihren Besitz zu schützen. Diese sahen sich den Angriffen nach wie vor aktiver konservativer Gewaltakteure wie den *pájaros* ausgesetzt, die parteipolitische Gründe anführten, um ihre zunehmend ökonomische Interessen verfolgende Gewalttaten zu rechtfertigen.<sup>1705</sup> Otto Morales Benítez, ehemaliger Generalsekretär der Liberalen Partei und späterer Minister der Regierung Lleras Camargo, sprach im Rahmen seiner Tätigkeit in der *Comisión Investigadora* mit von der *Violencia* betroffenen Zivilisten, wie den besagten *haciendados* aus Quindío. Morales Benítez zufolge unterstrichen diese gegenüber den Mitgliedern der Untersuchungskommission, dass Chispas von unschätzbarem Wert für ihr Wohlergehen sei, und weigerten sich, seinen Aufenthaltsort preiszugeben. Einige seien sogar bereit gewesen, eher ihr Leben zu lassen, als mit der Auslieferung von Chispas ihre Familien und die Angehörigen der *vorgestellten* Gemeinschaft Liberale Partei zu gefährden.<sup>1706</sup>

Majka nimmt an, dass Chispas nach seinem erneuten Griff zu den Waffen in den 1960er Jahren keinerlei politische Ziele verfolgte. Der Analphabet aus einfachen Verhältnissen teilte ihr zufolge die soziale Welt lediglich in gut und böse, das heißt in liberal und konservativ, ein, so wie es *Dichotomisierung der sozialen Welt* und die Diskurse exponierter Vertreter der Liberalen Partei vorgezeichnet hatten.<sup>1707</sup> Sicherlich gehorchten die ersten erneuten bewaffneten Auseinandersetzungen, an denen Chispas beteiligt war, den Logiken des *sectarismo*, welche die *Violencia* ausgelöst hatten. So zeichnete Teófilo Rojas verantwortlich für den Überfall auf die Reisegruppe des Musikkonservatoriums aus Manizales, weil der ungebildete

<sup>1705</sup> Pécaut: Orden y Violencia, S. 624.

<sup>1706</sup> Dr. Otto Morales Benítez: Zeitzeugeninterview, 12.7.2010.

<sup>1707</sup> Majka, Violencia, S. 28.

Gewaltakteur leichtfertig *Conservatorio (Musical)* mit *Conservador* verwechselt hatte.<sup>1708</sup> Und alles was konservativ war oder nur den Anschein erweckte, mit der Konservativen Partei in Verbindung zu stehen, wurde für einen Gewaltakteur wie ihn zum militärischen Ziel.

Die pauschalisierende Feststellung, dass Chispas in den 1960er Jahren lediglich durch den *sectorismo* geleitet worden sei, ist allerdings zu relativieren. Guzmán Campo, der als Vertreter der Katholischen Kirche Mitglied der *Comisión Investigadora* war und persönliche Gespräche mit ihm hätte führen können, erinnerte an den radikalen Antikommunismus, der ursprünglich Teófilo Rojas als *limpio* ausgezeichnet hatte. In dem von ihm verfassten Standardwerk zur *Violencia* stellte er aber gleichzeitig fest, dass „es nicht zu übersehen ist, dass es eine Berührung [mit kommunistischen Ideologien, L. R.] gab, durch deren Einfluss ein Gesinnungswandel in ihm [Chispas] einsetzte“.<sup>1709</sup> Und auch die Diözese von Tolima nannte Chispas als das Beispiel für einen ehemaligen liberalen Widerstandskämpfer, der sich kommunistisches Gedankengut angeeignet habe und dieses „verdeckt in den *partidos tradicionales*“ propagiere.<sup>1710</sup>

Dieser Gesinnungswandel, den Chispas durchlief, wird an einem Briefwechsel, den er im September 1962 mit Olga Botero unterhielt, besonders deutlich. Die Schönheitskönigin äußerte den Wunsch, sich mit den *guerrilleros* treffen, um sie besser kennenzulernen, sich einen Überblick über ihre Anliegen zu verschaffen und einen Beitrag zur Befriedung des Landes zu leisten.<sup>1711</sup> Chispas äußerte ange-sichts des bevorstehenden Gesprächs mit Botero seinen festen Entschluss,

der Regierung bei der Wiederherstellung des Friedens zuzuarbeiten, wenn die Regierung ihn nicht verfolgen würde, wie es vor einigen Jahren geschah, als er amnestiert wurde und sich, anstatt ihm Sicherheiten zu geben, wie es abgemacht worden war, die Verfolgung seiner Person intensivierte.<sup>1712</sup>

---

<sup>1708</sup> Ortiz Sarmiento: Estado, S. 243.

<sup>1709</sup> Guzmán Campos: Violencia, S. 317.

<sup>1710</sup> „Datos sobre la Violencia en el Tolima“ (AGN/FMI/SDM/46/383/4-7, hier: 5). Ein Kombattant aus der *cuadrilla* von Teófilo Rojas, Heriberto Espitia, begab sich in den frühen 1960er Jahren sogar nach Kuba, um sich dort politisch (und militärisch) weiterzubilden (Vargas Velásquez: Momentos).

<sup>1711</sup> Durch die Bezeichnung der Kombattanten als *guerrilleros* kriminalisierte Botero diese nicht a priori, was einen indirekten Rückschluss auf das Ansehen, das die Gewaltakteure in Teilen der Zivilbevölkerung genossen, erlaubt (El Cronista, 9.9.1962, „Olga Lucía entrevistará a ‘Chispas’ en Breve“).

<sup>1712</sup> El Cronista, 12.9.1962, „Olga Lucía llega Mañana a Ibagué Para Iniciar la Operación Chispas“.

Selbst der Bürgermeister von Roncesvalles, wo sich Chispas 1962 aufgehalten habe, glaubte an die Aufrichtigkeit seines Angebots, an der Befriedungskampagne aktiv teilzuhaben.<sup>1713</sup> Das Gespräch zwischen der *Reina Nacional del Folclor* und Rojas fand letzten Endes nie statt, allerdings ließ es Chispas sich nicht nehmen, in einem Brief an Olga Botero seine Sichtweise auf die politischen Entwicklungen und die jüngsten Gewaltvorfälle in Tolima zum Ausdruck zu bringen. Für die allseits beklagten „Akte der Barbarei, zu denen es jüngst in unserem *departamento* [Tolima, L. R.] kam [...], so wilde (*salvajes*) und feige Taten“, seien, wie Rojas beklagte, die staatlichen Sicherheitskräfte verantwortlich. Die Personen, die wie er zu den Waffen gegriffen hatten, „um die mit Füßen getretenen Rechte zu verteidigen“, würden ex post von den eigentlichen Tätern, den Ordnungshütern, der Bluttaten beschuldigt.<sup>1714</sup> Den zukünftigen Kampf von als kriminelle *bandoleros* wahrgenommenen Akteuren wie ihm sah er als einen

Kampf von Armen gegen Millionäre, [...] von Unterdrückten gegen Unterdrücker, [als] einen sozialen Kampf, von dem all diese niederträchtigen Übergriffe, welche die Oligarchie mit den ihnen zu Diensten stehenden Streitkräften begeht, ausgespart bleiben.<sup>1715</sup>

Auffallend ist, dass Teófilo Rojas gerade die niederträchtigen Übergriffe, das heißt als willkürlich empfundene Massaker, Vergewaltigungen, Folterungen und Verstümmelungen aus „unserem Kampf“<sup>1716</sup> ausgeschlossen wissen wollte. Für die Gräueltaten, welche die *Violencia*, insbesondere die *Violencia Tardia*, charakterisierten, waren aus seiner Sicht weniger die *cuadrillas bandoleras* wie die seine verantwortlich als vielmehr die staatlichen Sicherheitskräfte und die sie unterstützenden ehemaligen, dem *Frente Nacional* treu gebliebenen liberalen Widerstandskämpfer wie Mariachi oder El Diablo.

---

<sup>1713</sup> Ebenda.

<sup>1714</sup> El Cronista, 16.9.1962, „'Chispas' sí Escribió a Olga Lucia“.

<sup>1715</sup> Ebenda.

<sup>1716</sup> Ebenda.

## 9 Der Kampf gegen die *bandoleros* im Schwellenzustand

Als sich die erste Legislaturperiode des *Frente Nacional* ihrem Ende neigte und die Präsidentschaftswahlen näher rückten, intensivierte sich erneut die Gewalt, die mit der Einrichtung der Koalitionsregierung abgenommen hatte. Zwar war die Abstimmung 1962 für die Frage unerheblich, wer der nächste Präsident des südamerikanischen Landes sein würde, aber zur Bestimmung der parteiinternen Machtverhältnisse zwischen den verschiedenen politischen Fraktionen innerhalb der Traditionsparteien war sie maßgeblich – mit der Einrichtung des *Frente Nacional* hatten sich die politischen Machtkämpfe in die Parteien hinein verlagert.<sup>1717</sup> Um den gefürchteten flächendeckenden erneuten Ausbruch der Gewalt zu vermeiden, von der man hoffte, sie erst jüngst mit der Einrichtung der Koalitionsregierung beendet zu haben, gingen die staatlichen Sicherheitskräfte gegen die verbliebenen bzw. wieder erstarkenden Gewaltakteure in die Offensive. Dabei setzten sie allerdings keineswegs alleinig auf die militärische Repression der Gewaltakteure – die vorangegangenen Jahre hatten gezeigt, dass dieser allein kein Erfolg beschieden sein würde, solange bedeutende Teile der Zivilbevölkerung den *bandoleros* in ihren Operationsgebieten, freiwillig oder erzwungenermaßen, Hilfe gewährten.<sup>1718</sup> Vertreter der Kirche, welche die *Violencia* und ihre Konsequenzen in Tolima untersuchten, stellten fest, dass sich die staatlichen Sicherheitskräfte in den Operationsgebieten der *bandoleros* oftmals in numerischer Unterzahl gegenüber diesen befanden. Kritisch merkten sie an, dass dieser Befund nicht nur auf die bewaffneten Kombattanten zu beziehen sei, sondern auch die zivilen Unterstützer und Zuarbeiter der *bandoleros* eingerechnet werden müssten – ihren Schätzungen zufolge würden ungefähr 80% der Zivilbevölkerung vieler Gemeinden in Zentraltolima die Gewaltkollektive unterstützen.<sup>1719</sup>

In Anbetracht des multikausalen Charakters der Gewalt, der unter anderem zu der Hilfsleistungen für die *cuadrillas* führte, plädierte Lleras Camargo, erster Präsident des *Frente Nacional*, für Maßnahmen jenseits der „totalen Repression oder totaler Amnestie“, um der sich erneut ausbreitenden Gewalt Inhalt zu gebieten.<sup>1720</sup> Um die mannigfaltigen Gründe für die *Violencia* entsprechend zu berücksichtigen, sah die Regierung den Entzug der Unterstützung für die Gewaltakteure durch

<sup>1717</sup> Echeverri Uruburu: Elites, S. 193f.; Sabine Kurtenbach: Kolumbiens Demokratie – oder über den Zusammenhang von Gewalt und Politik. In: Lateinamerika. Analysen – Daten – Dokumentation 37 (1998), S. 44-54, hier: S. 45.

<sup>1718</sup> Karl: State Formation, S. 626ff.; Sánchez; Meertens: Bandits, S. 167ff.

<sup>1719</sup> „Datos sobre la Violencia en el Tolima“ (AGN/FMI/SDM/46/383/4-7, hier: 5).

<sup>1720</sup> „La Represión de la Violencia“, in: Lleras Camargo, Gobierno, Tomo 1, S. 391-394.

die lokale Bevölkerung als zentralen Punkt im Kampf gegen den *bandolerismo*. Die Bedeutung, die Zivilbevölkerung in den Operationsgebieten der *bandoleros* davon abzuhalten, diese zu unterstützen, verdeutlicht die kritische Anmerkung von José Ignacio Gil, *Inspector de Policía* in Santa Isabel. Dieser machte seine Vorgesetzten und den ermittelnden Richter darauf aufmerksam, dass die von ihm initiierten Razzien gegen die *cuadrilla* von Almanegra weitestgehend ergebnislos verliefen. Als einen der Gründe für das Ausbleiben der Erfolge nannte er den Umstand, dass bereits vor dem Anlaufen der Polizei- und Militäroperationen Informanten des Gewaltkollektivs Manuel Villarraga und seine Leute von den in Kürze ausrückenden staatlichen Sicherheitskräfte in Kenntnis setzen würden.<sup>1721</sup> Für die Inspektion des Tatortes eines Mordes, der Villarraga angelastet wurde, mahnte der befehlshabender Offizier der VI. Brigade, die mit der Verfolgung der *bandoleros* in Nordtolima beauftragt worden war, absolute Geheimhaltung über die Inspektion des Tatortes zu wahren. So wollte er die befürchteten „Störungen der Maßnahme durch Sympathisanten der *antisociales* verhindern“.<sup>1722</sup>

Um die Zivilbevölkerung davon abzuhalten, Gewaltakteure in der Hoffnung zu unterstützen, diese würden für die Interessen sozialer Unterschichten eintreten, war es notwendig, dass die Zivilbevölkerung, die sich der politischen Opposition zugehörig fühlte, die Vertreter des Staates nicht mehr lediglich als Repressionsagenten erfahren würden. Gerade während der vorherigen Regierungszeiten von Ospina Pérez, Gómez und Rojas Pinilla war dies hinsichtlich der Polizei- und Streitkräfte der Fall für die Mehrheit der Bevölkerung gewesen.<sup>1723</sup> Die im Rahmen der *Rehabilitación* geleisteten Wiederaufbaumaßnahmen zielen, neben der Wiederherstellung während der vorherigen Auseinandersetzungen zerstörter Dörfer, landwirtschaftlicher Flächen und der in Mitleidenschaft gezogener Infrastruktur, darauf, die Bürgerschaft wissen zu machen, dass die liberal-konservative Regierung ihre Belange und die Bedürfnisse in ihren Agenden berücksichtigen würde.<sup>1724</sup> So sollte dieser verdeutlicht werden, dass sie nicht auf vermeintlich für deren Anliegen streitende (Gewalt-)Akteure rekurrieren müsse, um ihren Belangen Gehör zu verschaffen.

Zu diesem Zweck wurden unter anderem sogenannte *equipos polivalentes* eingerichtet, die nach dem Vorbild vergleichbarer Entwicklungs- und Aufbauteams in Brasilien in den frühen 1950er Jahren konzipiert wurden. Diese *Mehrzweckgrup-*

<sup>1721</sup> „TSI, SN 7533 contra Aracely Cruz Figueroa et al. por Homicidio“ (AHJT/1.3/3/105/2/124).

<sup>1722</sup> Ebenda, f. 194.

<sup>1723</sup> Sánchez; Meertens: Bandits, S. 41.

<sup>1724</sup> Dies bekundete Lleras Camargo bereits kurz nach seinem Amtsantritt (vgl. „La Situación Nacional“, in: Lleras Camargo, Gobierno, Tomo 1, S. 113-136).

pen bestanden aus Fachleuten verschiedener Disziplinen, die dem *multikausalen Charakter der Violencia* gerecht werden sollten: Unter anderem Ärzte, Agronomen, Ingenieure und Sozialarbeiter sollten den Gemeinden, die am stärksten von den Gewalthandlungen während der vorangegangen Jahre betroffen waren, helfen, die Lebensqualität und den Lebensstandard zu erhöhen.<sup>1725</sup> Dabei sollten diese Entwicklungen nicht nur von außen angestoßen werden, sondern gleichzeitig einen Bewusstseinswandel in der lokalen Bevölkerung bewirken. Durch die *equipos polivalentes* sollte „die individuelle Anstrengung [zur Verbesserung der Lebensbedingungen] stimuliert, nicht angeleitet oder ersetzt, werden“.<sup>1726</sup>

Die Wiederaufbaumaßnahmen im Rahmen der *Rehabilitación* waren allerdings nicht nur zivil ausgerichtet, wie es der Einsatz der *equipos polivalentes* erscheinen ließ. Gerade in den Regionen, die am meisten des materiellen Wiederaufbaus und sozialer Maßnahmen bedurften, waren oftmals noch kriminell oder politisch motivierte Gewaltkollektive organisiert. Angesichts der Präsenz von Gewaltakteuren in den Regionen, in den Wiederaufbaumaßnahmen durchgeführt werden sollten, wurden die Streitkräfte mit vielen Maßnahmen der *Rehabilitación*, insbesondere in Infrastruktur- und Baumaßnahmen, beauftragt, da diese nicht nur über die notwendigen Gerätschaften für das unwegsame Gelände verfügten, sondern auch für ihren eigenen Schutz vor den *violentos* sorgen konnten.<sup>1727</sup>

Die zentrale Beteiligung der Streitkräfte an den Programmen der *Rehabilitación* führte dazu, dass diese in einigen ruralen Regionen zu bedeutenden Vermittlern der Regierungsaktivität wurden.<sup>1728</sup> Der *Frente Nacional* bekundete aber auch seine Bereitschaft und seinen Willen, gegen die verbliebenen Gewaltakteure militärisch vorzugehen. Dies hielt die mit den Wiederaufbau- und Befriedungsmaßnahmen beauftragte Kommission fest: Die *Comisión de Rehabilitación* identifizierte in den Regionen, in denen sie aktiv war, grundsätzlich drei verschiedene Formen der Gewalt in den ausgehenden 1950er, beginnenden 1960er Jahren. Gegen einen der Gewalttypen, gegen die als politisch charakterisierte Gewalt, sollten integrative Maßnahmen vonseiten des Staates erfolgen, das heißt den Gewaltakteuren sollte die Möglichkeit gegeben werden, in das zivile Leben zurückzukehren. Sollte diese Angebote ausgeschlagen werden, müsse aber „die gesamte Macht des Staates“, im Sinne von militärischer Repressionsmacht, gegen die politisch-subversiven Akteursgruppen, wie die *bandoleros sociales*, mobilisiert werden.<sup>1729</sup> Die *acco-*

<sup>1725</sup> Karl: State Formation, S. 187f.

<sup>1726</sup> „La Clase Campesina“, in: Lleras Camargo, Gobierno, Tomo 1, S. 257-267, hier: S. 265.

<sup>1727</sup> Karl: State Formation, S. 645.

<sup>1728</sup> Gallón Giraldo: República, S. 25.

<sup>1729</sup> Zitiert in: Sánchez: Rehabilitación.

*nes cívico-militares* der Streitkräfte waren somit der militärischen Repression lediglich vorgelagert, denn wer die Hilfsmaßnahmen und Regierungsangebote, in das zivile Leben zurückzukehren, nicht annahm, sollte *die gesamte Macht des Staates* zu spüren bekommen.

Neben der Gewährung von Hilfsleistungen für notleidende Zivilisten zielen die *zivil-militärischen Unternehmungen* auch darauf, die Gewaltakteure aus ihren sozialen (Unterstützer-)Netzen zu lösen, um sie zu isolieren und so das militärische Vorgehen gegen sie zu ermöglichen. Die Trennung der *violentos* von ihren zivilen Unterstützern sollte in einem ersten Schritt dadurch erreicht werden, dass das Bild der staatlichen Sicherheitskräfte grundlegend geändert wurde. Gerade in mehrheitlich liberalen *departamentos* wie Tolima sollten weite Teile der Zivilbevölkerung durch die Einbindung der Streitkräfte in Wiederaufbau- und Hilfsmaßnahmen davon überzeugt werden, dass deren Rolle unter dem *Frente Nacional*, im Unterschied zu den vorangegangenen parteipolitisch motivierten Auseinandersetzungen, den Vorgaben der Verfassung gehorche.<sup>1730</sup>

Daher umfassten die als *acciones cívico-militares* bezeichneten Unternehmungen der Streitkräfte nicht nur materielle und infrastrukturelle Wiederaufbaumaßnahmen, sondern zielen in besonderem Maße auf Hilfsleistungen für die Bevölkerung, in erster Linie auf die medizinische Versorgung sowie der Bereitstellung von Lebensmitteln für verarmte Teile der Landbevölkerung.<sup>1731</sup> Die *acciones cívico-militares* wurden denn auch nicht alleinig von dem *ministerio de guerra* konzipiert, sondern sowohl das Erziehungs- als auch das Gesundheitsministerium waren an den Planungen beteiligt.<sup>1732</sup> Der Innenminister Camacho Rueda lobte vor dem Hintergrund der Tötung von Cruz Usma die Kombination des militärischen Vorgehens gegen die Gewaltakteure mit zivilen Wiederaufbauprogrammen und Gesundheitsdienstleistungen für die Bevölkerung der Operationsgebiete der *bandoleros*.<sup>1733</sup> Und die regionale Presse aus Tolima strich einerseits den materiellen Nutzen für die Landbevölkerung heraus, betonte aber auch gleichzeitig, dass die Hilfsleistungen andererseits den „herzlichen Beziehungen, die zwischen dem in der Landwirtschaft Tätigen und dem Soldaten bestehen müssen“, förderlich seien.<sup>1734</sup>

---

<sup>1730</sup> Karl: State Formation, S. 32, 519-532.

<sup>1731</sup> El Cronista, 27.10.1962, „Campaña Cívico-Militar se Adelanta en Icononzo“. Vgl. auch Gallón Giraldo: República, S. 24; Rosales Ariza: Forjadores, S. 59.

<sup>1732</sup> El Cronista, 23.4.1964, „Campaña Cívico Militar a corto plazo“.

<sup>1733</sup> El Cronista, 29.4.1964, „Mingobierno comenta muerte de Cruz Usma“.

<sup>1734</sup> El Cronista, 27.10.1962, „Campaña Cívico-Militar se Adelanta en Icononzo“.

Neben der Modifizierung des Ansehens der Streitkräfte unter der Zivilbevölkerung trieb die Koalitionsregierung einen Spalt zwischen die verbliebenen Gewaltkollektive und Zivilisten, indem sie jenen den Status als Verteidiger der Bedürfnisse und Belange von *campesinos* abzusprechen versuchte. Bei dem Unterfangen, den *bandoleros sociales* den Ruf zu nehmen, für die Interessen der ruralen Bevölkerung zu kämpfen, der oftmals zur Unterstützung der Gewaltakteure führte, wurden die staatlichen Autoritäten von der regionalen Presse unterstützt. Der General Matallana, der die Militäroperationen gegen die Gewaltkollektive in Nordtolima kommandierte, beschrieb die Bemühungen der Streitkräfte in folgenden Worten: „Dem *campesino* wurde mit unanfechtbaren Beweisen gezeigt, dass die *cuadillas* keinerlei Idealismus oder politischen Anspruch hatten und dass sie einfach herzlose Kriminelle waren“.<sup>1735</sup>

*El Cronista* machte seine Leser darauf aufmerksam, dass die „Verbrecherbarden“ nicht für „die Wiederherstellung eines verletzten Rechts oder die Einfordnung sozialer Rechte für die Klasse der *campesinos*“ kämpfen würden – dieses Charakteristikum sprach der Kommentar lediglich den liberalen Widerstandsgruppen und ihrem Kampf gegen die Regierung Gómez und Rojas Pinilla zu.<sup>1736</sup> Das liberale Periodikum ermahnte weiterhin, dass die Gleichgültigkeit und das Schweigen der Bevölkerung als billigende Zustimmung für das Handeln der *bandoleros* verstanden werden könnten.<sup>1737</sup> Anstatt den sozialen Fortschritt voranzutreiben, seien die Gewaltkollektive, in den Augen der Vertreter des *Frente Nacional*, der Grund für den wirtschaftlichen Niedergang und den Verfall gesellschaftlicher Moral: „Daher können sie [die *bandoleros*, L. R.] keinen Banner der Gerechtigkeit anführen, noch kann man glauben, dass sie von edlen oder altruistischen Motiven geleitet werden“.<sup>1738</sup>

Der Gouverneur Tolimas Jaramillo Salazar, der ehemals gute Kontakte zu *bandoleros* wie Desquie unterhalten hatte, bemühte die antagonistische Gegenüberstellung zwischen Zivilisation und Barbarei, um den Kampf gegen den *bandolerismo* zu beschreiben. Mit dieser Differenzierung, die schon zur Beschreibung der kommunistischen Akteursgruppen und ihres Handelns genutzt worden war, zielte er darauf, ihnen die Unterstützung aus Teilen der ländlichen Zivilgesell-

<sup>1735</sup> El Cronista, 23.12.1964, „La Intervención del Batallón Colombia en la Pacificación del Norte del Tolima“.

<sup>1736</sup> El Cronista, 9.1.1963, „Terrorismo y Violencia“.

<sup>1737</sup> Ebenda.

<sup>1738</sup> El Cronista, 21.12.1962, „Paz y Justicia“. Fajardo verweist darauf, dass mit dem Kampf gegen den *bandolerismo* auch sozialrevolutionäre Oppositionsprojekte bekämpft wurden. Hunderte von *dirigentes populares* fielen der staatlichen Repression der *bandoleros sociales* zum Opfer (Violencia, S. 285).

schaft zu entziehen.<sup>1739</sup> Die *violentos* seien, wie *El Espectador* festhielt, „Feinde des Friedens und der Eintracht“.<sup>1740</sup> Sich der Annäherung der *bandoleros sociales* an kommunistische Deutungs- und Handlungsrahmen bewusst stellte die liberale Tageszeitung sie als „*Frente Antinacional*“, das heißt als Antipode zu der Koalitionsregierung der *partidos tradicionales*, dar, die sich um das harmonische und gewaltfreie Zusammenleben aller Kolumbianer, sodieSelbstdarstellung, bemühe.<sup>1741</sup>

Während die Regierung des *Frente Nacional* und die ihr nahestehende Presse besagte Aufklärungskampagne über den in ihrer Sicht wahren, kriminellen Charakter der Gewaltakteure führte, entwickelten Personen wie Desquie oder Chispas keine nennenswerten gezielten Gegendarstellungen und -diskurse zu den staatlichen Kriminalisierungsstrategien. Nur in den wenigen, in der vorliegenden Arbeit untersuchten Dokumenten, von denen aber keins von den *bandoleros* selber verfasst wurde, stellten sie ihre Sicht auf die politischen Entwicklungen in Kolumbien dar. Sánchez und Meertens sehen in dieser Tatsache eine der Bedingungen, die zu ihrer Niederlage gegen die staatlichen Sicherheitskräfte führte.<sup>1742</sup>

Als zusätzlichen Anreiz an die Zivilbevölkerung, sich von den Gewaltakteuren zu trennen und Informationen über diese preiszugeben, stellte die Regierung hohe Geldsummen für diejenigen Personen in Aussicht, die Informationen lieferten, die zur Ergreifung – oder Tötung – der gesuchten *bandoleros* führten.<sup>1743</sup> Insbesondere die regionale Presse veröffentlichte Anzeigen, die auf die in Aussicht gestellten monetären Entlohnungen für die Zusammenarbeit mit den staatlichen Sicherheitskräften aufmerksam machten. *El Cronista* unterstrich einerseits die absolute Geheimhaltung der Identität der Informanten, um Ängste vor der Rache der *bandoleros* und ihrer *cuadrillas* zu zerstreuen. Andererseits wurde versucht, durch den Verweis auf bereits ausgezahlte Belohnungen, zum Beispiel im Fall von Pedro Brincos, den Anreiz zu erhöhen, Informationen an die Strafverfolgungsbehörden zu geben.<sup>1744</sup> Auch José Andrés Padilla Molina (alias Poker) konnte durch die Informationen aus der lokalen Bevölkerung aus den umliegenden Dörfern der *cabeza departamental* getötet werden.<sup>1745</sup>

---

<sup>1739</sup> Vgl. *El Cronista*, 6.1.1963, „’Hemos Laborado en la Lucha Contra los Bárbaros’ Dice el Gobierno del Tolima“.

<sup>1740</sup> *El Espectador*, 9.5.1963, „El Frente Antinacional“.

<sup>1741</sup> Ebenda.

<sup>1742</sup> Sánchez; Meertens: Banditry, S. 167.

<sup>1743</sup> Karl: State Formation, S. 676.

<sup>1744</sup> *El Cronista*, 14.1.1964, „Cuantiosas Recompensas!“. Reproduktionen zeitgenössischer Fahndungsplakate finden sich auch in: Sánchez; Meertens: Bandits, S. 140f.

<sup>1745</sup> *El Cronista*, 10.9.1963, „Tranquilidad en amplio sector tolimense por caída de ‘Poker’“.

Der Erfolg, den die Aussetzung von Kopfgeldern auf die gesuchten Gewaltakteure mit sich brachte, Sánchez und Meertens sprechen sogar von „dem Florieren der ‚Informantenindustrie‘“<sup>1746</sup>, verdeutlichte sich an der Tötung von Sangrenegra: Kein geringerer als sein eigener Bruder Felipe brachte die staatlichen Sicherheitskräfte auf die Spur von Cruz Usma, um in den Genuss der hoch ange setzten Belohnung zu kommen, was dessen Tötung ermöglichte.<sup>1747</sup>

Die Causa Sangrenegra verdeutlicht aber auch ein weiteres Charakteristikum, das die *bandoleros sociales* der ersten Hälfte der 1960er Jahre auszeichnete. Der Bruder von Cruz Usma gab an, dass er Sangrenegra an die staatlichen Behörden habe ausliefern müssen, da dieser gedroht habe, ihn zu töten.<sup>1748</sup> So wie sich Sangrenegra offenbar gegen Mitglieder seiner engsten potentiellen Unterstützergruppe, seine Familie, gestellt hatte, isolierten sich auch andere *bandoleros* von ihrer sozialen Basis und „brachen die horizontalen Verbindungen zu dem *campesinado*“<sup>1749</sup> – nachdem sich schon die vertikalen politischen Beziehungen zu *caciques* und *gamonales* der Liberalen Partei wie Jaramillo Salazar verflüchtigt hatten. Unter diesen Umständen erhöhte sich die Wahrscheinlichkeit, dass Zivilisten, die in den Aktionsräumen der *bandoleros* lebten, mit den staatlichen Autoritäten gegen die Gewaltakteure zusammenarbeiten würden.<sup>1750</sup>

Ein deutliches Beispiel für einen *bandolero*, der sich gegen seine eigene Unterstützergruppe stellte, war neben Cruz Usma Ismael Saavedra (alias Almanegra). José Ismael Reinoso, der verdächtigt wurde, den *bandolero* unterstützt zu haben, führte 1964 zu seiner Verteidigung an, dass Almanegra damit gedroht habe, alle Mitglieder der Liberalen Partei zu töten, die ihn nicht unterstützen würden, obwohl er sie verteidige.<sup>1751</sup>

Auch die Überfälle auf Überlandbusse, die zu einer bevorzugten Finanzierungsquelle der *cuadrillas bandoleras* wurden, verdeutlichen, in welchem Maße die *bandoleros* sich gegen die sozialen Sektoren stellten, deren Rechte sie zu verteidigen vorgaben und von denen sie im Gegenzug Unterstützung für ihr Handeln einforderten. Bei diesen wurden weniger wohlhabende *finqueros* oder Großgrundbesitzer zu Opfern. Vielmehr richtete sich mit den Überfällen die Gewalt der *bandoleros* vornehmlich gegen ihre eigenen (potentiellen) Unterstützergruppen.

<sup>1746</sup> Sánchez; Meertens: Banditry, S. 167.

<sup>1747</sup> El Cronista, 23.12.1964, „Muerte de Sangrenegra“; El Cronista, 29.4.1964, „Sangrenegra rindió cuentas“.

<sup>1748</sup> El Cronista, 23.12.1964, „Muerte de Sangrenegra“.

<sup>1749</sup> Karl: State Formation, S. 636.

<sup>1750</sup> Betancourt; García: Matones, S. 153.

<sup>1751</sup> „Juzgado 123 de Instrucción Criminal, SN 3409 contra José Ismael Reinoso Alvarez et al. por Asociación para Delinquir“ (AHJT/2/3/15/13/4).

pen: Landarbeiter, Tagelöhner, *colonos* und *campesinos*, die am häufigsten zu den Passagieren der Buslinien zählten, wie der Kommentator von *El Cronista* kritisch anmerkte.<sup>1752</sup>

Akteure wie Pedro Brincos, Desquite oder Chispas kehrten mit dem Abbruch der Beziehungen zu den *oficialistas*, in deren Namen sie in den Kampf gezogen waren, der Liberalen Partei zunehmend den Rücken.<sup>1753</sup> In dem Maße, wie ehemalige *bandoleros políticos* wie Chispas oder Desquite die Gründe für die Gewalthandlungen in den Differenzen zwischen den gesellschaftlichen Gruppen bezüglich ihrer sozioökonomischen Position sahen, und weniger in der Zugehörigkeit zu unterschiedlichen Parteien, trat ihr Handeln auch in Widerspruch zu den Interessen liberaler *haciendados* und Regionalpolitiker. Die Erpressung von finanziellen und anderen materiellen Unterstützungsleistungen vergrößerte deren Bereitschaft, mit den staatlichen Sicherheitskräften gegen die *cuadrillas bandoleñas* zusammenzuarbeiten.<sup>1754</sup>

Zwar versuchten die *bandoleros sociales*, dem Gewalthandeln einen sozialen Gehalt und eine Dimension des Klassenkampfes zu geben, aber es gelang ihnen nicht, sich eine feste soziale Basis entlang von Klassenlinien, jenseits der (vor-gestellten) Grenze zwischen den Traditionsparteien zu schaffen.<sup>1755</sup> Lediglich die dezidiert im Namen des *Partido Comunista* agierenden Kombattanten wie Isauro Yosa, Manuel Marulanda Vélez und Ciro Castaño überdauerten die Epoche der *Violencia* und formierten Mitte der 1960er Jahre die *Fuerzas Armadas Revolucionarias de Colombia*, die bis in die Gegenwart das politische Feld Kolumbiens maßgeblich prägen. Die *bandoleros sociales* hingegen unterlagen letzten Endes im Kampf, den die staatlichen Sicherheitskräfte gegen sie führten, die *guerra contra el bandolerismo*, denn sie vermochten es nicht, das sie unterstützende soziale Netzwerk so weit zu spannen, als dass es ihnen erlaubt hätte, die massive Repression durch die Streitkräfte zu überstehen.

Die Situation, in der sich die *bandoleros sociales* befanden, gestaltete sich in den 1960er Jahren zunehmend schwieriger. Auf der einen Seite hatten sie die Unterstützung von Repräsentanten der Traditionsparteien, und damit politische Legitimität im Sinne von Sánchez und Meertens, verloren. Auf der anderen Seite erhöhten die Streit- und Polizeikräfte den militärischen Druck auf die Gewaltkollektive, von denen viele zumindest in ihrer Selbstsicht zunehmend für den

<sup>1752</sup> El Cronista, 9.1.1963, „Terrorismo y Violencia“.

<sup>1753</sup> González Prieto, Chispas und Desquite teilten offenbar nicht nur die Ziele, die sie gewaltsam zu erreichen versuchten, sondern arbeiteten zumindest zeitweise auch zusammen (vgl. El Cronista, 17.9.1963, „‘Pedro Brincos’ fué Dado de Baja Ayer“).

<sup>1754</sup> Sánchez; Meertens: Bandits, S. 86.

<sup>1755</sup> Ebenda, S. 28-31.

sozialen Wandel stritten.<sup>1756</sup> Gleichzeitig bemühten sich die staatlichen Autoritäten darum, dass die politischen Umbrüche auch zu einer spürbaren Verbesserung der Lebenssituationen für die Bürgerschaft führten, das heißt gerade die ländliche Bevölkerung in den Operationsgebieten der Gewaltakteure sollte erfahren, dass mit der Rückkehr zu demokratischen Gepflogenheiten, wie die Traditionsparteien den *Frente Nacional* werteten, auch die staatliche Sorge um das Allgemeinwohl zurückgekehrt sei.<sup>1757</sup> Unter diesen diffizilen Umständen begingen die unter Druck geratenen *cuadrillas* von *bandoleros sociales* den entscheidenden Fehler, ihren bereits ausgedünnten Unterstützergruppen die gestiegenen materiellen und politischen Kosten des irregulären Kampfes aufzubürden. Die damit verbundenen sozialen Belastungen für die Zivilbevölkerung führten zu der sinkenden Unterstützung der *cuadrillas* – vor allem nach dem Regierungswechsel 1962.<sup>1758</sup>

Sowohl Desquie als auch Sangrenegra waren sich der Versuche der sie verfolgenden Streitkräfte bewusst, Zivilisten im Kampf gegen den *bandolerismo* auf ihre Seite ziehen zu wollen. In ihren Versuchen, die wachsende Zahl von Informanten und Zuarbeitern des Heeres, von *sapos*, zu eliminieren, richteten sich ihre blutigen und oftmals willkürlichen Vergeltungs- und Einschüchterungsmaßnahmen immer stärker gegen die eigene soziale Basis.<sup>1759</sup> Insbesondere die sexualisierte Gewalt gegen vermeintliche Unterstützer der staatlichen Sicherheitskräfte und deren familiäres Umfeld brachten die *bandoleros sociales* unter ihren ehemaligen oder potentiellen Unterstützern in Misskredit. Vergewaltigungen von Frauen und Mädchen, die bereits in den Jahren zuvor massiv angewendet worden waren, um den Widersacher in seiner Kampf- und Widerstandsbereitschaft zu brechen, hatten insbesondere in der ruralen lokalen Gesellschaft, die stark patriarchalisch und traditional geprägt war, nicht zu unterschätzende Auswirkungen auf das Prestige und den Ruf der Gewaltakteure in ihrem sozialen Umfeld.<sup>1760</sup>

---

<sup>1756</sup> Ebenda, S. 162ff.

<sup>1757</sup> Karl: State Formation, S. 798ff.

<sup>1758</sup> Ortiz Sarmiento: Estado, S. 165. Waldmann verweist, darauf, dass in lange andauernden Bürgerkriegen oftmals die Unterscheidung zwischen den eigenen Unterstützern und der feindlichen Bevölkerung verschwindet (Gesellschaften, S. 357).

<sup>1759</sup> Meertens: Ensayos, S. 167-170.

<sup>1760</sup> Sánchez; Meertens: Banditry, S. 167. In patriarchalisch geprägten sozialen Kontexten ist oftmals ein hohes Maß an sexualisierter Gewalt zu beobachten, die der Zurschaustellung der Männlichkeit des Täters dienen soll. Gleichzeitig soll den maskulinen Opfern die Mangelhaftigkeit ihrer Männlichkeit und ihre Unfähigkeit, den weiblichen Mitgliedern der eigenen Gemeinschaft Schutz bieten zu können, aufgezeigt werden (Ana Alonso: Sovereignty, the Spatial Politics of Security, and Gender: Looking North and South From the US-Mexican Border. In: Christian Krohn-Hansen und Knut G. Nustad (Hrsg.): State Formation. Anthropological Perspectives. London/Ann Arbor 2005, S. 27-52, hier: S. 43f.; s. auch Skurski; Coronil: Intro-

Erschwerend kam für die *bandoleros sociales* hinzu, dass sich der *Movimiento Revolucionario Liberal*, der ihnen über einen langen Zeitraum noch ein Mindestmaß an politischer Legitimität im Sinne von Sánchez und Meertens gewährt hatte, sich zunehmend institutionalisierte und vergleichsweise gemäßigte politische Agenden vertrat, während die *bandoleros sociales* politisch immer radikaler agierten.<sup>1761</sup> Vor dem Hintergrund der schwindenden Legitimationsquelle, durch die Abkehr von Vertretern des *oficialismo* bzw. der parteiinternen Dissidenz, vermochten es die *bandoleros sociales* nicht, ihre soziale Basis ausreichend zu erweitern, um diesen Wegfall an politischer Legitimität auszugleichen.<sup>1762</sup>

Vielen liberalen *guerrilleros* war es nicht möglich, die *Dichotomisierung der sozialen Welt*, die sie in den bewaffneten Kampf gegen die Konservativen geführt hatte, gleichsam schnell wie Vertreter der *partidos tradicionales* auf der nationalstaatlichen Ebene zu überwinden.<sup>1763</sup> Meertens zufolge entwickelten die *bandoleros sociales* der *Violencia Tardía* einen Deutungsrahmen, der von zwei sich tendenziell widersprechenden Faktoren maßgeblich gespeist wurden. Auf der einen Seite wurden sozioökonomische Differenzen in der Gesellschaft bedeutsam für die Wahrnehmung politischer und sozialer Realitäten. Personen wie Chispas und Desquite gelang es auf der anderen Seite aber nicht, den auf dem *sectarismo* basierenden Deutungsrahmen vollständig hinter sich zu lassen und durch einen zu ersetzen, der die Klassenzugehörigkeit als ausschließlichen oder zumindest zentralen *cleavage* definiert hätte. Vielmehr kombinierten sie beide *cleavages* miteinander, sodass das Bewusstsein über die Klassenunterschiede und deren Einfluss auf die sozialen sowie politischen Realitäten nach wie vor durchsetzt war von der Bedeutung der Partezugehörigkeit. Dies hieß in der ersten Hälfte der 1960er Jahre in den ruralen Zonen Tolimas, dass die *bandoleros sociales* das sie unterstützende Netzwerk bedeutsam verkleinerten. Auf Basis des *cleavage* Klassenzugehörigkeit stützten sie sich „nur noch“ auf *campesinos* (und nicht mehr gutgestellte

---

duction, S. 23). Gerlach verweist auf die Bedeutung von sexualisierter Gewalt für die massenweise Vertreibung der Zivilbevölkerung aus bestimmten Regionen des Landes und für die Demonstration absoluter Macht gegenüber dem militärischen Gegner (Gesellschaften, S. 381f.).

<sup>1761</sup> Der zunehmend moderateren Ausrichtung des MRL wurde sich auch Pedro Ramos gewahr, der in den ausgehenden 1940er Jahren zu den Organisatoren kommunistischer *auto-defensas* im südlichen Tolima gehört hatte. Er sagte sich von dem MRL los und argumentierte in seinem Begründungsschreiben an López Michelsen, dass sich die Präsenz des MRL in der Volksvertretungen in „einen beruflichen Parlamentarismus (*parlamentarismo profesional*)“ gewandelt habe und die Abgeordneten nicht mehr auf „den radikalen Wandel unserer [politischen] Institutionen“ hinarbeiten würden (El Cronista, 28.11.1963, „Pedro J. Ramos Dejó las Toldas del MRL. del Tolima“).

<sup>1762</sup> Téllez: Crónicas, S. 184; Sánchez; Meertens: Bandits, S. 33, 161.

<sup>1763</sup> Sánchez; Meertens: Bandits, S. 24.

Liberale aus höheren sozialen Schichten), aber wegen des nach wie vor virulenten *sectarismo* lediglich auf *campesinos*, die der Liberalen Partei angehörten. Meertens beschreibt dieses Bewusstsein für die Bedeutung der Klassenzugehörigkeit, die jedoch mit der Differenzierung nach Parteimitgliedschaft durchsetzt war, als „fragmentiertes Klassenbewusstsein, einen sozialen Antagonismus durchdrungen von der Parteihängigkeit“.<sup>1764</sup>

Dieser Punkt lässt sich an den Ermittlungen gegen Julio César Castro Rivera verdeutlichen. Dieser wurde beschuldigt, der *cuadrilla* unter Führung von Sangrenegra anzugehören und an mehreren Massakern beteiligt gewesen zu sein. Pedro Luis Muñoz Mejía zufolge, der die Konversation zwischen Castro Rivera und einer Prostituierten mitgehört hatte, habe der Verdächtige gegenüber der Frau zugegeben, an den unter Zeitgenossen Aufsehen erregenden Massakern in Totorito und Las Damas<sup>1765</sup> beteiligt gewesen zu sein. Wie sehr die Täter die *Dichotomisierung der sozialen Welt* und den entsprechenden *sectarismo* verinnerlicht hatten, wird an dem Bekenntnis von Castro Riveras deutlich. Er bekundete gegenüber der Prostituierten, „dass diese *godas*, weil sie wohl schwanger waren, nicht leicht zu töten waren und dass sie ihnen deshalb in den Bauch stachen, damit sie endlich starben“.<sup>1766</sup>

Sant Cassia streicht heraus, dass die Tötung von Kindern auf eine besonders tief verwurzelte Feindschaft verweist, die in Versuchen münden kann, die gesamten Familien des eigentlichen Widersachers auszulöschen.<sup>1767</sup> Aus der Perspektive der Täter, über die Muñoz Mejía berichtete, waren die Mitglieder der Konservativen Partei und ihre weiblichen Verwandten Antipoden zu der liberalen Gefolgschaft, die es um jeden Preis vollständig, zusammen mit den potentiellen Nachkommen auszulöschen galt – ungeachtet der unterstellten Annäherungen von Sangrenegra an politischen Gruppierungen, die den *sectarismo* verurteilten und zu überwinden versuchten.<sup>1768</sup>

---

<sup>1764</sup> Meertens: *Ensayos*, S. 150; s. auch 149ff.

<sup>1765</sup> Für weitere Informationen zu den Massakern vgl. Prado Delgado: *Bandoleros*, S. 60ff.

<sup>1766</sup> „TSI, SN 11.647 contra Julio César Castro Rivera por Asociación para Delinuir“ (AHJT/2/3/15/2/17v).

<sup>1767</sup> Sant Cassia: *Discourses*, S. 239.

<sup>1768</sup> Münkler zufolge werden Kombattanten in dem Maße, wie irreguläre Streitkräfte die kriegerischen Auseinandersetzungen führen, zum Teil einer sozialen Gemeinschaft, die in ihrer Gesamtheit zum Feind erklärt wird und die in ihrer Gesamtheit vernichtet werden müsse (Hermann Münkler: Symmetrische und asymmetrische Kriege. In: Merkur 58:8 (2004), S. 649-659, hier: S. 652). Münkler bezieht sich allerdings vornehmlich auf die sogenannten *neuen Kriege* des frühen 21. Jahrhunderts, wobei seine Anmerkungen mitnichten nur auf diese zu beziehen sind.

Das von Meertens evozierte *fragmentierte Klassenbewusstsein*, das sowohl Parteizugehörigkeit und den *sectarismo* als auch Klasse zu konstitutiven Merkmalen für die Definition von Freund und Feind machte, wird auch in der Aussage von Dagoberto Cruz deutlich. Dieser informierte vor Gericht über die Aktivitäten und Verbrechen der von Almanegra angeführten *cuadrilla*. Er gab zu Protokoll, dass er von den *bandoleros* bedroht worden sei und getötet werden solle, weil er „ein *godo* war und seine Stimme für den *Frente Nacional* abgeben hatte“.<sup>1769</sup> Wie deutlich wird, argumentierten die Gewaltakteure, die Cruz nachstellten, zweigleisig. Einerseits bezeichneten sie ihn als *godo*, das heißt sie nahmen ihn als Mitglied der Konservativen Partei wahr, das sich derer ideologischen Grundlagen bewusst war und sie verteidigte, und deshalb getötet werden müsse. Gleichzeitig wollten sie ihn ermorden, weil er der liberal-konservativen Koalitionsregierung, welche die Belange popularer Sektoren nicht ausreichend beachte, in den letzten Wahlen seine Stimme gegeben hatte. In dem politischen Feld Kolumbiens der *Violencia Tardía* wurde, wie dieses Beispiel als *pars pro toto* verdeutlicht, durchaus versucht, die Gewalt, die noch in dem „alten“ *sectarismo* begründet war, durch „neue“ Legitimationsmuster zu rechtfertigen. An die Kritik des des MRL und kommunistischer Gruppierungen anschließend, die den *Frente Nacional* als populäre Anliegen ignorierend und oligarchisch verurteilten, sollte die Gewalt und die *odios heredados* gegen den konservativen Erzfeind gerechtfertigt werden.

Der Anthropologe Victor Turner, der sich vorrangig mit Veränderungsprozessen und dem Statuswechsel sowohl ethnischer Gruppen als auch Individuen beschäftigt, unterteilt den Vorgang des Übergangs aus einem altvertrauten in ein neues soziales Gefüge in Anlehnung an van Genneps *rites de passage* in drei Phasen: die Trennungs-, die Schwellen- und die Angliederungsphase. Nachdem sich das Individuum bzw. das Kollektiv aus der traditionellen Sozialstruktur gelöst hat, durchschreitet es, als *Grenzgänger*, den durch Unbestimmtheit und Ambiguität gekennzeichneten Zwischenraum der *Liminalität*, bevor es in der Angliederungsphase einen fixierten, mit Rechten und Pflichten versehenen Platz in der neuen gesellschaftlichen Ordnung einnimmt.<sup>1770</sup> Die Feststellungen von Turner zu den Transformationsentwicklungen ethnischer Gemeinschaft in gesamtgesellschaftlichen Modernisierungsprozessen lassen sich auf die *bandoleros políticos* und

<sup>1769</sup> „TSI, SN 7533 contra Aracely Cruz Figueroa et al. por Homicidio“ (AHJT/1.3/3/105/2/ 4v).

<sup>1770</sup> Victor Turner: Das Ritual. Struktur und Anti-Struktur. Frankfurt (Main)/New York 2005 (engl. Originalausgabe 1969), S. 94-127, insbesondere S. 94-105. S. auch Michael Riekenberg: Über die Gewalttheorie von Georges Bataille und ihren Nutzen für die Gewaltsoziologie. In: Comparativ 21:1 (2011), S. 105-128, hier: S. 126f. Für den Einfluss der Lehre von Sigmund Freud auf das Werk von Turner vgl. Elliott Oring: Victor Turner, Sigmund Freud, and the Return of the Repressed. In: Ethos 21:3 (September 1993), S. 273-294.

*sociales* in Kolumbien der 1960er Jahre übertragen bzw. lassen sich diese und ihr Verhalten mit den Konzepten Turners beschreiben.

Im Fall des *bandolerismo* stellte die Liberale Partei das altvertraute Sozialsystem dar, denn wie in Teil II der vorliegenden Arbeit gezeigt war die Liberale Partei für ihre Mitglieder nicht nur ein politischer Zusammenschluss. Vielmehr war sie, in den Worten von Santos, „ein Kriterium, um die kollektiven Taten zu werten, eine Norm, um unserer kollektives Handeln zu leiten, ein leuchtendes Ziel unserer Anstrengungen“.<sup>1771</sup> So wie sich die *bandoleros políticos*, die liberalen *gamonales* zu Diensten gewesen waren, von diesen lossagten, und als *bandoleros sociales* sozioökonomische Differenzierungen als die soziale Realität bestimmenden Faktor betrachteten, lösten sie sich auch von dem Sozial- und Wertesystem, das die Liberale Partei verkörperte. Turner folgend begaben sie sich mit dem Verlassen der Liberalen Partei in den Raum der *Liminalität*, dessen „Eigenschaften [...] notwendigerweise unbestimmt sind, da dieser Zustand und diese Personen durch das Netz der Klassifikationen, die normalerweise Zustände und Positionen im kulturellen Raum fixieren, hindurchschlüpfen“.<sup>1772</sup> Der unbestimmte, liminale Zustand, in dem sich Desquite, Chispas und ihresgleichen nach der Lösung aus der Liberalen Partei befanden, äußerte sich in ihrem *fragmentierten Klassenbewusstsein*: Einerseits erklärten sie mit wohlhabenden Landbesitzern und Agrarunternehmern ihre ehemaligen Protegés auf Basis des Klassengegensatzes zu ihren Feinden. Andererseits suchten sie vor dem Hintergrund des traditionellen *sectarismo* nur in dem liberalen *campesinado* – und nicht dem konservativen – vergeblich ihre soziale Basis.<sup>1773</sup>

Die von den Streitkräften geführte *guerra contra el bandolerismo* einerseits, die Unfähigkeit der *bandoleros sociales*, sich den geänderten Rahmenbedingungen der *Violencia Tardía* anzupassen, andererseits verhinderten, dass sie in den von Turner aufgezeigten letzten Abschnitt des Übergangs eintraten. In dieser, der Angliederungsphase, hätten sich die *Schwellenwesen bandoleros* wohlmöglich in dem neuen, angestrebten Sozial- und Wertesystem eingefunden, das die Klassenzugehörigkeit als alleiniges Definitionsmerkmal gesehen hätte. Den Kampf gegen die staatlichen Sicherheitskräfte fochten die *bandoleros* aber als *liminale Schwellenwesen*, bevor sie in der neuen Ordnung ihren Platz gefunden hätten – und möglicherweise eine soziale Basis hätten in Anspruch nehmen können, die ihnen erlaubt hätte, den Kampf weiterzuführen oder sogar als Sieger aus diesem hinauszugehen.

<sup>1771</sup> El Tiempo, 29.1.1947, „Discurso del Doctor Eduardo Santos“.

<sup>1772</sup> Turner: Ritual, S. 95.

<sup>1773</sup> Sánchez; Meertens: Bandits, S. 31ff.

Wie Joseph herausstreich, sind bäuerlichen Revolten, im Rahmen derer die Protagonisten auf eine gefestigte Unterstützergruppe zählen können, oftmals Phasen gestiegener Kriminalität und Gewalt vorgelagert.<sup>1774</sup> Auch Münkler beschreibt, mit Rückgriff auf Mao Tse-tung, irreguläre Kombattanten, wie sie Desquite und Chispas waren, als Akteure, die sich als „Larve des Revolutionärs“ zu sozialrevolutionären Akteuren und *Partisanen der Revolution* entwickeln können.<sup>1775</sup> Der von Joseph und Münkler formulierten Thesen folgend wären Gewaltakteure wie Desquite oder Chispas die Protagonisten der Übergangsphase zu der politischen Bauernrevolte gewesen.

Als liminale *Schwellenwesen* waren die *bandoleros* der kolumbianischen *Violencia Tardía* aber „weder das eine noch das andere, sondern bef[a]nden sich zwischen den vom Gesetz, der Tradition, der Konvention und dem Zeremonial fixierten Positionen“.<sup>1776</sup> Die Position im Raum der *Liminalität* und das *fragmentierte Klassenbewusstsein* führten dazu, dass sie einerseits Latifundisten und mit hohem Maß an ökonomischem Kapital ausgestattete Vertreter der Traditionsparteien angriffen und in ihren sozialen und politischen Ambitionen beeinträchtigten, andererseits aber lediglich für liberale *campesinos* zu kämpfen gedachten – und sich mit dem erhöhten militärischen Druck auch gegen diese stellten.

Der Fall Teófilo Rojas verdeutlicht paradigmatisch den Zustand der *bandoleros sociales* als *Schwellenwesen*. Im Januar, 1963, als er in Albania in der Gemeinde Calarcá in Quindío von den Streitkräften getötet wurde, trug er drei Portraitfotos bei sich, von denen, laut *El Espectador*, zwei „seine Zuneigung“, ein drittes „seinen Hass“ symbolisierten.<sup>1777</sup> In dem Besitz von Chispas befand sich zum Zeitpunkt seines Todes ein Foto von dem *bandolero*, der unter dem Aliasnamen Pata de Rana gekämpft hatte und offenbar ein liberaler Kampfgefährte von Chispas während der ersten Phasen der *Violencia* gewesen war. Ein weiteres Bild zeigte Efraín González, dem Anführer mehrerer konservativer Gewaltkollektive in Santander, den Chispas, wie *El Espectador* in Erinnerung rief, sogar zu einem Duell herausgefordert habe, zu dem es aber nie gekommen war. Die Bilder dieser beiden Personen repräsentierten die alte soziale Ordnung und Wertesystem, für das die (vorgestellte) Differenz zwischen den *partidos tradicionales* zentral war. Aus diesem hatte sich Chispas zu lösen versucht, es aber noch nicht gänzlich hinter sich gelassen, wie der Besitz der Fotos als Repräsentationen seine Hasses und seiner Zuneigung verdeutlichte. Das dritte Foto, in dessen Besitz Rojas war, hin-

<sup>1774</sup> Joseph: Reexamination. S. 20f.

<sup>1775</sup> Münkler: Gewalt und Ordnung, S. 114; s. auch S. 115-118.

<sup>1776</sup> Turner: Ritual, S. 95.

<sup>1777</sup> El Espectador, 23.1.1963, „Chispas‘ Cayó en su Ley: Armado hasta los Dientes“.

gegen symbolisierte die neue soziale Formation, die das *Schwellenwesen* Chispas anstrebte – aber noch nicht vollständig erreicht hatte. Das Foto zeigte Ernesto „Che“ Guevara, der vier Jahre zuvor an der Seite von Fidel Castro die Kubanische Revolution zum Sieg geführt hatte und in den 1960er Jahren zum Symbol des Kampfes für eine sozial ausgeglichene Gesellschaft sowie gegen den US-amerikanischen Einfluss in die innenpolitischen Belange lateinamerikanischer Länder geworden war.<sup>1778</sup>

Etwas mehr als ein Jahr, nachdem Rojas von den Streitkräften in Calarcá getötet worden war, erlitt Desquie ein ähnliches Schicksal – er starb im März 1964.<sup>1779</sup> Als im Folgemonat mit Sangrenegra „der niederträchtigste Mörder aller Zeiten“, wie ihn *El Cronista* beschrieb, auf der Flucht vor den Streitkräften seinen Verletzungen erlag, waren die drei Protagonisten des *bandolerismo* liberalen Ursprungs tot.<sup>1780</sup>

1965 wurden die verschiedenen verbliebenen Gewaltkollektive, die sich aus ehemaligen liberalen Widerstandskämpfern gegen die konservative und die Militärregierung rekrutierten, von den staatlichen Sicherheitskräften und der politischen Exekutive nicht mehr als zentrale Gefahr für die öffentliche Ordnung und die Stabilität des politischen Systems gesehen.<sup>1781</sup> Als eine solche gerieten die kommunistischen Enklaven Riochiquito, Guayabero, El Pato und vor allem Marquetalia in das Visier der Streitkräfte. Die taktisch-strategischen Erfahrungen aus der *guerra contra el bandolerismo* wie der Gewinn der Unterstützung der lokalen Bevölkerung für die staatlichen Sicherheitskräfte und die Bedeutung, die öffentli-

---

<sup>1778</sup> Ebenda. Auch über den liberalen *bandolero* Manuel Villarraga (alias Almanegra) liegen Aussagen vor, die seinen *Schwellenzustand* zwischen zwei sozialen Ordnungssystemen verdeutlichen. Vor Gericht wurde zu Protokoll gegeben, dass er während eines Massakers in Venadillo bekundet habe, dass er und seine *cuadrilla* möglichst viele Mitglieder der Konservativen Partei töten wollten – Liberale hatte er hingegen verschont. Von anderen Aussagenden hingegen waren er und seine Gefolgschaft dabei gesehen worden, wie sie den *Partido Comunista* und den kubanischen Revolutionär Fidel Castro hochleben ließen („AMV, SsN en Averiguación de los Responsables por Homicidio“ [AHJT/1.3/3/105/3/25, 48v, 190]). Während er auf der einen Seite konservative Parteimitglieder auf Basis des „alten“ *sectarismo* als Feinde definierte und tötete, bekundete er gleichzeitig Sympathien für Akteure wie Fidel Castro, deren Motivationen in zunehmenden Maße auf Klassengegensätzen beruhten.

<sup>1779</sup> *El Cronista*, 18.3.1964, „Eliminado Ayer Desquie“.

<sup>1780</sup> *El Cronista*, 29.4.1964, „Sangrenegra rindió cuentas“. Der berühmt-berüchtigte konservative *bandolero* Efrain González, der im Westen des *departamento* Boyacá sowie Santander aktiv war und neben Desquie, Sangrenegra und Chispas zu den Protagonisten des kolumbianischen *bandolerismo* der *Violencia Tardía* gehörte, wurde 1965 im Süden Bogotás von den Streitkräften erschossen (vgl. Steiner: Bandolero, S. 231ff.).

<sup>1781</sup> Rosales Ariza: *Forjadores*, S. 58; Sánchez; Meertens: *Bandits*, S. 21ff.

che Meinung auf seiner Seite zu haben, flossen in die Planungen der Angriffe auf die *repúblicas independientes* ab Mitte 1964 ein.<sup>1782</sup>

Der Kampf gegen die Akteure, die dezidiert für den revolutionären Umsturz in Kolumbien stritten und die zu keinem Zeitpunkt so enge Verbindungen zu Vertretern der *partidos tradicionales* wie die *bandoleros sociales* oder *bandoleros políticos* gehabt hatten, war aber kein „einfacher“ Kampf gegen regierungsfeindliche Akteursgruppen oder Oppositionelle. Vielmehr ist er als eine Form der gewaltsamen *state formation* zu verstehen.<sup>1783</sup>

---

<sup>1782</sup> Karl: State Formation, S. 684ff. Vgl. auch den *testimonio* des Generals José Joaquín Matallana, der sowohl die *guerra contra el bandolerismo* als auch die Angriffe auf die kommunistischen Enklaven leitete (Behar, Guerras, 74-77).

<sup>1783</sup> Die Militäroperation gegen die sogenannten *repúblicas independientes* trug bezeichnenderweise den Namen „Operation Souveränität (*Operación Soberanía*)“. Auf den ersten Blick wurde der staatliche Souveränitätsanspruch in Marquetalia, Riochiquito, El Pato und Guayabero sicherlich wiederhergestellt. Besiegt wurden die kommunistischen Gewaltkollektive aber nicht (Rosales Ariza: Forjadores, S. 59ff.). Vielmehr änderten diese ihre militärische Strategie und begaben sich unter dem Namen der *Fuerzas Armadas Revolucionarias de Colombia* in den mobilen Guerillakrieg, der das Land bis heute prägt. Zentral für die gewalttätige Implementierung von Staatlichkeit ist: Holden: Armies. Vgl. weiterhin Miguel Angel Centeno: Limited Wars and Limited States. In: Diane E. Davis und Anthony W. Pereira (Hrsg.): Irregular Armed Forces and Their Role in Politics and State Formation. Cambridge 2003, S. 82-95; Fernando Coronil; Julie Skurski: Dismembering and Remembering the Nation. The Semantics of Political Violence in Venezuela. In: Fernando Coronil und Julie Skurski (Hrsg.): States of Violence. Ann Arbor 2006, S. 83-151; Diane E. Davis: Contemporary Challenges and Historical Reflections on the Study of Militaries, States, and Politics. In: Diane E. Davis und Anthony W. Pereira (Hrsg.): Irregular Armed Forces and Their Role in Politics and State Formation. Cambridge 2003, S. 3-34; Charles Tilly: War Making and State Making as Organized Crime. In: Peter B. Evans, Dietrich Rueschemeyer und Theda Skocpol (Hrsg.): Bringing the State Back In. Cambridge 1985, S. 169-191. Für neuere staatsanthropologische Konzepte, die es nahelegen, die Durchsetzung von Staatlichkeit und militärische Gewalt gemeinsam zu denken, vgl. stellvertretend Das; Poole: State; Thomas Blom Hansen; Finn Stepputat: Introduction. States of Imagination. In: Thomas Blom Hansen und Finn Stepputat (Hrsg.): States of Imagination. Ethnographic Explorations of the Postcolonial State. Durham/ London 2001, S. 1-38; Christian Krohn-Hansen; Knut G. Nustad: Introduction. In: Christian Krohn-Hansen und Knut G. Nustad (Hrsg.): State Formation. Anthropological Perspectives. London/Ann Arbor 2005, S. 3-26; Talal Asad: Where Are the Margins of the State? In: Veena Das und Deborah Poole (Hrsg.): Anthropology in the Margins of the State. Santa Fe 2004, S. 279-288; Sharma; Gupta: Introduction; James C. Scott: Seeing Like a State. How Certain Schemes to Improve the Human Conditions Have Failed. New Haven/London, 1998; Philip Abrams: Notes on the Difficulty of Studying the State (1977). In: Journal of Historical Sociology 1:1 (March 1988), S. 58-89. Die Versuche von Regierungen lateinamerikanischer Länder, westeuropäische Staatsmodelle nach Übersee zu übertragen, werden untersucht in Peter Waldmann: Nachahmung mit begrenztem Erfolg. Zur Transformation des europäischen Staatsmodells in Lateinamerika. In: Wolfgang Höpken und Michael Riekenberg (Hrsg.): Politische und ethnische Gewalt in Südosteuropa und Lateinamerika. Köln 2001, S. 19-35. Für eine empirische Studie zur *state formation* in England vgl. Philip Corrigan; Derek Sayer: The Great Arch. English State Formation as Cultural

Zwar beendeten die Tötungen der exponierten Anführer liberaler *cuadrillas* nicht den Rückgriff auf Gewalt in politischen Auseinandersetzungen in Kolumbien, sondern es wurde ein neues Kapitel der inzwischen viele Dekaden umfassenden Gewaltgeschichte Kolumbiens aufgeschlagen. Mit den Tötungen von Personen wie Chispas und Desquite endete aber doch die letzte Phase der *Violencia*, die Phase des *bandolerismo*, die Sánchez und Meertens folgend einen eigenständigen Abschnitt der *Violencia* darstellte.<sup>1784</sup>

---

Revolution. Oxford 1985; für Peru David Nugent: Modernity at the Edge of Empire. State, Individual, and Nation in the Northern Peruvian Andes, 1885-1935. Stanford 1997. Für die hohe Gewaltintensität an den Rändern des Staates vgl. Stefan Rinke; Lasse Hölc; Mónica Contreras Saiz: Regieren in den Grenzregionen Lateinamerikas zwischen Kolonie und Republik. Eine Einleitung. In: Stefan Rinke, Lasse Hölc und Mónica Contreras Saiz (Hrsg.): Regieren an der Peripherie. Amerika zwischen Kolonien und unabhängigen Republiken. Stuttgart 2011, S. 7-26.

<sup>1784</sup> Sánchez; Meertens: Banditry, S. 156f.



## *IV Schlussbetrachtung*

### **1 Zusammenfassung der zentralen Ergebnisse**

Ungeachtet der Versuche der *Comisión Investigadora*, den Ursachen der blutigen Auseinandersetzungen auf den Grund zu gehen, und trotz unzähliger Studien, von denen hier nur die Untersuchung der *Secretaría de Agricultura del Departamento (del Tolima)* genannt sein soll, sind bis heute einige wichtige Details der *Violencia* nicht geklärt. Auch besteht kein Konsens über die wahren Ausmaße des Konflikts. So schwanken die Schätzungen über die Zahl der während der *Violencia* landesweit getöteten Personen erheblich. Während einige Wissenschaftler von 100.000 Toten ausgehen, wird an anderer Stelle die dreifache Zahl der Opfer genannt.<sup>1785</sup>

Im Grunde ist es wenig verwunderlich, dass die genaue Zahl der während der *Violencia* getöteten Personen nie genau bestimmt werden konnte. Die bewaffneten Auseinandersetzungen erfolgten zwischen Parteimitgliedern nachgeordneten Rängen in schwer zu überblickenden Allianzen abseits der urbanen Zentren in ländlichen Regionen, denen die politischen Eliten traditionell wenig Aufmerksamkeit schenkten. Zu viele Leichen wurden in Flüsse geworfen, in den Bergen vergraben oder Aasfressern überlassen, als dass man die Opfer der *Violencia* auch nur annähernd genau hätte zählen können.

Was zu dem weitgehenden Unwissen über die annähernde Opferzahl beiträgt, ist der Umstand, dass die Kombattanten nicht zentral von Repräsentanten der Konfliktparteien auf der nationalstaatlichen Ebene koordiniert oder gar befehligt wurden, was die *Violencia* von den Bürgerkriegen des 19. Jahrhunderts unterscheidet. Die Repräsentanten der beiden Traditionsparteien wussten um ihre Verantwortung für die vorangegangenen Kämpfe. Wie die Arbeit durch die Analyse der Deutungs- und Wahrnehmungsrahmen zeigt, hatten sie Gewalt in politischen Auseinandersetzungen aber als Handlungsressource diskursiv zur Verfügung gestellt. Die in dem *Frente Nacional* geeinten Führungsriege der *partidos tradicionales* wollten daher sowohl durch das Amnestiegesetz als auch die verschiedenen Kommissionsarbeiten ein Vergessen der vorangegangenen Konflikte erreichen und eine historische Selbstabsolution aussprechen.<sup>1786</sup> Liberale und konservative Politiker versuchten weiterhin mit demselben Ziel, die Regierung von General Rojas Pinilla, der unter Mitwirkung von weiten Teilen der Traditionsparteien an

---

<sup>1785</sup> Bushnell: Making, S. 205; Guzmán Campos: Violencia, S. 341-346. S. auch Uribe Alarcón: Conflicto, S. 162.

<sup>1786</sup> Schuster: Violencia, S. 150-161; s. auch Karl: State Formation, S. 303f.

die Macht gebracht worden war, für die gewaltsamen Auseinandersetzungen verantwortlich zu machen.<sup>1787</sup>

Schon kritische Zeitgenossen sprachen von der moralischen Verantwortung der Vertreter der Traditionsparteien für die blutigen Auseinandersetzungen und verurteilten sie als geistige Urheber der *Violencia*. Der *Cuerpo Médico de Bogotá* bekundete 1948, dass seiner Meinung nach Politiker, die in ihren Radioansprachen zu Gewalt aufriefen, schuldiger („más culpable“) seien als die tatsächlichen Gewaltakteure.<sup>1788</sup> Und im Januar 1960 nahm Alonso Aragón Quintero, Gouverneur von Valle del Cauca, die Politiker beider Traditionsparteien in die Pflicht, der Gewalt keinen Nährboden zu geben, denn „ein falsches Wort, eine aggressive Rede können als unmittelbare Folge neue [...] abscheuliche Verbrechen haben“.<sup>1789</sup>

Aber nicht nur unter Zeitgenossen bestand ein breiter Konsens, dass Vertreter der Traditionsparteien eine erhebliche Mitschuld an den gewaltsamen und blutigen Auseinandersetzungen zwischen den Parteimitgliedern hatten. Auch Wissenschaftler, die sich ausführlich mit der *Violencia* auseinandergesetzt haben, wissen um die Verantwortung der Führungszirkel der *partidos tradicionales* an den bewaffneten Konflikten zwischen den verschiedenen Fraktionen des politischen Feldes, die im Laufe des Untersuchungszeitraums immer weitere Teile der Gesellschaft und des politischen Spektrums erfassten. Allerdings gingen die Aussagen bisher selten über allgemeine Bekundungen hinaus, dass Teile der Parteien durch einen scharfen *sectarismo* charakterisiert, der Liberalen Partei eine Nähe zu der Kommunistischen nachgesagt, immer mehr Bereiche sozialer Interaktionen mit dem Konflikt zwischen den Parteien chiffriert wurden oder Teile der Konservativen Partei mit faschistischem Gedankengut sympathisierten.<sup>1790</sup>

Die vorliegende Arbeit füllt diese Leerstelle, indem sie die Deutungs- und Wahrnehmungsrahmen detailliert, quellenbasiert und inhaltlich argumentierend nachzeichnet, die den diskursiven Weg ebneten, massive Gewalt gegen den politischen Widersacher einzusetzen. Repräsentanten der Traditionsparteien betonten die politischen Unterschiede, indem sie die politikphilosophischen Grundlagen (aufgeklärter Liberalismus und katholizistischer Konservatismus) in den Vordergrund stellten, die zur Entstehung ihrer Parteien im 19. Jahrhundert geführt hatten. Aber darüber hinaus radikalierten sie die politische Unvereinbarkeit der beiden Parteien, indem sie diese als Antipoden, als faschistische bzw. kommunistische

<sup>1787</sup> Sánchez: *Violencia y sus efectos*, S. 240ff.

<sup>1788</sup> „Carta al Excelentísimo Señor Presidente Don Mariano Ospina Pérez“ (AGN/PR/SG/270/13/32-34, hier: 32).

<sup>1789</sup> „Comunicado sobre su Gira al Norte del Valle expide el Sr. Gobernador“ (AGN/FMI/SDM/14/114/49-52, hier: 52).

<sup>1790</sup> Vgl. Acevedo Carmona: *Mentalidad*, S. 113ff.

Gemeinschaften, beschrieben, zwischen denen eine gemeinsame, konzertierte und friedliche politische Zusammenarbeit nicht mehr möglich schien. Kommunistische Politiker verblieben bei der Propagierung der Gewalt als Handlungsressource vergleichsweise stumm. Es war die diskursive Gleichsetzung von Mitgliedern der Kommunistischen Partei und Liberalen durch konservative Politiker, die dazu führte, dass auch kommunistische Gruppierungen von den staatlichen Sicherheitskräften sowie ihren zivilen Unterstützern angegriffen und zu Akteuren des Konflikts wurden.

Ausgehend von der politisch-ideologischen Gegenüberstellung griffen Repräsentanten der Traditionsparteien auf eine kulturalisierte Trennmarke zurück. Auf den Gegensatz von Barbarei und Zivilisation rekurrierend sahen sie in dem Konkurrenten um politische Macht ein vormodernes Relikt einer überwundenen Vergangenheit. In dem Maße wie sie vor dem Hintergrund der Konstruktion unvereinbarer Differenzen zwischen Konservativer und Liberaler Partei politische Aktivität als militärische Unternehmung für eine höhere Mission identifizierten und dem politischen Gegner teilweise den menschlichen Charakter absprachen, wurde der Griff zur *escopeta de fisto* oder zur Machete *vorstellbarer* (Popitz) und plausibler.

All diese Faktoren (historische Entstehungsbedingungen, stigmatisierende Abwertung der gegnerischen Partei als Faschisten bzw. Kommunisten, Zukunftsorientierung, Kampf gegen die vormoderne Vergangenheit) formten eine *dichotomisierte soziale Welt*. Vor diesem Hintergrund präsentierten Vertreter der Traditionsparteien den politischen Widersacher in steigendem Maße als Bedrohung für die verheißungsvolle geordnete Zukunft der *patria*, die sie mit den politischen Erfolgen der eigenen Partei gleichsetzten. Die *Dichotomisierung der sozialen Welt* und die Gleichsetzung von Partei und *patria* erleichterten den Rückgriff auf Gewalt, um den politischen Widersacher daran zu hindern, seine sinisternen Pläne in die Tat umzusetzen.

Die Erarbeitung des diskursiv-kulturellen Kontextes der *Violencia* trägt in einem ersten Schritt dazu bei zu erklären, warum physische Gewalt Mitte des 20. Jahrhunderts zu einer Handlungsoption in politischen Auseinandersetzungen in Kolumbien wurde und warum so ausgiebig und umfassend auf sie zurückgegriffen wurde. In einen zweiten Schritt verweist sie im Kontext der historischen Gewaltforschung über den kolumbianischen Untersuchungsfall hinausweisend auf die Bedeutung, Gewalthandlungen soziokulturell zu kontextualisieren. Entgegen der Plädoyers der selbsternannten *Innovateure der Gewaltforschung* um Wolfgang Sofsky erklärt sich Gewalt nicht aus sich selbst heraus. Zwar kann die Bereitschaft, auf Gewalt zurückzugreifen, um wie auch immer geartete Ziele durchzusetzen, als eine anthropologische Konstante der menschlichen Existenz

bezeichnet werden. Genauso muss aber auch der Gewaltverzicht als epochenübergreifendes Merkmal menschlicher Gemeinschaften definiert werden. Gewalthandeln erfordert vielmehr immer einen diskursiven, kulturellen Kontext, in dem der Rückgriff auf die physische Gewalt legitim und als der geeignete Weg erscheint, seinem Widersacher entgegenzutreten. Und diese Rahmenbedingungen müssen in Studien, die sich mit dem Phänomen (kollektiver) Gewaltausübung auseinandersetzen, berücksichtigt werden.

In einem weiteren Teil der vorliegenden Arbeit wurde auf Basis eines breiten Korpus schriftlicher Quellen gezeigt, dass die untersuchten Wahrnehmungs- und Deutungsmuster nicht nur Gedankengebilde blieben, sondern die politischen Auseinandersetzungen nachdrücklich prägten. In dem *departamento* Tolima wurde die diskursiv bereitgestellte Handlungsressource Gewalt während des Untersuchungszeitraums ausgiebig genutzt. In der ersten Phase des Untersuchungszeitraums (1946–1949) verzichteten die politischen Fraktionen in Tolima noch weitgehend auf Gewalt in den gegenseitigen Interaktionen. Liberale Parteigänger hofften, dass die *Resistencia Civil* in den Strukturen des institutionalisierten politischen Feldes in dem mehrheitlich liberalen *departamento* ausreichen würde, um die politischen Ambitionen der Konservativen Partei zu durchkreuzen. Anhänger der Konservativen Partei wiederum waren sich bewusst, dass das liberale Widerstandspotenzial groß war, sollte sich die von Konservativen ausgehende Gewalt intensivieren. Sie zielten vorerst darauf, durch den sporadischen und punktuellen Einsatz von Gewalt den Ausgang der kurz nach dem Regierungswechsel stattfindenden Wahlen so zu beeinflussen, dass ihre politischen Projekte in die Tat umgesetzt werden könnten. So sollten die politischen Rahmenbedingungen geschaffen werden, die einen breiter angelegten Einsatz von Gewalt erlauben würden.

Den vorläufigen Höhepunkt der gewaltsamen Begegnungen von Liberalen und Konservativen in den ersten Jahren des Untersuchungszeitraums in Tolima waren die Aufstände der Anhänger von Gaitán im April 1948. Wie in der systematischen Analyse der Ereignisse, die der Ermordung Gaitáns folgten, deutlich wurde, bildeten sich zwei Flügel unter den Aufständischen heraus. Die als gemäßigt zu bezeichnenden Aufständischen bemühten sich, ungeachtet aller Wirren ein Mindestmaß an Führung zu übernehmen und die Ordnung unter den rebellierenden Liberalen zu wahren. So sollten Brandschatzungen, Plünderungen und die damit einhergehende Entpolitisierung der Rebellion vermieden werden – zumindest für Tolima liefert die Studie empirische Befunde, welche die These Sánchez' über den stärker ausgeprägten politischen Gehalt der liberalen Aufstände im April 1948 in der Provinz stützen. Ein radikaler Flügel der aufständischen Gefolgschaft des ermordeten Gaitán hingegen zeigte sich von einem starken *sectarismo* geleitet, der sie auch zu rein antikonservativen Gewalttaten motivierte und sogar persön-

liche Bereicherungen zu legitimieren schien – womit die Arbeit auch Gegenargumente zu dem Befund von Sánchez liefert.<sup>1791</sup>

Die letzten Monate des Jahres 1949 stellten den Auftakt der zweiten Untersuchungsphase der vorliegenden Arbeit dar. Nicht nur auf der nationalstaatlichen Ebene waren sie eine Zäsur in der Genese der *Violencia*. Auch auf der regionalen Ebene in Tolima waren die Verhängung des *Estado de Sitio* und die Wahl Gómez' zum Nachfolger von Ospina Pérez der Grund für Brüche in der Ausgestaltung des politischen Raums, die Tolima zu einem der Hauptschauplätze des Konflikts machten. Um Familiennetzwerke und lokale *caciques* entstanden liberale bewaffnete Widerstandsgruppen, die sich gewaltsam gegen die Aggressionen der staatlichen Sicherheitskräfte und der konservativen Zivilistenverbände zur Wehr setzten. Parallel zu den *guerrillas*, die sich im Namen der Liberalen Partei formierten, entstanden genuin kommunistische *autodefensas*. Im Süden Tolimas kooperierten die beiden Akteursgruppen unterschiedlicher politischer Couleur zeitweise, bis die ideologisch-politischen Differenzen zwischen ihnen dazu führten, dass sich beide in erbitterte Kämpfe gegeneinander begaben. An der Grenze zu Cundinamarca hingegen setzten Kommunisten und Liberale ihre Zusammenarbeit fort bzw. vertieften diese zu einem Zeitpunkt, als andernorts die Konflikte zwischen diesen politischen Fraktionen an Brisanz und Unerbittlichkeit zunahmen.

Es konnte dargestellt werden, dass der Putsch der Streitkräfte und der folgende Amtsantritt von Gustavo Rojas Pinilla in verschiedenen *departamentos* unterschiedliche Auswirkungen zeigten. Während sich die bedeutendste liberale *guerrilla* in den *llanos orientales* demobilisierte und auch in Antioquia das von Juan de Jesús Franco befehligte Gewaltkollektiv die Waffen niederlegte, war in Tolima nur ein zeitweiliger Rückgang der Gewalt in der dritten Untersuchungsphase zu beobachten.<sup>1792</sup> Im Gegensatz zu anderen Landesteilen waren in Tolima zum einen dezidiert kommunistische Gruppierungen präsent, welche die Aufmerksamkeit der antikommunistischen, durch die geopolitischen Entwicklungen des Kalten Krieges geprägten Militärregierung auf sich zogen und von den Streitkräften militärisch angegriffen wurden (*Guerra de Villarrica*). Zum anderen begaben sich auch liberale Ex-Kombattanten angesichts der fortwährenden Aggressionen durch konservativ-zivile und staatliche Gewaltakteure, die oftmals eng miteinander kooperierten, erneut in den bewaffneten Widerstand.

Die „Amtszeit“ der *Junta Militar*, die Rojas Pinilla in der *Casa de Nariño* ablöste, war von einer fragilen Waffenruhe geprägt. Kommunistische Widerstandsgruppen verhielten sich zwar in der vierten Untersuchungsperiode nach der

<sup>1791</sup> Vgl. Sánchez: Revolución, S. 19, 31.

<sup>1792</sup> Roldán Violencia, S. 229f.; Palacios: Legitimidad, S. 211f.

Absetzung des Generals passiv, nachdem sich die Streitkräfte aus den Konfliktregionen zurückgezogen und ihre militärischen Aktivitäten eingestellt hatten. Von einer umfassenden Demobilisierung ließen sich die *comunes* aber nicht überzeugen, denn die *Fuerzas Armadas* blieben, zumindest für die Übergangszeit, an der Spitze der Exekutive – und in den Jahren zuvor hatten diese unter anderem in Villarrica ihre antikommunistische Ausrichtung gewaltsam unter Beweis gestellt. Die liberalen *guerrillas*, die sich während der Regierungszeit von Rojas Pinilla erneut formiert hatten und sich anschickten, ihre Kräfte auf der nationalen Ebene zu bündeln und zu koordinieren, stellten ebenfalls ihre Kampfhandlungen ein. Allerdings misstrauten auch sie den politischen Entwicklungen wegen der sich fortsetzenden Aktivität konservativer Gewaltakteure, die in der Ermordung angesehener *dirigentes guerrilleros* wie Guadalupe Salcedo mündete.

Die Untersuchung der Geschehnisse in der letzten Periode des Untersuchungszeitraums von 1958 bis 1964, den ersten Jahren des *Frente Nacional*, verdeutlichte, dass die *Violencia* mitnichten landesweit mit der Etablierung der liberal-konservativen Koalitionsregierung im August 1958 endete. Gewalt blieb auch nach dem von den Regierungsvertretern verkündigten Ende des Bürgerkrieges in vielen Regionen des Landes eine zentrale Modalität der Kämpfe um politischen Einfluss und Macht. Vertreter der Liberalen Partei griffen auf ehemalige Kombattanten zurück, um ihre politischen Einflussbereiche vor Konkurrenten – entweder der Konservativen Partei, den parteiinternen Oppositionsgruppen oder den kommunistischen Gruppen – zu verteidigen (*bandoleros políticos*).

Die von der politischen Teilhabe weitgehend ausgeschlossenen Akteure wiederum setzten auf physische Gewalthandlungen, um sich gegen das exklusive politische System der konstitutionell festgeschriebenen Koalition und der partitischen Postenverteilung zur Wehr zu setzen. Zum einen waren dies die genuin kommunistischen Akteursgruppen, die sich ab den späten 1940er Jahren in den bewaffneten Kampf begeben hatten oder vor dem Hintergrund der Kubanischen Revolution den bewaffneten Kampf als einen vielversprechenden Weg sahen, um politische Mitsprache zu erlangen. Zum anderen gehörten ehemalige liberale Widerstandskämpfer zu den Gewaltakteuren der späten *Violencia*, die sich im Verlaufe der Auseinandersetzungen von den politischen Zielen der Liberalen Partei gelöst hatten und den bewaffneten Kampf für soziale Gerechtigkeit und ökonomische Umverteilung fochten (*bandoleros sociales*). Da diese aber gleichzeitig Vorbehalte gegen dezidiert kommunistische Akteursgruppen und deren politische Agenden hegten, habe ich sie in Anlehnung an Victor Turner als *liminale Schwellenwesen* beschrieben, die sich gewissermaßen zwischen zwei Ordnungssystemen befanden: Sie hatten das „alte“ System von Sicht- und Teilungsprinzipien der Liberalen Partei bereits verlassen, ohne ihren Platz in dem „neuen“ Wertesystem,

das Klassenunterschiede als den zentralen *social cleavage* betrachtete, gefunden zu haben. Vielmehr befanden sie sich in einem Zustand des *Inbetween*, in einem Zwischenraum, der sich in dem *fragmentierten Klassenbewusstsein* vieler *bandereros* manifestierte.<sup>1793</sup>

Wie die Analyse eines breiten Quellenkorpus in den Archiven der Justizbehörden, die Auswertung nationaler, regionaler und lokaler Periodika sowie die Untersuchung der Berichte von Kombattanten und Politikern deutlich machen, wurde die *Violencia* durch die steigende Wahrnehmung von Klassengegensätzen durch die Kombattanten in großem Maße geprägt, wie die These exponierter *violentólogos* lautet. Bereits kurz vor dem *golpe de opinión* von Rojas Pinilla fand die veränderte Perspektive auf den Konflikt Ausdruck in den von liberalen Widerstandskräften der *llanos orientales* unter Mithilfe des Anwalts Alvear Restrepo verfassten *Leyes del Llano*. Diese propagierten zunehmend eine Freund-Feind-Zuschreibung entlang eines klassenbasierten *social cleavage*. Pedro Brincos ist sicherlich ein besonders deutliches Beispiel – nicht aber das einzige – für einen liberalen Widerstandskämpfer, der sich kommunistischen Thesen und Interpretationen sozialer und politischer Realitäten zuwandte, je weiter der bewaffnete Konflikt voranschritt. Für andere Kombattanten hingegen blieben die Differenzen zwischen den *vorgestellten Gemeinschaften*, der Liberalen und der Konservativen Partei, die zentrale Trennmarke, entlang derer sie zwischen Freund und Feind unterschieden und Wirklichkeiten wahrnahmen. Sie und ihr Gewalthandeln waren in der Tat oftmals durch den *sectarismo* und die *odios heredados* für das politische Gegenüber motiviert. Die bisherige Forschungsliteratur hat diesen Zusammenhang allerdings oftmals vorschnell und ohne ausreichende Belege konstatiert und auf nahezu alle Akteure verallgemeinert.

Mit Blick auf die Debatten zwischen den Verfechtern der verschiedenen gewaltsoziologischen Schulen hat die vorliegende Arbeit die Position von Soziologen wie Hüttermann und Imbusch gestärkt, die den komplementären Charakter der unterschiedlichen Ansätze in der Gewaltforschung herausstreichen. Wie am Beispiel der *Violencia* deutlich geworden ist, kann physische Gewalt durchaus funktional und instrumentell eingesetzt werden, um politischen Sicht- und Teilungsprinzipien Geltung zu verschaffen. Und durch den Rückgriff auf Gewalt können politische und soziale Gegebenheiten geschaffen bzw. modifiziert werden. Gleichzeitig zeigt die vorliegende Arbeit, dass es dem Plädoyer von Sofsky folgend notwendig ist, die Performanz der Gewalt explizit in Studien, die sich der Untersuchung physischer Gewalt widmen, einzubeziehen. Die zu beobachtende exzessiv grausame Gewalt, die auf den ersten Blick sicherlich sinnlos und patho-

<sup>1793</sup> Meertens: *Ensayos*, S. 150; Sánchez; Meertens: *Bandits*, S. 31ff.

logisch erscheinen mochte, setzten die Gewaltakteure durchaus gezielt ein. Zum einen dienten die Gewalt bzw. die von der Gewalt geschundenen Körper als Kommunikationsmedium, um das soziale Umfeld der Opfer einzuschüchtern, sie von der Sinnlosigkeit des Widerstands sowie der scheinbaren Übermächtigkeit des Gegners zu überzeugen. Zum anderen versuchten Akteure durch die ostentativ grausame Gewalt Kommunikationsprozesse anzustoßen. Am deutlichsten zeigt dies das Beispiel von Jacinto Cruz Usma, der explizit erklärte, dass er mit seinen grausamen Gewalttaten die Regierung zwingen wollte, ihm auch noch Jahre nach dem Auslaufen des Amnestieangebots die Aussetzung der Strafverfolgung zu gewähren, um ihn von seinem blutigen Treiben abzubringen.

## 2 Überlegungen zum zeitgenössischen Begriff des Politischen

Am Beispiel der *bandoleros políticos* und der *bandoleros sociales* als Akteure der Spätphase der *Violencia* ist gezeigt worden, wie die Orthodoxie des zeitgenössischen politischen Feldes das Amnestieangebot des *Frente Nacional* dazu nutzen konnte, die Grenzen des Politischen zu definieren. Dies gibt Anlass, über das Verständnis des Politischen während des gesamten Untersuchungszeitraums nachzudenken.

Die politischen Eliten des Untersuchungszeitraums charakterisierten sich durch ein traditionelles Verständnis des Politischen. Dieses reduzierte sich auf Parteien, staatliche Amtsträger und Institutionen, wie die Ausführungen der Tageszeitung *El Siglo* aus dem Jahr 1949 verdeutlichen. Der Kommentator war besorgt wegen der im Dezember des Jahres um sich greifenden Gewalttaten, die aber keine politischen sein konnten, denn „nach der Beendigung des Wahlkampfes müssten die politischen Motive für die Kriminalität [im Sinne von Gewalt, L. R.] verschwunden sein“.<sup>1794</sup> Aus dieser Warte waren politische Betätigung und politische Handlungen ohne Parteien, ohne deren Vertreter und ohne dass diese das Ziel der politischen Einflussnahme in den staatlichen Machtstellen verfolgen würden, nicht vorstellbar.

Ein ähnliches Politikverständnis offenbarte auch die konservative Tageszeitung *Diario del Pacífico* anlässlich des Attentates auf den Sohn des Interimspräsidenten Urdaneta Arbeláez und den Gouverneur Tolimas 1952. Dass hochgestellte Persönlichkeiten der politischen Elite das Ziel des Angriffes gewesen waren, sah der konservative Meinungsmacher als Beweis dafür, dass Vertreter des Führungs-Zirkels der Liberalen Partei an der Planung des Attentates beteiligt gewesen sein mussten, denn „Banditen verfolgen keine anderen Ziele als zu rauben und greifen keine wichtigen Persönlichkeiten an“.<sup>1795</sup> Ohne dass exponierte Repräsentanten der Liberalen Partei beteiligt gewesen wären, war dieser Meinung zufolge keine politische Aktivität – und sei es „nur“ politische Gewalt – möglich. Aus diesem elitären Politikverständnis heraus betrachtet waren nachgeordnete Parteimitglieder aus einfachen Verhältnissen ohne die Parteieliten der Traditionsparteien nicht in der Lage, politisch zu agieren, sondern konnten nur – wenn überhaupt – kriminelle Zielsetzungen verfolgen.

Zwar waren im Untersuchungszeitraum, abgesehen von der Regierungszeit des Generals Rojas Pinilla, der den *Partido Comunista* für illegal erklärte, de jure keine politischen Parteien verboten. Vertreter der Traditionsparteien radikalisier-

---

<sup>1794</sup> El Siglo, 6.12.1949, „La Restauración de la Justicia“.

<sup>1795</sup> Zitiert in: El Tiempo, 17.4.1952, „Danza de las Horas“.

ten das skizzierte Politikverständnis allerdings dahingehend, dass sie das Politische nicht nur auf Parteien im Allgemeinen, sondern lediglich auf die Handlungen der *partidos tradicionales* reduzierten. Was politisch zu betrachten war, musste in der zeitgenössischen Sichtweise unweigerlich auf die Liberale oder die Konservative Partei Bezug nehmen bzw. ihnen entstammen. Oppositionsgruppen, die nicht den Traditionsparteien angehörten oder sich deren Interessen widersetzten, sprach die Orthodoxie des politischen Feldes den politischen Charakter ab bzw. kriminalisierte sie, wenn es sich um bewaffnete Gruppierungen handelte.<sup>1796</sup>

Im November 1949, nach der Verhängung des landesweiten *Estado de Sitio* und kurz vor den Präsidentschaftswahlen, machte sich der Kommentator von *El Siglo* Gedanken über die zunehmend das politische Geschehen prägende Gewalt. Seiner Meinung nach war die Verantwortung kommunistischer Gruppierungen für die um sich greifenden Gewaltakte nicht zu leugnen. Er schlussfolgerte daher, dass die Auseinandersetzungen weder „das einfache Interesse eines Wahlkampfes [...] noch den Wunsch, ideologische Gegner auszuschalten“, verfolgten.<sup>1797</sup> Vor dem Hintergrund der *Dichotomisierung der sozialen Welt* waren die Anhänger des *Partido Comunista de Colombia* für ihn keine *ideologischen Gegner* mehr, die sich auf Basis eines politischen Programms zusammengefunden hätten. Für den politischen Meinungsmacher waren Kommunisten „nur noch“ Akteure, welche die *patria* und deren Zukunft in ihrer Gesamtheit bedrohten.

Aurelio Angarita Cárdenas, Kommentator der Tageszeitung *Eco Nacional*, definierte im August 1952 den Ursprung der bewaffneten Auseinandersetzungen in Kolumbien ebenfalls als politisch, da ihnen die Kämpfe der Liberalen und der Konservativen Partei um politischen Einfluss zugrunde lagen. Mit dem Fortschreiten der *Violencia* attestierte er aber, dass „der politische Kampf dabei ist, in den Klassenkampf auszuarten (*degenerar*)“.<sup>1798</sup> Aus seiner Sicht war der von Kommunisten proklamierte Kampf von Ausgebeuteten gegen ihre Ausbeuter und die Kommunisten eigene Missachtung des Prinzips des Privatbesitzes und der kirchlichen Autoritäten im Gegensatz zu den vorherigen Gewaltakten nicht mehr politisch, da ihn weder die Liberale noch die Konservative Partei befürworteten.

Auch die Verlautbarungen des in Osttlima stationierten Offiziers Rafael Navas Pardo, der im Rahmen der *Guerra de Villarrica* die Militäroperationen gegen die *autodefensas* um Varela befehligte, spiegelten die zeitgenössische Definition des Politischen wider. Angesichts der Tatsache, dass beide Traditionsparteien die Gewalt als ihren politischen Agenden zuwiderlaufend verurteilten, müsse sie

---

<sup>1796</sup> Leal Buitrago: Sistema Político.

<sup>1797</sup> El Siglo, 21.11.1949, „Una Cruzada Nacional“.

<sup>1798</sup> Eco Nacional, 19.8.1952, „No Descuidemos al Comunismo“ (meine Hervorhebung).

kommunistischen Ursprungs sein – eine These, die angesichts der Präsenz der aus Südtolima in den Osten des *departamentos* gekommenen *sureños* nicht gänzlich von der Hand zu weisen war. Den Schluss, den der Offizier aus diesen Gegebenheiten zog, überrascht jedoch aus heutiger Sicht: „der Gewalt [...] fehlt jedweder politische Charakter“.<sup>1799</sup>

Den kommunistischen Widerstandsgruppen, die sich nach dem Antritt der Militärregierung aus Südtolima in das Hinterland des *departamento* Cauca zurückgezogen hatten, wurde ebenfalls der politische Status abgesprochen. Obgleich anerkannt wurde, dass sie die in der Region beheimateten indigenen Gruppen zum Widerstand gegen die oligarchischen Strukturen der Gesellschaft aufriefen, die sich für die *comunidades indígenas* in dem stets drohenden Raub ihres Landes äußerten, entpolitisierten Vertreter der *partidos tradicionales* sie qua Kriminalisierung. Wie der Gouverneur von Cauca, Tomás Castrillón, herausstrich, würden die Gewaltakteure in Riochiquito keine ideologisch-politische Rechtfertigung durch die Konservative oder die Liberale Partei finden und müssten daher „ordinäre Verbrecher (*delincuentes vulgares*)“ sein.<sup>1800</sup> Andere Protagonisten der öffentlichen Meinung gingen ähnlich vor. Zeitgenossen sahen offenbar keinen Widerspruch darin, Akteuren einerseits zu attestieren, von kommunistischen Ideologien geleitet zu sein, ihnen andererseits aber den politischen Charakter abzusprechen und sie als *bandoleros* zu kriminalisieren.<sup>1801</sup>

In dem Maße wie lediglich die *partidos tradicionales* im Untersuchungszeitraum als politisch betrachtet wurden, konnten auch nur die mitunter gewaltsamen Interaktionen zwischen den Traditionsparteien politische sein. Wer nicht im Namen der *partidos tradicionales* in den Kampf gezogen war oder auf die Handlungsressource Gewalt zurückgriff, um einer der Parteien Vorteile in den Machtkämpfen zu verschaffen, war in der zeitgenössischen Wahrnehmung der öffentlichen Meinungsmacher nicht politisch. Gewaltakteure, die nicht den politischen Subkulturen angehörten oder sich von diesen gelöst hatten, wurden entpolitisiert.<sup>1802</sup> Aus Sicht der Orthodoxie im politischen Feld hörten sie auf, politisch zu sein, weil sie ihre Anbindung an die Parteien verloren hatten.

Die entpolitisierende Kriminalisierung von Gewaltakteuren, die sich gegen das bestehende politische System des Landes stellten, wird sehr deutlich am Beispiel der *bandoleros sociales* und der *bandoleros políticos* in der Spätphase der

<sup>1799</sup> El Tiempo, 7.4.1955, „La Violencia No es Política, Dijo el Coronel Navas Pardo“.

<sup>1800</sup> Diario de Colombia, 25.3.1955, „Fueron Delincuentes Comunes los que Dirigieron el Ataque“.

<sup>1801</sup> Vgl. Eco Nacional, 4.4.1952, „Coaligados“.

<sup>1802</sup> Pécaut: Orden y Violencia, S. 597ff.

*Violencia*. Bestenfalls wurde ihnen der Status als *soziale Banditen* zugestanden, in jedem Fall aber wurden sie entpolitisiert, obgleich sie mit ihren Forderungen nach der Umverteilung ökonomischen Reichtums, gesellschaftlicher Transformation und der Ausweitung der politischen Partizipationsmöglichkeiten aus heutiger Sicht die Kriterien erfüllten, um als politische Akteure zu gelten. Als *bandoleros políticos*, das heißt als politische Akteure, wurden hingegen ehemalige Kombattanten bezeichnet, die *gamonales* und *caciques* der Traditionsparteien zu Diensten waren, um diese vor Oppositionskräften – wie *movimientos campesinos*, kommunistischen Gruppierungen und parteiinternen Splittergruppen – zu schützen. Als *politisch* galten sie in der zeitgenössischen Wahrnehmung, weil sie an Vertreter der Liberalen Partei und damit an eine der Traditionsparteien gebunden waren.

Dass *politische* Gewalt im zeitgenössischen Verständnis voraussetzte, dass sie im Wettstreit *zwischen* den *partidos tradicionales* um politische Macht erfolgte, wurde an den Reaktionen auf die Klagen Gaitáns deutlich. Er beschuldigte im Frühjahr 1948 konservative Regionalpolitiker aus Santander del Norte, für das Anwachsen der Gewalt in dem *departamento* verantwortlich zu sein, da sie sich gewaltsam Vorteile in den politischen Machtkämpfen verschafften. Gaitáns Anschuldigungen wurden jedoch mit dem Hinweis disqualifiziert, dass „die bestätigten Toten in den bedauernswerten Massakern in Cucutilla, Arboledas und Pamplonita nicht nur Liberale, sondern auch Konservative sind“.<sup>1803</sup> Da Mitglieder sowohl der Konservativen als auch der Liberalen Partei zu den Opfern der Gewalt geworden waren, könne diese nicht als politisch gelten.

Ähnlich definierte auch Pabón Núñez, Gouverneur von Santander del Norte, die gewaltsamen Geschehnisse in dem *departamento*. Da der liberale Bürgermeister der Stadt Chinácota Mitglieder der Liberalen Partei für die von ihnen an anderen Liberalen begangenen Gewaltakte bestraft, konnten diese Gewalttaten nicht politisch sein, da sie nicht *zwischen* den Anhängern der Traditionsparteien, sondern unter Mitgliedern derselben Partei ausgeübt wurden.<sup>1804</sup> So argumentierten liberale Meinungsmacher auch noch fünfzehn Jahre später: Gewalttäter, die im März 1963 in Anaime (Tolima) dreizehn *campesinos* ermordeten, versuchten, ihre Tat politisch zu legitimieren. Diese Versuche der Rechtfertigung ließen aber weder die Journalisten noch die ermittelnden Beamten zu: Da es sich bei den Opfern sowohl um Liberale als auch Konservative handelte, könne es sich nicht um politisch motivierte Morde handeln.<sup>1805</sup>

---

<sup>1803</sup> El Siglo, 6.2.1948, „Agitación y Desorden“.

<sup>1804</sup> El Siglo, 22.1.1948, „Para preparar el fraude el liberalismo está desangrando a Santander del Norte“.

<sup>1805</sup> El Cronista, 14.3.1963, „Masacrados Trece Campesinos durante un Asalto en Anaime“.

Die vom *Frente Nacional* geschaffene Möglichkeit, die Strafverfolgung für politische Straftaten auszusetzen, stellte ein hervorragendes Medium dar, die zeitgenössische Bestimmung des Politischen zu erneuern. Die plebiszitäre Ratifizierung der Verfassungsänderungen mit hoher Zustimmung verschaffte der liberal-konservativen Koalitionsregierung zumindest in ihren Anfängen ein hohes Maß an Legitimität. Sie erneuerte den Rahmen für die Strategie exponierter Repräsentanten der Traditionsparteien, das Politische in den *partidos tradicionales* zu kondensieren und dritte Akteure von der politischen Teilhabe auszuschließen und gegebenenfalls zu kriminalisieren. Der erste Präsident des *Frente Nacional*, Lleras Camargo, betonte, dass die Koalitionsparteien gleichermaßen „jedwede Gewalt, die [...] als Dienst an den politischen Gemeinschaften [der Liberalen oder der Konservativen Partei, L. R.] getarnt werden soll“, ablehnten und diese somit keinesfalls als politisch gerechtfertigt werden könne.<sup>1806</sup>

Den Gewaltakteuren, die auch nach der Absetzung von Rojas Pinilla und vor dem Hintergrund des Verständigungsprozesses zwischen der Liberalen und der Konservativen Partei auf der nationalen Ebene weiterhin aktiv waren, sprachen Vertreter der in der Koalitionsregierung geeinten Traditionsparteien den politischen Charakter ab. Die ungeachtet der politischen Umbrüche verbliebene Gewalt „ist nicht, [...] kann nicht politisch sein“, denn ihre Urheber „sind nicht würdig, dem Liberalismus oder dem Konservatismus anzugehören“.<sup>1807</sup> Die Meinung, nur die Traditionsparteien seien politisch, vertrat der Sohn von Laureano Gómez als Senator der Konservativen auch vier Jahre später, als er die Gewalt kritisierte, die sich trotz der zwischen beiden Parteien geteilten politischen Verantwortung in einigen Landesteilen erneut ausbreitete. Er argumentierte, dass „es keinen Kolumbianer gibt, der berechtigerweise politische Motivationen anführen kann, um die Souveränität des kolumbianischen Staates abzulehnen“.<sup>1808</sup> Aus dieser Warte waren die von kommunistischen Gruppen angeführten Legitimationen, sich gegen die in ihrer Meinung im *Frente Nacional* geeinten ökonomischen, ausbeuterischen Eliten des Landes und die von diesen befehligen staatlichen Sicherheitskräfte zu wehren und dazu auf Gewalt zurückzugreifen, keine politischen Gründe. Ähnlich sah es die *Federación de Ganaderos de los Llanos Orientales*. Vor dem Hintergrund der liberal-konservativen Zusammenarbeit auf der nationalstaatlichen Ebene konnten die verbliebenen Gewaltakteure wie die aus der Region Sumapaz geflohenen kommunistischen Kombattanten keinesfalls politische Motivationen

<sup>1806</sup> „Por la Paz del Tolima“, in: Lleras Camargo, Gobierno, Tomo 1, S. 87-90, hier: S. 89.

<sup>1807</sup> El Independiente, 11.7.1957, „Contra la Patria“.

<sup>1808</sup> El Siglo, 26.10.1961, „El Frente Nacional Recobrará el 7 de Agosto de 1962 la Energía que Perdió con el Actual Gobierno Dijo Anoche Ante el Senado el Doctor Alvaro Gómez“.

anführen, um ihre Taten zu rechtfertigen. Dieser Logik folgend „agieren in den *Llanos* [...] lediglich gewöhnliche Kriminelle“.<sup>1809</sup>

Sicherlich, nicht wenige Akteure nutzten die Wirren der *Violencia*, um sich persönlich zu bereichern oder persönliche Rachegegüste zu befrieden. Dies traf insbesondere auf die Akteure zu, die während der Hochphase der *Violencia* in den 1950er Jahren sozialisiert worden waren. Und es fällt schwer zu behaupten, dass unter diesen keine sadistischen Gewalttäter zu finden gewesen wären. Trotzdem muss aus der Retrospektive konstatiert werden, dass die Mehrzahl der involvierten Akteursgruppen und ihre Gewalthandlungen ungeachtet aller Kriminalisierungsversuche politisch motiviert waren: Sowohl liberale als auch kommunistische Widerstandsgruppen versuchten durch den Rückgriff auf die Handlungressource Gewalt, die sozialen und politischen Realitäten nachhaltig und grundlegend zu verändern, als ihnen die institutionalisierten Kanäle der politischen Einflussnahme nach der Verhängung des Ausnahmezustandes verschlossen waren. Die Modifikationen, die Liberale und Kommunisten anstrebten, besaßen, so unterschiedlich sie im Detail auch waren, eine strukturell-zeitliche Dimension in dem Sinne, dass sie eine über den Moment hinausgehende Verbindlichkeit anstrebten. Die Forderung nach der Wiederherstellung der demokratischen Grundrechte – aus der Blickwarte der Kommunisten handelte es sich um die erstmalige Konstituierung und Festschreibung der Rechte für Arbeiter und Bauern – waren zeitlich nicht begrenzt.

Die potentiell Begünstigten der Forderungskataloge wiederum waren kein fest umgrenzter Personenkreis, sondern eine überindividuell *vorgestellte Gemeinschaft* – auch wenn sich die *communities* auf Basis eines unterschiedlichen *social cleavage* formierten. Die kommunistischen Akteure gaben vor, die Interessen der arbeitenden, ökonomisch benachteiligten und ausgebeuteten Bevölkerung zu verteidigen, gleich welcher Religion oder Ethnie sie angehörten, gleich ob sie untereinander persönlich bekannt waren oder nicht. Und im Falle der liberalen *guerrillas* war es die Gesamtheit der Mitglieder der *imagined community* Liberale Partei, für die Personen wie Gerardo Loaiza, Vencedor oder Resortes zu den Waffen griffen, ohne dass sie die liberalen Gefolgsleute persönlich gekannt hätten.<sup>1810</sup>

---

<sup>1809</sup> El Siglo, 11.12.1957, „En los Llanos Sólo Operan Hoy Delincuentes Comunes“.

<sup>1810</sup> Obgleich sich die Widerstandsgruppen oftmals um Familiennetzwerke in der *patria chica* bildeten, sind in diesem Zusammenhang die Organisationsstruktur und die Genese der einzelnen Widerstandsgruppen von den Adressaten, für die der bewaffnete Kampf ausgetragen wurde, voneinander zu unterscheiden.

### 3 Politische Gewalt im Kolumbien des 20. Jahrhunderts

Die gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen den Anhängern der Traditionsparteien, die den Bürgerkrieg ausgelöst und seit 1946 ein immer breiteres Spektrum der Gesellschaft und des politischen Feldes beherrscht hatten, kamen während der Amtszeit des zweiten Präsidenten des *Frente Nacional* zum Erliegen. In dieser Hinsicht stellt die Einrichtung der Koalitionsregierung und die Durchsetzung der Kooperation beider Parteien bis auf die lokale Ebene in der Tat eine bedeutende Zäsur in der kolumbianischen Geschichte des 20. Jahrhunderts dar. Dies rechtfertigt es, mit der Niederschlagung der bedeutendsten *cuadrillas bandoleras* 1964 von dem Ende der *Violencia* als historische Epoche zu sprechen.

Die Einrichtung des *Frente Nacional* war allerdings nicht mit dem Ende jeglicher gewalttätiger Auseinandersetzungen in Kolumbien gleichzusetzen. Gewalttätige Praktiken waren vor, während und nach der Koalitionsregierung im Wettstreit um politische Mitbestimmung, um Gesellschaftsordnungen und um Wirtschaftsmodelle virulent. Zwar wichen die gewaltsam ausgetragenen Konflikte zwischen den Anhängern der Konservativen und der Liberalen Partei der Zusammenarbeit im Rahmen des *Frente Nacional*, aber verschiedene Gruppierungen kämpften weiterhin mit Waffengewalt gegen die Regierung und für einen politischen Systemwechsel in Kolumbien. Daher drängt sich die Frage nach der Bedeutung der *Violencia* für das Gewaltgeschehen in Kolumbien im 20. Jahrhundert insgesamt auf. War die *Violencia* ein entscheidender Bruch in der Geschichte der (politischen) Gewalt in Kolumbien?

Waldmann referiert die Argumente, die dafür sprechen, dass sich die Gewalt in den Jahren nach 1964 qualitativ von der *Violencia* unterschied.<sup>1811</sup> Vertreter dieser sogenannten Diskontinuitätsthese betonen, dass sich die historischen Kontexte der Gewalt und die gewaltsam verfolgten Ziele grundlegend unterschieden. Der bewaffnete Kampf um die Teilhabe an dem bestehenden politischen System während der *Violencia*, die revolutionäre Umgestaltung von Staat und Gesellschaft, welche die sozialistischen *guerrillas* (wie die *Fuerzas Armadas Revolucionarias de Colombia* (FARC) oder der *Ejército de Liberación Nacional*) in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts anstrebten, und die sozioökonomischen Rahmenbedingungen des Gewalthandelns in dieser Phase werden als unterschiedliche historische Kontexte und Ziele verstanden und somit als Diskontinuitäten interpretiert. Dieses Argument für sich genommen ist allerdings nicht überzeugend, denn historische Kontexte, politische Rahmenbedingungen und soziale Formationen

---

<sup>1811</sup> Die folgenden Ausführungen orientieren sich an: Waldmann: Veralltäglichung, S. 154-159.

ändern sich stets im Laufe der Zeit. Wäre dies ein stichhaltiges Argument, könnten Historiker, die sich mit längeren Zeiträumen beschäftigen, nur selten Kontinuitäten beschreiben. Der „neue“ Charakter des Gewaltgeschehens nach der *Violencia* wird auch damit begründet, dass dem Bürgerkrieg Mitte des 20. Jahrhunderts eine Phase relativer Gewaltfreiheit folgte. Es handelt sich allerdings um ein Argument gradueller Natur und ist somit ebenfalls nicht überzeugend. Es ist nicht so, dass in den Zeitabschnitten zwischen den Gewalteruptionen auf Gewalt als Handlungsressource verzichtet worden wäre – es kam lediglich zu *weniger* Gewalthandlungen.

Der bislang in der Forschung nicht ausreichend berücksichtigte Grund für die Fortführung der Gewaltpraktiken in politischen Auseinandersetzungen, der die unterschiedlichen Phasen der Gewalt trotz ihrer andersartigen Ausgestaltung einte und auf Kontinuitäten im Gewaltgeschehen hindeutet, ist die reduktive Definition des Politischen: Zwar war der *Frente Nacional* eine Zäsur in den gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen Konservativen und Liberalen. Hinsichtlich der Definition des Politischen hingegen war die liberal-konservative Koalition alles andere als ein grundlegender Bruch. Und in dem Maße, wie das Politische dauerhaft auf die *partidos tradicionales* reduziert wurde, setzte sich auch der Rückgriff auf Gewalt in sozialen und politischen Auseinandersetzungen fort.

1958 war der *Frente Nacional* die Institutionalisierung bzw. die Materialisierung der im vorherigen Kapitel skizzierten zeitgenössischen Definition des Politischen: Verfassungsmäßig verankert konnten ausschließlich die Traditionsparteien als anerkannte politische Akteure in den Institutionen des politischen Feldes an der Ausgestaltung von Staat und Gesellschaft mitwirken.<sup>1812</sup> Vertreter der liberal-konservativen Koalitionsregierung wollten wiederum mit der systematischen Kriminalisierung bewaffneter Oppositionsgruppen, die den *partidos tradicionales* den Rücken kehrten bzw. sich gegen das politische System stellten, deren Anspruch auf ein politisches Mitspracherecht desavouieren.<sup>1813</sup> Während die Vertreter des *Frente Nacional* weiten Teilen der Opposition den politischen Charakter absprachen, rechtfertigte diese ihre Gewaltbereitschaft mit dem exklusiven Charakter des politischen Systems, das ihnen verwehrte, in dem institutionalisierten poli-

---

<sup>1812</sup> Die durch Bürgerkriege hervorgerufenen Machtverschiebungen im politischen Feld sind historisch betrachtet oftmals nur temporär (Waldmann: Gesellschaften, S. 363ff.). Im Falle des auf 16 Jahre festgeschriebenen *Frente Nacional* kann man jedoch von einer längerfristigen und nachhaltigen Strukturierung des politischen Systems Kolumbiens sprechen.

<sup>1813</sup> Dieses Vorgehen wurde während der ersten Jahre der liberal-konservativen Koalitionsregierung mit der in Kapitel 8.2 untersuchten Unterscheidung von *bandoleros políticos* und *bandoleros sociales* sehr deutlich.

tischen Feld mitzuwirken – gewaltsam wollten sie das von ihnen beanspruchte Recht auf politische Mitsprache erlangen.<sup>1814</sup>

Es sei dahingestellt, ob diese Argumentation stichhaltig ist und ob ihr Glauben geschenkt werden kann. Während der *Frente Nacional* als Maßnahme der politischen Eliten den Konflikten zwischen Anhängern der Traditionsparteien ein Ende setzte, war er aber als Ergebnis der Reduktion des Politischen der Grund für die Fortführung eines sich bereits während der *Violencia* abzeichnenden gewaltsamen Gegensatzes entlang sozioökonomischer Differenzen.<sup>1815</sup> Insofern trugen der auf 16 Jahre angelegte *Frente Nacional*, das Verhältnis zwischen der Orthodoxie im politischen Feld und den (bewaffneten) Oppositionsgruppen sowie die Legitimationsmuster von Gewalt entlang unterschiedlicher Definitionen des Politischen zur Fortführung von Gewaltpraktiken im politischen Raum bei. Denn die Strategie der entpolitisierenden Kriminalisierung von Oppositionsgruppen beschränkte sich mitnichten nur auf den Untersuchungszeitraum der vorliegenden Arbeit. Vielmehr wirkte die Definition des Politischen weit über ihn hinaus. Zwar rühmt sich Kolumbien, eines der Länder Lateinamerikas mit langer Tradition einer demokratischen Kultur zu sein. Im Gegensatz zu seinen Nachbarstaaten ließ Kolumbien – abgesehen von dem Interregnum von Rojas Pinilla – keine Militärdiktaturen zu, welche die politische Geschichte vieler lateinamerikanischer Länder im 20. Jahrhundert prägten.<sup>1816</sup> Aber auch die zivilen Eliten des Landes schlossen politische Widersacher jenseits der *partidos tradicionales* – selbst nach dem Auslaufen des *Frente Nacional* 1974 – gewaltsam aus dem politischen Raum aus.

Vor dem Hintergrund der an militärischem und politischem Einfluss gewinnenden FARC, die von kommunistischen Widerstandskämpfern der *Violencia* gegründet worden waren, zeigte die kolumbianische Exekutive ein weiteres Mal, dass sie auf die militärische Bekämpfung der politischen (bewaffneten) Opposition setzte, um ihren Führungsanspruch zu wahren. Die Regierung Turbay Ayala erteilte 1978 den Streitkräften des Landes mit dem *Estatuto de Seguridad* außerordentliche Vollmachten zur Wahrung der öffentlichen Ordnung. Das militärische Vorgehen gegen die Oppositionsgruppen ging allerdings mit gravierenden Menschenrechtsverletzungen einher und nahm schnell Züge einer *guerra sucia* an, die durch die aufstrebenden Drogenkartelle zusätzliche Finanzierungsquellen erhielt. Mit den

<sup>1814</sup> Vgl. exemplarisch: „Ascenso Democrático y Anticomunismo“, in Documentos Políticos N° 9 (Enero, Febrero 1958), S. 1-7.

<sup>1815</sup> Hoskin; Swanson: Competition, S. 319.

<sup>1816</sup> Für eine erste Annäherung an die *régimes militaires* in Südamerika in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts vgl. Peter Imbusch: Die Gewalt von Militärdiktaturen in Südamerika. In: Thomas Fischer und Michael Krennerich (Hrsg.): Politische Gewalt in Lateinamerika. Frankfurt (Main) 2000, S. 35-59.

paramilitärischen Gruppierungen, die unter der Schirmherrschaft der *capos* der Drogenkartelle gegründet wurden, kamen zudem neue Akteure hinzu.<sup>1817</sup>

Vor dem Hintergrund des explosionsartigen Anwachsen des Drogenhandels in den 1980er Jahren und des massiv steigenden Anbaus von Kokapflanzen in Regionen, welche die FARC kontrollierten, wurde die kommunistische Widerstandsgruppe diskursiv zu einer *narco-guerrilla* „degradiert“.<sup>1818</sup> Die Kriminalisierung der FARC diente nicht nur dazu, ihre politischen Ambitionen, die sie in den 1980er Jahren während der Friedensgespräche mit den Regierungen von Betancur und Barco nach den *Acuerdos de La Uribe* formulierte, zu unterminieren. Auch die von den USA im Rahmen der *guerra contra los estupefacientes* bereitgestellten Gelder und militärische Ausrüstung konnten im Rahmen der Kriminalisierungsstrategie gegen den bewaffneten politischen Widersacher eingesetzt werden.<sup>1819</sup> Nachdem den FARC unter der Regierung Pastrana Ende der 1990er Jahre ein weiteres Mal der Status politischer Akteure eingeräumt worden

---

<sup>1817</sup> Vgl. zu den frühen paramilitärischen Gruppierungen in Kolumbien Olga Behar; Carolina Ardila Behar: El Caso Klein. El Origen del paramilitarismo en Colombia. Bogotá 2012. S auch El Espectador, 6.9.2008, „Del Estatuto de Seguridad a la Seguridad Democrática“.

<sup>1818</sup> Vgl. exemplarisch: Luis Alberto Villamarín Pulido: El Cartel de las FARC. La más completa documentación escrita y testimonial sobre el que ahora es el cartel más grande y peligroso de Colombia. o.O. 1996. In dem Buch beschreibt der Heeresoffizier die FARC als ein weiteres Drogenkartell Kolumbiens.

<sup>1819</sup> Die FARC geben mit dem massiven Anbau von Koka in den von ihnen kontrollierten Regionen des Landes der Kriminalisierungsstrategie glaubhafte Argumente an die Hand. Die *guerrilla* bestreitet allerdings jegliche Verwicklung in den internationalen Drogenhandel und argumentiert, dass sie die Kokapflanze – wie jede andere Gruppe Erwerbstätiger – lediglich als Gegenleistung für ihre quasistaatlichen Dienstleistungen in einer bestimmten Region besteuere (Gary Leech: The FARC. The Longest Insurgency. New York/London 2011, S. 61-74). Auch wenn zwischen international agierenden Drogenkartellen und den FARC als De-facto-Ordnungsmacht in Teilen des Landes, die den Anbau von Koka duldet und finanzielle Vorteile aus diesem zieht, zu unterscheiden ist, ist nicht von der Hand zu weisen, dass die sich als marxistisch verstehende, politische Oppositionsgruppe nach geltendem Gesetz kriminelle Handlungen begeht. In diesem Kontext sei sowohl auf Taktiken der FARC als auch auf von der Gruppe eingesetzte Waffen verwiesen, die ihrer Kriminalisierung Vorschub leisten. Als die Eintreibung einer Revolutionssteuer bezeichnete (Lösegeld-)Erpressungen, als das Festsetzen von Kriegsgefangenen deklarierte Entführungen und die Verwendung selbstgemachter Mörsergeschosse (*tatuco*) laufen internationalem Recht zuwider und begründen die Kriminalisierung der FARC vonseiten staatlicher Repräsentanten (vgl. Alejandro Francisco Navarro Amaris: Cuáles son las ventajas estratégicas del uso de los cilindros bombas para las FARC. Universidad Militar Nueva Granada, Facultad de Relaciones Internacionales, Estrategie y Seguridad. Bogotá 2010. unter: <http://bibliodigital.umng.edu.co:8080/UMNG/bitstream/10654/730/1/VENTAJAS%20ESTRATEGICAS%20DEL%20USO%20DEL%20CILINDRO%20BOMBA,%20POR%20PARTE%20.pdf> (Zugriff: 4.7.2013), S. 3. Vgl. stellvertretend weiterhin Semana, 23.4.2011, „La seguridad, en entredicho“, Semana, 10.4.2012, „Secuestro: el fracaso de una estrategia cruel“).

war, um sie von den Verhandlungen zur Beilegung des Binnenkonflikts zu überzeugen, erfuhren sie in der Folgezeit eine erneute Kriminalisierung.<sup>1820</sup> Nach den Terroranschlägen in den USA im September 2001 wurden die FARC als Terroristen etikettiert – auch mit dem Ziel, im Rahmen des *war on terror* zur Verfügung gestellte Ressourcen gegen den inneren Feind nutzen zu können.<sup>1821</sup>

Die Parallelen in dem gewaltsamen Vorgehen gegen politische Oppositionsgruppen und in den Legitimationsmustern für diese Gewalt vor dem Hintergrund einer exklusiven Definition des Politischen stellen Kontinuitäten in der Geschichte der politischen Gewalt in Kolumbien im 20. Jahrhundert dar.<sup>1822</sup> Weiterhin lassen sich andere Merkmale ausmachen, die den bewaffneten Konflikt, der auf den Untersuchungszeitraum der vorliegenden Arbeit folgt, charakterisieren und deren Ursprünge mitunter in der *Violencia* liegen. Auch wenn sich die Kontexte und Motive des Gewaltgeschehens geändert haben, sind mit der ausgeprägten sowie wiederkehrenden Bereitschaft zur kollektiven Gewaltanwendung und zu Gewaltexzessen in politischen Machtkämpfen Kontinuitäten jenseits der spezifischen Differenzen auszumachen. Der Umstand, dass Gewalt zu einer monetär entlohten Dienstleistung wurde, verweist ebenfalls auf das Fortdauern spezifischer Gewaltpraktiken. Während der *Violencia* boten *pájaros* „ihre Dienste“ an, während in den 1980er und 1990er Jahren die durch die verschiedenen *oficinas* vermittelten *sicarios* „für Geld töteten“.<sup>1823</sup>

Auch der fehlende Wille der staatlichen Autoritäten, den Einsatz kollektiver Gewalt durch nichtstaatliche Akteursgruppen nachdrücklich zu ächten und konsequent zu unterbinden, muss genannt werden. Er ist eine weitere strukturelle Dimension der Gewalt im kolumbianischen gesellschaftlich-politischen Gefüge, welche die einzelnen Gewaltphasen übergreift. Im Laufe der *Violencia* griffen die staatlichen Sicherheitskräfte auf bewaffnete Zivilisten zurück, um Oppositionsgruppen zu bekämpfen – entweder auf als *pájaros* bezeichnete Einzelakteure, die sich punktuell zu Gruppen zusammenschlossen, oder auf zahlenmäßig oftmals die regulären Kräfte übertreffende *contrachusmas*. Die Formierung paramilitärischer und -staatlicher Gruppen aus Zivilisten wurde 1965 durch den *Decreto 3.398* erlaubt, „um die nationale Sicherheit und die Stabilität der Institutionen zu

<sup>1820</sup> Uribe Alarcón: *Conflictó*, S. 167ff.

<sup>1821</sup> Vgl. Leech: *FARC*, S. 63-88.

<sup>1822</sup> Vgl. auch Kurtenbach: *Kolumbien [1999]*, S. 386.

<sup>1823</sup> Vgl. für kolumbianische Auftragsmörder im frühen 21. Jahrhundert Juan Miguel Álvarez: *Balas por Encargo. Vida y Muerte de los Sicarios en Colombia*. Bogotá 2013. Dem Untersuchungsgegenstand Gewalt als Ware und Dienstleistung geht Elwert am Beispiel afrikanischer (Bürgerkriegs-)Gesellschaften nach (Gewaltmärkte).

garantieren“.<sup>1824</sup> Die 1968 in den Rang eines Gesetzes (*Ley 48*) erhobene Erlaubnis, Zivilisten zu bewaffnen, diente *ganaderos*, (pensionierten) Militärs und Drogenhändlern in den 1980er Jahren als juristische Basis für die Aufstellung paramilitärischer Gruppen und untermauert somit die These einer kolumbianischen Gewaltkontinuität im 20. Jahrhundert.<sup>1825</sup>

Die in der zweiten Hälfte der 1980er Jahre gestartete Offensive paramilitärischer Gruppen gegen Vertreter der *Unión Patriótica*, den politischen Arm der FARC, der nach den *Acuerdos de la Uribe* gegründet wurde, ist ein weiteres Beispiel für die fehlende oder unzureichende Unterbindung kollektiver Gewaltakte von nichtstaatlichen Gruppierungen – zumal die paramilitärischen Organisationen offenbar auf aktive Unterstützung von Teilen der staatlichen Sicherheitskräfte zählen konnten.<sup>1826</sup> Erst 1989 wurde die *Ley 48* in der Hoffnung zurückgenommen, so der um sich greifenden Gewalt Einhalt gebieten zu können.<sup>1827</sup>

Auch auf der personalen Ebene der in die *Violencia* involvierten Akteure ist eine weitere Konstante auszumachen. Ihre Protagonisten auf kommunistischer Seite in den *repúblicas independientes* waren die Personen, die in den 1960er Jahren die bis in das 21. Jahrhundert existierenden und aktiven FARC gründeten. Manuel Marulanda Vélez – Ende der 1940er Jahre noch auf Seiten der *limpios* kämpfend – ist sicherlich das bekannteste Beispiel für diese Kontinuität. Mit Isauro Yosa, Ciro Castaño, Jacobo Arenas und Jaime Guaraca sind aber nur einige der Personen genannt, die als *comunes* während der *Violencia* sowohl gegen die staatlichen Sicherheitskräfte als auch liberale *guerrilleros* kämpften und später die inzwischen lange Geschichte der FARC entscheidend mitprägten.<sup>1828</sup>

Trotz aller spezifischen Differenzen zwischen den verschiedenen Gewaltphasen hinsichtlich der historischen, sozialen und politischen Rahmenbedingungen und trotz der Darstellung der Orthodoxie des politischen Feldes, der *Frente Nacional*

<sup>1824</sup> Zitiert in: Piccoli: Sistema, S. 81.

<sup>1825</sup> Vgl. Raul Zelik: Die kolumbianischen Paramilitärs. „Regieren ohne Staat?“ oder terroristische Formen der Inneren Sicherheit. Münster 2009, S. 89, 104; Huhle: Violencia Paramilitar, S. 180.

<sup>1826</sup> Uribe Alarcón: Conflicto, S. 166f. Auch im Kampf gegen Pablo Escobar und seine Gefolgsleute arbeiteten Polizei und Militär mit nichtstaatlichen Todesschwadronen zusammen, die unter dem Namen *Perseguidos por Pablo Escobar* (PEPES) firmierten. Von den PEPES lassen sich direkte Kontinuitätslinien zu den späteren paramilitärischen Organisationen zeichnen, die sich in den 1990er Jahren zu den *Autodefensas Unidas de Colombia* (AUC) zusammenschlossen (vgl. James Mollison: Escobar. Der Drogenbaron. München 2010, S. 244-253; Mark Bowden: Killing Pablo. Die Jagd auf Pablo Escobar, Kolumbiens Drogenbaron. Berlin 2007, S. 219-275).

<sup>1827</sup> Vgl. Zelik: Paramilitärs, S. 89, 104. S. auch Huhle: Violencia Paramilitar, S. 180.

<sup>1828</sup> Pécaut: Presente, pasado y futuro de la Violencia, S. 15f.

habe die *Violencia* beendet, lassen sich deutliche Kontinuitäten in den Gewaltpraktiken und -akteuren sowie den Legitimationsdiskursen für Gewalt auszumachen. Der *Frente Nacional* beendete zwar die gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen Liberalen und Konservativen, war aber keineswegs gleichbedeutend mit dem Verzicht auf die Handlungsressource *Gewalt* im politischen Wettstreit. Ungeachtet aller unpolitischer Nebenerscheinungen – wie Landraub, andere ökonomisch motivierte Gewaltakte, Vertreibungen, Verwicklung in den illegalen und den internationalen Drogenhandel etc. – beruhte die Gewalt der *Violencia* und der ihr folgenden Dekaden auf nach heutigem Verständnis politischen Motivationen.<sup>1829</sup> Sowohl die *comunes* und *limpios* der *Violencia* als auch die linksgerichteten *guerrillas* und die paramilitärischen Gruppierungen des ausgehenden 20. und frühen 21. Jahrhunderts versuchten gewaltsam, Ziele durchzusetzen, die einen zeitlich dauerhaften Anspruch hatten und auf die verpflichtende Gültigkeit für eine überindividuell konstituierte Gemeinschaft zielten. In dem Maße, wie sich die politischen, sozialen und historischen Kontexte wandelten, änderten sich die konkreten Ziele, die gewaltsam erreicht werden sollten (Inklusion in das bestehende politische System und dessen revolutionäre Umgestaltung). Die Motive für die Gewalt in den verschiedenen Phasen sind jedoch – und dies ist der die Zeitabschnitte einende und die Gewaltkontinuität begründende Faktor – als politische zu betrachten.<sup>1830</sup>

Während der *Violencia* etablierte sich physische Gewalt als Handlungsressource in politischen Auseinandersetzungen und erlangte in den Augen der Handelnden ein hohes Maß an Legitimität, die den Wettstreit im Raum des Politischen bis in die Gegenwart prägt. Auch die fortdauernden Rechtfertigungsmuster für politischen Charakter beanspruchende (Gegen-)Gewalt nahmen ihren Ursprung Mitte des 20. Jahrhunderts. Während die Orthodoxie des politischen Feldes (bewaffnete) oppositionelle Gruppen kriminalisierte, um staatliche Repression – teilweise auf parastaatliche Gruppen zurückgreifend – zu legitimieren, verwiesen diese auf den exklusiven Charakter des politischen Systems, der auf der reduktiven, im Zuge der *Violencia* institutionalisierten Definition des Politischen beruhte, um ihr gewaltsames, politischen Anspruch erhebendes Vorgehen zu rechtfertigen. Im Widerspruch zu der Darstellung des *Frente Nacional*, der die *Violencia* 1958 für beendet „erklärte“, haben die während des Untersuchungszeitraums der vorliegenden Arbeit etablierten (Gewalt-)Praktiken die bis in die Gegenwart andauernde Gewaltgeschichte des südamerikanischen Landes nachhaltig und dauerhaft

<sup>1829</sup> Waldmann verweist allerdings darauf, dass Bürgerkriege Gewaltphänomene sui generis sind und die ursprünglichen Motive, die Anlass zu dem Konflikt gaben, an Bedeutung verlieren bzw. die Binnenkonflikte ihre eigenen Gründe schaffen können (Gesellschaften, S. 343f.).

<sup>1830</sup> Für die zweite Hälfte des 20. Jahrhunderts vgl. Uribe Alarcón: Conflicto, S. 160-164.

geprägt. So unterschiedlich die „Hochphasen“ kollektiver Gewalt auch im Detail ausgestaltet sein mochten, stellen die Kriminalisierung politischer Oppositionsgruppen, die Gewalt, auf die sie zurückgreifen, um sich im politischen Feld Gehör zu verschaffen, und die mit der Kriminalisierung eng verbundenen Legitimationsmuster für Gewalt zur Bekämpfung der politischen Oppositionsgruppen eine wesentliche Kontinuität der kolumbianischen Geschichte dar. Aus diesem Grund sind die bewaffneten Auseinandersetzungen in Kolumbien im frühen 21. Jahrhundert nicht ohne ein fundiertes Wissen von der *Violencia* zu verstehen.

## *V Quellen- und Literaturverzeichnis*

### **1 Quellen**

#### **1.1 Periodika**

Documentos Políticos. Revista del Comité Central del Partido Comunista de Colombia, Bogotá  
Eco Nacional, Bogotá  
El Cronista, Ibagué  
El Derecho, Ibagué  
El Espectador (El Independiente), Bogotá  
El Mundo, Ibagué  
El Siglo, Bogotá  
El Tiempo (Intermedio), Bogotá  
Diario de Colombia, Bogotá  
Diario del Tolima, Honda  
Jornada, Bogotá  
La Calle, Bogotá  
La Opinión, Ibagué  
Panorama, Honda  
Registro Oficial. Órgano de la Gobernación del Tolima, Ibagué  
Semana, Bogotá  
Tribuna, Ibagué  
Voz, Bogotá  
Voz Proletaria, Bogotá

#### **1.2 Archive**

Archivo General de la Nación (AGN)  
Presidencia de la República (PR)  
Asuntos Parlamentarios (AP)  
Despacho Señor Ministro (DSM)  
Despacho Señor Presidente (DSP)  
Junta Militar de Gobierno (JMG)  
Secretaría General (SG)  
Servicio de Inteligencia Colombiana (SIC)  
Fondo Ministerio del Interior (FMI)  
Serie Despacho del Ministro (SDM)  
Asuntos Indígenas (AI)  
Secretaría General (SG)

Archivo Histórico Judicial del Tolima (AHJT)

Archivo Palacio de Justicia de Ibagué (APJI)

Archivo Personal Medófilo Medina (APMM)

ArchivePaulWolf(APW)(online unter: <http://www.icdc.com/~paulwolf/colombia/colombiawar.htm>)

### **1.3 Zeitzeugeninterviews**

Pedro Acosta, 13.5.1982 (APMM)

Jacobo Arenas, 15.2.1986 (APMM)

Aurelio González, 13.8.1982 (APMM)

Luis Felipe González, 13.8.1982 (APMM)

Emilio Guzmán, 14.8.1982 (APMM)

Eusebio Prada, 5.5.1982, 14.5.1982 (APMM)

Raúl Valbuena, 16.11.1982 (APMM)

Isauro Yosa (alias Lister), 19.4.1984 (APMM)

Gilberto Bravo Loaiza, Ibagué, 1.6.2010

Guillermo Vásquez, Ibagué, 11.6.2010

Ricardo Castañeda, Ibagué, 17.6.2010

Dr. Otto Morales Benítez, Bogotá, 14.8.2009, 12.7.2010

### **1.4 Publizierte Quellen**

Agudelo Ramírez, Luis E.; Montoya y Montoya, Rafael: Los Guerrilleros Intelectuales, Cartas, Documentos e Informaciones que Prohibió la Censura. Bogota 1957.

Aprile-Gniset, Jacques: La Crónica de Villarica. Bogotá 1991.

Behar, Olga: Las guerras de la paz. Bogotá 1985.

Buitrago Salazar, Evelio: Zarpazo. Otra Cara de la Violencia. Bogotá 1967.

Galvis Galvis, Alejandro: Memorias de un político centenarista. Bucaramanga 1976.

Lleras Camargo, Alberto: El Primer Gobierno del Frente Nacional 4 Tomos. Bogotá 1960-1962.

Lleras Restrepo, Carlos: De la Dictadura a la República. Testimonios sobre la Política Colombiana. Bogotá 1997 (Original 1955).

Nieto Rojas, José María: La Batalla contra el Comunismo en Colombia. Capítulos de Historia Patria, que deben ser Faro y Brújula para las Futuras Generaciones de Colombia. Bogotá 1956.

Pareja, Carlos H.: El Monstruo. Buenos Aires 1955.

Pava Salazar, Simón de la: Este es mi testimonio. Ibagué 1991.

Prada, Eusebio: La vida que vivimos. Historia campesina. Bogotá 2008.

Trujillo Castaño, Ciro: Ciro. Páginas de su Vida. Bogotá 1974.

Valencia Tovar, Álvaro: Testimonio de una Época. Años signados por el conflicto en el que han vivido inmersos el Estado y la sociedad colombianos bajo el rótulo de violencia. Bogotá 1992.



## **2 Literaturverzeichnis**

### **2.1 Publizierte Literatur**

- Abbink, Jon: Preface. Violation and Violence as Cultural Phenomena. In: Göran Aijmer und Jon Abbink (Hrsg.): Meanings of Violence. A Cross Cultural Perspective. Oxford/New York 2000, S. XI-XVII.
- Abrams, Philip: Notes on the Difficulty of Studying the State (1977). In: Journal of Historical Sociology 1:1 (March 1988), S. 58-89.
- Acevedo Carmona, Darío: La Mentalidad de las Élites sobre la Violencia en Colombia (1936-1949). Bogotá 1995.
- Acuña Rodríguez, Olga Yaneth: De electores a “bandidos“. Característica de la violencia política en Boyacá y Casanare, 1948-1953. In: Historia y Espacio 32 (2009), o. S.
- Agamben, Giorgio: Die souveräne Macht und das nackte Leben. Frankfurt (Main) 2002.
- Alape, Arturo: Diario de un Guerrillero. Bogotá 1970.
- : Las Vidas de Pedro Antonio Marín Manuel Marulanda Vélez Tirofijo, Bogotá 1989.
- Alonso, Ana: Sovereignty, the Spatial Politics of Security, and Gender: Looking North and South From the US-Mexican Border. In: Christian Krohn-Hansen und Knut G. Nustad (Hrsg.): State Formation. Anthropological Perspectives. London/Ann Arbor 2005, S. 27-52.
- Álvarez Gardeazábal, Gustavo: Cóndores no entierran todos los días. Barcelona 1972.
- Álvarez, Juan Miguel: Balas por Encargo. Vida y Muerte de los Sicarios en Colombia. Bogotá 2013.
- Anderson, Benedict: Die Erfindung der Nation. Zur Karriere eines folgenreichen Konzepts. Frankfurt (Main) 2005.
- Arango Z., Carlos: FARC Veinte Años de Marquetalia a La Uribe. Bogotá 1984.
- Arenas, Jacobo: Diario de la Resistencia de Marquetalia. Bogotá 2000.
- Asad, Talal: Where Are the Margins of the State? In: Veena Das und Deborah Poole (Hrsg.): Anthropology in the Margins of the State. Santa Fe 2004, S. 279-288.
- Assmann, Jan: Das kulturelle Gedächtnis. Schrift, Erinnerung und politische Identität in frühen Hochkulturen. München 1999.
- Atehortúa, Adolfo León; Vélez, Humberto: Estado y Fuerzas Armadas en Colombia (1886-1953). Bogotá 1994.

- Ayala Diago, César Augusto: El origen del MRL (1957-1960) y su conversión en disidencia radical del liberalismo colombiano. In: Anuario Colombiano de Historia Social y de la Cultura 22 (1995), S. 95-121.
- : La Reconquista Conservadora. Colombia 1957-1958. In: Historia Crítica Bd. 11 (1995), S. 21-35.
- : Resistencia y oposición al Establecimiento del Frente Nacional. Los orígenes de la Alianza Nacional Popular, ANAPO. Colombia 1953-1964. Bogotá 1996.
- Baecker, Dirk: Form und Formen der Kommunikation. Frankfurt (Main) 2005.
- Barth, Fredrik: Ethnic groups and boundaries. The social organization of culture difference. Bergen 1969.
- Bates, Robert; Greif, Avner; Singh, Smita: Organizing Violence. In: The Journal of Conflict Resolution Bd. 46, H. 5 (Oktober 2002), S. 599-628.
- Bauman, Zygmunt: Alte und neue Gewalt. In: Journal für Konflikt- und Gewaltforschung Bd. 2, H. 1 (2000), S. 28-42.
- Behar, Olga; Ardila Behar, Carolina: El Caso Klein. El Origen del paramilitarismo en Colombia. Bogotá 2012.
- Benford, Robert D.; Snow, David A.: Framing Processes and Social Movements. An Overview and Assessment. In: Annual Review of Sociology 26 (2000), S. 611-639.
- Betancourt, Darío; García, Martha L.: Matones y Cuadrilleros. Origen y evolución de la violencia en el occidente colombiano 1946-1965. Bogotá 1990.
- Betancourt Echeverry, Darío: Las Cuadrillas Bandoleras del Norte del Valle en la Violencia de los Años Cincuenta. In: Historia Crítica 4 (1990), S. 57-68.
- Blair, Elsa: Muertes Violentas. La teatralización del exceso. Medellín 2004.
- Blok, Anton: The Peasant and the Brigand: Social Banditry Reconsidered. In: Comparative Studies in Society and History 14:4 (September 1972), S. 494-503.
- Bourdieu, Pierre: Das politische Feld. Zur Kritik der politischen Vernunft. Konstanz 2001.
- Bowden, Mark: Killing Pablo. Die Jagd auf Pablo Escobar, Kolumbiens Drogenbaron. Berlin 2007.
- Braun, Herbert: The Assassination of Gaitán. Public Life and Urban Violence in Colombia. Madison 1985.
- Brubaker, Rogers: Ethnicity, Race, and Nationalism. In: Annual Review of Sociology 35 (2009), S. 21-42.
- Büsches, Christian: Demokratie und Völkermord. Ethnizität im politischen Raum (Das Politische als Kommunikation 5). Göttingen 2012.

- Buitrago Parra, José del Carmen: Guerrilleros, campesinos y política en el Sumapaz. El Frente Democrático de Liberación Nacional 1953-1956. Ibagué 2006.
- : Movilización y resistencia campesina en el Oriente del Tolima y Región del Sumapaz (1953-1957). In: Memoria, Enero – Diciembre (1998), S. 88-99.
- Bushnell, David: Política y partidos en el siglo XIX. Algunos antecedentes históricos. In: Gonzalo Sánchez und Ricardo Peñaranda (Hrsg.): Pasado y presente de la violencia en Colombia. Medellín 2007, S. 73-79.
- : The Making of Modern Colombia. Berkeley u.a. 1993.
- Calvo Ospina, Hernando: Colombia, Laboratorio de Embrujo. Democracia y Terrorismo de Estado. Madrid 2008.
- Canal Ramírez, Gonzalo: Estampas y Testimonios de la Violencia. Bogotá 1966.
- Carneiro, Robert L.: Evolutionism in Cultural Anthropology. A Critical History. Boulder 2003.
- Casas, Ulises: De la Guerrilla Liberal a la Guerrilla Comunista. Bogotá 1987.
- Castro, Daniel: Introduction – The Interminable War: Guerrillas in Latin American History. In: Daniel Castro (Hrsg.): Revolution and Revolutionaries. Guerrilla Movements in Latin America. Wilmington 1999, S. XV –XXXVII.
- Centeno, Miguel Angel: Limited Wars and Limited States. In: Diane E. Davis und Anthony W. Pereira (Hrsg.): Irregular Armed Forces and Their Role in Politics and State Formation. Cambridge 2003, S. 82-95.
- Choe, Yonhyok: Social Cleavage and Party Support. A Comparison of Japan, South Korea and the United Kingdom. Huddinge 2003.
- Coleman, Bradley Lynn: The Colombian Army in Korea, 1950-1954. In: Journal of Military History 69:4 (Oktober 2004), S. 1137-1177.
- Coronil, Fernando; Skurski, Julie: Dismembering and Remembering the Nation. The Semantics of Political Violence in Venezuela. In: Fernando Coronil und Julie Skurski (Hrsg.): States of Violence. Ann Arbor 2006, S. 83-151.
- Corrigan, Philip; Sayer, Derek: The Great Arch. English State Formation as Cultural Revolution. Oxford 1985.
- Das, Veena; Poole, Deborah: State and Its Margins. Comparative Ethnographies. In: Veena Das und Deborah Poole (Hrsg.): Anthropology in the Margins of the State. Santa Fe 2004, S. 3-33.
- Davis, Diane E.: Contemporary Challenges and Historical Reflections on the Study of Militaries, States, and Politics. In: Diane E. Davis und Anthony W. Pereira (Hrsg.): Irregular Armed Forces and Their Role in Politics and State Formation. Cambridge 2003, S. 3-34.

- Deas, Malcolm: Cambios Violentos: Reflexiones sobre la violencia política en Colombia. In: Malcolm Deas und Fernando Gaitán Daza (Hrsg.): Dos ensayos especulativos sobre la violencia en Colombia. Bogotá 1995, S. 1-86.
- Dennis, Marisol: National Identity and Violence. The Case of Colombia. In: Will Fowler und Peter Lambert (Hrsg.): Political Violence and the Construction of National Identity in Latin America. New York 2006, S. 91-109.
- Desai, Raj; Eckstein, Harry: Insurgency: The Transformation of Peasant Rebellion. In: *World Politics* 42:4 (July 1990), S. 441-465.
- Díaz Jaramillo, José Abelardo: "Si me asesinan, vengadme". El gaitanismo en el imaginario de la nueva izquierda colombiana: el caso del MOEC 7 de enero. In: *Anuario Colombiano de Historia Social y de la Cultura* 36:2 (2009), S. 121-145.
- Duncan Baretta, Silvio R.; Markoff, John: Civilization and Barbarism: Cattle Frontiers in Latin America. In: *Comparative Studies in Society and History* 20:4 (October 1978), S. 587-620.
- Echeverri Uruburu, Alvaro: Elites y Proceso Político en Colombia 1950-1978. Bogotá 1986.
- Elwert, Georg: Gewaltmärkte. Beobachtungen zur Zweckrationalität der Gewalt. In: Trutz v. Trotha (Hrsg.): Soziologie der Gewalt (Sonderheft 37 der Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie). Wiesbaden 1997, S. 86-101.
- Enzensberger, Hans Magnus: Schreckens Männer. Versuch über den radikalen Verlierer. Frankfurt (Main) 2006.
- Epstein, A. L.: Etnicidad e identidad (1978). In: Manuela Camus (Hrsg.): Las Ideas detrás de la Etnicidad. Una selección de textos para el debate. Antigua Guatemala 2006, S. 83-106.
- Fajardo, Darío: La violencia 1946-1964. Su desarrollo y su impacto. In: Jesús Antonio Bejarano (Hrsg.): Once ensayos sobre La Violencia. Bogotá 1985, S. 259-295.
- : Violencia y Desarrollo. Transformaciones sociales en tres regiones cafetaleras del Tolima 1936-1970. Bogotá 1979.
- Finer, Samuel E.: State and Nation-Building in Europe: The Role of the Military. In: Charles Tilly (Hrsg.): The Formation of National States in Western Europe. Princeton 1975, S. 84-163.
- Fisch, Jörg: Zivilisation, Kultur. In: Otto Brunner, Werner Conze und Reinhart Koselleck (Hrsg.): Geschichtliche Grundbegriffe. Historisches Lexikon zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland (Bd. 7). Stuttgart 1992, S. 679-774.
- Fischer, Thomas: Colombia: Estado débil sin territorialidad entera. Una visión histórica. In: Jaime Arocha et al. (Hrsg.): Dimensiones territoriales de la guerra y la paz. Bogotá 2002, S. 183-195.

- : „Kultur der Gewalt“ im nördlichen Südamerika. Was die Reiseschriftsteller des 19. Jahrhunderts sahen. In: Ibero-Amerikanisches Archiv 25:3/4 (1999), S. 325-349.
- Foucault, Michel: Archäologie des Wissens. Frankfurt (Main) 2003.
- : Die Ordnung des Diskurses (Inauguralvorlesung a, Collège de France, 2. Dezember 1970). Frankfurt (Main) 1977.
- Frevert, Ute: Neue Politikgeschichte: Konzepte und Herausforderungen. In: Ute Frevert et al. (Hrsg.): Politikgeschichte. Perspektiven einer historischen Politikforschung. Frankfurt (Main) 2005, S. 7-26.
- Frevert, Ute; Schmidt, Anne: Geschichte, Emotionen und die Macht der Bilder. In: Geschichte und Gesellschaft 37:1 (2001), S. 5-25.
- Gaitán, Gloria: Orígenes de la violencia de los años 40. In: Jesús Antonio Bejarano (Hrsg.): Once ensayos sobre La Violencia. Bogotá 1985, S. 325-360.
- Gallón Giraldo, Gustavo: La República de las Armas. Relaciones entre Fuerzas Armadas y Estado en Colombia 1960-1980. Bogotá 1983.
- Galtung, Johan: Strukturelle Gewalt. Beiträge zur Friedens- und Konfliktforschung. Reinbek bei Hamburg 1982.
- Geertz, Clifford: Angestammte Loyalitäten, bestehende Einheiten. Anthropologische Reflexionen zur Identitätspolitik. In: Merkur. Deutsche Zeitschrift für europäisches Denken 48:5 (1994), S. 392-403.
- : Dichte Beschreibung. Beiträge zum Verstehen kultureller Systeme. Frankfurt (Main) 2006.
- : The interpretation of cultures. Selected Essays. New York 1973.
- Gerlach, Christian: Extrem gewalttätige Gesellschaften. Massengewalt im 20. Jahrhundert. München 2010.
- Giddens, Anthony: The Nation-State and Violence. Cambridge 1985.
- Gilhodés, Pierre: La violencia en Colombia; bandolerismo y guerra social. In: Jesús Antonio Bejarano (Hrsg.): Once ensayos sobre La Violencia. Bogotá 1985, S. 189-207.
- Goll, Reinhard: Der Evolutionismus. Analyse eines Grundbegriffs neuzeitlichen Denkens. München 1972.
- Gómez Rojas, David: El General Mariachi. Jesús María Oviedo. Bogotá 2008.
- González Arias, José Jairo; Marulanda Alvarez, Elys: Historias sin Fronteras. Colonización y guerras en el Sumapaz. Bogotá 1990.
- González, Fernán E.; Bolívar, Ingrid J.; Vázquez, Teófilo: De la nación fragmentada a la construcción del Estado. Bogotá 2002.
- Gott, Richard: Guerrilla Movements in Latin America. London 1970.
- Gray, Barbara: Strong Opposition. Frame-based Resistance to Collaboration. In: Journal of Community & Applied Social Psychology 14 (2004), S. 166-176.

- Green, W. John: Gaitanismo, Left Liberalism, and Popular Mobilization in Colombia. Gainesville 2003.
- Gutiérrez, José: La Rebeldía Colombiana. Observaciones Psicológicas sobre Actualidad Política. Bogotá 1962.
- Guzmán Campos, Germán; Fals Borda, Orlando; Umaña Luna, Eduardo: La Violencia en Colombia. Estudio de un Proceso Social. Tomo II. Bogotá 1964.
- Guzmán Campos, Germán: La Violencia en Colombia. Parte Descriptiva. Calí 1968.
- Hall, Stuart: Popular Culture and the State. In: Aradhana Sharma und Akhil Gupta (Hrsg.): The Anthropology of the State. A Reader. Malden 2006, S. 360-380.
- Hansen, Thomas Blom; Stepputat, Finn: Introduction. States of Imagination. In: Thomas Blom Hansen und Finn Stepputat (Hrsg.): States of Imagination. Ethnographic Explorations of the Postcolonial State. Durham/ London 2001, S. 1-38.
- Heitmeyer, Wilhelm (Hrsg.): Das Gewalt-Dilemma. Gesellschaftliche Reaktionen auf fremdenfeindliche Gewalt und Rechtsextremismus. Frankfurt (Main) 1994.
- (Hrsg.): Die bedrängte Toleranz. Ethnisch-kulturelle Konflikte, religiöse Differenzen und die Gefahren politisierter Gewalt. Frankfurt (Main) 1998.
- (Hrsg.): Die Bielefelder Rechtsextremismus-Studie. Erste Langzeituntersuchung zur politischen Sozialisation männlicher Jugendlicher. Weinheim 1993.
- Helbling, Jürg: Hobbes und seine Theorie des tribalen Krieges. In: Swiss Journal of Sociology 35:1 (2008), S. 97-116.
- Helfrich-Bernal, Linda: Kolumbien. Wahlen und Parteien im Gewaltkonflikt. Frankfurt (Main) 2002.
- Henderson, James D.: Modernization in Colombia. The Laureano Gómez Years, 1889-1965. Gainesville 2001.
- : When Colombia Bleed. A History of the Violencia in Tolima. Tuscaloosa 1985.
- Hitzler, Ronald: Gewalt als Tätigkeit. Vorschläge zu einer handlungstypologischen Begriffsklärung. In: Sighard Neckel und Michael Schwab-Trapp (Hrsg.): Ordnungen der Gewalt. Beiträge zu einer politischen Soziologie der Gewalt und des Krieges. Opladen 1999, S. 9-19.
- Hobsbawm, Eric J.: Bandits. London 1969.
- : La anatomía de „La Violencia“ en Colombia. In: Jesús Antonio Bejarano (Hrsg.): Once ensayos sobre La Violencia. Bogotá 1985, S. 11-23.
- : Social Bandits and Primitive Rebels. Studies in Archaic Forms of Social Movement in the 19th and 20th Centuries. Glencoe 1959.
- Höpken, Wolfgang; Riekenberg, Michael: Gewalt in Südosteuropa und Lateinamerika. Einleitende Bemerkungen zu einem Vergleich und seinen Tücken. In:

- Wolfgang Höpken und Michael Riekenberg (Hrsg.): Politische und ethnische Gewalt in Südosteuropa und Lateinamerika. Köln 2001, S. VII-XX.
- Holden, Robert H.: Armies without Nations. Public Violence and State Formation in Central America 1821-1960. Cambridge/New York 2004.
- Hoskin, Gary; Swanson, Gerald: Inter-Party Competition in Colombia: A Return to La Violencia? In: American Journal of Political Science Vol. 17, No. 2 (Mai 1973), S. 316-350.
- Hüttermann, Jörg: „Dichte Beschreibung“ oder Ursachenforschung der Gewalt? Anmerkungen zu einer falschen Alternative im Lichte der Problematik funktionaler Erklärungen. In: Wilhelm Heitmeyer und Hans-Georg Soeffner (Hrsg.): Gewalt. Entwicklungen, Strukturen, Analyseprobleme. Frankfurt (Main) 2004, S. 107-124.
- Huhle, Rainer: La violencia paramilitar en Colombia. Historia, estructuras, reacción del Estado e impacto político. In: Klaus Bodemer, Sabine Kurtenbach und Klaus Meschkat (Hrsg.): Violencia y regulación de conflictos en América Latina. Caracas 2001, S. 171-186.
- Imbusch, Peter: Die Gewalt von Militärdiktaturen in Südamerika. In: Thomas Fischer und Michael Krennerich (Hrsg.): Politische Gewalt in Lateinamerika. Frankfurt (Main) 2000, S. 35-59.
- : „Mainstreamer“ versus „Innovateure“ der Gewaltforschung. Eine kuriose Debatte. In: Wilhelm Heitmeyer und Hans-Georg Soeffner (Hrsg.): Gewalt. Entwicklungen, Strukturen, Analyseprobleme. Frankfurt (Main) 2004, S. 125-148.
- : Moderne und Postmoderne Perspektiven der Gewalt. In: Sighard Neckel und Michael Schwab-Trapp (Hrsg.): Ordnungen der Gewalt. Beiträge zu einer politischen Soziologie der Gewalt und des Krieges. Opladen 1999, S. 147-160.
- Jaramillo Castillo, Carlos Eduardo: Túlio Varón. El Guerrillero de „El Paraíso“. Ibagué 1987.
- Joseph, Gilbert M.; Nugent, David: Popular Culture and State Formation in Revolutionary Mexico. In: Gilbert M. Joseph und David Nugent (Hrsg.): Everyday Forms of State Formations. Revolution and the Negotiation of Rule in Modern Mexico. Durham/London 1994, S. 3-23.
- Joseph, Gilbert M.: On the Trail of Latin American Bandits: A Reexamination of Peasant Resistance. In: Latin American Research Review 25:3 (1990), S. 7-53.
- Kalmanowiecki, Laura: Policing the People, Building the State. The Police-Military Nexus in Argentina, 1880-1945. In: Diane E. Davis und Anthony W. Pereira (Hrsg.): Irregular Armed Forces and Their Role in Politics and State Formation. Cambridge 2003, S. 209-231.

- Keller, Reiner: Wissenssoziologische Diskursanalyse. In: Reiner Keller, Andreas Hirsland, Werner Schneider und Willy Viehöver (Hrsg.): Handbuch Sozialwissenschaftliche Diskursanalyse (Band I: Theorien und Methoden). Opladen 2001, S. 113-143.
- Kießler, Richard E.: Guerilla und Revolution (Schriftenreihe des Forschungsinstituts der Friedrich-Ebert-Stiftung 115). Bonn-Bad Godesberg 1975.
- Knight, Alan: Weapons and Arches in the Mexican Revolutionary Landscape. In: Gilbert M. Joseph und David Nugent (Hrsg.): Everyday Forms of State Formation. Revolution and the Negotiation of Rule in Modern Mexico. Durham/London 1994, S. 24-66.
- Knöbl, Wolfgang; Schmidt, Gunnar: Einleitung: Warum brauchen wir eine Soziologie des Krieges? In: Wolfgang Knöbl und Gunnar Schmidt (Hrsg.): Die Gegenwart des Krieges. Staatliche Gewalt in der Moderne. Frankfurt (Main) 2000, S. 7-22.
- Koselleck, Reinhart: Standortbindung und Zeitlichkeit. Ein Beitrag zur historiographischen Erschließung der geschichtlichen Welt. In: Reinhart Koselleck, Wolfgang J. Mommsen und Jörn Rüsen (Hrsg.): Objektivität und Parteilichkeit in der Geschichtswissenschaft (Beiträge zur Historik Bd. 1). München 1977, S. 17-46.
- Krennerich, Michael: Politische Gewalt in Lateinamerika. In: Thomas Fischer und Michael Krennerich (Hrsg.): Politische Gewalt in Lateinamerika. Frankfurt (Main) 2000, S. 17-34.
- Krohn-Hansen, Christian; Nustad, Knut G.: Introduction. In: Christian Krohn-Hansen und Knut G. Nustad (Hrsg.): State Formation. Anthropological Perspectives. London/Ann Arbor 2005, S. 3-26.
- Kruijt, Dirk; Koonings, Kees: Introduction. Violence and Fear in Latin America. In: Kees Koonings und Dirk Kruijt (Hrsg.): Societies of Fear. The Legacy of Civil War, Violence and Terror in Latin America. London/New York 1999, S. 1-30.
- Kurtenbach, Sabine: Kolumbien. Krise von Politik, Staat und Gesellschaft. In: Sabine Kurtenbach, Mechthild Minkner-Bünjer und Andreas Steinhauf (Hrsg.): Die Andenregion. Neuer Krisenbogen in Lateinamerika. Frankfurt (Main) 2004, S. 209-224.
- : Kolumbien. Politische Gewaltkultur, der Staat und die Suche nach Frieden. In: Ibero-Amerikanisches Archiv 25:3-4 (1999) (Themenschwerpunkt: Gewaltkulturen in Lateinamerika), S. 375-396.
- : Kolumbiens Demokratie – oder über den Zusammenhang von Gewalt und Politik. In: Lateinamerika. Analysen – Daten – Dokumentation 37 (1998), S. 44-54.

- Lamberton Harper, John: *The Cold War*. Oxford 2011.
- Landwehr, Achim: Diskurs – Macht – Wissen. Perspektiven einer Kulturgeschichte des Politischen. In: Archiv für Kulturgeschichte 85 (2003), S. 71-117.
- : Geschichte des Sagbaren. Einführung in die Historische Diskursanalyse. Tübingen 2001.
- Laqueur, Walter: The Origins of Guerrilla Doctrine. In: *Journal of Contemporary History* Vol. 10 No. 2 (Juli 1974), S. 341-382.
- Leech, Gary: *The FARC. The Longest Insurgency*. New York/London 2011.
- LeGrand, Catherine C.: Perspectives for the Historical Study of Rural Politics and the Colombian Case: An Overview. In: *Latin American Research Review* 12:1 (1977), S. 7-36.
- Liell, Christoph: Der Doppelcharakter von Gewalt. Diskursive Konstruktion und soziale Praxis. In: Sighard Neckel und Michael Schwab-Trapp (Hrsg.): *Ordnungen der Gewalt. Beiträge zu einer politischen Soziologie der Gewalt und des Krieges*. Opladen 1999, S. 33-54.
- Lindenberger, Thomas; Lüdtke, Alf: Physische Gewalt im Alltag. In: *Werkstatt-Geschichte* 4 (1993), S. 3-7.
- Londoño Botero, Rocío: De la autodefensa armada a la resistencia cívica en la región de Sumapaz (1953-1958). In: Medófilo Medina und Efraín Sánchez (Hrsg.): *Tiempos de paz. Acuerdos en Colombia 1902-1994*. Bogotá 2003, S. 119-135.
- Lüdtke, Alf: Alltagsgeschichte: Aneignung und Akteure. Oder – es hat noch kaum begonnen! In: *WerkstattGeschichte* 17 (1997), S. 83-91.
- : Einleitung. Herrschaft als soziale Praxis. In: Alf Lüdtke (Hrsg.): *Herrschaft als soziale Praxis. Historische und sozial-anthropologische Studien*. Göttingen 1991, S. 9-63.
- : Thesen zur Wiederholbarkeit. „Normalität“ und Massenhaftigkeit von Tötungsgewalt im 20. Jahrhundert. In: Rolf Peter Sieferle und Helga Breuninger (Hrsg.): *Kulturen der Gewalt. Ritualisierung und Symbolisierung von Gewalt in der Geschichte*. Frankfurt (Main)/New York 1998, S. 280-289.
- Majka, Ramona: Die Moderne und die Violencia. Zur Gesellschafts-, Konflikt- und Ideologiegeschichte Kolumbiens. Frankfurt (Main) 2001.
- Marín Tobardo, Jorge Iván: *Historia y Violencia en la Colombia Contemporánea*. In: Cecilia Castro Lee (Hrsg.): *En Torno a la Violencia en Colombia. Una Propuesta Interdisciplinaria*. Cali 2005, S. 33-64.
- Martin, Gerard: The ‘Tradition of Violence’ in Colombia. Material and Symbolic Aspects. In: Göran Aijmer und Jon Abbink (Hrsg.): *Meanings of Violence. A Cross Cultural Perspective*. Oxford/New York 2000, S. 161-191.

- Martz, John D.: *The Politics of Clientelism. Democracy and the State in Colombia*. New Brunswick/ London 1997.
- Marulanda Vélez, Manuel: *Cuadernos de Campaña*. Bogotá 1973.
- Maset, Michael: *Diskurs, Macht und Geschichte. Foucaults Analysetechniken und die historische Forschung*. Frankfurt (Main) 2002.
- Matta Aldana, Luis Alberto: *Colombia y las FARC-EP. Origen de la lucha guerrillera. Testimonio del Comandante Jaime Guaraca*. Tafalla 1999.
- Medina, Medófilo: *Bases Urbanas de la Violencia en Colombia*. In: *Historia Crítica* No. 1, S. 20-32.
- : *Cuadernos de historia del PCC* No. 1. Bogotá 1989.
- : *La Resistencia Campesina en el Sur del Tolima*. In: Gonzalo Sánchez und Ricardo Peñaranda (Hrsg.): *Pasado y Presente de la Violencia*. Bogota 1986, S. 233-265.
- Meertens, Donny: *Ensayos sobre tierra, violencia y género. Hombres y mujeres en la historia rural de Colombia, 1930-1990*. Bogotá 2000.
- Merkl, Peter H.: *Approaches to the Study of Political Violence*. In: Peter H. Merkl (Hrsg.): *Political Violence and Terror. Motifs and Motivations*. Berkeley u.a. 1986, S. 19-59.
- Molano, Alfonso: *Amnistía y Violencia*. Bogotá 1978.
- : *Los Años del Tropel. Crónicas de la Violencia*. Bogotá 2006.
- : *Violencia y colonización*. In: *Revista Foro* No. 6 (junio de 1988), S. 25-37.
- Mollison, James: *Escobar. Der Drogenbaron*. München 2010.
- Mouffe, Chantal: *Über das Politische. Wider die kosmopolitische Illusion*. Frankfurt (Main) 2007.
- Münkler, Herfried: *Gewalt und Ordnung. Das Bild des Krieges im politischen Denken*. Frankfurt (Main) 1992.
- : *Symmetrische und asymmetrische Kriege*. In: *Merkur* 58:8 (2004), S. 649-659.
- Muñoz, Gerardo: *Genealogía de un problema. La Violencia en Colombia en tanto que práctica discursiva*. In: Cecilia Castro Lee (Hrsg.): *En Torno a la Violencia en Colombia. Una Propuesta Interdisciplinaria*. Cali 2005, S. 89-98.
- Nipperdey, Thomas: *Die anthropologische Dimension der Geschichtswissenschaft*. In: Gerhard Schulz (Hrsg.): *Geschichte heute. Positionen, Tendenzen und Probleme*. Göttingen 1973, S. 225-255.
- Nugent, David: *Modernity at the Edge of Empire. State, Individual, and Nation in the Northern Peruvian Andes, 1885-1935*. Stanford 1997.
- Oquist, Paul: *Violencia, Conflicto y Política en Colombia*. Bogotá 1978.
- Oring, Elliott: *Victor Turner, Sigmund Freud, and the Return of the Repressed*. In: *Ethos* 21:3 (September 1993), S. 273-294.

- Ortiz Sarmiento, Carlos Miguel: Estado y Subversión en Colombia. La violencia en el Quindío, años 50. Bogotá 1985.
- Ospina, Eduardo: Las Sectas Protestantes en Colombia. Breve Reseña Histórica con un Estudio Especial de la Llamada “Persecución Religiosa”. Bogotá 1954.
- Osterling, Jorge P.: Democracy in Colombia. Clientelist Politics and Guerrilla Warfare. New Brunswick/Oxford 1989.
- Palacios, Marco: Entre la Legitimidad y la Violencia. Colombia, 1875-1994. Bogotá 2003.
- : Violencia pública en Colombia, 1958-2010. Bogotá 2012.
- Pardo Rueda, Rafael: La Historia de las Guerras. Desde la conquista hasta nuestros días, una crónica completa de las guerras en Colombia. La búsqueda de la paz desde el conocimiento de la guerra. Bogotá 2008.
- Pécaut, Daniel: Acerca de La Violencia de los años cincuenta. In: Boletín Socioeconómico No. 17 (Marzo 1987), S. 33-48.
- : From the Banality of Violence to Real Terror. The Case of Colombia. In: Kees Koonings und Dirk Kruijt (Hrsg.): Societies of Fear. The Legacy of Civil War, Violence and Terror in Latin America. London/New York 1999, S. 141-167.
- : Orden y Violencia. Evolución socio-política de Colombia entre 1930 y 1953. Bogotá 2001.
- : Presente, pasado y futuro de la Violencia. In: Desarrollo Económico 36:144 (Enero/Marzo 1997), S. 891-930.
- : Reflexiones sobre el fenómeno de la violencia. In: Jesús Antonio Bejarano (Hrsg.): Once ensayos sobre La Violencia. Bogotá 1985, S. 171-188.
- : Violencia y Política en Colombia. Elementos de Reflexión. Medellín 2003.
- Perea, Carlos Mario: Porque la Sangre es Espíritu. Imaginario y discurso político en las élites capitalinas (1942-1949). Bogotá 1996.
- Pereira, Anthony W.: Armed Forces, Coercive Monopolies, and Changing Patterns of State Formations and Violence. In: Diane E. Davis und Anthony W. Pereira (Hrsg.): Irregular Armed Forces and Their Role in Politics and State Formation. Cambridge 2003, S. 387-407.
- Piccoli, Guido: El Sistema del Pájaro. Colombia, laboratorio de barbarie. Tafalla 2004.
- Popitz, Heinrich: Phänomene der Macht. Autorität – Herrschaft – Gewalt – Technik. Tübingen 1986.
- Posada-Carbó, Eduardo: Limits of Power: Elections Under the Conservative Hegemony in Colombia, 1886-1930. In: The Hispanic American Historical Review 77:2 (1997), S. 245-273.
- Prado Delgado, Victor Eduardo: Bandoleros. Historias no contadas. Ibagué 2009.

- Puentes, Milton: Historia del Partido Liberal Colombiano. Bogotá 1967.
- Ramírez Tobón, William: Estado, Violencia y Democracia. Ensayos. Bogotá 1990.
- Reinhardt, Nola: Our Daily Bread. The Peasant Question and Family Farming in the Colombian Andes. Berkeley u.a. 1988.
- Restrepo, Laura: Niveles de realidad en la literatura de la „violencia“ colombiana. In: Jesús Antonio Bejarano (Hrsg.): Once ensayos sobre La Violencia. Bogotá 1985, S. 117-169.
- Restrepo, Luis Carlos: Más allá del terror. Abordaje Cultural de la violencia en Colombia. Bogotá 2002.
- Riekenberg, Michael: Caudillismus. Zu einem Grundbegriff der spanischen und hispanoamerikanischen Geschichte. In: Neue Politische Literatur 40 (1995), S. 237-253.
- : Gewaltsegmente. Über einen Ausschnitt der Gewalt in Lateinamerika. Leipzig 2003.
- : Kriegerische Gewaltakteure in Lateinamerika im frühen 19. Jahrhundert. In: Rolf Peter Sieferle und Helga Breuninger (Hrsg.): Kulturen der Gewalt. Ritualisierung und Symbolisierung von Gewalt in der Geschichte. Frankfurt (Main)/New York 1998, S. 195-214.
- : Über die Gewalttheorie von Georges Bataille und ihren Nutzen für die Gewaltsoziologie. In: Comparativ 21:1 (2011), S. 105-128.
- Rinke, Stefan; Hölick, Lasse; Contreras Saiz, Mónica: Regieren in den Grenzregionen Lateinamerikas zwischen Kolonie und Republik. Eine Einleitung. In: Stefan Rinke, Lasse Hölick und Mónica Contreras Saiz (Hrsg.): Regieren an der Peripherie. Amerika zwischen Kolonien und unabhängigen Republiken. Stuttgart 2011, S. 7-26.
- Rodríguez Pérsico, Adriana: Sarmiento y la biografía de la barbarie. In: Cuadernos Hispanoamericanos (April 1989), S. 37-58.
- Roldán, Mary: Blood and Fire. La Violencia in Antioquia, Colombia, 1946-1953. Durham/London 2002.
- : The Local Limitations to a National Political Movement. Gaitán and Gaitanismo in Antioquia. In: Nils Jacobsen und Cristóbal Aljovín de Losada (Hrsg.): Political Cultures in the Andes, 1750-1950. Durham/London 2005, S. 301-323.
- Romero Quijano, Jaime: El General Vencedor. Muerte de Hermógenes Vargas Monroy. Espinal 1999.
- Rosales Ariza, Gustavo E.: Para no olvidar...Forjadores de Violencia. Bogotá 2007.

- Rubio, Mauricio: Rebeldes y Criminales. Una crítica a la tradicional distinción entre el delito político y el delito común. In: Jaime Arocha, Fernando Cubides und Myriam Jimeno (Hrsg.): Las violencias: Inclusión creciente. Bogotá 1998, S. 121-162.
- Salomon, Noël: Realidad, Ideología y Literatura en el “Facundo“ de D. F. Sarmiento. Amsterdam 1984.
- Sammer, Marianne: Basilisk – regulus. Eine bedeutungsgeschichtliche Skizze. In: Ulrich Müller und Werner Wunderlich (Hrsg.): Dämonen Monster Fabelwesen. St. Gallen 1999, S. 135-160.
- Sánchez, Gonzalo: Ensayos de historia social y política del siglo XX. Bogotá 1984.
- : La Violencia: de Rojas al Frente Nacional. In: Alvaro Tirado Mejía (Hrsg.): Nueva Historia de Colombia. Tomo II. Bogotá 1989, S. 153-178.
- : La violencia y sus efectos en el sistema político colombiano. In: Jesús Antonio Bejarano (Hrsg.): Once ensayos sobre La Violencia. Bogotá 1985, S. 209-257.
- : Los días de la revolución. Gaitanismo y 9 de abril en provincia. Bogotá 1983.
- Sánchez, Gonzalo; Meertens, Donny: Bandits Peasants, and Politics. The Case of „La Violencia“ in Colombia. Austin 2001 (span. Original 1983).
- Sánchez, Gonzalo; Meertens, Donny: Political Banditry and the Colombian Violencia. In: Richard W. Slatta (Hrsg.): Bandidos. The Varieties of Latin American Banditry (Contributions in Criminology and Penology 14). New York 1987, S. 151-170.
- Sánchez, Gonzalo: Prólogo. In: Darío Acevedo Carmona: La Mentalidad de las Élites sobre la Violencia en Colombia (1936-1949). Bogotá 1995, S. 13-19.
- : La Violencia. Roots of the Conflict. In: Stephen Ferry: Violentology. A Manual of the Colombian Conflict. New York 2012, S. 17-26.
- Sant Cassia, Paul: „Better Occasional Murders than Frequent Adulteries“. Discourses on Banditry, Violence, and Sacrifice in the Mediterranean. In: Fernando Coronil und Julie Skurski (Hrsg.): States of Violence. Ann Arbor 2006, S. 219-268.
- Sarasin, Philipp: Foucault zur Einführung. Hamburg 2005.
- Sarmiento, Domingo Faustino: Facundo. Civilización y barbarie. Buenos Aires 1962.
- Schlesinger, Philip: Media, State and Nation. Political Violence and Collective Identities. London u.a. 1991.
- Schluchter, Wolfgang: Einleitung. Fundamentalismus, Terrorismus, Krieg. In: Wolfgang Schluchter (Hrsg.): Fundamentalismus, Terrorismus, Krieg. Weilerswist 2003, S. 9-23.

- Schmidt, Steffen W.: Bureaucrats as Modernizing Brokers? Clientelism in Colombia. In: *Comparative Politics* 6:3 (April 1974), S. 425-450.
- Schuster, Sven: *Die Violencia in Kolumbien: Verbotene Erinnerung? Der Bürgerkrieg in Politik und Gesellschaft*. Stuttgart 2009.
- Schwenken, Helen: Rechtlos, aber nicht ohne Stimme. Politische Mobilisierungen um irreguläre Migration in die Europäische Union. Bielefeld 2006.
- Scott, James C.: *Seeing Like a State. How Certain Schemes to Improve the Human Conditions Have Failed*. New Haven/London, 1998.
- Sharma, Aradhana; Gupta, Akhil: Introduction. Rethinking Theories of the State in an Age of Globalization. In: Aradhana Sharma und Akhil Gupta (Hrsg.): *The Anthropology of the State. A Reader*. Malden 2006, S. 1-41.
- Sharpless, Richard: *Gaitán of Colombia. A Political Biography*. Pittsburgh 1978.
- Skurski, Julie; Coronil, Fernando: Introduction. States of Violence and the Violence of States. In: Fernando Coronil und Julie Skurski (Hrsg.): *States of Violence*. Ann Arbor 2006, S. 1-31.
- Sofsky, Wolfgang: *Traktat über die Gewalt*. Frankfurt (Main) 1996.
- Steiner, Claudia: *Memories of Violence, Narratives of History. Ethnographic Journeys in Colombia*. Ann Arbor 2008.
- : Un Bandolero para el Recuerdo: Efraín González también conocido como "El Siete Colores". In: *Antípoda* 2 (Enero-Junio 2006), S. 229-252.
- Steinmetz, Willibald: Neue Wege einer historischen Semantik des Politischen. In: Willibald Steinmetz (Hrsg.): *Politik. Situationen eines Wortgebrauchs im Europa der Neuzeit*. Frankfurt (Main) 2007, S. 9-40.
- Stockmann, Reinhard: Die neue Violencia. Kolumbien in der Tradition der Gewalt. In: *Ibero-Amerikanisches Archiv* XX:3 (1989), S. 351-369.
- Téllez, Pedro Claver: *Crónicas de la Vida Bandolera. Los Bandidos Colombianos más famosos del siglo XX*. Bogotá 1987.
- Tilly, Charles: Reflections on the History of European State-Making. In: Charles Tilly (Hrsg.): *The Formation of National States in Western Europe*. Princeton 1975, S. 3-83.
- : War Making and State Making as Organized Crime. In: Peter B. Evans, Dietrich Rueschemeyer und Theda Skocpol (Hrsg.): *Bringing the State Back In*. Cambridge 1985, S. 169-191.
- Torres Restrepo, Camilo: Social Change and Rural Violence in Colombia. In: *Studies in Comparative International Development* 6:1 (1968/69), S. 263-283.
- Trotha, Trutz von: Formen des Krieges. Zur Typologie kriegerischer Aktionsmacht. In: Sighard Neckel und Michael Schwab-Trapp (Hrsg.): *Ordnungen der Gewalt. Beiträge zu einer politischen Soziologie der Gewalt und des Krieges*. Opladen 1999, S. 71-95.

- : Kriege der Niederlagen. In: Ronald Hitzler und Jo Reichertz (Hrsg.): *Irrierte Ordnung. Die gesellschaftliche Verarbeitung von Terror*. Konstanz 2003, S. 71-93.
- : Zur Soziologie der Gewalt. In: Trutz von Trotha (Hrsg.): *Soziologie der Gewalt* (Sonderheft 37 der Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie). Wiesbaden 1997, S. 9-56.
- Turner, Victor: *Das Ritual. Struktur und Anti-Struktur*. Frankfurt (Main)/New York 2005 (engl. Originalausgabe 1969).
- Uribe Alarcón, María Victoria: *Antropología de la Inhumanidad. Un Ensayo Interpretativo sobre el Terror en Colombia*. Bogotá 2006.
- : Dismembering and Expelling. Semantics of Political Terror in Colombia. In: *Public Culture* 16:1 (2004), S. 79-95.
- : *El Conflicto Armado en Colombia. Una Guerra sin reglas de juego*. In: Klaus Bodemer, Sabine Kurtenbach und Klaus Meschkat (Hrsg.): *Violencia y regulación de conflictos en América Latina*. Caracas 2001, S. 159-170.
- : Matar, rematar, contramatar. Las Masacres de la Violencia en el Tolima 1948-1964. Bogotá 1990.
- : Salvo el Poder Todo es Ilusión. Mitos de origen: Tigres Tamiles de Sri Lanka, Fuerzas Armadas Revolucionarias de Colombia, Irish Republican Army. Bogotá 2007.
- Varela Mora, Laura María; Duque Ortiz, Deyanira: Estrategias de los agrarios de Sumapaz y Oriente del Tolima durante el Frente Nacional. In: *Historia y Sociedad* 21 (Julio-Diciembre 2011), S. 173-195.
- Varela Mora, Laura; Romero Picón, Yuri: *Surcando Amaneceres. Historia de los Agrarios de Sumapaz y Oriente del Tolima*. Bogotá 2007.
- Vargas Velásquez, Alejo: Magdalena Medio Santandereano. Colonización y Conflicto Armado. Bogotá 1992.
- Vega Cantor, Renán: Las luchas agrarias en Colombia en la década de 1920. In: *Cuadernos de Desarrollo Rural* 52 (2004), S. 9-47.
- Villamarín Pulido, Luis Alberto: *El Cartel de las FARC. La más completa documentación escrita y testimonial sobre el que ahora es el cartel más grande y peligroso de Colombia*. o.O. 1996.
- Waldmann, Peter: Das terroristische Kalkül und seine Erfolgsaussichten. In: Wolfgang Schluchter (Hrsg.): *Fundamentalismus, Terrorismus, Krieg*. Konstanz 2003, S. 87-109.
- : Gesellschaften im Bürgerkrieg. Zur Eigendynamik entfesselter Gewalt. In: *Zeitschrift für Politik* 42:4 (1995), S. 343-368.
- : Nachahmung mit begrenztem Erfolg. Zur Transformation des europäischen Staatsmodells in Lateinamerika. In: Wolfgang Höpken und Michael Rieken-

- berg (Hrsg.): Politische und ethnische Gewalt in Südosteuropa und Lateinamerika. Köln 2001, S. 19-35.
- : Staatliche und parastaatliche Gewalt: Ein vernachlässigtes Forschungsthema. In: Hans Werner Tobler und Peter Waldmann (Hrsg.): Staatliche und parastaatliche Gewalt in Lateinamerika. Frankfurt (Main) 1991, S. 21-41.
- : Veralltäglichung von Gewalt: Das Beispiel Kolumbien. In: Trutz von Trotha (Hrsg.): Soziologie der Gewalt (Sonderheft 37 der Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie). Wiesbaden 1997, S. 141-161.
- Wantchekon, Leonard: The Paradox of „Warlord“ Democracy: A Theoretical Investigation. In: The American Political Science Review 98:1 (February 2004), S. 17-33.
- Waschkuhn, Arno: Gewalt als Thema der Politikwissenschaft. In: Michael Klein (Hrsg.): Gewalt – interdisziplinär. Münster 2002, S. 111-132.
- Weber, Max: Wirtschaft und Gesellschaft. Grundriss der verstehenden Soziologie. Tübingen 1976.
- Wickham-Crowley, Timothy P.: Exploring Revolution. Essays on Latin American Insurgency and Revolutionary Theory. Armonk 1991.
- : Guerrillas and Revolution in Latin America. A Comparative Study of Insurgents and Regimes since 1956. Princeton 1992.
- : The Rise (and Sometimes Fall) of Guerrilla Movements in Latin America. In: Sociological Forum, Vol. 2 No. 3 (1987), S. 473-499.
- Wilde, Alexander: La Quiebra de la Democracia en Colombia. Bogotá 1982.
- Williford, Thomas J.: Armando los Espíritus: Political Rhetoric in Colombia in the Eve of La Violencia, 1930-1945. Ann Arbor 2008.
- Windus, Astrid: Afroargentiner und Nation. Konstruktionsweisen afroargentinerischer Identität im Buenos Aires des 19. Jahrhunderts. Leipzig 2005.
- Zelik, Raul: Die kolumbianischen Paramilitärs. „Regieren ohne Staat?“ oder terroristische Formen der Inneren Sicherheit. Münster 2009.

## 2.2 Unveröffentlichte Literatur

- Karl, Robert: State Formation, Violence, and Cold War in Colombia, 1957-1966. Dissertation Harvard University. Cambridge, Massachusetts 2009.
- Londoño Botero, Rocío: Juan de la Cruz Varela y la República Campesina de Sumapaz. Dissertation Universidad Nacional. Bogotá 2009.
- Olmos, Mario Ávila: Introducción al Estudio de la Violencia en Venadillo, Tolima. Trabajo de Grado para optar al Título de Filósofo, Universidad Social Católica de la Salle, Facultad de Filosofía y Letras 1987.
- Ramsey, Russell W.: The Modern Violence in Colombia, 1946-1965. Dissertation University of Florida 1970.

Roldán, Mary: Guerrillas, Contrachusmas and Caudillos. Local Challenges to Elite Control during La Violencia in Antioquia, Colombia: 1949-1953. Paper Prepared for the Meeting of the Latin American Studies Association, New Orleans, Louisiana, 16-20 March 1988. Biblioteca Luis Angel Arango.

Tafur Pinto, Wilmer Duván: El Movimiento Guerrillero y el Bandolerismo en los Municipios de Chaparral y Rioblanco, durante los Gobiernos de Laureano Gómez y Rojas Pinilla (1950-1957). Trabajo de grado como requisito parcial para optar al título de Profesional en Ciencias Sociales. Universidad del Tolima, Facultad de Ciencias de la Educación 2007.

### 2.3 Online-Publikationen

Baberowski, Jörg: Gewalt verstehen. In: Zeithistorische Forschungen/Studies in Contemporary History, Online-Ausgabe, 5 (2008) H. 1., Textabschnitt 1-9. Unter: <http://www.zeithistorische-forschungen.de/16126041-Baberowski-1-2008> (Zugriff: 16.2.2012).

Díaz Jaramillo, José Abelardo: El Movimiento Obrero Estudiantil Campesino 7 de Enero y los Orígenes de la Nueva Izquierda en Colombia 1959-1969. Trabajo de Grado presentado para optar al título de Magister en Historia. Universidad Nacional de Colombia, Facultad de Ciencias Humanas 2010. Unter: <http://www.bdigital.unal.edu.co/4980/1/468429.2010.pdf> (Zugriff: 5.11.2012).

Hollerbach, Alexander: Die neuere Entwicklung des Konkordatsrechts (Sonderdrucke aus der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg). Unter: [http://www.freidok.uni-freiburg.de/volltexte/5456/pdf/Hollerbach\\_Die\\_Neuere\\_Entwicklung.pdf](http://www.freidok.uni-freiburg.de/volltexte/5456/pdf/Hollerbach_Die_Neuere_Entwicklung.pdf) (Zugriff: 4.1.2013).

Leal Buitrago, Francisco: El Sistema Político del Clientelismo. In: Análisis Político No. 8 (Septiembre/ Diciembre 1989), o. S. Unter: <http://www.ipepri.org/portales/anpol/08.pdf> (Zugriff: 15.6.2012).

Maullin, Richard L.: The Fall of Dumar Aljure, a Colombian Guerrilla and Bandit. Memorandum RM-5750-ISA Prepared for The Office of the Assistant Secretary of Defense/International Security Affairs (November 1968). Unter: [http://www.rand.org/content/dam/rand/pubs/research\\_memoranda/2008/RM5750.pdf](http://www.rand.org/content/dam/rand/pubs/research_memoranda/2008/RM5750.pdf) (Zugriff: 20.7.2012).

Moreno Sandoval, Armando: Armero y el bogotazo del 9 de abril. Muerte del párroco Pedro María Ramírez. Unter: <http://letrasenelojo.blogspot.de/2012/04/armero-10-de-abril-de-1948-muerte-del.html> (Zugriff: 15.6.2012).

Navarro Amarís, Alejandro Francisco: Cuáles son las ventajas estratégicas del uso de los cilindros bombas para las FARC. Universidad Militar Nueva Granada, Facultad de Relaciones Internacionales, Estrategie y Seguridad. Bogotá 2010.

- unter: <http://bibliodigital.umng.edu.co:8080/UMNG/bitstream/10654/730/1/VENTAJAS%20ESTRATEGICAS%20DEL%20USO%20DEL%20CILINDRO%20BOMBA,%20POR%20PARTE%20.pdf> (Zugriff: 4.7.2013).
- Pécaut, Daniel: Colombia: Violencia y Democracia. In: Análisis Político N°13 (Mayo/ Agosto 1991), o. S. Unter: <http://www.iepri.org/portales/anpol/13.pdf> (Zugriff: 19.6.2013).
- Pizarro Leongómez, Eduardo: La Profesionalización Militar en Colombia (II): El periodo de la Violencia. In: Análisis Político N° 2 (Septiembre/Diciembre 1987), o. S. Unter: <http://www.iepri.org/portales/anpol/02.pdf> (Zugriff: 19.6.2013).
- : La Profesionalización Militar en Colombia (III): Los régimes militares (1953-1958). In: Análisis Político N° 3 (Enero/ Abril 1988), o. S. Unter: <http://www.iepri.org/portales/anpol/03.pdf> (Zugriff: 19.6.2013).
- : Los orígenes del movimiento armado comunista en Colombia, 1949-1966, In: Análisis Político, N° 7 (Mayo/ Agosto 1989), o. S. Unter: <http://www.iepri.org/portales/anpol/07.pdf> (Zugriff: 19.6.2013).
- : Marquetalia. Mito fundacional de las FARC (UN Periódico, Septiembre 2006). Unter: <http://historico.unperiodico.unal.edu.co/Editiones/57/03.htm> (Zugriff: 22.1.2013).
- Ramírez Tobón, William: Violencia y Democracia en Colombia. In: Análisis Político No. 3 (Enero/ Abril 1988), o. S. Unter: <http://www.iepri.org/portales/anpol/03.pdf> (Zugriff: 19.6.2013).
- Restrepo, Luis Alberto: La Guerra como Sustitución de la Política. In: Análisis Político No. 3 (Enero/ Abril 1988), o. S., Unter: <http://www.iepri.org/portales/anpol/03.pdf> (Zugriff: 19.6.2013).
- Riekenberg, Michael: Auf dem Holzweg? Über Johan Galtung's Begriff der „strukturellen Gewalt“. In: Zeithistorische Forschungen/Studies in Contemporary History, Online-Ausgabe, 5 (2008) H. 1. Unter: <http://www.zeithistorische-forschungen.de/site/40208823/default.aspx> (Zugriff: 6.3.2013).
- Sánchez, Gonzalo; Meertens, Donny: Tierra y Violencia. El desarrollo desigual de las regiones. In: Análisis Político No. 6 (Enero/ Abril 1989), o. S. Unter: <http://www.iepri.org/portales/anpol/06.pdf> (Zugriff: 19.6.2013).
- Sánchez, Gonzalo: Rehabilitación y Violencia Bajo el Frente Nacional. In: Análisis Político No. 4 (Mayo/ Agosto 1988), o. S. Unter: <http://www.iepri.org/portales/anpol/04.pdf> (Zugriff: 19.6.2013).
- Vargas Velásquez, Alejo: Tres Momentos de la Violencia Política en San Vicente de Chucurí (De los bolcheviques del año 29 a la fundación del ELN). In: Análisis Político No. 8 (Septiembre/ Diciembre 1989), o. S. Unter: <http://www.iepri.org/portales/anpol/08.pdf> (Zugriff: 15.6.2012).

Der kolumbianische Bürgerkrieg Mitte des 20. Jahrhunderts, die *Violencia*, und die zu seiner Beendigung ergriffenen Maßnahmen prägen bis in die Gegenwart Politik und Gesellschaft des südamerikanischen Landes. Für den Ausbruch des Bürgerkrieges waren die Differenzen zwischen der Liberalen und der Konservativen Partei von zentraler Bedeutung. Lukas Rehm untersucht in einem ersten Schritt aus einer kulturhistorischen Perspektive, auf Basis welcher Argumentationslogiken der als fundamental wahrgenommene Gegensatz zwischen Liberalen und Konservativen geschaffen wurde. In einem zweiten Schritt analysiert er Genese und Verlauf des Bürgerkriegs aus regional-historischem Blickwinkel und auf Basis weitgehend erstmalig ausgewerteter Quellen in dem *departamento Tolima*.

[www.wbg-wissenverbindet.de](http://www.wbg-wissenverbindet.de)  
ISBN 978-3-534-27575-5



**wbg** Academic